

Erlangen 1973
**Annette
Leppert-Fögen**

Die deklassierte Klasse

**Studien zur Geschichte und
Ideologie des Kleinbürgertums**



**Texte zur politischen
Theorie und Praxis**



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Über dieses Buch

Die Geschichte des Kleinbürgertums als ›dritter Klasse‹, als Zwischenschicht, die gegen Kapital und Proletariat zugleich agiert, ist bisher nur in Ansätzen aufgearbeitet worden. Annette Leppert-Fögen versucht daher in dieser Studie, die Stationen des politischen Prozesses jener Übergangsklasse nachzuzeichnen, der im Zuge einer umfassenden Deklassierung von der Revolution zur Konterrevolution, vom Jakobinismus zum Faschismus führt.

Die Autorin setzt sich dabei kritisch mit den bisherigen Bemühungen um eine Theorie des Kleinbürgertums und des Faschismus auseinander. Sie zeigt, wie das nach Marx und Lenin ›schwankende Kleinbürgertum‹ aufhört, zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft zu lavieren; wie es nurmehr antiproletarisch reagiert und sich als Massenanhang konterrevolutionärer Bewegungen anbietet; wie diese Funktion kleinbürgerlicher Massen in die Analyse des Faschismus eingehen muß, der weder von der bürgerlichen Wissenschaft noch umgekehrt von vulgärmarxistischen Ansätzen zureichend erklärt wurde.

Nach der Diskussion kleinbürgerlicher Relikte im Kapitalismus, des Zusammenhangs zwischen Kleinbürgertum und Liberalismus, der Sozialpsychologie des Kleinbürgertums und schließlich seiner Nazifizierung kommt die Autorin zu einer politökonomisch fundierten Einschätzung des Faschismus. Ihre These: Der Faschismus setzt einen Wandel im Verhältnis der *drei* Klassen voraus — von Bourgeoisie, Proletariat *und* Kleinbürgertum. Damit schließt sie an Trotzki kurz vor der ›Machtergreifung‹ getroffene Feststellung an, »daß in der *Niedergangsepoche* der bürgerlichen Gesellschaft die Bourgeoisie abermals einer ›plebejischen‹ Lösung ihrer nun nicht mehr progressiven, sondern durch und durch reaktionären Aufgaben« bedurfte.

Die Autorin

Annette Leppert-Fögen, geb. 1943, Studium der Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Psychologie in Frankfurt, Paris und Tübingen. Diplom 1968, danach, bis zur Promotion im Jahre 1973, Assistentin an der Universität Erlangen-Nürnberg. Lebt in Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: ›Pädagogik als Ideologie‹, in *Ästhetik und Kommunikation* 5, 6/1972; Einleitung zu (und Übersetzung): I. I. Rubin, Studien zur Marxschen Werttheorie, Frankfurt 1973; zus. mit Hans Medick, ›Frühe Sozialwissenschaft als Ideologie des kleinen Bürgertums. John Millar of Glasgow‹, in: H.-U. Wehler (Hg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg, Göttingen 1974.

Texte zur politischen Theorie und Praxis

Herausgegeben von:

Elmar Altvater
Hans-Eckehard Bahr
Wilfried Gottschalch
Klaus Holzkamp
Urs Jaeggi
Rudolf Wiethölter

Redaktion:
Klaus Kamberger



Fischer
Taschenbuch
Verlag

Annette Leppert-Fögen

Die deklassierte Klasse

Studien zur Geschichte und Ideologie
des Kleinbürgertums



Fischer
Taschenbuch
Verlag

Originalausgabe

D 29

Fischer Taschenbuch Verlag

September 1974

Umschlagentwurf: Jan Buchholz / Reni Hinsch

Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main

© Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1974

Gesamtherstellung: Hanseatische Druckanstalt GmbH, Hamburg

Printed in Germany

ISBN 3 436 01945 3

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	8
I. Kleinbürgerliche Relikte im Kapitalismus	39
1. Gleichzeitiger und ungleichzeitiger Widerspruch	44
2. Die Vereinfachung der Klassenstruktur	54
3. Der Zusammenhang von Kleinbürgertum und Proletariat im Antikapitalismus der Frühzeit	71
4. Kleinbürgerlicher Sozialismus	86
II. Kleinbürgertum und Liberalismus	105
1. Die Verwurzelung des Liberalismus in der kleinen Warenproduktion	114
2. Jakobinisches Kleinbürgertum und liberale Bourgeoisie	134
3. Der Niedergang des Liberalismus und der Niedergang des Kleinbürgertums	161
III. Zur Sozialpsychologie des Kleinbürgertums	185
1. Deklassierung und Konterrevolution	193
2. Die Entstehung konterrevolutionärer Dispositionen	206
3. Autoritärer Charakter und Kleinbürgertum	220
4. Die abgefallene Produktionsweise: Deklassierung und kollektive Ich-Schwäche	240
IV. Kleinbürgertum und Faschismus	259
1. Die Nazifizierung des Mittelstandes	271
a) Im Vorfeld des Nationalsozialismus: Die Wirtschaftspartei	283
b) Der Mittelstandssozialismus der NSDAP	288
2. Diktatur des Großkapitals oder kleinbürgerliche Massenbewegung?	294
3. Der letzte Schritt: Rekurs auf die dritte Klasse	311
Literaturverzeichnis	331
Personenregister	343

Vorbemerkung

Im Herbst 1973 wurde diese Arbeit von der Philosophischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation angenommen. Mein besonderer Dank gilt dem Erstgutachter, Professor Dr. Werner Mangold, dessen Bemühungen weit über das hinausgingen, was an Stellungnahmen, Diskussionsbereitschaft und detaillierter Kritik unter den heutigen Bedingungen der Hochschulen erwartet werden kann.

Unterstützung und Rat fand ich ebenso bei Dr. Ursula Schmiederer, die das Zweitgutachten übernahm. Zahlreiche Hinweise auf einem mir zunächst relativ neuen Gebiet erhielt ich von dem Historiker Dr. Hans Medick, mit dessen Hilfe ich immer rechnen konnte. Vor allem danke ich meinem Mann, der in der Entstehungsphase dieser Arbeit mein kritischer und geduldiger Leser war.

Zum Zwecke einer größeren Homogenität des Textes habe ich durchgängig in deutscher Sprache zitiert. Finden sich fremdsprachige Titel in den Anmerkungen, so handelt es sich um eigene Übersetzungen. Hervorhebungen innerhalb der Zitate entsprechen jeweils dem Original, sofern in der Fußnote nichts anderes angegeben ist.

Frankfurt am Main,
im April 1974

Annette Leppert-Fögen

Einleitung

Als auf dem amerikanischen Subkontinent die Pläne von shopkeepers und Fuhrunternehmern durch eine Militärdiktatur eingelöst wurden, die den Anfängen des Sozialismus erfolgreich ein Ende setzte, schien wiederum deutlich geworden zu sein, daß die politische Aktion des Kleinbürgertums heute eher ein Problem der Dritten Welt als eines der hochindustrialisierten Gebiete ist. Während dort mit der technischen auch die soziale Entwicklung durch äußere Faktoren verschleppt wurde, hat der ökonomische Prozeß hier das Seine bereits getan: Der Anteil der kleinen Selbständigen an der Erwerbsbevölkerung sowie ihr Beitrag zum Sozialprodukt sind ständig gesunken. Und der ökonomischen Unangepaßtheit entspricht die gesellschaftliche Disparität dieser Schicht, so daß sich heute schon fragen ließe, ob ihre soziologische Behandlung überhaupt noch der Klassentheorie zufällt oder nicht eher in der Randgruppentheorie anzusiedeln wäre.

Doch hat die zunehmende Marginalität, in die das Kleinbürgertum in den kapitalistischen Ländern gedrängt wurde, eher das Gegenteil heraufbeschworen: Die gesellschaftliche und politische Relevanz des Mittelstands scheint zu wachsen, je weniger numerische und ökonomische Bedeutung seine an die kleinbetriebliche Produktionsform gebundene Existenz im Gesamtgefüge der kapitalistischen Gesellschaft in Anspruch nimmt. Offenbar geht es in den soziologischen und politischen Diskussionen über aktuelle Situation und mutmaßliche Zukunft des Mittelstands nicht nur um diesen selbst. Im Hintergrund steht vielmehr stets noch die »revolutionäre Apokalypse« (R. König), die Prognose des *politischen* Aufpralls der beiden antagonistischen Klassen, in die Marx um die Mitte des letzten Jahrhunderts die Gesellschaft zerfallen sah. Hatte das Kommunistische Manifest das politische Ereignis der Revolution an ökonomische und sozialstrukturelle Veränderungen gebunden, die die Dezimierung des Mittelstands einschließen sollten, so verknüpfte umgekehrt die Soziologie der Folgezeit mit dem Aufweis seiner Fortexistenz und Überlebenschancen nicht nur den Trost für die Übriggebliebenen, sondern — explizit oder implizit — zugleich die Behauptung von der Resistenz des kapitalistischen Gesamtsystems. Die Frage

nach dem Überleben oder Verschwinden des Mittelstands, einer aus der *vorkapitalistischen* Ökonomie überkommenen Schicht, war mit der nach dem Bestand oder dem Zerfall der *kapitalistischen* Gesellschaft ab ovo assoziiert.

Die Legitimität dieser Ordnung wäre zwangsläufig tangiert, wenn sich die Polarisierung in der von Marx erwarteten Radikalität durchsetzte, wenn die in den Verfassungen gewährleisteten Eigentumsrechte, die seit Beginn der bürgerlichen Gesellschaft den Begriff der ›Freiheit‹ wesentlich mitdefinierten, de facto nur noch als Verfügung zahlenmäßig verschwindender Minoritäten über Kapital wahrgenommen werden könnten; wenn, mit anderen Worten, der legitimatorische Bezug auf das Kleineigentum an den Produktionsmitteln grundsätzlich entfielen. Ein Basiskompromiß hinsichtlich des Mittelstands überschattet demgemäß die Parlamentsfraktionen: Die Protektion des Mittelstands verursacht gesellschaftliche Kosten — und dennoch wagt keine politische Partei, gleichgültig, ob sie sich seine Selbstdefinition als ›Bollwerk der Gesellschaftsordnung‹ zu eigen macht oder von solcher Metaphorik absieht, den Verzicht auf seine Sonderbehandlung. Ihm durch Entzug subventionierender Maßnahmen, die einen allzu direkten Zusammenstoß mit den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie verhindern sollen, das Wasser abzugraben, gilt offenbar als tabu.

Gleichwohl ist der Anteil der ›Selbständigen‹ an der Erwerbsbevölkerung in Deutschland während eines knappen Jahrhunderts um mehr als die Hälfte gesunken.¹ Vermeidungsstrategien wurden ausgebildet, denen nicht nur die Mittelstandspolitik im engeren Sinne, sondern auch die Anstrengungen zur ›Vermögensstreuung‹ zu subsumieren sind, das Abstoßen kleinster Partikel des gesellschaftlichen Gesamtkapitals in Form von Volksaktien usw. Die Förderung mittelständischen Bewußtseins entspricht dem herrschenden Interesse; ihr dienen jene in den Grundzügen defensiven, auf die Erhaltung eines bestimmten Bodensatzes kleingewerblicher Produktion zielenden Maßnahmen ebenso wie die innovatorischen Strategien zur Herstellung fiktiver, da jeglicher Verfügungsgewalt entkleideter Eigentumsrechte.

Doch kommt andererseits das Kleinbürgertum seiner legitimatorischen Aufgabe von sich aus entgegen. Als Oase, in der die Zeit noch nicht durch den Akkord bemessen, die Harmonie

¹ Gingen die ›Selbständigen‹ 1882 noch mit 25,6 Prozent in die Erwerbsstatistik ein, so betrug ihr Anteil nach der Statistik der BRD 1971 nur noch 10,7 Prozent. Dabei bleibt zu bedenken, daß der statistische Begriff der ›Selbständigen‹ sich auf alle Produktionszweige (demgemäß nicht nur auf das Gewerbe, sondern auch auf die Landwirtschaft) erstreckt und ferner neben den Kleinproduzenten (die allerdings die Hauptmasse bilden) auch die Eigner des Großkapitals umfaßt.

noch gesichert und ›Gesundheit‹ geradezu ontologisch verbürgt sei, hatte sich diese Existenzform ab dem Augenblick präsentiert, da sie ökonomisch zu kränkeln begann. Bodenständig-organologische Metaphern — denn stets schon schöpfte die konservative Politik die Argumente für die besondere ›Lebenskraft‹ des Mittelstands aus dem biologistischen Arsenal — erklären jedoch nicht nur die tatsächliche Situation des Kleinbürgertums, sondern indizieren auch seine Funktion: die des sozialen Kitts, die sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an das Vorkapitalistisch-Residuale, an andersartige Enklaven heftet. ›Funktionalität‹ kommt dem Kleinbürgertum offenbar gerade *wegen* seiner anachronistisch-dysfunktionalen Stellung zu, einer Stellung, die es zum Einzugsfeld falschen Bewußtseins, zum »feuchtwarmen Humus für Ideologie« (Bloch) werden läßt.

I

Aufgrund seines kulturellen Abstands zu den Schichten der kapitalistischen Gesellschaft wird das Kleinbürgertum traditionell mit den Attributen der Schwerfälligkeit und provinziellen Behäbigkeit assoziiert. Weder die Geschichte noch die spezifische Ideologie des Kleinbürgertums allerdings lassen sich auf der Grundlage dieser je nach dem politischen Standpunkt des Betrachters idealisierten oder verhöhten Eigenschaften zureichend darstellen und erklären. ›Kleinbürgerliches Bewußtsein‹ geht in einem simplen Konservatismus, in der Abwehr des sozialen Wandels keineswegs auf, sondern umfaßt durchaus gegensätzliche Elemente: Neben unmittelbar affirmativen Gehalten wie einem akzentuierten Individualismus und Eigentumssinn einerseits, einem nicht minder ausgeprägten Kollektivismus und Ordnungssinn andererseits steht die ständige — manifeste oder latente — Bereitschaft zur Rebellion, die Auflehnung eines ›wildgewordenen Kleinbürgertums‹ gegen diejenigen, die von der Zwangsmitgliedschaft in seinen fiktiven Gemeinschaften ausgenommen blieben.

Doch besitzt auch dieser ›kleinbürgerliche Radikalismus‹ mittelbare Funktionalität. Festgelegt auf die ressentimentgeladene Abneigung gegen Privilegien, Korruption, überhöhte Steuern usf. bleibt er ein Kampf gegen staatliche, kirchliche und sonstige *Institutionen* bzw. deren Träger — das Regierungspersonal, die ›Plutokraten‹, die ›Pfaffen‹ . . . ›Radikal‹ ist diese Revolte gegen das bestehende System gerade darin, daß sie seine Wurzeln *nicht* berührt. Indem der Kleinbürger die Sphäre der Ökonomie vorab mit der des ›Geschäfts‹ identifiziert, ist sie für ihn zwar die Sphäre von ›Ungerechtigkeiten‹, deren *Ursachen* jedoch wiederum unmittelbar in der politischen Sphäre

oder aber in den Zirkulationsgeschehnissen angesiedelt werden. Der spezifische ›Antikapitalismus‹ des Kleinbürgertums dient so nicht nur der Bremsung, sondern vor allem der *Verlagerung* von Gegensätzen. Denn jene »Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein«², ›notwendig‹ für die Kohärenz der kapitalistischen Gesellschaft.

Bereits ihre Objekte weisen die Rebellion des Kleinbürgertums als Verlängerung des geschichtlichen Kampfs gegen den feudal-absolutistischen Staat aus, gegen die mit ihm verschwisterte Ausbeutung seitens parasitärer Müßiggänger und wucherischer Geldbesitzer. Ein solcher Rückbezug der Elemente kleinbürgerlichen Bewußtseins auf *historische* Bedingungen ist allgemein dadurch erfordert, daß die Produktionsweise des Kleinbürgertums selbst eine ›historische‹ ist: Während der gesamtgesellschaftlichen Transformation der einfachen Warenproduktion in die kapitalistische ist das Kleinbürgertum gleichsam auf der Strecke geblieben. Eben weil der Kleinbürger, als Vertreter der lokal bornierten und relativ stationären Ökonomie einer früheren Epoche, in den kapitalistischen Produktionsprozeß gar nicht erst eintritt, bleibt ihm die Mehrwerterzeugung als Ursache der kapitalistischen Ungleichheit verborgen. Die strukturelle Verschiebung von der Produktionssphäre auf die der Zirkulation, in der die Wurzeln allen gesellschaftlichen Übels lokalisiert werden, erklärt sich daher aus den historischen Bedingungen der kleinen Warenproduktion, die ihre klassische Ausprägung in der Epoche der noch intakten Zunftverfassung in der mittelalterlichen Stadtwirtschaft gefunden hatte und hier – im Unterschied zur ausgebildeten kapitalistischen Warenproduktion – vor allem durch zwei (interdependente) Momente gekennzeichnet war: einmal durch das Überwiegen der lebendigen Arbeit über die tote, die sachlichen Produktionsmittel; zum anderen durch das Fehlen der freien Lohnarbeit, so daß der institutionalisierte Äquivalententausch³ sich wohl auf die *Arbeitsprodukte*, nicht jedoch

² Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, Frankfurt 1969, S. 183.

³ Der Usus des Äquivalententauschs in dem (vom Kaufmanns- und Fernhandelskapital unbedingt abzugrenzenden) Sektor der einfachen Warenproduktion darf allerdings nicht aus einer romantisch verklärten Ethik des Mittelalters deduziert werden. Die ›Idee der Nahrung‹ und das Prinzip des ›standesgemäßen Auskommens‹, deren Wirksamkeit Sombart u. a. uneingeschränkt unterstellt, wurden hier immerhin so oft – und zwar nicht zuletzt durch die monopolistischen Praktiken der Zünfte – verletzt, daß die rechtliche Institutionalisierung des ›justum pretium‹ erforderlich wurde. Daneben richteten sich die obrigkeitlichen Eingriffe zum Zwecke der Wiederherstellung des ›gerechten Preises‹ gegen die ›privatwirtschaftliche‹ Nutzung einer Notlage durch Zurückhaltung oder Preiserhöhung lebenswichtiger Güter, wobei jedoch »der freie Marktpreis den Stadtvätern als das justum pretium erschien« (Winfried Trusen, ›Äquivalenzprinzip und

auf die *Arbeitskraft* bezog.⁴

Auch in der soziologischen Literatur hält sich der Begriff des ›alten Mittelstands‹ vorwiegend an historische Momente. Ungenau ist dabei allerdings der Begriff des ›Vorindustriellen‹, mit dem diese Schicht ebenso wie die ihr entsprechende Mentalität gewöhnlich umschrieben werden.⁵ Scheint ihre ökonomische Grundlage zunächst auch durch technisch-quantitative Kriterien charakterisierbar, so bereiteten doch nicht technische, sondern *gesellschaftliche* Veränderungen den Untergang der an den Kleinbetrieb gebundenen Produktionsform vor (wie umgekehrt auch die heutige partielle Verwendung industrieller Techniken an der Klassifizierung dieser Schicht als ›alter Mittelstand‹ nichts ändert). Nicht erst mit Beginn der industriellen Revolution, d. h. mit dem Auftreten der Maschine, wurde diese Schicht auf das Abstellgleis der ökonomischen Entwicklung verwiesen. Die Funktionsbedingungen einer Gesellschaft individueller, selbständiger Warenproduzenten, die sich unter der Decke (wie auch unter dem Druck) des gesamtgesellschaftlich herrschenden Feudalsystems zunächst in den Städten entfaltet hatte, wurden vielmehr bereits durch eine frühere Form des Kapitals durchlöchert.

Wie insbesondere Schmollers Arbeit beweist, die als eine der ersten die Folgen der Polarisierung und den Niedergang des Kleingewerbes auf der Grundlage statistischer Daten be-

gerechter Preis im Spätmittelalter, in: F. Mayer (Hg.), Staat und Gesellschaft. Festschrift für G. Küchenhoff, Göttingen 1967, S. 258). Wenn aber, wie Trusen nachweist, das ›pretium usuale‹, der gewöhnlich sich einstellende Marktpreis, mit dem ›pretium legale‹, dem im Ausnahmefall autoritativ festgesetzten Preis, zusammenwirkten, so darf angenommen werden, daß das allgemeine Gesetz der Warenproduktion, der Äquivalententausch, in der mittelalterlichen Stadtwirtschaft nicht nur als Norm galt, sondern sich tendenziell auch durchsetzte.

⁴ Gerade deshalb ist der Begriff des ›Kapitals‹, der, Marx zufolge, ein gesellschaftliches Ausbeutungsverhältnis beinhaltet, hier nur übertragen verwendbar. Die Produktionsmittel waren hier »ein unmittelbar mit der bestimmten Arbeit des Besitzers zusammenhängendes, von ihr gar nicht zu trennendes, und insofern *ständisches* Kapital« (Karl Marx und Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 29, Berlin 1960, S. 52). Ebenso wenig ist der Status eines Gesellen mit dem eines modernen Lohnarbeiters gleichzusetzen, wenn er letzteren – mit der zunehmenden ›Schließung‹ der Zünfte – auch vorbereitete. »Selbst wo fremde Hülfe gebraucht ward, blieb diese in der Regel Nebensache und erhielt häufig außer dem Lohn noch andre Vergütung: Der zünftige Lehrling und Geselle arbeiteten weniger wegen der Kost und des Lohns, als wegen ihrer eignen Ausbildung zur Meisterschaft« (Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften II, Berlin 1966, S. 125).

⁵ »Der Mittelstand [...] umfaßt eine Reihe von (Berufs-)Schichten, die z. T. schon in der vorindustriellen Gesellschaft bestanden, jedenfalls aber gewisse Wertvorstellungen und Verhaltensweisen aus dieser Gesellschaft übernommen zu haben scheinen« (Hansjürgen Daheim, ›Die Vorstellungen vom Mittelstand‹, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 12. Jg., 1960, H. 2, S. 238).

schreibt, hat sich die Differenzierung innerhalb der gewerblichen Produktion — der Unterschied wie auch der Gegensatz zwischen Kleinbürgertum und Bourgeoisie — in Deutschland bereits im 17. Jahrhundert, lange vor dem eigentlich »industriellen« Zeitalter also, entfaltet. Gefördert durch den Staatsaufbau des Absolutismus, in dem die Brechung nicht nur der eigentlich feudalen, sondern auch der städtischen Selbständigkeiten und zünftigen Privilegien angelegt war⁶, konnte sich nämlich das in der neuen sozialen Figur des Verlegers repräsentierte Kapital⁷ breite Sektoren der einfachen Warenproduktion (insbesondere — u. a. wegen des Bedarfs des Militärs

⁶ »Schon der Große Kurfürst beginnt mit jener planmäßigen Leitung und Beförderung der Gewerbe und des Handels durch die Staatsregierung. [...] Die Edikte vom 3. November 1686, 7. Mai 1688 und 13. Juli 1688 sollten die ganze Gewerbeverfassung bessern. Theure Meisterstücke wurden verboten; alle Geschlossenheit der Zünfte auf eine bestimmte Anzahl Meisterstellen ward verpönt. Alle Einwanderer erhielten freies Meister- und Bürgerrecht. Wo es nothwendig war, wurden die Zunftschranken durch Personalprivilegien durchbrochen. [...] Heftig klagten die einheimischen Gewerbe über diese neue Konkurrenz; aber die Regierung achtete nicht auf diese Klagen« (Gustav Schmoller, Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert, Halle 1870, S. 23 ff.).

⁷ Die Frage nach der Herkunft des Kapitals, das zur Auflösung der einfachen Warenproduktion führte, ist unter Sozialhistorikern kontrovers. Die Heftigkeit allerdings, mit der dieser Streit gelegentlich geführt wurde, läßt vermuten, daß es sich hier nicht nur um eine akademische Fragestellung handelt. Vielmehr scheinen geradezu die Legitimationen des Kapitalismus zur Debatte zu stehen, wenn etwa im Anschluß an Max Weber der sparsame, genügsame Handwerker-Kapitalist als Urtyp des kapitalistischen Unternehmers gefeiert oder aber umgekehrt in der Invasion des der Produktion ursprünglich fremden Kaufmannskapitals der Sündenfall erblickt wird. Läßt sich gegen die von Weber wie später von Borkenau u. a. vertretene Auffassung von einer direkten Verlängerung der handwerklichen zur kapitalistischen Produktionsweise geltend machen, daß die (zumeist zünftig gebundenen) kleinen Warenproduzenten weder die materielle noch die intellektuelle Ausstattung zu einer solchen Umorientierung besaßen (in diesem Sinne argumentiert etwa H. Grossmann), so vermißt man auf der anderen Seite bei den Vertretern des Kaufmannskapitals die im frühen Manufakturkapitalismus erforderliche Sparsamkeit und »Rationalität«: »Eine solche Askese bei den reichen Kaufleuten anzunehmen, ist tatsächlich völlig sinnlos, denn diese hatten sie einfach nicht nötig« (Leo Kofler, Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, Neuwied/Berlin 1966, S. 297).

Geschichtlich läßt sich offenbar sowohl der eine wie der andere Weg nachweisen, bzw. »beide Momente, sowohl die Kaufmannschaft wie auch die handwerkliche Meisterschaft, (müssen) in eigenartiger Weise zusammengewirkt haben« (Kofler, ebd., S. 287). Wenn aber tatsächlich ehemals zünftige Handwerker in die Reihen der frühen Bourgeoisie aufgestiegen sind, so müssen sich zumindest Lücken in der einfachen Warenproduktion nachweisen lassen, die ab einer bestimmten Phase der Entwicklung das zuvor rigoros verhinderte Eindringen des Kapitals gestatteten. Diese bestanden m. E. vor allem darin, daß einerseits die Zunft »in vielen Fällen selbst die gesamten Mengen der einzukaufenden Rohstoffe durch einen kollektiven Kauf (übernimmt), den sog. Zunftkauf [...] Sehr oft werden dabei besondere Einkaufsmeister eingesetzt« (Reinold Ennen, Zünfte und Wettbewerb, Köln/Wien 1971, S. 41). Diese Einkaufsmeister waren für die Funktion des Verlegers geradezu prädisponiert. Andererseits sind durch

an Uniformen — das Textilgewerbe) unterwerfen. Zwar behielt das Verlagssystem die kleingewerbliche Organisation bei; dieser entsprach jedoch nurmehr eine formelle Selbständigkeit der Produzenten: Mit der Zentralisierung von Rohstoffbelieferung und Warenabsatz wurde »der Handwerker, bisher ein selbständiger, für den Kunden arbeitender Meister, [...] zum Warenerzeuger für einen Mittelsmann, den Verleger«⁸.

Doch wurde auch noch die formelle Selbständigkeit mit dem Auftreten der Manufaktur durchbrochen. Indem diese die handwerklichen Arbeitskräfte zu Lohnarbeitern machte und sie unter Aufhebung ihres ehemals »porösen« Arbeitstags auf einem begrenzten Raum zu einem geplanten Produktionsorganismus zusammenschloß, stellt sie die erste kapitalistische Betriebsform dar. Sie setzte ein Kapital voraus, das die Möglichkeiten des durchschnittlichen individuellen Warenproduzenten weit überstieg, während sie dessen Arbeitskraft in dem Maße entwertete, wie sie eine neue Produktivkraft entstehen ließ: die der Kooperation, der Gesellschaftlichkeit der Arbeit. Doch wurde der Arbeiter auch hier noch nicht zum Anhängsel der Maschine, sondern zum »automatischen Triebwerk einer Teilarbeit« (Marx). Die Manufaktur führte, mit anderen Worten, noch kaum zur Revolutionierung der sachlichen Produktionsmittel, sondern bereitete diese nur vor. Gerade wo sie dem durch die Expansion der Märkte geförderten Luxusbedarf des absolutistischen Hofes und des Adels diente, machte sie sich den relativ hohen Qualifikationsgrad der *handwerklichen* Arbeitskraft zunutze; aber auch dort, wo sie mit der Arbeitszerlegung begann⁹, blieb »das Handwerksgeschick die Grundlage »die Differenzierung der Herstellung und des Bedarfs [...] immer neue Zünfte entstanden« (Hans Hausherr, Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts, Weimar 1955, S. 152). Neben der horizontalen Differenzierung vollzog sich die vertikale, die der Vermehrung der Produktionsstufen entsprach. Vor allem die »Fertigmacher«, denen schließlich der Verkauf zufiel, machten diesen zunehmend zu ihrer Hauptfunktion und wurden somit zu den Verlegern der übrigen Handwerksmeister. — Aber auch in diesen Fällen wurde der handwerkliche Meister nicht etwa durch bloßen Fleiß und innerbetriebliche Sparsamkeit zum Kapitalisten; er mußte sich von der Produktion vielmehr bereits entfernt haben, zum Kaufmann geworden sein, um dann als Verleger zu figurieren.

⁸ Ernst Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche, Frankfurt 1953, S. 45 f.

⁹ Diese Differenz in den Typen der Manufaktur entspricht, folgt man Grossmann, einer historischen Aufeinanderfolge. Danach stand die »kooperative Manufaktur« am Anfang, die lediglich eine Anzahl von Handwerkern desselben Fachs zusammenfaßte. Von Arbeitszerlegung war jedoch auch in der »heterogenen Manufaktur« noch nicht die Rede, die vielmehr nur »durch verschiedenartige selbständige Handwerker betrieben wird, welche zwar in einer Werkstatt unter dem Kommando desselben Kapitalisten vereinigt sind, ihre Produkte jedoch ganz in der traditionellen Weise des Handwerks, d. h. ohne Zerlegung des Arbeitsprozesses in ein-

der Manufaktur«¹⁰.

Durchaus nicht alle Kleinproduzenten wurden vom Verlags-system erfaßt oder von der Manufaktur aufgesogen. Doch trat ihre Produktionsweise in die Phase der eigentlichen Industrialisierung schon geschwächt ein. Bereits aus historischen Gründen ist demnach diese Schicht mit dem Begriff des ›Vor-kapitalistischen‹ genauer umschrieben als mit dem des ›Vor-industriellen‹, der zunächst auf die *technischen* Verfahrensweisen, die Produktionsmethoden abhebt. Dem individuellen Kleineigentum an den Produktionsmitteln war das Kapital als *gesellschaftliche* Größe längst *vor* der Umwälzung der Arbeitsmittel und der systematischen Anwendung der Maschine gegenübergetreten.

Allerdings sollte erst die ›große Industrie‹ durch die Verbilligung der Produkte auf der Basis eines außerordentlich gewachsenen (und sich erweiternden) Einsatzes an konstantem Kapital das Schicksal der Kleinproduktion besiegeln und die Qualifikation der handwerklichen Arbeitskraft tendenziell überflüssig machen. Indem die »moderne Industrie [...] die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des industriellen Kapitalisten« verwandelte, sollte sie, der Marxschen Erwartung zufolge, zugleich die für die kapitalistische Gesellschaft konstitutive Klassenscheidung herbeiführen, die für die »bisherigen kleinen Mittelstände, die kleinen Industriellen, Kaufleute und Rentiers, die Handwerker und Bauern« keinen Platz mehr läßt.¹¹

II

Auch das Erfurter Programm von 1891, dem Engels bescheinigte, daß es »nach seiner theoretischen Seite im ganzen auf dem Boden der heutigen Wissenschaft« stehe, nahm die im Kommunistischen Manifest erstmals klar formulierte Erwartung vom Verschwinden, dem gänzlichen Versinken der zwischen Kapital und Proletariat sich zerreibenden kleinbürgerlichen Mittelschichten auf.¹² Wenige Jahre später allerdings fache Handgriffe verfertigen«. Erst mit der »organischen Manufaktur«, die etwa der von Adam Smith beobachteten Stecknadelproduktion entsprechen dürfte, erfolgte die Zerlegung des Arbeitsprozesses »in einfachste, sich stets wiederholende und mit Virtuosität vollzogene Griffe [...], wobei das Arbeitsergebnis des einen Teilarbeiters den Ausgangspunkt für die Arbeit des folgenden bildet« (Henryk Grossmann, »Die gesellschaftlichen Grundlagen der mechanistischen Philosophie und die Manufaktur«, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, 4. Jg., 1935, H. 2, S. 184).

¹⁰ Karl Marx, *Das Kapital*. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. I, MEW 23, Berlin 1962, S. 389 (im folgenden zitiert als: *Kapital I*).

¹¹ Karl Marx und Friedrich Engels, *Manifest der kommunistischen Partei*, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 1, Berlin 1959, S. 15 f.

¹² »Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grund-

sah der Engels-Schüler Bernstein die Dinge gänzlich anders. Im Bestreben, die Mittelschichten für die Sozialdemokratie zu gewinnen, vollzog er eine ›Revision‹ der Marxschen Theorie auch in dem Punkt, daß er ihnen das Überleben, wenn nicht gar die Zukunftsträchtigkeit attestierte. Vielerlei Gründe – so vor allem die gelobte »Nähe zum Kunden« – ließen sich finden, um die Vorteile zu belegen, die »Schneiderei, Schuhmacherei, Sattlerei, Tischlerei, Tapeziergewerbe, Uhrmacherei usw.« auch gegenüber dem fortgeschrittenen Stand der Technik im kapitalistischen Großunternehmen besäßen.¹³

Diesem Argument ist allerdings nicht mit dem Hinweis darauf beizukommen, daß Marx die Kleinkapitale, als »Vorkämpfer des technischen Fortschritts«, für »eine unzertrennliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Entwicklung« gehalten habe.¹⁴ Abgesehen davon, daß dieser Einwand bereits um die Jahrhundertwende, zum Zeitpunkt von Luxemburgs Bernstein-Kritik, tendenziell überholt war – denn auch der technische Fortschritt geht im Laufe der Entwicklung an die kontinuierlich arbeitenden Planungsstäbe der Großbetriebe über –, trifft er den Gegner nicht. Bernsteins Mittelstandsoptimismus bezog sich ja gerade auf diejenigen Betriebe, die, *der Marxschen Erwartung zufolge*, aufgrund technischer Rückständigkeit dem Untergang geweiht sind, also gerade *nicht* auf die dem technischen Stand der Großindustrie offenbar angepaßten bzw. ihn sogar vorantreibenden Kleinunternehmungen. Die *Polarisierungsprognose*, die im Kommunistischen Manifest und später im Erfurter Programm vertreten wird, richtet sich nicht auf die *nach* Etablierung und allgemeiner Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise fällige Zentralisierung der Kapitale, sondern zunächst auf die Eliminierung der Restbestände einer früheren Produktionsweise.¹⁵

lage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden. Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe«.

¹³ Bernstein zufolge kommt es gerade nicht »nur auf die Technik an«, denn sonst wäre etwa »die Bäckerei längst von der Großindustrie monopolisiert« (vgl. Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Neuaufl., Reinbek 1969, S. 87).

¹⁴ Rosa Luxemburg, »Sozialreform oder Revolution?«, in: dies., *Politische Schriften I*, Frankfurt 1970, S. 67.

¹⁵ Den Unterschied zwischen diesen beiden Prozessen, zwischen der Zentralisation *bereits bestehender Kapitale* und der Niederwerfung der unmittelbaren Produzenten und ihres Eigentums *durch das Kapital*, hat Marx selbst unterstrichen: »Das selbsterarbeitete, sozusagen auf Verwachsung des einzelnen, unabhängigen Arbeitsindividuums mit seinen Arbeitsbedingungen beruhende Privateigentum wird verdrängt durch das kapitalistische Privateigentum, welches auf Exploitation fremder, aber formell

Ebensowenig entzündete sich die *Mittelstandsdiskussion*, die in Deutschland während der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts einsetzte, an einer allgemein gehaltenen Konzentrationsthese; ihr Gegenstand war und ist vielmehr die Zukunft — das mutmaßliche Verschwinden oder Überleben — der *kleingewerblichen*, d. h. *nichtkapitalistischen* Produktionsweise.¹⁶

Die Marxsche Polarisierungsprognose entbehrt quantifizieren-der Exaktheit; dennoch enthält sie eine eindeutige Aussage über die Richtung der zu erwartenden Entwicklung. Daher ist sie nicht durch den Hinweis auf irgendwelche im Marxschen Werk selbst bezeichnete entgegenwirkende Faktoren zu retten, sondern — ebenso wie ihre vorgebliche Widerlegung durch Bernstein — zunächst anhand *empirischen* Materials zu überprüfen.

Der Weg, den die faktische Entwicklung einschlug, nahm — Bernstein zum Trotz — den von Marx prognostizierten Verlauf¹⁷, so sehr dieser andererseits der Auffassung recht zu ge-
freier Arbeit beruht. Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, [...] gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, *eine neue Form*. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot« (Kapital I, S. 790; Hervorh. A. L.-F.).

¹⁶ Deren partiellen Fortbestand aber hat Luxemburg selbst an anderer Stelle nicht nur konstatiert, sondern geradezu als Begründung für den Fortbestand auch der *kapitalistischen* Produktionsweise bemüht! Damit nämlich der Absatz der Waren hier überhaupt auf Dauer möglich sei, bedürfe es, jenseits der Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, »nichtkapitalistischer Räume« im Äußeren (den heute sog. Ländern der Dritten Welt) *wie im Innern*. »Es müssen dies also Abnehmer sein, die zu ihren Kaufmitteln auf Grund von Warenaustausch, also auch von Warenproduktion gelangen, die außerhalb der kapitalistischen Warenproduktion stattfindet; es müssen dies somit Produzenten sein, deren Produktionsmittel nicht als Kapital anzusehen, und die selbst nicht in die zwei Kategorien: Kapitalisten und Arbeiter, gehören.« »In Wirklichkeit« also gebe es »in allen kapitalistischen Ländern, auch in denen der höchst entwickelten Großindustrie, neben kapitalistischen Unternehmungen im Gewerbe und in der Landwirtschaft noch zahlreiche handwerksmäßige und bäuerliche Betriebe, die einfache Warenproduktion betreiben« (Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1923, S. 394 u. 395).

¹⁷ Zu einer fundierten empirischen Kritik an Bernstein vgl. Karl Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart 1899, insbes. S. 57 ff. Obwohl Kautsky die Persistenz des Kleingewerbes in einzelnen Sektoren keineswegs übersah, ließen s. E. die wirtschafts- und sozialstatistischen Daten bereits um die Jahrhundertwende nur den Schluß zu, daß das »Ideal eines selbständigen Kleinbetriebs, die Wirtschaft einer Bauernfamilie, die ohne Lohnarbeiter alles Wesentliche produziert, wie sie braucht, [...] dahin (ist); noch im Anfange unseres Jahr-

ben scheint, daß Marx und Engels zumindest noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts die *Dauer* unterschätzten, welche die Eliminierung des Mittelstands aus der Sozialstruktur des Kapitalismus in Anspruch nehmen sollte. So räumt 1932 der Marxist Grünberg ein, daß »tatsächlich die Aufspaltung der kapitalistischen Gesellschaft in Proletariat auf der einen, Kapitalisten auf der anderen Front *nicht* vollzogen«, »der gewerbliche Mittelstand, Handwerker und Kleinkaufleute, *nicht* im Proletariat untergetaucht« sei.¹⁸ Repräsentanten der deutschen Soziologie zogen aus dieser Tatsache jedoch den Schluß, daß die Marxsche Polarisierungsprognose — wenn nicht die Marxsche Theorie insgesamt — im Bereich der Metaphysik anzusiedeln oder aber ausschließlich auf eine bestimmte Phase der ökonomischen Entwicklung zu beziehen sei. Diese sei nämlich, was ihre für den Mittelstand bedrohlichen Effekte betreffe, irgendwann um die Jahrhundertwende zum Stillstand gelangt.

Ein Beleg für diese Aussage ist aus den statistischen Daten allerdings nicht zu erhalten: Der anteilmäßige Rückgang der selbständigen Kleingewerbetreibenden kam weder um die Jahrhundertwende noch in den folgenden Jahrzehnten zum Stehen.¹⁹ Schon gar nicht aber ermöglicht der Hinweis auf die numerische Existenz von Kleingewerbetreibenden einen Rückschluß auf ihre aktuelle Situation und Zukunftschancen²⁰, denn der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung ist der Mittelstand auch dann ausgesetzt, wenn Teile seiner Angehörigen der Lohnabhängigkeit die Abhängigkeit von den Aufträgen der Großindustrie vorziehen oder aber in Bauten überwintern, die diese einstweilen nur unvollständig eingeebnet hat.²¹

hunderts (des 19. — A. L.-F.) war diese Wirtschaftsform in Europa die herrschende, heute ist sie so gut wie völlig verschwunden« (ebd., S. 73).

¹⁸ Emil Grünberg, *Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung*, Leipzig 1932, S. 122.

¹⁹ Gerade um 1900 kann von einem solchen Einbruch in die sinkende Kurve des Anteils der Selbständigen kaum die Rede sein: Von 1895 bis 1907 war dieser Anteil von 23,3 Prozent auf 18,8 Prozent gefallen (Zahlen nach: Helmut Steiner, *Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland*, Berlin 1967, S. 12).

²⁰ Eine relativ hohe Zahl vermag nämlich ebensowohl eine *Überbesetzung* des betreffenden Zweigs anzuzeigen. Gerade zu Beginn kapitalistischer Krisen steigt die Zahl der Kleingewerbetreibenden (vor allem der Kleinhändler) rapide an. Allerdings würde man die stolze Zahl, die sich aus der Verlegung brotlos gewordener Proletarier auf diese Art der Lebensfristung ergibt, wohl kaum als Ausweis für die besondere »Lebenskraft« des Mittelstands interpretieren.

²¹ »Vor Allem muß man im Auge behalten, daß die Konzentration des Kapitals nicht in allen Gewerbebezweigen gleichmäßig vor sich geht. Der Großbetrieb ergreift ein Gebiet nach dem anderen, verdrängt den Kleinbetrieb auf dem einen Gebiet, ohne daß er damit alle kleinen Unter-

Die These aber, »daß die Mittelklassen durch die weitere Entwicklung des Kapitalismus keineswegs zerrieben und proletarisiert worden sind, wie Marx es erwartete«²², wird gewöhnlich noch auf andere Weise gestützt. Kaum war, kurz vor der Jahrhundertwende, die Dezimierung des alten Mittelstands drastisch ins öffentliche Bewußtsein gedrungen, da gesellte man ihm in der politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion auch schon einen neuen bei — das Heer der Angestellten, von dem angenommen wurde, es werde die gesellschaftliche Mitte fürderhin zumindest qua Bewußtsein garantieren. Ihr Interesse, sich trotz abhängiger Stellung vom Industrieproletariat abzugrenzen und sich von daher den »Mittelschichten« zuzuordnen, traf auf das der Soziologen: Je eindeutiger selbst die untersten Angestellten sich mit »bürgerlichen« Normen identifizierten, je schärfer sie sich aus der Masse der Abhängigen herauszuheben strebten, desto berechtigter schien es, mit einem »neuen Mittelstand« aufzuwarten, um mit dieser neuen Kraft im Rücken die Marxsche Polarisierungsprognose endgültig ins 19. Jahrhundert zurückzuverweisen. Obendrein besaß dieser neu geschaffene »Mittelstand«, im schroffen Gegensatz zum alten, den Vorteil der Expansion. Doch bezeugt bereits diese Tatsache die von der Soziologie geförderte Begriffsverwirrung: Aufgrund welcher Kriterien man die Angestellten auch von den Industriearbeitern unterscheiden mag²³ — sie sind, mehr noch als diese, eine durchaus *moderne* Schicht. Wurde der alte Mittelstand durch die kapitalistische Produktion niedergerungen, so verdanken die Angestellten ihre soziale Existenz umgekehrt einer bereits fortgeschrittenen Stufe der kapitalistischen Entwicklung. Ihre Subsumtion unter den Begriff des »Ständischen«, der die vor-kapitalistische Herkunft einer Schicht von Kleinhändlern und

nehmer desselben ins Proletariat schleudert. Aus der einen Thätigkeit vertrieben, suchen sie eine neue auf [...] Das Gebiet des Kleinbetriebs verengt sich auf diese Weise immer mehr, ohne daß die Zahl der Kleinbetriebe im Ganzen abzunehmen braucht. Der Fortschritt des Großbetriebs hier, äußert sich durch Zunahme der Kleinbetriebe dort, durch Überfüllung der Branche; gehen die Kleinen hier durch die Konkurrenz der Großen unter, so verkommen sie dort durch das Übermaß der Konkurrenz, die sie untereinander machen; sie geraten dadurch in steigende Abhängigkeit vom Kapital, werden zu steigender Spezialisierung der Arbeiten gezwungen und bereiten so den Boden vor für den Großbetrieb, der früher oder später auch auf diesem Gebiete seinen Einzug hält« (Kautsky, a.a.O., S. 60).

²² René König, Soziologie heute, Zürich 1949, S. 53.

²³ Wurde diese Distinktion nach Einsetzen der Automation bereits im Hinblick auf die Qualifikation der Arbeit problematisch, so ist inzwischen auch das Einkommen kein sicheres Unterscheidungsmerkmal mehr. Schließlich scheint auch »kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Arbeitsplatzstruktur und der arbeits- und sozialrechtlichen Einordnung der Beschäftigten als »Angestellte« oder »Arbeiter« zu bestehen« (Dieter Claessens u. a., Angestellte und Arbeiter in der Betriebspyramide, Berlin 1959, S. 79).

-gewerbetreibenden indiziert, kann sich daher nicht auf eine Bestimmung ihrer Funktion im ökonomischen Prozeß stützen, sondern allenfalls auf irgendwelche ›cultural lags‹ in ihrem Bewußtsein.

Nicht daß diese bestehen, soll hier bestritten werden. Die Übereinstimmungen im Bewußtsein von ›altem‹ und ›neuem‹ Mittelstand aber lassen sich nicht von vornherein als gegeben unterstellen, sondern wären in ihrer Reichweite durch empirische Untersuchungen erst genauer zu bestimmen — zumal sie in den sozial unmittelbar relevanten Bereichen keineswegs evident sind.²⁴ Allerdings bliebe auch nach dem Aufweis derartiger Kongruenzen noch die Frage nach ihren Ursachen, die mit dem Rekurs auf die ›Statusangst‹ und das Bestreben der Angestellten, sich vom Industrieproletariat abzugrenzen, nicht etwa beantwortet, sondern erst gestellt ist.²⁵ Solange diese Probleme nicht gelöst sind — was im Rahmen dieser Arbeit selbst in bescheidenstem Umfang unmöglich ist —, muß die Erörterung des sogenannten neuen Mittelstands ausgeklammert werden. Denn bereits die unreflektierte Übernahme dieses Terminus müßte den Verdacht nahelegen, daß hier die Ideologie einer Schicht soziologisch reproduziert wird.

Gegenstand dieser Arbeit ist infolgedessen allein diejenige gesellschaftliche Gruppe, die ›ständisch‹ nicht nur im Hinblick

²⁴ Der alte Mittelstand ist, wie noch zu zeigen sein wird, immer gewerkschaftsfeindlicher geworden, während sich bei den Angestellten offenbar der umgekehrte Prozeß — die zunehmende Festlegung auf den Arbeitnehmerstandpunkt — vollzieht, so daß bereits heute »die große Mehrheit [...] den Gewerkschaften eine notwendige und positive Funktion zuspricht« (Siegfried Braun und Jochen Fuhrmann, Angestelltenmentalität. Berufliche Position und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten, Neuwied/Berlin 1970, S. 433). Diese Differenz ist nur der Ausdruck ihrer verschiedenen Klassenlage: Selbst wenn sich prima facie eine Übereinstimmung zwischen Angestellten und selbständigem Mittelstand in der Distanzierung vom Industrieproletariat ergibt, so kämpfen beide doch »für ganz verschiedene Dinge: für *klassenmäßig* getrennte Ziele. Der gewerbliche Mittelstand wünscht eine Einschränkung der großkapitalistischen Konkurrenz. Der arbeitnehmende Mittelstand hat nicht das geringste Interesse daran, den Ast, auf dem er sitzt, abzusägen« (Grünberg, a.a.O., S. 162 f.).

²⁵ Häufig fällt in diesem Zusammenhang das Argument, daß jene Übereinstimmung durch die soziale Herkunft vieler Angestellter aus Familien kleiner Selbständiger bedingt sei. In der Tat scheint die Übernahme einer Angestelltenposition insbesondere im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein beliebter Weg gewesen zu sein, die Deklassierung in der Generationenfolge sozial erträglich zu gestalten. Zwar sind auch heute noch die kleinen Selbständigen unter den Vaterberufen von Angestellten überrepräsentiert (26 Prozent einschließlich Bauern); doch läßt sich bereits feststellen, »daß im Vergleich der Generations- und Altersgruppen der Anteil der Angestellten aus Familien von Selbständigen relativ abnimmt« (Braun und Fuhrmann, a.a.O., S. 70). Soweit also mit diesem Argument operiert wird, läßt sich möglicherweise die Kritik an der Marxschen Polarisierungsprognose gegen die These vom ›neuen Mittelstand‹ selbst wenden: daß sie nämlich eine zeitlich äußerst beschränkte Reichweite besitzt.

auf ihre Ideologie, sondern auch auf ihre *tatsächliche* Position als ›Überbleibsel einer vergangenen Produktionsweise‹ genannt werden kann und ökonomisch insofern in der ›Mitte‹ steht, als sie weder der Bourgeoisie noch dem Proletariat zu subsumieren ist — während sie umgekehrt mit beiden jeweils entscheidende Eigenschaften teilt: mit jener das Merkmal des Eigentums an den Produktionsmitteln, mit diesem die Stellung der unmittelbaren Produzenten. Nicht zuletzt aus dem Erfordernis der Abgrenzung gegenüber dem landläufigen — auch soziologischen — Sprachgebrauch, der unter Vernachlässigung jener Kriterien darüber hinaus die Masse der Angestellten dem ›Mittelstand‹ zuordnet, wird hier der Begriff des ›Kleinbürgertums‹ bei der Kennzeichnung dieser Schicht bevorzugt. Zwar blieb auch er vor einer Anwendung auf den ›neuen Mittelstand‹ nicht verschont — wie sich exemplarisch an Koflers Arbeit zeigt, die gar Auskunft über das »Wesen des Kleinbürgertums« geben möchte, die »markanteste Verkörperung des Kleinbürgers« dann aber im »Angestellten« erblickt.²⁶ Doch stoßen die subjektivistischen und ideologischen Implikationen, die im Begriff des ›Mittelstands‹ allemal tradiert werden, bei der Kategorie des ›Kleinbürgertums‹ zumindest an *eine* Grenze: ›Kleinbürgerlich‹ ist man gelegentlich in der Fremdeinschätzung, äußerst selten hingegen in der Selbstzuordnung.²⁷

III

Die Rede vom ›neuen Mittelstand‹ unter Inanspruchnahme bestimmter Bewußtseinsinhalte kennzeichnet jedoch nur den Beginn einer wissenschaftlichen Schichtungstheorie. Was die Motivation ihrer Urheber betrifft, so entstand sie zumal in

²⁶ Leo Kofler, ›Das Wesen des Kleinbürgertums‹, in: ders., Marxistische Staatstheorie, Frankfurt 1970, S. 256.

²⁷ Es ist anzunehmen, daß der Begriff des ›petit bourgeois‹ zuerst in Frankreich eine festumrissene Bedeutung besaß. Seine *polemischen* Konnotationen gingen jedoch ebenso in den englischen Begriff des ›petty bourgeois‹ wie in die deutsche Kategorie des ›Kleinbürgers‹ ein. In Deutschland wurde der Begriff offenbar schon in der politischen Literatur des Vormärz mit dem des ›Spießers‹ unmittelbar assoziiert, der seinerseits mit dem (vorwiegend studentischen) Spottbegriff des ›Philisters‹ synonym verwandt wurde. Damit sind in erster Linie *Bewußtseinshaltungen* angesprochen, die eine zur Lächerlichkeit degenerierte ›bürgerliche‹ Mentalität wie eine abstoßende Borniertheit, Engstirnigkeit und Kleinlichkeit, einen kalkulierenden Verstand und Erwerbsgeist, einen alles überschattenden Sinn für Ordnung und Sicherheit, eine erhebliche Behäbigkeit und Gemütlichkeit, aber auch eine gewisse Gutmütigkeit umfassen. Doch weist gerade der Begriff des ›Spießers‹ auf einen *historischen* Ursprung zurück, der sich mit dem der ›kleinbürgerlichen‹ Produktions- und Existenzweise deckt: In der mittelalterlichen Stadt war der Spieß — im Gegensatz zum Speer des Ritters — die Waffe des ›Bürgers‹.

Deutschland vor allem als Reaktion auf die Klassentheorie. Die beiden wesentlichen Stränge der Marx-Kritik, unter deren Vorzeichen die deutsche Soziologie überhaupt ihr Gepräge erhielt, scheinen sich hier zu kreuzen: Im Hinweis auf die Differenziertheit der sozialen Stratifikation und die Existenz einer breiten Mittelschicht übt die Schichttheorie virulente Kritik an der Polarisierungsprognose²⁸; zugleich lehnt sie die These von der Determination des Bewußtseins durch das gesellschaftliche Sein zumeist explizit ab.

Vorgängig waren dabei allerdings spätestens seit Max Webers ›Protestantischer Ethik‹, die sich als Kritik am ›Materialismus‹ verstand, Vulgarisierungen der Marxschen Theorie wie die, daß der ›Geist‹ hier prinzipiell als ›bloßes Derivat‹ irgendwelcher ›wirtschaftlichen‹ Verhältnisse gelte. Für geradezu unverantwortlich hielt man jene »Einseitigkeit« bei der Analyse der Sozialstruktur: Während hier die »entscheidenden Faktoren [. . .] nach Marx immer die wirtschaftlichen« seien, gelte es zu bedenken, daß das »Zusammenleben der Menschen [. . .] nun aber außer der wirtschaftlichen Bedürfnisbefriedigung mancherlei andere Inhalte« habe und es infolgedessen »theoretisch unzulässig« sei, »von vornherein die menschliche Gesellschaft durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit unter Beiseitesetzung jeder anderen Funktion zu definieren«. Daher solle »man nicht aus einer willkürlichen Definition des Gesellschaftsbegriffs deduzieren, daß jede solche Schichtstruktur auf den Produktionsverhältnissen beruht«.²⁹ Was jene ›wirtschaftlichen‹ Faktoren betrifft, so hielt man sie keineswegs für unwesentlich; man wandte sich aber dagegen, daß »unter ihnen ein ganz bestimmtes, nämlich das ›Produktionsverhältnis‹« ausgesondert würde.³⁰ Nachdem auf diese Weise ein *soziales* Verhältnis zum ›bloß wirtschaftlichen‹ gestempelt war, griff man nach anderen ökonomischen Faktoren, die offenbar als umfassender galten, in Wirklichkeit jedoch eher geeignet waren, den erfolgreichen Schlagersänger mit dem erfolgreichen Kapitalisten im Tiegel der Gesellschaftswissenschaft in ein und derselben Schicht verschmelzen zu lassen: zum ›Einkommen‹ und später,

²⁸ »Nun ist es heute fast üblich geworden, daß die Erwähnung der Klassentheorie von Karl Marx von einer Widerlegung der Prognose begleitet ist, die er für die gesellschaftliche Weiterentwicklung gestellt hat. Manchmal führt das dann sogar zu einer Ablehnung des marxistischen Klassenbegriffes und seiner Ersetzung durch den Begriff der auf Status oder Prestige gegründeten sozialen Klasse oder Schicht« (Renate Mayntz, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958, S. 76).

²⁹ Theodor Geiger, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln/Hagen 1949, S. 32 f.

³⁰ Ebd., S. 32.

mit der Differenzierung der Schichtungsskala, auch zum ›Besitz an langlebigen Konsumgütern‹ usf.

Vor allem aber ging es um das Bewußtsein, das, *nachdem* man den Begriff des Ökonomischen erst einmal auf Einkommensverhältnisse und Lebensstandard eingeeengt hatte, als eine von der ›wirtschaftlichen‹ Situation eines Individuums in der Tat relativ unabhängige Größe erscheinen konnte. Der Rekurs auf diese Größe im Rahmen der Stratifikationstheorie aber impliziert zugleich den Rekurs auf Ideologie: Das herrschende Interesse an sozialer Harmonie und der Existenz einer breiten Mittelschicht trifft auf das der Beherrschten; soziale Selbstzuordnung drängt zur gesellschaftlichen Mitte.

Schien die Attraktivität der Mittelschichtzugehörigkeit bei der Verkäuferin, die sich in Qualifikation und Einkommen vom Industriearbeiter in nichts unterscheiden mag, unmittelbar plausibel, so erklärte man den umgekehrten Vorgang, die Statusunterschätzung von Oberschichtangehörigen³¹, aus einer »Bescheidenheit in Erwartung öffentlicher Mißbilligung« (Mayntz). Bedenken, die sich aus derartigen Fehleinschätzungen von Befragten für die soziologische Theorie ergeben, teilten Schelsky und andere offenbar nicht. Im Gegenteil — man ging über das ideologische Potential des sogenannten ›neuen Mittelstands‹ weit hinaus. Während — einem Marxschen Diktum zufolge — kein shopkeeper dem anderen glaubt, was er von sich selber sagt, einigten sich Hauptvertreter der deutschen Nachkriegssoziologie ohne größere theoretische Vorbehalte darauf, daß über die Zugehörigkeit zum Mittelstand in erster Linie eine gewisse ›Mentalität‹, ein Zugehörigkeitsgefühl und -bewußtsein also, entscheide. Galten demgemäß ökonomische oder sonstige objektiv faßbare und kontrollierbare Faktoren zumindest in der Mittelstandsfrage als zweitrangig³², so brauchte man nur bei irgendwelchen ›mittelständischen‹ Sehnsüchten des Industrieproletariats anzuknüpfen, um mittels einer durch die Ideologie unermesslich aufgeblähten Mittelschicht alle Prognosen vom Zerfall der Gesellschaft in zwei Klassen ihrerseits als ›Ideologie‹ zurückzuweisen. Auf

³¹ »Wie zu erwarten, ist bei Angehörigen der oberen Schicht eine im Vergleich zu den unteren Schichten entgegengesetzte Tendenz zu beobachten, nämlich eine Unterschätzung der eigenen Position, eine Art ›Tiefstapelei‹« (Erwin K. Scheuch, unter Mitarbeit von H. Daheim, ›Sozialprestige und soziale Schichtung‹, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 5: Soziale Schichtung und soziale Mobilität, Köln/Opladen 1961, S. 83).

³² Als einer der ersten nach dem Kriege hat m. W. König diese These ausdrücklich vertreten: »Die Statistik kann immer nur äußere Eigenschaften messen [...], aber über die Mentalität der Betroffenen gibt sie keine Auskunft. Die eigentliche Problematik der mittelständischen Existenz liegt aber ganz und gar in der Mentalität. [...] Letzten Endes unterscheidet sich hier alles aus individueller Perspektive« (König, a.a.O., S. 71 f.).

dieser Grundlage entstand das wissenschaftliche Monstrum einer ›nivellierten Mittelstandsgesellschaft‹³³, die Parodie auf die klassenlose Gesellschaft, die glauben machen sollte, »daß ein *Verständnis unserer Gesellschaftsstruktur als Klassengesellschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten ist*«³⁴. War bei den untersuchten Individuen selber das »Bekenntnis zum ›Mittelstand‹ und zu den ›middle classes‹ im Grunde genommen unabhängig [...] vom realen Bestand einer Ober- und Unterklasse«³⁵, so sah auch der analysierende Soziologe keinen Anlaß, jenes Bekenntnis und den daran geknüpften sozialen Frieden durch Aufdeckung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu stören.

Die These vom ›sozialen Nivellement‹, von der Einebnung der Klassendifferenzen durch ein die Gesamtgesellschaft übergreifendes Mittelstandsbewußtsein wurde in dieser Form kaum aufrechterhalten. Noch während der Restaurationsperiode begannen Untersuchungen, die der Arbeiterschaft ein ›proletarisches Sozialselbstbewußtsein‹ (das sich, Schelsky zufolge, längst ›verflüchtigt‹ haben sollte) zumindest in Gestalt eines von anderen Schichten typisch unterschiedenen ›dichotomischen Gesellschaftsbildes‹ wiederum zubilligten.³⁶ Die Zurechnung zu irgendeiner ›Mittelschicht‹ unter Verkennung der eigenen sozialen Lage war im Proletariat offenbar weniger verbreitet, als Schelsky angenommen hatte.³⁷ Derartige Untersuchungen boten zwar eine empirische Korrektur der Schmelztiegel- und Nivellierungslegenden, kaum jedoch eine grundsätzliche Revision des *methodischen* Ansatzes der

³³ Zur Begründung seiner These zitiert Schelsky eine amerikanische Untersuchung, wonach mehr als 90 Prozent der Befragten sich dem Mittelstand zuordneten, während mehr als 50 Prozent de facto dem Proletariat angehörten. Ist infolgedessen »die Gesellschaft [...] in ihrem Sozialbewußtsein auf irgendeine Mittellage hin nivelliert«, so ist sie eben nivelliert. (Vgl. Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart 1960, S. 244; Hervorh. A. L.-F.)

³⁴ Ebd., S. 226.

³⁵ Ebd.

³⁶ »Alle Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben, und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von uns definierten Sinne entwickeln, sehen die Gesellschaft als — unabwendbare oder abwendbare, unüberbrückbare oder ›partnerschaftlich‹ zu vermittelnde — *Dichotomie*, und sie beantworten die Frage nach ihrem eigenen gesellschaftlichen Ort durch ein *Arbeiterbewußtsein*, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesamtgesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen« (Heinrich Popitz u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957, S. 237).

³⁷ Auch die an die Euskirchener Untersuchung von Mayntz angeschlossene überregionale Studie des Kölner Instituts für Mittelstandsforschung ergab, »daß die Masse der Arbeiterschaft in ihrer eigenen Vorstellung und in der der Bevölkerung nicht zur gesellschaftlichen Mitte zählt« (Daheim, a.a.O., S. 253).

Schichttheorie. Diese geht zwar nicht mehr davon aus, daß die Selbsteinschätzung und das ›Bewußtsein‹ eines Individuums ein zureichender Index für seine tatsächliche Schichtzugehörigkeit seien. Doch können falsche soziale Selbstzuordnungen, die ihrerseits zum Gegenstand einer soziologischen Analyse auf der Basis einer objektiven Theorie der sozialen Beziehungen zu machen wären, hier in letzter Instanz nur auf der Grundlage ebenfalls ›subjektiver‹ Daten als Fehleinschätzungen ausgemacht werden: durch die Diskrepanz, in der jene Selbstzuordnung entweder zur durchschnittlichen Fremdzuordnung oder zu der des Soziologen sich befindet, der seinerseits das Schema sozialer Schichtung primär aus jenen gesellschaftlich durchschnittlichen Einschätzungen gewinnt. Auch können aufgrund eines solchen Verfahrens, das die Differenz zwischen ›objektiver und subjektiver Soziallage‹ einführt, rund ein Drittel jener 50 Prozent der Befragten, die ihre Existenz für eine mittelständische halten, von der soziologisch definierten ›Mittelschicht‹ abgeschoben werden.³⁸ Stellt man aber in Rechnung, daß die »objektive Soziallage« sich wiederum nur »mit Hilfe der Begriffe des sozialen Status und des Sozialprestiges beschreiben« läßt³⁹, so wird deutlich, daß jenes Instrument lediglich »als eine Art Wiederholung des [...] Identifizierungsprozesses der Akteure« konstruiert ist. Die Kriterien, die diese implizit bei der Statuszumessung verwenden, werden zu den expliziten der Soziologie. »Zunächst werden also wichtige Merkmale identifiziert und dann der Prozeß der Synthese zu einem Gesamtwert, einem Gesamturteil, nachvollzogen«⁴⁰, wobei das Problem nur noch darin gesehen wird, daß die Kriterien der Statuszumessung selbst wiederum mit der Schichtzugehörigkeit variieren.

Zwar ist man sich darüber im klaren, daß »vielleicht wegen der Unzufriedenheit mit der eigenen Stellung im Schichtgefüge, vielleicht wegen der in unserer Gesellschaft herrschenden Gleichheitsideologie«⁴¹ in breiten Bevölkerungskreisen bereits die Tatsache der Schichtung abgelehnt oder gar geleugnet wird und von daher der Mittelstand sowohl in der Selbst- wie in der Fremdzuordnung künstlichen Zuwachs er-

³⁸ Offenbar gehen sie jedoch weniger in die Unterschicht ein als in jene 18 Prozent, die Scheuch als »nicht eingeordnet« ausweist. Die oben angeführten Zahlen gründen sich auf einen Vergleich zwischen der von Moore und Kleinig aufgestellten Tabelle der »sozialen Selbsteinstufung« und der von Scheuch vollzogenen »Einstufung an Hand eines Index« (bei: Friedrich Fürstenberg, Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein soziologischer Überblick, Köln/Opladen 1967, S. 122).

³⁹ Ebd., S. 118.

⁴⁰ Ebd., S. 73.

⁴¹ Daheim, a.a.O., S. 240.

hält.⁴² Doch bleibt die unten durch soziale Ängste, oben durch soziale Kontrolle affektiv getrübe Fähigkeit zu sozialer Wahrnehmung gleichwohl Grundlage auch der wissenschaftlichen Schichttheorie. War das ›Bewußtsein‹ für die Herstellung der Stratifikationsmodelle und insbesondere für den Raum, den darin die Mittelschichten beanspruchen können, einmal entdeckt, so bemaß fürderhin die Schichttheorie ihre Objektivität geradezu an der exakten Wiedergabe der populären Schichteinteilungen⁴³ sowie der Kriterien, nach denen die Zuordnung von Individuen zu einem der Strata im vorwissenschaftlichen Bereich, dem des gewöhnlichen Lebens, vorgenommen wird.⁴⁴ Der mittelständische Bias geht in die Untersuchungen zur sozialen Schichtung weniger direkt als der der Autoren ein denn als falsches Bewußtsein der untersuchten gesellschaftlichen Akteure. Und deren Mentalität legt es dem Soziologen offenbar auch weiterhin nahe, bei der Fiktion einer ›Mittelstandsgesellschaft‹ zu verweilen: »Allgemein kann man aus unseren bisherigen Daten wohl den Schluß ziehen, daß unsere Gesellschaft eine Mittelstandsgesellschaft in dem Sinne ist, daß man dieser Schicht eine verhältnismäßig große Wertschätzung entgegenbringt und daß diese Schicht – auch sich selbst – am wenigsten kontrovers erscheint.«⁴⁵

IV

Hatte man die ›goldene Mitte‹ seit eh und je mit den Attributen der Ausgewogenheit und Mäßigung belegt, so waren diese Vorstellungen auch der deutschen Soziologie der Nachkriegszeit nicht weiter ›kontrovers‹. Wie einerseits die Eschatologie einer Nivellierung, die die gesellschaftliche Ungleichheit auf immer besiegt, die Gegenwart als von einem tendenziell sämt-

⁴² Die Ironie dieses Ansatzes zeigt sich allerdings in seinen Resultaten: Im Gegensatz zu den beiden Hauptklassen der Gesellschaft besitzt offenbar allein die Mittelschicht ein richtiges Bewußtsein ihrer eigenen Lage: »Wie zu erwarten, zeigt sich das höchste Maß an Übereinstimmung zwischen Selbsteinstufung und Schichtzugehörigkeit in den Mittelschichten« (Scheuch, a.a.O., S. 83).

⁴³ »In der Dimension des sozialen Ansehens bevorzugten die Befragten also eine einfache Gliederung der vertikalen Achse in Oben, Mitte und Unten. [...] Wir sind also (sic!) [...] immer noch bis zu einem gewissen Grade berechtigt, in der Dimension des sozialen Ranges von einer oberen, mittleren und unteren Schicht zu sprechen« (Daheim, a.a.O., S. 242).

⁴⁴ »Die Kriterien des Klassenverhältnisses, welche die empirische Forschung solche der social stratification, der Schichtung nach Einkommen, Lebensstandard, Bildung zu nennen liebt, sind Verallgemeinerungen von Befunden an einzelnen Individuen. Insofern dürfen sie subjektiv heißen« (Adorno, Einleitungsvortrag zum 16. deutschen Soziologentag, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. deutschen Soziologentags, Stuttgart 1969, S. 13).

⁴⁵ Scheuch, a.a.O., S. 79.

liche Individuen umspannenden Mittelstand bestimmt erscheinen ließ, geriet andererseits die politische Gestalt derjenigen gesellschaftlichen Minorität, die allein als ›mittelständisch‹ sinnvollerweise zu klassifizieren wäre, aus dem Blick: Gänzlich ausgeblendet blieb die rezente Erfahrung des Faschismus, die jene angenommene politische Unschuld des Mittelstands als Illusion hätte entlarven müssen.

Die Abwehr dieser Erfahrung *mußte* gelingen, sofern die Übernahme der von den anglo-amerikanischen Ländern repräsentierten *politischen* Alternative nach dem deutschen Zusammenbruch den Rekurs auf eben die *soziale* Basis implizierte, die sich kurz zuvor in ihren wesentlichen Teilen dem Faschismus zur Verfügung gestellt hatte.⁴⁶ Die Erkenntnis dagegen, daß demokratische und faschistische Parteien zumindest *eine* Gemeinsamkeit besitzen — die gesellschaftliche Verankerung im Mittelstand, dessen politische Apathie somit keineswegs funktionslos ist —, formulierte sich umgekehrt in der amerikanischen Sozialwissenschaft. Dies bedeutete freilich den Bruch mit jener eingefleischten Vorstellung, daß stets nur »die Extremisten an beiden Enden des politischen Kontinuums zur Diktatur (neigen), während die Gemäßigten in der Mitte die Demokratie verteidigen«. Spätestens der Faschismus hatte, Lipset zufolge, deutlich gemacht, »daß dies ein Irrtum ist«⁴⁷: Das einstige ›Bollwerk‹ der demokratischen Gesellschaftsordnung kannte seine spezifische Form des Extremismus.

Jene herkömmliche Ansicht von den Mittelschichten, die aufgrund ihrer sozialen Zwitterstellung in der Lage seien, die Klassengegensätze der kapitalistischen Gesellschaft auszugleichen, zu versöhnen und abzustumpfen, enthält jedoch — wenngleich unter konträrer Wertung — auch der Marxsche Begriff des Kleinbürgertums. Die Perpetuierung dieses Begriffs, seine Übertragung auf die gewandelten gesellschaftlichen Umstände vor dem deutschen Faschismus führte nicht nur zur theoretischen Verharmlosung, sondern auch zu politischen Illusionen. Entgegen der stalinistischen Interpretation des Faschismus, die in ihm nichts als die Reaktion eines Teils des Finanzkapitals sah, wies insbesondere Trotzki auf seine weit über kapitalistische Minoritäten hinausreichende Fundie-

⁴⁶ Diese Abwehr vollzog sich in Deutschland nicht zuletzt dadurch, daß man den Faschismus von vornherein unter ihm inadäquate Begriffe — des ›Totalitarismus‹, der ›Diktatur‹ usw. — subsumierte oder auf Ursachen — wie die eines deutschen Nationalcharakters usf. — zurückführte, die seine soziale Determination ausblenden (vgl. Abschnitt IV dieser Arbeit).

⁴⁷ Seymour Martin Lipset, ›Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte, in: E. Nolte (Hg.), Theorien über den Faschismus, Köln/Berlin 1967, S. 450.

rung in den kleinbürgerlichen Massen hin. Als einer der wenigen marxistischen Theoretiker, die die Rolle des Mittelstands im Faschismus überhaupt wahrnahmen, aber griff er auf den von Marx geprägten (und von Lenin tradierten) Begriff einer »zwischen den beiden Hauptlagern *schwankenden* Kleinbourgeoisie« zurück: »Ist das Kleinbürgertum unfähig zu selbständiger Politik [...], so bleibt ihm nur die Wahl zwischen Bourgeoisie und Proletariat.«⁴⁸ Allein aus dieser Annahme ließ sich deduzieren, daß jene Kleinbourgeoisie »durchaus fähig« sei, »ihr Schicksal mit dem des Proletariats zu verknüpfen«, dann nämlich, wenn die proletarische Partei sich ihrerseits auf ein strikt revolutionäres Programm verpflichtete.⁴⁹

Der Marxsche Begriff des Kleinbürgertums als einer zwischen den Klassen lavierenden, schwankenden Schicht steht m. E. einer politischen Analyse des Kleinbürgertums heute eher im Wege. Vor allem zwei Gründe sprechen dagegen, die größtenteils ironisierenden Bestimmungen, die Marx an das bramarbasierende, phrasendreschende Kleinbürgertum seiner Zeit knüpfte, in einen überhistorischen Bezugsrahmen zu verwandeln:

1. Wie in der ökonomischen Theorie die Reste einfacher Warenproduktion allenfalls als einer der Faktoren in Betracht kommen, welche die Durchsetzung der kapitalistischen Gesetze verzögern, hemmen und modifizieren, so stellte auch das politische Verhalten ihrer Träger — der aus vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen überkommenen Schichten — kaum ein Problem *sui generis* dar. Die Grundannahme von der im ökonomischen Prozeß unausbleiblichen Polarisierung — und »Marx hat eine schnelle Durchsetzung dieser Tendenz erwartet«⁵⁰ — führte vielmehr von vornherein zur theoretischen Konzentration auf die beiden *Hauptklassen* der kapitalistischen Gesellschaft.⁵¹ Die »absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlos veralteten Kleinbetrieb hinweggeht wie ein Eisenbahnzug über

⁴⁸ Leo Trotzki, Schriften über Deutschland (in zwei Bänden), Gesammelte Werke I, Frankfurt 1971, Bd. I, S. 360.

⁴⁹ Eine Schicht, deren Angehörige Trotzki gerade aufgrund ihrer politischen Instinktlosigkeit als »menschlichen Staub« zu qualifizieren pflegt, soll hier — da der reformistische Kurs der Sozialdemokratie sie entmutigt habe — ausgerechnet in *revolutionäre* Bahnen zu lenken sein! Denn nur »wenn die revolutionäre Hoffnung die gesamte proletarische Masse ergreift, so zieht sie unfehlbar bedeutende und stets anwachsende Schichten des Kleinbürgertums hinter sich her auf den Weg der Revolution«. (Ebd.)

⁵⁰ Michael Mauke, Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt 1970, S. 62.

⁵¹ Wenn das Marxsche »Kapital« im großen und ganzen voraussetzt, »daß die kapitalistische Produktion die einzige und ausschließliche Produk-

eine Schubkarre«⁵², ließ das politische Verhalten der Kleinbürger eher als temporäres Problem erscheinen, das sich mit der Entwicklung des Kapitalismus von selbst überhole.⁵³ Im Mittelpunkt stand daher weniger der politische Charakter des Kleinbürgertums selbst als vielmehr die Frage der Sonderung von Proletariat und Kleinbürgertum. Denn auch ohne noch nennenswerten Einfluß auf die ökonomische Entwicklung zu nehmen, hinterließ dieses Spuren in der politischen Orientierung der Arbeiterbewegung — insofern nämlich das Proletariat noch der Fährte der kleinbürgerlichen Demokratie folgte oder aber, nach organisatorisch-institutioneller Absonderung der Arbeiterbewegung, den spezifisch kleinbürgerlichen Illusionen im sogenannten kleinbürgerlichen Sozialismus noch aufsaß.

2. Von jener kleinbürgerlichen Demokratie, deren »eigentümliche(r) Charakter [...] sich dahin zusammen(faßt), daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und

tionsform sei«, so ist Luxemburg im Unrecht, wenn sie darin lediglich »eine theoretische Voraussetzung für die Zwecke einer erleichterten, vereinfachten Untersuchung« erblickt (Die Akkumulation, a.a.O., S. 394 u. 395). Für die Abstraktion von den Restbeständen einer vorkapitalistischen Produktionsweise sind nicht in erster Linie methodische Gesichtspunkte und idealtypische Konstruktionen verantwortlich, die vielmehr umgekehrt erst der *bürgerlichen* Soziologie — eben zum Zwecke der »pragmatischen Veranschaulichung« und »Vereinfachung« — u. a. auch »die Utopie einer »kapitalistischen«, d. h. allein durch das Verwertungsinteresse privater Kapitalien beherrschten Kultur« liefern (Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen 1968, S. 191 f.). Die Methode besitzt bei Marx ihr »fundamentum in re« zumindest in der Erwartung, das kapitalistische System selbst werde von den Überbleibseln früherer Produktionsweisen nach und nach »abstrahieren«, seine Klassenstruktur mithin »vereinfachen«.

⁵² Friedrich Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, MEW 22, Berlin 1970, S. 502.

⁵³ Noch 1890 schreibt Engels: »Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur [...]. Es ist in Preußen der Kleinadel, das Junkertum [...], das in Antisemitismus macht, und in Preußen und Österreich ist es der dem Untergang durch die großkapitalistische Konkurrenz verfallene Kleinbürger, Zunfthandwerker und Kleinkrämer, der den Chor dabei bildet und mitschreit.« Über diese Formen des Antikapitalismus, die sich von dem des Proletariats diametral unterscheiden, werde der Kapitalismus jedoch ebenso hinwegschreiten wie über die anachronistischen Produktionsmethoden, die ihm zugrundeliegen. Sind sie »nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht«, so brauchen die »reaktionären Zwecke«, denen sie dienen, kaum ernstgenommen zu werden. Das Kapitalverhältnis müsse sich nur in allen Sektoren der Wirtschaft durchsetzen, der Polarisierungsprozeß nur weit genug fortschreiten, damit die reaktionären Konsequenzen, die sich aus der Deklassierung vorkapitalistischer Schichten ergeben, von selbst verschwinden. (Vgl. Friedrich Engels, Über den Antisemitismus, MEW 22, Berlin 1970, S. 49 ff.)

in Harmonie zu verwandeln«⁵⁴, ist der Marxsche politische Begriff des Kleinbürgertums im wesentlichen abgezogen.⁵⁵ Die kleinbürgerliche Demokratie aber entspricht einer Phase der kapitalistischen Entwicklung, die noch durch die weitgehend ›freie‹ Konkurrenz, d. h. durch eine relativ breite Streuung des Eigentums an den Produktionsmitteln gekennzeichnet ist. In dieser Phase bildete das Kleinbürgertum, obwohl den Effekten der Polarisierung bereits ausgesetzt, tatsächlich noch eine von Kapital und Arbeit deutlich unterschiedene, ›zwischen‹ beiden stehende gesellschaftliche Gruppe. Und diese historische Zwischenlage fand ihren Ausdruck in den manifesten Schwankungen der kleinbürgerlichen Politik. Dies kann jedoch nicht bedeuten, daß das Kleinbürgertum prinzipiell und immer ›schwankte‹ oder gar in jedem geschichtlichen Augenblick die ›Wahl zwischen Bourgeoisie und Proletariat‹ habe.

Gerade die sozio-ökonomische Definition des Kleinbürgertums als ›Zwischenschicht‹ sowie seine von Marx diagnostizierte Unfähigkeit zu selbständiger Politik implizieren, daß seine jeweilige politische Gestalt primär als *abhängige Variable* zu analysieren ist: Sie variiert mit den verschiedenen Phasen, in denen das Verhältnis der beiden Hauptklassen sich verändert, und folgt mithin einer Entwicklung, die ihrerseits durch den ökonomischen Prozeß bestimmt und daher vom Kleinbürgertum selbst immer weniger beeinflußt wird. Insbesondere der Übergang zum Kapitalismus der Monopole und Kartelle zog einen politischen ›Übergang‹ des Kleinbürgertums nach sich, der sich in den Kategorien, mit denen Marx die kleinbürgerliche Politik einer früheren Phase charakterisiert hatte, kaum noch erfassen läßt. Die Diskrepanz zwischen ökonomisch reaktionären und politisch demokratischen Forderungen, die am Kleinbürgertum der 48er Revolution noch ins Auge fällt, verlosch. Mit dem Wandel seiner ökonomischen Zwischenstellung verging ihm schließlich auch das Schwanken. Sein politisches Verhalten entsprach immer mehr seiner anachronistischen ökonomischen und gesellschaftlichen Lage — denn die Abwendung des Kleinbürgertums von der Demokratie vollzog

⁵⁴ Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften, Bd. I, Berlin 1966, S. 252.

⁵⁵ Auf ähnliche, allerdings eher subkulturelle und daher jenen ›Institutionen‹ geradezu abgeneigte Strukturen trafen die Begründer eines ›wissenschaftlichen Sozialismus‹ wenig später in den zu Recht als ›kleinbürgerlicher Sozialismus‹ disqualifizierten anarchistischen Strömungen. »Als Mann der Wissenschaft« wollte Proudhon stets »über Bourgeois und Proletariern schweben; er ist nur der Kleinbürger, der beständig zwischen dem Kapital und der Arbeit, zwischen der politischen Ökonomie und dem Kommunismus hin- und hergeworfen wird« (Marx, ›Über P.-J. Proudhon‹, Brief an J. B. v. Schweitzer vom 24. 1. 1865, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 366).

sich ideologisch als Radikalisierung derjenigen Komponenten seines Bewußtseins, die deutlichster Ausdruck seiner überalterten Produktionsweise sind.

›Privilegiert‹ waren in seinen Augen von nun an nicht mehr nur die tatsächlich herrschenden Klassen, sondern auch die sogenannten Bonzen der organisierten Arbeiter, wie die Gewerkschaften insgesamt in den kleinbürgerlichen Kampf gegen Institutionen einbezogen wurden. Erst in dieser Epoche ging die Saat der politischen Ökonomie des Kleinbürgertums auf: im Begriff des ›raffenden Kapitals‹, durch den auch noch das moderne Finanzkapital dem mittelalterlichen Wucherkapital schier gleichgesetzt wurde. Dagegen hatte das ›schaffende Kapital‹, das im Vokabular des Kleinbürgers nicht nur seine eigenen Produktionsmittel, sondern auch die des industriellen Kapitalisten umfaßt, in *dieser* Phase, d. h. *nachdem* es den Großteil der kleingewerblichen Produktion bereits niedergeworfen hatte, immerhin den Vorzug, die Existenz einer Reihe von Kleinbetrieben zu verlängern.

Um das politische Potential des verbliebenen Kleinbürgertums zu ermessen, wird man neben der direkten ökonomischen Bedrohung der Kleinbetriebe vor allem deren *innere Strukturveränderungen* in Rechnung stellen müssen, die aus ihrer wachsenden Verfilzung mit der Großindustrie resultieren. Bei Fortbestehen der rechtlichen Selbständigkeit wurde das Kleinbürgertum in die direkte oder indirekte Abhängigkeit vom Kapital gezwungen, was sich in seiner globalen Verlegung von der Produktion auf den Handel mit und die Reparatur von Industrieerzeugnissen manifestiert. »Die kleinen Betriebe sind heute im wesentlichen nur Annexe von Großunternehmen; auch wo ihre Selbständigkeit nicht bloß fiktiv ist, sind sie nur Hilfsunternehmen großer Betriebe; so die Installationsgeschäfte der Beleuchtungsbranchen, die modernen großstädtischen Geschäfte, die Fabrikprodukte vertreiben etc. Sie alle kämpfen keinen Konkurrenzkampf gegen die Großindustrie, sind vielmehr an deren größtmöglicher Ausdehnung interessiert, deren Geschäft sie besorgen als Reparatur- oder Hilfgewerbe, als Händler oder Agenten.«⁵⁶

Dieser ökonomische Wandel: die zunehmende Entfernung des Kleinbürgertums von den Hauptsektoren der Produktion, besitzt eine unmittelbar *politische* Dimension. Der Kampf des Kleinbetriebs gegen das industrielle Kapital ist inzwischen entschieden; er verlosch mit dem Übergang zum monopolistisch strukturierten, ›organisierten‹ Kapitalismus. Damit blieb vom ursprünglichen Antikapitalismus des Kleinbürgertums kaum mehr übrig als die gegen das Geldkapital geschleu-

⁵⁶ Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Neuaufll., Frankfurt/Wien 1968, S. 473.

dernten Brocken, die alsbald ihr rassistisches Profil erhielten, während seine Rebellion im selben Prozeß ihr Ziel wechselte: Galt der Kampf um die Erhaltung der Selbständigkeit ursprünglich den kapitalistischen Expropriateuren, so dient er nun der Absetzung von den eigentumslosen Produzenten; nach »oben«, gegen die Großindustrie, ist er entschärft, nach »unten«, gegen das Proletariat, gewinnt er an Härte. Die von der organisierten Arbeiterschaft erkämpften Sozialleistungen und höheren Löhne erscheinen dem Kleingewerbetreibenden als Ursache der steigenden Preise von Rohstoffen, Produktionsmitteln und Konsumgütern, d. h. als Ursache seiner eigenen Schwierigkeiten, und werden so zum Hauptgegenstand seiner Attacke. Je größer die faktische Abhängigkeit des Kleinbürgers vom Kapital und »je kleiner sein Haus, desto größeren Wert legt er darauf, Herr im Hause zu bleiben«⁵⁷. Denn »der Kleinbürger kämpft nicht gegen die Verschlechterung seiner Lage, er kämpft gegen seine Proletarisierung«⁵⁸. Und im Kampf gegen seine Proletarisierung, gegen die Abhängigkeit als Lohnarbeiter, bevorzugt er eine Abhängigkeit vom Kapital, die sich von der des Proletariats zumindest durch das *Bewußtsein* unterscheidet, »Herr im Hause zu bleiben«. Während so »der alte Interessengegensatz zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum« schwindet, wird dieses gerade in der Furcht vor eigener Proletarisierung »zu einer politischen Schutztruppe des Großkapitals«.⁵⁹

Wenn das Kleinbürgertum überhaupt noch schwankt, so sind die *Pole* dieses Schwankens jedenfalls nicht mehr die beiden Hauptklassen der Gesellschaft.

V

Allein auf dem Hintergrund dieser seit Jahrzehnten konstaterbaren politischen Deformation des Kleinbürgertums wird sein Anteil an der Entstehung des Faschismus erklärbar. Die Faschisierung des Mittelstands war ein zwangsläufiges Ergebnis, gewissermaßen nur der Schlußpunkt seines allgemeinen Überlaufs ins konterrevolutionäre Lager. Nahm dieser Überlauf bereits im 19. Jahrhundert mit der antiproletarischen Wendung seinen Ausgang, so wäre er im Zeichen der Wirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts, in der die Stunde der politischen Reaktion des Kleinbürgertums erst schlug, weder — wie Trotzki hoffte — durch eine revolutionäre Alternative noch auch durch reformistische Appelle aufzuhalten gewesen. Der Besitzmittelstand, eine Schicht, »die — durchaus in Überein-

⁵⁷ Ebd., S. 471.

⁵⁸ Grünberg, a.a.O., S. 178 f.

⁵⁹ Hilferding, a.a.O., S. 473.

stimmung mit ihrer ökonomischen Lage — die Krisis nicht im sozialistischen, sondern im altkapitalistischen (individuell kapitalistischen) Sinne gelöst haben will«, sei, so argumentierten Geiger und andere vor Beginn des Faschismus, für den sozialdemokratischen Kurs grundsätzlich nicht zu gewinnen. Es wäre nicht nur eine Verschwendung von Kräften, sondern obendrein auch »falsch, wenn die Sozialdemokratie *diese* Schicht durch ideologische Zugeständnisse zu gewinnen suchte, denn das Opfer müßte notwendig — der Sozialismus selbst sein«. Denn »Sozialismus ist Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Als Träger einer darauf gerichteten Bewegung kommen im wesentlichen nur diejenigen Bevölkerungsteile in Betracht, die gegenwärtig nicht über Produktionsmittel verfügen. Das heißt aber eben: das Proletariat; und es heißt weiter: der Teil der »Mittelschichten«, die wir als Neuproletariat bezeichnen. *Nicht aber die kleinen Eigentümer.*«⁶⁰

Diese Differenzierung der »Mittelschichten« beruht ebenso wie die Prognose über das politische Verhalten des »Besitzmittelstands« auf einer klaren Bestimmung der Klassenlage — und zwar nach den Marxschen Kriterien des Besitzes oder Nichtbesitzes an Produktionsmitteln. Dies hat Geiger nicht daran gehindert, zur gleichen Zeit eine Relativierung der Marxschen Klassentheorie vorzunehmen: Die soziologische Differenzierung des Gesellschaftsgefüges in Begriffen der sozialen »Klasse« sei nur dann am Platze, wenn »gesagt werden soll, die *Scheidung* der Geister im Hinblick auf die Frage der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel treibe mit solcher Energie der *Entscheidung* zu, daß die sonstigen Schichtungen immer mehr in den Hintergrund gedrängt würden«⁶¹. Dagegen ist in diesem frühen, noch von keinerlei Schmelztiegel-Vision befrachteten Werk Geigers »soziale Schichtung« eine Stratifizierung nach Bewußtseinslagen; »Schichten« sind geradezu als »psychische Typen« beschrieben, die erst ex post zu bestimmten, nach »objektiv faßbaren Merkmalen« zu klassifi-

⁶⁰ Theodor Geiger, »Die Mittelschichten und die Sozialdemokratie«, in: *Die Arbeit*, 8. Jg., 1931, S. 625 (Hervorh. A. L.-F.) — Unter der zu dieser Zeit vorrangigen Zielsetzung, zu retten, was noch zu retten war, d. h. die »Mittelschichten« am endgültigen Überlauf zur faschistischen Partei zu hindern, trennte man in der sozialdemokratischen Diskussion zunächst zwischen deren verschiedenartigen Gruppierungen. Gerade weil es sich bei den Angestellten usf., die gewöhnlich dem »neuen Mittelstand« subsumiert werden, nicht um wirkliche »Mittelschichten« handle, sondern um »Neuproletarisierte«, seien sie als einzige Gruppe jenseits des Industrieproletariats potentiell an die Sozialdemokratie heranzuziehen. Mit dem sog. Besitzmittelstand seien sie durch keinerlei »Klassenzugehörigkeit« verbunden, sondern einzig durch »bestimmte Lebenswünsche und Wertvorstellungen«, die als ausräumbar erschienen.

⁶¹ Ders., *Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Darmstadt 1967, S. 6.

zierenden ›Bevölkerungsteilen‹ in Beziehung zu setzen sind, die dann ihrerseits als ›typische Rekrutierungsfelder‹ einer nach Bewußtseinsmerkmalen konstruierten ›Schicht‹ gelten können.

Die radikale ›Vergeistigung‹, die in der Geigerschen Schichtdefinition angelegt scheint, erfolgte nicht ohne Grund. Unmittelbar vor Beginn des deutschen Faschismus vollendet, reflektiert Geigers Arbeit über die ›soziale Schichtung des deutschen Volkes‹ bis in die statistischen Methoden und begrifflichen Distinktionen die Problematik des Mittelstands als einer Schicht, die, durch die Mentalität ›proletaroider‹ Randexistenzen einerseits, ›neuproletarisierter‹ Angestellter andererseits angeschwollen, ihr Reservoir in etwa der Hälfte der Gesamtbevölkerung fand⁶² und jene an den Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln geknüpfte ›Entscheidung‹ historisch zu verhindern wußte; deren Kern seine gesellschaftliche Bedeutung gerade aus dem ihm bevorstehenden Untergang und den daraus sich ergebenden, politisch nutzbaren Diskrepanzen zwischen objektiver Lage und Bewußtsein erhielt. Noch die Geigersche Unterscheidung zwischen ›Ideologie‹ und ›Mentalität‹ dürfte, so läßt sich vermuten, die Situation des Mittelstands, seine im kapitalistischen Polarisierungsprozeß erfahrenen Schädigungen zum Anlaß nehmen: Unfähig zur Festlegung auf bestimmte Doktrinen mit präzise formulierten Gehalten bleibt dem Mittelstand gewissermaßen nur das formlos Fließende, Atmosphärische — die ›Mentalität‹, die von sich aus zu keiner ideologischen Selbstverständigung mehr führt und gerade deshalb zum Einzugsfeld falschen Bewußtseins wird.

Der in der soziologischen Stratifikationstheorie seit langem anhängige Streit um die Priorität ›subjektiver‹ Mentalitäten oder ›objektiver‹, aus der Stellung zu den Produktionsmitteln resultierender Verhältnisse ist von unmittelbarer Bedeutung für die methodische Festlegung dieser Arbeit.

Denn *erstens* stellt sich das Verhältnis ›objektiver‹ und ›subjektiver‹ Momente in bezug auf den Mittelstand anders dar als bei den beiden Hauptklassen. Wie nämlich auf der einen Seite seine Funktion innerhalb des kapitalistischen Gesamtsystems weniger auf seine ökonomische Relevanz als viel-

⁶² Diese zahlenmäßige Verschiebung, die sich aus der Definition der ›Schicht‹ durch die ›Mentalität‹ ergibt, erfaßt Geiger durch seine Unterscheidung zwischen ›Roh-‹ und ›Tiefengliederung‹. In der Dreigliederung nach ökonomischen Merkmalen (Rohgliederung) umfaßt der Mittelstand nur knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung; die mittelständische *Mentalität* hingegen findet ihren sozialen Boden in 3 der 5 Gruppen, zwischen denen die Tiefengliederung differenziert. ›Alter‹ und ›neuer Mittelstand‹ aber machen samt den ›Proletaroiden‹ mehr als 48 Prozent der Erwerbsbevölkerung aus.

mehr auf eine diffus ›gesellschaftliche‹, legitimatorische Bedeutung zurückzuführen ist, so ist andererseits der *Abstand* zwischen der die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse interpretierenden Ideologie und diesen selbst in keiner sozialen Gruppe so groß wie im Mittelstand. Zwar sind kleinbürgerliche Interessen seit Beginn des Kapitalismus tendenziell stets retrograd — gemessen an denen der Unterdrückten wie schließlich auch noch an denen der Herrschenden. Doch muß diese Diskrepanz gegenüber den die Gesamtgesellschaft dominierenden, ihren Prozeß bestimmenden Interessen der beiden Hauptklassen im Zuge der kapitalistischen Entwicklung selbst fortschreiten und sich verschärfen. Insofern dieser verselbständigten Ideologie, die sich in der zunehmenden Irrationalisierung kleinbürgerlichen Bewußtseins und Handelns äußert, sedimentierte Charakterstrukturen zugrundeliegen, nimmt diese Arbeit den *sozialpsychologischen* Ansatz zur Erfassung dieses ›subjektiven‹ Substrats auf.

Zweitens: Die damit gesetzte ›Subjektivierung‹ der Betrachtungsweise entspricht zwar dem *Schichtbegriff*, nicht jedoch dem geschilderten Vorgehen der *Schichttheorie*. Nicht operationalisierend über die soziale Wirklichkeit verlegte Windungen, sondern die soziale Realität des Mittelstands selbst spricht dafür, von ihm eher in Begriffen der ›Schicht‹ als in denen der ›Klasse‹ zu sprechen: Das Kleinbürgertum ist nicht nur ›Zwischenschicht‹, sondern auch *untergehende* Schicht — in diesem Sinne wird der Begriff der ›Mittelschichten‹ auch im Marxschen Werk verwandt: als ›Mittel- und Übergangsstufen‹. Der Begriff der ›Schicht‹ ist gerade dann am Platze, wenn soziale Gruppen ihre Klasseneigenschaften, ihre Mitglieder den gemeinsamen Bezug auf ein durchsetzbares gesellschaftliches Interesse *verloren* haben. Bilden nämlich die »einzelnen Individuen [...] nur insofern eine Klasse, als sie einen gemeinsamen Kampf gegen eine andre Klasse zu führen haben«⁶³, so wird diese Gemeinsamkeit im Kleinbürgertum bereits durch seine individuelle Produktionsweise, die widersprüchlichen Interessen und die Konkurrenz der Kleingewerbetreibenden untereinander verhindert, während auch sein ›Kampf‹ sich nicht mehr ›gegen eine andre Klasse‹, sondern gegen ein Gesellschaftssystem im *ganzen* richtet, dessen ökonomische Reproduktion es auf keine Weise mehr bestimmt.

Drittens: Nimmt die herrschende Schichttheorie die Eigenständigkeit des Bewußtseins zum Anlaß ihrer vom Klassenbegriff abweichenden Schichtdefinition, so geht es in dieser Arbeit umgekehrt darum, jene relative Unabhängigkeit aus der tatsächlichen Situation einer nach sozio-ökonomischen

⁶³ Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 53.

Kriterien bestimmten Schicht erst abzuleiten. Daher bleiben die Aussagen über Charakterstruktur und Ideologie rückgebunden an die *politische Ökonomie*. Deren Kategorien sind für diese Arbeit um so wesentlicher, als es ihr um die Analyse eines Prozesses geht, der das Kleinbürgertum von der Revolution zur Konterrevolution drängte. In diesem Prozeß hat nicht etwa das Kleinbürgertum selbst seinen Kurs radikal gewechselt, sondern die Klassenstruktur der Gesamtgesellschaft, die globale gesellschaftliche und politische Situation hat sich derart verändert, daß eine in ihren Grundzügen *konstante* politische Reaktionsform des Kleinbürgertums zu Beginn der bürgerlichen Gesellschaft ›progressiv‹, in ihrer agonalen Krise dagegen ›reaktionär‹ sich äußerte. Diese *Eigengesetzlichkeit*, die das politische Verhalten des Kleinbürgertums in der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft trotz seines Funktionswandels aufwies, ist jedoch nur Ausdruck der *Identität einer Produktionsweise*, die als vorkapitalistisches Relikt in die kapitalistische Gesellschaft hineinreicht.

Viertens: Der Nachweis dieser Eigengesetzlichkeit erfordert den Rekurs auf *historische* Daten. Da diese Arbeit versucht, einzelne Etappen des Transformationsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft nachzuzeichnen, der das Kleinbürgertum vom ursprünglich revolutionären zum faschistisch-konterrevolutionären Radikalismus trieb, greift sie vor allem auf die *Geschichtswissenschaft* zurück. Doch geht es ihr weniger um historische als vielmehr um soziologische Einsichten. Nicht etwa eine spezielle oder gar alternative Form der Geschichtsschreibung soll hier präsentiert werden, sondern das von Historikern erarbeitete Material wird unter soziologischer Perspektive, unter dem Gesichtspunkt der Konstanz wie des Funktionswandels einer sozialen Schicht interpretiert und zusammengefaßt.

Der Rekurs auf die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft soll vor allem eine These erhärten, von der diese Arbeit ausgeht: daß die kapitalistische Gesellschaft nicht nur zu ihrem Bestande im ›Normalzustand‹, sondern mehr noch in den ›Ausnahmeständen‹ ihrer revolutionären Entstehung und ihrer konterrevolutionären Selbstverteidigung einer Schicht bedurfte, die, ökonomisch an den Rand gedrängt, zu ihren Marginalgruppen zählt. Stellte sich die französische Schreckensherrschaft für Marx als »eine plebejische Manier« dar, »mit den Feinden der Bourgeoisie fertigzuwerden«⁶⁴, so diente das unter faschistischen Vorzeichen radikalisierte Kleinbürgertum demselben Zweck, woraufhin die Bourgeoisie im

⁶⁴ Karl Marx, ›Die Bourgeoisie und die Konterrevolution‹ (*Neue Rheinische Zeitung* vom 15. 12. 1848), in: Marx/Engels, *Ausgew. Schriften I*, a.a.O., S. 59.

einen wie im anderen Fall nicht zögerte, nach solch gewalt-
samem Auftritt des Kleinbürgertums mit diesem selbst »fertig-
zuwerden«. Die jakobinische Bewegung tat ihr Werk »in der
Aufstiegsepoche der Bourgeoisie. Jetzt muß man sagen«, so
schreibt Trotzki unmittelbar vor Beginn des deutschen Faschis-
mus, »daß in der *Niedergangsepoche* der bürgerlichen Gesell-
schaft die Bourgeoisie abermals einer »plebejischen« Lösung
ihrer nun nicht mehr progressiven, sondern durch und durch
reaktionären Aufgaben bedarf.«⁶⁵

⁶⁵ Trotzki, a.a.O., S. 358.

I. Kleinbürgerliche Relikte im Kapitalismus

Die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Bedingungen der materiellen Reproduktion, der Verhältnisse zwischen Menschen, in denen sie sich vollzieht, ist in der Marxschen Theorie weder gleichbedeutend mit einer moralischen, gleichsam existentiellen Erhebung gegen unwürdige Lebensbedingungen, noch läßt sie sich umgekehrt als automatische Folge der sich zuspitzenden Widersprüche des kapitalistischen Systems begreifen. Doch bleibt die *objektive* Entwicklung, der Reifungsprozeß des Kapitalismus insofern entscheidend, als er selbst erst — in der Verschiebung des Verhältnisses der Klassen, der Zuspitzung ihrer Antagonismen — die *subjektiven Voraussetzungen* der Revolution erzeugt. Unter beiden Aspekten — dies ist das Thema dieses Abschnitts — stellt sich das Kleinbürgertum als *retardierender* Faktor dar. Im Hinblick auf die ökonomische *Entwicklung* ist es eine das kapitalistische System, seinen Reproduktionsmechanismus wie seine Klassenverhältnisse überlagernde, systemfremde *Übergangsklasse*, innerhalb der kapitalistischen *Sozialstruktur* bildet es eine die Klassengegensätze verwischende *Zwischenschicht*.

Verschiebung der Grenzen und des Verhältnisses der Klassen heißt im Kapitalismus: Polarisierung. Die Konzentration des Eigentums in immer weniger Händen aber folgt der *technischen* Entwicklung der Produktivkräfte: Diese übersteigen in Größe und Wert zunehmend den Rahmen einer auf viele Kapitaleigner sich verteilenden Kleinproduktion. Indem dieser allgemeine Übergang zur Großproduktion die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Ökonomie schafft, ist er bereits nach seiner technischen Seite Vorbedingung für eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wenn Lenin bemerkt, »daß Marx im höchsten Grade recht hatte, als er die Arbeiter lehrte, daß es wichtig sei, die Organisation der Großproduktion gerade im Interesse eines leichtern Übergangs zum Sozialismus zu erhalten«¹, so handelt es sich um diese technisch-materiellen Produktionsbedingungen, die, im Kapitalismus erzeugt, auf den Sozialismus übertragen, in ihm weiterentwickelt werden. Die technischen und organisatorischen

¹ W. I. Lenin, »Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit«, in: ders., Ausgew. Werke, Bd. IV, Berlin 1971, S. 405.

Grundlagen der sozialistischen Ökonomie entwickeln sich *im* Kapitalismus; er beschleunigt das Wachstum der Produktivkräfte, welche die Revolution, einem Wort von Engels zufolge, nur noch von ihrer Eigenschaft als Kapital zu ›erlösen‹ hat, um sie in sozialistische, auf die Bedürfnisse der Menschen bezogene Produktivkräfte zu verwandeln.² Der Kapitalismus selbst verlangt nach Planung: Die ›Anarchie der Produktion‹ existiert nur makroökonomisch; im einzelnen Betrieb dagegen herrschen, und zwar in unmittelbarer Korrelation zu seiner Größenordnung, die Prinzipien von technischer und bürokratischer Kontrolle. Der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktion, der rationalen Planung, ohne die eine sozialistische Ökonomie undenkbar ist, wird im Kapitalismus vorgearbeitet: in den wirtschaftlichen Großgebilden, die der technischen Konzentration der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Zentralisation des Eigentums entsprechen. »Die Konzentration des Kapitals stellt die historische Aufgabe: die Einführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie produziert die Kräfte zur Lösung der Aufgabe, die Proletarier, und sie schafft die Mittel zur Lösung: die gesellschaftliche Produktion.«³

Die Realisierung sozialistischer Intentionen, der des ›guten Lebens‹, ist unter den Bedingungen von Mangel und übermäßiger Arbeitsbelastung des größten Teils der Gesellschaft undenkbar. Die materiellen Vorbedingungen des Sozialismus, gesellschaftlicher Reichtum und weitgehende Befreiung von Arbeit, werden als *technische Möglichkeiten* im Kapitalismus, durch die in seinen Großunternehmen erfolgende Entwicklung der Produktivkräfte, erzeugt. Die ›Produktion auf erweiterter Stufenleiter‹, die Massenproduktion, ist unter kapitalistischen Vorzeichen längst realisiert, die technischen Schranken einer zureichenden Versorgung der Gesamtgesellschaft sind beseitigt. Innerbetriebliche Arbeitsteilung, Mechanisierung und

² Die Indifferenz der Produktivkräfte gegenüber dem gesellschaftlichen Rahmen ihrer Erzeugung ist hierfür allerdings Voraussetzung. Erst in jüngerer Zeit ist – nicht zuletzt durch die Werke von Marcuse – die Diskussion darüber entstanden, ob die Annahme einer solchen ›Unschuld‹ der Produktivkräfte gerechtfertigt sei oder ob nicht vielmehr die Technik als solche, bis in die Logik hinein, die ihrem Aufbau zugrundeliegt, von kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen affiziert und durchdrungen sei. »Heute verewigt und erweitert sich die Herrschaft nicht nur vermittels der Technologie, sondern *als* Technologie« (Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch*, Neuwied/Berlin 1967, S. 173). Die Folge ist ein grundsätzlich anderer Revolutionsbegriff, der tendenziell – hier verhält Marcuse sich allerdings schwankend – nicht nur die Produktionsverhältnisse, sondern auch die Produktivkräfte einbezieht: »dann wäre eine Emanzipation nicht zu denken ohne eine Revolutionierung von Wissenschaft und Technik selber« (Jürgen Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt 1968, S. 54).

³ Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm a.a.O., S. 54.

Automation, die Kennzeichen der kapitalistischen Großproduktion, gestatten eine in ihren technischen Grenzen kaum absehbare Reduktion der notwendigen Arbeitszeit. Durch die den Kapitalismus einleitende, in ihm sich perpetuierende »industrielle Revolution hat die Produktionskraft der menschlichen Arbeit einen solchen Höhegrad erreicht, daß die Möglichkeit gegeben ist — zum erstenmal, solange Menschen existieren —, bei verständiger Verteilung der Arbeit unter alle, nicht nur genug für die reichliche Konsumtion aller Gesellschaftsglieder und für einen ausgiebigen Reservefonds hervorzubringen, sondern auch jedem einzelnen hinreichend Muße zu lassen, damit dasjenige, was aus der geschichtlich überkommenen Bildung — Wissenschaft, Kunst, Umgangsformen usw. — wirklich wert ist, erhalten zu werden, nicht nur erhalten, sondern aus einem Monopol der herrschenden Klasse in ein Gemeingut der ganzen Gesellschaft verwandelt und weiter fortgebildet werde. Und hier liegt der entscheidende Punkt. Sobald die Produktionskraft der menschlichen Arbeit sich bis auf diesen Höhegrad entwickelt hat, verschwindet jeder Vorwand für den Bestand einer herrschenden Klasse.«⁴ Die Entwicklung des Kapitalismus selbst, die interdependenten Prozesse von technischer Entwicklung und Zentralisation des Kapitals können die Grenzen, die dem guten Leben gesetzt sind, als *gesellschaftliche* Schranken bewußt werden lassen. »Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist *das Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind.«⁵ Rationale Kontrolle der Produktion, gesellschaftlicher Reichtum und weitgehende Entlastung von Arbeit sind technisch möglich und gesellschaftlich limitiert. Als technische Möglichkeiten, auf denen der Sozialismus aufbaut, entstehen sie jedoch nur im Zusammenhang der Polarisierung, der Konzentration der Produktionsmittel und der Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses im Großunternehmen, der »Befreiung« der Gesellschaft von unwirtschaftlichen, mit erhöhtem Arbeitsaufwand produzierenden Kleinunternehmen. Deren Erhaltung ist für den Sozialismus mehr noch eine wirtschaftliche Unmöglichkeit als für den Kapitalismus. Hieraus ergibt sich zugleich das *politische* Verhältnis revolu-

⁴ Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, a.a.O., S. 533 f.

⁵ Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, Berlin 1968, S. 260 (im folgenden zitiert als: Kapital III).

tionär-proletarischer Bewegungen zu den kleinbürgerlichen und ›kleinbürgerlich-sozialistischen‹: Sofern das Kleinbürgertum gewillt ist, sich als solches und damit zwangsläufig gegen die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, gegen Zentralisation und technische Rationalisierung, zu erhalten, ist es — trotz oder, wie zu zeigen sein wird, gerade *wegen* seines antikapitalistischen Affronts — für den proletarischen Sozialismus grundsätzlich untauglich. »Wir können den Bauer, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen, ebensowenig wie den kleinen Handwerksmeister, der sich als Meister verewigen will.«⁶ Trotz des sozialen Leids, das sie erzeugt, fällt auch die Ausräumung dieser — früheren Produktionsstufen zugehörigen — Zwischenschichten unter die Bewegungsgesetze des Kapitalismus, die seine Überwindung ökonomisch und politisch vorantreiben. Die kapitalistische Entwicklung selbst beseitigt die zersplitterte, individuelle Produktion des Kleinbürgertums und der kleinen Bauern als ökonomische Anachronismen. Ihre Wiedereinführung kann nie und nimmer das Werk einer sozialistischen Revolution sein: Nicht die ›reichliche Konsumtion aller Gesellschaftsglieder‹ wäre die Folge, sondern die Hinterschreitung von Möglichkeiten, die mit der industriellen Revolution eingeleitet wurden: Erst auf der Grundlage einer gewaltigen Steigerung der Arbeitsproduktivität überholt sich historisch die überlieferte Spaltung der Gesellschaft in Klassen.

Die Differenz zwischen der Stellung des Proletariats und der des Kleinbürgertums zum kapitalistischen System ist Inhalt des *ersten Kapitels* dieses Abschnitts, während das *zweite* versucht, einige der Transformationen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen, die erforderlich sind, um das Verhältnis des Lohnarbeiters zum Kapitalisten von seinen ›vorkapitalistischen‹, aus dem ehemaligen Gesellenstatus überlieferten Zügen zu befreien. Der Unterschied zwischen den beiden Formen der Warenproduktion, der einfachen und der kapitalistischen, konkretisierte sich erst im historischen Prozeß: Trotz Etablierung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses konnten im Bewußtsein des einzelnen Arbeiters in der Phase der frühen Industrialisierung sowie auch später noch insbesondere im Kleinbetrieb Elemente dominieren, die dieses ökonomische Verhältnis überlagerten und an einer früheren, ›kleinbürgerlichen‹ Produktionsweise orientiert blieben.

Dem entspricht der Charakter der Arbeiterbewegung in ihrer frühen Phase, der im *dritten Kapitel* umrissen werden soll.

⁶ Engels, Die Bauernfrage, a.a.O., S. 499.

Dieses bezieht sich im wesentlichen auf eine Periode, in der sich die ältere Produktionsweise in die kapitalistische transformierte und in der eine ›Arbeiterbewegung‹ entstand, die weit eher als ›kleinbürgerliche‹ denn als ›proletarische‹ zu bezeichnen ist. Dies gilt zum einen für ihre *soziale Zusammensetzung*, das Vorherrschen des noch selbständigen oder gerade erst proletarisierten Handwerkers, zum anderen für die *Ziele* dieser Bewegung, in der *Preiskämpfe* — im Gegensatz zu den späteren Lohnkämpfen — noch überwogen. Ferner für die allgemeine Handlungsorientierung an den *vorkapitalistischen Wertmustern* einer »moral economy«, einem »Verhaltensmuster, dessen Ursprung mehrere hundert Jahre zurückliegt« und dessen Zentrum die »Aktion der ›Preisfestsetzung‹« bildet.⁷ Entsprach diese Entstehungsphase der Arbeiterbewegung der endgültigen ökonomischen Zersetzung feudaler Fesseln und Überlagerungen, so fällt umgekehrt der aufkeimende Kapitalismus einer Kritik zum Opfer, die noch wesentlich von der ehemals *anti-feudalen* Frontstellung geprägt ist: Weniger der moderne, industrielle Kapitalist ist Angriffsziel als vielmehr der Wucherer, der Spekulant, der Kaufmann. Nicht der Gegensatz von Kapitalist und Lohnarbeiter, sondern der zwischen ›Privilegierten‹ und ›arbeitenden Klassen‹ im allgemeinen markiert die von der frühen Arbeiterbewegung gezogene soziale Trennungslinie.

Das ›kleinbürgerliche‹ Element blieb in der Arbeiterbewegung aber auch über ihre eigentliche Entstehungsperiode hinaus erhalten. Entgegen anderslautender Programmatik galt die Erste Internationale Arbeiter-Assoziation ihren Begründern im wesentlichen als eine Veranstaltung zur Erlangung der marxistischen Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung; der sich verschärfende Kampf gegen den Proudhonismus und den Bakunismus, der die Geschichte der Internationale prägt, beweist jedoch ebenso wie die zunehmende Isolierung des Londoner Generalrats, daß die überwältigende Mehrheit des europäischen Proletariats zu diesem Zeitpunkt keineswegs auf marxistische Bahnen festzulegen, sondern umgekehrt in der Ideologie eines durchaus ›kleinbürgerlichen Sozialismus‹ befangen war. Als ›kleinbürgerlicher Sozialismus‹, dessen Struktur Gegenstand des *vierten Kapitels* dieses Abschnitts ist, sind Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung zu bezeichnen, die *nach* Durchsetzung der kapitalistisch-industriellen Produktionsweise auf diese selbst, d. h. auf den Gegensatz von Kapitalist und Lohnarbeiter, bereits Bezug nehmen, dabei jedoch typisch kleinbürgerlichen Kategorien verhaftet bleiben. Ihnen

⁷ Edward P. Thompson, ›The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century‹, in: *Past and Present*, Nr. 50, Februar 1971, S. 132.

ging es grundsätzlich um die Wiederherstellung ›gerechter‹ Tauschbeziehungen auch im produktiven Sektor; die kapitalistische Produktionsweise erscheint hier gewissermaßen als degenerative Abweichung von den ›ewigen‹ Gesetzen der Warenproduktion, die es durch Einrichtung genossenschaftlicher Enklaven usf. einzuholen galt. Retrograde Utopien, am Ende selbst die einer Rückverwandlung des Proletariats in kleine Warenproduzenten, verhinderten seine Formierung als Klasse.

1. Gleichzeitiger und ungleichzeitiger Widerspruch

»Man kann sagen, daß das ganze ›Kapital‹ von Marx der Klarstellung jener Wahrheit gilt, daß die *Grundkräfte der kapitalistischen Gesellschaft nur die Bourgeoisie und das Proletariat sind und sein können*: die Bourgeoisie als Erbauer dieser kapitalistischen Gesellschaft, als ihr Führer und ihre Triebkraft — das Proletariat als ihr Totengräber, als die einzige Kraft, die fähig ist, sie abzulösen. Man wird kaum ein Kapitel in irgendeinem Werk von Marx finden, das sich nicht mit dieser Frage befaßt.«⁸ Dieser *politische* Gehalt des Marxschen Werks scheint allerdings häufig — insbesondere wenn man es mit dem von Lenin selbst vergleicht, das sich überwiegend unmittelbar politischen Fragen zuwendet — hinter der detaillierten Analyse des kapitalistischen Systems und seiner Entwicklung verdeckt. »Marx und Engels verwenden nur selten den Terminus Klasse. Die Klassenverhältnisse als spezifisch gesellschaftliche Vermittlungsform der Produktionsverhältnisse werden mit Hilfe von Termini analysiert, welche direkt Produktionsbeziehungen benennen oder ihre technisch-ökonomische Basis, die Produktivkräfte zum Ausdruck bringen.«⁹ Die ökonomische Theorie aber mündet hier selbst in die politische: Die Umwälzung des kapitalistischen Systems ist im Marxschen Sinne alles andere als ein voluntaristischer Akt, sondern bleibt gebunden an die diesem System eigene Dynamik, an die ökonomische Entwicklung, die zugleich der Prozeß der Entfaltung von Klassen und Klassenantagonismen ist.¹⁰

⁸ W. I. Lenin, ›Bericht über die Arbeit auf dem Lande‹ (auf dem VIII. Parteitag der KPR(B), März 1919), in: ders., Ausgew. Werke, Bd. V, Frankfurt 1971, S. 44 f.

⁹ Mauke, Die Klassentheorie, a.a.O., S. 105.

¹⁰ Diese Prämissen sind nicht so selbstverständlich, wie es zunächst scheint. Auch die neuere Revolutionstheorie Marcusescher Prägung antizipiert die gesellschaftliche Umwälzung als Gipfel eines Prozesses, der durch die kapitalistische Entwicklung selbst bestimmt ist — nicht jedoch durch Klassenantagonismen, sondern durch den Wandel der Bedürfnisstruktur: »der Kapitalismus kann die Bedürfnisse, die er erzeugt, nicht befriedigen. Gerade im gestiegenen Lebensstandard drückt diese Dynamik

Die bürgerliche Gesellschaft gründet sich selbst, in ihren politischen Verfassungen, auf das Privateigentum; dieses ist, den Marxschen Frühschriften zufolge, nicht nur Inhalt eines Artikels der Verfassung, sondern deren Ratio: »nicht nur die ›Stütze der Verfassung‹, sondern die ›Verfassung selbst‹ [. . .], die primäre, die wirkliche Verfassung«¹¹. Das Privateigentum ist daher weit mehr als ein juristischer Titel; es bezeichnet die gesellschaftliche Form, unter der sich die materielle Reproduktion der Gesamtgesellschaft vollzieht. Durch die Institution des Privateigentums werden Produktionsmittel zu ›Kapital‹; als solches sind sie nicht einfacher ›Wert‹ in der Hand eines Eigentümers, sondern ›sich verwertender Wert‹ — denn ein Wert, der nicht der Akkumulation dient, der sich nicht vergrößert, hört auf, ›Kapital‹ zu sein. ›Kapital‹ sind nicht einfach Produktionsmittel, nicht nur technisch-materielle Instrumente zur Bewältigung und Aneignung der Natur, sondern ›Mittel zur Einsaugung fremder Arbeit‹, d. h. Produktionsmittel mit einer bestimmten gesellschaftlichen Form und Funktion — wie sie umgekehrt, als ›produzierte Produktionsmittel‹, eine bestimmte gesellschaftliche Grundlage, das Verhältnis zweier Klassen, zu ihrem Entstehen bereits voraussetzen.

Aus jenem »Lebensprozeß« des Kapitals, der »nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert« besteht¹², leiten sich die ökonomischen und sozialen wie schließlich auch die politischen Beziehungen zwischen den einzelnen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft ab. Die kapitalistische Form des Privateigentums setzt den eigenen Widerspruch, die Eigentumslosigkeit, bereits voraus: Die Lohnarbeit, die das Kapital erzeugt, basiert auf der Expropriation weiter Teile der Gesellschaft. Denn solange »der Arbeiter für sich selbst akkumulieren kann, und das kann er, solange er Eigentümer seiner Produktionsmittel bleibt, ist die kapitalistische Akkumulation und die kapitalistische Produktionsweise unmöglich. Die dazu

sich aus: sie hat die stetige Erzeugung von Bedürfnissen erzwungen, die auf dem Markt befriedigt werden konnten; sie fördert jetzt *transzendierende* Bedürfnisse, die ohne die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise nicht befriedigt werden können« (Herbert Marcuse, Konterrevolution und Revolte, Frankfurt 1973, S. 24). Dagegen bestreitet Marcuse grundsätzlich, daß die Revolution noch mit der Erhebung des Proletariats, wie sie für Marx einzig denkbar war, identisch sein könne: »Ein sich über alles hinwegsetzendes Interesse an der Erhaltung und Verbesserung des institutionellen Status quo vereinigt die früheren Antagonisten in den fortgeschrittensten Bereichen der gegenwärtigen Gesellschaft« (Der eindimensionale Mensch, a.a.O., S. 15). Die Revolutionstheorie wird hier zwar nicht prinzipiell von der ökonomischen, wohl aber von der Klassentheorie weitgehend gelöst.

¹¹ Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, Berlin 1972, S. 312.

¹² Kapital I, S. 329.

unentbehrliche Klasse der Lohnarbeiter fehlt.«¹³ Die Erzeugung dieser Klasse ist, historisch betrachtet, das Werk der »sogenannten ursprünglichen Akkumulation«, die den »Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel« einleitete. Wie nun das »Kapitalverhältnis [...] die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit« voraussetzt¹⁴, so wird dieses Verhältnis durch die auf ihm basierende Produktionsweise nicht nur im gegebenen Umfang perpetuiert; es konstituiert sich vielmehr nach und nach als das die Gesamtproduktion der Gesellschaft beherrschende Produktionsverhältnis. Wenn die Akkumulation, »die Produktion von Mehrwert der bestimmende Zweck der kapitalistischen Produktion« ist¹⁵, so muß sie die Lohnarbeit zur Form der Arbeit schlechthin werden lassen, indem sie immer weitere Teile der Produzenten von ihren Produktionsmitteln expropriert. »Die kapitalistische Produktion [...] produziert nicht nur Ware und Mehrwert; sie reproduziert, und in stets erweitertem Umfang, die Klasse der Lohnarbeiter und verwandelt die ungeheure Majorität der unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter.«¹⁶ Die bürgerliche Gesellschaft, die sich selbst auf das Privateigentum gründet, drängt damit immer mehr ihrer Angehörigen in eine Paria-Stellung. Sie läßt eine Klasse entstehen, »welche alle Lasten der Gesellschaft zu tragen hat, ohne ihre Vorteile zu genießen, welche aus der Gesellschaft herausgedrängt, in den entschiedensten Gegensatz zu allen andern Klassen forciert wird; eine Klasse, die die Majorität aller Gesellschaftsmitglieder bildet und von der das Bewußtsein über die Notwendigkeit einer gründlichen Revolution, das kommunistische Bewußtsein, ausgeht«¹⁷.

Das Privateigentum muß in seiner kapitalistischen Gestalt zugleich als Aufhebung von Privateigentum wirken. Kapital ist expropriierendes Eigentum. Es impliziert die Expropriation — über seine historische Grundlage, die gewaltsame »Freisetzung« der Produzenten von ihren Produktionsmitteln in der ursprünglichen Akkumulation hinaus — als eines der Bewegungsgesetze seines »Lebensprozesses«. »Diese Expropriation ist der Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise; ihre Durchführung ist ihr Ziel.«¹⁸ Die Zusammenballung des Eigentums in immer weniger Händen, die Zentralisation der Kapitale ist gleichbedeutend mit fortschreitender

¹³ Ebd., S. 794.

¹⁴ Ebd., S. 742.

¹⁵ Ebd., S. 243.

¹⁶ Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, MEW 24, Berlin 1969, S. 39.

¹⁷ Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 71.

¹⁸ Kapital III, S. 455.

Expropriation. »Die größeren Kapitale schlagen [...] die kleineren«¹⁹, die dem technischen Aufwand der Rationalisierung, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit der Verbilligung der erzeugten Waren ökonomisch nicht gewachsen sind. Hatte der Polarisierungsprozeß mit der ökonomischen Niederlage des selbstarbeitenden Bauern und Handwerkers begonnen, so erstreckt sich nun die »Expropriation [...] von den unmittelbaren Produzenten auf die kleineren und mittleren Kapitalisten selbst«²⁰.

Doch auch noch in dieser Phase des wechselseitigen Totschlags unter annähernd Gleichen beseitigt das Kapital das ihm Heterogene: Indem es in Sphären drängt, die es bisher überhaupt nicht oder nur unvollkommen ergriffen hatte, vernichtet es die Reste *älterer* Produktionsweisen. Es löst die dort noch herrschende handwerkliche und bäuerliche Produktion auf und setzt an ihre Stelle das auf der Verwendung von Lohnarbeit basierende kapitalistische Unternehmen. Der in diesen Sphären bis dahin ansässige »Handwerker oder Bauer, der mit seinen eignen Produktionsmitteln produziert, wird sich entweder nach und nach in einen kleinen Kapitalisten verwandeln, der auch fremde Arbeit exploitiert, oder er wird seiner Produktionsmittel verlustig gehen (dies mag zunächst geschehn, obgleich er ihr *nomineller* Eigentümer bleibt, wie beim Hypothekenwesen) und in einen Lohnarbeiter verwandelt werden. Dies ist die Tendenz in der Gesellschaftsform, worin die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht.«²¹

Derselbe Akkumulationsprozeß also, der die Arbeiterklasse vergrößert, beseitigt die Überreste früherer, nicht-kapitalistischer Produktionsweisen sowie in zunehmendem Maße auch die im ökonomischen Sinn bereits kapitalistischen, ihrer sozialen Binnenstruktur nach jedoch noch weitgehend am Handwerksbetrieb orientierten Kleinunternehmen.²² *Beiden* Klassen — dem eigentumslosen Proletariat wie dem an das Privateigentum weiterhin gebundenen, vom Untergang (aktuell oder potentiell) jedoch stets bedrohten gewerblich-industriellen Mittelstand — steht das Kapital als *feindliche* Macht gegenüber. Trotz dieser gemeinsamen Gegnerschaft aber bestehen zwischen diesen beiden Klassen soziale und politische Differenzen, die sich aus ihrem unterschiedlichen Verhältnis zur gesellschaftlich herrschenden Klasse ergeben. Die Disjunktion

¹⁹ Kapital I, S. 654.

²⁰ Kapital III, S. 455.

²¹ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. I, MEW 26.1., Berlin 1965, S. 384.

²² Dieser Prozeß der Ablösung der bereits *kapitalistischen* Kleinunternehmen durch die Großproduktion und die daraus entstehenden Konsequenzen für das Bewußtsein der Arbeiterklasse sind Gegenstand des folgenden Kapitels.

der Interessen von Kleinbürgertum und Proletariat im historischen Prozeß ist einerseits zwangsläufige Folge der kapitalistischen Entwicklung selbst: der Polarisierung der Klassen.²³ Andererseits ist sie — als Befreiung des proletarischen Bewußtseins von traditionell-kleinbürgerlichen Überlagerungen — notwendige Voraussetzung der Revolution.

Diese kann nur von einer Klasse getragen werden, die sich, aufgrund ihrer ökonomischen Situation, in radikalem Gegensatz zur bestehenden, kapitalistischen Gesellschaft befindet. Ein solcher Gegensatz schließt sich bei den Mittelschichten von vornherein aus: Der Kleingewerbetreibende bleibt dem Kapitalisten, den er bekämpft, ja selbst noch den verhaßten ›Plutokraten‹ im entscheidenden Punkt blutsverwandt — im Festhalten am Privateigentum, das er um so fanatischer verteidigt, als es durch den mit der kapitalistischen Entwicklung einhergehenden Expropriationsprozeß dem Untergang zutreibt. Dem Proletariat dagegen fehlt dieses Bindeglied²⁴, und diese Differenz ist letztlich dafür verantwortlich, daß die Stellung beider Klassen zum Kapital — und damit zur herrschenden Klasse — eine gänzlich andere ist: Das Proletariat erfährt seine Herrschaft unmittelbar, indem es ihm, im Produktionsprozeß selbst, direkt subsumiert ist. Das Kleinbürgertum hingegen ist ihm nicht direkt ausgesetzt, sondern seinen Bewegungsgesetzen nur *mittelbar* unterworfen.

Wenn Marx und Engels in der Deutschen Ideologie das Proletariat als Klasse definieren, die an der ›Aufhebung von Entfremdung‹ — und so ist hier der Revolutionsbegriff gefaßt — als einzige ein wirkliches Interesse hat, so ergibt sich dies aus der Stellung dieser Klasse zum Kapital, in dem die Entfremdung ihre historisch konsequenteste Form erhält: Ein Produkt menschlicher Tätigkeit gewinnt Macht über die Menschen, über seine Produzenten; die im Kapital »vergegenständlichte Arbeit« beherrscht die lebendige, Kapital ist »verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch Einsaugung lebendiger Arbeit, und um so mehr lebt, je mehr sie davon

²³ Spätere Kapitel sollen zeigen, wie diese Disjunktion sich zur radikalen Gegnerschaft des Kleinbürgertums zum Proletariat entwickelt, die sodann zur Voraussetzung der Konterrevolution, zu einer der Grundlagen des Faschismus wird.

²⁴ Diese Aussage bezog sich — was in der Marx-Kritik häufig übersehen wird — zunächst auf das Eigentum an den Produktionsmitteln. Daher ist ihr auch nicht mit dem Hinweis auf irgendwelche sozialpolitische Veranstaltungen oder mit Hoffnungen zu begegnen, die sich an das Kleineigentum für jedermann knüpfen. Vielmehr sind jene Maßnahmen wie überhaupt das mit der Bismarckschen Sozialversicherungspolitik einsetzende Bestreben, dem Proletariat eine Art ›Mittelstandsstatus‹ zuzusichern, umgekehrt nur auf dem Hintergrund der ›sozialen Gefahr‹ zu verstehen, welche die mit dem Kapitalismus einhergehende Expropriation für den Bestand einer auf dem Privateigentum gegründeten Gesellschaft repräsentiert.

einsaugt«²⁵. Die im Kapital implizierte Entfremdung basiert auf der Expropriation, darauf, daß das Produkt der Arbeit nicht das Produkt des Arbeiters bleibt, der es produziert, sondern zum Produkt eines anderen wird, dem es gehört. Die so gefaßte ›Entfremdung‹ des Arbeiters vom Produkt seiner Arbeit ist, der Marxschen Theorie zufolge, Voraussetzung der Revolution; damit sie »eine ›unerträgliche‹ Macht werde, d. h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus ›Eigentumslos‹ erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung«²⁶. Entfremdung bedeutet hier nicht mehr nur Fremdheit gegenüber dem Produkt der eigenen Tätigkeit, sondern Fremdheit gegenüber der Gesellschaft, die, indem sie das Privateigentum schützt, das Kapitalverhältnis verewigt. Die mit ihm perpetuierte Expropriation zerschneidet noch die letzten Bezüge des Arbeiters zur Gesellschaft; die ›Welt des Reichtums‹, die er produziert, *ist nicht seine Welt*. Und erst diese totale Disjunktion läßt den Arbeiter das Interesse an dieser Gesellschaft verlieren. »Gerade die moderne große Industrie, die aus dem an den Boden gefesselten Arbeiter einen vollständig besitzlosen, aller überkommenen Ketten los und ledigen *vogelfreien* Proletarier gemacht, gerade diese ökonomische Revolution ist es, die die Bedingungen geschaffen hat, unter denen allein die Ausbeutung der arbeitenden Klasse in ihrer letzten Form, in der kapitalistischen Produktion, umgestürzt werden kann.«²⁷

Die kleinbürgerliche Produktionsweise dagegen beruht auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln. Zwar sind diese nicht im eigentlichen Sinne ›Kapital‹, d. h. sie dienen selbst dann, wenn fremde Arbeitskraft in geringem Umfang angewandt wird, weniger deren Ausbeutung als vielmehr der mehr oder minder statischen Reproduktion der Produktions- und Lebensbedingungen. Sie sind umgekehrt in Gefahr, durch das

²⁵ Kapital I, S. 247.

²⁶ Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 31 f.

²⁷ Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 532. Vor allem an dieser Stelle weicht Marcuses Revolutionstheorie ab: »Daß diese Klasse viel mehr als ihre Ketten zu verlieren hat, mag trivial sein, ist aber gleichwohl richtig« (Konterrevolution, a.a.O., S. 13). Dieses Diktum impliziert mehr als nur eine den gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechende ›Korrektur‹ der Marxschen Theorie: Galt hier die ›Vogelfreiheit‹ in erster Linie als Ergebnis der ›Freisetzung‹ der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln (s.o., Fußn. 24), so sind für Marcuse die gewachsenen *konsumtiven* Möglichkeiten des Proletariats entscheidend — entscheidend in ihrer ›integrativen Funktion‹, die den Widerstand erlahmen lasse. Daraus ergibt sich eine weitere Akzentverschiebung: Leitete Marx die Interessen des Proletariats aus seiner *objektiven* Stellung (und den Erfahrungen) im Produktionsprozeß ab, so nehmen bei Marcuse die *Freizeiterlebnisse* des Proletariats sowie *subjektive* Faktoren (sein ›verdinglichtes Bewußtsein‹) einen hervorragenden Platz ein.

kapitalistische Eigentum, das gehaßte ›Großkapital‹, niedergewalzt zu werden. Die Expropriation steht stets vor der Tür, und sei es — weniger auffällig — in der Generationenfolge. Die Entwertung der handwerklichen Arbeitskraft und der handwerklichen Produktionsmittel, durch die diese Expropriation sich vollzieht, erfolgt durch das Großkapital, und dieses zählt daher zwangsläufig zu den Objekten kleinbürgerlicher Revolte.

Während sich das Kleinbürgertum in der Frühphase des Kapitalismus im Protest gegen die kapitalistische Expropriation mit dem Proletariat einig wußte, zeigte die spätere Entwicklung, daß seine Bindung an die im Privateigentum befindlichen Produktionsmittel keineswegs irrelevant ist: Diese Bindung selbst sowie die ökonomische Form seines Privateigentums bedingen, daß seine Auflehnung gegen die kapitalistische Produktionsweise einen prinzipiell anderen Charakter trägt als die des Proletariats. Zunächst ist diese Auflehnung grundsätzlich beschränkt — denn ein radikaler Kampf gegen das Kapital kann vor der Institution des Privateigentums nicht haltmachen, und dies ist genau der Punkt, an dem die kleinbürgerliche Revolte haltmachen muß. Die entscheidende Differenz zwischen kleinbürgerlicher und proletarischer Opposition aber liegt, über diesen Unterschied in der Reichweite hinaus, in ihrem Verhältnis zum Gegner — in der Terminologie Ernst Blochs: im Unterschied zwischen ›ungleichzeitigem‹ und ›gleichzeitigem‹ Widerspruch. Ebenso wie die Produktionsweise, die es vertritt, ist der ›Antikapitalismus‹ des Kleinbürgertums historisch überholt, d. h. konzentriert und eingengt auf bestimmte Kapitalformen, die ihre Vorläufer in mittelalterlichen und feudal-absolutistischen Gesellschaftszuständen besaßen. Der kleinbürgerliche Protest bleibt aber auch unter modernen Verhältnissen auf Monopole, auf das Zirkulations- wie vor allem auf das Bankkapital begrenzt, und das Funktionieren dieser — durchaus modernen — Kapitalformen wird letztlich stets noch nach dem Muster des mittelalterlichen Kaufmanns- und Wucherkapitals interpretiert.

»Das zinstragende Kapital, oder wie wir es in seiner altertümlichen Form bezeichnen können, das Wucherkapital, gehört mit seinem Zwillingsbruder, dem kaufmännischen Kapital, zu den antediluvianischen Formen des Kapitals, die der kapitalistischen Produktionsweise lange vorhergehen«, d. h. »dem Vorherrschen der kleinen Produktion, der selbstarbeitenden Bauern und kleinen Handwerksmeister« entsprechen.²⁸ Doch handelt es sich beim Kampf des neuzeitigen, wenn auch in ›antediluvianischen‹ Produktionsformen verharrenden Klein-

²⁸ Kapital III, S. 607 u. 608.

bürgertums gegen das Handels- und Geldkapital keineswegs nur um historische Reminiszenzen. Die Exploitationsweise des zinstragenden Kapitals *wiederholt* sich vielmehr »auch innerhalb der bürgerlichen Ökonomie in zurückgebliebenen Industriezweigen oder solchen, die sich gegen den Übergang in die moderne Produktionsweise sträuben«²⁹. Das Verhältnis des Kleingewerbetreibenden zum Leihkapital ist daher auch nach allgemeiner Durchsetzung der »bürgerlichen Ökonomie« anders geartet als das des Proletariats oder des Kapitalisten: Bedarf er des Kredits, so nicht nur (wie der eigentumslose Arbeiter) als Konsument, sondern häufig auch (wie der Kapitalist) als Produzent, zum Zwecke einer Produktion allerdings, die ihm, da er keine fremde Arbeitskraft in nennenswertem Umfang ausbeutet, keinen Mehrwert verschafft. Der Zins, den er dem Geldkapitalisten zu zahlen hat, *erscheint* ihm daher nicht nur als bloßer »Verlust«, sondern stellt *tatsächlich* einen direkten Abzug vom Wertprodukt seiner *eigenen* Arbeit dar. Der »Schein« hingegen ergibt sich, wenn er — in der spezifisch kleinbürgerlichen Ideologie — sein eigenes, besonderes gesellschaftliches Verhältnis auf die Gesamtgesellschaft überträgt und deren ökonomischen Zusammenhang vom »mobilen«, »anonymen« Geldkapital — dem alles verschlingenden »Moloch« — gesteuert und beherrscht sieht.

Die Beschränktheit der kleinbürgerlichen Opposition läßt ebenso wie ihre Programmatik — die Rekonstituierung einer Gesellschaft von Kleinwarenproduzenten — erkennen, daß hier nicht etwa die Widersprüche des kapitalistischen Systems selbst in Form antagonistischer Klassen sich gegenüber treten. Ihr Inhalt bleibt vielmehr das bloße *Gegenüber zweier Produktionsweisen*, von denen die ältere sich gegen die jüngere, historisch zukunftsvolle auflehnt. Auch als die kleinbürgerliche Revolte sich primär noch gegen das Kapital richtete, d. h. auch vor dem Zeitpunkt ihrer »Verdrehung«, bevor sie ihre Spitze gegen das Proletariat kehrte, war sie prinzipiell rückwärtsgewandt. »Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.«³⁰ Daß eine Klasse unter den Gesetzen, in denen die kapitalistische Produktionsweise sich perpetuiert, *leidet*, macht sie nicht eo ipso zu einem »revolutionären Subjekt«³¹ — sonst

²⁹ Ebd., S. 611.

³⁰ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 19.

³¹ In eine solche Richtung aber tendiert zumindest die Marcusesche Revolutionstheorie, die das »neue Subjekt« in den sog. Randgruppen, den

hätten in der Tat jene ›Überbleibsel‹ früherer Produktionsweisen, die Bauern und Kleingewerbetreibenden, Anspruch auf diesen Titel. Die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise ist an deren *immanente* Dialektik gebunden. »Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.«³² Während das Kapital das Kleinbürgertum von außen überrollt, ist es vom Proletariat nicht nur — als ›vergegenständlichte Arbeit‹ — produziert; es läßt vielmehr, indem es »die Masse der Menschheit als durchaus ›Eigentumslos‹ erzeugt«, seinen eigenen Widerspruch in Gestalt des Proletariats progressiv entstehen. Insofern ist das Proletariat der ›gleichzeitige Widerspruch‹ zum Kapital: Es ist ›soziales Produkt‹ dieser Produktionsweise selbst, die das, was sie *nicht* produziert hat — die Reste vergangener Produktionsweisen, die ihr noch heterogen, in Form des ›ungleichzeitigen Widerspruchs‹ gegenüberstehen —, wegfegt. Wenn das Proletariat, der Marxschen Theorie zufolge, die einzige ›revolutionäre‹ Klasse der kapitalistischen Gesellschaft darstellt, so ist dafür maßgebend, daß es unter der Struktur dieser Gesellschaft nicht nur — wie auch die untergehenden Zwischenschichten — *im passiven Sinn leidet*, sondern die Ursache dieses Leidens, das Kapital und das aus ihm resultierende Ausbeutungsverhältnis, *aktiv erzeugt* und stets, solange diese Produktionsweise Bestand hat, reproduziert.

Die Polarisierung, die Beseitigung der Zwischenschichten aus der Sozialstruktur des Kapitalismus, ist in zweierlei Hinsicht Voraussetzung einer revolutionären Umwälzung. Zum einen erzeugt der Expropriationsprozeß, das Absinken

»Geächteten und Außenseitern«, den »Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben«, den »Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen« (Eindimensionaler Mensch, a.a.O., S. 267), in der »jungen bürgerlichen Intelligenz und den Ghettobevölkerungen« erblickt (Versuch über die Befreiung, Frankfurt 1969, S. 80). Aber auch wenn sie nicht als das eigentliche »Subjekt« erscheinen, sondern nur als »Katalysatoren« (Marcuse verhält sich hier ambivalent), so fällt ihnen immerhin die Aufgabe zu, die »an sich«, aber nicht ›für sich‹ (objektiv, aber nicht subjektiv) [...] revolutionäre Klasse« (ebd., S. 83), das Proletariat also, der »Radikalisierung« zuzuführen — proletarische Politik unter dem Primat der Randgruppen! Auf der Basis eines solchen Ansatzes — allein dies ist für den hiesigen Zusammenhang entscheidend — läßt sich der *prinzipiell* reaktionäre Charakter der Opposition des Kleinbürgertums, das als an den ›Rand‹ gedrängte Klasse dem kapitalistischen System ebenso wie Marcuses ›Randgruppen‹ ›von außen‹ entgegentritt, entweder gar nicht oder nur aus subjektiven Faktoren (einer mangelnden ›Sensibilisierung‹ usw.) herleiten.

³² Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 19.

immer weiterer Teile der Gesellschaft ins Proletariat, erst die Massen, die die Revolution benötigt, während er mit den »Sphären des Kleinbetriebs und der Hausarbeit [. . .] die letzten Zufluchtsstätten der ›Überzähligen‹ und damit das bisherige Sicherheitsventil des ganzen Gesellschaftsmechanismus« vernichtet.³³ Der Ruin der Kleinproduktion, das tendenzielle Verschwinden der Mittelklassen entzieht dem kapitalistischen Gesellschaftsmechanismus die zementierende Kraft. Denn das Kleinbürgertum wirkt, solange es als breite Schicht besteht, stets als *Übergangsklasse*, worin die Interessen zweier Klassen sich zugleich abstumpfen«³⁴. Aber auch wenn ihre Reihen sich bereits gelichtet haben, verdecken die Mittelschichten den Charakter kapitalistischer Herrschaft: Das kapitalistische Privateigentum, auf das diese sich als Herrschaft einer Minorität gründet, kann sich auf das des Kleinbürgertums, das als kapitalistisches nicht funktioniert, berufen; die kapitalistische Produktionsweise läßt sich durch den Fortbestand der historisch überholten legitimieren.

Während so die Mittelschichten bereits durch ihre Existenz die Funktion eines ›Sicherheitsventils‹ ausüben, eine Funktion, die auf ihrer positiven Verschwisterung mit dem kapitalistischen System beruht, ergibt sich ihre verkleisternde Wirkung zudem umgekehrt gerade aus ihrer »windschiefen Anderheit« (Bloch), dem unwirklichen, historisch überfälligen *Gegensatz*, in dem sie, als Repräsentanten einer früheren, der Auslöschung anheimfallenden Produktionsweise, zum Kapitalismus stehen. Nicht nur hat die herrschende Klasse im Kapitalismus von diesem unzeitgemäßen Widerspruch am Ende nicht viel zu fürchten, sondern dieser falsche Gegensatz verwischt, solange er durch Massen repräsentiert wird, den der kapitalistischen Produktionsweise selbst innewohnenden, durch sie selbst progressiv erzeugten Widerspruch: den zwischen Kapital und Lohnarbeit, zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit. Die Existenz von Zwischenschichten, deren Gegensatz zum Kapitalismus einzig als Kampf gegen die eigene Überlebtheit sich manifestiert, stellt im revolutionären Prozeß, gerade *weil* dieser ungleichzeitige Widerspruch sich ihm von Zeit zu Zeit einverleibt, ein Hindernis dar: Er »stößt auf deren gepolsterten ›Widerspruch‹ zum Kapital«³⁵.

Insofern die Präzision proletarischer Interessen von der Erkenntnis des *wirklichen* Gegensatzes abhängt, wird sie durch

³³ Kapital I, S. 526.

³⁴ Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 255.

³⁵ Ernst Bloch, ›Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit‹ (aus: ders., Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt 1962), in: Nolte (Hg.), Theorien, a.a.O., S. 189.

die Fortexistenz jenes ›gepolsterten Widerspruchs‹ verzögert. Der Zusammenstoß zweier Produktionsweisen, der ›ungleichzeitige Widerspruch‹, in dem sich das Kleinbürgertum zum Kapitalismus befindet, birgt die Tendenz in sich, die wahren Antagonismen, die kapitalistischen selbst, zu verschleiern, von ihnen abzulenken. Eben hierin besteht, über das gebrochene, letztendlich aber positive Einverständnis der Zwischenschichten mit dem kapitalistischen System hinaus, deren zementierende Funktion: »Nur wird der ungleichzeitige Widerspruch, ist er auch durch wachsende Verelendung, Zersetzung, Entmenschung im Schoß des Spätkapitals, durch das Unertragbare seiner objektiv gleichzeitigen Widersprüche freigesetzt, dem Kapital, als ungleichzeitiger, vorerst nicht gefährlich. Im Gegenteil, das Kapital gebraucht das ungleichzeitig Konträre, wo nicht Disparate zur Ablenkung von seinen streng gegenwärtigen Widersprüchen; es gebraucht den Antagonismus einer noch lebenden Vergangenheit als Trennungs- und Kampfmittel gegen die in den kapitalistischen Antagonismen sich dialektisch gebärende Zukunft.«³⁶

2. Die Vereinfachung der Klassenstruktur

Der Sonderstatus des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln ist mit seinem ersten historischen Auftreten noch keineswegs evident. Erst nach und nach erweist es sich als ein vom Kleineigentum nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, in seiner *gesellschaftlichen* Funktion unterschiedenes Eigentum. Das im Kapital begrifflich implizierte Herrschaftsverhältnis nimmt im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus, durch die Polarisierung, die Zentralisation des Eigentums in den Händen einer Minorität, klarere Gestalt an. Nur in diesem Prozeß, im Zerfall der Gesellschaft in eine proportional immer weiter zusammenschrumpfende Bourgeoisie und eine die Majorität verkörpernde Lohnarbeiterschaft gewinnt umgekehrt der Anspruch der proletarischen Revolution, ihre Berufung auf das *universelle* Interesse, das sie im Gegensatz zu allen früheren Revolutionen repräsentiere, seine Plausibilität.

»Vergegenständlichte Arbeit und lebendige Arbeit sind die beiden Faktoren, auf deren Gegenübersetzung die kapitalistische Produktion beruht. Kapitalist und Lohnarbeiter sind die einzigen Funktionäre und Faktoren der Produktion, deren Beziehung und Gegenübertreten aus dem Wesen der kapita-

³⁶ Ebd., S. 191.

listischen Produktionsweise entspringt.«³⁷ Die Erkenntnis ihres Gegensatzes jedoch hängt ab von seiner Darstellung, seiner *tatsächlichen* Entfaltung im Geschichtsprozeß, von einer *ökonomischen* Entwicklung, welche die ›Grundkräfte der kapitalistischen Gesellschaft‹ in stets klarer werdender Front einander gegenüberstellt. Die Entwicklung des proletarischen Klassenbewußtseins ist u. a. auch ein Problem der sozialen Wahrnehmung: »Die Politisierung des proletarischen Bewußtseins beginnt, phänomenologisch gesprochen, mit der ›Umstrukturierung des sozialen Raums‹. Dieser polarisiert sich in Regionen von Ausgebeuteten und Ausbeutern. Die Klasse wird in dem Maße gewußte Wirklichkeit, als die verschiedenen Fraktionen des Proletariats ›das gemeinsame Hindernis‹, die sie ausbeutende und unterdrückende gesellschaftliche Realität, wahrnehmen und erleben.«³⁸

Das Werk dieser Polarisierung aber wird von der kapitalistischen Produktionsweise selbst in Gang gehalten: Indem sie die Masse der Menschheit ›enteignet‹, schafft sie zugleich, mit dem Zerfall der Gesellschaft in zwei sich klar gegenüberstehende Klassen, die ›Vereinfachung‹ ihrer Struktur, welche das Bewußtsein des grundsätzlichen Antagonismus allererst ermöglicht. »Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.«³⁹

Der Kapitalismus wird aber nicht in fertiger Form geboren, sondern unterwirft sich erst nach und nach die verschiedenen Zweige der Produktion. In diesem Prozeß, der die Grundlage für die ›Bildung einer allgemeinen Profitrate‹, der ›Durchschnittsprofitrate‹ ist, verlieren die einzelnen Produktionsphären ihre Besonderheit. Sie werden zu prinzipiell gleichgeordneten ›Anlagesphären‹ des Kapitals, das sich seinerseits erst in diesem (tendenziellen) Ausgleich der individuellen Profitraten zur Durchschnittsprofitrate als *gesellschaftliche* Größe, als gesellschaftliches *Gesamtkapital*, etabliert. »Der Ausgleich der Profitraten bewirkt, daß Konkurrenz und Partikularität unter den Kapitalisten nicht nur der Gesamtklasse widersprechen, sondern diese zugleich hervorbringen als reale vermittelte Gesamtheit. Das Gesetz der Durchschnittsprofit-

³⁷ Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, Bd. II, MEW, 26.2., Berlin 1967, S. 148.

³⁸ Alfred Krowoza und Thomas Leithäuser, Vorwort zu: Michael Vester, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792–1848, Frankfurt 1970, S. 15.

³⁹ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 7.

rate impliziert, daß die Klasse eine in sich kommunizierende Korporation ist, die nicht unmittelbar sichtbar wird, sondern durch die verdinglichte und verselbständigte Bewegung der Kapitalien sich fortwährend herstellt als vermittelte Korporation.«⁴⁰ Entscheidend für den einzelnen Kapitalisten ist weder der besondere Gebrauchswert der in seiner Produktionssphäre erzeugten Waren — er wird, sofern das Schulwesen ausreichende Profite gewährleistet, sein Kapital ebensowohl in einer ›Lehrfabrik‹ investieren wie zuvor in einem Zirkus oder in einer Wurstfabrik — noch auch nur der in dieser besonderen Produktionssphäre erzeugte Mehrwert: Der Profit, den er erzielt, ist nicht der in seiner besonderen Anlagesphäre erzeugte Mehrwert, sondern er schlägt, da die Konkurrenz der Kapitale die Profitraten untereinander ausgleicht, »Profit heraus im Verhältnis zu seinem vorgeschossenen Kapital als bloßem aliquoten Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals«⁴¹. »Die verschiedenen Kapitalisten verhalten sich hier, soweit der Profit in Betracht kommt, als bloße Aktionäre einer Aktiengesellschaft, worin die Anteile am Profit gleichmäßig pro 100 verteilt werden und daher für die verschiedenen Kapitalisten sich nur unterscheiden nach der Größe des von jedem in das Gesamtunternehmen gesteckten Kapitals, nach seiner verhältnismäßigen Beteiligung am Gesamtunternehmen, nach der Zahl seiner Aktien.«⁴²

Sie verhalten sich demnach als bloße Kapitaleigner, indifferent gegenüber der besonderen Anlagesphäre ihres Kapitals und gegenüber dem erzeugten Gebrauchswert. Ebenso hinterlassen die Transformation der Arbeitsprozesse, die Eintönigkeit und daher tatsächliche ›Gleichheit‹ des Arbeitsvollzugs auf seiten des Arbeiters die Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten Form und Bestimmung seiner Arbeit, gegenüber dem Nutzwert des Produkts seiner Arbeit. Erst in dieser Phase erhält der Begriff der ›abstrakten Arbeit‹ die volle *historische* Bedeutung⁴³: Sie »entspricht einer Gesellschaftsform, worin

⁴⁰ Mauke, a.a.O., S. 82.

⁴¹ Kapital III, S. 169.

⁴² Ebd., S. 168.

⁴³ Es wäre ein Irrtum zu glauben, die Kategorien ›konkrete‹ und ›abstrakte‹ Arbeit seien einzig systematische Begriffe. Sie haben einen durchaus *historischen* Bedeutungsgehalt: Die Arbeit wird mit der Entwicklung der Warenproduktion, mit der Einführung von Maschinen, die alle Arbeiten auf einfache Handgriffe reduzieren und so auf dieselbe Stufe rücken, gleichsam immer ›abstrakter‹. »Dies Beispiel der Arbeit zeigt schlagend, wie selbst die abstraktesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit — eben wegen ihrer Abstraktion — für alle Epochen, doch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebensosehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen« (Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: ders., Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 15, Berlin 1958, S. 262).

die Individuen mit Leichtigkeit aus einer Arbeit in die andre übergehn und die bestimmte Art der Arbeit ihnen zufällig, daher gleichgültig ist«⁴⁴. Gleichgültigkeit gegenüber der bestimmten, konkreten Arbeit ist ebenso Voraussetzung dafür, daß der Arbeiter sich von einer Produktionssphäre in die andere werfen lassen kann, wie die Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber seiner besonderen Anlagesphäre Voraussetzung für seine Mobilität, für seine durch den Konkurrenzmechanismus vermittelte Abwanderung in die jeweils profitabelste Produktionssphäre ist.

Mobilität des Kapitals und Mobilität der Arbeitskraft, die Durchschnittsprofitrate und der durchschnittliche Arbeitslohn kennzeichnen ein Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, zu dem das Kapital tendenziell sämtliche Sphären der Produktion ergriffen, das Kapitalverhältnis sich als das gesellschaftlich dominante Produktionsverhältnis durchgesetzt hat. Der Prozeß, der dieses Stadium einleitet, hebt an mit der Durchlöcherung und allmählichen Auflösung älterer, feudaler Produktionsverhältnisse; er bedingt zugleich eine Umschichtung im Gewicht der einzelnen Klassen.

Die gesellschaftliche Bedeutung des Adels, die an die Grundrente und daher an den Primat der Agrarproduktion geknüpft war, sinkt mit der Verschiebung zur gewerblichen Produktion und endgültig mit der Industrialisierung, während »ein großer Teil des Grundeigentums in die Hände der Kapitalisten fällt und die Kapitalisten so zugleich Grundeigentümer werden«⁴⁵. Sobald aber schließlich noch der Grundbesitz zur Ware wird, gibt auch die Grundrente ihre selbständige Gestalt auf und wird zu einem bloß »abgezweigten« Teil des auf kapitalistischer Basis erzeugten Mehrwerts. Tendenziell vollzieht sich die gesamte Reproduktion der Gesellschaft von nun an in kapitalistischem Rahmen: »Die letzte Folge ist also die Auflösung des Unterschiedes zwischen Kapitalist und Grundeigentümer, so daß es also im ganzen nur mehr zwei Klassen der Bevölkerung gibt, die Arbeiterklasse und die Klasse der Kapitalisten. Diese Verschacherung des Grundeigentums, die Verwandlung des Grundeigentums in eine Ware ist der letzte Sturz der alten und die letzte Vollendung der Geldaristokratie.«⁴⁶

Aber nicht nur die herrschenden Schichten des Feudalsystems werden zurückgedrängt, sondern auch seine (»alten«) Mittelstände. In eben diesem Prozeß reduzieren sich ihre ehemaligen Interessengegensätze: Angesichts der über sie hinwegrollenden Entwicklung werden sie ihres gemeinsamen, im präzisen

⁴⁴ Ebd., S. 261.

⁴⁵ Karl Marx, Texte zu Methode und Praxis II, Pariser Manuskripte 1844, Reinbek b. Hbg. 1966, S. 46.

⁴⁶ Ebd.

Sinn ›reaktionären‹ Interesses gewahr.⁴⁷ Neben diese Verlagerung im Gewicht der einzelnen Klassen tritt ein entscheidender Wandel in den Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten: Während dem traditionellen Herrschafts-Knechtschaftsverhältnis, das die feudale Produktionsweise charakterisiert, gesamtgesellschaftlich der Boden entzogen wird, ›entfeudalisiert‹ sich zugleich das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern: Es reduziert sich auf das reine, von der Pflicht zur bedingungslosen Unterwerfung wie von der umgekehrten, der persönlichen Fürsorge gleichermaßen befreite Vertragsverhältnis.

Diese Umorientierung vollzieht sich allerdings nicht plötzlich. »Die Bourgeoisie beginnt mit einem Proletariat, das selbst wiederum ein Überbleibsel des Proletariats des Feudalismus ist. In dem Verlauf ihrer historischen Entwicklung entwickelt die Bourgeoisie notwendigerweise ihren antagonistischen Charakter, der sich bei ihrem ersten Auftreten mehr oder minder verhüllt vorfindet, nur im latenten Zustande existiert. In dem Maße, wie die Bourgeoisie sich entwickelt, entwickelt sich in ihrem Schoße ein neues Proletariat, ein modernes Proletariat.«⁴⁸ Das typisch feudale Produktionsverhältnis verschwindet zwar formal-rechtlich im Gefolge der bürgerlichen Revolution. Dennoch blieben die faktischen Sozialbeziehungen in der Folgezeit an ihm noch orientiert — und zwar nicht nur in den Sektoren seines Ursprungs, in der Landwirtschaft, sondern auch in den Teilen der Produktion, die im ökonomischen Sinn bereits kapitalistisch organisiert waren. Die frühe Phase der Industrialisierung ist geradezu gekennzeichnet durch den Widerspruch zwischen dem »nationalökonomischen Verhältnis zwischen Exploiteur und Exploitiertem«, der Ausbeutung auf der Grundlage des freien Arbeitsvertrages, und der »politi-

⁴⁷ Insbesondere die Geschichte des deutschen Kaiserreichs gibt, wie die Integration der Klein- und Mittelbauern in den junkerlichen ›Bund der Landwirte‹ und das Werben der Konservativen Partei um den Mittelstand zeigen, ein Beispiel für diese aus dem Anachronismus ihrer gesellschaftlichen Situation erwachsende Interessenallianz: »Für die Konservativen, die sich unter den Vorzeichen des allgemeinen Reichstagswahlrechts auf die Notwendigkeit verwiesen sahen, eine Massenbasis zu finden, erwachsen aus der Unterstützung auch der extremsten Mittelstandsforderungen weder Interessen- noch ideologische Konflikte. Sie konnten beim Handwerk und Kleinhandel nicht nur mit beträchtlichem Erfolg um zusätzliche Stimmen werben, sondern auch auf eine tatsächliche Übereinstimmung der Interessen bauen: Großgrundbesitz und Kleingewerbe waren gleichermaßen Gegner einer fortschreitenden Industrialisierung, die ihren jeweiligen Einflüßbereich gefährden mußte« (Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 51). — Vgl. hierzu Kapitel II, 3.

⁴⁸ Marx, *Das Elend der Philosophie*, Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 2, Berlin 1960, S. 142.

schen Tinktur«, die dieses Verhältnis gleichwohl noch umgibt, überlagert und daher verschleiert. Diese Tinktur ist wesentlich noch eine feudale, gebunden an das ältere, unmittelbar »politische« — und daher gerade nicht auf der »Freiheit« der Vertragspartner fundierte — Herrschafts-Knechtschaftsverhältnis, das mit der sozialen Position des »Herrn« nicht nur die beinahe totale Verfügungsgewalt über den Untertanen verknüpft, sondern auch die Fürsorgepflicht, weshalb es »ebenso eine *gemütliche Seite*« hat.⁴⁹

Sobald die hier angesprochenen Prozesse der faktischen »Entfeudalisierung« der Produktionsverhältnisse in den Blick rücken, erfährt der Terminus »Polarisierung« eine Ausweitung: Er bezieht sich nicht mehr nur auf die »Vereinfachung« der Sozialstruktur, wie sie mit einer veränderten Verteilung des Eigentums und der Ausräumung »überhängender« Schichten eintritt, sondern erfaßt auch noch die dieser »objektiven« Entwicklung zunächst nachhinkende, sozialpsychologische Gestaltung der Produktionsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Sektors selbst, ihre »subjektive Ausfüllung«. Dieselbe Erweiterung vollzieht sich damit zugleich mit dem Begriff des »Kleinbürgerlichen«. Produktionsverhältnisse können — ihrer objektiv-ökonomischen *Form* nach — »kapitalistisch« sein, ihrem *Inhalt* nach jedoch »kleinbürgerlich«, orientiert am Verhältnis des Meisters zum Gesellen, am Vorbild einer früheren Epoche der Produktion, der feudalen.⁵⁰ Die Frage, was als spezifisch »kleinbürgerlich« zu bezeichnen sei, ist damit nicht allein mehr in Begriffen der Quantität zu beantworten (wie viele Arbeitskräfte muß ein Unternehmer mindestens beschäftigen, um als Kapitalist zu gelten — oder umgekehrt: um dem Status des Kleinbürgers zu entwachsen?), sondern ver-

⁴⁹ Vgl. Marx, Pariser Manuskripte, a.a.O., S. 47.

⁵⁰ Generell ist zwar am Gegensatz der einfachen Warenproduktion zur feudalen Produktionsweise festzuhalten. Dennoch besitzt auch die kleinbürgerliche Produktionsweise eine »feudale Tinktur«. Historisch ergibt sich dies daraus, daß beide Produktionsweisen unter dem Feudalsystem koexistierten und in bestimmter Weise aufeinander bezogen waren. Daß die herrschende Klasse dieser Zeit der Feudaladel war, der vorwiegend die Erlöse des im Agrarsektor erzeugten Mehrprodukts absorbierte, indiziert bereits, daß die Autonomie der Stadtwirtschaft relativiert war. Zwar machte »Stadtluft frei«, d. h. die auf dem Lande bestehende Leibeigenschaft war mit dem Eintritt in die Stadt aufgehoben; dennoch war das hier herrschende Zunftrecht, das u. a. die Beziehungen zwischen Meistern und Gesellen festlegte, dem auf dem Lande geltenden Lehnrecht nachgebildet. »Das Arbeitsverhältnis zwischen Handwerksmeister und Gesellen war sicher kein solches Klassenverhältnis wie das zwischen Feudalherr und Leibeigenen, aber wie dieses patriarchalisch institutionalisiert« (Mauke, a.a.O., S. 45). Mit anderen Worten: Die Tauschbeziehungen und die Institution des Äquivalententauschs waren auf die Verhältnisse zwischen selbständigen *Warenbesitzern* begrenzt; sie prägten — im Gegensatz zum späteren Verhältnis des Kapitalisten zum Lohnarbeiter — gerade *nicht* die Beziehungen des Meisters zum Gesellen.

schiebt sich gewissermaßen auf die *Qualität des Produktionsverhältnisses*.

Unter diesem Aspekt können — wie etwa die Geschichte des Kruppschen Unternehmens zeigt — selbst kapitalistische Riesenbetriebe Sozialbeziehungen etablieren, die den ökonomischen Charakter des Produktionsverhältnisses weitgehend überdecken und sich einer ›politischen Tinktur‹ bedienen, die sich aus den feudalen Traditionen der ›gütigen Bevormundung‹ speist. Soweit ihnen dies gelingt, revozieren sie damit den feudalen Traditionalismus der Arbeitskräfte, der dem beginnenden Industriekapitalismus — wie eben diese Bemühungen beweisen — keineswegs nur so ausschließlich dysfunktional gegenüberstand wie Max Weber annimmt⁵¹ und am Beispiel der ursprünglichen Resistenz der Arbeiter gegenüber den materiellen Anreizen des Akkordsystems zu erläutern sucht. Zwar hat sich das Verwertungsinteresse dieser frühen Kapitalisten an den überkommenen Neigungen des handwerklichen Arbeiters, der »einfach leben, so leben« will, »wie er zu leben gewohnt ist«, und dabei nur soviel erwirbt, »wie dazu erforderlich ist«⁵², sicherlich ebenso gestoßen wie an den handwerklichen Arbeitsgewohnheiten, die »mit der Spezialisierung und mit der Regelmäßigkeit, wie sie in den Fabriken von den Maschinen bedingt werden, nicht vereinbar«⁵³ sind. Doch konnten sich in der Frühphase des Kapitalismus die Disziplinierung der Arbeitsgewohnheiten wie die extensive, unfaßbare Ausbeutung auf jenen ›Traditionalismus‹ der Arbeitskräfte ebensowohl stützen. Solange nämlich nicht nur der kapitalistische Unternehmer den Herr-im-Hause-Standpunkt mit aller Klarheit vertrat, sondern auch die Arbeitskräfte ihrerseits sich am überlieferten Herrschafts-Knechtschaftsverhältnis orientierten, konnten die Revolten der Arbeiterschaft sich zwar gelegentlich gegen ein Zuviel an Zumutungen seitens eines besonderen ›Herrn‹ richten und gegen die *Manifestationen* eines ökonomischen Herrschaftsverhältnisses, niemals jedoch gegen dieses selbst qua ökonomische Institution. Mehr noch: die Revolten dieser Epoche, die fast die gesamte Arbeiterklasse auf ein Hungerdasein herabdrückte, wenden sich ihrerseits gegen kapitalistische Praktiken vorab in Begriffen der Moral, die geprägt sind durch den Rückgriff auf *vorkapita-*

⁵¹ »Der Gegner, mit welchem der ›Geist‹ des Kapitalismus im Sinne eines bestimmten, im Gewande einer ›Ethik‹ auftretenden, normgebundenen Lebensstils in erster Linie zu ringen hatte, blieb jene Art des Empfindens und der Gebarung, die man als *Traditionalismus* bezeichnen kann« (Max Weber, ›Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus‹, in: ders., Die protestantische Ethik. Eine Aufsatzsammlung, München/Hamburg 1965, S. 49).

⁵² Ebd., S. 50.

⁵³ Reinhard Bendix, Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt 1960, S. 65.

listische, ständische Traditionen, auf die Institutionen des gerechten Preises oder Arbeitslohns usw.; deren Einhaltung sollte fernerhin durch die staatliche Gesetzgebung gewährleistet werden, eben *weil* die neuen ›Herren‹, die Kapitalisten, ihrer Fürsorgepflicht nicht mehr nachkamen.⁵⁴

Damit das Kapital als eine *gesellschaftliche* Macht erkannt werden kann, an der die einzelnen Kapitalisten wie ›Aktionäre‹ partizipieren, reicht es demnach nicht aus, daß das Kapitalverhältnis sich im rechtlichen und ökonomischen Sinn als das dominante Produktionsverhältnis durchgesetzt hat. Solange dieses ›nationalökonomische‹ Verhältnis sich auf der Grundlage vorhandener Überlieferungen von Beziehungen zwischen Handwerksmeistern und Gesellen gestaltet, erscheint der Kapitalist in den Augen der Arbeiter vorab als *Person*, die in bestimmter Weise handelt, und nicht als prinzipiell austauschbarer ›Agent‹ seines Kapitals, der in der bestimmten Weise handeln *muß*. Umgekehrt erfordert die Durchbrechung dieser positiven oder negativen Bindung an einen bestimmten, persönlichen ›Herrn‹, daß der Arbeiter tatsächlich (und nicht nur rechtlich) den Status eines Gesellen verliert.

Der Prozeß, der zum Verschwinden dieser feudalen Relikte in der sozialen Situation wie in der hierdurch determinierten ›Psychologie‹ des Arbeiters führt — ein Prozeß, der seinen ›Antikapitalismus‹ von seinen vorkapitalistischen Nuancen und Bezügen zunehmend befreit und so »die zu erbringende historische Lernleistung«⁵⁵ erst ermöglicht — läßt sich zunächst als wachsende *Entpersönlichung* beschreiben. Diese ›Entpersönlichung‹, die im *Begriff* des Kapitals angelegt ist — »denn das unterscheidet diese Form von allen früheren, daß der Kapitalist nicht in irgendeiner persönlichen Eigenschaft den Arbeiter beherrscht, sondern daß dies nur, soweit er ›Kapital‹ ist«⁵⁶ —, *realisiert* sich erst in der Entwicklung des Kapitalismus selbst: Die Abstreifung aller persönlichen Bezüge und Bindungen des Arbeiters — an den Kapitalisten wie an

⁵⁴ Selbst noch in den Aktionen der Maschinenstürmer läßt sich »ein gewaltsamer Gefühlsausbruch gegen den unbeschränkten Industriekapitalismus sehen, der auf einen absterbenden paternalistischen Kodex zurückgeht und durch Traditionen sanktioniert wird, die der Gemeinschaft der arbeitenden Bevölkerung zueigen waren« (Edward P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, Harmondsworth/Middlesex 1970, S. 601). Allerdings ist Thompson beizupflichten, wenn er sich gegen die Klassifizierung dieser Erhebungen als ›reaktionär‹ wendet. Der Rückgriff auf Vorkapitalistisches, auf kleinbürgerliche Traditionen, entsprach nicht nur — davon wird im folgenden Kapitel noch zu sprechen sein — dem objektiven Entwicklungsstand der Arbeiterklasse, sondern war zugleich verbunden mit den Anfängen einer umfassenden gewerkschaftlichen Organisation.

⁵⁵ Vester, a.a.O., S. 19.

⁵⁶ Marx, Theorien über den Mehrwert I, a.a.O., S. 366.

seine eigene Arbeit — bleibt gebunden an die Entwicklungsgeschichte des Kapitals, die selbst wiederum den Wandlungen in den technischen Produktivkräften folgt. Einige dieser Faktoren, welche die technischen Produktivkräfte und damit den Arbeitsprozeß wie schließlich die soziale Figur des Kapitalisten entscheidend verändern und so zur Entstehung einer homogenen Arbeiterklasse, eines ›modernen Proletariats‹ (im Unterschied zum ›feudalen‹) führen, seien im folgenden kurz benannt.

Zu dieser Entpersönlichung, zur Entfremdung des Arbeiters nicht nur vom Produkt seiner Arbeit, sondern auch von dieser selbst tragen die mit dem industriellen Kapitalismus, mit der Manufaktur bereits einsetzenden Veränderungen im Arbeitsprozeß wesentlich bei. Indem die Arbeit ihre bestimmten Eigenschaften verliert und so immer mehr zu einer ›abstrakten‹ wird, werden die einzelnen Arbeiten untereinander vergleichbar, die Situation aller Arbeiter tendenziell identisch. Hiermit nimmt der Unterschied zwischen dem modernen Industriearbeiter und dem Gesellen nicht nur in bezug auf die Arbeit selbst, sondern auch im Hinblick auf das herrschende Produktionsverhältnis greifbare Gestalt an: Die Bindung an eine konkrete Arbeit, die fachliche Spezialisierung hatten das gemeinsame Sozialverhältnis der handwerklichen Gesellen noch weitgehend überlagert und eine gewisse Gemeinsamkeit zwischen ihnen und dem im selben ›Fach‹ tätigen Meister bestehen lassen. Dem entsprach der Charakter der nach Produktionszweigen, nach der Besonderheit der *fachlichen* Qualifikation aufgebauten Zünfte: Diese »repräsentierten nicht eine klassenmäßig-horizontale, sondern eine ständisch-vertikale Scheidung gesellschaftlicher Gruppen und damit eine, freilich von der Figur des Meisters beherrschte, Einheit von Interessen, die sich noch nicht in die getrennten Funktionen von Unternehmer, Handarbeiter und Konsument differenziert hatte«⁵⁷.

Die Aufhebung der Spezialisierung durch die extreme Spezialisierung, durch die Zerlegung der Arbeit in einfachste Handgriffe, schafft die Voraussetzungen dafür, daß zum einen die Arbeitskräfte so ›fluktuieren‹ können, wie die jeweilige Konkurrenzsituation im Kapitalismus es erfordert, zum anderen die Bindung an eine konkrete Arbeit, die Identifikation mit ihr und damit mit denen, die — jenseits der hierarchischen Struktur, jenseits des Herrschaftsverhältnisses — im selben Produktionszweig tätig sind, substituiert wird durch die Identifikation mit denen, die sich — jenseits des betreffenden Produktionszweigs — in derselben sozialen Situation befinden. Die

⁵⁷ Vester, a.a.O., S. 143.

Gemeinsamkeit, die Identität dieser ökonomischen Situation wird überhaupt erst erkennbar, wenn der Arbeiter tatsächlich von einem Betrieb zum anderen, aus einer Produktionssphäre in die andere überwechseln *kann*, ohne daß seine Situation durch einen solchen Wechsel sich grundsätzlich verändert.

Daß die Arbeitskraft in der Lage ist, sich ohne bedeutsame Schwierigkeiten von einer Produktionssphäre in die andere schleudern zu lassen, ist Ergebnis wie Erfordernis der kapitalistischen Produktionsweise, wie es überhaupt »die Herrschaft des Kapitals« ist, die »für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen« hat.⁵⁸ Die Unabhängigkeit des Arbeiters von einer bestimmten Produktionssphäre ist insofern nur Reflex derselben »Unabhängigkeit« des Kapitals, das sich — je nach der Konkurrenzsituation — von einer Sphäre in die andere werfen können muß. Damit jedoch die Kapitalisten ihre Bindung an eine bestimmte Produktionssphäre aufgeben können, müssen sie sich aus der Produktion selbst bereits mehr oder minder zurückgezogen haben. Im Gegensatz zum »kleinen Meister«, der, auch wenn er Lohnarbeiter — statt Gesellen — beschäftigt, stets selber noch ein qualifizierter Arbeiter ist, ist der »Kapitalist« auf keinerlei Fachkenntnis in bezug auf Produktionsverfahren und dergleichen angewiesen. Selbst wenn er sie besitzt, ändert dies nichts an seiner sozialen Position; für diese ist sie grundsätzlich irrelevant.

Die Entwicklung des Kapitalismus ist somit weiterhin gekennzeichnet durch die sich vergrößernde Entfernung des Kapitalisten vom Produktionsprozeß. Dieser »Rückzug« ist von außerordentlicher Bedeutung für die soziale Wahrnehmung: Das im Kapitalverhältnis stets eingeschlossene Herrschaftsverhältnis konkretisiert sich in dem Maße, wie die Kapitalisten zu »Nichtarbeitern« werden, sich als bloße Kapitaleigner verhalten, ihr Einkommen also nicht mehr als auf irgendeiner Art von Arbeit beruhend vorgestellt werden kann.

Der *Begriff* des Kapitalismus setzt die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses, den produktiven »Gesamtarbeiter« voraus — aus diesem Grund sieht Marx in der Manufaktur den Beginn des Kapitalismus.⁵⁹ *Historisch* blieb in der Anfangsphase des

⁵⁸ Marx, Das Elend der Philosophie, a.a.O., S. 191.

⁵⁹ Die spezifische »Produktivität« dieses »Gesamtarbeiters«, die eine der Quellen des kapitalistischen Mehrwerts darstellt, ergibt sich, Marx zufolge, einmal aus der Arbeitsteilung zwischen den Teilarbeitern, die ihre jeweilige Sonderqualifikation verwertbar macht, zum anderen aus dem auf jeden einzelnen Teilarbeiter ausgeübten Zwang, seine besondere Arbeitsverrichtung in den Gesamtmechanismus des Arbeitsprozesses einzufügen. »Die Einseitigkeit und selbst die Unvollkommenheit des Teilarbeiters werden zu seiner Vollkommenheit als Glied des Gesamtarbeiters. Die Gewohnheit einer einseitigen Funktion verwandelt ihn in ihr naturgemäß

Kapitalismus, in der Zeit, die der Epoche der ›großen Industrie‹ voranging, der Kleinbetrieb gleichwohl vorherrschend: Wenige Arbeiter wirken hier auf kleinem Raum zusammen, häufig unter *persönlicher Mitarbeit* des Unternehmers, der dann, weil er selbst von der Handarbeit noch nicht entbunden ist, nicht eigentlich als ›Kapitalist‹ fungiert. »Allerdings kann er (der Kapitalist — A. L.-F.) selbst, gleich seinem Arbeiter, unmittelbar Hand im Produktionsprozeß anlegen, aber ist dann auch nur ein Mittelding zwischen Kapitalist und Arbeiter, ein ›kleiner Meister‹.«⁶⁰ Die Produktionsverhältnisse unterscheiden sich, trotz ihrer gewandelten ökonomischen Form, noch kaum von denen der einfachen Warenproduktion: Sie sind patriarchalisch gefärbt. Die Position eines Lohnarbeiters in einem — wenn auch kapitalistisch organisierten — Kleinbetrieb läßt sich, was sein Bewußtsein und den Inhalt seiner Beziehungen zum Unternehmer betrifft, noch kaum von der des Gesellen im Handwerksbetrieb sondern. Die persönliche Präsenz des Unternehmers läßt ihn eher als Person erscheinen denn als bloßen Repräsentanten oder ›Agenten‹ eines bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisses. Zudem ist er ein qualifizierter Arbeiter desselben Fachs. Dies kann zum einen eine gewisse, durch die Gemeinsamkeit der fachlichen Spezialisierung vermittelte ›Solidarität‹ ihm gegenüber erzeugen, die den im Produktionsverhältnis angelegten Antagonismus noch überdeckt. Zum anderen wird die Tatsache, daß er selbst Hand anlegt, den Teil seines Einkommens, der tatsächlich seiner eigenen Arbeit geschuldet ist, als Basis seines gesamten Einkommens erscheinen lassen — dieses stellt sich vorab dar als Arbeitslohn, der sich nur quantitativ von dem des Arbeiters selbst unterscheidet.

Daß der kleine Meister ›nur ein Mittelding‹ ist, den Begriff des Kapitalisten noch nicht ganz erfüllt, bemißt sich nicht zuletzt an der Heterogenität seiner Einkommensquellen: Das Einkommen aus Kapitalbesitz, der die Ausbeutung fremder Arbeitskraft und damit die Mehrwerterzeugung gestattet, steht hier noch gleichsam ungeschieden neben dem Einkommen aus eigener — im Prinzip gleichgeordneter — Arbeit. Die erste Etappe des Rückzugs des Kapitalisten aus der Produktion setzt damit ein, daß seine Arbeit aufhört, auf derselben Ebene zu liegen wie die seiner Arbeiter, daß er selbst aufhört, Handarbeit zu leisten. Die Möglichkeit (wie andererseits auch die Notwendigkeit) dieses Rückzugs von der Handarbeit ist ihrerseits gebunden an eine bestimmte Minimalgröße des Betriebs,

sicher wirkendes Organ, während der Zusammenhang des Gesamtmechanismus ihn zwingt, mit der Regelmäßigkeit eines Maschinenteils zu wirken« (Kapital I, S. 369 f).

⁶⁰ Ebd., S. 326.

an ein bestimmtes Kapitalminimum. »Ein gewisser Höhegrad der kapitalistischen Produktion bedingt, daß der Kapitalist die ganze Zeit, während deren er als Kapitalist, d. h. als personifiziertes Kapital funktioniert, zur Aneignung und daher Kontrolle fremder Arbeit und zum Verkauf der Produkte dieser Arbeit verwenden könne.«⁶¹

In diesem Typus, der als erster den Begriff des »Kapitalisten« erfüllt, begegnet uns der klassische (und vielfach glorifizierte) Unternehmer des 19. Jahrhunderts. Für das mit der Dominanz dieses Kapitalistentypus sich herstellende Klassenverhältnis ist zunächst entscheidend, daß die Fronten klarer geworden sind: durch die vorangetriebene Scheidung zwischen Hand- und Kopfarbeit, welche die »dispositiven« Funktionen dem von der Handarbeit, von der direkten Produktionstätigkeit befreiten Kapitaleigner überläßt. Indem die Kapitalisten sich nunmehr auf die Oberaufsicht, die Koordination der Arbeitsabläufe, auf Entscheidungen bezüglich der Einführung neuer Produktionsverfahren, der Erschließung neuer Märkte, neuer Rohstoffquellen usw. konzentrieren, verrichten sie notwendige Arbeit, d. h. Arbeit, die größtenteils unabhängig ist von den gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen die Produktion sich vollzieht. Es ist die Phase, in der der technische Fortschritt sich weitgehend noch in Einzelpersonen, in einzelnen technischen Erfindungen und deren Umsetzung in die Produktionsverfahren verkörpert. Ob der Unternehmer dabei — wie es häufig noch der Fall war — selbst der Erfinder ist oder die Erfindungen eines anderen auf eigenes Risiko ökonomisch umsetzt, ist dabei relativ nebensächlich: Er hat grundsätzlich »innovatorische« Funktion.

Für die Ausbildung der Klassenbeziehungen in der Epoche, die man gemeinhin als die des »Hochkapitalismus« bezeichnet, bedeutet dies, daß die Differenz zwischen Arbeiter und Kapitalist — mit dessen Entbindung von der Handarbeit — eindeutig geworden ist, daß jedoch auf der anderen Seite dem Kapitalisten — eben weil er gleichwohl noch Arbeit, und zwar gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet — eine eigene Legitimation zuwächst, die Schumpeter aus seiner innovatorischen Funktion herleitet. Diese Funktion ist ebenso wie die darauf sich gründende Legitimation eine historische; ihr Abbau folgt selbst wiederum den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise, der Zentralisation, der Tendenz zur Ausbildung immer größerer Betriebseinheiten. »Und wenn die Konkurrenzwirtschaft durch das Entstehen großer Konzerne durchbrochen ist [. . .], muß [. . .] die Durchsetzung neuer Kombinationen in

⁶¹ Ebd.

immer höherem Maß innere Angelegenheit eines und desselben Wirtschaftskörpers werden. Der Unterschied, den das macht, ist groß genug, um als Wasserscheide zwischen zwei Epochen der Sozialgeschichte des Kapitalismus zu dienen.«⁶² Der technische Fortschritt hat hier einen Stand erreicht, an dem er von einzelnen nicht mehr voranzutreiben ist. Mit der Einstellung regelmäßig bezahlter Techniker, mit der Ausbildung eigener Forschungsstäbe im Großunternehmen wird die Innovation, der Fortschritt selbst zur Routine. Es ist »heutzutage viel leichter als in der Vergangenheit, Dinge zu tun, die außerhalb der vertrauten Routine liegen: das Erfinden selbst ist zur Routinesache geworden. Der technische Fortschritt wird in zunehmendem Maße zur Sache von geschulten Spezialistengruppen, die das, was man von ihnen verlangt, liefern und dafür sorgen, daß es auf die vorausgesagte Weise funktioniert. Die frühere Romantik des geschäftlichen Abenteuers schwindet rasch dahin, weil vieles nun genau berechnet werden kann, was in alten Zeiten durch geniale Erleuchtung erfaßt werden mußte.«⁶³

Aus diesem Grund spricht Schumpeter vom »Veralten der Unternehmerfunktion«. Die Institutionen des Kapitalismus, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse werden zum Anachronismus, zu »bröckelnden Mauern« in dem Maße, wie der mit dem Kapitalverhältnis gesetzte Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung sich dergestalt konkretisiert, daß der Kapitalist sich nicht nur aus der unmittelbaren Produktion, sondern auch aus deren Leitung gänzlich zurückgezogen hat, seine »Funktion« sich daher auf die »Nichtarbeit« beschränkt, in der bloßen Aneignung erschöpft. Die rechtliche Form der über die Epoche des Hochkapitalismus hinausweisenden Riesenunternehmen ist gewöhnlich die der Aktiengesellschaft. Zusammen mit den neuen Möglichkeiten des Kreditsystems leistet sie die Zusammenfassung und Verschmelzung der Einzelkapitale und verstärkt damit »den Charakter der Kapitalistenklasse als vermittelter Korporation. Das organisierte und zentralisierte Geldkapital repräsentiert die Allgemeinheit des gesellschaftlichen Kapitals gegenüber einzelnen Kapitalien und Kapitalsphären und damit auch die verdinglichte Existenz der Gesamtklasse gegenüber der Masse ihrer fungierenden Agenten.«⁶⁴ Die Koordinations- und Leitungsfunktion, die mit dem Kapitalverhältnis gesetzte Ver-

⁶² Joseph A. Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* Berlin 1964, S. 102.

⁶³ Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, S. 215.

⁶⁴ Mauke, a.a.O., S. 90.

fügungsgewalt wird selbst noch übertragen auf lohn tätige Dirigenten oder mit Dirigentenfunktion ausgestattete Lohnarbeiter, die Manager, während sich »die Zahl und der Reichtum der sich zurückziehenden Kapitalisten, der Rentiers« vermehrt.⁶⁵ Erst in diesem Stadium, in dem die Kapitalisten schließlich noch aufhören, das Kapital den Lohnarbeitern gegenüber auch nur zu »personifizieren«, stellt sich ihr Einkommen, der Profit, als ein vom Lohn gänzlich unterschiedenes, ihm entgegengesetztes Einkommen dar, als Einkommen, das auf dem bloßen Besitz und der an ihn geknüpften Verfügungsgewalt über fremde Arbeit beruht.

Der hier kurz umrissene Prozeß der Transformation der Kapitalistenklasse, ihrer Entwicklung zu einer durch die Konkurrenz, durch das Gegeneinander der Interessen vermittelten homogenen Klasse bezeichnet gewissermaßen die objektiven Vorgaben, innerhalb deren die Ausbildung des modernen Proletariats erfolgte. Denn die »Entwicklung des industriellen Proletariats ist überhaupt bedingt durch die Entwicklung der industriellen Bourgeoisie. [...] Ihre Herrschaft reißt erst die materiellen Wurzeln der feudalen Gesellschaft aus und ebnet das Terrain, worauf allein eine proletarische Revolution möglich ist.«⁶⁶ Die Beseitigung dieser »materiellen Wurzeln der feudalen Gesellschaft« bedeutet jedoch nicht als solche schon die Aufhebung der feudalen Ketten im Überbau. Diese erfolgt vielmehr, trotz ihrer Bindung an die objektiven Transformationsprozesse im Kapitalismus, mit einer gewissen Verzögerung — das Bewußtsein der Arbeiter schaltet nicht sofort und unmittelbar auf die neu entstandene soziale Situation, auf das kapitalistische Produktionsverhältnis um, sondern bewahrt für längere Zeit noch feudal-kleinbürgerliche Relikte.

Deren allmähliches Zurücktreten ist zunächst Konsequenz der Aufhebung des von den frühen Industriellen — vorab in Deutschland — anfänglich gern praktizierten Patriarchalismus, der, indem er die Lohnabhängigkeit mit dem Schleier der persönlichen Abhängigkeit belegte und Vertragsbeziehungen auf Zeit nach dem Muster lebenslänglicher Familienbeziehungen interpretierte, das kapitalistische Produktionsverhältnis im Bewußtsein der Lohnabhängigen zu überdecken half. Die Substituierung des anfänglichen Gesellenbewußtseins durch ein Arbeiterbewußtsein ist nicht zuletzt Resultat der Beseitigung des von den Unternehmern selbst vorgegebenen Patriarchalismus, die ihrerseits der Ersetzung der Kleinproduktion durch die Großproduktion als gesamtgesellschaftlich herr-

⁶⁵ Kapital III, S. 527.

⁶⁶ Karl Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, a.a.O., S. 135.

schende Produktionsform⁶⁷ sowie dem allmählichen Rückzug des Kapitalisten aus der Produktion folgt.⁶⁸

Bereits die erste kapitalistische Betriebsform, die Manufaktur,

⁶⁷ Der Akzent liegt hier auf ›gesamtgesellschaftlich‹, denn häufig institutionalisierten auch kapitalistische Großunternehmen in der Phase der frühen Industrialisierung diesen Patriarchalismus. Sie griffen damit auf Gewohnheiten zurück, die sich in der handwerklich orientierten Kleinproduktion ausgebildet hatten. Diese Aktualisierung von Traditionen aber wurde vermutlich nur dadurch ermöglicht, daß die gesamtgesellschaftliche Produktionsstruktur in breiten Sektoren auch weiterhin von der Kleinproduktion beherrscht blieb.

⁶⁸ Die höchstpersönliche Mitarbeit des Unternehmers im Betrieb mit ihrer Konsequenz, dem ›liberalen Patriarchalismus‹, wird von Kocka (Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914, Stuttgart 1969) an der Geschichte der Telegraphenbauanstalt Siemens & Halske in der als ›Frühindustrialisierung‹ bezeichneten Phase (1847–67) geschildert. Zugleich wird an der Geschichte dieses Unternehmens der Prozeß vom ›Handwerker-Kapitalisten‹ zur Trennung von Oberaufsicht und Handarbeit sowie zur Entbindung von dieser Oberaufsicht durch den ›Manager‹ deutlich. Während Werner Siemens die wirtschaftlichen Außenbeziehungen der Firma versah, lag die Leitung der inneren Angelegenheiten der Werkstatt im wesentlichen bei Halske. Der »kapitalistische Geist«, die Unternehmerfunktion und die organisatorische Oberleitung wurden von Siemens, weit mehr als von Halske, verkörpert, der nach Aussage des Bruders von Siemens ohne diesen »ein Handwerker und shopkeeper« geblieben wäre. »Halske spielte in den ersten Jahren nach der Gründung unter den Mechanikern der Werkstatt die Rolle des primus inter pares. Er legte selbst mit Hand an, organisierte und leitete in direkter Kooperation. Als gelernter Mechaniker konnte er den Arbeitern eigenhändig zeigen, was sie tun sollten« (S. 76 f). Halske, der sich mit der Vergrößerung des Betriebes immer mehr in seine eigene kleine Werkstatt, ins Labor, zurückzog und nach der Aussage von Siemens eine Mentalität entwickelte, die, mehr als ihm lieb war, auf die eines »ruhigen Rentiers« hinsteuerte, trat die Leitung der gesamten Werkstatt zunehmend an einen nicht fachkundigen Freund von Siemens, einen ehemaligen Artillerieoffizier (!) ab.

Trotz seiner durch und durch kapitalistischen, unternehmerischen Haltung betrieb W. Siemens eine patriarchalische Personalpolitik, ja er führte sein unternehmerisches Interesse – neben der beanspruchten »humanen Weltanschauung« – geradezu für die Verfolgung einer Personalpolitik nach dem Vorbild einer hausväterlichen Familienfürsorge an: »Wichtig erscheint es mir aber, dort durch persönlichen Verkehr mit den Leuten, durch teilnehmendes Eingehen in ihre kleinen Wünsche und Bedürfnisse, durch Aufrechterhaltung ihrer Hoffnungen auf die Zukunft einen guten Geist unter den uns treugebliebenen Leuten zu erhalten, resp. zu erwecken [. . .] Wenn die Leute nicht immer per *wir* in Geschäftsangelegenheiten sprechen, nicht Gelegenheit haben, sich bei Ehren und Sorgen des Geschäftes beteiligt zu fühlen, so kann man kein treues Festhalten, auch in trüberen Zeiten, verlangen und erwarten. Meine Praxis, stets mit allen tüchtigen Leuten im Privatverkehr umzugehen, als wären sie ganz meinesgleichen, und geschäftliche Angelegenheiten, die sie angehen, so mit ihnen zu besprechen, als wären es ihre Sachen so gut wie die meinigen – eine Praxis, die mir übrigens natürlich, daher auch weiter kein Verdienst ist – hat sich stets als zweckmäßig erwiesen. Einige Male lade ich jährlich Werkführer und Bürobeamte ein usw. Das erweckt persönliches Attachement, welches manches erleichtert. Strenge verträgt sich damit sehr wohl« (S. 80). Noch stärker patriarchalisch gefärbt war die Personalpolitik eines Krupp oder Stumm, die »die Arbeiter in ihrem Privatleben erziehend, fürsorgend und beherrschend zu gängeln« versuchten (S. 81).

beginnt mit der räumlichen Zusammenfassung von Arbeitskräften. Und mit der Industrialisierung vollendet sich der Übergang zur Großproduktion, die nicht nur eine für den selbständigen Handwerker verhängnisvolle Entwertung seiner Arbeitskraft mit sich brachte, sondern auch die ersten Bedingungen für die organisatorische Zusammenfassung der Arbeiterklasse setzte, welche die handwerkliche Produktionsweise aufgrund ihrer Zersplitterung kaum zuließ. Die von der kapitalistischen Produktionsweise selbst geforderte Agglomeration von Arbeitermassen in ein und demselben Unternehmen also schafft die Voraussetzungen für ihre Assoziation⁶⁹, mag diese zunächst auch nur ökonomische (»trade-unionistische«) Ziele verfolgen. »Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes — *Koalition*. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können.«⁷⁰ Das Verhältnis von Kapitalist und Lohnarbeitern ist damit erstmalig »entpersönlicht«. Konflikte erscheinen zunehmend als das, was sie sind, als die zwischen Kapital und Arbeit, die sich nicht aus den individuellen Eigenschaften der Beteiligten, aus dem persönlichen Herrschaftswillen oder der persönlichen Profitgier etwa, herleiten lassen und daher auf der Ebene der privaten Arran-

⁶⁹ Was hier im historischen Längsschnitt dargestellt wird, läßt sich ebenso am Querschnitt der gegenwärtigen Gesellschaft zeigen. Selbst unter hochentwickelten kapitalistischen Verhältnissen ist der Zusammenhang von räumlicher Agglomeration der Arbeiter und Organisationsgrad evident. Die hohe Korrelation zwischen der Größe eines Betriebs und der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist hierfür Indiz. Im Metallhandwerk waren 1963 7,2 % (effektiver Organisationsgrad: ca. 12 %) der Arbeiter Gewerkschaftsmitglied, in der Metallindustrie dagegen 43,1 % (effektiver Organisationsgrad: ca. 44 %). Im Jahre 1968 waren nach den Zählungen der IG Metall in Betrieben zwischen 50 und 99 Beschäftigten 33 %, in den mit mehr als 5000 Beschäftigten 54 % der Arbeiter organisiert. Ebenso aufschlußreich ist das Verhältnis von Betriebsgröße und Existenz von Betriebsräten, die ja einerseits Indikator für den Grad der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter ist, wie sie umgekehrt auf ihre Höhe zurückwirken dürfte. So bestanden 1963 in 100 % der Großbetriebe (mehr als 1000 Beschäftigte) der Metallindustrie Betriebsräte, während die Betriebe mit 500 bis 999 Beschäftigten nur zu 88,1 %, die mit 100 bis 499 Beschäftigten zu 68,7 %, die mit unter 100 Beschäftigten schließlich nur zu 12,4 % Betriebsräte gewählt hatten. »Deutlicher kann die Konzentration der IG Metall auf die Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten und dann in steigendem Maße auf die Mittelbetriebe, großen Mittelbetriebe und vor allem auf die Großbetriebe nicht gemacht werden« (Claus Noé, *Gebändigter Klassenkampf. Tarifaufonomie in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1970, S. 90).

⁷⁰ Marx, *Das Elend der Philosophie*, a.a.O., S. 190.

gements auch nicht mehr beizulegen sind; sie sind Manifestationen eines »nationalökonomischen Verhältnisses«. ⁷¹

Die Assoziationen der Arbeiter haben indessen ihre Geschichte. Sie reicht von spontanen Zusammenschlüssen auf betrieblicher Ebene bis zu den ständigen, bürokratischen Gewerkschaftsapparaten unserer Tage. Diese Entwicklung wiederum ergibt sich ebenso in erster Linie aus den beschriebenen Transformationen der Arbeitskraft. So hatte die Manufaktur das kapitalistische Produktionsverhältnis zwar endgültig eingeführt und die Agglomeration der Arbeiter zum herrschenden Produktionsprinzip erhoben; am handwerklichen Charakter der Arbeit hielt sie jedoch fest. Damit waren nicht nur die Austauschbarkeit des Manufakturkapitals und der Arbeitskraft, sondern auch die Assoziationen der Arbeiter eingeschränkt: Sie blieben fast ausschließlich an den Betrieb fixiert. In der Manufaktur, die die Struktur des Kapitalismus im 19. Jahrhundert noch weitgehend prägt, überwiegt daher »für die Arbeiter wie auch für die Kapitalisten noch das aus dem Zunft-handwerk herrührende Moment der Besonderheit vor dem der Universalisierung des Tauschverhältnisses. Ebensowenig wie die Kapitalisten durch das Medium einer allgemeinen Profitrate miteinander verknüpft sind, werden die Arbeiter von allgemeinen Lebensbedingungen und Klasseninteressen zur Gesamtklasse formiert. Eine solche bilden sie nur, da sie alleamt gleichermaßen im identischen Klassenverhältnis mehrwertproduktiver Lohnarbeit stehen; aber diese Gesamtklasse bildet noch keine durch Universalisierung abstrakter Arbeit hergestellte Totalität. An die Stelle einer Vielzahl ständischer Zwangskorporationen tritt in der Manufakturperiode eine Pluralität von »besonderen Klassen«, die durch persönliche Fach- und Funktionsbindung der Lohnarbeiter gegeneinander abgegrenzt sind. [...] Die Auseinandersetzung mit dem Kapital begrenzte sich für die Manufakturlohnarbeiter auf den betrieblichen Bereich. Der Entwertung ihrer Arbeitskraft durch die industrielle Revolution vermochten sie nur durch die lokalen Maschinenstürmerrevolten Widerstand entgegenzusetzen.« ⁷²

Die Transzendierung des Gesellenbewußtseins und seiner spe-

⁷¹ Auch dies läßt sich wiederum in der Querschnittsbetrachtung, im Vergleich der gegenwärtigen Verhältnisse in Klein- und Großbetrieben, nachweisen. So stellt die (relativ rezente) RKW-Studie fest: »Im Kleinbetrieb ist er (der Arbeitnehmer — A. L.-F.) dagegen eher dem guten Willen des Chefs ausgeliefert, dessen unternehmerische Fähigkeiten auch die Sicherheit des Arbeitsplatzes garantieren müssen.« »Zerwürfnisse und Streit mit Kollegen und Vorgesetzten können hier in den meisten Fällen nur von seiten der beteiligten Arbeitnehmer durch einen Wechsel des Betriebes gelöst werden« (Heinz Dederling u. a., Die Mobilität der Arbeitnehmer bei Betriebsstillegungen, Teil A: Theoretische Grundlagen — RKW-Projekt A 56 —, Frankfurt 1970, S. 50 u. 51).

⁷² Mauke, a.a.O., S. 115.

zifisch ›kleinbürgerlichen‹ Elemente folgte der Transformation des Kapitalismus und der in seinen einzelnen Phasen durchschnittlich erforderten Struktur der Arbeitskraft. Entsprach die Fixierung an den einzelnen Betrieb dem Vorherrschen des handwerklichen Produktionstypus in der Manufaktur, so leiteten die Durchsetzung der industriellen Produktionsweise, der Zwang zur Mobilität der Arbeitskräfte und die damit verbundene Homogenisierung der Einzelarbeiten den Übergang der Arbeiterbewegung zu überbetrieblichen Zusammenschlüssen ein, die die Atomisierung der Arbeiterklasse verringerten. Das gegenwärtige Industrie-Gewerkschaftsprinzip trägt der veränderten sozialen Situation des Proletariats Rechnung, die vom einzelnen Betrieb wie vom einzelnen Unternehmer unabhängiger und daher zunehmend eine ›gemeinsame‹ wird. Doch blieb der Kampf der Arbeiter-Assoziationen bisher im wesentlichen auf den ›trade-unionistischen‹ Typus beschränkt, und »überall da, wo die Arbeiterbewegung [. . .] nur für lohnpolitische Ziele gekämpft hat, trug sie schließlich selbst zur Verstärkung des kapitalistischen Systems bei. Wenn der Kampf um die Lohnforderungen sich nicht im Rahmen einer politischen Strategie bewegt, bedeutet er einfach nur eine Umverteilung des Volkseinkommens und hält sich *innerhalb* der kapitalistischen Logik.«⁷³ Insofern reichen auch die durchgängige Agglomeration der Arbeiterklasse und die ihr entsprechende überbetriebliche Organisation zur *politischen* Emanzipation keineswegs aus. An die offizielle Zulassung der Gewerkschaften wurde das Verdikt über politische Streiks gebunden, an die Gliederung nach Produktionszweigen das Verbot von Solidaritätsstreiks, die die Grenzen zwischen den einzelnen Industriezweigen überschreiten.

3. Der Zusammenhang von Kleinbürgertum und Proletariat im Antikapitalismus der Frühzeit

»Die sozialistische Bewegung des 19. Jahrhunderts ist von so großer soziologischer Bedeutung, weil sie nicht einfach eine Klassenspaltung widerspiegelt, sondern sie wesentlich mit schafft. Indem sie sich als Avantgarde des Proletariats versteht, hilft sie, einen einheitlichen Arbeiterstand aus der Taufe zu heben. Sie selbst ist mit ihm aber nie identisch, sondern bildet eine Gruppe von Revolutionären (und Sozialreformern), die aus sehr verschiedenen Bevölkerungsschichten stammen [. . .] Diese soziale und ideelle Buntscheckigkeit der sozialisti-

⁷³ André Gorz, *Der schwierige Sozialismus*, Frankfurt 1968, S. 19.

schen Bewegung ist im letzten Drittel des Jahrhunderts durch die Vorherrschaft des marxistischen Industriearbeiters verdeckt worden; in der Frühzeit liegt sie aber offen zutage, und an der Geschichte der Handwerkerbildungsvereine der dreißiger und vierziger Jahre läßt sich zeigen, wie Ideologien sozial heterogene Elemente einen und einen sozial einheitlichen Stand aufspalten.«⁷⁴ Die »soziale und ideologische Buntscheckigkeit«, von der Stadelmann und Fischer sprechen, ist nichts anderes als das Amalgam kleinbürgerlicher und proletarischer Tendenzen in der Frühphase des Kapitalismus, in der eine noch relativ unausgebildete Industrie den handwerklichen Kleinbetrieb noch nicht aufgelöst, sich ihm noch nicht wirksam entgegengestellt hatte, sondern nur neben ihm und der — das Bild weithin beherrschenden — Hausindustrie bestand. Angesichts der noch weitgehend manufakturrellen Arbeitsweise in der Industrie, des begrenzten Umfangs der Unternehmen, ihrer räumlichen und ökonomischen Zersplitterung unterschied sich hier der Status eines industriellen Lohnarbeiters noch nicht wesentlich von dem eines handwerklichen Gesellen, dem eine verknöcherte Zunftordnung den Aufstieg zum Meister verstellte. Beide fielen unter ein und denselben Begriff: den des ›Arbeiters‹, wobei das Kriterium der manuellen Tätigkeit gegenüber dem der sozio-ökonomischen Situation noch gänzlich überwog.

Der Undifferenziertheit dieses Begriffs entsprach die Struktur der frühen Arbeiterbewegung, die sich in Deutschland in den beiden Jahrzehnten vor der Revolution von 1848 ausbildete: »Die Handwerksgesellen in den Auslandsvereinen bezeichneten sich nicht mehr durchweg nur als ›Handwerker‹. Sie verstanden sich auch als ›Arbeiter‹. [...] Das Wort ›Arbeiter‹ wurde von ihnen in vielen Fällen ganz unbefangen als Synonym für ›Handwerker‹ benutzt. Die gehäufte Verwendung des Wortes ist jedoch als solche schon bezeichnend. Sie ist ein Bewußtseinspsychologisches Indiz für den Beginn einer neuen sozialen Bewegung, eben der ›Arbeiterbewegung‹. [...] War [...] von den deutschen Handwerkern überhaupt die Rede, so rückten sie im Bewußtsein der wandernden Gesellen und der mit diesen verbundenen Intellektuellen in eine Reihe mit Fabrikarbeitern und gelegentlich auch mit Bauern. Ihr aller Schicksal wurde als gemeinsames empfunden, und diese Gemeinsamkeit fand Ausdruck in dem umfassenden Begriff des ›Arbeiters‹.«⁷⁵ Wenn dieser Begriff sich ›im letzten Drittel

⁷⁴ Rudolf Stadelmann und Wolfram Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800. Studien zur Soziologie des Kleinbürgers im Zeitalter Goethes, Berlin 1955, S. 56.

⁷⁵ Wolfgang Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, S. 83.

des Jahrhunderts« auf den des ›Industriearbeiters‹ verengte, so wurde damit die frühere ›soziale und ideelle Buntscheckigkeit‹ nicht so sehr, wie Stadelmann und Fischer es ausdrücken, ›verdeckt‹ als vielmehr zerbrochen: Die Effekte der Polarisierung haben den Zusammenhang von kleinbürgerlicher und proletarischer Bewegung, die soziale Grundlage der ›ideellen Buntscheckigkeit‹, aufgehoben.

Für das Proletariat war diese Sezession notwendig, sofern seine Bewegung die Form jenes uneigentlichen, ›ungleichzeitigen‹ Widerspruchs verlassen sollte, der den spezifischen Antikapitalismus des Kleinbürgertums ausmacht. Dennoch war diese Sezession nicht mit der ökonomischen Entstehung des modernen Industrieproletariats automatisch gesetzt, sondern erforderte einen historischen Prozeß, einen ›Lernprozeß‹ (Vester), in dem das Proletariat sich als vom Kleinbürgertum gänzlich unterschiedene Klasse erst konstituierte. In ihren Anfängen hingegen blieb die proletarische Bewegung in die des Kleinbürgertums eingebettet: Die »proletarische Partei erscheint« — und zwar nicht nur in der französischen Revolution von 1848, für die Marx diese Diagnose traf, sondern auch und vor allem in der deutschen — »als Anhang der kleinbürgerlich-demokratischen«⁷⁶.

Nicht nur nach ihrer *ideologischen* Seite war die plebejische Bewegung der deutschen Revolution von 1848 durch die von Stadelmann beschworene ›Buntscheckigkeit‹ geprägt, durch das kaum entflechtbare Gewirr von zünftlerischen, liberalen und sozialistischen Vorstellungen. Auch ihre Führer repräsentierten ihrer *sozialen* Herkunft nach keineswegs einen eindeutig proletarischen Standpunkt; vielmehr überwiegt hier das kleinbürgerliche Element: Zumeist waren sie nicht Industriearbeiter, sondern gelernte, fachlich spezialisierte Handwerker. Exemplarisch sowohl für den anfänglichen Zusammenhang wie für die spätere Disjunktion von kleinbürgerlicher und proletarischer Bewegung ist hier etwa die Person Stephan Borns, der sich, als gelernter Schriftsetzer, zunächst in Handwerkerbildungsvereinen betätigte, in denen er eine ›Bildungsstätte für heranwachsende Revolutionäre‹ sah, danach, in Brüssel und Paris, aktives Mitglied des ›Bundes der Kommunisten‹ war und schließlich von Berlin aus, wo er eine ›Arbeiterverbrüderung‹ ins Leben gerufen hatte, zu einem der bedeutendsten Führer der deutschen Revolution wurde. 1850 wurde Born aus dem Bund der Kommunisten ausgeschlossen, und er zog sich aus der Arbeiterbewegung zurück.

Die Gründe, die zu seinem Ausschluß führten, werfen Licht auf den diffusen Charakter jener Bewegung; er entsprang der

⁷⁶ Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 246.

Ungeschiedenheit proletarischer und kleinbürgerlicher Vorstellungen, welche die Anfänge der Arbeiterbewegung überall kennzeichnet, für ihre Zukunft jedoch untragbar war. Born »verbrüdete« sich mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi, um nur einen Haufen zusammenzubekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen konnte. In den amtlichen Veröffentlichungen des Vereins laufen daher auch die im »Kommunistischen Manifest« vertretenen Ansichten kunterbunt durcheinander mit Zunft-erinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei usw., kurz, man wollte allen alles sein. Speziell wurden Streiks, Gewerksgenossenschaften, Produktivgenossenschaften ins Werk gesetzt und vergessen, daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge auf die Dauer durchführbar waren.«⁷⁷

Der ideologische Wirrwarr, der überlebte Zunftvorstellungen mit neuaufgelegten Anachronismen Proudhonscher Prägung zusammenschweißte und daneben Elemente der fortgeschrittensten Artikulation sozialistischer Programmatik aufgriff, war demnach nur der »theoretische« Ausdruck der Heterogenität in der sozialen Zusammensetzung jener Bewegung. In deren Namen allerdings kündigt sich das Überwiegen des spezifisch kleinbürgerlichen Elements bereits an: Als »Verbrüderung« umfaßte sie nicht etwa vorwiegend Proletarier, sondern einen »Haufen« oppositioneller Kräfte, unangesehen ihrer sozialen Herkunft und damit des besonderen Charakters ihrer Opposition. Wo die Programmatik überhaupt ökonomische Gestalt annahm, wie etwa bei den zu schaffenden »Produktivgenossenschaften« usw., erwies sich die Bewegung im wesentlichen als Schutz- und Trutzbündnis zugunsten des Kleinbürgertums oder sonstiger, vom Kapitalismus »geschädigter« Gruppen.

Ob derartige Programme allein auf die Beibehaltung bzw. Rettung der kleinbürgerlichen Produktionsweise zielten oder aber in Einzelheiten darüber hinausgingen, ist indessen weniger bedeutsam als der Zwang zur *unmittelbaren* Verwirklichung, mit dem sie ausgestattet waren: Nicht die Abwehr des Kapitalismus allein macht den »kleinbürgerlichen« Charakter derartiger Bewegungen aus; hinzu tritt die Konstruktion von Gegenmodellen, die unter Überspringung der gesamtgesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen vor dem Zugriff des Kapitalismus schützen sollen. Stets wechselnde »Entwürfe«, die kurzfristige Perspektive, Aktionismus, theorieferne und

⁷⁷ Friedrich Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften II, a.a.O., S. 322 f.

daher blinde Praxis sind ebenso sehr Ausdruck der Heterogenität der sozialen Basis dieser Bewegungen wie umgekehrt diese Heterogenität jegliche Praxis zum Scheitern verurteilt: Als es Born und den übrigen Führern der ›Verbrüderung‹ schließlich darum ging, in den Revolutionskampf einzutreten, »wurden sie von der verworrenen Masse, die sie um sich gruppiert, selbstredend im Stich gelassen«⁷⁸.

Eine aus Bruchstücken höchst verschiedenartiger theoretischer Provenienz zusammengewürfelte Ideologie, inkohärente Entwürfe einer besseren Wirklichkeit, bei denen der Wille zur unmittelbaren Realisierung die Frage nach den gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen sistiert, die über ihre Realisierbarkeit doch erst entscheiden könnten, eine konfuse und a priori zum Scheitern verdamnte Praxis also sind die Merkmale der auf der Allianz von kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen beruhenden antikapitalistischen Bewegungen der Frühzeit. Es wäre indessen falsch, hier nur Insuffizienzen zu sehen und diese überdies dem mangelnden Organisationstalent irgendwelcher Führer zuzuschreiben. Die angedeuteten Mängel jener plebejischen Bewegungen sind lediglich Ausdruck einer in dieser Phase der kapitalistischen Entwicklung real noch unaufgehellten Klassenscheidung. Das Industrieproletariat besaß zu diesem Zeitpunkt weder die zahlenmäßige Stärke noch eine ausgebildete Theorie, die zu einer ›sozialistischen‹ Opposition erforderlich sind. Es blieb daher eingebettet in die ›radikale Demokratie‹ des Kleinbürgertums, welche die von der kapitalistischen Entwicklung niedergetretenen, ihr gegenüber dysfunktionalen Gehalte der bürgerlichen Revolution, insbesondere die von Gleichheit und Brüderlichkeit, repräsentierte und sie in Form von ›Utopien‹ artikuliert, die einer früheren Produktionsstufe entlehnt, in diesem Sinne in der Tat ›anachronistisch‹ waren.

Daher die von Engels gebrandmarkten ›Zunfterinnerungen und Zunftwünsche‹. Der ›Bund der Kommunisten‹, der Born und andere mit dem Ausschluß bedachte, baute indessen, bevor er 1847, mit dem Beitritt von Marx und Engels, diesen Namen annahm, seinerseits auf Organisationen auf, die der kleinbürgerlich-demokratischen und utopisch-sozialistischen Tradition entsprachen. Bevor die Devise ›Alle Menschen sind Brüder‹ durch den Aufruf an die ›Proletarier aller Länder‹ ersetzt wurde, trug die Organisation den Namen ›Bund der Gerechten‹; sie selbst wiederum war ein Abkömmling des 1834 von aus Deutschland emigrierten Handwerkern in Paris begründeten ›Bundes der Geächteten‹, seine Fortsetzung auf sozial bereits verengter, vergleichsweise ›proletarischer‹ Basis.

⁷⁸ Ebd., S. 323.

Doch hatte die Doktrin des Bundes der Gerechten, »so unbestimmt sie war«, Engels zufolge einen Fehler, der »in den Verhältnissen selbst«, d. h. in der sozialen Zusammensetzung des Bundes, gelegen war: »Die Mitglieder, soweit sie überhaupt Arbeiter, waren fast ausschließlich eigentliche Handwerker.«⁷⁹ Der soziale Gegensatz, der diese Bewegung hervorrief, trug noch nicht die »moderne« Form — denn die Ausbeutung wurde nicht durch einen »Kapitalisten«, sondern durch einen »kleinen Meister« repräsentiert — und konnte sich auch nur gebrochen äußern, wenn nämlich die Ausgebeuteten ihrerseits noch die Hoffnung hegten, »schließlich selbst kleine Meister zu werden«. Wenn die Bewegung zu einer »ökonomischen« Kritik der Verhältnisse nicht vordrang, sondern diese unter den *moralischen* Begriffen von Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit in Frage stellte und verurteilte, so war dies doch nur der Reflex eben jener ökonomischen Verhältnisse: Ihre Träger waren »noch nicht einmal vollgültige Proletarier [. . .], sondern nur ein im Übergang ins moderne Proletariat begriffener Anhang des Kleinbürgertums, der noch nicht in direktem Gegensatz gegen die Bourgeoisie, d. h. das große Kapital, stand«. ⁸⁰

Der Übergang vom »Bund der Gerechten« zum »Bund der Kommunisten« ist der praktisch-organisatorische Ausdruck der von Engels bezeichneten »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«. Der »utopische Sozialismus«, die Doktrin, auf der die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen fußte, war gleichwohl keineswegs ein »Irrtum«, sondern die adäquate, und zwar bereits »sozialistische« Antwort auf nur undeutlich entwickelte kapitalistische Herrschaft: »Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage, entsprachen unreife Theorien.«⁸¹ Diese »Unreife« der Klassenlage erweist sich aber nicht zuletzt daran, daß Kleinbürgertum und Proletariat noch nicht eigentlich geschieden waren, sondern die große Masse derer ausmachten, die entweder bereits gänzlich besitzlos waren oder aber um ihren Besitz mit der Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise zunehmend betrogen wurden: Die nach der bürgerlichen Revolution »zur Wahrheit gewordne »Freiheit des Eigentums« von feudalen Fesseln stellte sich heraus für den Kleinbürger und Kleinbauern als die Freiheit, dies von der übermächtigen Konkurrenz des Großkapitals und des Großgrundbesitzes erdrückte kleine Eigentum an eben diese großen Herren zu verkaufen und so für den Kleinbürger und Kleinbauern sich zu

⁷⁹ Ebd., S. 314.

⁸⁰ Ebd., S. 315.

⁸¹ Engels, Die Entwicklung des Sozialismus, a.a.O., S. 107.

verwandeln in die Freiheit vom Eigentum«⁸². Und doch war es zugleich die Masse, welche die bürgerliche Revolution getragen, ihr und damit der ›Freiheit des Eigentums‹ überhaupt erst zur Durchsetzung verholfen hatte. Daß in der Folgezeit dieses Eigentum, als kapitalistisches, alles andere Eigentum verdrängen und aufheben sollte, war nicht vorgesehen; insofern erschien die einsetzende kapitalistische Entwicklung zunächst als Betrug und Verrat an den Idealen der bürgerlichen Revolution selbst. Die von dieser Revolution Enttäuschten waren demgemäß die ersten Träger der plebejischen Bewegung, die auf die gerade erst etablierten kapitalistischen Verhältnisse zunächst nicht anders als in Form eines *moralischen Protests* reagierten. »Es fehlten nur noch die Leute, die diese Enttäuschung konstatierten, und diese kamen mit der Wende des Jahrhunderts.«⁸³

Die Gesellschaftstheorien des utopischen Sozialismus, vorab die Saint-Simons, kritisierten daher die zeitgenössische, kapitalistisch werdende Gesellschaft unter eben den Kategorien, die zur Verurteilung des Ancien Régime geführt hatten.⁸⁴ Die Revolution hatte einfach nicht erreicht, was sie hätte erreichen sollen, denn nicht nur hatte der Adel seinen Platz wieder einnehmen dürfen⁸⁵, sondern die Gesellschaft insgesamt zerfiel in den Augen der utopischen Sozialisten wiederum in Besitzende, die nicht arbeiteten, und Arbeiter, die nichts besaßen. Dem unreifen Stand der Klassenscheidung entsprach so eine ›Klassentheorie‹, welche die ›modernen‹, gerade erst in Ausbildung begriffenen Gegensätze noch nicht kennt, sondern die entscheidende Trennungslinie zwischen den sogenannten ›Müßigen‹ (les ›oisifs‹, ›paresseux‹, ›fainéants‹) und den ›Arbeitern‹ zieht, wobei unter die ›Arbeiter‹ grundsätzlich all jene fallen, die

⁸² Ebd., S. 106.

⁸³ Ebd., S. 107.

⁸⁴ Auf die Formen dieser Kritik hier einzugehen ist nicht allein zur Charakterisierung der Doktrinen jener Frühphase der Arbeiterbewegung notwendig, in der Kleinbürgertum und Proletariat Seite an Seite kämpften und noch demselben Begriff des ›Arbeiters‹ subsumiert waren. Die wesentlichen Inhalte dieser Kritik wie deren allgemeine Bindung an die Verurteilung vorkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse haben sich im Kleinbürgertum auch nach seiner historischen Sezession vom Proletariat erhalten. Sie prägen nicht nur den sog. kleinbürgerlichen Sozialismus, sondern bilden z. T. noch im 20. Jahrhundert, bis in die Ideologie des Faschismus, Elemente des antikapitalistischen ›kleinbürgerlichen Bewußtseins‹.

⁸⁵ Daß dies auch in der sog. Restaurationszeit keine Rückkehr zur alten (feudalen) Produktionsweise bedeutete, der Adel also keineswegs seine frühere ökonomische und soziale Stellung, sondern einzig eine erhebliche politische Repräsentanz zurückerobern konnte, war den Theoretikern dieser Epoche gerade aufgrund ihrer kognitiven Fixierung an die Verhältnisse des Ancien Régime, in denen der ökonomische Status des einzelnen in der Tat durch die politische Verfassung noch wesentlich bestimmt war, undurchschaubar.

überhaupt etwas ›tun‹, um ihr Leben zu reproduzieren, also nicht nur das eben im Entstehen begriffene Industrieproletariat samt dem Kleinbürgertum, sondern selbst noch die kapitalistischen Unternehmer.⁸⁶

Aus dieser der ›unreifen Klassenlage‹ entsprechenden ›unreifen‹ Gesellschaftstheorie ergeben sich die Spezifika des ›utopischen‹ Sozialismus und seine Differenz zum ›wissenschaftlichen‹. »Allen dreien« — nämlich Saint-Simon, Fourier und Owen — »ist gemeinsam, daß sie nicht als Vertreter der Interessen des inzwischen historisch erzeugten Proletariats auftreten. Wie die Aufklärer, wollen sie nicht zunächst eine bestimmte Klasse, sondern sogleich die ganze Menschheit befreien.« Diese ›Befreiung‹ ist eine Sache der richtigen Einsicht, und wenn sie noch nicht realisiert wurde, so nur deshalb, weil bisher »eben der geniale einzelne Mann (fehlte), der jetzt aufgetreten und der die Wahrheit erkannt hat«.⁸⁷ Sowenig aber die Vertreter des utopischen Sozialismus ihre eigenen Entwürfe als die theoretische Artikulation einer bestimmten Klasse und ihrer durch den historischen Prozeß determinierten Interessen begreifen, sowenig verfügen sie überhaupt über eine ökonomische Theorie im strikten Sinne: Der Begriff des Kapitalismus als einer spezifischen, vom Feudalismus unterschiedenen Produktionsweise fehlt vollständig.

Zwar werden die Folgen dieser Produktionsweise wahrgenommen und der Kritik unterzogen; diese Kritik aber bedient sich nicht ökonomischer, sondern moralischer Kriterien. Prinzipiell ›verwerflich‹ ist danach die Existenz arbeitslosen Einkommens. Sowenig dabei zweifelhaft bleibt, daß dieses nur durch die Arbeit der anderen, der arbeitenden Klassen ermöglicht wird — welche die ›Drohnen‹, die herrschenden Parasiten, zwangsweise ernähren⁸⁸ —, sowenig ist man sich auf der anderen

⁸⁶ Was hier als theoretische Konfusion erscheint, die Zusammenfassung von Kapitalisten und Proletariat unter derselben ›Klasse‹, sollte auf dem Hintergrund des vorigen Kapitels als *historisch notwendiger* Irrtum durchsichtig werden. Die Unternehmerfigur, die Saint-Simon im Auge hat, ist zwar nicht mehr der ›kleine Meister‹, der selbst Hand anlegt, aber sie ist ebensowenig der bloße ›Nichtarbeiter‹, der erst den Begriff des ›Kapitalisten‹ im Marxschen Sinn voll erfüllt. Wäre er dies, so müßte er, der Theorie Saint-Simons zufolge, fraglos in die andere ›Klasse‹, die der ›Müßigen‹, fallen. Aber der Unternehmer im Sinne Saint-Simons hat — wie es den objektiven Bedingungen der Zeit entsprach — noch eine durchaus nützliche, ›produktive‹ Funktion: die der Organisation des Arbeitsprozesses und des technischen Fortschritts. Das Rätsel, daß Saint-Simon als ›Sozialist‹ zu bezeichnen ist, während er dem Arbeiter prinzipiell Gehorsam gegenüber dem Unternehmer anempfiehlt, löst sich nur auf diesem historischen Hintergrund.

⁸⁷ Engels, Die Entwicklung des Sozialismus, a.a.O., S. 105.

⁸⁸ Insbesondere in seiner Gesellschaftstheorie erweist sich der utopische Sozialismus als Verlängerung der Tradition der Französischen Revolution. Diese hatte sich ja an eben diesen Verhältnissen entzündet. Liest man die frühen Pamphlete, etwa die Abhandlung von Sieyès über den Dritten

Seite über die ökonomische Entstehung und Beschaffenheit jenes Mehrprodukts im klaren, das von den Müßigen widerrechtlich verzehrt wird. Das arbeitslose Einkommen, gleich welcher Art, wird nämlich stets noch nach dem Muster der feudalen Grundrente interpretiert, als ›Privileg‹, das aus einer verwerflichen *politischen* Organisation der Gesellschaft resultiert.

Der Gegensatz von arm und reich mußte sich so lange als moralisches Problem darstellen, wie die sozialen Folgen des Kapitalismus als Konsequenz einer ›ungerechten‹ Verteilung erschienen und die Wurzel des neuen ›arbeitslosen Einkommens‹, des Profits, unerkannt blieb. Daß sie in der — normalerweise durchaus auf einem ›gerechten‹ Tausch basierenden — Produktion von Mehrwert gelegen sei, war die theoretische Erkenntnis, die den utopischen Sozialismus in den wissenschaftlichen überführte. Die historisch bedingte Insuffizienz der ökonomischen Theorie, der Theorie des gerade erst entstandenen Kapitalismus und seiner Funktionsweise, hatte die Kritik zwangsläufig auf der Stufe des moralischen Protests festgehalten, den Sozialismus zu einer Sache der intellektuellen ›Einsicht‹ gemacht, zu einer Erfindung einzelner, die demgemäß auch unmittelbar, d. h. ohne grundsätzliche gesellschaftliche Umwälzungen, in die Tat umzusetzen sei. Daher die Rolle der Modelle einer besseren Gesellschaft, die — wie etwa die ›Phalanstères‹ Fouriers — keineswegs nur Veränderungen im ökonomischen Bereich, sondern in *allen* Lebensbedingungen vorsahen, die die Probleme der Frauenemanzipation, der Ehe, der Kindererziehung, ja selbst eine ausgebildete ästhetische Theorie gleichrangig neben die eigentlich ökonomischen, d. h. die aus den neuen, gemeinschaftlichen Produktions- und Konsumtionsformen resultierenden Aufgaben stellten.⁸⁹ »Es handelte

Stand«, so wird deutlich, daß das Gesellschaftsbild, aus dem das revolutionäre Bürgertum sein Selbstbewußtsein bezog, grundsätzlich nur *eine* Klassenscheidung zuließ: die zwischen ›Privilegierten‹ (›Müßigen‹) und ›Nicht-Privilegierten‹ (›Arbeitenden‹). Die Französische Revolution begann nicht zufällig mit Auseinandersetzungen um das Nationalbudget (vgl. hierzu: Kapitel II, 1; Fußn. 56), das denen, die nicht arbeiteten, den »faux bourdons dans la ruche de la société«, dem Hof und dem Adel also, die Früchte derer zuschob, die Sieyès die »fourmis ouvrières« nennt. (Diese Kontinuität ist selbst noch an der Sprache sichtbar: Nicht nur Sieyès rekurriert aufs Tierreich, wenn er die ›Privilegierten‹ bezeichnet, sondern Saint-Simon benutzt eben dieselbe Insektensymbolik).

⁸⁹ Gerade die Erneuerung dieser Dimensionen in der heutigen Revolutionstheorie Marcuses zeigt, in welchem engem Zusammenhang die Abwendung von der Klassentheorie (die bei den frühen Sozialisten *noch nicht* entstehen konnte) mit der Zuwendung zum utopischen Element steht. »Das befreite Bewußtsein befördert die Entfaltung einer Wissenschaft und Technik, die frei sind, die Möglichkeiten der Dinge und Menschen zum Schutz und Genuß des Lebens im Spiel mit den Möglichkeiten von Form und Materie zur Erreichung dieses Ziels zu entdecken und zu verwirk-

sich darum, ein neues, vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroyieren. Diese neuen sozialen Systeme waren von vornherein zur Utopie verdammt; je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr mußten sie in reine Phantasterei verlaufen.«⁹⁰

Stellte sich im frühen Sozialismus die ›soziale Frage‹ noch wesentlich als Problem einer politisch-institutionellen Reorganisation der Gesellschaft dar, so waren auch die *Aktionsformen* in der Frühphase der Arbeiterbewegung unmittelbar *politische* — wenn auch nicht die der ›politischen Siege‹ (Engels), die eine soziale Umwälzung erst hätten ermöglichen sollen, sondern umgekehrt der Petitionen, deren Adressat das bestehende politische System war. Dieser verkehrte ›Primat des Politischen‹ erklärt sich freilich nicht ausschließlich aus der (noch zu erörternden) bewußtseinsmäßigen Orientierung an früheren Gesellschaftsformationen, sondern ebenso aus den tatsächlichen Verhältnissen jener Zeit. Wenn nämlich etwa in England die petitionistischen Wahlrechtsvereine — selbst Verlängerungen der allerdings weniger positiv demokratischen als vielmehr bloß ›antiabsolutistischen‹ Wahlrechtsvereine des bürgerlichen Mittelstands — den Konstitutionalismus, die »illusion of the epoch« (Thompson) noch teilten, so ist dafür zum einen der überwältigende Einfluß des grundbesitzenden Adels innerhalb der Regierung, zum anderen wiederum die noch unvollkommene Klassenscheidung verantwortlich: Nicht nur war der ›Kapitalist‹, dem die Arbeiter in dieser Phase gegenüberstanden, vielfach noch ein ›kleiner Meister‹, ein ›Arbeiter‹ desselben Fachs, sondern er selbst befand sich noch in entschiedenem Gegensatz zu den Repräsentanten des Großgrundbesitzes — daher die vom utopischen Sozialismus konstruierte, die frühen Gesellschaftstheorien der Arbeiterbewegung allgemein charakterisierende Scheidung zwischen ›müßigen‹ und ›arbeitenden‹ Klassen. Solange aber der Klassengegensatz von Kapitalist und Lohnarbeitern durch den zwischen Kapitalisten und Grundeigentümern überlagert wird, solange diese wesentlich die Regierung stellen, die »die Einhegungen des Gemeinlandes, den Abbau alter Arbeiterschutzgesetze, die preistreibenden Kornzölle und Steuern und die konterrevolutionäre Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterverbindungen zu verantworten hatte«, besitzen die Herr-

lichen. Die Technik tendierte dann dazu, Kunst zu werden, und diese, die Wirklichkeit zu formen« (Marcuse, Versuch über die Befreiung, a.a.O., S. 44).

⁹⁰ Engels, Die Entwicklung des Sozialismus, a.a.O., S. 107 f.

schaftsverhältnisse de facto noch eine ›politische Tinktur‹. Daher müssen »politische Umstände als Ursache der sozialen Degradierung« erscheinen, und die gerade erst entstandene Arbeiterbewegung, die Bewegung *aller* Degradierten, wird sich zum Ziel setzen, »den Kapitalismus auch mit politischen Mitteln wieder rückgängig zu machen«. ⁹¹

In der Tat war die frühe Arbeiterbewegung eine *allgemeine Bewegung der Unterklassen*, zusammengesetzt aus ökonomisch degradierten selbständigen Handwerkern, unter das Verlagssystem subsumierten Heimarbeitern und in Manufakturbetriebe integrierten Facharbeitern. Die damit gesetzten Unterschiede im Produktionsverhältnis, im Grad der Abhängigkeit vom Kapital verschwanden gleichwohl hinter der Allgemeinheit der Degradierung handwerklicher Arbeit einerseits, der Gemeinsamkeit handwerklicher Traditionen andererseits. Die Zielsetzung, der *Gehalt* dieser Bewegungen war infolgedessen zunächst die Zurücknahme jener Degradierung zugunsten der Reetablierung des individuellen Eigentums: »Der Zielzustand, eine Autonomie und Solidarität garantierende Gesellschaftsordnung, konkretisierte sich zunächst im Plan einer Restauration der Gemeinde individuell wirtschaftender Bauern und Handwerker.« ⁹²

In einer Phase also, in der die Arbeitsbedingungen von Produktionszweig zu Produktionszweig erheblich variieren, der Kleinbetrieb innerhalb der gesellschaftlichen Produktionsstruktur noch dominiert, sind der Assoziation der Arbeiter nicht nur von vornherein Grenzen gesetzt; auch der Charakter, die *Ziele* dieser Assoziationen sind von *vorkapitalistischen*, handwerklichen Traditionen noch durch und durch geprägt. Form und Zielsetzung, d. h. Appelle an den Staat zugunsten der Restauration des individuellen Eigentums, folgen der präkapitalistischen Tradition einer ›moral economy‹, in der Ökonomie und Politik noch weitgehend identischer Steuerung unterliegen, zumindest aber einer gemeinsamen ›Moral‹ unterworfen sind: Der »Tod der alten ›moral economy‹ der Daseinsvorsorge zog sich ebenso in die Länge wie die patriarchalischen Eingriffe in Handel und Gewerbe. Der Konsument verteidigte seine alten Rechtsbegriffe ebenso hartnäckig, wie er (möglicherweise nur in einer anderen Rolle) sein fachliches Können als Handwerker verteidigte.« ⁹³

Sobald nun die vom beginnenden Kapitalismus geschädigten, ihres ursprünglichen institutionellen Halts immer mehr beraubten Massen auf der Grundlage jener Traditionen mobilisiert wurden, wandten sich Erinnerungen an mutualistische

⁹¹ Vester, a.a.O., S. 114.

⁹² Ebd., S. 112.

⁹³ Thompson, a.a.O., S. 132.

Erfahrungen der vorkapitalistischen Handwerker- und Bauernwirtschaft zum radikalen Egalitarismus. Als Frühform des Anarchismus hatte er in der Sansculotterie der Französischen Revolution historische Gestalt angenommen; durch das Werk Th. Paines ging er in die Doktrinen der frühen englischen Arbeiterbewegung ein. Diese läßt sich daher (ebenso wie noch der etwas spätere utopische Sozialismus) als Fortsetzung der ›radikalen‹ Strömungen der bürgerlichen Revolution begreifen, der Leveller-Traditionen der englischen und der sansculottischen der Französischen Revolution. Sie stand unter dem Zeichen der Deprivation, des Verlusts ›angeborener‹ Rechte, deren Wiederherstellung als eine — naturrechtlich begründete — Notwendigkeit erschien.

War jene ›moral economy‹ im Bewußtsein der plebejischen Massen zugleich eine ›economy of provision‹, orientiert an der Versorgung aller mit den notwendigen Lebensmitteln, so mußte etwa eine Hungersnot, ohnehin »ein tiefer psychischer Schock«, dann zu gewaltsamer Erhebung führen, wenn sie vom Wissen um *soziale* »Ungleichheiten und dem Verdacht der manipulierten Knappheit begleitet« war.⁹⁴ Der Spekulant, der lebensnotwendige Güter hortete, der Kaufmann, der sie gar noch exportierte, kurz: sämtliche Störenfriede im System des gerechten Preises wurden so zu den primären sozialen Angriffszielen dieser Bewegungen.⁹⁵ Und wenn sie nicht von Staats wegen bestraft wurden, so war es nur ›recht und billig‹, die Justiz selber einzuleiten: »Bei vielen ihrer Aktionen [...] machte die Menge geltend, daß sie ›die Gesetze‹ in eigener Regie vollstrecken müsse, weil die Obrigkeit sich weigerte, ihnen Anerkennung zu verschaffen.«⁹⁶ Der scheinbare Widerspruch zwischen dem ›legalistischen‹ Petitionismus und den gelegentlichen Gewaltakten löst sich auf dem Hintergrund der noch ungebrochenen Identifizierung mit der vorkapitalistischen ›moral economy‹: »Die alten Rechte gewaltsam zu erzwingen, galt in der arbeitenden Bevölkerung als rechtmäßig.«⁹⁷

»Die jakobinische Wahlrechtsbewegung und die protektioni-

⁹⁴ Ebd., S. 135.

⁹⁵ Insbesondere an ihren Angriffszielen erweist sich die Bindung der frühen Arbeiterbewegung an die Traditionen der mittelalterlichen Zunftverfassung, der historische Hintergrund ihrer ›Kleinbürgerlichkeit‹. Die Rechtsauffassungen in der mittelalterlichen Stadtwirtschaft entsprachen jener ›moral economy‹ vor allem darin, daß »Preiserhöhungen aus reinem Gewinnstreben allein abgelehnt wurden. [...] Als besonders verwerflich wurden Aufkäufe angesehen, die bewußt eine Notlage herbeiführen sollten oder eine Monopolstellung bewirkten, die eine Preiserhöhung zur Folge hatte. Keinem sei es gestattet, so betonte man, wegen eines bonum privatum Verträge abzuschließen zum Schaden des Landes oder der Stadt. Das Gemeinwohl gehe dem des einzelnen vor« (Trusen, a.a.O., S. 254).

⁹⁶ Thompson, a.a.O., S. 110.

⁹⁷ Vester, a.a.O., S. 124.

stische Gewerkschaftsbewegung der Jahre 1792 bis 1820 waren vorkapitalistischen Wertmustern verhaftet.«⁹⁸ Nicht zuletzt unter diesem Aspekt können sie als Fortsetzung der plebejisch-kleinbürgerlichen Bewegungen der bürgerlichen Revolution gelten, die diese getragen und zum Erfolg geführt, ihre Postulate jedoch durchaus anders interpretiert hatten als der nachrevolutionäre Laissez-faire-Liberalismus.⁹⁹ Nach wie vor wurden die Begriffe von ›Freiheit‹, ›Gleichheit‹ und ›Brüderlichkeit‹ von der frühen Arbeiterbewegung mit Grundsätzen verbunden, die der ›gerechten‹ Binnenstruktur einer Handwerkerwirtschaft entsprachen; und diese ›materiale‹ Interpretation ließ das nun sich etablierende kapitalistische System zunächst unter der Kategorie des ›Ungerechten‹ erscheinen: Die ›Brüderlichkeit‹ hatte dem radikalen Konkurrenz-Individualismus Platz gemacht, und daß ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹ garantiert sein sollten, während das individuelle Kleineigentum verschwand und die Besitzunterschiede sich vertieften, war einfach nicht verständlich. Jeglicher Reichtum entsprang aus der *Arbeit*; wenn gleichwohl die, die arbeiteten, mit der Zeit immer weniger besaßen, so konnten die, die den Reichtum akkumulierten, nur als eine neue ›Aristokratie‹, eine ›usurpatorische Oligarchie‹ erscheinen, die infolgedessen unter denselben Kriterien beurteilt wurde wie die alte, feudale.

Weder die politischen noch die gewerkschaftlichen Vereinigungen der frühen englischen Arbeiterbewegung sind als Organisationen des Industrieproletariats entstanden. Sie waren primär Zusammenschlüsse fachlich qualifizierter Handwerker, denen es um die Erhaltung eben jenes an die handwerkliche Qualifikation gebundenen sozialen Status und damit geradezu um die *Abwehr* der drohenden Lohnabhängigkeit ging: »Nicht materielle Verelendung, sondern das Selbstbewußtsein von Facharbeitern bildete die Grundlage der ersten Gewerkschaften. Diese waren von der Masse der Handarbeiter noch ebenso getrennt wie vom Kapital. Im Fehlen zwischenberuflicher Solidarität lebte die vertikal-ständische Gesellschaftsgliederung noch fort. Damit aus der Status-Verteidigung partikularer Berufsgruppen eine Gewerkschaftsbewegung werden konnte, mußte die horizontale Spaltung der Gesellschaft wichtiger werden als die vertikale.«¹⁰⁰

Dies gelang in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit der zugleich die ›Entstehungsperiode‹ der Arbeiterbewegung abgeschlossen war. Die Herstellung von Organisationen, die sowohl die geographischen wie die fachlichen Differenzen über-

⁹⁸ Ebd., S. 152.

⁹⁹ Diese inhaltliche Transformation der revolutionären Postulate ist Gegenstand des ersten Kapitels des folgenden Abschnitts.

¹⁰⁰ Vester, a.a.O., S. 144.

schritten, war begleitet von einem Wandel in der Orientierung der Arbeiterbewegung, und dieser wiederum ereignete sich im Gefolge der industriellen Revolution. Indem diese die Kleinproduktion durch die Großproduktion ersetzte und ein ›modernes‹ Proletariat über die bisherigen Sektoren der Lohnarbeit (vor allem den Bergbau und die zumeist hausgewerbliche Textilproduktion) hinaus erzeugte, hat sie der Arbeiterbewegung nicht nur ein neues ›Subjekt‹ zugeführt, sondern deren Kampf- und Organisationsformen wie schließlich auch ihren Gehalt und ihre Zielsetzung entscheidend verändert. Dies betrifft vor allem die Einsicht in die Unaufhaltsamkeit der Industrialisierung: Der restaurative Antikapitalismus der *handwerklichen* Kleinproduktion mußte einem modernen, in der Auseinandersetzung von *Lohnarbeit* und Kapital begründeten Antikapitalismus Platz machen. Ebenso entfielen nach und nach die direkt auf den Staat gerichteten Formen, in dem Maße nämlich, wie dieser selbst, und zwar auf Geheiß der neuen Generation industrieller Unternehmer, all die Momente abstreifte, die noch entfernt an eine vorkapitalistische ›moral economy‹ erinnerten: Als die Regierung die Gesetze zu Fall brachte, die im 18. Jahrhundert noch dem Handwerker einen gewissen Schutz zugesichert hatten, die aber, zumal sie auf die jetzt aufblühende Großindustrie hätten übertragen werden müssen, der Durchsetzung eines klaren Laissez-faire im Wege standen, wurde deutlich, daß der Staat sich auf der Seite der neuen ›Oligarchie‹ befand.

Wiederum gab die Entwicklung der *Bourgeoisie* den entscheidenden Anstoß zu einem Fortschritt in der Organisation des Proletariats. Je mehr jene sich des Staatsapparats bemächtigte, desto eindringlicher verschloß sich für die Arbeiterbewegung der petitionistische Weg. Nach dessen Scheitern wandte sich daher der Appell *an* den Staat zur radikalen Front *gegen* den Staat, gegen Politik schlechthin. Aber nicht nur in dieser Hinsicht trieben der frühe Anarchismus Godwins wie auch der utopische Sozialismus Owens die Arbeiterbewegung voran; diese entfernte sich ebenso von den restaurativen, auf die Wiederherstellung des individuellen Eigentums zielenden Sozialutopien. Es ging nun nicht mehr — wie noch in der Phase des Maschinensturms — um die Zerstörung der Technik, sondern um ein humanes Dasein auf der Basis einer entwickelten, vollendeten Technik.

Die ehemals durch den unbedingten Glauben an die moralische Kompetenz des Staates gekennzeichneten Formen waren demnach auf dieser Stufe der Arbeiterbewegung ebenso gewichen wie die ›reaktionären‹ Zielsetzungen. Dennoch blieben auch hier noch »verschiedene Momente der bürgerlichen Geschichtsauffassung lebendig: die Ablehnung der politischen Ge-

walt des Staates wie auch des politischen Umsturzes; die Bevorzugung der ökonomischen Assoziation mit dem Ziel einer allmählichen Durchdringung und Überwindung des Kapitalismus und mit den formal friedlichen Mitteln der Genossenschaftsgründung und der Arbeitsverweigerung; die entsprechende linear-fortschrittsgläubige Geschichtsauffassung; die Betonung der technologischen und moralischen Erziehung der Unterprivilegierten«¹⁰¹. Auch nach Abschluß ihrer eigentlichen Entstehungsperiode entwickelte die Arbeiterbewegung daher keineswegs sofort autonome proletarische Organisationen. Vielmehr blieb sie für längere Zeit noch weit eher eine ›kleinbürgerliche‹ Bewegung — und zwar nicht nur im Hinblick auf ihre soziale Zusammensetzung, indem sie neben dem inzwischen entstandenen modernen Industrieproletariat noch das degradierte, insbesondere durch Wirtschaftskrisen erheblich angegriffene Kleinbürgertum integrierte, sondern auch in ihrer Doktrin und Praxis. Die nun entstehenden ›Selbsthilfe‹-Organisationen bezeugen zwar den Abbruch der Beziehungen zum herrschenden politischen System, sind verständlich jedoch allein auf der Basis der anti-absolutistischen ›Nicht-Einmischungs‹-Traditionen. Das Programm autonom wirtschaftender Kommunen, das den ›Anarchismus‹ Godwins ebenso kennzeichnet wie wenig später den ›utopischen Sozialismus‹ Owens und Fouriers, sieht zwar die Aufhebung der individuellen Wirtschaftsweise durch eine ›kooperative‹ vor, nicht jedoch die Aufhebung des Eigentums. Dieses hat vielmehr — der Theorie Godwins zufolge — nur ›gleich‹ verteilt zu werden, um der Transformation in ein politisches Herrschaftsverhältnis zu entgegen. Die produzierten Güter sollen, wenn nicht direkt konsumiert, so jedenfalls direkt getauscht werden — es handelt sich um eine Vorwegnahme der Proudhonschen ›Tauschbank‹-Konzeptionen, die einer ökonomischen Theorie folgen, in der der Kapitalist nicht nur als ›überflüssig‹, sondern als Mitglied einer ›Oligarchie‹ erscheint, die das ›Privileg‹ besitzt, sich Handels- oder Zirkulationsprofite anzueignen. Der in ihrer Funktionsweise undurchschauenden kapitalistischen Produktion werden ›Gegenmodelle‹ zur Seite gestellt, die, vorkapitalistischen Traditionen entstammend, die Intentionen von ›Brüderlichkeit‹ und ›Gleichheit‹ gegen das herrschende kapitalistische System realisieren und dieses, wenn überhaupt, so jedenfalls nur auf friedlichem Wege stürzen sollen.

¹⁰¹ Ebd., S. 189.

4. Kleinbürgerlicher Sozialismus

Als *politisches* Trennungs- und Kampfmittel zirkuliert das Wort ›kleinbürgerlich‹ vor allem zwischen den Fraktionen der Linken. Als im Gefolge der Studentenrevolte, zur Zeit ihrer kritischen Reflexion, die Waffe dieses Begriffs geschärft wurde, mußte man seine Definition freilich häufig entschärfen: Man bediente sich stets der polemischen Konnotationen, die er bei Marx bereits besaß, bezog ihn jedoch vorwiegend auf Bewußtseinsphänomene — auf Ideologien, die weder unmittelbar die Legitimation des Kapitalismus betrieben noch andererseits der marxistischen Orthodoxie entsprachen — und entkleidete ihn damit gewissermaßen der ökonomischen Rückbindung.

Diese vergleichsweise lockere Verwendung des Begriffs innerhalb der marxistischen Linken hat selbst ihre Tradition — sie bahnte sich spätestens um die Jahrhundertwende an, in dem vor allem von Lenin und Luxemburg artikulierten Kampf gegen den Revisionismus.¹⁰² Lenin, der der ursprünglichen Marxschen Definition des Kleinbürgertums hauptsächlich das eine entnahm — daß es nämlich ›schwänke‹¹⁰³ —, subsumierte unter die ›kleinbürgerlichen‹ Richtungen der proletarischen Politik nicht nur den Anarchismus, den Marx selbst als ›kleinbürgerlichen Sozialismus‹ disqualifiziert hatte, sondern ebenso den zeitgenössischen Revisionismus. Eine Erklärung für jene kleinbürgerlichen »Schwankungen in der Taktik des Proletariats« sah er darin, daß zwischen diesem und »den Schichten des Kleinbürgertums [...] keine chinesische Mauer« existiert¹⁰⁴, daß »es in jedem Land neben dem Proletariat immer auch große Schichten des Kleinbürgertums, der Kleineigentümer gibt«, die, weil sie »unausbleiblich wieder in die Reihen des Proletariats geschleudert« werden¹⁰⁵, Einfluß auf die proletarische Politik gewannen.

¹⁰² »Die durch Bernstein theoretisch formulierte opportunistische Strömung in der Partei ist nichts anderes, als eine unbewußte Bestrebung, den zur Partei herübergekommenen klein-bürgerlichen Elementen die Oberhand zu sichern, in ihrem Geiste die Praxis und die Ziele der Partei umzumodeln. Die Frage von der Sozialreform und der Revolution, vom Endziel und der Bewegung ist von anderer Seite die Frage vom *kleinbürgerlichen oder proletarischen Charakter der Arbeiterbewegung*« (Luxemburg, Sozialreform, a.a.O., S. 49 f.).

¹⁰³ »Jeder Marxist weiß schon seit langem, daß in jeder kapitalistischen Gesellschaft nur das Proletariat und die Bourgeoisie als die *entscheidenden* Kräfte auftreten können, während alle zwischen diesen Klassen stehenden sozialen Elemente, die ökonomisch unter die Kategorie Kleinbürgertum fallen, *unvermeidlich* zwischen diesen entscheidenden Kräften hin und her schwanken« (W. I. Lenin, ›Wertvolle Eingeständnisse Pitirim Sorokins‹, in: ders., *Ausgew. Werke IV*, a.a.O., S. 507).

¹⁰⁴ W. I. Lenin, ›Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung‹, in: ders., *Ausgew. Werke II*, Frankfurt 1970, S. 310.

¹⁰⁵ Ders., ›Marxismus und Revisionismus‹, ebd., S. 272.

Die Vernachlässigung der *historischen Differenz*, die zwischen Anarchismus und Revisionismus besteht, mußte bei der Herleitung des ›kleinbürgerlichen‹ Charakters des Revisionismus allerdings zu Hilfskonstruktionen führen. Denn die soziale Basis der Sozialdemokratie wurde zum Zeitpunkt ihrer revisionistischen Wendung nicht etwa durch Massen abgesunkener Kleinbürger konstituiert, sondern durch ein breites, modernes Proletariat, das mit dem Marxismus bereits in Berührung gekommen war — denn warum hätte er sonst ›revidiert‹ werden müssen? Daher muß schließlich ein Zusatzargument herhalten, das dieser Tatsache Rechnung trägt, sich jedoch nicht mehr auf ein *ökonomisch* definiertes Kleinbürgertum be ruht, sondern auf eine in ihrer *Mentalität* ›kleinbürgerliche‹ ›Arbeiterbürokratie¹⁰⁶ und ›-aristokratie‹, nicht auf eine wirtschaftlich ruinierte Schar von ›Kleineigentümern‹, sondern auf ein in Zeiten relativer Prosperität sich entwickelndes ›kleinbürgerliches‹ Bewußtsein.

Zwischen Anarchismus und Revisionismus aber bestehen neben der historischen Differenz ideologische und praxisrelevante Unterschiede, die durch die Subsumierung beider Strömungen unter den Begriff des ›Kleinbürgerlichen‹ allzu leicht verdeckt werden. Zwar haben beide Bewegungen in der Tat denselben Effekt — die Verhinderung des Klassenkampfs¹⁰⁷; doch sind die Gründe und die historischen Voraussetzungen, die jeweils die Ablehnung der politisch geführten Klassenaus einandersetzung bedingten, durchaus verschieden. Während sich die Arbeiterbewegung mit dem Revisionismus auf die historisch sich durchsetzende Tradition der *parlamentarischen* Demokratie verpflichtet hatte, blieb der Anarchismus den im eigentlichen Sinne ›kleinbürgerlichen‹ Konzeptionen einer *unmittelbaren*, von *fraternité*-Vorstellungen geprägten Demokratie treu.¹⁰⁸ Im Revisionismus entfällt gänzlich eine Ambivalenz, die aus der sozio-ökonomischen Situation des Kleinbürgertums folgt und wie für seine politischen Bewegungen allgemein, so auch für den Anarchismus konstitutiv ist: Sie spiegelt sich hier in der Doppeldeutigkeit des Wortes ›Anarchie‹ selbst, das nicht nur positiv einen Gesellschaftszustand designierte, der — als herrschaftsfreier — die Harmonie

¹⁰⁶ »Der verhältnismäßig ›friedliche‹ Charakter der Epoche 1871 bis 1914 nährte den Opportunismus anfangs als *Stimmung*, dann als *Richtung*, schließlich als *Gruppe oder Schicht* der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer« (›Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale‹, ebd., S. 631).

¹⁰⁷ »Die einen wie die anderen hemmen die wichtigste, die dringendste Arbeit: den Zusammenschluß der Arbeiter zu großen, starken, gut funktionierenden Organisationen, die [...] vom Geist des Klassenkampfes durchdrungen sind« (Lenin, *Die Differenzen*, a.a.O., S. 308).

¹⁰⁸ Diese Differenz in den Demokratievorstellungen ist im 2. Kapitel des folgenden Abschnitts zu erörtern.

schlechthin versprach, sondern zugleich den (dem Revisionismus völlig fremden) Aufruf zu ›radikaler‹ Destruktion aller institutionalisierten Gewalten enthielt.¹⁰⁹

Der deutsche Revisionismus, der um die Jahrhundertwende das politische Parkett betrat, stützte sich auf die Errungenschaften des *modernen* Kapitalismus (wie eine angenommene Krisenfestigkeit, erzielt durch übergreifende Unternehmerorganisationen, Kartellierungen, ein entwickeltes Kreditsystem usf.) und keineswegs auf retrograde Utopien, die den Anarchismus kennzeichnen und seinen ›kleinbürgerlichen‹ Charakter indizieren. Er hatte es mit einem modernen Proletariat zu tun, das sich bereits als *Massenpartei* organisiert hatte, die sich jeglicher ›Utopisterei‹ (Bernstein) enthalten und strikt »auf dem Wege des parlamentarischen Kampfes durch das Mittel der Ausbeutung des Wahlrechts und Benutzung aller sonstigen gesetzlichen Handhaben« vorgehen sollte.¹¹⁰ Während der Revisionismus so von parlamentarischen Majoritäten alles und jedes erhofft, lehnt der Anarchismus »Organisationsformen wie Parteien grundsätzlich« ab und erstrebt »die Abschaffung des Staates als Haupt- und Primärziel«¹¹¹. Die parlamentarische Demokratie verachtet er als eine unter anderen Formen von Diktatur und Tyrannei, während der Revisionismus umgekehrt davon ausgeht, »daß dort, wo parlamentarische Demokratie herrscht, der Staat nicht mehr als ein Organ der Klassenherrschaft angesehen werden kann«¹¹².

Die Form der Massenpartei wäre daher im Anarchismus undenkbar. Sie müßte nicht nur den Begriff des Anarchismus selbst ad absurdum führen, dessen Vorstellungen von Herrschaftslosigkeit zum wesentlichen anti-bürokratische waren, sondern erwies sich auch in Praxis und Geschichte als unmöglich: Alle anfänglichen Versuche der Bildung von Dachorganisationen usw. scheiterten, und sei es am ›anti-autoritären‹ Unwillen ihrer Mitglieder, überhaupt auch nur die Beiträge zu entrichten. Die spezifische Form, in der der Anarchismus auftrat, ist vielmehr die ›ungleichzeitige‹ der *Sekte*.¹¹³

¹⁰⁹ Proudhon und Bakunin hatten beide »ein boshafes Vergnügen daran, mit der durch die antinomischen Bedeutungen des Wortes hervorgerufenen Verwirrung zu spielen. Anarchie war für sie gleichzeitig die gewaltigste Unordnung, die völlige Desorganisation der Gesellschaft und, jenseits einer gigantischen revolutionären Umwälzung, der Aufbau einer neuen, stabilen und rationalen, auf Freiheit und Solidarität gegründeten Ordnung« (Daniel Guérin, *Anarchismus. Begriff und Praxis*, Frankfurt 31969, S. 14).

¹¹⁰ Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus*, a.a.O., S. 116.

¹¹¹ Günther Bartsch, *Anarchismus in Deutschland*, Bd. I, Hannover 1972, S. 12.

¹¹² Lucio Colletti, *Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale*, Frankfurt 1971, S. 13.

¹¹³ Der Marxschen Verwendung des Begriffs der ›Sekte‹ kann hier nicht im einzelnen nachgegangen werden. Deutlich aber enthält diese Metapher

Wegen dieser historischen, ideologischen und praktischen Differenzen des anarchistischen Sektenwesens zu späteren, von Marxisten ebenfalls als ›kleinbürgerlich‹ titulierten sozialistischen Bewegungen wird hier der Begriff des ›kleinbürgerlichen Sozialismus‹ derjenigen Strömung vorbehalten, der Marx und Engels selbst in der politischen Auseinandersetzung — vor allem in der Zeit der Ersten Internationale — gegenüberstanden: dem Anarchismus Proudhons und Bakunins. Sein bevorzugtes Ausbreitungsgebiet fand er in Regionen, in denen aufgrund besonderer gesellschaftlicher Bedingungen die Loslösung des ›gleichzeitigen‹ Widerspruchs vom ›ungleichzeitigen‹ verzögert wurde. Insbesondere auf dem Lande hatte sich die kleine Warenproduktion in den romanischen Ländern weithin erhalten können; wichtige Produktionszweige (in Frankreich etwa die Luxus-, die Textil- und die Möbelindustrie) waren durch Produktionsverhältnisse charakterisiert, die sich von denen zwischen Meister und Gesellen inhaltlich noch wenig unterschieden; insgesamt regierte das Bankenskapital noch das industrielle. »In Ländern wie in Frankreich«, so erklärt das Kommunistische Manifest den Ursprung des kleinbürgerlichen Sozialismus, »wo die Bauernklasse weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, war es natürlich, daß Schriftsteller, die für das Proletariat gegen die Bourgeoisie auftraten, an ihre Kritik des Bourgeoisregimes den kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Maßstab anlegten und die Partei der Arbeiter vom Standpunkt des Kleinbürgertums ergriffen. Es bildete sich so der kleinbürgerliche Sozialismus.«¹¹⁴

Eine ökonomische Rückständigkeit breiter Sektoren der Gesamtwirtschaft gehört demnach zu den gesellschaftlichen Voraussetzungen des kleinbürgerlichen Sozialismus. Sind die Ver-

mehr als nur den (oben angesprochenen) organisatorischen Aspekt. Vielmehr wurden die anarchistischen Strömungen, die die Doktrin der Ersten Internationale zu überfluten strebten, von vornherein als ›reaktionär‹, gemessen an einer angenommenen ›Reife‹ des Proletariats, qualifiziert. In der »Geschichte der Internationalen« wiederholte sich für Marx daher nur, »was die Geschichte überall zeigt. Das Veraltete sucht sich innerhalb der neugewonnenen Form wiederherzustellen und zu behaupten« (Karl Marx, Brief an F. Bolte vom 23. 11. 1871, MEW 33, Berlin 1966, S. 328). Gerade die »Geschichte der Internationalen« aber wirft umgekehrt auch die Frage auf, ob in die polemische Anwendung des Begriffs der ›Sekte‹ nicht eine für die Praxis des Londoner Generalrats äußerst relevante Verknennung sowohl der historischen Rolle wie auch der sozialen Basis der anarchistischen Strömungen einging. Zwar hat der Kampf gegen den Marxismus (und gegen Marx persönlich) Bakunins Lehre stark bestimmt. Doch waren weder der Bakunismus noch gar der ihm zeitlich vorangehende Proudhonismus primär — wie ihre Einschätzung als ›Sekten‹ unterstellt — häretische Abweichungen von einer der objektiven ›Reife‹ des Proletariats entsprechenden Theorie, sondern zunächst der originäre Ausdruck der *tatsächlich* ›ungleichzeitigen‹ Situation der Gesamtwirtschaft in den Ländern, in denen sie zum Tragen kamen.

¹¹⁴ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 38.

hältnisse in diesen Sektoren, die Verhältnisse der einfachen Warenproduktion, das Grundmuster der Ideologie und Programmatik kleinbürgerlich-sozialistischer Bewegungen, so findet andererseits eine Übertragung jener Entwürfe auf das in den fortgeschrittensten Zweigen der Produktion bereits bestehende Industrieproletariat statt. Von einem spezifisch ›kleinbürgerlichen‹ Sozialismus läßt sich, mit anderen Worten, nur da sprechen, wo es einer an (anderweitig fortbestehenden) vorkapitalistischen Verhältnissen orientierten Ideologie gelingt, Teile eines — im ökonomischen Sinne — ›modernen‹ Proletariats zu integrieren und auf eine Stellung zu den kapitalistischen Verhältnissen zu verpflichten, die dem Antikapitalismus einer vorindustriellen Schicht entspricht. So entfaltete der Proudhonismus, der die Ideologie des kleinbürgerlichen Sozialismus paradigmatisch verkörpert, gerade in dem Augenblick seine Vorherrschaft in der französischen Arbeiterbewegung, als mit der Juni-Insurrektion von 1848, »worin die erste große Schlacht geliefert wurde zwischen den beiden Klassen, welche die moderne Gesellschaft spalten«¹¹⁵, das Proletariat erstmalig als selbständige (d. h. vom Kleinbürgertum gelöste) Kraft aufgetreten — und niedergeschlagen worden war.

Im unmittelbar zuvor erschienenen Kommunistischen Manifest ist nur von Sismondi als dem ›Haupt‹ des kleinbürgerlichen Sozialismus die Rede — nicht jedoch schon von Proudhon. Dennoch hatte Marx nicht nur bereits dessen persönliche Bekanntschaft gemacht, was sich in einzelnen Äußerungen der Pariser Manuskripte niederschlägt, sondern im Jahre vor der Veröffentlichung des Manifests zu seiner Theorie systematisch Stellung genommen: in der Replik auf Proudhons ›Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère‹, einem Pamphlet, das den zweiten Teil dieses Titels bloß umkehrte und der ursprünglichen »Freundschaft für immer ein Ende machte«¹¹⁶. Wenn Proudhon, so schreibt Marx in seinem Brief an Annenkow, »Ruhmeshymnen auf das Kleinbürgertum und die elenden, patriarchalischen Liebesillusionen des trauten Heims« singt, so sei das »durchaus kein Zufall. Herr Proudhon ist von Kopf bis Fuß Philosoph, Ökonom des Kleinbürgertums. In einer fortgeschrittenen Gesellschaft und durch den Zwang seiner Lage wird *der Kleinbürger* einesteils Sozialist, andernteils Ökonom, d. h., er ist geblendet von der Herrlichkeit der großen Bourgeoisie und hat Mitgefühl für die Leiden des Volkes. Er ist Bourgeois und Volk zugleich. Im Innersten seines Gewissens schmeichelt er sich, unparteiisch zu sein, das rechte Gleichgewicht gefunden zu haben, das den An-

¹¹⁵ Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, a.a.O., S. 146.

¹¹⁶ Marx, ›Über P.-J. Proudhon‹ (Brief an J. B. v. Schweitzer), a.a.O., S. 365.

spruch erhebt, etwas anderes zu sein als das rechte juste milieu. Ein solcher Kleinbürger vergöttlicht den *Widerspruch*, weil der Widerspruch der Kern seines Wesens ist. Er selber ist bloß der soziale Widerspruch in Aktion.«¹¹⁷

Trat Proudhon im Jahre 1847 Marx noch als der »wissenschaftliche Interpret des französischen Kleinbürgertums« entgegen, so hatte sich der proletarische, »wissenschaftliche« Sozialismus seit der Begründung der Ersten Internationale (1864) mit dem Proudhonismus als der herrschenden Richtung der französischen *Arbeiterbewegung* auseinanderzusetzen. Im Zentrum standen nun weniger als noch im »Elend der Philosophie« die ökonomischen Vorstellungen Proudhons als vielmehr die auf ihnen basierenden konkreten Programme eines genossenschaftlichen Sozialismus sowie vor allem die politischen Konsequenzen dieser Orientierung, der apolitische Reformismus der Arbeiterbewegung, die Ablehnung des Klassenkampfes. »Die durch Proudhon beeinflussten Mitglieder der Internationale aus den romanischen Ländern standen infolge ihrer dezentralistischen und antipolitischen Anschauungen in diametralem Gegensatz zu den Anschauungen von Marx, so daß die innere Geschichte der I.A.A. in ihrer ersten Phase 1865–1867 die Geschichte des Kampfes dieser beiden Richtungen ist. Während die Anhänger von Marx die Kollektivierung der Produktionsmittel fordern und im Klassenkampf und in der Eroberung der politischen Macht das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterklasse sehen, wollen die Proudhonisten nur den Weg der sozialen Reform gehen und erheben die Forderung des Mutualismus, der Bildung von freiwilligen Tausch- und Kreditgenossenschaften.«¹¹⁸

Der Kooperativbewegung konnten Zugeständnisse gemacht werden — dergestalt allerdings, daß in Zukunft weniger die Konsum- als die *Produktionsgenossenschaften* zu fördern seien, in denen Marx auch später noch »das erste Durchbrechen der alten Form« sah, »obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen«¹¹⁹. Konnte den genossenschaftlichen Experimenten auch bescheinigt werden, daß sie »durch die Tat, statt durch Argumente, bewiesen [. . .], daß Produktion auf großer Stufenleiter und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wissenschaft vorgehen kann ohne die Existenz einer Klasse von *Meistern* (masters), die

¹¹⁷ Ders., Brief an Annenkov vom 28. 12. 1846, in: ders., *Das Elend der Philosophie*, a.a.O., S. 18 f.

¹¹⁸ Henryk Grossmann, »Anarchismus«, in: ders. u. C. Grünberg, *Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus* (Neuaufgabe von Aufsätzen aus dem »Wörterbuch der Volkswirtschaft«, 1931–1933), Frankfurt 1971, S. 33.

¹¹⁹ Kapital III, S. 456.

eine Klasse von ›Händen‹ anwendet«¹²⁰, so hielt Marx es doch für erforderlich hinzuzufügen, daß auch der Ausbau des Kooperativsystems die Arbeiterklasse nicht endgültig befreien könne. Wenn sich dem Lob seiner emanzipatorischen Funktionen der Satz anschließt, daß »politische Macht zu erobern [. . .] jetzt die große Pflicht der Arbeiterklassen« sei, so liegt die Stoßrichtung offen zutage: Die Forderung wendet sich gegen die in der I.A.A. vertretenen Proudhonisten, »die in der Entwicklung des Kooperativsystems das Mittel zur Befreiung des Proletariats ohne politischen Kampf, das heißt ohne Revolution, sahen.«¹²¹

Zwar war der Kampf gegen den Proudhonismus, der die I.A.A. in ein Organ gegenseitiger Hilfeleistungen (›Mutualismus‹) verwandeln wollte, mit dem Brüsseler Kongreß (September 1868) und dem von ihm gefaßten Beschluß über die Nationalisierung wichtiger Produktionsmittel beendet. Nicht jedoch verschwanden deshalb auch die kleinbürgerlichen Fraktionen innerhalb der Arbeiterbewegung, deren Eliminierung, der ursprünglichen Marxschen Intention zufolge, die Begründung der Internationale u. a. dienen sollte. Wenig später nämlich kam es »zu heftigen Auseinandersetzungen mit einem anderen, gefährlicheren Gegner, dem Bakunismus«¹²². Mit dieser kleinbürgerlichen Strömung, die ebenso wie der Proudhonismus die strikte Abstinenz der Arbeiter vom politischen Tageskampf forderte, hatte der Generalrat in der gesamten zweiten Phase der I.A.A. zu kämpfen, bis zum Ausschluß Bakunins auf dem Haager Kongreß (September 1872), der nicht nur den endgültigen Sieg über den Gegner, sondern auch das faktische Ende der Internationale brachte.

Im Gegensatz zum Proudhonismus, mit dem er sich im entscheidenden Punkt des genossenschaftlichen Föderalismus

¹²⁰ Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, a.a.O., S. 355. Im dritten Band des ›Kapital‹ heißt es, daß »der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit [. . .] innerhalb derselben (der Kooperativfabriken — A. L.-F.) aufgehoben (ist), wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind, d. h. die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eignen Arbeit verwenden« (Kapital III, S. 456).

¹²¹ I. M. Kriwogus und S. M. Stezkewitsch, Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960, S. 45.

¹²² Ebd., S. 95 — Nicht zuletzt die beständige Resurrektion des kleinbürgerlich-anarchistischen Gegners beweist, daß die von Marx im Namen des Londoner Generalrats erfochtenen Siege eher formaler Natur waren — wie sie auch mit durchaus formalen Mitteln herbeigeführt wurden: durch Abstimmungsniederlagen, die fast sämtlichen proudhonistischen Anträgen anläßlich der verschiedenen Delegiertenkongresse beschert wurden. Die soziale Basis der anarchistischen Strömungen aber war bedeutend größer, als die von ihrem Einfluß bereits gereinigten Kongreßbeschlüsse vermuten lassen (vgl. oben Fußn. 113).

einig wußte¹²³, war der Bakunismus von vornherein eine an insurrektionistischer Geheimbund-Praxis, konspirativer Spaltungstätigkeit und Putschaktionen orientierte Bewegung, die ihre Hoffnungen weniger auf das eigentliche Kleinbürgertum als vielmehr auf lumpenproletarische und bäuerliche Schichten setzte. Das aufrührerische, ›antiautoritäre‹ Element, das sich hiermit der anarchistischen Praxis hinzugesellte, richtete sich allerdings keineswegs mehr nur gegen die herrschenden Spielregeln der politischen Auseinandersetzung, sondern tendenziell stets auch gegen die Arbeiterbewegung als solche, qua Institution und Organisation, qua Ausdrucksform einer in sich ›doktrinären‹ Theorie. »Daß die Unterdrückten aus *Instinkt* und von Natur aus revolutionär seien, galt ihm (Bakunin — A. L.-F.) für ausgemacht: wozu dann also die Umwege über große Parteiorganisationen, die neue Privilegien, Ämter und damit Korruption schufen?«¹²⁴

Doch stand der rebellische Charakter dieser neuerdings um die Vorherrschaft ringenden kleinbürgerlichen Strömung Bakunins Idee des ›Klassenausgleichs‹ und der friedlichen Föderation freier Individuen durchaus nicht im Wege. Entscheidend ist vielmehr gerade die spezifische *Verbindung*, die hier die prinzipiell außerparlamentarische, ja außerhalb jeder etablierten Institution operierende Gewaltsamkeit mit dem Harmonismus, dem auf ungleicherzeitige Binnenräume allerdings beschränkten Pazifismus eingeht: Gerade infolge der Erweiterung ihrer sozialen Basis um deklassierte, lumpenproletarische Elemente mündet die bakunistische Richtung des Anarchismus bereits in die Ambivalenz des politischen Gebarens, die für das Kleinbürgertum unter dem Eindruck kapitalistischer Krisen konstitutiv ist.¹²⁵

Während der Londoner Generalrat die Prämissen des Kom-

¹²³ »Die von unten nach oben aufgebaute föderale Organisation der Arbeiterassoziationen, der Gruppen, Gemeinden, Kantone und schließlich der Bezirke und Nationen ist [...] die einzige Voraussetzung für eine wirkliche und nicht fiktive Freiheit, die der Natur der kapitalistischen Industrie und der Finanzspekulation ebenso entgegengesetzt ist, wie jedes autonome Wirtschaftssystem unvereinbar mit diesen beiden ist« (Michael Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1972, S. 14).

¹²⁴ Kurt Lenk, Theorien der Revolution, München 1973, S. 86.

¹²⁵ Es kann hier nicht darum gehen, für eine der beiden zur Zeit der Internationale aufeinanderprallenden Richtungen — die marxistische oder die anarchistische — ex post noch einmal Partei zu ergreifen. Unter solchen Akzenten aber wird die Anarchismus-Diskussion häufig auch heute noch geführt, so etwa wenn Guérins anarchistische Neigungen auf seine Rolle als Historiker übergreifen und er der frühen Kritik am sog. autoritären Staatssozialismus »geradezu prophetischen Charakter« zuerkennt (a.a.O., S. 23). In Bakunins Kampf gegen Marx gingen deutlich narodnikische Traditionen ein, revolutionäre Strategien also, die unter historisch zurückgebliebenen Produktionsverhältnissen entstanden waren. Ebenso wurde die bakunistische Strömung unter soziologischem Aspekt nicht durch ein modernes Proletariat repräsentiert (wenn sie dieses auch zu erfassen

unistischen Manifests durchzusetzen strebte, das die »Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat« als den »nächste(n) Zweck der Kommunisten« definiert hatte¹²⁶, forderten die auf die romanischen Länder konzentrierten proudhonistischen und bakunistischen Strömungen von der Arbeiterbewegung politische Enthaltensamkeit. Bereits in dieser Hinsicht erscheint der kleinbürgerliche Sozialismus als Epigon des utopischen: Hatte dieser die sozialen Mißstände vor allem auf politisch determinierte Privilegien zurückgeführt, hatte der frühe Anarchismus Godwins behauptet, daß »alle Regierungen und Gesetze von Übel und die Ursache aller Laster seien«¹²⁷, so »verlängerte« sich diese staatsfeindliche Gesinnung bei den anarchistischen Protagonisten im fortgeschrittenen 19. Jahrhundert nicht nur zur radikalen Ablehnung von Staat und Regierung überhaupt, unabhängig von ihrer jeweiligen Form¹²⁸, sondern zum Verdikt über die politische Be-

strebte), sondern durch die vom beginnenden Industriekapitalismus zunehmend überrollten Schichten.

¹²⁶ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 23. Als das Manifest geschrieben wurde, »hätten wir es«, so vermerkt Engels in der Vorrede zur englischen Ausgabe von 1888, »nicht ein sozialistisches Manifest nennen können« (S. XXII). Der Begriff des Sozialismus war damals bereits okkupiert von »Sekten« und »mannigfaltigsten sozialen Quacksalbern«, die nicht die »Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat« anstrebten, die erst die Voraussetzung für die soziale Umwälzung schaffen sollte, sondern sich entweder mit »bloßen politischen Umwälzungen« begnügen wollten oder aber sich einfach apolitisch verhielten. — Die anarchistische Version des kleinbürgerlichen Sozialismus vereint beide Taktiken, den Aufruf zu bloß politischen Umwälzungen und die politische Apathie. Die Illusion, daß soziale Übel im wesentlichen politisch determiniert seien, läßt prinzipiell zwei Konsequenzen zu, die häufig — wie etwa bei Bakunin, dem Mitglied der Friedensliga und Repräsentanten des revolutionären Vandalismus — unverbunden nebeneinander stehen und die Ambivalenz des Anarchismus charakterisieren: radikalen Pazifismus und Rückzug von der Politik zugunsten rein »sozialer« Veränderungen in Form von Gegenmodellen auf der einen, Insurrektionismus und Gewalt gegen jegliche Institution auf der anderen Seite. Die von Engels beschriebene Differenz zwischen den Begriffen des Kommunismus und des Sozialismus wurde später von Bakunin selbst formuliert: Es »ergeben sich zwei verschiedene Methoden. Die Kommunisten glauben, die Arbeiterkräfte organisieren zu müssen, damit sie sich der politischen Macht der Staaten bemächtigen. Die revolutionären Sozialisten organisieren sich im Hinblick auf die Zerstörung oder, wenn man ein höflicheres Wort wünscht, die Liquidation der Staaten. Die Kommunisten sind Anhänger des Prinzips und der Praxis der Autorität, die revolutionären Sozialisten haben nur in die Freiheit Vertrauen« (Michael Bakunin, »Die Commune von Paris und der Staatsbegriff«, in: ders., Gott und der Staat und andere Schriften, Reinbek b. Hbg. 1969, S. 194).

¹²⁷ Grossmann, a.a.O., S. 16.

¹²⁸ »Die revolutionären Sozialisten denken [. . .], daß die Menschheit sich lange genug, zu lange, hat regieren lassen und daß die Quelle ihres Unglücks nicht in dieser oder jener Regierungsform, sondern im Prinzip und der Tatsache einer jeden Regierung selbst, welche es immer sei, liegt« (Bakunin, Die Commune, a.a.O.).

tätigung der Arbeiterbewegung, insbesondere die Beteiligung an Wahlen, wie schließlich über Streiks.

Ebensowenig wie der utopische Sozialismus spricht der kleinbürgerliche Sozialismus eine *bestimmte*, durch ihre Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß definierte Klasse an; der Anarchismus ist »keine proletarische, sondern eine allgemeine Freiheitsbewegung, d. h. liberale, im wesentlichen also bürgerliche Richtung, wenn sie auch einzelne proletarische Elemente umfaßt«¹²⁹. Das Programm der sozialen Veränderungen stützt sich daher ebensowenig wie im utopischen Sozialismus auf eine Klassenanalyse der modernen Gesellschaft: Die »Klassenscheidung« verläuft vielmehr weiterhin zwischen Privilegierten und Pauperisierten. Noch der vom utopischen Sozialismus akzentuierte Gegensatz von Produzenten und »Müßigen« kehrt im Kampf des kleinbürgerlichen Sozialismus gegen jede Art »arbeitslosen« Einkommens wieder.¹³⁰

Die Kontinuität von utopischem und kleinbürgerlichem Sozialismus besteht in Wirklichkeit jedoch allenfalls unter geistesgeschichtlichem und phänomenologischem Aspekt. Der utopische Sozialismus setzte bei den in seiner Zeit *fortgeschrittensten* Produktionsverhältnissen an, bei der auf der modernen Technik aufbauenden und in dieser Hinsicht vielfach fetischisierten »Industrie«, hinter der er gesellschaftliche Herrschaft noch nicht entdecken konnte. Dagegen revoziert der kleinbürgerliche Sozialismus die Verhältnisse einer zu seiner Zeit bereits *niedergehenden* Produktionsweise, die individueller bäuerlicher und handwerklicher Produzenten, um sie als Norm auf die Bedingungen der Industrie, ja der in einzelnen Bereichen bereits entwickelten Großindustrie zu übertragen. »Für Proudhon [. . .] ist die ganze industrielle Revolution der letzten hundert Jahre, die Dampfkraft, die große Fabrikation, die die Handarbeit durch Maschinen ersetzt und die Produktionskraft der Arbeit vertausendfacht, ein höchst widerwärtiges Ereignis, etwas, das eigentlich nicht hätte stattfinden sollen. Der Kleinbürger Proudhon verlangt eine Welt, in der jeder ein apartes, selbständiges Produkt verfertigt, das sofort verbrauchbar und auf dem Markt austauschbar ist; wenn dann nur jeder den vollen Wert seiner Arbeit in einem andern Produkt wiedererhält, so ist der »ewigen Gerechtigkeit« Genüge geleistet und die beste Welt hergestellt.«¹³¹

¹²⁹ Grossmann, a.a.O., S. 32.

¹³⁰ »Ist in der That die Arbeit das einzige Prinzip des Eigentums, so höre ich auf Eigentümer meines Feldes zu sein, sobald ein anderer, der mir dafür Pachtgeld bezahlt, es bestellt: dies haben wir unwiderlegbar bewiesen: nun, ebenso verhält es sich mit den Kapitalien« (Pierre Joseph Proudhon, Was ist das Eigentum, Graz 1971 – Nachdruck der Ausgabe Berlin 1896 –, S. 97).

¹³¹ Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 533.

Sowohl der ›Gesellschaftsanalyse‹, die der kleinbürgerliche Sozialismus vornimmt, wie deren politischen Konsequenzen kommt daher trotz aller Analogien zu den frühen Utopisten eine gänzlich andere Bedeutung zu, die sich durch die Differenz im Stand der geschichtlichen Entwicklung bestimmt: War der vom utopischen Sozialismus festgehaltene Antagonismus von Produzenten und Parasiten das Substitut einer historisch noch nicht möglichen Klassentheorie der kapitalistischen Gesellschaft, so kann die Verlängerung dieses Konzepts in eine Epoche, in der den ›Produzenten‹ keineswegs primär feudale Überlagerungen, sondern in zunehmendem Maße der moderne Industriekapitalismus samt seinen spezifischen Formen der Ausbeutung gegenüberstehen, von der Artikulierung dieses ›gleichzeitigen‹ Widerspruchs nur ablenken. Die Konzentration des utopischen Sozialismus auf politisch fundierte Privilegien steigert sich im Anarchismus zum ›radikalen‹ Kampf gegen Institutionen als solche, gegen ›Macht‹ in Gestalt institutionalisierter Gebilde. Der ›Despotismus‹ des Staats und seiner Bürokratie soll ›zerschlagen‹, ›gebrochen‹, ›gesprengt‹, Kirche und Religion sollen ›abgeschafft‹ werden. Und so lehnt denn auch Proudhon — wie die übrigen Anarchisten, allen voran Bakunin — »in Bausch und Bogen die ganze ›amtliche Sippschaft‹ ab, die Philosophen, Priester, Justizbeamten, Akademiker, Journalisten, Parlamentarier«¹³². Statt der ökonomischen Ausbeutung gilt der Kampf der Korruption, repräsentiert durch *irgendwelche*, ›Macht‹ ausstrahlende Instanzen oder Personen — so daß die ›Pfaffen‹ zu einem den ökonomisch Herrschenden prinzipiell gleichrangigen Angriffsziel werden.

Ist daher die kleinbürgerlich-anarchistische Rebellion bereits in der Wahl ihrer Ziele diffus, so mehr noch in der Bestimmung ihrer Träger. Der kleinbürgerliche Sozialismus richtet sich nicht etwa primär an das Proletariat, sondern an alle, die unter dem herrschenden System zu leiden haben, gleichgültig, ob dieses ›Leiden‹ aus der spezifischen, kapitalistischen Form der Ausbeutung entspringt oder aber sich der bloßen Unangepaßtheit anachronistischer Produktionsmethoden verdankt. Seine ›soziale Basis‹ ist das Elend, dessen ›Philosophie‹ Proudhon formulierte; seiner Beseitigung gilt die Kritik, die, wo sie überhaupt ökonomische Gestalt annimmt, anstelle der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Epiphänomene trifft: überhöhte Steuern, Mieten, Pachten, Zinsen usf. Die Perhorreszierung derartiger »Ungerechtigkeiten« des kapitalistischen Systems muß prinzipiell darin enden, daß Proudhon wie die übrigen kleinbürgerlichen Sozialisten »in dem Elend nur das

¹³² Guérin, a.a.O., S. 15.

Elend [...] erblicken (statt darin die revolutionäre, zerstörende Seite zu erblicken, welche die alte Gesellschaft umstürzen wird)«¹³³. Dem Proletariat kommt Bedeutung nicht deshalb zu, weil es den ›objektiven‹, selbsterzeugten Gegensatz zum Kapital darstellt, sondern einzig aufgrund seines elenden Daseins, in das es, *ebenso wie das Kleinbürgertum* und andere, vom Untergang bedrohte Schichten, durch das kapitalistische System gestürzt wird. »Es sind vorzugsweise diese der Arbeiterklasse mit andern Klassen, namentlich dem Kleinbürgertum, gemeinsamen Leiden, mit denen sich der kleinbürgerliche Sozialismus, zu dem auch Proudhon gehört, mit Vorliebe beschäftigt.«¹³⁴

Diese Unbestimmtheit der sozialen Basis aber muß in einer Phase, in der das Proletariat bereits die Chance umfassender Organisation besitzt, eine gänzlich andere Wirkung haben als zu einer Zeit, da die kapitalistischen Gegensätze in der Realität noch unausgebildet und daher in der Theorie kaum zu erfassen waren. Die Kritik des kleinbürgerlichen Sozialismus an den kapitalistischen Verhältnissen muß zum larmoyanten Moralisieren geraten, wenn er diese auf den Gegensatz von arm und reich zusammenschrumpfen läßt, um somit »den Reichtum vom ökonomischen Gebiet aufs moralische hinüberzuzerren«¹³⁵. »Übrigens«, so heißt es auf den ersten Seiten der Proudhonschen Streitschrift, »will ich hier kein System aufstellen: ich verlange Aufhören der Privilegien, Aufhebung der Sklaverei, Gleichheit der Rechte, Herrschaft des Gesetzes. *Gerechtigkeit und Gerechtigkeit*; das allein ist der Inhalt meines Werkes«.¹³⁶

Die alternative gesellschaftliche Organisation war im Stadium des utopischen Sozialismus tatsächlich nur als ›Entwurf‹ denkbar, der, auch wenn er sich emphatisch auf irgendeine neue Wissenschaft berief, zwangsläufig an die Subjektivität dieses oder jenes ›genialen einzelnen Manns‹ gebunden blieb. Angesichts des fortgeschrittenen Standes der ökonomischen Entwicklung aber übernehmen die Proudhonschen Sozialphantasien, mittels derer die ›ewige Gerechtigkeit‹ verwirklicht werden soll, eine neue Rolle: Sie implizieren per se den Rückzug von der Politik, die politische Lahmlegung der Arbeiterbewegung, ihre Aussöhnung mit dem bestehenden System unter partieller Vermeidung einzelner seiner ›Ungerechtigkeiten‹. »Es ist natürlich«, schreibt Marx 1877, »daß der Utopismus, der vor der Zeit des materialistisch-kritischen Sozialismus

¹³³ Marx, Brief an Schweitzer, a.a.O., S. 365.

¹³⁴ Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 528.

¹³⁵ Ders., Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (›Anti-Dühring‹), Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 3, Berlin 1960, S. 228.

¹³⁶ Proudhon, a.a.O., S. 3.

letzteren in nuce in sich barg, jetzt wo er *post festum* kommt, nur noch albern sein kann, albern, fad und von Grund aus reaktionär.«¹³⁷ Die Utopie wird hier abgeschmackt; durch Konstrukte einer Art von Gegenrealität innerhalb der bestehenden setzt sie den Eskapismus an die Stelle revolutionärer Aktivität.

Gegenüber den Konzeptionen des utopischen Sozialismus sind die Projekte des kleinbürgerlichen Sozialismus nichts als Rückzüge in die Utopie aus »feigem Katzenjammer«¹³⁸. Während Owens »Arbeitsbasars, Anstalten zum Austausch von Arbeitsprodukten vermittelt eines Arbeitspapiergelds, dessen Einheit die Arbeitsstunde bildete, [. . .] die weit spätere Proudhonsche Tauschbank vollständig antizipierten«, unterschieden sie sich vom Proudhonschen Konzept zum einen durch die geschichtliche Originalität, die die Einsicht in ihr notwendiges Scheitern versperrte, zum anderen »grade dadurch [. . .], daß sie nicht das Universalheilmittel aller gesellschaftlichen Übel, sondern nur einen ersten Schritt zu einer weit radikaleren Umgestaltung der Gesellschaft darstellten.«¹³⁹ Waren jene »Musterexperimente« Versuche, die vernünftige Organisation der *künftigen* Gesellschaft anhand eines konkreten Beispiels als praktikable vorzuführen, so ist die Proudhonsche Tauschbank das Programm eines von der ökonomischen Entwicklung überrollten Kleinbürgertums, das die modernen Verhältnisse insgesamt in die Strukturen der *alten* Gesellschaft, der kleinen Warenproduktion zurückzuzwängen oder sich ihnen — in Form von Enklaven — zu entziehen sucht. »Seinem positiven Gehalte nach«, so heißt es bereits im Kommunistischen Manifest, will »dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopistisch zugleich.«¹⁴⁰

Durch Gegenmodelle vom Typus der Proudhonschen Tausch-

¹³⁷ Marx, Brief an F. A. Sorge vom 19. 10. 1877, MEW 34, Berlin 1966, S. 303.

¹³⁸ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 39. Die Differenz in der Bewertung, die Marx und vor allem Engels zwischen utopischem und kleinbürgerlichem Sozialismus vornahmen, scheint der zwischen klassischer politischer Ökonomie und »Vulgärökonomie« analog. Der kleinbürgerliche Sozialismus kennzeichnet sich, ebenso wie die Vulgärökonomie, durch den Mangel an Originalität, die bloße Reproduktion von Gedanken, die durch die historische Entwicklung des Kapitalismus selbst überholt wurden.

¹³⁹ Engels, Die Entwicklung des Sozialismus, a.a.O., S. 114.

¹⁴⁰ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 38 f.

und Volksbanken und ihre ›mutualistischen‹, der Welt des Handwerkers entlehnten Normen bemüht sich ein in die Defensive gedrängtes Kleinbürgertum, die Polarisierungseffekte des Kapitalismus hinter dessen Rücken aufzuhalten. Am Privateigentum krampfhaft festhaltend wollen die kleinbürgerlichen Sozialisten »alle das Unmögliche, d. h. bürgerliche Lebensbedingungen ohne die notwendigen Konsequenzen dieser Bedingungen«¹⁴¹. Das Privateigentum bäumt sich gegen das Privateigentum auf, gegen seine ›Konsequenzen‹ in Form der Akkumulation und Konzentration auf der gewandelten technologischen Basis des Kapitalismus. Seine ›Hypertrophien‹, allen voran den Handelsprofit, sodann die anderen Formen ›arbeitslosen‹ Einkommens, das ›Wucherkapital‹ im allgemeinen und schließlich die Monopole beanstandet das Kleinbürgertum in der ihm gemäßen Form des ›Sozialismus‹, indem es sie als ›Auswüchse‹ oder ›Mißstände‹ klassifiziert.

Die Kritik am Kapitalismus nimmt daher zwangsläufig die Form des Einerseits-andererseits an, die sprachlich im Gegensatz zwischen einem idealistischen Oberton und dem auf den Aktionsrahmen des Krämers bezogenen und beschränkten Konkretismus wiederkehrt.¹⁴² »Jedes ökonomische Verhältnis hat eine gute und eine schlechte Seite; das ist der einzige Punkt, in dem Herr Proudhon sich nicht selbst ins Gesicht schlägt. Die gute Seite sieht er von den Ökonomen hervorgehoben, die schlechte von den Sozialisten angeklagt.«¹⁴³ Die ›gute Seite‹ entspricht der ›ewigen Idee‹, die ›schlechte‹ einer verderbten, korrumpierten Praxis — woraus sich beliebige ›Widersprüche‹ deduzieren lassen (Proudhon, so erläutert Marx ironisch, »neigte von Natur aus zur Dialektik«¹⁴⁴), die doch nichts anderes sind als die Projektion der Situation des Kleinbürgers selbst: Einverstanden mit den Grundlagen des Kapitalismus, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln¹⁴⁵,

¹⁴¹ Marx, Das Elend der Philosophie, a.a.O., S. 16.

¹⁴² »Der Stil ist oft«, bemerkt Marx im Hinblick auf Proudhon, »was die Franzosen *ampoulé* nennen. Hochtrabend spekulatives Kauderwelsch, deutsch-philosophisch sein sollend, tritt regelrecht ein, wo ihm die gallische Verstandesschärfe ausgeht« (Brief an Schweitzer, a.a.O., S. 366). Ebenso regelmäßig wird der kleinbürgerliche Sozialismus extrem konkretistisch, wo er ›praktisch‹ wird: So brachten etwa die Proudhonisten in die Debatte um die Grundsatzstatuten (!) der I.A.A. einen Antrag ein, der nicht nur die Tauschbanken, sondern zugleich deren Verrechnungsmodus, ja geradezu die Abbuchungsgebühren en détail vorsah; ›Magazine‹ und ›Kontore‹ sollten eröffnet werden, in denen man »gleichwertige Waren oder Dienstleistungen« austauschen könne, »und zwar ohne jeglichen Aufschlag, abgesehen von der Deckung der durch die Registrierung dieser Waren oder Dienstleistungen entstehenden Kosten!«

¹⁴³ Marx, Das Elend der Philosophie, a.a.O. S. 145.

¹⁴⁴ Ders., Brief an Schweitzer, a.a.O., S. 368.

¹⁴⁵ Gänzlich verfehlt ist m. E. die Lenksche Einschätzung, daß Proudhon sich »von den ›kleinbürgerlichen Sozialisten‹ [. . .] darin (unterschied), daß

werden ihm seine Manifestationen — Pauperisierung und Expropriation — in der Realität zum Verhängnis, in der Theorie zum Ärgernis.

Im Gegensatz zu Bakunin, einem »Mensch(en) ohne alles theoretische Wissen«, dessen ökonomische Vorstellungen sich auf »St. Simonistischen Blödsinn«, die Abschaffung des Erbrechts, im wesentlichen beschränkten¹⁴⁶, plagte Proudhon »sich damit ab, gesellschaftliche Einrichtungen auszuklügeln«, welche die »ewige Idee« der Gleichheit und Gerechtigkeit im Warentausch wiederherstellen sollten, und versuchte damit »wenigstens, die ökonomische Frage auf ökonomischem Wege, durch Aktion der austauschenden Warenbesitzer selbst, zu lösen.«¹⁴⁷ Noch sein »Moralismus« ist derart »theoretisch« fundiert, in ökonomische Vorstellungen eingebettet, wonach die Geschehnisse der *Zirkulationssphäre* für die »misère« des Kleinbürgertums *und* des Proletariats verantwortlich sind, indem sie den »gerechten Tausch« verhindern.

Proudhons Tausch- und Volksbanken sind Projekte, die mittels der Abschaffung des Geldes, des Handelsgewinns und durch zinslosen Kredit die »Ungerechtigkeiten« der Zirkulation umgehen sollen. Diese Wendung gegen den Geldbesitz als solchen, in dem schließlich alle gesellschaftliche Macht verortet wird, weist ebenso auf die spezifischen makroökonomischen Bedingungen Frankreichs zurück — den bestimmenden Einfluß, den hier die Finanzbourgeoisie auch gegenüber den industriellen Kapitalisten lange noch besaß —, wie sie andererseits das kleinbürgerliche Grundmuster in idealtypischer Form repräsentiert: Als Angriffsobjekte rangieren an erster Stelle die Einkommensformen, die aus dem Eigentum als solchem zu resultieren scheinen, der Zins, den der Geldkapitalist bei Abstinenz vom Produktionsprozeß erhält. »Aber das *zinstragende Kapital*«, wie Proudhon es tat, »als die *Hauptform des Kapitals* betrachten, aber eine besondere Anwendung des Kreditwesens, angebliche Abschaffung des Zinses, zur Basis der Gesellschaftsumgestaltung machen wollen ist eine durchaus *spießbürgerliche Phantasie*.«¹⁴⁸

er nicht wie diese nur einzelne Seiten oder »Auswüchse« wie das Fabrikssystem oder das Geld angriff, sondern die Institution (!) des Privateigentums selbst« (a.a.O., S. 92). Proudhon wurde von Marx und Engels nicht zuletzt deshalb als Prototyp des »kleinbürgerlichen Sozialisten« etikettiert, weil er auch in seiner vergleichsweise »revolutionären« Frühschrift *keineswegs* die »Institution des Privateigentums selbst« angriff, sondern ausschließlich ihre »Auswüchse« — was ja bereits aus seiner Definition des Eigentums als »Diebstahl« hervorgeht, die das Eigentum als Institution allemal voraussetzt.

¹⁴⁶ Marx, Brief an Bolte, a.a.O., S. 329.

¹⁴⁷ Friedrich Engels, Vorwort zu: Marx, Das Elend der Philosophie, a.a.O., S. 31.

¹⁴⁸ Marx, Brief an Schweitzer, a.a.O., S. 367.

Die Attacke auf jegliche Art von *Sinekure*, die der kleinbürgerliche Sozialismus vornimmt, impliziert per se bereits die Ablenkung vom spezifisch *kapitalistischen* Klassenkonflikt, und zwar in zweierlei Hinsicht: 1. behält sie das Modell des mittelalterlichen Wucherkapitals bei, entdeckt also hinter dem Zins keineswegs die neue, kapitalistische Grundlage der Mehrwerterzeugung in der *Produktion*, die schließlich auch — trotz aller spezifisch französischen Anachronismen — die ökonomische Basis der politisch dominanten Finanzbourgeoisie darstellte; 2. trifft sie den falschen Gegner: Die Lohnarbeit steht niemals dem zinstragenden, sondern stets dem im Produktionsprozeß fungierenden Kapital direkt gegenüber; die Wendung gegen das Zirkulations- und Geldkapital ist daher keineswegs schon eine Parteinahme für das Proletariat, sondern begünstigt zunächst geradezu die ›Fraktion‹ des Kapitals, der die Lohnarbeit unmittelbar ausgesetzt ist.¹⁴⁹

Die Gesellschaft kleiner Besitzer und Warenproduzenten bleibt daher nicht nur der vom kleinbürgerlichen Sozialismus ersehnte *Idealzustand* und *Maßstab der Kritik* an den kapitalistischen Verhältnissen, sondern bildet zugleich die Grundlage der *ökonomischen Theorie*, die diese interpretiert. Die Verschleierung der kapitalistischen Klassenverhältnisse vollzieht sich im kleinbürgerlichen Sozialismus nicht einmal primär durch die Verlagerung des Antikapitalismus auf Sinekuren. Entscheidender noch sind die Erklärungen, die er für die Wirkungsweise des industriellen Kapitals bereithält. Der Proudhonismus bleibt, mit anderen Worten, bei der (falschen) Erklärung der Zirkulationssphäre, des Handelsprofits, des Zinses usf. keineswegs stehen, sondern begibt sich in die ›merkantile Illusion‹ gerade dort, wo es sich um das *produktive* Kapital handelt.

Wie nämlich bei der Betrachtung des Geldes die einfache Warenzirkulation das Grundmuster bildet — darauf deuten vor allem die Versuche Proudhons hin, ein ›Arbeitsgeld‹ einzuführen, das Geld also seiner Kapitalfunktion zu entkleiden und es auf seine Rolle in der Zirkulation der Waren zu beschränken —, so erweist sich die Bindung an vorkapitalistische Produktionsformen auch dem Phänomen des industriellen Profits gegenüber als resistent. Dieser erscheint grundsätzlich als Prellerei, als Betrug und Übervorteilung, sei es des Käufers oder Konsumenten, sei es des Lohnarbeiters. Im ersten

¹⁴⁹ Der »verleihende Kapitalist steht als solcher direkt dem im Reproduktionsprozeß wirklich fungierenden Kapitalisten gegenüber, nicht aber dem Lohnarbeiter, der gerade auf Grundlage der kapitalistischen Produktion von den Produktionsmitteln expropriert ist. Das zinstragende Kapital ist das Kapital *als Eigentum* gegenüber dem Kapital *als Funktion*. Aber soweit das Kapital nicht fungiert, exploitiert es nicht die Arbeiter und tritt in keinen Gegensatz zur Arbeit« (Kapital III, S. 392).

Fall ist er reiner Zirkulationsgewinn: ein Preisaufschlag über den eigentlichen, ›wirklichen‹ Wert der Waren, den der Kapitalist qua privilegierter Position verordnen kann — hiergegen setzen sich die Tauschbanken zur Wehr, in denen Waren ›direkt‹, d. h. unter Vermeidung des Handelsprofits, ausgetauscht werden. Aber die Proudhonsche Theorie kennt noch eine zweite Argumentation, ohne die es ihr schwerlich gelungen wäre, einen bestimmenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu entfalten: Der industrielle Profit schädigt nicht nur die Konsumenten, sondern ebenso den Arbeiter, indem er ihm einen Teil des Lohns vorenthält, der ihm ›gerechterweise‹ zusteht.¹⁵⁰ Doch auch hier steht Abhilfe auf friedlichem Wege bereit: Proudhons Konzepte der Arbeiterkompagnien und Kooperativfabriken wenden sich gegen die »betrügerische Weigerung« des Kapitalisten, dem Arbeiter das zu zahlen, was ihm gebührt, wodurch schließlich »die Not des Arbeiters«, der »Luxus des Müßiggängers und die Ungleichheit der Bedingungen« veranlaßt seien. »Darin hauptsächlich besteht das, was man so richtig die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen genannt hat.«¹⁵¹

Erscheint im ersten Fall der Profit als ein Aufschlag über den Wert der Ware, so im zweiten als Abzug, den der Arbeiter sich gefallen lassen muß. »Proudhon ist offenbar nicht hinter das Geheimnis gekommen, wie der produktive Kapitalist Ware zu ihrem Wert verkaufen kann [...] und ebendadurch einen Profit empfängt über das Kapital hinaus, das er in den Austausch wirft.«¹⁵² Wenn Proudhon darauf insistiert, daß der Arbeiter im Kapitalismus prinzipiell nicht das erhält, was ihm zusteht, so beruht hier schließlich auch das Verhältnis von Kapital und Arbeit auf einem ›ungerechten Tausch‹. Der Maßstab der Kritik am Kapitalismus bleibt die einfache Warenproduktion, und seine ›kooperativen‹ Veranstaltungen

¹⁵⁰ Hatte Lenk (vgl. oben Fußn. 142) Proudhon zunächst eine Kritik des Eigentums unterstellt, die er nie vollzogen hat, und ihn damit ›sozialistischer‹ erscheinen lassen, als er es war, so verzerrt er seine Theorie später in die umgekehrte Richtung, wenn er nämlich behauptet, daß Proudhons Kritik am Kapitalismus »nicht an den Produktionsformen selbst, d. h. der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung« ansetzt (a.a.O., S. 99). Hier wiederum erscheint Proudhon *ausschließlich* als Kleinbürger, der sich um die beiden anderen Klassen, um das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital gar nicht erst bekümmert. Das einzig ›geniale‹ Bruchstück der ökonomischen Theorie Proudhons aber besteht m. E. gerade in der Herleitung des Mehrwerts aus der *Gesellschaftlichkeit* der Arbeit, einer Produktivkraft, die der Kapitalist durchaus *privat*, und zwar unbezahlt, appropriiert: »Jene ungeheure Kraft nämlich, die aus der Vereinigung und der Harmonie der Arbeiter, aus der gleichen Richtung und Gleichzeitigkeit ihrer Anstrengungen entsteht, die hat er (der Kapitalist — A. L.-F.) nicht bezahlt« (Proudhon, a.a.O., S. 91).

¹⁵¹ Ebd., S. 93.

¹⁵² Kapital III, S. 358.

können nur den einen Zweck haben: die Arbeiter in kleine Warenproduzenten rückzuverwandeln, die nicht ihre Arbeitskraft, sondern ihre Produkte zu Markte tragen. Bei Proudhon »läuft alles darauf hinaus, daß er den Austausch zwischen Kapital und Arbeit auf den einfachen Austausch von Waren als Tauschwerten, auf die Momente der einfachen Zirkulation reduzieren will, d. h. eben von dem spezifischen Unterschied, auf den alles ankommt, abstrahiert«¹⁵³.

Diese Ausdehnung der von den Verhältnissen zwischen kleinen Warenproduzenten abgezogenen Interpretationsmuster auf die kapitalistischen Produktionsbedingungen gestattete es dem Proudhonismus, auf die Arbeiterbewegung überzugreifen und als eine Form des ›Sozialismus‹ zu figurieren. Der *Äquivalententausch*, die Fundamentalnorm des Kleinbürgertums, erscheint gerade da als verletzt, wo sie mit der allem Warentausch innewohnenden Regelmäßigkeit eingehalten wird: im Austausch zwischen Kapital und Arbeit, dessen Effekt, die Entstehung eines Mehrwerts, von den Grundsätzen der Warenproduktion aus, die kaum jemand heftiger verteidigte als Proudhon, zwar »ein besonderes Glück für den Käufer (ist), aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer«¹⁵⁴. Das Kleinbürgertum, sofern es der ›Leiden des Volkes‹ gedenkt und sich ›sozialistisch‹ gebärdet, wittert hier gleichwohl Unrecht. Bleibt der Blick auf die Sphäre der Warenzirkulation gebannt, so muß die Entstehung des Mehrwerts, die »in den bloßen Austauschakten nicht sichtbar« ist¹⁵⁵, in der Tat rätselhaft sein. Diese kategoriale Einengung, der das Kleinbürgertum in seiner Fixierung an die Verhältnisse der kleinen Warenproduktion unterliegt, läßt als Kritik prinzipiell nur eine *moralische* zu: Beim kapitalistischen Profit wie beim Kapitalismus überhaupt kann es nur mit ›unrechten‹ Dingen zugehen.

¹⁵³ Karl Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 176.

¹⁵⁴ Kapital I, S. 208.

¹⁵⁵ Kapital III, S. 358.

II. Kleinbürgertum und Liberalismus

Identifiziert man den ökonomischen Gehalt des Liberalismus vorab mit dem Modell des Laissez-faire, so mögen Adam Smith wie die übrigen Repräsentanten der schottischen Schule, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dieses Modell entwarfen und propagierten, als Apologeten einer rücksichtslosen Durchsetzung von Einzelinteressen, wenn nicht gar der Ausbeutungsmethoden erscheinen, deren sich die Herren der englischen Industrialisierung im sogenannten Manchester-Kapitalismus bedienten. Daß die klassische politische Ökonomie von dieser Seite in Anspruch genommen wurde, ist kaum zu bestreiten, und in der Tat sind Bruchstücke ihrer Theorie zu dieser Verwendung geeignet, ihre Leerstellen, Inkonssequenzen und Widersprüche ideologisch nutzbar. Ihre undifferenzierte Zuordnung zu kapitalistischen Praktiken und Herrschaftsinteressen bleibt gleichwohl falsch. Gegen sie spricht nicht nur die Kritik, die eben diese Praktiken in den Werken der schottischen Theoretiker erfuhren; wesentlicher ist die Tatsache, daß die Prämissen selber, auf denen das Laissez-faire und die utopischen Konstrukte einer ›commercial society‹ beruhen, mit denen einer kapitalistischen Gesellschaft und ihren Entwicklungsgesetzen unverträglich sind. Die Begründer des wirtschaftlichen Liberalismus sind, mit anderen Worten, weder in ihrer Moralphilosophie noch in ihrer ökonomischen Lehre die Theoretiker des Kapitalismus, sondern die des Übergangs.

Es ist richtig, daß Smith im persönlichen Interesse des einzelnen den Motor des technologischen und ökonomischen Fortschritts erblickte. »Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern von der Rücksichtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Menschenliebe, sondern an ihr Selbstinteresse und sprechen zu ihnen nie von unserem Bedarf, sondern von ihren Vorteilen.«¹ Zwar waren damit die ›ungeselligen‹ Instinkte als Garanten des gesellschaftlichen Zusammenhangs und seiner Entwicklung ent-

¹Adam Smith, Natur und Ursachen des Volkswohlstandes, Leipzig (o. J.), S. 17.

deckt. Doch liegt hierin kein Paradox, das — wie etwa Colletti meint — nur durch die Zuflucht zu einem ›metaphysischen‹ Modell gesellschaftlicher Harmonie zu verschleiern gewesen sei.² Vielmehr bleibt die Parteinahme der schottischen Schule für die Konkurrenz eingebettet in die Idee des ›fairen Wettbewerbs‹, der Wettbewerbs*beschränkung*: »Ein einzelner darf niemals sich selbst auch nur irgendeinem anderen einzelnen so sehr vorziehen, daß er diesen anderen verletzen oder beleidigen würde, um sich dadurch einen Vorteil zu verschaffen, mag auch der Vorteil, der ihm daraus erwächst, weit größer sein als der Schaden oder die Beleidigung des anderen.« Darf sich das »selfish interest« demnach grundsätzlich nur dann frei äußern, wenn »keinerlei Zusammenhang oder Widerstreit« zwischen ihm und einem anderen erkennbar ist³, so erhebt sich dieses moralische Postulat nicht etwa über die ökonomische Theorie, sondern bleibt an deren Voraussetzungen gebunden: an die Gesellschaft der durch den ›gerechten Tausch‹ miteinander verbundenen Kleinproduzenten. Denn die Koinzidenz von besonderem und allgemeinem Interesse, die das Grundaxiom des Liberalismus bildet⁴, kann sich nur dann einstellen, wenn der Wettbewerb und das hiermit inthronisierte Streben nach maximaler Rentabilität gerade *nicht* dazu führen, daß kleine Kapitale durch die großen aufgesaugt werden, sondern die Streuung des Besitzes aufrechterhalten, ja erst geschaffen wird.

Wenn Smith bekennt, er habe »nie viel Gutes von denen gesehen, die angeblich für das allgemeine Beste tätig waren«, so enthält dieser Rekurs auf das ökonomische Partikularinteresse keine Parteinahme für die kapitalistische Akkumulation, sondern zunächst eine Spitze gegen Bevormundungen und Zwänge seitens des merkantilen Staats. Denn, so setzt Smith fort, »welche Kapitalanlage wirklich am vorteilhaftesten ist, das kann jeder einzelne besser beurteilen als etwa

² »Dieser Widerspruch, daß sich gesellschaftliche Beziehungen — als kommerzielle oder Handelsbeziehungen und daher als Beziehungen, in denen der Gewinn des einen der Verlust des anderen ist und umgekehrt — als ›ungesellige‹ Beziehungen erweisen, wird von Smith durch den Rekurs auf Philosophie gelöst, d. h. durch die Zuflucht zur Metaphysik des naturrechtlichen Utilitarismus« (Lucio Colletti, *From Rousseau to Lenin. Studies in Ideology and Society*, London 1972, S. 158 f).

³ Adam Smith, *Theorie der ethischen Gefühle*, 1. Bd. Leipzig 1926, S. 204 f.

⁴ »Da nun aber der Zweck jeder Kapitalanlage Gewinnerzielung ist, so wenden sich die Kapitalien den rentabelsten Anlagen zu, d. h. denjenigen, in denen die höchsten Gewinne erzielt werden. Indirekt wird aber auf diese Weise auch die Produktivität der Volkswirtschaft am besten gefördert. Jeder glaubt nur sein eigenes Interesse im Auge zu haben, tatsächlich aber erfährt so indirekt auch das Gesamtwohl der Volkswirtschaft die beste Förderung« (Smith, *Volkswohlstand*, a.a.O., S. 227).

der Staat oder eine sonstwie übergeordnete Instanz«⁵. Die Begründung des ökonomischen Liberalismus erfolgte nicht als Apologie des Kapitalismus, sondern primär im Kampf gegen die feudalen Überlagerungen einer warenproduzierenden Gesellschaft und die merkantilistische Wirtschaftspolitik des Staats. Auf *diese* Gesellschaft, in der die neu entstandene merkantile Bourgeoisie bereits zum Parteigänger der alten Gewalten geworden war, deren Lebensformen sie sich assimilierte, richtet sich der Blick des ›petty bourgeois‹: Gegen Luxuskonsum und Verschwendung kehrt er — mitunter indignant — die Moral des Konsumverzichts und der Sparsamkeit, gegen die Diktatur des merkantilen Staats und des mit ihm assoziierten Großkapitals die Autonomie der individuellen ökonomischen Entscheidung. Das wirtschaftliche Gebaren eines ›prudent master of a family‹ bleibt hierbei Maßstab aller Dinge: Die an das Kleineigentum — und nur an dieses — geknüpften Ideale von Arbeitsamkeit und Sparsamkeit werden schließlich auf die Gesamtökonomie übertragen, denn was »in der Wirtschaftsführung eines Familienhaushalts klug ist, das kann auch im Ganzen einer großen Volkswirtschaft kaum Torheit sein«⁶.

Die in der frühen politischen Ökonomie enthaltene Kritik an den überlieferten feudalen und staatlichen Gewalten reflektiert den Standpunkt des sorgsam Hausvaters und Kleinunternehmers, dessen Kapital in der Tat mit persönlicher Arbeit und Konsumverzicht variierte. Für das gesamtgesellschaftliche Konzept dieser Klasse, die ›commercial society‹, bedeutet dies, daß fürderhin nicht mehr das Erbrecht, sondern Arbeit und Sparsamkeit über den Besitz jedes einzelnen entscheiden sollen. Gegenstand der Kritik — und erst von hier aus erschließt sich der Gehalt des frühen ökonomischen *und* politischen Liberalismus — sind daher in erster Linie *außerökonomisch fundierte Privilegien*, als ›künstlich‹ erachtete Einschränkungen, von denen sich die Klasse der Warenproduzenten umgeben sieht. Gegen Beschränkungen der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, gegen ungleiche Besteuerung und Rechtswillkür richtet sich das ›liberale‹ Programm dieser von der landed gentry als ›shopkeepers‹ verachteten Klasse, vor allem aber gegen ökonomische Monopolstellungen einzelner.

Das Konzept einer durch arbeitsteilig organisierte Produktion und gerechte Tauschbeziehungen bestimmten ›commercial society‹ ist mit der Zentralisation der Kapitale unvereinbar. Implizit und explizit ist jene friedfertige und harmonische Gesellschaft vielmehr als Gesellschaft *kleiner* Warenproduzenten

⁵ Ebd., S. 228.

⁶ Ebd.

definiert. »In Europa«, so argumentiert Smith, »verhindern das Erstgeburtsrecht und verschiedene Verkaufsbeschränkungen die Teilung großer Güter und stehen damit der Vermehrung kleiner Eigentümer im Wege. Ein *kleiner Eigentümer* aber, der jeden Teil seines kleinen Anwesens kennt, der es mit all den liebevollen Gefühlen betrachtet, die das Eigentum, insbesondere das kleine Eigentum, naturgemäß erweckt, und der es um deswegen mit Freude nicht nur bebaut, sondern auch verschönt, ist allgemein von allen Landwirten der fleißigste, der vernünftigste und der erfolgreichste.«⁷ Dem Stellenwert, den das in der klassischen Theorie verherrlichte Kleineigentum einnimmt, entsprechen die politischen Forderungen: Innerhalb einer Gesellschaft, deren Zusammenhang materiell durch Arbeitsteilung und Äquivalententausch gewährleistet wäre, bliebe kein Platz für unmittelbare Herrschaftsbeziehungen und die in ihnen fundierten Appropriationsformen; die einzig legitime Grundlage des Gütererwerbs und -besitzes wäre vielmehr die individuelle Arbeit. Hier nun »lebt jeder dadurch, daß getauscht wird, oder anders ausgedrückt: er wird zum Kaufmann, und die menschliche Gesellschaft selbst wird zu dem, was man am besten als Tauschgemeinschaft bezeichnet«⁸.

Den Theoretikern dieser »commercial society« geht es zwar um eine Generalisierung des Tausches; die Folgen einer solchen Ausdehnung der Tausch- und Vertragsbeziehungen: die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, aber werden von ihnen weder als Norm postuliert noch überhaupt in vollem Umfang überblickt. Die Moral- und Sozialphilosophie der Schotten terminiert ebenso wenig wie ihre ökonomische Theorie im Postulat einer kapitalistischen Durchkommerzialisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern begreift auch die Tauschbeziehungen selbst noch als eingebettet in und limitiert durch die Normen von »prudence« (das zweckrationale, an Rentabilität und Sparsamkeit orientierte Handeln), »justice« (eine keineswegs nur formal-rechtliche, sondern materiale Gerechtigkeit) und »benevolence« (den Inbegriff von Gemeinschafts- und fraternité-Vorstellungen). Bereits die Tatsache, daß Smith es für nötig hält, sein ökonomisches Modell meta-ökonomisch zu fundieren, wie vor allem die durchaus *vorkapitalistische* Provenienz des Tugendkatalogs selbst verbieten die eindimensionale Zuordnung seiner Theorie zum ideologischen Überbau des be-

⁷ Adam Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Vol. I, London 1961, S. 441 (Hervorh. A. L.-F. — Diese Stelle ist in der benutzten deutschen Ausgabe, die erheblich gekürzt ist, nicht enthalten.)

⁸ Smith, *Volkswohlstand*, a.a.O., S. 25.

ginnenden Industriekapitalismus. »Statt den uneingeschränkten Eigennutz zu propagieren, fordert er dessen Restringierung [...] und die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen nach dem Maßstab universeller Brüderlichkeit. Nichts wäre demnach unzutreffender, als wenn man Smith als einen simplen Utilitaristen qualifizieren wollte und seine Auffassung vom Menschen als eine pure Doktrin des »economic man« bezeichnete.«⁹

Die Verwertbarkeit der ökonomischen Theorie des Liberalismus für kapitalistische Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen kann sich von daher weniger aus ihren positiven Äußerungen herleiten. Wesentlicher in dieser Funktion sind ihre blinden Flecken und inneren Unstimmigkeiten, die der historischen Situation des »petty bourgeois« entspringen. Der Kampf gegen Privilegien, ein essentielles Merkmal aller kleinbürgerlichen Opposition, muß sich da bornieren, wo diese Vorrechte nicht mehr prinzipiell politisch vermittelt, sondern durchaus ökonomisch fundiert sind. Von der Konzeption der »commercial society« her läßt sich das spezifisch kapitalistische Produktionsverhältnis nämlich kaum erfassen. Sie setzt selbständige Warenproduzenten voraus, die nicht ihre Arbeitskraft, sondern ihre fertigen Produkte — den Überschuß über den Eigenverbrauch — zum Markt tragen.¹⁰ Wie nun innerhalb dieser »Tauschgemeinschaft« ein Proletariat im Grunde fehlt, so verweist auch das »Kapital« hier noch keineswegs auf ein gesellschaftliches Verhältnis, sondern erscheint als bloße Restgröße, als der Teil des Arbeitsertrags, der nicht konsumiert, sondern gespart wurde.

In diesen Entwurf einer kleinbürgerlichen Tauschgemeinschaft allerdings ließen sich die fortgeschrittenen kapitalistischen Zustände Englands, die die Klassiker des Liberalismus vor Augen hatten, nicht mehr einfangen. Geht es um deren Beschreibung, so durchläuft der Begriff des »Kapitals« denn auch einen bemerkenswerten Wandel: Gegenüber seiner ursprünglichen, aus der Opposition gegen feudale und post-

⁹ Hans Medick, Naturzustand und Naturgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Die Ursprünge der bürgerlichen Sozialtheorie als Geschichtsphilosophie und Sozialwissenschaft bei S. Pufendorf, J. Locke und A. Smith, Göttingen 1973, S. 222.

¹⁰ »Und so ist es die Gewißheit, gegen den über den eigenen Bedarf hinausgehenden Überschuß ihres Arbeitsertrages Erzeugnisse anderer, wie man sie gerade braucht, eintauschen zu können, die die Menschen dazu bringt, sich ausschließlich einer bestimmten Beschäftigung zu widmen und die ihnen eigentümliche Begabung für diese oder jene Art von Tätigkeit zu pflegen und zu vervollkommen« (Smith, Volkswohlstand, a.a.O., S. 18; Hervorh. A. L.-F.). Auch die Arbeitsteilung, die Smith an dieser Stelle im Sinn hat, ist deutlich noch die handwerkliche und keineswegs die industrielle.

feudale Verhältnisse gewonnenen Titulierung als ›savings‹ erlangt es an anderer Stelle den Status eines autonomen, der Arbeit gegenüber selbständigen ›Produktionsfaktors‹ und einer eigenen Einkommensquelle.¹¹

Das Schwanken zwischen der *Arbeitswertlehre*¹² auf der einen, der *Theorie der drei Produktionsfaktoren* auf der anderen Seite¹³ kennzeichnet die Position des frühen, ›kleinen‹ Bürgertums, das sich angesichts der überhängenden alten Gewalten revolutionär gebärdet, den neu entstehenden Herrschaftsverhältnissen gegenüber jedoch machtlos, auf die Kritik an der Peripherie verwiesen bleibt.¹⁴ Die ökonomische Theorie des Liberalismus besitzt so in ihrer ursprünglichen Formulierung einen ›linken‹ und einen ›rechten‹ Flügel: Hatte die Arbeitswertlehre die Theorie zweier antagonistischer Klassen zur Folge, die Unterscheidung zwischen den Arbeitsamen, die zusammengenommen die ›commercial society‹ bilden, und den privilegierten Müßiggängern, so mündet die bis heute sich erhaltende Lehre von den Produktionsfaktoren in der Vorstellung dreier gesellschaftlicher Gruppen — Arbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer —, deren Verhältnis zueinander als prinzipiell friedlich konzipiert wird und angreifbar nur dort ist, wo

¹¹ »Der Kapitalgewinn, so könnte man denken, sei nur ein anderer Name für den Entgelt einer bestimmten Art Arbeit, der Arbeit nämlich, die in der Beaufsichtigung und Leitung des Unternehmens besteht. Er ist jedoch durchaus anderer Natur, ist von ganz anderen Bestimmungsgründen abhängig und steht zu der Größe, der Mühe und dem Intelligenzaufwand jener vorgeblichen Arbeit, nämlich der Beaufsichtigung und Leitung, in gar keinem Verhältnis. Vielmehr richtet er sich nach dem jeweiligen Werte des aufgewendeten Kapitals« (Smith, ebd., S. 55).

¹² »Arbeit ist demzufolge der wahre Maßstab für den Tauschwert aller Waren« (ebd., S. 33).

¹³ Dieser Widerspruch in der Smithschen Ökonomie, der sich in der Folgezeit als Gegensatz von marxistischer und sog. bürgerlicher Ökonomie äußerte, wurde von reflektierten Nationalökonomien wiederholt akzentuiert: »Soeben sagt er uns: Wenn eine Ware sich gemäß der Arbeit, die sie gekostet hat, verkaufen ließe, würde sie für *das, was sie wirklich kostet*, verkauft werden. Jetzt versichert er uns mit nicht geringerer Bestimmtheit, daß eine Ware, die gemäß der Produktionskosten verkauft wird ›genau für das, was sie wert ist, oder für das, was sie demjenigen, der sie feilbietet, wirklich kostet, verkauft wird. Der ›wahre‹ Wert der Waren ist daher der, der mit ihren Produktionskosten übereinstimmt. Darunter ist zu verstehen die Summe, die genügt, um zum normalen Preis den Lohn der Arbeit, den Zins des Kapitals und die Rente des Bodens zu zahlen, die zu ihrer Erzeugung beigetragen haben« (Charles Gide und Charles Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena 1923, S. 85 f.).

¹⁴ Nicht eine im System des Kapitalismus selbst verankerte Ausbeutung ist Gegenstand der Kritik, sofern diese sich der zeitgenössischen Lage des Proletariats zuwendet, sondern die bedrückenden und demoralisierenden Bedingungen, die durch die neue Technologie gesetzt wurden. Eine Abhilfe suchen die Vertreter der schottischen Schule hier vor allem in Bildungs- und Aufklärungsbemühungen, durch die sich das Los der Industriearbeiter bessern soll.

es die Grenzen des ›gerechten Tauschs‹ überschreitet und neue ›Privilegien‹ zeugt.

Die Bindung des kleinbürgerlichen Entwurfs einer politischen Ökonomie an die Kritik feudaler und durch politische Privilegien überlagerter Gesellschaftsstrukturen erweist sich nicht zuletzt darin als wirksam, daß insbesondere das Verhältnis von ›capital‹ und ›labour‹ als ein harmonisches gilt. Wo es als gegensätzlich erscheint, kann es sich — nach den Prämissen dieser Theorie — grundsätzlich nur um ›Verzerrungen‹ handeln: Die Unterprivilegierung des Proletariats ist für Smith die Folge einer Defizienz der ›commercial society‹, die sich allemal *außerökonomischen* Gewalten und ihrer Fähigkeit verdankt, sich in den ›gerechten Tausch‹, der sonst das Kontraktverhältnis der Lohnarbeit bestimme, einzuschieben.¹⁵ Die Allianz von ›capital‹ und ›labour‹ — hinter denen die schottische Schule allerdings bereits gesellschaftliche Klassen entdeckte — ergibt sich dagegen aus dem sie beide umschließenden und beiden ›nützlichen‹ Charakter des ›Produktiven‹, in dem sie sich von eben jenen überkommenen Gewalten, ihrem demonstrativen Konsum wie damit auch von der Tätigkeit (oder Untätigkeit) der zur Demonstration dieses Konsums verwandten Lakaïen zentral unterscheiden.¹⁶

¹⁵ »Trotz der von ihm konstatierten Unterprivilegierung der Lohnabhängigen als Resultat der ökonomisch und politisch stärkeren Position der Unternehmer hält Smith die von ihm wenigstens als Phänomen diagnostizierte ›Soziale Frage‹ nicht für ein gesellschaftliches Strukturproblem, sondern lediglich für ein Problem der Verzerrung des wirtschaftlichen Fortschritts durch das politische System des Merkantilismus. Die Unterprivilegierung der Lohnabhängigen erscheint ihm als Resultat der ökonomisch-politischen Machtstruktur, in welcher sich ›merchants and manufacturers‹ in einer ›conspiracy against the public‹ befinden, nicht aber als Resultat eines strukturellen Gegensatzes zwischen Kapital und Lohnarbeit« (Medick, Naturzustand, a.a.O., S. 281).

¹⁶ »Es gibt eine Art von Arbeit«, so beginnt Smith seine Unterscheidung zwischen ›produktiver‹ und ›unproduktiver‹ Arbeit, »die dem Gegenstande, an dem sie sich betätigt, Wert hinzufügt, und es gibt eine andere, die solche Wirkung nicht hat. Die erstere Art von Arbeit kann, da sie werterhöhend wirkt, produktive, die letztere dagegen muß unproduktive genannt werden. So fügt beispielsweise die Arbeit eines Handarbeiters normalerweise dem Werte der Rohstoffe, an denen er arbeitet, den Wert seiner eigenen Unterhaltskosten und den des Gewinnes seines Arbeitgebers hinzu.« Dagegen wirkt »die Arbeit eines Dienstboten« — d. h. eines dem Feudalsystem zugehörigen Lakaïen — »nicht werterhöhend«, seine »Unterhaltskosten [...] kommen niemals wieder herein« (Volkswohlstand, a.a.O., S. 201), und seine Bezahlung ist daher »unproduktive« Verschwendung. Obwohl Smith hier bereits den Marxschen Begriff der ›produktiven Arbeit‹ antizipiert — die nämlich nicht nur dem Lohnarbeiter den Lebensunterhalt, sondern auch seinem ›master‹ den ›profit‹ sichert —, reflektiert auch bei ihm — wie zuvor im physiokratischen Liberalismus und später noch im Frühsozialismus (vgl. 1. Abschnitt, Kap. 3) — die Trennung zwischen ›produktiver‹ und ›unproduktiver‹ Arbeit insbesondere in ihrer klassentheoretischen Konsequenz noch die anti-feudale Frontstellung.

Die Festlegung auf den Kampf gegen Privilegien, gegen Müßiggang und Verschwendung, die es mit sich bringt, daß Smiths ökonomischer Theorie, seinen »Ansichten über die Vorteile des Sparens [. . .] — wie übrigens dem gesamten Bild, das die Klassiker vom sozialen Leben hatten — etwas Kleinbürgerliches an(haftet)«¹⁷, erweist sich gegenüber kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen zwangsläufig als machtlos. Ging die Kritik am alten System davon aus, daß die Gesamtökonomie nur nach denselben Gesetzen sich erweitert wie das Kleineigentum des biedereren Hausvaters, so wird dieser Ansatz, sobald die Gerechtigkeit des Tausches gesamtgesellschaftlich gewährleistet scheint, konsequent verlassen; eine »invisible hand« tritt auf den Plan, mit der seltsamen Eigenschaft, »private vices« in »public benefits« zu verwandeln.

Die erste systematische Begründung des ökonomischen Liberalismus erfolgte »zwischen den Fronten«: von seiten des kleinbürgerlichen »shopkeepers«, der »einerseits« am individuellen Eigentum als einem unbedingten Recht gegen jeden Versuch des »levelling« von unten festhielt und somit, malgré lui, das Tor zum Kapitalismus offen ließ; der »andererseits« politische und ökonomisch-monopolistische Eingriffe von oben in die auf der Basis ungefähr gleichen Besitzes sich herstellenden »gerechten« Tauschbeziehungen brandmarkte. Die schottische Schule erkennt im industriellen Kapital zwar einen neuen »Produktionsfaktor«, doch fehlt ihr der Begriff von Ausbeutung als der notwendigen Ursache seines Entstehens, Funktionierens und seiner Akkumulation. Grundlegend bleiben vielmehr das vom »kleinen Meister« dirigierte, handwerklich-manufakturrell strukturierte Kleinunternehmen, in dem beide, der »master« wie der Abhängige, ihr »gerechtes« Auskommen finden, sowie eine Gesellschaftsstruktur, in der soziale Mobilität, d. h. das Herauswachsen aus der Situation des Lohnabhängigen durch Gründung eines gleichartigen Kleinbetriebs, prinzipiell möglich ist.

Die Entstehung des ökonomischen Liberalismus markiert eine Phase des sozialen Prozesses, in der die Entwicklung der gewerblichen Produktivkräfte, die sich über Jahrhunderte hinweg in den Subsystemen der kleinen Warenproduktion konzentriert hatte, an die institutionellen Schranken des feudal-absolutistischen Staats stieß. Die Durchbrechung dieser Schranken erfolgte politisch unter Postulaten, die sich im Binnenraum der kleinen Warenproduktion ausgebildet hatten und nunmehr als Regulative der Gesamtgesellschaft gelten sollten. Diese sozial-historische Verankerung der politischen Begriffe von

¹⁷ L. J. Zimmerman, Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Köln ²1961, S. 58.

Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit im Gesellschaftssystem der kleinen Warenproduktion ist ebenso Gegenstand des *nächsten Kapitels* wie die ›juridische Transformation‹, die sie zu erfahren hatten, um schließlich zu den verfassungsrechtlich gesicherten Rahmenbedingungen einer kapitalistischen, die Grenzen der Kleinproduktion definitiv verlassenden Gesellschaft zu werden.

Diese Transformation läßt sich beschreiben als Restriktion ihres ursprünglichen Gehalts, als Ausblendung der utopischen Dimensionen, die mit dem harmonistischen Ideal einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten verknüpft waren. Diese Funktionalisierung durch Formalisierung, von der ›liberalen‹, konstitutionalistischen Bourgeoisie in den verfassungsgebenden Versammlungen vollzogen, entfremdete den Liberalismus von seinen ursprünglichen Intentionen. Doch verlief der Transformationsprozeß der feudal-absolutistischen in eine bürgerliche Gesellschaft, der sich in jenen die monarchische Gewalt beschränkenden oder beseitigenden Verfassungen spiegelt, keineswegs so geschlossen und eindimensional, wie es sich in den Schulbüchern der Geschichte ausnimmt, die gewöhnlich etwa die jakobinische Schreckensherrschaft als bloße ›Auswucherung‹ der einmal begonnenen Revolution beschreiben. Die Träger der Revolution, die vorwiegend *kleinbürgerlichen* Volksmassen, die mit der Revolution weitergehende Ansprüche verbanden als die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit, lehnten sich für einen kurzen Augenblick der Geschichte nicht *nur* gegen die alten Mächte von Adel, Geistlichkeit und Hof auf, sondern wandten sich ebenso gegen die von der ›liberalen Bourgeoisie‹ verfügte vorzeitige Beendigung der Revolution, gegen die Stabilisierung der sozialen Verhältnisse, die sich in der Folgezeit als offen gegenüber der kapitalistischen Entwicklung erwiesen.

Ist dieser Gegensatz des jakobinischen Kleinbürgertums zur liberalen Bourgeoisie, die objektiv, trotz subjektiv aufs ›Allgemein-Menschliche‹ gerichteter Intentionen, die Interessen der entstehenden Industriebourgeoisie vertrat, Thema des *zweiten Kapitels*, so soll das *dritte* den Wandlungsprozeß des in Parteien institutionalisierten Liberalismus beschreiben, wie er sich *nach* der Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft im Zusammenhang der kapitalistischen Entwicklung und damit des Niedergangs des Kleinbürgertums vollzog. Ist die hervortretende Schwäche des Liberalismus zunächst Folge des tendenziellen Zusammenbruchs seiner sozialen Basis, so ließ andererseits diese notorische Schwäche selbst das Kleinbürgertum am Liberalismus — und schließlich am Parlamentarismus insgesamt — irrewerden. Das deutsche Kleinbürgertum wandte sich, anfänglich bereits im Kaiserreich, später, in der Weimarer

Republik, geschlossener und mit weiterreichenden Konsequenzen von einem politischen System ab, das einen gesellschaftlichen Zusammenhang regelte, von dem sich das Kleinbürgertum, aufgrund seiner ungleichzeitigen Stellung, ausgeschlossen sehen mußte.

1. Die Verwurzelung des Liberalismus in der kleinen Warenproduktion

Getreu ihrer klassischen Tradition befindet sich die Nationalökonomie stets noch auf der Suche nach Gleichgewichten. Soweit dieses Bemühen auf die *Gesamtheit* aller Güterpreise gerichtet war, förderte man bis heute ein sogenanntes ›totales Gleichgewicht‹ einzig für die Situation der vollständigen Konkurrenz zutage. Eine der kapitalistischen Wirklichkeit gänzlich unangemessene Modellsituation also wird revoziert, um unter erheblichem mathematischen Aufwand ökonomische Prozesse in Form einer ›Totalanalyse‹ einzufangen, die der allgemeinen Interdependenz der ökonomischen Größen Rechnung trägt, während man sich bei der realitätsnäheren monopolistischen und oligopolistischen Preisbildung mit sogenannten ›Partialanalysen‹ zu bescheiden hat.

Trotz der aufdringlichen Realität ökonomischer Machtgebilde bleibt »die Theorie des vollkommenen Wettbewerbes ein unentbehrliches Hilfsmittel, um die Vorgänge in der realen Welt zu erklären«¹⁸. Die Schwierigkeiten, die man bei der theoretischen Erfassung jener ›unvollkommenen‹ Welt des Monopolkapitals in Kauf zu nehmen hat, sofern man sich auf dem Boden der klassischen Ökonomie bewegt¹⁹, sind allerdings ebensowenig ein Zufall wie die Fixierung auch der heutigen

¹⁸ Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung, Band I, Köln ⁵1972, S. 102.

¹⁹ Diese Schwierigkeiten, für die die klassische Ökonomie von sich aus keine Lösungsmöglichkeiten bietet, beziehen sich darauf, daß der Faktor ›Macht‹ in verschiedener Hinsicht ein gegenüber dem bloß ökonomischen ›Erwerbsprinzip‹ eigenständiges Gewicht erlangt: Zum einen erzeugt er — z. B. im Fall des bilateralen Monopols — Verhandlungsstrategien, *soziales* Verhalten also, dessen Resultat durch bloße *ökonomische* Größen nicht mehr eindeutig determiniert ist — daher der Übergang etwa zur Spieltheorie; zum anderen wird der Begriff der ›Wirtschaftseinheit‹, von dem die bisherige Ökonomie ausging, dadurch problematisiert, daß die *interne* Herrschaftsstruktur wirtschaftlicher Großgebilde, das Machtgefälle zwischen den einzelnen Fraktionen, Einfluß auf die ›Außenpolitik‹, das sog. Marktverhalten gewinnt, dessen *Ziel* (drittens) mit der Gewinnmaxime nicht mehr zureichend umschrieben ist, wenn nämlich die Erhaltung von Machtpositionen (der Kampf um den sog. Marktanteil) über längere Strecken hinweg dominiert. (Daher z. B. H. Alberts Forderung, die Nationalökonomie insgesamt als eine ›spezielle Soziologie‹ zu begreifen.)

Nationalökonomie an die realitätsferne Modellsituation der freien und vollständigen Konkurrenz. Die Preisbildung wirtschaftlicher Machtgebilde scheint nicht nur die ideologisch unterstellte ›Konsumenten-souveränität‹ zu beschneiden²⁰, sondern überhaupt jene Harmonie zu zerstören, welche die klassische Theorie in Gestalt einer invisible hand hinter dem betriebsblinden, auf die sogenannte Mengenanpassung verwiesenen ökonomischen Tun der einzelnen als gesamtgesellschaftliche Resultante vermutete. Markt-›forschung‹ durchbricht die für ein ›totales Gleichgewicht‹ gesellschaftlich notwendige Bornierung der einzelnen Anbieter; Verhandlungstaktiken führen ein weitgehend inkalkulables Element in die sonst vorausgesetzte Automatik des Marktes ein; Marktmanipulation auf der Basis des Großkapitals tut der invisible hand und damit der von den Klassikern unterstellten Koinzidenz von Gesamtwohl und Einzelinteresse offenbar Abbruch: »Vollkommene Konkurrenz liegt nur dann vor, wenn kein Bauer, kein Unternehmer und kein Arbeiter einen genügend großen Marktanteil hat, um einen Marktpreis merkbar beeinflussen zu können; wenn sein Angebot an Getreide, Gütern oder Arbeit groß genug ist, um Marktpreise steigern oder senken zu können, liegt ein bestimmter Grad von monopolistischer Unvollkommenheit (!) vor, und die unsichtbare Hand ist weniger wirksam.«²¹

Der Zusammenhang des liberalen Modells von Selbstregulierung und Harmonie mit einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten ist hier evident. Das ›totale Konkurrenzgleichgewicht‹ setzt den ›atomistischen‹ Wettbewerb voraus, und dieser wiederum bestimmt sich dadurch, daß die Zahl der Anbieter und Nachfrager zu groß ist, um einem einzelnen von ihnen einen ausschlaggebenden Einfluß auf den Preis der Waren zu erlauben.²² Erst dann, wenn nämlich dieser Einfluß sich der Nullgrenze nähert und mithin auch theoretisch zu vernachlässigen ist, gewinnt der Markt jene ›Objektivität‹, die das Eingreifen außerökonomischer Instanzen überflüssig macht, wird

• ²⁰ Sollen doch, der nach wie vor herrschenden nationalökonomischen Ideologie zufolge, »die Preise nichts anderes (bedeuten), als daß die Konsumenten durch sie in jedem Augenblick zu einer Entscheidung darüber aufgerufen werden, ob die knappen Produktivgüter der Volkswirtschaft jeweils auf die wirtschaftlichsten Verwendungen aufgeteilt werden oder nicht« (Wilhelm Röpke, Die Lehre von der Wirtschaft, Stuttgart ⁹1961, S. 214).

²¹ Samuelson, a.a.O., S. 65 f. (Hervorh. A. L.-F.).

²² »Im Verhältnis zum Gesamtangebot sind die Angebotsmengen eines einzelnen Anbieters so gering, daß er zu einem gegebenen Preis jede im Bereich seiner Möglichkeiten liegende Menge absetzen kann, ohne daß sich der Preis ändert« (Heinz Sauermann, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Bd. II, Wiesbaden 1964, S. 141).

er zu einer Macht, »die weder rein subjektiv noch übernatürlich ist«²³. Wenn aber die Produktionsmöglichkeiten jedes einzelnen Anbieters (oder Nachfragers — wobei hier die Nachfrage nach Produktionsmitteln relevant ist) so eng begrenzt sind, daß die von ihm auf den Markt geworfene (oder auf ihm nachgefragte) Menge niemals von sich aus den Preis bestimmen kann, so handelt es sich offenbar um eine Gesellschaftsstruktur, deren ausschließliche Produktionsform die Kleinproduktion ist.

Seit seiner Einführung in die politische Philosophie wurde der Markt — wie Macpherson an Hobbes nachweist — mit moralischen Qualifikationen ausgestattet. Da er »der Forderung eines jeden sittlichen Prinzips gerecht wurde: der Transzendierung subjektiver Wünsche und Begierden«, konnte er schließlich gar als ein »Maßstab der Gerechtigkeit« gelten²⁴, der alle übrigen normativen Regulierungen der Gesellschaft gegenstandslos machte. Von der Betonung der »normativen Kompetenz des totalen Konkurrenzgleichgewichts« tritt nun auch die heutige, zumeist spröde und philosophisch entleerte Nationalökonomie keineswegs zurück. Nur allzu gern unterbricht sie die Gleichungsmathematik und wirft sich in moralischer Faszination auf ein Modell, das ihr »die Vorzüge der individuellen Freiheit der Entscheidungseinheiten, der Ausnutzung natürlicher Leistungsanreize und eines Minimums an Informationsbedarf« zu gewährleisten scheint. Dies freilich wird mit Realitätsverlust bezahlt. Denn »gesamtwirtschaftliche Optimalitätsbedingungen«, die es gestatten, »daß das Modell des totalen Konkurrenzgleichgewichts in bestimmter Weise als eine Norm aufgefaßt werden kann«, erfüllt es leider nur »im Gegensatz zu anderen, möglicherweise realitätsnäheren Marktgleichgewichten«.²⁵

Die Persistenz dieses »Kernstücks der ökonomischen Ideologie« unter den durch die kapitalistische Entwicklung umgeworfenen gesellschaftlichen Voraussetzungen, die Flucht in den »Modellplatonismus« weisen ihrerseits auf gesellschaftliche Ursachen zurück. »Auch die vielfach sich anbahnende Erkenntnis von der *Irrealität* der in so allgemeiner Form behaupteten Gleichgewichtstendenz hat den Glauben an die *Optimalität* dieses Zustandes naturgemäß nicht beseitigen können. [...] Je weiter man sich von dem Glauben an die Automatik der Gleichgewichtseinspielung entfernte, desto mehr mußte der *normative* Charakter des ökonomischen Kerngedankens zum

²³ C(rawford) B. Macpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt 1967, S. 97.

²⁴ Ebd.

²⁵ Sauermann, a.a.O., S. 162 (Hervorh. A. L.-F.).

Fragen kommen«. ²⁶ Die Apologeten des Kapitalismus haben die politische Ökonomie des Kleinbürgertums nicht nur nicht überwunden, sondern machen stets bei ihr noch positive Anleihen. Indem sie ein Modell als Norm unterstellt, das seine reale Grundlage einzig in einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten besitzt, läßt die theoretische Nationalökonomie nach wie vor den Kunden als König, den »Konsument(en) als Träger letzter Zwecke, das heißt hier: im Hinblick auf seine Bedürfnisbefriedigung«, erscheinen. ²⁷ Obwohl der Monopolpreis die Grenzen des »gerechten Tauschs« definitiv verletzt, bleibt stets noch die Idee der ewigen Gerechtigkeit, die sich am Schnittpunkt von Angebots- und Nachfragekurve festmacht ²⁸, der »Gleichgewichtspunkt«, an dem »jeder zufrieden« ist ²⁹, Maßstab des kapitalistischen Geschehens.

Daß das Modell der Kleinproduktion sich in die Zeit des Monopolkapitalismus hinüberrettet und hier nach wie vor den gesellschaftlichen Idealzustand verkörpert, ist von unmittelbar politischer Bedeutung. »Der Konsumentenwille ist die maßgebende Instanz für den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens, wie in der klassischen Theorie der Demokratie der Wählerwille das politische Geschehen bestimmt.« ³⁰ Bedürfnisbefriedigung auf dem Wege preisbildender Konsumentenentscheidungen sei im Kapitalismus — den man mit dem Titel der »Verkehrs-« oder »Marktwirtschaft« belegt, um so die historische Differenz zwischen einfacher und kapitalistischer Warenproduktion endgültig zu verwischen — gerade im Vergleich zur »kollektivistischen Alternative« (Röpke) optimal gewährleistet. Diese Vorstellung ist ebenso der harte Kern der »liberalen« Ideologie der Nationalökonomie, wie die Bestimmung der Politik durch das »Volk« — hier über den politischen Wahlakt vermittelt — stets noch zu den gesellschaftlich notwendigen Illusionen zählt, auf die sich jede zur »freiheitlichen Demokratie« sich bekennende Herrschaftstechnik stützt.

Der politische Liberalismus ist nichts als das unmittelbare Korrelat des ökonomischen. ³¹ Sein Zusammenhang mit dem

²⁶ Hans Albert, Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied/Berlin 1967, S. 78.

²⁷ Ebd., S. 52.

²⁸ Daß diese Kurven bei unvollständiger Konkurrenz ihre Namen gelegentlich ändern — eine »Preisabsatzfunktion« auf den Plan tritt, die jedoch nichts als die gesamtwirtschaftliche Nachfragefunktion aus der Optik des Oligopolisten ist —, darf darüber nicht hinwegtäuschen.

²⁹ Samuelson, a.a.O., S. 98.

³⁰ Albert, a.a.O.

³¹ Unter historischem Gesichtspunkt ist er freilich nicht nur als Korrelat, sondern als die politische Konsequenz einer bestimmten ökonomischen Struktur zu begreifen. Die heutigen »Klassiker« der Nationalökonomie allerdings vollziehen vielfach bereits die »Gegenübertragung«: Samuelson etwa spricht von der Verteilung der »Geldstimmen« (oder »consumer votes«), wenn er die Preisbildung veranschaulicht.

»Modell einer Gesellschaft von Kleinwarenproduzenten«, in dem »jeder Anbieter seine Waren selber herstellt, umgekehrt jeder Arbeiter die Produktionsmittel selber besitzt«³², wurde von Jürgen Habermas anhand der Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit im einzelnen entfaltet. Die für die ökonomische Sphäre postulierte allgemeine Konkurrenz wird in die politische Sphäre als Forderung nach allgemeiner, öffentlicher Diskussion übertragen. Deren Resultat, das in ihr sich heraus-schälende ›Vernünftige‹, ist einmal daran gebunden, daß die Diskutierenden sich als ›Gleiche‹ gegenüber treten, daß niemand versucht oder die Möglichkeit besitzt, dem anderen seine Meinung aufzuzwingen, zum anderen daran, daß jedermann Zutritt zu dieser Diskussion erhält, daß einzelne nicht willkürlich ausgeschlossen werden: »Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit.«³³ Es ist unschwer zu erkennen, daß dies die Bedingungen sind, die für die ökonomische ›Harmonie‹ gelten: daß die Angebotsmengen ungefähr gleich sind, niemand also dem anderen den Preis diktieren kann, und daß niemand daran gehindert wird, als Anbieter auf den Markt zu treten.

Das Konzept einer ›herrschaftsfreien Gesellschaft‹ ist an diese Art Öffentlichkeit gebunden: Es unterstellt eine öffentliche Diskussion, die an die Stelle der Willkür einzelner die Vernunft des Ganzen setzt. Diese soll sich in Gesetzen verkörpern, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gewährleisten, wie im Gesetzesstaat überhaupt die Freiheit von Herrschaft, von willkürlichen Verfügungen einzelner erblickt wird. Der Charakter dieser staatlichen Gesetze entspricht, was ihre Herkunft wie ihre Funktion betrifft, exakt der Natur ökonomischer ›Gesetze‹: Sie sind Resultat des Zusammenwirkens aller an der Diskussion — oder der Konkurrenz — Beteiligten, und sie lassen in ihrer Wirkung niemanden aus, d. h. sie sind allgemeinverbindlich. »Das Gesetz selber, an das Exekutive und Justiz sich zu halten haben, muß für jedermann gleichermaßen verbindlich sein; es darf prinzipiell keine Dispensierung oder Privilegierung erlauben. Darin entsprechen die Gesetze des Staates denen des Marktes: beide lassen gegenüber dem Staatsbürger und dem Privatmann keine Ausnahme zu; sie sind objektiv, nämlich nicht von einzelnen zu manipulieren (der Preis entzieht sich der Beeinflussung jedes einzelnen Wa-

³² Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1969, S. 99.

³³ Ebd., S. 98.

renbesitzers); sie sind nicht an bestimmte einzelne adressiert (der freie Markt verbietet Sonderabsprachen).«³⁴

Wenn aber der politische Liberalismus mit dem ökonomischen derart eng verknüpft ist, dann müssen die revolutionären Grundpostulate, in denen er sich im politisch-historischen Prozeß der Transformation des Ancien Régime in eine bürgerliche Gesellschaft formulierte, auf dieselben gesellschaftlichen Voraussetzungen, dieselbe Produktionsform zurückweisen. Die Begriffe von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, die heute noch Parlamentsgebäude schmücken und weiterhin zum politisch-ideologischen Überbau des Kapitalismus zählen, sind, mit anderen Worten, auf die Funktionsbedingungen der *einfachen Warenproduktion* bezogen, einer Produktionsform, die, »als Vermächtnis der feudalen Gesellschaft«³⁵, zu dem sie umgebenden gesamtgesellschaftlichen Rahmen allerdings in explosiver Beziehung stand.

Innerhalb der an den Primat der Agrarproduktion gebundenen Feudalgesellschaft bildete die einfache Warenproduktion eine (städtische) Enklave, ein gesellschaftliches ›Subsystem‹. Ihre Differenz zu den gesellschaftlichen Verhältnissen des Feudalsystems ergab sich zunächst daraus, daß die zunehmend systematisierte und institutionalisierte Arbeitsteilung³⁶ im Rahmen der mittelalterlichen Stadtwirtschaft zur Gewährleistung der kollektiven wie individuellen Reproduktion eine neue Form der Appropriation der Güter erforderlich machte: An die Stelle der auf unmittelbaren Herrschaftsverhältnissen basierten *direkten Appropriation* trat hier der *Tausch*.³⁷

In dieser Enklave arbeitsteiliger Produktion und durch den Tausch vermittelter gesellschaftlicher Beziehungen entwickelte sich erstmalig die systematische Vorstellung von einer Gesellschaft, deren Zusammenhalt *ohne* die Beziehungen von Gewalt, *ohne* die persönliche Herrschaft von Menschen über Menschen gewährleistet sein sollte.³⁸ Die gesellschaftliche

³⁴ Ebd., S. 93.

³⁵ Maurice Dobb, *Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfudalismus bis zur Gegenwart*, Köln/Berlin 1970, S. 185.

³⁶ Deutlichster Ausdruck dieser institutionalisierten Arbeitsteilung waren die Zünfte und ihre klare, oftmals in erbitterten Kämpfen erzwungene Abgrenzung voneinander.

³⁷ »Tauschwirtschaft und Arbeitsteilung sind zunächst nur zwei Seiten einer Sache: wenn die einzelnen Wirtschaftseinheiten (Individuen, Familien, Betriebe oder auch Nationen) nicht jeweils die ganze Skala der von ihnen benötigten Gebrauchsgüter selbst herstellen, sondern sich auf wenige oder einzelne Produkte beschränken, so geht daraus die Notwendigkeit des Tauschens unmittelbar hervor«. (Ronald Wiegand, »„Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus«, in: *Das Argument* 30/1964, S. 142).

³⁸ Diese Aussage impliziert keine Idealisierung der gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die mittelalterliche Stadtwirtschaft existierte. Daß ökonomische Ausbeutung auch über den Tausch möglich ist, hat nicht erst

Klasse, die an der Übertragung ihrer eigenen Existenzbedingungen auf die Gesamtgesellschaft interessiert war, gab ihren Bestrebungen im revolutionären Prozeß, der diese Transformation einleiten sollte, in den Postulaten von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit Ausdruck. Doch verhalf die ›bürgerliche Revolution‹ nicht einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten, sondern der kapitalistischen Gesellschaft zum Durchbruch. Der Liberalismus und mit ihm seine Grundpostulate waren vor einer Umdefinition nicht geschützt. Die ›liberalen‹ Verfassungswerke, die rechtlich das Tor zum Kapitalismus und damit zur ökonomischen Aushöhlung der kleinen Warenproduktion offen ließen, transformierten die Begriffe von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durch Eliminierung ihres ursprünglichen Gehalts, durch Formalisierung.

Die Ableitung der liberalen Postulate macht es daher erforderlich, auf die Funktionsweise einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten zurückzugehen, auf ihr Modell, so wenig es sich geschichtlich je in reiner Form realisierte. Innerhalb dieser Gesellschaft übernimmt der Tausch die Stelle der direkten Appropriation und wird damit zugleich zum Medium der gesellschaftlichen Synthesis. »Keine der Gebrauchshandlungen, konsumtiven oder produktiven, in denen das Leben der Einzelnen sich abspielt, kann im arbeitsteiligen Zusammenhang der Warenproduktion zustandekommen, ohne daß Warenaustausch sie vermittelt.«³⁹ Eine Produktionsform, die nicht mehr nur akzidentell, sondern im Prinzip auf Arbeitsteilung basiert, erfordert den Tausch als Vermittlung der produktiven Einzeltätigkeiten. Im Zentrum der liberalen Theorie steht jedoch keineswegs nur diese technische Vermittlungsfunktion, sondern zugleich die moralische Wertung von Tausch und Arbeitsteilung: Ihre moralische Konnotation erweist sich nicht zuletzt darin, daß ihre Begründung geradezu in eine ›philosophische Anthropologie‹ eingebettet ist. »Kein Mensch«, so argumentiert Smith auf den ersten Seiten des ›Wealth‹, »hat je einen Hund ehrlich und vernünftig den Tausch eines Knochens gegen einen anderen mit einem anderen Hunde vornehmen sehen. Kein Mensch hat je ein Tier gesehen, das durch Gebärden und Naturlaute einem anderen angedeutet hätte: ›dies ist mein, dies dein; ich will dir dies für jenes geben.«⁴⁰ Und

der Kapitalismus bewiesen. Die (monopolistischen) Praktiken der Zünfte legten vielmehr den Grundstein für die säkulare Unterprivilegierung des Landes gegenüber der Stadt. Wenn im folgenden der Fundierung bürgerlich-revolutionärer Postulate in den Verhältnissen der einfachen Warenproduktion nachgegangen wird, so handelt es sich stets nur um Normen, die in der *Binnenstruktur* dieser Subsysteme Geltung hatten.

³⁹ Alfred Sohn-Rethel, *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*, Frankfurt 1970, S. 42.

⁴⁰ Smith, *Volkswohlstand*, a.a.O., S. 16.

nicht zufällig tritt bei der Arbeitsteilung derselbe legitimatorische Tiervergleich ein: »Nach wie vor ist jedes Tier gezwungen, sich abgesondert und unabhängig von den anderen zu erhalten und zu schützen; es hat so keinerlei Vorteil von den vielseitigen Fähigkeiten, mit denen die Natur seinesgleichen ausgestattet hat. Bei den Menschen dagegen sind selbst die unähnlichsten Anlagen einander von Nutzen.«⁴¹

Der Tausch ist hier nicht nur das ökonomisch adäquate, sondern auch das einzig *legitime* Mittel der Vergesellschaftung, und auf dieser Vorstellung beruht das Konzept der ›commercial society‹. Doch enthält diese ›Tauschgemeinschaft‹ die Normen des gemeinschaftlichen, brüderlichen Handelns bei Smith nicht mehr als funktional notwendige: Smith, der sich historisch an eben jener Grenzlinie befand, an der die liberalen Postulate ihre verfassungsrechtliche Umsetzung erfuhren⁴², wußte bereits, daß die Tugend der ›benevolence‹ — das ›Surplus‹ an Moralität gegenüber dem bloßen Selbstinteresse — sich vor den Normen der ›prudence‹ und ›justice‹ gerade dadurch auszeichnet, daß sie *nicht* institutionalisierbar, rechtlich erzwingbar ist.

Von allen liberalen Postulaten ist das der *Brüderlichkeit* am stärksten mit den Merkmalen seiner vorkapitalistischen Herkunft behaftet. Seine historische, mitunter selbst rechtliche Fundierung innerhalb eines *ökonomischen* Zusammenhangs erfuhr es in den mutualistischen Normen der Zünfte und Gilden, die sich seit dem 12. Jahrhundert als ›fraternitates‹, ›confraternitates‹ oder auch ›Bruderschaften‹ bezeichneten. »Die ursprünglich auf den leiblichen Bruder bezogene Treueverpflichtung wurde auf den Gildebruder übertragen, die brüderliche Gesinnung auf die neue Standesbindung bezogen.«⁴³ Kaufleute wie Handwerker setzten in ihren genossenschaftlichen, gegen die staatliche Obrigkeit sich abgrenzenden Vereinen Bedingungen fest, die gegenseitige Hilfeleistungen, insbesondere in ökonomischen Notlagen, als zentrale Verpflichtung einschlossen. »Im Notfall trat also die Zunft für jedes ihrer Mitglieder, ob Lehrling, Geselle, Meister oder Meisterwitwe, ein.«⁴⁴ Ja durch Einhaltung derart ›brüderlicher‹ Forderungen

⁴¹ Ebd., S. 19 f.

⁴² Sein Hauptwerk erschien 1776, im Jahre der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die das Vorbild für die Erklärung der Menschenrechte in der Französischen Revolution und die erste, klassische Formulierung des liberalen Staatsrechts darstellt.

⁴³ Wolfgang Schieder, Art. ›Brüderlichkeit‹, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. I, Stuttgart 1973, S. 556.

⁴⁴ Jürgen Bergmann, ›Das „Alte Handwerk“ im Übergang. Zum Wandel von Struktur und Funktion des Handwerks im Berliner Wirtschaftsraum in vor- und frühindustrieller Zeit‹, in: O. Büsch (Hg.), Untersuchungen

definierte man sich geradezu als ein dem gesamtgesellschaftlich herrschenden Feudalsystem gegenüber apartes soziales Gebilde. »Der Begriff der Bruderschaft erweist sich damit im Bereich der mittelalterlichen Stadt als ständischer Kohäsionsbegriff.«⁴⁵

Als *politischen*, von christlichen Konnotationen und institutioneller Verankerung im wesentlichen befreiten Begriff vertrat das Kleinbürgertum die fraternité offenbar erst in den bürgerlichen Revolutionen — in der französischen wie schließlich auch noch in der deutschen von 1848, als er bereits in die (aus Handwerkern und Proletariern sich zusammensetzende) Arbeiterbewegung einging. Für die Französische Revolution kann er als der Zentralbegriff schlechthin gelten. Dies spiegelt sich nicht nur in den Vereinsgründungen der Jakobiner, den »sociétés fraternelles«; der Begriff der fraternité war vielmehr zum allgemeinen Kampfbegriff geworden, der alle *demokratischen* Vorstellungen, die sich an den (noch keineswegs verfassungsrechtlich formalisierten) Begriff der »Republik« knüpften, zusammenschloß⁴⁶: die Konzeption einer »unmittelbaren«, auf dem wirklichen »Volkswillen« basierten Demokratie ebenso wie den Willen zur Abschaffung von Rang- und Standesunterschieden.

Zentrale Bedeutung in der Transformation der feudal-absolutistischen in eine bürgerliche Gesellschaft besitzt der Begriff der Brüderlichkeit demnach bereits insofern, als er die Verkörperung des Revolutionären schlechthin war, »zum verbalen Symbol revolutionärer Grenzüberschreitung« wurde. Darüber hinaus aber lieferte er die Kategorien, welche die beiden anderen Postulate — Freiheit und Gleichheit — erst interpretierten, mit einem *sozialen Inhalt* versahen. »Die Jakobiner machten »fraternité« zum Ausführungsbegriff der politisch verstandenen »égalité«. In der triadischen Verbindung mit »liberté« und »égalité« fiel der »fraternité« gleichsam die Rolle des Schrittmachers zu: mittels ihrer vereinigenden Kraft sollte die politische Freiheit und Gleichheit der »citoyens« verwirklicht werden.«⁴⁷

Dieser Funktion wurde der Begriff in der Folgezeit beraubt. Als Inkarnation revolutionärer, »anti-autoritärer« Gesinnung hat die »Brüderlichkeit« — im Gegensatz zu »Freiheit« und

zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg, Berlin 1971, S. 251.

⁴⁵ W. Schieder, a.a.O., S. 557.

⁴⁶ Der Innenminister Roland erließ am Tage der Abschaffung des Königtums (21. 9. 1792) einen Erlaß an die Behörden, in dem er emphatisch erklärte: »Veuillez, Messieurs, proclamer la République, proclamez donc la fraternité, ce n'est qu'une même chose« (nach: W. Schieder, a.a.O., S. 566).

⁴⁷ Ebd., S. 565.

›Gleichheit‹ — kaum eine verfassungsrechtliche Sanktionierung erfahren. Der Grund hierfür ist nicht allein in der dem Begriff selbst innewohnenden »ausgesprochene(n) Spitze gegen jede Art von Herrschaft und Recht«⁴⁸ zu suchen. An seine prinzipielle Schranke mußte er vielmehr gerade in dem Augenblick stoßen, als die Bedingungen der Warenproduktion, denen er entstammt, aus einem Subsystem herausgehoben und auf die Gesamtgesellschaft übertragen werden sollten. Das Privateigentum, auf dem die ständischen Gebilde ›gleicher‹ Warenbesitzer fußten, mußte sich bereits im Moment des Übergangs zur bürgerlichen Gesellschaft — ähnlich den bekämpften ›Privilegien‹ — als partikulares Recht erweisen: Ungeschadet der Behauptung, daß fürderhin ›alle‹ Menschen als ›Brüder‹ gelten sollten, erkannten die Jakobiner den Besitzlosen das Wahlrecht mit derselben Selbstverständlichkeit ab wie ihre politischen Gegner.

Indem die frühere ständisch-christliche Verankerung aufgegeben wurde, die ›Brüderlichkeit‹ sich zu einem politischen Begriff wandelte, definierte sie mit der Brüdergemeinde auch deren Grenzen; der Begriff der ›Blutbande‹, den man in biologistischer Übertragung in Anspruch nahm, entfaltete noch im Prozeß der bürgerlichen Revolution seine doppelte, archaische Bedeutung: Sie vereinigten die ›Brüder‹ nicht nur im — gemeinsamen — Blut, sondern auch durch das Blut der anderen, das in der nach außen geübten ›terreur‹ die ›Gemeinschaft‹ der Kleinbürger konsolidierte.⁴⁹ Die ›Schreckensherrschaft‹ des radikalisierten, von seinen ständisch-institutionellen Schranken befreiten Kleinbürgertums schlug nach ›rechts‹ und nach ›links‹ zu; das Kleinbürgertum verteidigte seine Habe ebenso entschlossen gegen prä-kommunistische, an wirklicher Egalisierung orientierte Bewegungen wie gegen die Repräsentanten des Ancien Régime.

Von daher erstaunt es nicht, daß die dieser Zeit entstammende, niemals in Kraft gesetzte Konventsverfassung die mit der fraternité ursprünglich verbundenen Vorstellungen nur in wenigen zaghaften Anklängen zur Geltung bringt. Desto weniger sind sie in den historisch wirksamen, eigentlich ›liberalen‹ Verfassungen enthalten. Das Postulat der Brüderlichkeit ist den institutionellen Rahmenbedingungen einer kapitalisti-

⁴⁸ Ebd., S. 552.

⁴⁹ In einem kürzlich erschienenen Aufsatz vertritt Reiche die These, daß selbst die von Freud beschriebene Transformation der Urhorde in eine ›Brüderhorde‹ den Prozeß der bürgerlichen Revolution schildert: »Der Vätermord findet nach dem klassischen Ablaufgesetz aller politischen Revolutionen statt, die das Bürgertum an die Macht gebracht haben. Die Brüderhorde trägt nach Charakter und Triebstruktur die Hauptmerkmale des frühen Bürgertums.« (Reimut Reiche, ›Ist der Ödipuskomplex universell?‹, in: *Kursbuch* 29/1972, S. 163).

schen Ökonomie gegenüber schlechterdings disparat und dysfunktional. Nicht so die beiden anderen Postulate, Freiheit und Gleichheit. Kennzeichnen sie die für den Tausch allgemein erforderlichen Voraussetzungen, so konnten und mußten sie — wenn auch formalisiert, ihres ursprünglichen Sinns beraubt — erhalten bleiben, während das dritte, sie nicht nur ergänzende, sondern auch interpretierende Postulat der Brüderlichkeit einfach eliminiert wurde. Ja seine Ausblendung machte im wesentlichen erst den Weg zu jener Formalisierung frei, zur Reduktion der Freiheit auf Vertragsfreiheit, der Gleichheit auf die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz.

Die Transformationen, die das *Freiheitspostulat* des Liberalismus durchlaufen hat, lassen sich ebenso erst im Rekurs auf diejenige Gesellschaftsform verstehen, die — als unterdrückte Enklave — ihren eigenen Zusammenhang durch den Tausch gewährleistet: die der einfachen Warenproduktion. In der Sphäre der gesellschaftlichen *Reproduktion* setzt sie die einzelnen Warenbesitzer als »unabhängige Produzenten« voraus; in ihrer produktiven Tätigkeit voneinander isoliert, begegnen sie sich auf dem Markt, in der *Zirkulationssphäre*, in der der Austausch ihrer Produkte stattfindet. Und dieser Austausch *konstituiert* erst ihren gesellschaftlichen Zusammenhang, indem er die »bornierte« Sonderarbeit jedes einzelnen als Teil der *gesellschaftlichen* Gesamtarbeit ausweist: Ihr Produkt befriedigt, sobald es sich als austauschbar erweist, offenbar die Bedürfnisse anderer.

Indem der Tausch die »Unabhängigkeit« der Produzenten, das Recht der freien Verfügung über persönliches Eigentum wie der freien Entäußerung dieses Eigentums unterstellt, impliziert er die Freiheit. Die »freie« Übereinkunft, auf der er basiert, enthielt stets die Spitze gegen die durch bloße Herrschaftsverhältnisse und direkte Unterwerfung vermittelte feudale Appropriation. »Obgleich das Individuum A Bedürfnis fühlt nach der Ware des Individuums B, bemächtigt es sich derselben nicht mit Gewalt, noch vice versa, sondern sie erkennen sich wechselseitig an als Eigentümer, als Personen, deren Willen ihre Waren durchdringt. Danach kommt hier zunächst das juristische Moment der Person herein und der Freiheit, soweit sie darin enthalten ist. Keines bemächtigt sich des Eigentums des andren mit Gewalt. Jedes entäußert sich desselben freiwillig.«⁵⁰

Die Stadt, in der sich die Gesellschaft kleiner Warenproduzenten erstmalig konstituierte, lüftete den Bann persönlicher Abhängigkeits- und Leibeigenschaftsverhältnisse: Stadtluft, in deren Genuß der ehemals Hörige sei es durch das legale Mit-

⁵⁰ Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 155.

tel des Loskaufs⁵¹, sei es durch Flucht gelangte, machte ›frei‹.⁵² Die Mauern, welche die Stadt zum Schutz ihrer Märkte um sich zog, symbolisieren mit dem Jahrhunderte währenden Gegensatz von (feudalem) Land und (bürgerlicher) Stadt den Gegensatz zweier gesellschaftlicher Systeme; die relative (vor allem jurisdiktionelle Autonomie, die Selbstverwaltungsrechte, die sich die Gesellschaft kleiner Warenproduzenten »innerhalb des Herrschaftsgefüges des alten Reichs« erkämpfte, blieben ebensolange »wesentlicher Streitpunkt zwischen Handwerk und Obrigkeit«⁵³.

Der Begriff der ›Freiheit‹ ist demnach in den Existenzbedingungen der einfachen Warenproduktion sowohl *institutionell* als auch *historisch* fundiert: in der im Warentausch implizierten Freiheit der Person und den an diesem Begriff geknüpften Eigentumsrechten und im säkularen Kampf gegen politische Bevormundung und ökonomische Ausbeutung seitens der Feudalherren, die »gestützt auf die Ausbeutung der bäuerlichen Fronarbeit [. . .] die Möglichkeit (erhielten), auch die In-sassen der Stadt, die Bürgerschaft, nach Herzenslust zu plündern«⁵⁴.

Im eigentlichen Sinne *politische* Bedeutung, die auf die Umgestaltung der *Gesamtgesellschaft* zielte, erhielt der Freiheitsbegriff jedoch erst in einer Phase, als mit der Errichtung des absolutistischen Staats und seiner Zentralgewalt der entscheidende Gegenschlag gegen die ehemalige Autonomie der Zünfte — und damit auch der Städte — geführt worden war. »Der Ab-

⁵¹ Diese Möglichkeit setzte ihrerseits wiederum den Keim der Warenproduktion — auf dem feudalen Gut selbst — voraus: Mit der Entwicklung seiner Arbeitsproduktivität konnte der Fronhandwerker die Überschußprodukte verkaufen; durch ihren Erlös »erhielt der Handwerker [. . .] die Möglichkeit, sich von seiner abhängigen Stellung freizukaufen« (Karl August Wittfogel, *Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Von ihren Anfängen bis zur Schwelle der Großen Revolution*, o. O., o. J., S. 72).

⁵² Nicht weniger als der materielle Anreiz »verlockte zum Einzuge die Versicherung der vollständigen Freiheit. Die Folge war die Flucht von zahlreichen leibeigenen Handwerkern und Bauern in die Stadt« (Kofler, *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft*, a.a.O., S. 77).

⁵³ Bergmann, a.a.O., S. 234.

⁵⁴ Wittfogel, a.a.O., S. 73. »Wenn die Anfänge der Städteentwicklung in Deutschland unter dem Schutze und durch Rechtsgewährung der königlichen Gewalt vor sich gingen [. . .], so gerieten doch die Städte sehr bald aus den Händen der obersten Staatsgewalt durch Belehnung und durch Schenkung in die Verfügung der einzelnen Großen, der weltlichen, wie der geistlichen. Diese Abtretungen hatten [. . .] den Zweck, mittels der in ihnen enthaltenen materiellen Werte eine königstreue Anhängerschaft zu erkaufen und zu befestigen. Die finanziellen Vorteile einer solchen *Stadtherrschaft* waren nämlich nicht gering; verbanden sich doch mit dem Besitze der Stadt Einkünfte aus Zoll und Verkehrssteuer, aus Münze und Marktstand sowie beträchtliche Einnahmen aus den Gebühren für Polizei und Gericht, lauter Einkünfte, die natürlich ebenso viele Abzüge für die städtische Bevölkerung bedeuteten« (ebd., S. 72 f.).

solutismus, das heißt die in ihm verkörperte Nationalstaatsdiktatur brach im Interesse der Großbourgeoisie die lokalen, ständisch-feudalen Wirtschaftsordnungen.«⁵⁵ Der institutionelle Schutz, unter dem das Kleingewerbe sich entwickeln und gegen preissenkende Eindringlinge in den eigenen Reihen wie gegen den Druck der herrschenden Feudalgewalten verteidigen konnte, war für die Masse der in ihm Tätigen gefallen. Die Zünfte, die jene Abschirmungsfunktion während des Mittelalters noch wahrgenommen hatten, waren ihrer ›progressiven‹ Rolle in der Verfeinerung der Produktionstechniken längst entkleidet; ihre Ansprüche erwiesen sich, wo sie sich noch durchsetzen konnten, vielmehr zunehmend als Hemmschuh in der Entwicklung der Produktivkräfte. Ihrer ökonomisch retardierenden, ›reaktionären‹ Funktion entsprach die politische: Sie wurden zu Parteigängern des feudal-absolutistischen Staats, der ihnen, wo sie noch bestanden, ›Privilegien‹ einräumte — u. a. das der monopolistischen Schließung. Das Freiheitspostulat wurde daher in dieser Zeit, in der Epoche der Auflösung ständischer Produktionsverfassungen, nicht mehr von den Zünften, sondern gegen sie vertreten. Zahllosen Gesellen war der Weg zur Meisterstellung längst verstellt; ökonomisch befanden sich breite Teile von Kleinwerbetreibenden in Abhängigkeit vom Verlagskapital oder gerieten schon in den Sog der Manufaktur, während auf der anderen Seite der feudal-absolutistische Staatsaufbau die Appropriation der Produkte bürgerlichen Fleißes durch die ›unproduktiven‹, ›parasitären‹ Klassen verfestigte.⁵⁶ So ist es kein Zufall, daß die politische Vorgeschichte der ›Großen Revolution‹ im wesentlichen durch die Kämpfe um das Nationalbudget, die Staatsverschuldung und das Steuersystem geprägt ist. Das Freiheitspostulat, ehemals auf ein gesellschaftliches

⁵⁵ Ernst Bloch, *Naturrecht und menschliche Würde*, Frankfurt 1961, S. 62.

⁵⁶ In klassischer Form geschah dies im Steuersystem des Ancien Régime, das die herrschenden Feudalschichten, Adel und Klerus, generell ausnahm, eine Steuer auf Grund und Boden also nicht kannte. Dagegen sollte die geradezu strukturelle Staatsverschuldung, die wesentlich und in zunehmendem Maße durch die Finanzierung des verarmten, aber gleichwohl an luxuriöse Lebensweise gewöhnten Adels durch den Hof bewirkt war, durch die Steuer auf produktive, gewerbliche Tätigkeiten abgedeckt werden. Die ›produktiven‹ Klassen wurden dazu noch von dem umfassenden System indirekter Steuern betroffen sowie durch die an den Gütertransport geknüpften Abgaben (Wegegelder usw.) Indiz für die Resistenz der Feudalschichten gegenüber jeglicher Änderung des Steuersystems, die u. a. die Einführung der Grundsteuer vorgesehen hätte, ist das Scheitern des liberalen Finanzministers Turgot (1776). »Es traf das Ancien régime wirtschaftlich an der Wurzel, wenn postuliert wurde, der — freier gewordene — Bürger solle nicht mehr zu den historischen Abgaben verpflichtet sein, sondern brauche nur eine Steuer — als Entgelt für staatlichen Schutz und Sicherheit — zu entrichten« (Eberhard Naujoks, *Die Französische Revolution und Europa. 1789–1799*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, S. 26).

Subsystem beschränkt, wandte sich nunmehr gegen das politische Gesamtsystem, das die Unterprivilegierung des dritten, einzig ›produktiven‹ Standes sowohl rechtlich-politisch als auch ökonomisch institutionalisierte.

Ohne diese *historische* Dimension des Freiheitspostulats, das sich gegen die vom politischen System verhängten Beschränkungen, gegen Abgaben, Zölle wie gegen Behinderungen der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit wandte, läßt sich schließlich auch die ursprüngliche Form des liberalen Marktmodells kaum verstehen. Der Zusammenhalt einer arbeitsteiligen Wirtschaft, der verschiedenartigsten Tätigkeiten untereinander darf hier nicht mehr von ›direkten‹, staatlichen oder sonstigen Anordnungen (›Direktiven‹) abhängen; der ›natürliche‹ Automatismus der Selbstregulierung tritt nur ein, wenn jeder, der anbieten will, auch anbieten kann, daran also nicht durch rechtliche, ja außerökonomische Bestimmungen im allgemeinen gehindert wird; wenn keine ›künstlichen‹, politischen Privilegien bestehen, so daß tatsächlich so viele Anbieter auf den Markt treten, daß es keinem von ihnen gelingen kann, den Preis zu beeinflussen. Erst wenn jene ›freie‹ Konkurrenz auch faktisch gewährleistet ist, kann der Preis der Waren, der sich auf dem Markt bildet, ihrem ›wirklichen‹ Wert entsprechen, ist er der ›prix naturel‹ und damit zugleich der ›juste prix‹. Ähnlich wie das Postulat der Freiheit ist auch das der *Gleichheit* nicht eine in den revolutionären Ereignissen selbst erst geschaffene Norm. Vielmehr hat sie ihre Vorbereitung — historisch und institutionell — ebenso in den Zünften gefunden, innerhalb deren die einfache Warenproduktion sich erstmalig organisierte. »Ihr Grundsatz war, daß jeder seine auskömmliche ›Nahrung‹ haben sollte und deshalb möglichst die Gleichheit der wirtschaftlichen Lage aller Meister anzustreben sei.«⁵⁷ In welchem Maße auch immer die Zunftgesetze einem der vor-kapitalistischen Wirtschaft postum aufgezwungenen Ethos der Genügsamkeit entsprochen haben mögen⁵⁸ — die Gleichheit der ökonomischen Lage der städtischen Warenproduzenten wurde durch sie zumindest so weit gesichert, daß eine Verwandlung der handwerklichen Produktionsmittel in ›Kapital‹ und damit ein strukturelles soziales Gefälle unmöglich war. Ja die Zunftgesetze dienten u. a. geradezu der Abwehr des (kaufmännischen) Kapitals und verhinderten sein Eindringen in die Produktionssphäre. Daneben enthielten sie eine Fülle von Einzelbestimmungen, die die ungefähre Gleichheit der

⁵⁷ Bergmann, a.a.O., S. 246.

⁵⁸ Sicherlich wird man aus den Zunftnormen selbst nicht ohne weiteres auf die *Realität* einer bloßen ›Bedarfsdeckungswirtschaft‹ und die Absenz jeglichen ›Erwerbsstrebens‹ schließen können (vgl. hierzu die Einleitung, Fußn. 3).

Handwerksmeister untereinander erzwangen. Dies betrifft die Überwachung und Begrenzung von Quantität und Qualität der benutzten Rohmaterialien⁵⁹, der angewandten Arbeitstechniken⁶⁰ und der Arbeitszeit⁶¹ ebenso wie die — im allgemeinen recht engstirnige — Limitierung von Art und Menge der Arbeitsinstrumente. Neben den Normierungen, die über die Konservierung der *technischen* Grundlagen der traditionellen handwerklichen Produktionsweise eine Gleichstellung der Produzenten erwirkten⁶², zielten die Einschränkungen des Rechts auf die Verwendung fremder Arbeitskraft⁶³ unmittel-

⁵⁹ »Den Meistern war es nicht erlaubt, mit *Materialien* ihres Handwerks Handel zu treiben, wenn es ihnen auch unbenommen war, *die* Sorten ihres Materials, die sie nicht selbst verwenden konnten, an ihre Mitmeister abzulassen. [. . .] Zur Sicherung dafür, daß die Rohmaterialien auf dem Lande nicht zum Wiederverkauf, sondern wirklich zur Verarbeitung entnommen würden, und zur Verhinderung der für Andere allgemein verbotenen Aufkaufereien war durch das *Vor- und Aufkaufsedict* vom 17. November 1747 angeordnet, daß ein Jeder sich durch ein obrigkeitliches Attest über seine Meistereigenschaft und über die Quantität, die er an Rohmaterialien für sein Gewerbe gebrauche, legitimiren müsse. [. . .] Diese Einkäufe konnten auch durch Bevollmächtigte geschehen« (Kurt von Rohrscheidt, Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit. Eine Studie nach den Quellen, Berlin 1898, S. 23f.).

⁶⁰ Denn die Zunft hatte »darauf zu achten, daß die Meister die gleiche Arbeitstechnik und gleiche Produktionsmethoden anwandten. Ein leistungs- und neuerungs- (innovations-)orientiertes Verhalten, wie es sich im Zuge der Industrialisierung gesamtgesellschaftlich durchsetzte, war den formulierten Zielen des ›Alten Handwerks‹ fremd« (Bergmann, a.a.O., S. 239).

⁶¹ So »finden sich auch häufig Bestimmungen, die die Dauer der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit begrenzen«, sowie das Verbot der Nachtarbeit und der Arbeit an Sonn- und Feiertagen (vgl. Ennen, Zünfte und Wettbewerb a.a.O., S. 36 f.).

⁶² »Besonders aber wurde die Einhaltung der zunftkonformen Produktionsweise überwacht. Neben der starken Traditionsorientierung des Handwerks lag diesem Bestreben die Absicht zugrunde, möglichst gleiche arbeitstechnische Voraussetzungen zu erhalten sowie die wirtschaftliche Gleichstellung aller Meister zu gewährleisten. Dieses Prinzip äußerte sich bereits darin, daß jede Änderung der Produktionsweise oder auch die Anwendung neuer Techniken und Maschinen abgelehnt wurde« (Bergmann, a.a.O., S. 244).

⁶³ »Vorschriften über die Anzahl der Arbeitskräfte, die jeder Meister der Zunft beschäftigen darf, finden sich in den Zunftordnungen in so großer Fülle, daß auf Einzelbeispiele durchaus verzichtet werden kann. Hervorzuheben bleibt, daß die Zahl der Gesellen eines Meisters in der Regel auf 2 oder 3, die der ›Lehrknaben‹ auf einen, selten zwei, festgelegt ist. [. . .] Zu dieser Gruppe von Vorschriften gehören weiter die oft ausdrücklich genannten Verbote, Familienangehörige mit zur Arbeit heranzuziehen« (Ennen, a.a.O., S. 35). Offenbar hatten diese Normierungen weitaus größere Bedeutung als die technischen Limitierungen: »Im Zeitalter zünftlerischer Handarbeit wird eine Beschränkung der Produktion über eine Begrenzung im Einsatz des Faktors Arbeit wirksamer erreicht als durch eine Beschränkung sachlicher Produktionsmittel. Denn in den Handwerksbetrieben jener Zeit dominiert unter den Produktionsmitteln die menschliche Arbeitskraft eindeutig vor den Arbeitsgeräten, d. h. die Produktion ist durchweg sehr arbeitsintensiv« (ebd., S. 34).

bar auf die Erhaltung der *gesellschaftlichen* Voraussetzungen der einfachen Warenproduktion. Daß sich unter diesen Bedingungen zwischen den einzelnen Warenproduzenten kein wesentlicher Unterschied in der ökonomischen Machtstellung ergeben konnte, ist offensichtlich: Die materiellen Voraussetzungen der Produktion dürften innerhalb ein und derselben Produktionssphäre wie auch zwischen den verschiedenen Zweigen kaum bedeutende Größenvariationen aufgewiesen haben.

Die Betriebsgröße und das Quantum der angebotenen Waren mußten auf ein relativ niedriges und zudem nur unbedeutend variierendes Niveau begrenzt bleiben, solange jeder seine Waren grundsätzlich selber herzustellen hatte, fremde Arbeit also nur im Ausbildungs-, nicht jedoch schon im Lohnarbeitsverhältnis anwenden konnte. Die rechtlichen und politischen Schranken, die der Etablierung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses in der Zunftwirtschaft noch prohibitiv entgegenstanden, waren zum Zeitpunkt des Entstehens der liberalen Theorie beseitigt. Diese nimmt auf das inzwischen entstandene Proletariat bereits Bezug, ohne jedoch — und hieraus erklären sich in letzter Instanz ihre Inkonsequenzen und inneren Widersprüche — die fundamentale Orientierung an dem Modell eines gesellschaftlichen Zusammenhangs ›selbständiger‹ Kleinwarenproduzenten aufzugeben: Allein die technischen und sozialen Bedingungen einer Gesellschaft ›kleiner Bürger‹, in der jeder Anbieter seine Waren selbst herstellt und die Produktionsmittel, die zur Herstellung dieser Waren erforderlich sind, persönlich besitzt⁶⁴, können die soziale Gleichheit der Teilnehmer am Marktgeschehen und damit das Funktionieren des liberalen Marktmodells garantieren.

In jener durch die Lohnarbeit noch nicht komplizierten ›Tauschgemeinschaft‹ begegnen sich die einzelnen Warenproduzenten auf dem Markt als Repräsentanten ihrer für den Austausch bestimmten Produkte. Diese werden einander gleichgesetzt, und der gemeinsame Nenner ihres Werts bildet die in sie eingegangene Arbeitszeit. »Arbeit ist daher — soviel ist klar — sowohl der einzige allgemeingültige als auch der einzige genaue Wertmaßstab oder das einzige Standardgut, an dem der Wert der übrigen Güter immer und überall gemessen werden kann.«⁶⁵ Begegnen sich die Warenbesitzer aber aus-

⁶⁴ Vgl. die Definition von Habermas, oben Fußn. 32.

⁶⁵ Smith, Volkswohlstand, a.a.O., S. 41. Daß im allgemeinen nicht Arbeit gegen Arbeit direkt ausgetauscht wird, sondern der Austausch der Güter durch das Geld vermittelt wird, ändert daran nichts — Arbeit »ist ihr wirklicher Preis, Geld ist nur ihr Nominalpreis« (a.a.O., S. 37). Daß Smith diesen Standpunkt der Arbeitswertlehre bei der Erklärung der spezifisch kapitalistischen Phänomene verläßt, wurde bereits weiter oben dargestellt. »Die richtige Werttheorie« also »gilt für Adam Smith nur bei Existenz

schließlich als Repräsentanten ihrer Produkte, die nur die *bereits vergegenständlichte* Form ihrer *eigenen* Arbeitskraft darstellen, und setzen sie, im *Äquivalententausch*, diese Produkte untereinander gleich, so besteht zwischen ihnen selbst Gleichheit.

Diese Gleichheit kann allerdings temporär und akzidentell durchbrochen werden, durch falsche Schätzung des Warenwerts oder durch Prellerei. Beides führt zu einer Abweichung des Preises vom Wert. »Solche Wertverschiedenheit bleibt jedoch für diese Zirkulationsform rein zufällig.«⁶⁶ Es handelt sich um bloß »subjektive« Irrtümer oder Charakterlosigkeit, welche die objektive Struktur des Markttausches, die Äquivalenz, unangetastet lassen. Deren normative Bedeutung erweist sich nicht zuletzt in jenen möglichen und fortwährend auftretenden Abweichungen des Preises vom Wert: indem diese nämlich als Abnormitäten, als »Verletzung« erfahren werden. »Waren können zwar zu Preisen verkauft werden, die von ihren Werten abweichen, aber diese Abweichung erscheint als Verletzung des Gesetzes des Warenaustausches. In seiner reinen Gestalt ist er ein Austausch von Äquivalenten, also kein Mittel, sich an Wert zu bereichern.«⁶⁷

Sofern also Übervorteilung oder ungenügende Transparenz des Marktes an einzelnen Stellen zu einer Abweichung vom Äquivalententausch führen, geschieht es jedenfalls nicht »durch die Natur der sozialen Funktion«, in der die Warenproduzenten einander gegenüber treten. Diese »soziale Funktion« ist vielmehr dadurch bestimmt, daß »jedes der Subjekte [...] ein Austauschender (ist); d. h. jedes hat dieselbe gesellschaftliche Beziehung zum andren, die das andre zu ihm hat. Als Subjekte des Austauschs ist ihre Beziehung daher die der *Gleichheit*. Es ist unmöglich irgendeinen Unterschied oder gar Gegensatz unter ihnen auszuspüren, nicht einmal eine Verschiedenheit. Ferner die Waren, die sie austauschen, sind als Tauschwerte Äquivalente oder gelten wenigstens als solche.«⁶⁸

Die Institution des Tausches selber, die den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen den in der Produktionssphäre vereinzelteten Wirtschaftssubjekten herstellt, beinhaltet Freiheit und Gleichheit, die Grundpostulate des politischen Liberalismus; alle liberalen Verfassungen sind durch die Kombination dieser beiden Postulate geprägt. In einer Produktionsweise

der einfachen Warenproduktion«, denn »die Kategorie der Ware Arbeitskraft kennt er überhaupt nicht« (Peter Thal, »Adam Smith«, Einleitung zu: Smith, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Berlin 1963, S. XL u. XLI).

⁶⁶ Kapital I, S. 160.

⁶⁷ Ebd., S. 173.

⁶⁸ Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 153.

fundiert, die, als ›bürgerliche‹, die Restriktionen des Feudalismus sprengte, gingen sie in Verfassungen ein, die sich ihrerseits allerdings gegenüber der Entwicklung der einfachen Warenproduktion zur kapitalistischen als offen erwiesen. Ja in der Ausblendung der ›Brüderlichkeit‹, die den beiden anderen Begriffen zunächst den materialen, sozialen Sinn verliehen hatte, in der Formalisierung von ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹ stellten diese Verfassungen geradezu den rechtlichen Rahmen für die faktisch sich vollziehende Herabdrückung der Kleinproduktion dar, der Produktionsweise, der jene Postulate ursprünglich entstammten.

»Jahrhundertlang blieb die einfache Warenproduktion gesamtgesellschaftlich ein Subsystem. [...] Die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung des Äquivalententauschs wurde in den Augen der einfachen Warenproduzenten einzig verhindert durch die Existenz dieses feudal-absolutistischen Staates, den es zu zerschlagen galt. Die Zerstörung des Feudalismus vollendet sich historisch aber in einer Epoche, in der die einfachen Warenproduzenten selbst schon eine Übergangsklasse sind.«⁶⁹ Eine ›Übergangsklasse‹ bildeten sie insofern, als die für ihre Produktionsweise charakteristischen gesellschaftlichen Beziehungen dem kapitalistischen Produktionsverhältnis zu weichen begannen. Die für den — ökonomischen wie politischen — Liberalismus konstitutive soziale Voraussetzung: daß jeder Anbieter seine Ware selber herstellt und die dazu erforderlichen Produktionsmittel besitzt, entfiel. Damit bezog sich der Tausch nicht mehr nur auf die Produkte der Arbeit, sondern auch auf die Arbeitskraft selbst. Indem die bürgerlichen Verfassungs- und Gesetzeswerke mit dem Schutz des Eigentums sowie den abstrakten Normen von Freiheit und Gleichheit die *allgemeinen* Voraussetzungen der Warenproduktion gesamtgesellschaftlich fixierten, schufen sie zugleich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die *kapitalistische* Entwicklung, die den ›freien‹ Lohnarbeiter und den unter formal ›Gleichen‹ geschlossenen Arbeitsvertrag als juristische Widerspiegelung eines gesellschaftlichen Verhältnisses hervortreten ließ.

Doch überdeckt die juristische Form den sozialen Inhalt dieses Verhältnisses. »Proletarier und Kapitalisten, die wirklichen Beweger und Interessen-Inhalte der Staatsmacht, sind fürs ›rein Juristische‹ nicht vorhanden.«⁷⁰ Kapitalistische Herrschaft vollzieht sich — ihrer Struktur nach, d. h. abgesehen von der bereits angesprochenen Ausnahme der Prellerei, die sich prinzipiell jedem Warentausch beigesellen kann — ›legal‹, un-

⁶⁹ Monika Steffen und Klaus Fünken, ›Die einfache Kaderproduktion, Thesen zur Studentenbewegung als kleinbürgerlicher Massenbewegung‹, in: *Kursbuch* 25/1971, S. 126.

⁷⁰ Bloch, a.a.O., S. 159.

ter den mit dem Äquivalententausch gesetzten Normen. Die ›liberalen‹ Verfassungen, die ihnen vorangestellten ›Menschen‹ – oder auch ›Grundrechte‹ basieren auf der ›natürlichen‹ Gleichheit ›aller‹ Menschen⁷¹, die sich in ihrer juristischen Konsequenz: der Gleichheit aller vor dem Gesetz, allerdings als ebenso eingängige wie tragfähige Fiktion etablierte und somit nicht im entferntesten die Leugnung individueller – oder auch sozialer – Unterschiede nach sich zu ziehen brauchte. Im Gegenteil: diese müssen sich aus den jedermann, und sei es im gleichen Satz, zugestandenen Freiheitsrechten, aus dem Recht auf Eigentum, die freie Verfügung über dieses Eigentum, auf ›pursuit of happiness‹ zwangsläufig ergeben.⁷² Im *rechtlichen* Sinn jedoch bleiben sie irrelevant. Mochte dieses ›Glücksstreben‹ auch dazu führen, daß die einen sich auf Kosten der anderen bereichern, mochte auch die Expropriation der einen die Voraussetzung des Reichtums der anderen sein, man war zur ›majestätischen Gleichheit der Gesetze‹ gelangt, denen Anatole France bescheinigte, daß sie dem Reichen ganz ebenso wie dem Armen verbieten, unter Brücken zu schlafen, auf der Straße zu betteln und Brot zu stehlen.

Die Regelung der sozialen Beziehungen, der *Konsequenzen* des durch die Verfassung garantierten Rechts auf Eigentum und seine freie Verwendung, obliegt allerdings nicht mehr dem öffentlichen, sondern dem Privatrecht. Das ›bürgerliche Recht‹, das die Garantie für die beiderseitige Einhaltung der Tauschverträge darstellt, das Medium, durch das der Staat in die bürgerliche Gesellschaft, in die Sphäre des privaten Individuums, des ›Bourgeois‹ hineinreicht⁷³, bleibt aber nicht nur an

⁷¹ In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, dem klassischen Dokument des politischen Liberalismus, findet sich gleich zu Beginn der Satz: »We hold these truths of be self-evident, that all men are created equal . . .«

⁷² Eine gewisse ›Spannung‹ zwischen den liberalen Postulaten von Freiheit und Gleichheit wird in der heutigen Staatsrechtslehre grundsätzlich anerkannt. »Die liberale Freiheit ist darauf angelegt, zu sozialer Ungleichheit zu führen. [. . .] Diese durch die Freiheit bewirkte Ungleichheit bringt aber die Freiheit selbst in Bedrängnis. Das hat nicht zuletzt die Geschichte des frühindustriellen Kapitalismus gezeigt.« (Reinhold Zippelius, *Allgemeine Staatslehre*, München ³1971, S. 163). Der Hinweis auf die Verhältnisse des frühen Industriekapitalismus kommt nicht von ungefähr. Nachdem sich nämlich hier – via Fabrikgesetzgebung – die bürgerliche Gesellschaft durch ihren Staat hatte zur Ordnung rufen lassen müssen, schrecken auch die heutigen ›liberalen‹ Staatsrechtslehrer vor einer allzu liberalen Auslegung der Freiheitsnorm zurück. Selbst wo die Fortexistenz der ›Spannung‹ zwischen Freiheit und Gleichheit anerkannt wird, glaubt man ihr die Spitze durch die ›Sozialbindung‹ des Eigentums u. a. m. nehmen zu können. Dies impliziert allerdings auch weiterhin die Erblindung gegenüber dem sozialen *Inhalt* des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, der sich hinter seiner juristischen (Vertrags-)Form verbirgt.

⁷³ War die für den Liberalismus konstitutive *Trennung von Staat und Gesellschaft* Ausdruck der Opposition gegen die Behinderung des bürger-

die Normen der Verfassung gebunden, sondern nimmt die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit in eben dem ausschließlich *formalen* Sinn auf wie die Verfassung selbst, d. h. unter Abstraktion von allen faktischen, empirischen Unterschieden zwischen Individuen: Das Privatrecht darf sich nur auf die Einhaltung der Verträge selbst beziehen, d. h. auf die Garantie der *Form* des gesellschaftlichen Zusammenhangs; nicht dagegen tangiert es — von Ausnahmen abgesehen, die bezeichnenderweise jedoch ausschließlich die Wiederherstellung der ursprünglichen Vertragsfreiheit betreffen⁷⁴ — den *Inhalt* der Verträge.

Die sekundäre Bedeutung individueller Unterschiede, ja ihre juristische Irrelevanz gegenüber der Gleichheitsmaxime leiten sich ebenfalls in letzter Instanz aus dem Tausch ab, den die dem klassischen Liberalismus folgenden Verfassungswerke als ›Form‹ des sozialen Zusammenhangs fixieren. Wenn der Tausch die ›gesellschaftliche Synthesis‹ schafft und damit die Äquivalenz selbst zur tragenden Norm des sozialen Zusammenhangs wird, so ist demgegenüber alles, was die Individuen qua Person voneinander unterscheiden mag, sekundär. Zwar machen die natürlichen Besonderheiten sowohl der von ihnen produzierten Waren wie der Bedürfnisse den *Inhalt* des Tauschaktes aus, und diese Besonderheit ist Anlaß und Voraussetzung seines Vollzugs. Für die *Form* des Austausches und damit für die Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs bleiben sie jedoch unerheblich: »Die Subjekte sind im Austausch nur füreinander durch die Äquivalente, als gleichgeltende und bewähren sich als solche durch den Wechsel der Gegenständlichkeit, worin das eine für andre ist. Da sie nur so als Gleichgeltende, als Besitzer von Äquivalenten, und Bewährer dieser Äquivalenz im Austausch füreinander sind,

lichen Warenverkehrs durch außerökonomische Gewalten, repräsentierte sie das Bedürfnis nach einer Sphäre, in der der Verkehr zwischen den ihr privates Interesse verfolgenden ›Bourgeois‹ im Prinzip autonom, d. h. allein durch Verträge zwischen ihnen selbst sich gestalten sollte, so machte andererseits die Gewährleistung dieser — gewaltfreien — Form der Reproduktion den Staat mitsamt seinem ›Monopol legitimer Gewaltsamkeit‹ abermals notwendig: Die Garantie für die *Einhaltung* des Vertrages ist ja im Vertrag selbst nicht enthalten.

⁷⁴ Dazu zählt in erster Linie die *eine* Form der ›Diktatur des Privatrechts‹: die Annullierung des Vertrags im Falle des Verstoßes gegen die ›guten Sitten‹. Ferner ist die Erfüllung des Vertragsinhalts an ›Treu und Glauben‹ gebunden, der Vertrag im Falle von ›Arglist‹ oder ›Irrtum‹ anfechtbar. All diese Einwirkungen auf den Vertragsinhalt sind jedoch weit davon entfernt, die ›Vertragsfreiheit‹ selbst in Frage zu stellen. Im Gegenteil: wenn etwa der Wucher, der (in Ausnutzung einer Notlage) gegen die ›guten Sitten‹ verstößt, zur Annullierung eines Vertrages führt, so sollen damit die Voraussetzungen der Vertragsfreiheit, die ihrerseits die Äquivalenz des Ausgetauschten erst gewährleisten, gerade wiederhergestellt werden.

sind sie als Gleichgeltende zugleich Gleichgültige gegeneinander; ihr sonstiger individueller Unterschied geht sie nichts an; sie sind gleichgültig gegen alle ihre sonstigen individuellen Eigenheiten.«⁷⁵

2. Jakobinisches Kleinbürgertum und liberale Bourgeoisie

Die ›bürgerliche‹ Revolution, die Revolution des ›tiers état‹ hatte mit der Beseitigung feudaler Schranken und der rechtlichen Sanktionierung von Normen, die ihre historische Fundierung in der kleinen Warenproduktion besitzen, die Bahn für die kapitalistische Entwicklung freigelegt. Daß aber die Prinzipien von Freiheit und Gleichheit die für die ökonomische Struktur des Kapitalismus annehmbare Gestalt erhielten, die Gestalt, in der sie – trotz mehrfacher Korrekturen und Zusatzbestimmungen – die politische Verfassung kapitalistischer Staaten nach wie vor bestimmen, schien noch zum Zeitpunkt der Revolution keineswegs selbstverständlich. Zumindest nicht der Masse ihrer Träger. Das Unverständnis dieser revolutionären Massen für die in der Konstituante vorgenommene juristische Transformation der revolutionären Postulate, ihr Protest gegen diese Formalisierung provozierte einen Gegensatz, der für den Verlauf der bürgerlichen Revolutionen – der erfolgreichen französischen von 1789 und der gescheiterten deutschen von 1848 – bestimmend blieb: den Gegensatz zwischen kleinbürgerlich-revolutionären Massenbewegungen und der auf parlamentarischer Ebene sich begegnenden ›liberalen‹ Bourgeoisie, der die Länge des revolutionären Prozesses selbst erst erklärt.⁷⁶

Dieser Gegensatz weist seinerseits zurück auf die Inhomogenität der sozialen Gruppen, die sich selbst unter die Kategorie des ›dritten Standes‹ subsumierten. Insofern der soziale Stand, den Sieyès unter diesem Begriff ansprach, seine Identität zunächst einzig negativ, in der Abgrenzung gegenüber den beiden anderen Ständen (Adel und Geistlichkeit) besaß, mußte der Begriff des ›tiers état‹ seinerseits die gesellschaftlichen

⁷⁵ Marx, Grundrisse, a.a.O., S. 153 f.

⁷⁶ Das historische Material, an dem im folgenden dieser Gegensatz expliziert werden soll, ist zunächst aus dem Studium des Verlaufs der französischen, sodann der deutschen Revolution gewonnen. Denn »Massenherrschaft«, das Trauma des frühen Liberalismus, »existierte zunächst [...] als geschichtliche Erinnerung an die große Französische Revolution« (Theodor Schieder, »Das Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus«, in: *Historische Zeitschrift* 177/1954, S. 57). Der Gegensatz selbst aber war bereits im englischen Bürgerkrieg der 40er Jahre des 17. Jahrhunderts, im Widerstreit von Levellers und Independenten vorbereitet.

Differenzen zwischen den unter ihm temporär und — wie sich zeigen sollte — nur zum Schein vereinigten Gruppierungen überdecken. Er umfaßte ebenso das mittlere, bereits zur kapitalistischen Produktionsweise strebende Bürgertum wie das verarmte Kleinbürgertum, Gesellen ohne Aussicht auf eine Meisterstellung wie schließlich einzelne Gruppen von Lohnarbeitern; ›Bürgertum‹ und ›Volk‹ schienen zu *Beginn* der Revolution noch kaum voneinander geschieden.⁷⁷

Daß die politische Bewegung des von ihm angerufenen dritten Standes in einzelnen ihrer Verzweigungen keineswegs seinen Erwartungen entsprach, mußte Sieyès allerdings schon 1789, unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution, erkennen. Das gebildete Bürgertum hatte sich in Clubs organisiert, doch repräsentierten auch diese — trotz ihres formal gleichlautenden Interesses an der Ausarbeitung einer Verfassung⁷⁸ — bereits durchaus gegensätzliche Richtungen. Von denen, die sich später ›Jakobiner‹ nannten, hielt Sieyès sich mit Abscheu fern. Für eine ›politique de caverne‹ zeichnete in seinen Augen der Club, der — längst bevor er vom ›Volk‹ unter Kontrolle gebracht wurde und daher ebenfalls noch als Zirkel von Gebildeten⁷⁹ — den Gedanken, die der Aufklärer Sieyès mit Praxis offenbar identifizierte, praktische Unterstützung verleihen wollte: durch die Volksagitation und, wenn nötig, durch den Aufstand⁸⁰; der aus diesem Grunde — ein Stockwerk unter dem offiziellen Sitzungssaal allerdings! — die ›sociétés fraternelles‹ gründete, Vorformen der Arbeiterbildungsvereine, die

⁷⁷ Auf die Unschärfe der Begriffe ›Bürgertum‹ und ›tiers état‹ vor dem Zeitpunkt der bürgerlichen Revolution verwies kürzlich Manfred Riedel: »Der ›bürgerliche‹ Stand ging hier noch ganz in der politischen Standschaft auf. Dabei spielte es zunächst keine wesentliche Rolle, daß er zu dieser Zeit auch unter der Bezeichnung ›Volk‹ auftreten konnte. Das recht undifferenziert gebrauchte Wort umfaßte in der Regel alle nicht zu Adel oder Geistlichkeit gehörigen Stände (tiers état), mußte also nicht mit dem städtischen ›Bürgerstand‹ identisch sein« (Art. ›Bürger, Staatsbürger, Bürgertum‹, in: Geschichtliche Grundbegriffe I, a.a.O., S. 589).

Es ist anzunehmen, daß die Geschehnisse während der bürgerlichen Revolution wesentlich zu der umgangssprachlichen Verengung des Begriffs ›Volk‹ auf die *unteren* Schichten (den ›menu peuple‹, vgl. unten Fußn. 116) beigetragen haben.

⁷⁸ ›Amis de la Constitution‹ — so nannte sich ursprünglich der Jakobinerclub.

⁷⁹ Zur sozialen Zusammensetzung der frühen Jakobinerclubs bemerkt Michelet: »Die Jakobiner sind eine vornehme, gebildete Gesellschaft«, in der die Literaten in der Mehrzahl sind (Jules Michelet, Geschichte der Französischen Revolution, Band I: Die Ursachen der Revolution und die Ereignisse des Jahres 1789, Wien/Hamburg/Zürich o. J., S. 422).

⁸⁰ Michelet schildert diese Begegnung der Konstitutionellen mit den frühen Jakobinern: »Mirabeau und Sieyès erschienen auch, wollten aber nicht wiederkommen. ›Höhlenpolitik!‹ sagte Sieyès. Der große Metaphysiker wollte nur durch Ideen wirken« (ebd., S. 414).

das Volk mit den Prinzipien der Verfassung vertraut machen sollten.⁸¹

Die Arroganz, mit der Sieyès, Mirabeau und die übrigen Repräsentanten der liberalen Bourgeoisie dem Jakobinismus bereits in seiner Frühphase begegneten, hatte soziale Wurzeln. *Objektiv* war es die bürgerliche Intelligenz, die den »dauernden Klasseninteressen der Bourgeoisie« die adäquaten rechtlichen Rahmenbedingungen schuf, erhaben allerdings »über die Borniertheit des geschäftlich interessierten Bourgeois.«⁸² Eben diese Erhabenheit übers tägliche »Geschäft« konnte der liberalen Bourgeoisie *subjektiv* das Bewußtsein materieller Uninteressiertheit verleihen, der Abstand von der sozialen Gruppe, die sie objektiv vertrat, erlaubte ihr, die politischen Postulate von Freiheit und Gleichheit nicht als die einer Klasse, sondern unter dem Schein des Allgemein-Menschlichen durchzusetzen. »Als sich die bürgerliche Klasse noch nicht zur Macht gesetzt hatte, war oder schien sie menschlich wie keine zuvor. Vertrat den freien Mann, die Kinder des Vaterlands, das allgemein Menschliche zugleich.«⁸³

Objektiv also repräsentierte die »liberale« Bourgeoisie die Interessen der wirklichen, einer Klasse, der sie selbst im ökonomischen Sinn keineswegs angehörte — eben deshalb ist sie, im Ausdruck Franz Mehrings, die »komische Bourgeoisie«. Die Einsicht in die Partikularität der gesellschaftlichen Interessen, denen sie zur Geltung verhalf, war ihr allerdings nicht nur deshalb weitgehend verstellt, weil ihr selbst die allzu direkte Beteiligung am kapitalistischen »Geschäft« zumeist abging. Wesentlicher ist die historische Konstellation: Die zu jener Zeit bestehende »kapitalistische« Bourgeoisie war die durch den merkantilen Staat emporgekommene, überwiegend also die des Handels, der Finanz und der Manufaktur. In ihren breiten Teilen befand sie sich, zumindest in letzter Instanz, auf der Seite des Ancien Régime, von dem sie — durch die Finanzierung des Hofes, durch Belieferung der Reichen mit Luxusartikeln usw. — profitierte. Die Vorläufer der »modernen« Bourgeoisie aber, die in dieser Periode der ökonomischen Entwicklung vorwiegend für den nationalen Markt produzierten und den Binnenhandel betrieben, waren durch die Schranken des feudal-absolutistischen Staats ebenso belastet

⁸¹ Was die ursprünglichen Versamlungsformen betrifft, so berichtet Michelet: »Hier ist keiner aus dem Volk. Die Arbeiter kommen zu anderen Stunden und in einem anderen Saal, unter diesem gelegen, zusammen. Man hat zu ihrer Unterweisung einen Bruderverein gegründet, wo man ihnen die Verfassung erklärt« (ebd., S. 422).

⁸² Karl Kautsky, Die Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution, Stuttgart 1908, S. 47.

⁸³ Bloch, a.a.O., S. 200.

wie die übrigen Teile des ›tiers état‹.⁸⁴ Dessen temporäre Einheit in der gemeinsamen Unterdrückung, die Tatsache, daß er *alle* die umfaßte, die nicht durch ›künstliche‹, auf politischem Wege geschaffene ›Privilegien‹ sich auszeichneten, ließ in den Augen der liberalen Bourgeoisie die Identifizierung bürgerlicher Interessen mit allgemein-menschlichen zu. Sie berief sich auf den dritten Stand, jedoch *ohne* sich deshalb als Vertreter einer bestimmten Klasse zu verstehen; die Interessen des tiers état galten ihr als die der *ganzen* Nation.⁸⁵ Und der Partikularität dieser Interessen mußte so lange nicht gedacht werden, wie die historische Situation, in der der bürgerliche Mittelstand in die politische Sphäre strebte, seinerseits durch allzu offensichtlich ›partikulare‹ Gewalten geprägt war. Die Postulate von Freiheit und Gleichheit konnten mithin als ›allgemein-menschliche‹ Prinzipien in die Konstitution einwandern. Aber gerade *als* ›Konstitutionalisten‹, im Kampf um die *allgemeine*, alle Staatsbürger *gleichermaßen* betreffende verfassungsmäßige Regelung der politischen Verhältnisse bewiesen die Vertreter der liberalen Bourgeoisie Klasseninstinkt. In dem Augenblick nämlich, als die Konstitution — und das hieß zunächst: die Beschränkung der königlichen Gewalt — gewährleistet schien, als zudem die Freiheit sich auch als ökonomische, als freie Verfügung über Eigentum realisiert hatte, war das Werk der Revolution in ihren Augen grundsätzlich vollendet. Denn »auf die Freiheit legte die konstitutionelle Bourgeoisie den größten Wert, auf die Freiheit in all ihren Formen. In der Erklärung der Menschenrechte war die Gleichheit zwar mit der Freiheit verbunden worden; dies aber war eine grundsätzliche Beteuerung, die eher die Herabsetzung der Aristokratie und die Abschaffung der Privilegien sanktionierte, als daß sie dem Volk Hoffnungen machte. Und zudem handelte es sich nur um eine rechtliche Gleichheit. Die Freiheit wird zuallererst als Freiheit in öffentlichen und politischen Angelegenheiten verstanden — allerdings eingeschränkt durch den Wahlzensus. Sie wird ferner auf die von jedem Zwang befreite wirtschaftliche Tätigkeit angewandt. Das freie Individuum ist auch frei, zu schaffen und zu produzieren, den Profit zu suchen und ihn nach seinem Belieben zu verwenden.

⁸⁴ »Die Waren, die von Japan oder China nach Frankreich kamen, wurden durch den Transport über weite, stürmische Meere, die von Piraten wimmelten, bloß um das Drei- bis Vierfache verteuert. Ein Quantum Wein, das vom Orleanais nach der Normandie transportiert wurde, verteuerte sich um mindestens das *Zwanzigfache* infolge der vielen Abgaben, die die Ware unterwegs zu leisten hatte« (Kautsky, a.a.O., S. 38, nach dem Bericht von Louis Blanc, Histoire de la Révolution).

⁸⁵ Auf die Frage, was der dritte Stand sei, antwortete Sieyès in seiner Flugschrift: »Alles«. Und weiter: »Der Tiers umfaßt daher alles, was zur Nation gehört; und alles, was nicht der Tiers ist, kann sich nicht als zur Nation gehörig betrachten.«

Die liberale Verfassung von 1791 hat ihre Grundlage im *laissez faire, laissez passer*.⁸⁶

Die ›Grundfrage‹, die der exemplarische girondistische Vertreter Barnave der französischen Nationalversammlung präsentierte, umreißt in klaren Worten diese Position: »Wollen wir die Revolution zum Abschluß bringen, oder wollen wir sie von neuem anfangen? Ihr habt alle Menschen vor dem Gesetz als gleich erklärt [...] aber einen Schritt weiter, in der Richtung zu noch größerer Freiheit wird die Zerstörung des Thrones, einen Schritt weiter zu noch größerer Gleichheit wird die Aufhebung des Eigentums bedeuten.«⁸⁷ Es ging um die Eskamotierung von Gleichheitsvorstellungen, welche die von Barnave gerühmte Gleichheit ›aller Menschen vor dem Gesetz‹ transzendiert und damit die ›Freiheit‹ des Eigentums bedroht hätten. Es ging, mit anderen Worten, um die Verhinderung einer ›zweiten Revolution‹, die aus der Gleichheit weiterreichende Konsequenzen gezogen hätte, infolgedessen in den aufs ›Allgemeine‹ gerichteten Augen der liberalen Bourgeoisie nur die Auflösung von Gesellschaft überhaupt, die Anarchie bedeuten konnte und »die natürlich von Leuten geschürt wurde, welche Barnave bald als selbstsüchtige Demagogen bezeichnen sollte«⁸⁸.

Diese zweite Revolution, die Revolution des ›Volkes‹, ist in Frankreich unter dem Zeichen des Terrors erfolgt — Barnave wurde eins ihrer prominenten Opfer. Erst sie beseitigte vollends die Reste feudaler Herrschaft — dergegenüber die liberale Bourgeoisie, von eben jenen Volksmassen bedroht, zu eiligen Konzessionen bereit war — und schuf damit die tabula rasa, welche die Entwicklung des Kapitalismus begünstigte.⁸⁹ In der Gewaltsamkeit der kleinbürgerlich-revolutionären Massen

⁸⁶ Albert Soboul, Die Große Französische Revolution. Ein Abriß ihrer Geschichte (1789–1799), Teil 1, Frankfurt 1973, S. 155 f.

⁸⁷ Zitiert nach: H. Duncker (Hg.), Marxistische Arbeiterschulung. Kursus: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin/Wien 1930 (Reprint 1970), S. 16.

⁸⁸ Ralph Miliband, ›Barnave — ein Fall bürgerlichen Klassenbewußtseins‹, in: I. Mészáros (Hg.), Aspekte von Geschichte und Klassenbewußtsein, München 1972, S. 60.

⁸⁹ Zwar war die Aufhebung der seigneurialen Verfassung bereits in der Nacht vom 4. August 1789 beschlossen worden. Indem man an die Ablösung der feudalen Rechte in späteren gesetzlichen Bestimmungen Bedingungen knüpfte, die die ökonomischen Möglichkeiten der meisten Bauern bei weitem überstiegen, blieben diese Beschlüsse jedoch faktisch folgenlos. »Die Annahme dieser Beschlüsse durch die Versammlung am 4. August war im Grunde genommen nur die Aufwallung einer vorübergehenden Stimmung, ein Zugeständnis, das von der Aristokratie dem entschlossen gegen ihre Rechte auftretenden Volke gemacht worden war« (Josef Kulischer, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. II: Die Neuzeit, Darmstadt 1971, S. 428). Erst der Konvent verfügte die Verbrennung der feudalen Rechtstitel und damit die endgültige Abschaffung der seigneurialen Verfassung.

und ihrem Gegensatz, dem maßvollen, bremsenden Verhalten der liberalen, konstitutionalistischen Bourgeoisie äußerst sich historisch-konkret die — allen bürgerlichen Revolutionen gemeinsame — Diskrepanz zwischen den Zielsetzungen ihrer Träger und ihren historischen *Effekten*, jene »kolossale Ironie, daß, was die Kapitalisten nie vermocht hätten, ihre erbittertsten Gegner wider Willen für sie getan haben«⁹⁰.

Denn die liberale Bourgeoisie blieb Sieger, und mit ihr die liberalen Verfassungen. Die Herrschaft des radikalen Kleinbürgertums, des wirklichen Trägers der Revolution, wurde gebrochen — und sei es wie in Frankreich, wiederum mit den Mitteln des Terrors. Obwohl das ›Volk‹, das die Masse des tiers état verkörperte, sinnfällig auf die politische Bühne getreten und dort niedergerungen worden war, setzt auch später noch »der liberale Rechtsstaat [...] die Identifikation des Bürgertums mit dem Volk voraus«⁹¹. Mit den — durchaus retrograden — Wirtschaftsplänen des jakobinischen Kleinbürgertums waren auch seine Vorstellungen von unmittelbarer Demokratie, die in den Munizipalverwaltungen, den Kommunen ansatzweise realisiert worden waren, zurückgewiesen⁹²; »Demokratie« vollzog sich fürderhin »in den klassischen Formen des repräsentativen Parlamentarismus; d. h. sie funktioniert [...] auf Honoratiorenbasis, de jure zum Teil, de facto ganz unter Ausschluß der Masse jener Bürger, mit der sich die bürgerliche Gesellschaft doch identifiziert«⁹³.

Wie der Markt in der liberalen Ökonomie hat auch das liberale Parlament sein ›Modell‹, das jenem nicht nur äußerlich analog ist, sondern aus der Übertragung derjenigen Bedingungen auf die politische Sphäre geradezu geschaffen wurde, die ursprünglich die Beziehungen privater Warenbesitzer unter der Voraussetzung freier Konkurrenz regeln sollten. Danach zeichnet sich das liberale Parlament vor den ständischen Par-

⁹⁰ Kautsky, a.a.O., S. 55.

⁹¹ Jürgen Habermas, ›Über den Begriff der politischen Beteiligung‹, in: ders., Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt. Aufsätze 1954–1970, Amsterdam 1970, S. 266.

⁹² Daß die ›unmittelbare‹ Demokratie sich von der parlamentarischen keineswegs nur verfassungsrechtlich unterscheidet (vgl. unten S. 144 f. u. S. 152 f.), zeigt sich u. a. in der engen Verbindung, die sie gewöhnlich mit bestimmten ökonomischen Organisationsplänen eingeht. Es überlebt hier gewissermaßen die (präsozialistische) Vorstellung von einer ›moral economy‹, einer Ökonomie der Daseinsvorsorge (vgl. den vorigen Abschnitt), die insbesondere in Notlagen und Zeiten der Hungerkatastrophe durchaus ›dirigistische‹ Züge annehmen, d. h. politischer Steuerung unterliegen konnte. Die von den Munizipalverwaltungen betriebene Politik wäre demnach ebenso wie ihre Ökonomie Ausdruck einer vergangenen Produktionsweise, in der — in systemtheoretischen Begriffen — die ursprüngliche ›segmentäre Differenzierung‹ der Gesellschaft durch die ›funktionale‹ noch kaum ersetzt war.

⁹³ Habermas, Beteiligung, a.a.O., S. 266 f.

lamenten des Ancien Régime wie vor den Parlamenten der nachliberalen Epoche dadurch aus, daß nicht Interessen von Klassen oder gesellschaftlichen Gruppen sich gegenüber treten, sondern ›freie Persönlichkeiten‹, von denen jede das ›Allgemeine‹ repräsentiert oder doch repräsentieren sollte, ein allgemeines Interesse, über dessen inhaltliche Gestaltung sich freilich im einzelnen verschieden denken läßt.⁹⁴ In Analogie zum ökonomischen Laissez-faire sollen auf der Ebene des Parlaments die ›Meinungen‹ der Individuen, die als gleich und einander ebenbürtig vorgestellt werden, miteinander konkurrieren. Diese Konkurrenz der Meinungen, deren Resultante mit dem Vernünftigen im Prinzip ebenso zusammenfallen soll wie das Gemeinwohl mit dem Ergebnis der Konkurrenz privater Unternehmer, bildet das »klassische Ideal des liberalen Parlaments, auf dessen Boden sich die Abgeordneten als freie Persönlichkeiten begegnen, um in freier Rede und Gegenrede die großen Staatsgeschäfte zu erörtern«⁹⁵. Die Idee der ›freien Persönlichkeiten‹, als die sich die Parlamentsabgeordneten gegenüber treten, indem sie ihre persönlichen Meinungen – und nicht etwa die partikularen Interessen sozio-ökonomischer Gruppen – repräsentieren, ist die prägnanteste Verkörperung des liberalen ›Individualismus‹. »Zunächst ist eine Art gesellschaftlichen Verkehrs gefordert, der nicht etwa die Gleichheit des Status voraussetzt, sondern von diesem überhaupt absieht. Gegen das Zeremoniell der Ränge setzt sich tendenziell der Takt der Ebenbürtigkeit durch. Die Parität, auf deren Basis allein die Autorität des Arguments gegen die der sozialen Hierarchie sich behaupten und am Ende auch durchsetzen kann, meint im Selbstverständnis der Zeit die Parität des ›bloß Menschlichen‹.«⁹⁶

Diese ›Parität des „bloß Menschlichen“‹ hatte freilich die soziale Parität zur Basis, und die Idee der Toleranz, die politische Analogie des ökonomischen Prinzips des ›freien‹ und zugleich

⁹⁴ Deutlich zeigt noch der heutige Art. 38 des Grundgesetzes, der die Abgeordneten allein ihrem ›Gewissen‹ unterwirft und sie zugleich zu Vertretern des ›ganzen Volkes‹ erklärt, die Abstammung aus jenem liberalen Gedankengut (nicht zuletzt deshalb wird immer wieder die ›Spannung‹ notiert, in der er sich zum Art. 21 – der grundsätzlichen Anerkennung des Parteienstaats – befindet). Auch an der deutschen Verfassungsgeschichte erweist sich, daß jene ›Gewissensbindung‹ zwar von den besitzbürgerlichen Konstitutionellen, kaum jedoch von der kleinbürgerlich-demokratischen ›Linken‹ vertreten wurde. Diese »erstrebt eine möglichst enge Bindung zwischen Parlament und Bevölkerung. Skrupel gegenüber einer angeblichen Gewissensentscheidung der Abgeordneten zeigt sie am wenigsten« (Werner Boldt, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution von 1848, Paderborn 1971, S. 71).

⁹⁵ Theodor Schieder, ›Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus‹, in: A. Herrmann (Hg.), Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von L. Bergstraesser, Düsseldorf 1954, S. 194.

⁹⁶ Habermas, Strukturwandel, a.a.O., S. 47.

›fairen‹ Wettbewerbs, war an mehr oder weniger stillschweigend vorausgesetzte Bedingungen geknüpft. »Wenn man in dieser Aufgeschlossenheit den Ausdruck eines ›großartigen Toleranzgedankens‹ sehen wollte, so mußte man sich doch bewußt bleiben, daß es sich höchstens um eine innerliberale Toleranz gehandelt hat, denn nur die großen Grundüberzeugungen des Liberalismus waren es, über die man im einzelnen taktisch verschiedener Meinung sein konnte, nur innerhalb des von ihnen bestimmten geistigen und politischen Raums konnte man Parteiungen und Parteien zulassen.«⁹⁷ Das liberale Parlament ließ — in seinem klassischen Modell — ›Parteien‹ allenfalls als lose und in ihrer personellen Zusammensetzung fluktuierende Bündnisse zwischen Abgeordneten zu, deren ›Meinungen‹ aus gleich welchem Grunde temporär konvergierten. Die Vorstellung von der Partei als Repräsentantin partikularer Interessen sozio-ökonomisch bestimmter Gruppen blieb der liberalen Bourgeoisie, die dieses ›klassische‹ Modell vertrat, fremd; mit jener ›innerliberalen Toleranz‹ waren derartige Parteien ebenso unverträglich wie mit der Fiktion eines allgemeinen Interesses, das im Kopfe jedes Abgeordneten präsent sein und in öffentlicher Diskussion nur noch präzisiert werden sollte.

Die Homogenität in der Definition dessen, was als ›Allgemeinwohl‹ gelten sollte, hatte die soziale Homogenität zur Voraussetzung: Die Idee der aus Rede und Gegenrede erwachsenden Harmonie der Interessen, die mit dem Wohl des Ganzen identisch sein sollte, konnte sich nur auf dem sozial verengten Boden eines in den Grundinteressen homogenen Bürgertums erheben. »Eine Einigung in öffentlicher Diskussion mittels gemeinsamer Orientierung am Gemeinwohl ist aber nur möglich, wenn man sich über die Grundlage dessen, was als Gemeinwohl zu gelten hat, schon einig ist, d. h. wenn die soziale Zusammensetzung des Parlaments relativ homogen ist. Diese Prämisse war dadurch gewährleistet, daß die Abgeordneten den Schichten von Besitz und Bildung entstammten und deren Interessen vertraten, weil auch nur diese Schichten das Wahlrecht hatten. So konnte es nicht zu Gegensätzen zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden kommen, sondern nur zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertretern verschiedener Arten von Besitz.«⁹⁸

Auch später wurde das (mit dem Liberalismus allzu leichtfertig identifizierte) Prinzip des allgemeinen Wahlrechts keineswegs von Liberalen erkämpft.⁹⁹ Die liberale Bourgeoisie definierte das egalitäre Prinzip von vornherein restriktiv, unter

⁹⁷ Th. Schieder, *Theorie der Partei*, a.a.O., S. 190.

⁹⁸ Reinhard Kühnl, *Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus*, Reinbek b. Hbg. 1971, S. 25.

⁹⁹ Vgl. hierzu das folgende Kapitel.

Ausgrenzung der politisch allemal als unmündig erachteten ›Masse‹. »Auch die Theorie des *Liberalismus* gründet ursprünglich ihre Aspirationen keineswegs auf die Massen schlechtweg. Sie stützt sich auf ganz bestimmte, auf anderen Gebieten bereits zur Herrschaft gereifte, aber noch nicht im Besitz politischer Macht befindliche Massen, nämlich auf Schichten von Besitz und Bildung. Die Massen schlechtweg gelten ihr bloß als notwendiges Übel, brauchbar lediglich zur Erreichung ihr fremder Ziele.«¹⁰⁰ So steht etwa in Deutschland die liberale Bourgeoisie auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch beinahe geschlossen auf der Seite des Zensus, sieht man von vereinzelt, fälschlich als ›linke‹ Fraktionen bezeichneten Gruppierungen ab, die — 1849 wie auch noch 1867 — die Zulassung des Proletariats zur Wahl als eine Art Bauernfang, als Strategie zur Vermeidung von Klassenausinandersetzungen betrieben. Wo überhaupt eine solche Fraktionierung auftrat, beruhte sie daher auf Differenzen in der Methode; im Grundsatz der Ausschaltung der ›Masse‹ vom politischen Geschehen war man sich einig.

Wenn sich »schließlich der geschichtliche Sendungsglaube des liberalen Bürgertums durchsetzte, der das Wahlrecht als ein politisches Recht, als Vorrecht für die Elite von Besitz und Bildung in Anspruch nehmen ließ«, so nährte sich die Verteidigung dieses Privilegs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts allerdings bereits aus der »Furcht vor den ungebändigten, unberechenbaren Kräften der Gesellschaft, die mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die soziale und politische Ordnung aufheben konnten«¹⁰¹. Doch wurde auch der Zensus, der rechtliche Garant der sozialen Homogenität der Parlamente, von der liberalen Bourgeoisie keineswegs als Widerspruch zum ›allgemein-menschlichen‹ Charakter der von ihr vertretenen Interessen empfunden. Wie sie sich in der ersten französischen Konstituante auf den tiers état bezog, während sie sich doch nur aus seinem ›gebildeten‹ Teil rekrutierte, so war auch der »48er Liberalismus [...] der eines Bildungsbürgertums, das sich zu den Mittelklassen rechnete und darauf seine Stellung gründete«¹⁰².

Der Widerspruch zwischen diesen besonderen sozialen Bedingungen, unter denen ihr Parlamentarismus stand, und ihrem Anspruch, *gesamtgesellschaftliche*, ›nationale‹ Interessen zu vertreten, konnte der liberalen Bourgeoisie so lange verborgen bleiben, wie ihr Bemühen um eine verfassungsmäßige Regelung der politischen Beziehungen in der *sämtliche* Teile des tiers état umfassenden Frontstellung gegen willkürliche Herr-

¹⁰⁰ Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1925, S. 9.

¹⁰¹ Th. Schieder, Das Verhältnis . . . , a.a.O., S. 57.

¹⁰² Ebd., S. 58.

schaft Rückendeckung erhielt. Der Kampf zweier gesellschaftlicher Systeme überlagerte hier den *Klassenkampf*, und die internen sozialen Differenzen im dritten Stand verblieben in dem Maße im Hintergrund der Auseinandersetzung, wie Herrschaft noch mit feudaler Willkür, Freiheit mit der Beseitigung dieser Willkür identifiziert wurden. Insofern — aber auch nur insofern — es um die Herstellung dieser »nationalen« Freiheit ging, »war das liberale Modell der Wirklichkeit soweit angenähert, daß das Interesse der bürgerlichen Klasse mit dem allgemeinen Interesse identifiziert und der dritte Stand als Nation etabliert werden konnte«¹⁰³.

Der von Habermas hieraus gezogene Schluß, daß die im liberalen Modell enthaltene Form der »Öffentlichkeit als Organisationsprinzip des bürgerlichen Rechtsstaates [...] in jener Phase des Kapitalismus glaubwürdig« gewesen sei, ist allerdings in dieser Allgemeinheit zweifelhaft. Die Schlußfolgerung übersieht nämlich (und zwar ebenso wie die »liberale Öffentlichkeit« jener Zeit selbst), daß die Transformation der feudal-absolutistischen Gesellschaft in eine bürgerliche keineswegs in einem *politischen* Kampf um die Herstellung von Rechtsstaatlichkeit sich erschöpfte, sondern von *sozialen* Kämpfen mit weit darüber hinausgreifenden Ansprüchen begleitet war. Stellt man diese Ansprüche in Rechnung, die im Prozeß der bürgerlichen Revolution artikuliert wurden und den eigentlichen *Gegensatz* der plebejischen Massenbewegungen zur liberalen Bourgeoisie ausmachten, so bleibt allerdings zu fragen, *wem* jenes liberale Modell eigentlich »glaubwürdig« war. Daß Habermas seine Aussage nicht präzisiert, mag sich aus seiner (eingangs vorausgeschickten) Vernachlässigung dessen ergeben, was in der Geschichte selbst »vernachlässigt« wurde: der »im geschichtlichen Prozeß gleichsam unterdrückte(n) Variante einer *plebejischen* Öffentlichkeit«¹⁰⁴. Diese »plebejische Öffentlichkeit« aber, die sich in den kleinbürgerlichen und in ihrem Anhang bereits proletarischen Massenbewegungen ausbildete, dürfte per se bereits beweisen, daß die von der liberalen Bourgeoisie praktizierte Form des Parlamentarismus, die die Beschränkung auf Konstitutionalismus und Rechtsstaatlichkeit enthielt, keineswegs auf ubiquitäre, sämtliche Klassen der Gesellschaft oder auch nur alle Gruppierungen des tiers état übergreifende »Glaubwürdigkeit« sich berufen konnte. Die selbstgewählte Ausklammerung *dieser* — in historischen Augenblicken auch *gegen* das liberale Parlament operierenden — Öffentlichkeit gestattet es schließlich, vom »Selbstverständnis der *Zeit*« zu sprechen¹⁰⁵ und damit eine allgemeine »Glaubwürdigkeit« zu unterstellen, wo allenfalls vom

¹⁰³ Habermas, Strukturwandel, a.a.O., S. 100.

¹⁰⁴ Ebd., S. 8.

¹⁰⁵ Vgl. die unter Anm. 96 zitierte Stelle.

Glauben der liberalen Bourgeoisie an sich selbst die Rede sein könnte.¹⁰⁶

Von den spezifisch ›liberalen‹ Parlamenten des 18. und 19. Jahrhunderts waren die kleinbürgerlichen Massen nicht nur selbstredend ausgeschlossen. Sie befanden sich vielmehr im Verlauf der bürgerlichen Revolutionen durchgängig im (manifesten oder latenten) *Gegensatz* zu der in diesen Parlamenten versammelten liberalen Bourgeoisie, die sich umgekehrt beständig dem Druck jener Volksmassen ausgesetzt sah. Die ›radikale Demokratie‹, die das Kleinbürgertum sowie die mit ihm zu diesem Zeitpunkt noch verbündeten Lohnarbeiter und Bauern im Auge hatten, läßt die Bezeichnung der von ihnen praktizierten Öffentlichkeit als bloßer ›Variante‹ der bürgerlichen fragwürdig werden.¹⁰⁷ Die Differenz zwischen parlamentarischem Regierungssystem und Konvent — oder genauer: zwischen einem Parlament, das die Regierung nur kontrolliert, und einer Versammlung, die sie auch dirigiert — ist nicht nur eine verfassungsrechtliche. Es ist die Differenz zweier verschiedenen Produktionsweisen verhafteter Gesellschaftsklassen, teilweise verschüttet von der beiderseitigen Verpflichtung auf politische Postulate, die — jenseits ihres gemeinsamen Namens — allerdings eine durchaus unterschiedliche Interpretation erfuhren. Der Begriff der ›Volksouveränität‹ wurde — ebenso wie der der ›Republik‹ — vom radikalen Kleinbürgertum mit einer *wirklichen* Herrschaft des ›Volks‹ assoziiert¹⁰⁸, die von der liberalen Bourgeoisie nicht nur des-

¹⁰⁶ Die von Habermas andernorts (Nachwort zu: F. Nietzsche, Erkenntnistheoretische Schriften, Frankfurt 1968) postulierte »kritische Geschichtsschreibung«, die Geschichte als eine »Folge von Repressionen, uneingelösten Wünschen und vertanen Möglichkeiten« begreift (S. 246), sollte die scheinbar nur wissenschaftlichen Abgrenzungserfordernissen folgende Selbstbeschränkung auf die herrschende Form der Öffentlichkeit ebenso desavouieren wie die Berufung auf den herrschenden Zeitgeist, enthielt dieser doch neben den Illusionen des spezifisch bürgerlichen Selbstbewußtseins auch die Legitimation für ein Handeln, das jene plebejische Öffentlichkeit ›gleichsam‹ unterdrückte.

¹⁰⁷ Die fundamentale Differenz der plebejischen Öffentlichkeit zu der vom Besitzbürgertum praktizierten zeigte sich bereits zu Beginn der deutschen Revolution von 1848: »Bisher war Öffentlichkeit als öffentliche Meinung gegeben. [...] Erzeugt wurde sie von dem literarisch interessierten Bildungsbürgertum. Ihr wesentliches Organ war die Presse. Durch die Gründung der Vereine, wie auch durch die Volksversammlungen, wurde Öffentlichkeit aber zu einer Institution des Volkes, das sich mit seiner Organisation die Möglichkeit eröffnete, die Organe der konstitutionellen Monarchie, Parlament und Regierung, zu *bloß ausführenden Werkzeugen* seines Willens herabzusetzen. Für das konstitutionelle Bürgertum war Öffentlichkeit eine bloß moralische Größe, für das Volk wurde sie eine politische« (Boldt, a.a.O., S. 85; Hervorh. A. L.-F.).

¹⁰⁸ Die Sansculotten »verstanden unter der Republik eine Demokratie in Aktion. Für die Bewußtesten unter ihnen sind Freiheit und Gleichheit nicht ein für allemal gegeben, sondern täglich neu zu erobern: Die Freiheit wird zur Befreiung, die Gleichheit zum sozialen Sieg« (Albert Soboul, Les

halb perhorresziert wurde, weil sie mit der Gestalt des Parlamentarismus, die sie selbst praktizierte, unverträglich war. Von ihrem Standpunkt, dem Standpunkt der liberalen Bourgeoisie und damit die ›Allgemeinheit‹, die sie zu vertreten vorgab, mußte eine als tatsächliche Herrschaft des Volks, der Massen gedeutete ›Volkssouveränität‹ oder ›Republik‹ vielmehr mit Anarchie gleichgesetzt werden.¹⁰⁹ Gegen die *alten* Mächte berief man sich auf das Volk, den *tiers état*, den man vertreten, aber eben auch nur *vertreten* wollte; wo diese Repräsentation, diese Vermittlung sich erübrigt hätte, wo ›unmittelbare‹ Demokratie ins Haus stand, brach sich die Angst vor dem Chaos in apokalyptischen Visionen Bahn.

Die rousseauistischen Anklänge, die sich in den kleinbürgerlichen Vorstellungen von unmittelbarer Demokratie finden, waren vermutlich kaum das Ergebnis von Lektüre — zumal der Umgang mit dem geschriebenen Wort gerade bei den engagiertesten Vertretern dieser Konzeptionen keineswegs allgemein verbreitet war.¹¹⁰ Zu Recht bemerkt G. A. Williams, daß die sansculottischen Massen der Rezeption philosophischer Werke nicht bedurften, um ›pure Jean-Jacques‹ zu sprechen, denn Rousseaus Theorie war nur die glanzvolle Formulierung der kleinbürgerlichen Befreiung: »Rousseaus politische Theorie war — wenn wir den Begriff frei verwenden — einfach nur die Systematisierung der handwerklichen Geisteshaltung. [...] Vertraut mit bestimmten Verhaltensweisen und Traditionen, waren sie nun ebenfalls Mitglieder einer neuen Nation, die sich theoretisch auf die Volkssouveränität gründete. Indem sie auf die tägliche Erfahrung des Krieges und der Revolution reagierten, handelten sie, wie es ihnen entsprach, und redeten wie Rousseau.«¹¹¹ So sehr Williams die Sansculotterie als Bewegung einer Schar redlicher und derber Handarbeiter idealisieren mag — ihre soziale Basis findet sich hier adäquat umschrieben als eine »handwerkliche Gemeinschaft kleiner Meister, Kleinhändler, Gesellen«. Der Typus des Sansculotten ist danach »ein Handwerker, ärmer als der Durch-

Sans-culottes parisiens en l'an II. Mouvement populaire et gouvernement révolutionnaire, 1793–1794, Paris 1968, S. 235).

¹⁰⁹ »Fiel die Monarchie, dann fiel das stärkste Bollwerk des Besitzbürgertums gegen die befürchtete ›Anarchie‹, gegen die ›soziale Revolution‹, die in Frankreich in aller Öffentlichkeit vorgeführt wurde und in der Pariser Junischlacht zur Entscheidung kam. [...] Gerade die gefürchtete soziale Unzufriedenheit formierte sich unter dem Banner der Republik [...] Für das Besitzbürgertum wurde Republik synonym mit ›sozialer‹ oder ›roter‹ Republik« (Boldt, a.a.O., S. 57).

¹¹⁰ So behauptet Soboul, »daß zahlreiche Aktive, die Funktionen in den Sektionen wahrnahmen, weder lesen noch schreiben konnten« (Les Sans-culottes, a.a.O., S. 74).

¹¹¹ Gwyn A. Williams, *Artisans and Sans-Culottes. Popular Movements in France and Britain during the French Revolution*, New York 1969, S. 32.

schnitt, der selbständige Handarbeiter oder der kleinste der kleinen Meister«, der sich vom Lohnarbeiter nur dadurch unterscheidet, daß sein Lohn »häufig ein ›Preis‹ (war), der eher nach den Lebenshaltungskosten und den herkömmlichen Maßstäben bemessen war als nach der Arbeit«. ¹¹²

Dieser Unterschied bleibt gleichwohl entscheidend. Zwar umfaßt die Sansculotterie auch Lohnarbeiter. Entgegen einer verbreiteten Auffassung, die aus diesem proletarischen Anhang der sansculottischen Bewegung auf ihre prinzipielle soziale Diskrepanz zum Jakobinismus schließt ¹¹³, ist jedoch daran festzuhalten, daß eine Differenz der Lohnabhängigen zu den kleinen bis kleinsten Selbständigen im Sinne einer *Klassenscheidung* zum Zeitpunkt der Großen Revolution noch keineswegs herausgebildet war. Nicht nur die selbständigen und halbselbständigen Handarbeiter, die die Hauptmasse bilden ¹¹⁴, sondern auch die in den wenigen Manufakturen der Metropole zusammengeschlossenen Lohnarbeiter bleiben — zumal ihre Tätigkeit zumeist in einer kleinen Werkstatt begonnen hat — noch ganz und gar vom »Geist des Handwerks durchdrungen, der durch das Milieu noch verstärkt wird, in dem sie leben: unter Gesellen, denen gegenüber sie nur eine schwache Mino-

¹¹² Ebd., S. 20.

¹¹³ »In den kommunistischen Gedankengängen verhafteten Darstellungen wird die Bezeichnung ›Kleinbürger‹ nicht auf den ›menu peuple‹ angewandt, während aus ihren Definitionen deutlich hervorgeht, daß die Mehrzahl sicher aus Kleinbürgern bestand« (F. Kool und W. Krause [Hg.], *Die frühen Sozialisten*, Freiburg 1967, Einführung S. 83). Zwar geriet die Bewegung dieses ›menu peuple‹ in einzelnen Punkten in einen deutlichen Konflikt zur Revolutionsregierung. Doch ist die Schlußfolgerung von Historikern der Linken gleichwohl fragwürdig, daß die Französische Revolution »in embryonaler Form die proletarische Revolution« enthalten habe, daß sich in die Auseinandersetzung zwischen Adel und Bourgeoisie bereits der Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat gemischt habe (Daniel Guérin, *La Révolution française et nous*, Brüssel 1968, S. 26 u. 21). Innerhalb dieser Konzeption wird die Bergpartei zur »fraction montagnarde de la bourgeoisie« (ebd., S. 19; Hervorh. A. L.-F.). Das Revolutionsregime und die Massenbewegung, die es zur Herrschaft brachte, werden also unter dem Aspekt der Klasseninteressen gänzlich auseinandergerissen, während sich der erhebliche Unterschied zwischen Gironde und Montagne verwischt — sie erscheinen nur noch als zwei »Fraktionen der Bourgeoisie« (vgl. unten Fußn. 124).

¹¹⁴ Insbesondere für das Paris jener Epoche grenzt Soboul ein »unselbständiges Handwerk« vom selbständigen ab. Doch vermochte hier auch die relativ weite Verbreitung des Verlagssystems an den typisch kleinbürgerlichen Zielsetzungen der ihm Unterworfenen kaum etwas zu ändern: »Das Interesse des abhängigen Handwerkers deckt sich mit dem des Gesellen: Gegenüber dem Kaufmannskapitalismus fordern sie den Tarif, den Lohn, der das Existenzminimum garantiert. Aber sie gehen nicht so weit, eine Beziehung zwischen dem Wert der Arbeit und der Lohnhöhe herzustellen; der Lohn bestimmt sich nach dem Preis der Lebensmittel, nicht nach dem Wert der Arbeit: Die gesellschaftliche Funktion der Arbeit wird nicht klar erfaßt. Die Stellung des abhängigen Handwerkers ist zwischen dem Gesellen und dem selbständigen Handwerker angesiedelt, der dem Kleinbürgertum zuzurechnen ist« (Soboul, *Les Sans-culottes*, a.a.O., S. 56).

rität bilden. Die Arbeitswelt ist insgesamt stark von der Mentalität des handwerklichen Kleinbürgertums gezeichnet und steht wie dieses der bürgerlichen Ideologie nahe.«¹¹⁵ In ihrer sozialen Zusammensetzung ist die Sansculotterie eine Bewegung des ›menu peuple‹, in dem das kleinbürgerliche Element überwiegt¹¹⁶; ebenso bleiben ihre Ideologie und ihre Aktionsziele der Welt des selbständigen Handwerkers verhaftet: Sie ist in erster Instanz die Auflehnung der *Konsumenten* gegen die Herabdrückung der Lebensbedingungen — eine Auflehnung, die zudem an der *vorkapitalistischen* ›Idee der Nahrung‹ orientiert bleibt. Wo die Bewegung ›antikapitalistische‹ Züge annimmt, ist es der Antikapitalismus des Kleinbürgertums. Lohnkämpfe im modernen Sinn sind hier unbekannt; ihren Platz übernimmt der Kampf um den angemessenen, ›gerechten‹ Preis der Grundnahrungsmittel.¹¹⁷

Doch lassen sich die Forderungen des radikalen Kleinbürgertums zum Zeitpunkt der Französischen Revolution nur schwer auf einen Nenner bringen: Sie kennzeichnen sich nicht zuletzt dadurch, daß in ihnen gleichzeitige und ungleichzeitige, revolutionäre und reaktionäre und von daher mitunter durchaus widersprüchliche Zielsetzungen zusammenfinden. Zwar lassen jene Widersprüche, die sich insbesondere in der Haltung der radikal-demokratischen Bewegung zur Eigentumsfrage manifestieren, eine soziologische Deutung zu: Sie folgen einerseits aus der relativ inhomogenen sozialen Zusammensetzung der rebellierenden Massen, des ›Volks‹, das ja neben dem Kern des vorstädtischen Kleinbürgertums auch kleinbäuerliche und proletarische Elemente umfaßte, andererseits aus der ambivalenten gesellschaftlichen Stellung dieses ›Kerns‹ selber.¹¹⁸ Die eigentliche Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß die Zielsetzungen jener Massenbewegungen weniger aus theoretischen

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Der Begriff selbst zeigt die reale Ungeschiedenheit der Klassen an. Ende des 18. Jahrhunderts faßte man darunter »zugleich die eigentumslosen Klassen und das Pariser Kleinbürgertum zusammen, das zumeist besitzend war: kleine Kaufleute, Werkstattmeister ebenso wie Gesellen, Hilfsarbeiter und Arme« (ebd., S. 47).

¹¹⁷ »Die Sansculotten des Jahres II haben nicht das Problem der Arbeit in den Mittelpunkt ihrer sozialen Aktivitäten gestellt. Sie waren sehr viel empfindlicher in ihren Interessen als Konsumenten: Nicht Streiks und Lohnforderungen bringen die Sansculotten auf die Beine, sondern die Frage der Lebensmittel. [...] Die Sansculotten forderten die behördliche Festsetzung der Lebensmittelpreise; der Anspruch auf Tarifregelungen bleibt selten: Darin werden die ökonomischen und sozialen Verhältnisse wie auch die Ideologie der Epoche schlaglichtartig deutlich« (ebd., S. 58).

¹¹⁸ Während — um ein Beispiel zu nennen — die Lohnabhängigen zwar das Preismaximum, nicht jedoch das von der Regierung gleichzeitig verhängte Lohnmaximum akzeptierten, war das städtische Kleinbürgertum zwar an einem Maximum der Lebensmittelpreise, nicht jedoch an einem generellen Preismaximum interessiert, das auch die eigenen Waren betroffen hätte.

Darlegungen oder kodifizierten Normen zu erschließen sind, als vielmehr der *Praxis*, der Aktion jener Massen entnommen werden müssen: Auch die aus jener Zeit überlieferten Dokumente geben nur Aufschluß über ein Handeln, nicht jedoch über eine Theorie, die — wo sie sich überhaupt entwickelte — niemals als abstrakte konzipiert, sondern allenfalls berufen war, konkrete, auf eine *bestimmte* Situation bezogene soziale Forderungen zu legitimieren.

Doch wäre es andererseits verfehlt, die Dekrete und unmittelbaren wirtschaftspolitischen Eingriffe in der Zeit der Schreckensherrschaft einzig als zweckrationale Reaktionen auf eine vorgegebene Situation und die Gefahren deuten zu wollen, die selbst die physische Existenz der Bevölkerung bedrohten. Das Handeln der sansculottischen Massen war ebenso wie das der Aktiven in den Sektionen im strengen Sinne traditionsbestimmt. Gerade die Insistenz auf dem Lebensnotwendigen, die Orientierung an der materiellen Versorgung als einem übergeordneten Desiderat schied das radikale Kleinbürgertum *von vornherein* von der an der ›Freiheit‹ ökonomischer Aktivität interessierten Bourgeoisie. Während »die Bourgeoisie ihre unerschütterliche Feindschaft gegenüber der Nationalisierung beibehielt, weil sie die Wirtschaftsfreiheit einschränkte«, besaß andererseits — und zwar über den aktuellen Anlaß hinaus — das »entstandene Produktions- und Tauschsystem, das die wirtschaftliche Freiheit beschränkte, [...] offensichtlich in den Augen der Sansculotten einen sozialen Wert.«¹¹⁹ Die durch die Revolution errungene wirtschaftliche Freiheit also galt es durch *soziale* Gesetzgebung einzuschränken — und dieses Postulat bezog sich in erster Linie auf den Handel, dessen stets schon beargwöhnte intermediäre Position auf die Funktion der Verwahrung und Verteilung des Lebensnotwendigen festzulegen war, wenn die Möglichkeit einer Preissteigerung durch Zurückhaltung der Waren ausgeschlossen werden sollte.

Die Beschlagnahmung der Güter emigrierter Feudalherren, ihre Parzellierung und Verteilung unter die Bauern, das ›Maximum‹, d. h. der staatlich festgesetzte Höchstpreis für lebenswichtige Güter in Zeiten wirtschaftlicher Not, sowie das politische Recht der allgemeinen Wahl stellten Forderungen dar, die das Programm jener außer-parlamentarischen Massen¹²⁰

¹¹⁹ Soboul, Die Große Französische Revolution, a.a.O., S. 355.

¹²⁰ Der Begriff ›außer-parlamentarisch‹ bedeutet nicht, daß jene Volksmassen den Konvent nicht als ihre gewählte Vertretung anerkannten. Im Gegenteil: die zahlreichen Petitionen, die die Sektionen den Abgeordneten übergaben, beweisen, daß sie die Repräsentation als Prinzip anerkannten — wenn auch, im Gegensatz zum liberalen Modell, nur als ›unmittelbare‹, gleichsam als Transmissionswerkzeug. Ebenso waren im Verständnis der Volksvereine der deutschen 48er Revolution die »Mittel zur Politik [...] nach wie vor Regierung und Parlament« (Boldt, a.a.O., S. 87), auf die man allerdings direkt Einfluß zu nehmen strebte.

zur Zeit der Französischen Revolution umreißen. »Sie wollten zunächst das Feudalwesen bis zu den letzten Spuren abschaffen, dann das Eigentum ausgleichen, die großen Grundbesitze zerschlagen, das Land allen, selbst den kleinsten Landwirten, geben, die nationale Verteilung der notwendigen Lebensmittel zu gerechten Preisen organisieren und mit Hilfe der Steuer, die wie eine Kriegswaffe gehandhabt werden sollte, die Bourgeoisie, die Commerçantistes, bis aufs Messer bekämpfen — all diese reichen Börsenwucherer, Bankiers, Großhändler, Industrieunternehmer, die in den Städten schon immer mehr zunahmen.«¹²¹ Insofern beinhaltete das Programm der Jakobiner über die Frontstellung gegen feudal-absolutistische Verhältnisse hinaus, in der sie sich mit der liberalen Bourgeoisie trafen, stets schon anti-kapitalistische Tendenzen. Ohne daß eine klare Unterscheidung zwischen dem Reichtum feudaler und dem kapitalistischer Herkunft vollzogen worden wäre — wie denn auch seine Repräsentanten, die (kommerziellen) Kapitalisten ebenso wie der »echte« Adel, hier ungeschieden unter den Begriff der »aristocratie« fielen¹²² —, galt er als verwerflich dann, wenn er einerseits ein bestimmtes, nämlich das zum Lebensunterhalt notwendige Maß überschritt, andererseits auf illegitimen Erwerb sich gründete. Unter diesen fielen in erster Linie der Wucher (den die Schreckensherrschaft mit der Todesstrafe bedrohte), die Spekulation sowie der preistreibende Zwischenhandel.

Die Maßnahmen der Schreckensherrschaft wie die Beschlagnahmung lebenswichtiger Güter und Rohstoffe, ihre zentrale, staatlich gelenkte Verteilung, die Verordnung von Höchstpreisen usw. ergaben sich keineswegs ausschließlich aus der Not der Stunde. Es sind die Äußerungsformen der spezifisch kleinbürgerlichen Vorstellungen von einer »moral economy«, die selbst wo sie den engen Rahmen des städtischen Gemeinwesens übersprangen, die Einheit von Wirtschaft, Politik und Moral implizierten und an der Produktion für den lebensnotwendigen Bedarf, für den Gebrauchswert, ebenso festhielten wie andererseits am Eigentum. U. a. aus dieser Orientierung an der physischen, durch die Handwerkswirtschaft im Sinne eines adäquaten, konventionellen Lebensstils relativ festumrissenen Subsistenzgrundlage könnte sich der scheinbare Wi-

¹²¹ Peter Kropotkin, Die Französische Revolution, Neudruck Frankfurt 1970, 2. Bd., S. 48 f.

¹²² »Mit der Ausdehnung seines ursprünglichen Sinns umfaßte das Wort »aristocratie« im Jahre II schließlich alle gesellschaftlichen Kategorien, gegen die die Sansculotten kämpften. Daher der bezeichnende Ausdruck »aristocratie bourgeois«, das in den Texten so häufig wiederkehrt. [...] Der Begriff »aristocratie« bezeichnet also schließlich alle Feinde der Sansculotten, Bourgeois ebenso wie Adlige. [...] Im Grenzfall meinen die extremen Sansculotten mit dem Wort »aristocrates« nicht mehr den alten Adel, sondern die Bourgeoisie« (Soboul, Les Sans-culottes, a.a.O., S. 25 f.).

derspruch zwischen der sozialen Zusammensetzung der revolutionären Volksbewegung und ihren Wirtschaftsplänen erklären: Der Jakobinismus wurde zum überwiegenden Teil von *städtischen* Kleinbürgern vertreten, während sein Programm sich in erster Linie auf die *Landwirtschaft* und ihre Reorganisation richtete. Der Ausgleich zwischen Stadt und Land, den das jakobinische Programm vorsah, sollte jedoch nicht nur den Lebensunterhalt der Gesamtbevölkerung garantieren, sondern auch die Produktionsformen homogenisieren: Die Neuordnung der Besitzverhältnisse auf dem Lande mittels konsequenter Parzellierung des Ackerlandes hatte die individuelle Produktionsweise des städtischen Kleinbürgers zum Vorbild. So verordnete die Sektion Sansculottes, daß »niemand mehr Land pachten könne, als er für eine bestimmte Anzahl von Pflugstunden benötigte; daß derselbe Bürger nur eine Werkstatt, nur einen Laden haben dürfe«.

Die jakobinischen Programme enthalten neben dem grundsätzlich positiven Bekenntnis zum Privateigentum stets auch das Postulat seiner *Limitierung*. Und hierin decken sich die Sozialkonzeptionen der jakobinischen Revolutionsregierung mit denen der sansculottischen Massen: »Das gesellschaftliche Ideal der Sansculotten steht dem der Robespieristen sehr nahe: eine Gemeinschaft unabhängiger Produzenten, deren ungefähre Gleichheit durch den Staat und seine Gesetze garantiert werden soll.«¹²³ Auch wenn die Mitglieder der Regierung jene gesetzlichen Beschränkungen, die Eingriffe zugunsten des Kleineigentums, auf den Grundbesitz eingrenzen wollten, auch wenn sie im Zustand des Krieges und des Bürgerkrieges gezwungen waren, den rationelleren Großbetrieben bei der Belieferung der Truppen usf. den Vorrang zu geben, blieb ihre soziale Utopie doch eine Gesellschaft, in der »jeder Franzose ein kleiner Eigentümer und ein selbständiger Produzent sein sollte«¹²⁴.

¹²³ Ebd., S. 73 f.

¹²⁴ Ebd., S. 72. — Daher ist wenig einsichtig, warum Soboul, der — im Gegensatz zu Guérin (vgl. oben Fußn. 113) — den essentiell kleinbürgerlichen Charakter der Sansculotten unterstreicht, einen prinzipiellen *sozialen* Gegensatz zwischen ihnen und der Revolutionsregierung konstruiert, indem er in den Montagnards und Jakobinern gar die »bewußteste Fraktion der Bourgeoisie« erblickt (ebd., S. 31; Hervorh. A. L.-F.). Diese Interpretation folgt m. E. — ähnlich wie bei Guérin — zentral aus einem irrigen Rückschluß: daß nämlich, da die Revolution eine »bürgerliche« gewesen sei, auch ihre Träger in jeder Phase der Bourgeoisie angehört und deren Interessen vertreten hätten: »Aber die Bourgeoisie, die seit Beginn die Zügel der Revolution in der Hand gehalten hatte, verstand es, in der Person der Montagnards auch noch ihre Führung zu übernehmen« (ebd., S. 16). An dieser Stelle ist m. E. allerdings die umgekehrte Darstellung stichhaltiger: daß nämlich seit Beginn der Revolutionsregierung die Bourgeoisie für einen kurzen Augenblick der Geschichte Gefahr lief, die Zügel der Revolution an das *Kleinbürgertum* abzugeben.

Die Regierung des Wohlfahrtsausschusses wurde von den kleinbürgerlichen

Damit ist die wesentliche Differenz zu den von der liberalen Bourgeoisie vertretenen Interessen bezeichnet: Das Bekenntnis des jakobinischen Kleinbürgertums zum Privateigentum enthielt die Abwehr der Lohnarbeit; die Limitierung des Privateigentums dagegen zielte auf den Ausschluß seiner Kapitalfunktion. Der jakobinischen Bewegung ging es niemals um die Verteidigung des Eigentums im Sinne eines Naturrechts, sondern um seine Legitimation als *soziale* Institution; nicht um die Perpetuierung des Eigentums schlechthin, sondern um die Erhaltung des *Kleineigentums* an den Produktionsmitteln als der notwendigen *individuellen Produktionsgrundlage*, letztlich also um die Erhaltung der Struktur der Gesellschaft als Gesellschaft kleiner Warenproduzenten. »Das gemeinsame Ziel war eine Gesellschaft der kleinen unabhängigen Produzenten, Bauern und Handwerker, die jeder ihr Feld, ihren Loden oder ihre Werkstatt besaßen und in der Lage waren, ihre Familie ohne Zuflucht zur Lohnarbeit zu ernähren. Es war ein Ideal, das den Verhältnissen Frankreichs und seines Volkes am Ende des 18. Jahrhunderts entsprach und mit den Hoffnungen des Kleinbauern und Landarbeiters, des Handwerkers und seines Gesellen wie auch des Kleinhändlers übereinstimmte. Ein Ideal, das mit den wirtschaftlichen Bedingungen der Mehrheit der Produzenten dieser Zeit harmonisierte, das jedoch im Widerspruch zur andererseits geforderten Produktionsfreiheit stand, die zur kapitalistischen Konzentration führte.«¹²⁵ War der Kampf des revolutionären Kleinbürgertums vom Wunsch nach Ausdehnung und Erhaltung des Kleineigentums für alle getragen, so bestand der *Effekt* der Revolution umge-

Massen nicht nur inthronisiert, sondern blieb diesen in den grundlegenden sozialen Konzeptionen — so insbesondere in der Verteidigung und gleichzeitigen Limitierung des Eigentums — engstens verwandt. Wenn dagegen anerkannt werden muß, daß auch die Herkunft der meisten Montagnards eine eher »bourgeoise« war (s. o.), so handelt es sich hier doch nur um das *allgemeine* »Verhältnis der politischen und literarischen Vertreter einer Klasse zu der Klasse, die sie vertreten« (Marx, Achtzehnter Brumaire, a.a.O., S. 252), um eine selbstverständliche Diskrepanz also. Aber auch der *politische* Gegensatz, in den das Revolutionsregime zu der es ursprünglich tragenden Sansculotterie geriet, ist m. E. nicht Ausdruck einer prinzipiellen sozialen Diskrepanz, sondern durch die innenpolitische Lage und militärische Erfordernisse bedingt, die die vom revolutionären Kleinbürgertum propagierte lokale Autonomie ebenso illusorisch machten wie die ökonomische Dezentralisierung. Soboul benennt diese Verursachung, hält sie jedoch für akzidentell gegenüber den »tendances irréductibles de deux catégories sociales différentes« (a.a.O., S. 235), die jenen Gegensatz letztlich hervorgebracht hätten. Diese Erklärung läßt außer acht, daß nicht nur die sansculottische Volksbewegung, sondern ebenso die Jakobiner in der Revolutionsregierung scheiterten — und zwar an *ein und derselben* Schranke: der historischen Unmöglichkeit einer an die Grenzen des Kleineigentums gebundenen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Nutznießer der Revolution blieb eine Bourgeoisie, die von den Intentionen eines Robespierre oder Saint-Just nicht das mindeste wissen wollte.

¹²⁵ Soboul, Die Große Französische Revolution, a.a.O., S. 358 f.

kehrt in der Herstellung des institutionellen Rahmens, den die kapitalistische Ökonomie erfordert, und damit in der langfristigen Annullierung des Kleineigentums an den Produktionsmitteln, der fortschreitenden Expropriation. Der *politische* Freiheitskampf des jakobinischen Kleinbürgertums war eingebettet in einen *ökonomischen* Kampf gegen systemfremde, monopolistische Einflüsse, gegen ihre zerstörende Wirkung auf die Harmonie einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten. Gegen *diese* Einflüsse, die den ›übermäßigen‹ Reichtum einzelner nicht nur zur Grundlage hatten, sondern auch perpetuierten, mobilisierte man staatliche Eingriffe, die in den Augen der liberalen Bourgeoisie eine klare Einschränkung der ›Freiheit‹ bedeuteten.

›Parlamentarische‹ und ›unmittelbare‹ Demokratie sind infolgedessen keineswegs nur verschiedene Organisationsprinzipien — stand doch die relative Dezentralisierung, die Kompetenzverlagerung auf die kommunalen Behörden, die zur unmittelbaren Demokratie erfordert ist, stets *auch* im Zusammenhang mit der (in der vorkapitalistischen Warenproduktion noch selbstverständlich realisierten) Überschaubarkeit des Marktes, auf die eine zentrale Lenkung der Güterproduktion und -verteilung angewiesen war. Ebenso wenig handelt es sich nur um die Differenz verfassungsrechtlicher Prinzipien, von denen das eine die ›Freiheit‹, das andere die ›Gleichheit‹ akzentuierte, sondern um einen fundamentalen *sozialen* Gegensatz. Unter dem Zwang, sich von ihrem eigenen Ursprung zu distanzieren¹²⁶, wütete die Revolutionsregierung während der Schreckensherrschaft zwar auch gegen die Anhänger des ›Ackergesetzes‹, einer konsequenten Gleichverteilung des ländlichen Besitzes. Doch zielte ›Gleichheit‹ in dem von den Volksmassen gemeinten Sinn von vornherein auf eine Egalisierung der Vermögen. »Sie bleibt so nicht — als Gleichheit aller Warenbesitzer von dem Gesetz — ein formaler Ausdruck kapitalistischer Interessen, das heißt des kapitalistischen Bedürfnisses nach möglichst homogener Kalkulation, sondern sie denunzierte durch sich selbst bereits die reale Ungleichheit unter den Klassen. [...] Während die Freiheit, als nur individuelle, den Unternehmer sanktionierte, sprach ihm die Gleichheit, bereits als Reflex des Wertgesetzes, die ökonomi-

¹²⁶ »Im Frühjahr 1794« schließlich »zeichnete sich eine neue Wirtschaftspolitik ab, während die Spaltung zwischen Revolutionsregierung und Volksbewegung immer deutlicher hervortrat. Der Wohlfahrtsausschuß reagierte auf die Wünsche der Mittelklassen und drehte die Entwicklung zurück; er beruhigte die Händler, dämpfte die Kontrollen und milderte die dirigistischen Gesetze ab« (ebd., S. 357). Gebremst wurde hier freilich nur die *politische* Entwicklung; die *ökonomische* dagegen wurde nicht durch Konzessionen an die (besitzbürgerlichen) Mittelklassen, sondern durch das ursprüngliche wirtschaftspolitische Programm der Jakobiner selber ›zurückgedreht‹.

sche Notwendigkeit ab. Folglich lag der radikale, bereits sozialistische Akzent der Französischen Revolution weniger auf der Freiheit als auf der Gleichheit.«¹²⁷

Der Gegensatz zwischen kleinbürgerlich-radikalen Massenbewegungen und einer auf die Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien sich beschränkenden Honoratioren-Bourgeoisie durchzieht auch die deutsche Revolution von 1848. Auch hier hat die Bourgeoisie »dem Volke erlaubt, sich für sie zu schlagen«¹²⁸. »Liberal« war diese »provinziell-preußische« Bourgeoisie, »von vornherein zum Verrat gegen das Volk und zum Kompromiß mit dem gekrönten Vertreter der alten Gesellschaft geneigt«¹²⁹, allerdings nur insofern, als sie den Liberalismus mit eben jenen rechtsstaatlichen Prinzipien identifizierte. Und »Rechtsstaat, das war gesetzliche Fixierung, Vorhersehbarkeit, Sicherheit, nicht Willkür im bürgerlichen Geschäftsverkehr, mehr ein Begriff der privaten gesellschaftlichen als der öffentlichen, staatlichen Sphäre«¹³⁰. Der Parlamentarismus selbst war ihr in gewissem Umfang suspekt, zumal das Frankfurter Vorparlament — im Gegensatz zur französischen Nationalversammlung — aufgrund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zustandegekommen war und infolgedessen die Gefahr in sich barg, zum Tribunal für soziale Auseinandersetzungen zu werden.¹³¹ Ähnlich wie ihre französischen Vorläufer begriffen die konstitutionalistischen Vertreter eine Herrschaft des Volks, das »bisher ein politisches Abstraktum, eine bloße Idee« geblieben war, während es nunmehr »konkret auf öffentlichen Versammlungen und vor allem durch die Vereine in Erscheinung« trat¹³², unter den Kategorien von Anarchie, Demagogie und Gewaltsamkeit.

Hatte in Frankreich der Jakobinismus das ohnehin einheitlicher strukturierte Kleinbürgertum der Metropole zusammenzufassen gewußt, so blieb die außer-parlamentarische Massenbewegung der 48er Revolution relativ desorganisiert und regional zersplittert. Andererseits hatte sich in Deutschland, angesichts der Zeitverschiebung, mit der die bürgerliche Revolution hier auftrat, die Spaltung zwischen dem konstitutionali-

¹²⁷ Bloch, a.a.O., S. 188.

¹²⁸ Marx, Die Bourgeoisie und die Kontrerevolution, a.a.O., S. 59.

¹²⁹ Ebd., S. 61.

¹³⁰ Boldt, a.a.O., S. 15.

¹³¹ Gerade deshalb definierten die deutschen Konstitutionellen das Parlament auch als das, was es war, nämlich als Arena der *Sonderinteressen*, während sie andererseits um so starrer an der Fiktion einer möglichen Überparteilichkeit festhielten, die in der Person des Monarchen — als dem Repräsentanten des »Allgemeinen« — verkörpert sein sollte. Das bedingte von vornherein eine entschiedenere Wendung zur Prärogative des Königs. In bezug auf die (oben geschilderte) Idee des liberalen Parlaments also haben »die deutschen Konstitutionellen die westeuropäische Entwicklung nicht mitvollzogen« (ebd., S. 21).

¹³² Ebd., S. 31.

stischen Standpunkt und den Interessen kleinbürgerlich-republikanischer Massenbewegungen nicht erst im Verlaufe der Revolution, sondern schon *vor* ihrem Ausbruch deutlich vollzogen, wenn sie sich im revolutionären Prozeß selbst auch weiter verschärfen sollte. »Die Radikalen, die entschiedene Demokraten und meist auch ›Republikaner‹ waren, volle Volkssouveränität und Gleichheit aller politischen Rechte erstrebten, hatten sich schon vor Ausbruch der Revolution deutlich geschieden von den Konstitutionalisten, denen es genügte, die monarchische Gewalt zu beschränken durch verfassungsmäßigen Anteil der aktiven Staatsbürger, vorzugsweise der Mehrbesitzenden und Gebildeten. Schon Ende März 1848 begannen schwerwiegende Differenzierungen in der revolutionären Front, als das sog. Vorparlament in der Frankfurter Paulskirche seine für die Arbeit der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung grundlegenden Beschlüsse faßte.«¹³³

Ein Großteil der Programme der radikal-demokratischen Bewegung trug zumal dort, wo diese mit den Anfängen einer proletarischen Bewegung zusammenfiel, einen ähnlichen Charakter wie die des Kleinbürgertums der Französischen Revolution. »Mit der Forderung der politischen Gleichheit verbanden sich hier sozialrevolutionäre Wünsche auf gesetzliche Begünstigung der Kleinen und Schwachen ohne prinzipielle Preisgabe des Privateigentums, ›sozial-demokratische‹ Tendenzen, wie man sie damals auffaßte — noch ähnlich den Idealen der französischen Jakobiner von 1793.«¹³⁴ Doch verhinderte gerade die erhebliche Desorganisation der kleinbürgerlichen Bewegung die Festlegung auf eine einheitliche Ideologie, so daß neben relativ präzisen politischen Forderungen Illusionen und anachronistische Vorstellungen, wie die von der Notwendigkeit einer Neubelebung der Zünfte, mitgeschleppt und lauthals verkündet wurden. Dies gilt namentlich für die norddeutschen Klein- und Mittelstaaten, »wo das alte Lied von der alleinseigmachenden Zunft und der alles ruinierenden Gewerbefreiheit in allen Tonarten angestimmt wurde«¹³⁵.

Zwar schied sich von diesem reaktionär-zünftlerischen Teil des Kleinbürgertums, der die Revolution nur benutzte, um sich gegen die eigene ökonomische Überlebtheit aufzulehnen (ty-

¹³³ Karl Griewank, ›Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848‹, in: *Historische Zeitschrift* 170/1950, S. 500.

¹³⁴ Ebd., S. 502.

¹³⁵ Franz Mehring, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, 1. Teil, Berlin 1960, S. 421. Mehring zitiert an dieser Stelle einen offenen Brief der Leipziger Obermeister von 1848, in dem »alle Innungsgenossen Deutschlands« aufgefordert werden, »am Innungswesen festzuhalten als an dem Kleinode, ohne das die Arbeitsfrage niemals gelöst werden könne, ohne das Deutschland überhaupt nie wieder gute Tage sehen werde« (S. 420).

pischer Ausdruck für diese Richtung ist der in Frankfurt tagende Handwerkerkongreß), die eigentlich ›kleinbürgerliche Demokratie‹ dieser Zeit. Doch läßt sich allgemein behaupten, »daß während der Revolution von 1848/49 demokratischer Radikalismus auf politischem Gebiet und ein extrem konservatives Programm auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sich keineswegs ausschlossen.«¹³⁶ Ja die kleinbürgerlich-demokratische Bewegung zur Zeit der deutschen Revolution charakterisiert sich geradezu durch jene eigentümliche Mischung von revolutionären und reaktionären Forderungen: Neben systemsparenden Demokratisierungsbestrebungen, die, innerhalb kleiner Gemeinden, in den Volksvereinen vorgebildet, auf die politische Organisation der Gesamtgesellschaft im Sinne einer die wirkliche ›Volkssouveränität‹ einschließenden unmittelbaren Demokratie übertragen wurden, stand der beständige Ruf nach protektionistischen Maßnahmen, nach Restauration des Kleineigentums, welche die Kleingewerbetreibenden vor der Pauperisierung schützen und das Rad der ökonomischen Entwicklung zurückdrehen sollten. Diese restaurativen Wünsche, die die revolutionären Forderungen begleiteten, erklären sich keineswegs ausschließlich aus dem Einfluß des ökonomisch schwächsten Glied des Kleinbürgertums; das seltsame Nebeneinander beider Tendenzen bezeichnet vielmehr den *herrschenden* Trend der radikal-demokratischen Bewegung und folgt nicht etwa primär einem Kompromiß zwischen verschiedenen ökonomischen Gruppen innerhalb des Kleinbürgertums, sondern dessen *gemeinsamer* Orientierung an vorkapitalistischen Gemeinschaften.

Allgemein läßt sich über die Rolle des demokratischen Kleinbürgertums in der 48er Revolution sagen, daß es gewillt war, die politische Reorganisation der Gesellschaft über den im Frankfurter ›Professoren-Parlament‹ fixierten Stand hinauszutreiben; daß es gegen den hier vertretenen Konstitutionalismus, der keinen anderen Sinn hatte, als das politische Mitbestimmungsrecht der ökonomisch bereits zur Herrschaft gereiften Bourgeoisie zu sichern, die Forderung der republikanischen Staatsverfassung erhob, die zugleich, auf dem Wege des in ihr zu verankernden allgemeinen Wahlrechts, die Bedürfnisse nach ›sozialer Gerechtigkeit‹, nach Stützung des wirtschaftlich bereits bedrohten Kleinbürgertums, befriedigen sollte.

Als jedoch im September 1848 das radikale Kleinbürgertum bis an die Tore der deutschen Nationalversammlung drang, mußte sich die Furcht der liberalen Bourgeoisie vor den revolutionären Implikationen des Begriffs der Volkssouveränität, vor der radikalen Massenbewegung aktualisieren, eine Furcht, die die Geschichte des frühen Liberalismus durchzieht. Denn

¹³⁶ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 157.

von Anfang an glaubten dessen Repräsentanten, die individualistisch definierte ›Freiheit‹ nicht nur gegen den Absolutismus des Staats, sondern auch und vor allem gegen die ›Tyrannei‹, die ›Despotie‹ der Masse, gegen ihre Bedrohung von unten also, verteidigen zu müssen. Diese »Furcht vor dem sozialen Umsturz hat die Kluft unter den revolutionären Richtungen wesentlich vertieft und ist damit eine der Ursachen des Scheiterns der Revolution gewesen«¹³⁷. Denn »wichtig wurde die Rückwirkung dieser Vorgänge auf Stimmung und Verhalten der *Gemäßigten*, der Konstitutionellen im Parlament sowie des gesamten gebildeten und besitzenden Bürgertums. Nach dem gleichsam probeweisen Anschauungsunterricht, den die Radikalen in den turbulenten Septembertagen den Bürgerlichen über Möglichkeiten einer Massenherrschaft erteilt hatten, rückten diese noch mehr an die Regierung heran.«¹³⁸ Die Gefahr der ›Anarchie‹, auf die das im Parlament versammelte Bürgertum mit Grauen herabsah, ließ es in die Arme der alten Gewalten treiben, und diese Hinwendung zur feudal-absolutistischen Gewalt mußte der deutschen Revolution die Kraft rauben.

Die endgültige Niederlage der radikal-demokratischen Bewegung erklärt sich allerdings nicht ausschließlich aus den faktischen Macht- und Gewaltverhältnissen, symbolisiert im Truppenaufzug, durch den sich die deutsche Nationalversammlung in jenen Septembertagen schützen ließ. Die Bewegung des radikalen Kleinbürgertums besaß vielmehr *immanente*, aus seiner gesellschaftlichen Zwitterstellung folgende Schwächen, welche die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung seiner Programme auch unabhängig von der jeweiligen Machtkonstellation (und unabhängig selbst von nationalen Besonderheiten) langfristig verhindern mußten. Dazu zählt selbstredend in erster Linie der prinzipiell *retrograde* Charakter der ökonomischen Vorstellungen, die, wären sie realisiert worden, die Entwicklung der Produktivkräfte auf dem der kleinen, individuellen Warenproduktion angemessenen Stand festgehalten hätten. Bildet diese Fixierung an das (vorkapitalistische) Kleineigentum die ökonomische Basis der Divergenz zur konstitutionalistischen Position, so ist doch andererseits der politische Überbau beider in der bürgerlichen Revolution aufeinanderprallenden Richtungen zu sehr von Identitäten, von *gemeinsamen Fiktionen* geprägt, als daß in der Bewegung des radikalen Kleinbürgertums eine wirkliche, historisch realisierbare Alternative zu sehen wäre:

(1) Das Freiheitspostulat, dem beide Bewegungen folgten, war

¹³⁷ Griewank, a.a.O., S. 503.

¹³⁸ Walter Bußmann, ›Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert‹, in: H. Böhme (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, Köln/Berlin 1968, S. 92.

— wie der ›Liberalismus‹ selbst — zunächst vornehmlich negativ bestimmt¹³⁹: im Gegensatz zum feudal-absolutistischen Staat, der die politische Herrschaft der ›unproduktiven‹ Klassen verfestigte und der wirtschaftlichen Entfaltung des tiers état massive Grenzen setzte. Insofern auch die radikal-demokratische Bewegung »das Übel in Privilegien, Steuergesetzen und wirtschaftlichen Belastungen aller Art sah, die auf überlieferten und zum Teil feudalen Rechten beruhten und die vor allem die unteren Schichten bedrückten«¹⁴⁰, ging es um den *gemeinsamen* Kampf gegen ein System, das beide — das Kleinbürgertum wie die entstehende Bourgeoisie — gleichermaßen unterdrückte. In dieser Hinsicht saßen die kleinbürgerlichen Demokraten dem von der konstitutionellen Bourgeoisie repräsentierten juristischen Schein auf: »So scharf auch die Demokraten die soziale Ungleichheit kritisierten, so wenig trugen sie doch zur Lösung dieses Problems bei, wenn sie annahmen, daß die soziale Ungleichheit nur eine Folge der rechtlichen sei, daß die konsequente Verwirklichung der Rechtsgleichheit also zur Aufhebung des Unterschiedes von Arm und Reich und zu einer allgemeinen Verbreitung des kleinbürgerlichen Besitzstandes führen würde, den sie als ›Mittelstand‹ zu ihrem sozialen Leitbild erhoben.«¹⁴¹

Die Gegnerschaft gegen jede ihre Grenzen überschreitende Regierungsgewalt bildet somit zunächst die Einheit beider Bewegungen, in der deutschen wie in der Französischen Revolution. Noch 1793 verkündete der wegen seines ›etatistischen‹ Verfahrens geächtete Robespierre: »Weg mit dem alten Wahnsinn der Regierungen, zuviel regieren zu wollen. Laßt den Individuen, laßt den Familien das Recht, das zu tun, was keinem anderen schadet [. . .] Mit einem Wort, gebt alles, was nicht von Natur aus zur öffentlichen Zuständigkeit gehört, zurück an die individuelle Freiheit.« Nicht aus der *politischen* Interpretation des Freiheitspostulats erklären sich demnach die

¹³⁹ Man wird dem positiven Gehalt von Schmitts Begriff des Politischen — der »Unterscheidung von Freund und Feind« — nicht zustimmen müssen, um seine Ansicht vom Liberalismus als einer wesentlich *negativen*, defensiven politischen Ideologie zu teilen: »Die Frage ist aber, ob aus dem reinen und konsequenten Begriff des individualistischen Liberalismus eine spezifisch politische Idee gewonnen werden kann. Das ist zu verneinen. Denn die Negation des Politischen, die in jedem konsequenten Individualismus enthalten ist, führt wohl zu einer politischen Praxis des Mißtrauens gegen alle denkbaren politischen Mächte und Staatsformen, niemals aber zu einer eigenen positiven Theorie von Staat und Politik. Es gibt infolgedessen eine liberale Politik als polemischen Gegensatz gegen staatliche, kirchliche oder andere Beschränkung der individuellen Freiheit [. . .], aber keine liberale Politik schlechthin, sondern immer nur eine liberale Kritik der Politik« (Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, München/Leipzig 1932, S. 56f.).

¹⁴⁰ Boldt, a.a.O., S. 42.

¹⁴¹ Ebd., S. 41.

Differenzen zwischen kleinbürgerlicher Massenbewegung und liberaler Bourgeoisie, sondern aus den *ökonomischen* Implikationen: Die ›Freiheit‹ war vom Standpunkt der liberalen Bourgeoisie als eine durch und durch individualistische definiert und mußte daher vom Prinzip der Gleichheit gefährdet erscheinen. »Deshalb war es auch nicht das Ideal der Freiheit, sondern das der Gleichheit (die *égalité* Babeufs), vor dem das beginnende Bourgeois-Interesse in der Französischen Revolution gezittert hat. Deren Freiheit eben vertrug sich mit dem Privateigentum (das für die Französische Revolution noch ein Menschenrecht war) und widersprach ihm nur, wenn auch an die Freiheit derer gedacht wurde, die kein Privateigentum besaßen und sich daher verkaufen mußten.«¹⁴²

(2) Die jakobinische Bewegung gedachte zwar der Pauperisierten, nicht jedoch der prinzipiell Eigentumslosen, mit denen man in bezug auf die Rechtsfähigkeit und politische Mündigkeit des ›citoyen‹ vielmehr ebenso verfuhr wie die liberale Bourgeoisie mit dem Kleinbürgertum. Die Differenz beider Gruppierungen läßt sich zwar zunächst dahingehend beschreiben, daß das radikale Kleinbürgertum das Freiheitspostulat innerhalb bestimmter Grenzen durch das Gleichheitspostulat einzuschränken suchte. Aber eben nur innerhalb bestimmter Grenzen — denn am Privateigentum selbst wurde keineswegs gerüttelt. Auch das jakobinische Programm sieht nicht etwa die Aufhebung des Privateigentums vor, sondern lediglich seine ›gerechtere‹ Verteilung in der ›agrarischen Republik gleicher Besitzer‹. Daher kennt auch die kleinbürgerliche Interpretation des Gleichheitspostulats Schranken: Sie liegen dort, wo die Aufhebung bzw. die strikte Egalisierung des Privateigentums selbst gefordert wird. Die Wut, mit der die jakobinische Schreckensherrschaft nicht nur nach rechts zuschlug, sondern auch nach links — gegen die Hébertisten, die Kreise um Jacques Roux, gegen die Anhänger des ›Agrargesetzes‹ —, erklärt sich aus der zweischneidigen Position, die für das Kleinbürgertum allgemein bestimmend ist: Gegenüber den — historisch verführten — konsequent egalitären Bestrebungen von unten verteidigte man die ›Freiheit‹ des Privateigentums; gegen die bürgerliche Gegenrevolution von oben wollte man eben dieses Privateigentum einschränken, das Kleineigentum gegen das kapitalistische Großeigentum konservieren und zur gesellschaftspolitischen Maxime erheben. Auf dem schmalen und historisch bereits verstellten Pfad zwischen diesen beiden Fronten, die sich bis in die Reihen der eigenen Partei fortsetzten, sah sich die Regierung des Kleinbürgertums schließlich von links *und* von rechts bedrängt, so daß Robespierre noch am Vorabend des 9. Thermidor auf eine ›unmoralische‹ Ver-

¹⁴² Bloch, a.a.O., S. 187 f.

brüderung der ehemaligen Gegner verwies, die sich gegen ihn verschworen habe.¹⁴³

Das radikale Kleinbürgertum ist während der deutschen Revolution niemals zur Herrschaft gelangt — eben deshalb brauchte sich hier auch der Standpunkt des kleinen Privateigentums, den die kleinbürgerliche Demokratie vertrat, gegen den Druck der Eigentumslosen niemals im selben Maße durchzusetzen wie in Frankreich. Die harmonistische Utopie einer Gesellschaft kleiner Warenbesitzer, die sie mit den französischen Jakobinern teilten, ließ die deutschen Demokraten von vornherein vor einer Klassenauseinandersetzung zurückschrecken. »Praktisch erschöpfte sich in den Begriffen ›Volk‹ und ›Volkswille‹ das gesamte Programm der kleinbürgerlichen Demokraten. Ihr Volksbegriff ignorierte die Klassenunterschiede und damit den Klassenkampf. Ihre Auffassung von der bürgerlichen Demokratie, in der die gewählten Vertreter entsprechend den Wünschen der Mehrheit die Gesetze machen, beruhte auf der Vorstellung von einem freien Willen dieses einheitlichen Volkes.«¹⁴⁴ Gegen Ausbeutung im allgemeinen (die kapitalistische sowohl wie die feudale) kehrte man, wenn nicht die Idee der dem Handwerker Gerechtigkeit zollenden Zunftverfassung, so die des friedlichen Beieinanders der Klassen im ›Volksstaat‹. War man sich im Kampf gegen Großgrundbesitzer und Bourgeoisie vor allem darin einig, daß er nicht in Form eines Klassenkampfes ausgetragen werden sollte, so wagte auch die radikale kleinbürgerliche Demokratie »auf die Dauer keine konsequente, keine selbständige Politik zu treiben, und selbst jede Lust dazu verging ihr regelmäßig in dem Augenblicke, wo sie vor die Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat gestellt war«¹⁴⁵.

Die gesellschaftliche Zwitterposition des Kleinbürgertums also war es letztlich, die die ursprüngliche Schlagkraft seiner Bewegung nicht nur gegen die Vertreter der alten Gewalten, sondern auch gegen die liberale Bourgeoisie versiegen ließ. Zwar konnte sich der Gegensatz zwischen kleinbürgerlich-demokratischer Bewegung und liberaler Bourgeoisie in Frankreich wie in Deutschland bis ins Parlament verlängern und hier eine erste Fraktionierung akzentuieren, wenn nicht erst hervorrufen, die dem Modell des Honoratiorenparlaments fremd war: Etwa ab 1792 geriet ein Teil der französischen Nationalversammlung zunehmend in die Hände des revolutionären Volks; der Gegensatz von demokratischem Kleinbür-

¹⁴³ »Durch welche Fügung des Schicksals verteidigen die, die sich ehemals gegen Hébert aussprachen, seine Komplizen? Wie kommt es, daß die erklärten Feinde Dantons zu seinen Nachahmern geworden sind?« (Rede Robespierres am 8. Thermidor 1794, zitiert nach: Daniel Guérin, *Bourgeois et bras nus*. 1793–1795, Paris 1973, S. 283).

¹⁴⁴ Karl Obermann, *Deutschland von 1815 bis 1849*, Berlin 1967, S. 290.

¹⁴⁵ Mehring, a.a.O., S. 424.

gertum und liberaler Bourgeoisie äußerte sich von nun an im Parlament selbst, als Gegensatz von Montagne und Gironde. Einer ähnlichen Linie folgte der Zerfall des Frankfurter Parlaments in die Mehrheit der großbürgerlichen Konstitutionalisten und die Minderheit der kleinbürgerlichen Demokraten.

Doch blieb, grob gesprochen, die bürgerliche Revolution in beiden Ländern der letzte Anlaß einer ›kleinbürgerlichen Rebellion‹ unter explosiv demokratischen Vorzeichen. Denn kaum war der Sturm der Märzereignisse in Deutschland vorüber, da klammerte sich »die Masse der städtischen Kleinbürger [...] wieder an das liebgewordene Alte an. Sie wollten keine neuen Erschütterungen.«¹⁴⁶ Einen ähnlichen Verlauf — wenn auch ohne die für die deutsche Entwicklung bezeichnenden Rückfälle in zünftlerische Anachronismen — nahm die französische Geschichte. Für das Kleinbürgertum der Julimonarchie schildert Balzac, in Gestalt von Phellion, »dieses Musterbilds des Kleinbürgers«, die Abwendung des Kleinbürgertums von seiner eigenen revolutionären Vergangenheit. »Er heißt, mit der Zeitung, das demokratische Element gut und lehnt im Gespräch alle Paktieren mit dem republikanischen Geist ab. Der republikanische Geist, das ist 1793, ist der Aufbruch, die Schreckensherrschaft, das Agrargesetz. Das demokratische Element ist die Entwicklung des Kleinbürgertums, ist die Herrschaft von Leuten wie Phellion.«¹⁴⁷

Vom ursprünglichen revolutionären Radikalismus des Kleinbürgertums war allenfalls der Verbalradikalismus der ›kleinbürgerlichen Demokratie‹ geblieben. Sie ist der politische Ausdruck eines in breiten Teilen ökonomisch noch funktionsfähigen, von der Proletarisierung noch nicht unmittelbar bedrohten Kleinbürgertums, das die sich entfaltenden Gegensätze der kapitalistischen Gesellschaft als ›Mißstände‹ und ›Auswüchse‹ lauthals brandmarkt, um sie im Himmelreich von Freiheit, Gleichheit, Wechselseitigkeit, dem ›Eden der angeborenen Menschenrechte‹ aufgehen, in die Harmonie einer auf dem ›ganzen Volkswillen‹ gegründeten Gemeinschaft eintauchen zu lassen. Entsprach die soziale Utopie des Kleinbürgertums von jeher dem Gerechtigkeit verbürgenden Ideal einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten, so sollte dieses Ideal *nach* der Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft um keinen Preis mehr auf revolutionärem Wege verwirklicht werden. Denn dieser wurde von nun an von einer anderen Klasse repräsentiert, die, als *eigentumslose*, jene Grundnorm potentiell in Frage stellte, an die jede kleinbürgerliche Ideologie wie schließlich auch jede kleinbürgerliche Rebellion strikt fixiert bleibt.

¹⁴⁶ Griewank, a.a.O., S. 506.

¹⁴⁷ Honoré de Balzac, Die Kleinbürger, München o. J., S. 42.

In dem Maße, wie die beiden Hauptklassen der Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, heranreiften, ließen sie die liberal-demokratischen Parteien hinter sich, deren ›klassenjenseitiges‹ Programm sich zunehmend als der klassenspezifische politische Ausdruck des Kleinbürgertums enthüllte. Doch mußten sich die Parteien der politischen Mitte auf die gesellschaftliche Mitte nicht nur mehr und mehr begrenzen, sondern diese selbst fiel der ständigen Dezimierung anheim: In Gestalt eines sozial von oben und unten, politisch von rechts und links eingekeilten Kleinbürgertums sahen die liberal-demokratischen Parteien ihre eigene soziale Basis schwinden.

3. Der Niedergang des Liberalismus und der Niedergang des Kleinbürgertums

Der Widerspruch zwischen dem ›allgemein-menschlichen‹ Anspruch des Liberalismus und seiner engen mittelständischen Basis oder, in einem Ausdruck von Schieder, die Diskrepanz zwischen der politischen und der gesellschaftlichen Verfassung des Liberalismus existierte zwar seit Anbeginn des Liberalismus selbst. Er drückt sich aus in dem (zuletzt behandelten) Gegensatz von radikal-demokratischem Kleinbürgertum und liberaler Bourgeoisie sowie in den Vorkehrungen, die diese eigens zu treffen hatte, um die soziale Homogenität des parlamentarischen Binnenraums zu garantieren. Zwar empfand sich die liberale Bourgeoisie nicht nur als Vertreter der gesamten Nation, sondern zugleich als Repräsentant der »Mittelklasse«, deren »überwiegenden Einfluß im Staat zu sichern« Heinrich von Gagern zufolge »die Richtung unserer Zeit sei.«¹⁴⁸ Doch wurde das Privileg von Besitz und Bildung einstweilen nicht als Widerspruch zum Postulat des ›Allgemein-Menschlichen‹ erfaßt. Diese Leerstelle der liberalen Theorie oder, positiv gewendet, die Identifizierung der Interessen des gebildeten Besitzbürgertums mit gesamtgesellschaftlichen Forderungen konnte sich so lange aufrechterhalten wie einerseits die anti-feudale Opposition die liberale Bourgeoisie mit den breiten Volksmassen verband, andererseits diese in sich wenig strukturiert waren, das ›Volk‹ sich nicht als ›Klasse‹ organisiert hatte. Sowenig in dieser Frühphase des Kapitalismus die proletarischen Interessen einen *wirklichen Gegensatz* zu denen der bürgerlichen Liberalen bildeten, sowenig konnte die klassenmäßige Grundlage des Liberalismus selbst erkannt werden, ist doch jene Frühphase gerade dadurch geprägt, daß die Pro-

¹⁴⁸ Zitiert nach: Bußmann, a.a.O., S. 89.

duktionsverhältnisse sich keineswegs überall eindeutig als ›kapitalistische‹ ausgebildet haben und daher auch die Präzision proletarischer, *gegen* das Bürgertum gerichteter Interessen noch aussteht. Sie erscheinen nur gelegentlich, ohne Fundierung durch ein konsistentes Programm, an der Oberfläche einer sozial heterogenen ›Masse‹. Solange kein ›Proletariat‹ als Klasse sich herausgebildet hatte, solange es gewissermaßen ins ›Volk‹ integriert blieb, trat den wohlformulierten Postulaten der liberalen Theoretiker in der Tat nur eine ›amorphe Masse‹ entgegen, deren Ansturm die gegen den feudal-absolutistischen Staat durchgesetzten oder noch durchzusetzenden persönlichen Freiheitsrechte wieder zu zerstören drohte. Und wenn die Ansprüche der Massen vom liberalen Bürgertum in jener Zeit gleichsam noch mit gutem Gewissen abgewiesen wurden, so liegt das nicht zuletzt an der unfertigen und amorphen Gestalt dieser Ansprüche, denen gegenüber für die Forderung nach individueller Freiheit, zumal sie gegen einen klar auszumachenden Gegner sich richtete, das höhere Maß an Rationalität beansprucht wurde.

Die Existenz von Bevölkerungsgruppen, die vom engen gesellschaftlichen Boden, auf dem der Liberalismus sich erhob, ausgeschlossen waren, hatte also nicht ausgereicht, die Fiktion der Allgemeinheit, von der der ältere Liberalismus lebte, grundsätzlich zu zerstören. Der Liberalismus erwies sich vielmehr erst nach und nach, mit dem Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung, als politische Repräsentation partikularer gesellschaftlicher Interessen, und zwar der des Mittelstands. Dazu war zweierlei nötig:

Erstens mußte die Klassenteilung im Kapitalismus ihrer Struktur nach sich vollenden. Dieser Prozeß führt einerseits zur Spaltung des Bürgertums, das unter feudal-absolutistischen Verhältnissen und gegenüber den unter ihnen herrschenden Schichten *insgesamt* den Block des Mittelstands verkörpert hatte: Dieser ›Mittelstand‹ wird nunmehr nur noch durch das Kleinbürgertum repräsentiert, das vom anderen Teil des Bürgertums, der Bourgeoisie, sozial scharf geschieden ist. Zum anderen treibt derselbe Prozeß der kapitalistischen Entwicklung zur Absonderung des Proletariats vom Kleinbürgertum (und umgekehrt: zur Absonderung des Kleinbürgertums vom Proletariat).

Zweitens mußte sich im Gefolge dieses Prozesses die Verschiedenartigkeit und Gegensätzlichkeit der Interessen jener nunmehr immer klarer voneinander abgegrenzten Klassen organisatorischen Ausdruck verschaffen. Die klassenmäßige Spaltung von Kleinbürgertum und Proletariat äußerte sich, noch vor Entstehung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (1869), in Lassalles Gründung des ›Allgemeinen Deutschen

Arbeitervereins« (1863), ja die historische Bedeutung Lassalles ergibt sich gerade daraus, daß er — unabhängig von seinen persönlichen, durchaus parlamentarischen Vorstellungen und Neigungen — die Arbeiterbewegung *organisatorisch* aus dem bürgerlich-liberalen Fahrwasser befreite. Trotz eingehender Bemühungen seitens einiger Liberaler, diese Spaltung aufzuhalten¹⁴⁹, und trotz aller kleinbürgerlichen Nachwirkungen in der Ideologie der Arbeiterbewegung war die politische Trennung von Kleinbürgertum und Proletariat vollzogen, und zwar von beiden Seiten. Denn auch für das Kleinbürgertum selbst schien eine enge Allianz mit sozialistischen Strebungen untragbar: »Als Lassalle im Frühjahr 1863 einen Teil der deutschen Arbeiterklasse organisatorisch-politisch vom Bürgertum löste und eine politische Arbeiterbewegung ins Leben rief, nahmen [...] fast ausnahmslos alle damals schon auf demokratischen Positionen stehenden Patrioten aus dem Bürger- und Kleinbürgertum gegen diese Bestrebungen Stellung.«¹⁵⁰ Die Bourgeoisie andererseits entfernte sich vom klassischen Liberalismus zunächst durch Sezession: durch den Aufbau der Nationalliberalen Partei (1867), später durch die Gründung des — durchaus nicht liberalen — »Centralverbands Deutscher Industrieller« (1876) und schließlich durch verbreiteten Überlauf zum Konservatismus, der die — in sich durchaus konfliktreiche — Interessenallianz von Großagrariern und Großindustrie besiegelte.

Die soziale Grundlage des Liberalismus trat mithin in dem Augenblick an die Oberfläche, als sie sich zum einen objektiv verschmälerte, zum anderen die beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft sich in Parteien und Verbänden zu formieren begannen.

Ist der »Niedergang« des Kleinbürgertums die Folge nicht nur seiner (quantitativen) Dezimierung, sondern vor allem seiner degressiven Bedeutung innerhalb der Gesamtwirtschaft, in die es nur noch peripher eintritt, so gilt Analoges auch für den Liberalismus. Auch hier wäre es unzureichend, seinen »Niedergang« einzig aus Wahlziffern zu erschließen. Wie das Kleinbürgertum »Überbleibsel einer vergangenen Produktionsweise« inmitten des Kapitalismus ist, läßt dieser, sobald er sich »organisiert«, auch den Liberalismus, seine Parteien und Organisationen, zum Anachronismus werden. Das bedeutet mehr, als daß das quantitative Gewicht der liberalen Parteien auf der Parlamentstribüne in dem Maße zurückgeht, wie die

¹⁴⁹ Hierzu gehören vor allem die Versuche Schulze-Delitzschs um ein Zusammengehen auf der Basis genossenschaftlicher Selbsthilfeorganisationen.

¹⁵⁰ Rolf Weber, »Das kleinbürgerlich-demokratische Element in der deutschen Nationalbewegung von 1866«, in: Böhme (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit, a.a.O., S. 77.

soziale Basis des Liberalismus, das kleine und mittlere Bürgertum, aus der Sozialstruktur des Kapitalismus verschwindet. Die politische Einkreisung der liberalen Parteien durch Massenparteien, die sich ausdrücklich an die ökonomischen Interessen bestimmter sozialer Klassen binden, ist unmittelbares Korrelat jener Einkreisung, der das Kleinbürgertum mit den sozialstrukturellen Verschiebungen unter dem Kapitalismus ausgesetzt ist. Wie dieses bloßes ›Anhängsel‹ der kapitalistischen Produktion ist, wird auch der Liberalismus zum Anhängsel einer Politik, die von anderen Parteien als den liberalen definiert wird. Ernstgenommen wird er von diesen nur mehr in bezug auf seine Bündnisfähigkeit zur Erlangung parlamentarischer Majoritäten, als Koalitionspartner, der, zumal die Vagheit seiner Ideologie und Programmatik ihm einigen Spielraum gewährt, seine Präferenzen je nach angebotenen Konzessionen einmal so, ein anderes Mal anders verteilen kann. Wie der Mittelstand selber sind die liberalen Parteien vorzugsweise Objekt der Werbung; ihr politisches Verhalten gestaltet sich so, als stünden sie unter dem Zwang, die Marxsche These von der Unfähigkeit des Kleinbürgertums, sich selbst zu repräsentieren und eine selbständige Politik zu treiben, zu verifizieren. Wie der Prozeß der klassenmäßigen ›Einkeilung‹ von außerordentlicher Bedeutung für die Mentalität des Kleinbürgertums ist, wie seine Ideologie sich auf die der Abwehr gegen oben *und* unten, damit gegen den Kapitalismus selbst zurückzieht, während sie ihre Nahrung aus dem Ressentiment, aus dem Willen zur Rückeroberung verlorener Posten bezieht, unterliegt auch der Liberalismus einem inneren Strukturwandel. Seine einstmalige Sprengkraft, die in seiner Frontstellung gegen feudale Herrschaftsverhältnisse gelegen war, hat ihr Objekt verloren; gegen die neuen, die kapitalistischen, ist er prinzipiell machtlos — sie verletzen seine Postulate, die von Rechtsgleichheit und Vertragsfreiheit, nur im Ausnahmefall, nicht jedoch strukturell.

Die immer deutlicher werdende politische Kraftlosigkeit des Liberalismus mußte schließlich auch von seiner sozialen Basis verspürt werden: Das Kleinbürgertum selbst, das sich nach seinem erfolglosen rebellischen Auftritt in der bürgerlichen Revolution und angesichts eines heranwachsenden Gegners von ›unten‹ auf die politisch entschärfte Definition von Freiheit und Gleichheit festgelegt hatte, wendet sich vom Liberalismus ab, da es seine Retrospektiven und schließlich auch seine wirtschaftlichen, antiindustriellen Interessen von Agrarkonservativen besser vertreten sieht als von den liberalen Parteien. Die Vorstellung vom ›Bollwerk‹ der Gesellschaftsordnung, das im Mittelstand liege — eine Vorstellung, die eine originäre Erfindung des Mittelstands selbst war und die Not-

wendigkeit seines subventionierten Überlebens plausibel machen sollte —, wird zunächst von der Konservativen Partei aufgegriffen und erweist sich dann auch für die Nationalliberalen wie für das Zentrum als wirksam im Hinblick auf den Zulauf von Wählerstimmen aus dem Mittelstand; der ›Bund der Landwirte‹, ursprünglich ein Verband der junkerlichen Reaktion, kann Massen von kleinen und mittleren Bauern mühelos integrieren. Die Abwendung des Mittelstands vom Liberalismus hat sich in Deutschland zweimal ereignet: zunächst im Kaiserreich, später, mit verheerenderen Folgen, in der Weimarer Republik.

Diese Bemerkungen griffen der Analyse historischer Daten vor. Sie sollten lediglich den Hintergrund für die folgende Darstellung einiger Konsequenzen abstecken, die sich aus den mit dem Kapitalismus einsetzenden Verschiebungen der Klassen für den Strukturwandel des Liberalismus, seinen ›Niedergang‹ ergaben. Diese Verschiebungen, die sich unter dem Terminus der Polarisierung zusammenfassen, äußerten sich politisch u. a. darin, daß die beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, Kapitalisten und Lohnarbeiter, ihren jeweiligen Interessen durch Gründung von *Parteien* und *Verbänden* organisatorisch Geltung verschafften.

Konsequenzen hatte dies zunächst für Funktion und Struktur der Parteien selbst. Die Diskussion unter freien Persönlichkeiten, wie der ältere Liberalismus sie vorsah, hatte ihren adäquaten Ausdruck in den Honoratiorenparteien gefunden, in losen und strategisch wenig verpflichtenden Zusammenschlüssen ideologisch — in den subjektiven ›Meinungen‹ eben — verwandter Individuen. »Parteien im Sinne fester Organisationen mit einem den Abgeordneten verpflichtenden Programm waren mit dem liberalen Modell unvereinbar und angesichts der sozialen Homogenität der Parlamente zunächst auch nicht notwendig. Es handelte sich bei den Parteien zu Beginn [...] nur um Gruppen von Abgeordneten, die sich in ihren Anschauungen verwandt fühlten. [...] Da die politische Tätigkeit ehrenamtlicher Nebenberuf war, kamen als Abgeordnete nur Männer in Frage, die es sich leisten konnten, für die Politik zu leben, ohne von ihr zu leben, und die von ihren eigenen privaten Geschäften abkömmlich waren.«¹⁵¹ Die Bildung von *Massenparteien* hingegen, deren Aufgaben bezahlte Funktionäre versahen und die sich von vornherein, im Gegensatz zu jenen Honoratiorenparteien¹⁵², als Repräsentanten

¹⁵¹ Kühnl, a.a.O., S. 25 f.

¹⁵² Diese Unterscheidung zwischen ›partis de cadres‹ und ›partis de masses‹ ist einer der Ansatzpunkte von Duvergers Analyse der Parteien (vgl. Maurice Duverger, *Les Partis politiques*, Paris 1961; deutsch: *Die politi-*

sozio-ökonomisch bestimmter Gruppen, als Vertreter *spezifischer* Interessen also, begriffen, mußte für das Selbstverständnis des Liberalismus bedeutsame Konsequenzen haben: Sie ließ hinter dem Liberalismus selbst Interessen, und zwar nicht etwa ›allgemein-menschliche‹, sondern die einer bestimmten Gesellschaftsschicht, aufleuchten.¹⁵³ Ob nun in der Folgezeit die Erkenntnis der sozialen Basis in die Programmatik der liberalen Parteien einging oder nicht, ob also in deren Ideologie der Aspekt der Interessenvertretung oder aber der allgemeine ›klassenjenseitige‹ Anspruch des frühen Liberalismus überwog — das jeweilige Maß an Selbsterkenntnis im Liberalismus änderte nichts daran, daß ihm, als politischer Bewegung, dasselbe Schicksal zuteil wurde wie der Gesellschaftsschicht, auf die er sich objektiv, trotz aller weitergehenden Ansprüche, stützte. In dem Augenblick, als die bürgerliche Gesellschaft sich zu den politischen Institutionen des Liberalismus, zum Parlamentarismus, bekannte und den Allgemeinheitsanspruch, der dem Liberalismus von jeher innewohnte, durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts institutionalisierte, sah sich der Liberalismus, als *eine* politische Partei unter anderen, auf der Parlamentsebene eingekeilt zwischen Konservatismus — als Vertreter der Interessen von Großagrariern und, wenig später, von ›übergelaufenen‹ Teilen der Großbourgeoisie — auf der einen Seite und Sozialismus — als Ausdruck proletarischer Interessen — auf der anderen.

Nicht nur hatten sich Massenparteien herausgebildet, die ent-

schen Parteien, Tübingen 1959. Landshuts Übersetzung von ›partis de cadres‹ mit ›Rahmenparteien‹ scheint mir allerdings den Sinn dieses Begriffes beinahe ins Gegenteil zu verkehren: Die ›cadres‹ sind Honorationen [›notables‹], *Personen* also, die durch ihren individuellen Einfluß die Struktur der Partei bestimmen.) Die Unterscheidung selbst ist jedoch älteren Datums: Robert Michels bereits hatte sich ihrer im Hinblick auf seine zentrale These bedient, daß gerade die der Demokratie verpflichteten Massenparteien sich der Tendenz zur ›Oligarchisierung‹ (und damit zur bestimmenden Bedeutung einzelner) nicht entziehen können. »Die Demokratie führt zur Oligarchie, wird zur Oligarchie« (Michels, a.a.O., S. XVIII).

¹⁵³ Das Aufleben des auf dem Boden des Liberalismus geführten Kampfs um die Definition der Parteien gibt dem Ausdruck: Sollen sie, wie es dem älteren Liberalismus entsprach, ›Meinungen‹ repräsentieren oder aber, und darin äußert sich die Position des modernen Liberalismus, soziale Gruppen, mithin ›Interessen‹? Die Haltung des ›modernen‹ Liberalismus hat später Friedrich Naumann auf den Begriff gebracht: »Nur ein klassenbewußter Liberalismus hat die Festigkeit, im allgemeinen Klassenkampf, der heute einmal da ist, seinen Mann zu stehen« (Friedrich Naumann, ›Klassenpolitik des Liberalismus‹, in: *Die Hilfe*, 10. Jg. 1904, Nr. 2, zitiert nach: Th. Schieder, *Die Theorie der Partei*, a.a.O., S. 195). Die Mehrzahl der Liberalen allerdings vertrat keineswegs einen so klaren Klassenstandpunkt wie Naumann. »Der Liberalismus blieb immer in stärkerem Maße sozial offen als die meisten anderen Parteien, etwas von der humanitären Gesinnung der liberalen Frühzeit war immer in ihm lebendig« (Th. Schieder, *Das Verhältnis . . .*, a.a.O., S. 66).

weder, wie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, unmittelbar die wirtschaftlichen Interessen einer bestimmten Gesellschaftsschicht oder, wie das katholische Zentrum, die ideologischen Ansprüche einer Bevölkerungsgruppe zur Geltung brachten, in jedem Fall aber sich auf eine gewaltige gesellschaftliche Basis stützen konnten und, samt dem Block der eindeutig klassenorientierten Konservativen, den Liberalismus von nun an auf der Parlamentsebene flankierten. Empfindlicher noch wurde der Liberalismus durch Vorgänge getroffen, die sich in seiner eigenen gesellschaftlichen Grundlage vollzogen: Der Mittelstand, auf den er sich in seiner Frühzeit gestützt hatte, existierte nicht mehr. Der sozio-ökonomische Prozeß der Klassenspaltung, die Scheidung zwischen Bourgeoisie und Kleinbürgertum, mußte sich in die politische Ebene verlängern und eine *Spaltung des Liberalismus selbst* heraufbeschwören. Mehr noch als das allgemeine Wahlrecht, dessen Verankerung in der Verfassung des Norddeutschen Bundes (1867) Bismarck bewußt als Schlag gegen den Liberalismus betrieb¹⁵⁴, mußte die innere Spaltung des Liberalismus, die im gleichen Jahr erfolgende Abspaltung der Nationalliberalen Partei, die den wesentlichen Teil des Großbürgertums versammelte und die Bismarcksche Politik weitgehend unterstützte, zu seiner Aushöhlung, seinem Niedergang beitragen: Die Bourgeoisie hatte sich, wenn auch unter Beibehaltung des liberalen Titels, vom Liberalismus abgewandt. »Die Schwerindustrie und ihr intellektueller Anhang gestalten die alte ehrwürdige nationalliberale Partei solange um, bis sie vom Liberalismus nur noch den Namen übrig behält.«¹⁵⁵ Und »seit 1884, dem Jahre der Neubegründung der Nationalliberalen Partei und der Entstehung einer einheitlichen linksliberalen Deutschfreisinnigen Partei aus Sezession und Fortschritt, wird der Gegensatz großbürgerlicher und kleinbürgerlicher Interessen noch deutlicher sichtbar«¹⁵⁶. Die Klassengegensätze hatten sich verlagert: Vermittelt über das gemeinsame Interesse am Schutzzoll näherten sich die — ökonomisch freilich längst »verbürgerlichten« — feudalen Grundbesitzer und große Teile der industriellen Bourgeoisie nun auch in der Innenpoli-

¹⁵⁴ Daß dies von den Liberalen sogleich auch verstanden wurde, bezeugen die Äußerungen eines ihrer Vertreter, denen zufolge die Wendung Bismarcks zum allgemeinen Wahlrecht nur den Zweck hatte, einen »Gegendruck gegen die Mittelklassen, gegen das Bürgertum auszuüben, welches der wahre Träger der freiheitlichen Ideen und der wahre Grundstein aller europäischen Staaten ist« (zitiert nach: Th. Schieder, *Das Verhältnis . . .*, a.a.O., S. 60).

¹⁵⁵ Arthur Rosenberg, »Der Faschismus als Massenbewegung«, in: W. Abendroth (Hg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt/Wien 1968, S. 83.

¹⁵⁶ Th. Schieder, *Das Verhältnis . . .*, a.a.O., S. 66.

tik. »Das liberale Banner bleibt den müden Händen der Freisinnigen anvertraut.«¹⁵⁷

Die Erkenntnis von der engen gesellschaftlichen Grundlage des Liberalismus, von der Notwendigkeit seiner Auflösung im Prozeß der Auflösung dieser gesellschaftlichen Basis führte u. a. zur Abwendung ehemaliger Liberaler vom Liberalismus, zu ihrer Abwanderung ins konservative Lager. Exemplarisch dafür ist die ideologische Wendung des anfänglich liberalen Historikers Treitschke, der im Jahre der Reichsgründung, zwei Jahre also nach Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, äußert, daß die liberale Partei, die er unumwunden als »Partei des konstitutionellen Königtums und der kommunalen Selbstverwaltung mit einer starken Vorliebe für die Mittelklassen« charakterisiert, »unfehlbar verschwinden (wird), wenn einst unsere sozialen Verhältnisse sich verschieben«¹⁵⁸. In dieser Prognose — und nicht etwa in einem opportunistischen Einschwenken auf die Bismarcksche Politik — dürfte der Grund für seine eigene Abwendung vom Liberalismus zu suchen sein. Nachdem die mittelständische Basis (und damit die nationale Borniertheit) der liberalen Demokratie erkannt war, wird diese fortan mit »Mittelmäßigkeit« identifiziert: »Der Großstaat war in seiner Vorstellung der einheitliche Schauplatz eines glänzenden Lebens, demgegenüber in der kleinräumigen Demokratie nicht mehr als eine »allgemeine ehrenwerte Mittelmäßigkeit« nachweisbar sei.«¹⁵⁹ Die Einführung der parlamentarischen Demokratie auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts bedeutete »Massenherrschaft«; diese ist für Treitschke wie für die älteren Vertreter eines rigoros individualistischen Liberalismus gleichbedeutend mit: Herrschaft der Mittelmäßigkeit.

Die Durchsetzung der Großproduktion, der an großräumige technische Anlagen unvermeidlich gebundenen, »kapitalintensiven« Massenproduktion hatten dem kleinen und mittleren Bürgertum den Boden entzogen, der Voraussetzung einer wirksamen und glaubhaften Opposition ist; diese verflachte zu ohnmächtigen Protesten, zu Deklamation und Phrase. Die Diagnosen Treitschkes repräsentieren, »was damals alle ernsteren und tieferen Naturen im liberalen Lager erfuhren: Der Ekel vor dem kraft- und saftlosen Gewäsch der liberalen Oppositionspolitik überwältigte ihn«¹⁶⁰.

¹⁵⁷ A. Rosenberg, a.a.O.

¹⁵⁸ Heinrich von Treitschke, Aufsätze, Reden und Briefe, zitiert nach: Th. Schieder, Die Theorie der Partei, a.a.O., S. 193.

¹⁵⁹ Walter Bußmann, »Treitschke als Politiker«, in: *Historische Zeitschrift* 177/1954, S. 254.

¹⁶⁰ Franz Mehring, Zur deutschen Geschichte von der Revolution 1848/49 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (Gesammelte Schriften, Bd. 7), Berlin 1965, S. 454.

Nicht nur wurde der Liberalismus seiner sozialen Grundlage gewahr, sondern diese soziale Grundlage, der Mittelstand, besaß überdies den Nachteil, gegenüber anderen Gesellschaftsklassen, gegenüber der Großbourgeoisie und dem Proletariat, an Bedeutung zu verlieren und ohnehin weniger leicht als jene in Form einer einheitlichen, parteimäßigen Interessenvertretung organisierbar zu sein. »Die Gegner haben durch die Bildung fester Parteikörper die Initiative an sich gerissen; seitdem zerbröckelte das lockere System des Liberalismus. Ihm fehlten die ›freiwilligen Unteroffiziere‹, seine Wahlvereine ohne Kasse bildeten ein hilfloses Instrument.«¹⁶¹ Daß den liberalen Parteien eine — den sozialistischen vergleichbare — Organisation und Disziplin abging (und bis auf den heutigen Tag abgeht), ist allerdings kein Zufall. Dieser Mangel ergibt sich nicht primär aus der für den Liberalismus, Schieder zufolge, schlechthin konstitutiven ›sozialen Offenheit‹ und ›humanitären Gesinnung‹ als vielmehr aus der vertikalen wie vor allem horizontalen Gliederung des Mittelstands. Die Zerbröckelung des Liberalismus ist Ausdruck nicht nur seiner Zwischenstellung, seiner Stellung zwischen den die Hauptklassen der Gesellschaft vertretenden Parteien, sondern zugleich seiner inneren Inkonsistenz: *Nachdem* die Hindernisse, die sich der bürgerlichen Produktionsweise entgegenstellten, einmal beseitigt waren, konnte der Liberalismus die Interessen der Kleinbourgeoisie nicht vertreten, sofern diese selbst nicht in der Lage war, ihre Interessen auf einen klaren Nenner zu bringen und damit ›sich selbst zu vertreten‹. Den liberalen Parteien *konnte* nicht gelingen, was später nicht einmal den Wirtschaftsverbänden des Mittelstands gelang: die Zusammenfassung der ökonomischen Interessen des Mittelstands. Bei einem fortgeschrittenen Stand der kapitalistischen Entwicklung läßt sich von diesen allenfalls im negativen Sinn sprechen: Ihre Einheit ergibt sich einzig aus der gemeinsamen Abwehr der Großindustrie hier, der Macht der Gewerkschaften dort. Was die positiven Interessen anbelangt, so sind sie ebenso zahlreich und heterogen wie die Gruppierungen selbst, aus denen der Mittelstand sich zusammensetzt, und sie sind nicht allein heterogen, sondern darüber hinaus widersprüchlich. Für sie galt bereits im deutschen Kaiserreich, was Theodor Geiger für den »Hexensabbat der mikroskopischen Einzelinteressen« des organisierten Mittelstands in der Weimarer Republik beschreibt: »Der Bauer braucht Schutzzölle und gute Preise für landwirtschaftliche Produkte, der Gewerbetreibende billige Lebensmittelpreise, der Geldrentner Hypothekenaufwertung, der Grundbesitzrentner das Gegenteil.«¹⁶²

¹⁶¹ Th. Schieder, Die Theorie der Partei, a.a.O., S. 195.

¹⁶² Geiger, Die soziale Schichtung, a.a.O., S. 120 f.

Einer der Gründe für die relative Vagheit der Programmatik liberaler Parteien ist somit zweifellos in der Inkohärenz ihrer sozialen Basis zu sehen. Ebenso wichtig sind jedoch andererseits ihre Versuche, dennoch zu einer gewissen Repräsentation auch der ökonomischen Interessen einzelner Mittelstandsgruppen zu gelangen. Liefen nämlich diese Interessen im Normalfall auf die Forderung nach protektionistischen Maßnahmen hinaus, die Abstriche zumindest an der Gewerbefreiheit implizierten, so gerieten sie, sobald sie in die liberale Politik Eingang fanden, stets auch in Widerspruch mit deren ursprünglichen Postulaten. Mit anderen Worten: wo immer die liberalen Parteien versuchten, es den anderen gleichzutun und die Interessen bestimmter sozio-ökonomischer Gruppen durchzusetzen, standen sie tendenziell vor der Gefahr der Selbstunterhöhlung ihrer Programmatik, wenn nicht der Unglaubwürdigkeit. »Die Krise des bürgerlichen Liberalismus bestand also nicht allein in dem Verlust seiner sozialen Basis, sondern auch in verzweifelte Versuchen, diesen Prozeß aufzuhalten: der Entfremdung zwischen liberalen Parteien und Bürgertum entsprach die Selbstentfremdung des politischen Liberalismus.«¹⁶³

Die liberalen Parteien zeichneten den Werdegang der Klasse, die sie vertraten, nur nach: Ebenso wie das Kleinbürgertum gerieten sie in die Defensive. »Wenn Ideologie den Entwurf einer rationalen und umfassenden Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse meint, die jeder Einzelercheinung einen bestimmten Ort in einem gedachten oder tatsächlichen Gesamtzusammenhang zuweist, wäre eine ›Mittelstandsideologie‹ ein Widerspruch in sich selbst. Eine Ideologiebildung großen Stils ist offenbar nur möglich, solange sich eine Klasse im Vorkampf auf die Zukunft mit der Gesamtgesellschaft bona fide identifizieren kann. Für das Bürgertum traf dies zu, als es der Vorkämpfer gegen überkommene ständische Privilegien und insoweit in der Tat der ›allgemeine Stand‹ war. Der gewerbliche Mittelstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war per definitionem kein allgemeiner Stand, sondern eine Schicht zwischen den Fronten. Er sah sich nicht als aufsteigende Klasse, sondern als eine vom Großkapital und Proletariat bedrohte Minderheit.«¹⁶⁴ Die ideologische Verwirrung im Kleinbürgertum mußte sich in der Programmatik der liberalen Parteien niederschlagen: nicht als ›humanitäre Gesinnung‹, sondern als Unmöglichkeit eines präzisen Wirtschaftspro-

¹⁶³ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 158 f.

¹⁶⁴ Ebd., S. 49 f. — Winkler übernimmt an dieser Stelle den Geigerschen, dem Marxschen gegenüber äußerst verengten Ideologiebegriff, der sich ausschließlich auf kohärente gedankliche Gebäude, Parteiprogramme etwa, bezieht (vgl. die Einleitung, S. 34).

gramms. Dieses fehlte und mußte fehlen, weil hinter den wirtschaftlichen Reformvorschlägen der liberalen Parteien weder wirtschaftliche Macht noch eine ihrer selbst bewußte Klasse stand. Umgekehrt aber konnte sich die subventionsbedürftigste gesellschaftliche Gruppe durch Parteien kaum noch vertreten sehen, die im Vergleich zu anderen als ›Weltanschauungsparteien‹ figurierten. Und dennoch wandte sich das Kleinbürgertum nicht vom Liberalismus ab, weil dieser zerbröckelte, sondern der Liberalismus zerbröckelte, weil das Kleinbürgertum, als Klasse, auseinanderfiel.

Die Abwendung vom Liberalismus war allerdings nicht der letzte Schritt in der politischen Geschichte des Kleinbürgertums. Wenn auch andere Parteien, die konservative wie schließlich auch die nationalliberale und das Zentrum, die Stimmen des Kleinbürgertums durch mittelstandsfreundliche Gesten und Parolen einzufangen suchten, so wurden sie dadurch nie und nimmer zu ›Mittelstandsparteien‹ im Sinne einer wirksamen Repräsentation mittelständischer Wirtschaftsinteressen. Die Abwendung des Kleinbürgertums vom Liberalismus war daher nur die erste Stufe in der Abwendung des Kleinbürgertums vom Parlamentarismus schlechthin, von der bürgerlichen Demokratie zur Reaktion.

In der Tat ist der Niedergang des Liberalismus eingebettet in den Prozeß einer schleichenden Unterhöhlung des Parlamentarismus als politischer Selbstrepräsentation der Gesellschaft. Das Zeitalter der Verbandsbildungen, der erste Übergang zum ›organisierten Kapitalismus‹ auf der Basis einer in weiten Bereichen bereits monopolistisch strukturierten Wirtschaft, war mit einem konsequent parlamentarischen Entscheidungsmodell, wie die politische Theorie des Liberalismus es vorsah, unvereinbar; darüber hinaus aber hat das Entstehen großer Wirtschaftsverbände den oben beschriebenen Prozeß des Niedergangs der liberalen Parteien selbst vorangetrieben. Der Niedergang des Liberalismus und das Entstehen wirtschaftlicher Interessenverbände sind demnach interdependente Prozesse: Einerseits ist deren wachsende Macht bereits *Ausdruck* des Niedergangs des Liberalismus — die Geschichte ihres Entstehens, die in die Periode des Übergangs vom Freihandel zum Schutzzoll fällt, zeigt dies ebenso wie ihre Zielrichtung, die gewöhnlich alles andere als ›liberal‹ ist (dies gilt für *alle* Verbände, für die des Mittelstands ebenso wie für die von Großindustrie und Großagrariern). Als gleichsam halb-politische Gebilde treten sie mit den Parteien in der Einflußnahme auf die staatliche Politik, die Gesetzgebung usw. in Konkurrenz; in ihrem Bemühen, die parlamentarische Ebene gegebenenfalls zu überspringen, führen sie zu einem *allgemeinen* Bedeu-

tungsverlust der Parteien. Andererseits beschleunigen sie den beschriebenen, für die liberalen Parteien *im besonderen* verhängnisvollen Prozeß der Spezifizierung der Parteien, ihrer Verwandlung in Massenorganisationen mit klarem wirtschafts- und sozialpolitischem Programm: »Die Verbände haben die Struktur der Parteien umgeformt. [. . .] Die Parteien ›sozialisieren‹ sich, sie werden enger auf gesellschaftliche Schichten bezogen, ihr ideologischer Anspruch auf das Prädikat einer Volkspartei verliert an Gewicht gegenüber ihrer realen Klassenstruktur.«¹⁶⁵

Wirtschaftliche Interessenverbände streben stets nach Einflußnahme auf das Marktgeschehen, sie zielen auf seine ›Korrektur‹, seine Modifikation auf politischem Wege. Dies gilt für die Verbände des Mittelstands mehr als für alle anderen, ist er doch die soziale Gruppe, die durch die Marktgesetze, sofern diesen freier Lauf gewährt wird, am empfindlichsten getroffen wird. Da andererseits sein Überleben oder sein Untergang immer geringere Bedeutung für die Gesamtwirtschaft besitzen, kann es auch seinen Verbänden kaum gelingen, seinen Forderungen ökonomische Plausibilität zu verleihen. Der Mittelstand selber rekurrierte ab einer bestimmten Phase der Entwicklung zunehmend auf seine gesellschaftlich-ideologische Funktion: Sein ökonomischer Untergang wurde von ihm selber nicht nur in aller Offenheit prognostiziert, sondern zur Legitimation seiner Forderungen gegenüber der Gesamtgesellschaft oder dem Staat verwandt. Indem er dem Großkapital und seinen Organisationen die Bedrohung durch die revolutionäre Arbeiterklasse vor Augen hielt, präsentierte er sich selbst zugleich als ›Puffer‹, als ›Stand des sozialen Ausgleichs‹, als ›Bollwerk‹ der Gesellschaftsordnung und des Eigentums, als eigentlicher Retter im bevorstehenden Konflikt, der eben deshalb Anspruch auf Unterstützung habe. Die Ideologie seiner Verbände enthielt neben einigen absurden, in der Zeit des Kaiserreichs gleichwohl ansatzweise realisierten wirtschaftlichen Forderungen mit zünftlerischer Tendenz vor allem die Kriegserklärung nach unten, gegen das Proletariat, sowie nach oben, gegen das Kapital, sofern dieses ›mobile‹, ›anonyme‹ Gestalt trage, kurz: jüdischer Herkunft war.

Sieht man von dem erst 1909 gegründeten, vergleichsweise liberalen ›Hansa-Bund‹ sowie den etwas klarer ökonomisch orientierten branchenspezifischen Fachorganisationen ab, so läßt sich behaupten, daß die der Programmatik der Mittelstandsverbände zugrundeliegende Ideologie ein diffuses Gemisch aus antiproletarischer und antisemitischer Gesinnung

¹⁶⁵ Thomas Nipperdey, ›Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg‹, in: H.-U. Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Köln/Berlin 21968, S. 387.

war, in dem sich eine klare Abgrenzung nach unten mit einer ›halbierten‹, scheinpräzisen Abgrenzung nach oben — der pseudo-ökonomisch maskierten, aufs Ethnische projizierten Abwehr gegen das ›mobile‹ Kapital — verband: Die faschistische Unterscheidung zwischen ›raffendem‹ und ›schaffendem‹ Kapital hat ihren historischen Ursprung im Kaiserreich. »In dem Maß, wie die Großindustrie selbst unter der Depression zu leiden hatte und darum dem Wirtschaftsliberalismus abschwor, richteten sich seit den siebziger Jahren die Angriffe der Mittelständler vorzugsweise gegen das mobile Kapital oder, wie man es damals zu nennen begann, die ›goldene Internationale‹. Da das Bankkapital als der Hauptschuldige für die Wirtschaftskrise allgemein und die Bedrängnisse der Mittelschichten im besonderen galt, waren Handwerk und Kleinhandel für die in diese Richtung zielenden Attacken der konservativen ›Steuer- und Wirtschaftsreformer‹ und der antisemitischen Agitation besonders anfällig. Die Antisemiten betrieben mit Erfolg eine Gleichsetzung von Liberalismus, Finanzkapital und Judentum und führten die Gravamina der Gruppen mit mittelständischer Selbsteinschätzung auf eine letzte Ursache zurück: ›Die sociale Frage ist wesentlich Judenfrage‹. Die Ressentiments der Handwerker und Kleinhändler, der kleinen Landwirte, unteren Beamten und kaufmännischen Gehilfen fanden in solchen Parolen einen gemeinsamen Nenner: Der Antisemitismus der Depressionszeit war der erste Versuch einer mittelständischen Integrationsideologie.«¹⁶⁶ Diese spezifische ›Mittelstandsdeologie‹ als Amalgam antisemitischer und antisozialistischer Affronts ist mithin nicht erst ein Entwurf des Faschismus. Quasi offiziell wurde sie bereits in den mittelständischen Interessenverbänden des Kaiserreichs formuliert, als eine Art ›Überbau‹, der zunächst die einzelnen Blocks des städtischen Kleinbürgertums temporär versöhnte — denn »unter den städtischen Berufsklassen [. . .] erwiesen sich standesbewußte, leichtgläubige Handwerker und Kleinladenbesitzer [. . .] als besonders anfällig für die wirtschaftlichen und sozialen Kampfparolen der antijüdischen Agitation, wie sie unter sehr deutlich werdender Bezugnahme auf die unbefriedigenden Aspekte des Wirtschaftsablaufs von den ökonomischen wie den politischen und den Rassenantisemiten ausgegeben wurden«¹⁶⁷. Doch rückten unter dem von Interessenverbänden gewirkten ideologischen Mantel schließlich auch städtischer und ländlicher Mittelstand einander näher: Die Verbreitung des Antisemitismus auf dem Lande war im wesentlichen das Werk des ›Bundes der Landwirte‹.

¹⁶⁶ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 50.

¹⁶⁷ Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967, S. 102.

Wirtschaftsverbände des Mittelstands als ganzem sind im Grunde eine *contradictio in adjecto*. Unter hochkapitalistischen Bedingungen, die überhaupt erst rational organisierte, ökonomisch klar orientierte Verbände aufkommen lassen, sind die Interessen des Mittelstands weder so einheitlich, daß sie von Verbänden mit der nötigen Eindeutigkeit repräsentiert werden könnten, noch im eigentlichen Sinn ›ökonomisch‹: Vom Standpunkt der kapitalistischen Ökonomie sind sie das Gegenteil, nämlich *unökonomisch*, durchsetzbar nur als Konzessionen an eine vorgebliche, vor allem aber vom Mittelstand selbst vorgegebene ›gesellschaftliche‹ Bedeutung. Mangelnde Identifikation des Mittelstands mit seinen Organisationen, Rückzug auf Ökonomieferne sind die notwendige Konsequenz. »Während für die unteren Schichten das Problem einer ›gerechteren‹ Verteilung der Reinerträge aus der Produktion in dieser oder jener Form — als Sozialismus, Gewerkvereinsbewegung oder auch nur soziale Gesetzgebung — den entscheidenden Ausgangspunkt ihrer politischen Betätigung und soziologischen Gedanken bildet und man zumindest aus diesem Kernpunkt heraus das Charakteristische an diesem ganzen Volksteil erkennen wird, bildet die ›Mittelstandsbewegung‹ nur für einen *Bruchteil* der Mittelklasse etwas überhaupt ›Wichtiges‹, während sie *ganz allgemein* für die Mittelklasse hinter diejenigen Zielsetzungen und Ideologien zurücktritt, welche rein gesellschaftliche Tatsachen, Erhaltung einer gewissen bürgerlichen Anerkennung, Möglichkeit gewisser Bildungs- und Kulturgüter, Beibehaltung eines gewissen traditionellen Lebenskomforts und einer ebenso ererbten ›Berufsehre‹ zum Inhalt haben.«¹⁶⁸

Diese durchaus mittelstandsfreundlichen Äußerungen Levys pochen — ebenso wie der Mittelstand selbst — auf den ›Idealismus‹, der, Geiger zufolge, doch nichts anderes ist als der Ausdruck ›herb enttäuschter Materialismen‹. Der Rekurs auf Weltanschauung, auf einen durch pseudo-ökonomische Terminologie kaum verbrämten Antisemitismus, ist Signum einer Klasse, die *als Klasse* untergeht, deren ›gemeinsames‹ Klasseninteresse einzig negativ, und zwar doppelseitig negativ, als Abwehr gegen unten *und* oben, bestimmt ist; deren positive Interessen hingegen ein Bündel widersprüchlicher Details sind, die keine übergreifende und langfristige Zusammenfassung zulassen. Die Decke einer auf den antisemitischen oder welchen Verschwörungsnenner auch immer reduzierten Integrationsideologie erwies sich als zu dünn, um auch nur die Großgruppen des *städtischen* Mittelstands, Handwerk und Kleinhandel, zu einer geschlossenen Front zu vereinigen; die seit

¹⁶⁸ Hermann Levy, Soziologische Studien über das englische Volk, Jena 1920, S. 2.

Ende des Jahrhunderts häufig wiederholten Versuche, diese Gruppen partei- und verbandsmäßig zu integrieren, scheiterten ebenso regelmäßig an der heterogenen Interessenlage ihrer Mitglieder.

Die Kraftlosigkeit der mittelständischen Verbände prädestinierte sie dagegen zur Koalition. Der einstige Klassengegensatz zwischen feudalen Großgrundbesitzern und Kleinbauern erwies sich unter den Bedingungen des Hochkapitalismus als peripher gegenüber der gemeinsamen anachronistischen Situation und den aus ihr resultierenden Ansprüchen: Dem ›Bund der Landwirte‹ gelang es, wie bereits erwähnt, ohne allzu große Schwierigkeiten, den überwiegenden Teil der kleinen und mittleren Bauern als ›Massenbasis‹ ins Schlepptau zu nehmen. Wurde der bäuerliche Mittelstand von oben her, und dazu noch erfolgreich, der den Agrarsektor beherrschenden Kaste assimiliert, so verhielt es sich mit dem städtischen Mittelstand eher umgekehrt: Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, der sich abermals gegen die ›goldene‹, vor allem aber die ›rote Internationale‹ erklärte, trachtete seit seiner Gründung (1911) von sich aus nach einer Koalition mit der Großindustrie, dem Centralverband Deutscher Industrieller. »Das Resultat dieser Bemühungen um eine ›Sammlung aller staats-erhaltenden Elemente‹ war jenes ›Kartell der schaffenden Stände‹, das von seinen Gegnern alsbald in ›Kartell der raffenden Hände‹ umgetauft wurde.«¹⁶⁹

Die Verschiebung der Klassenfronten und -antagonismen läßt sich eindeutiger als an solchen Koalitionsbestrebungen kaum demonstrieren: Der Mittelstand ist nicht mehr die gesellschaftliche ›Mitte‹, seine politische und ökonomische Unselbständigkeit ist nicht mehr das Schwanken zwischen zwei sich gegenüberstehenden Klassen, sondern er ist definitiv Anhängsel der Bourgeoisie. Oder besser: er hat begriffen, daß, wenn überhaupt, so nur die herrschende Klasse im Kapitalismus ihm das eigene Überleben erleichtern kann, die Klasse, die ihn bereits niedergerungen hat. Dennoch war diese ›Identifikation mit dem Aggressor‹ wenig erfolgreich: Die antiproletarischen, gegen den Hauptfeind, die Sozialdemokratie, gerichteten Parolen, diese Offerte des Mittelstands an die Bourgeoisie, waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht schlagkräftig genug, um diese zu größeren Opfern für den Mittelstand zu bewegen. Und die Interessen von Bourgeoisie einerseits, Mittelstand andererseits sind allemal zu inhomogen, als daß eine ›Koope-ration‹ im strikt ökonomischen Sinne überhaupt realisierbar wäre, zumal ein gemeinsames ›Klasseninteresse‹ des Mittelstands, eine Integration von unzähligen widersprüchlichen

¹⁶⁹ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 53.

Einzelinteressen, prinzipiell undenkbar ist. So scheiterte »nicht nur das ›Kartell der schaffenden Stände‹ [...] an inneren Interessengegensätzen. Auch der Reichsdeutsche Mittelstandsverband war in sich so heterogen und sein repräsentativer Charakter so zweifelhaft, daß die in dieser losen Dachorganisation vereinigten Gruppen des Einzelhandels, des Handwerks und des Hausbesitzes ihre spezifischen Interessen ebenfalls über ihre besonderen Organisationen durchzusetzen versuchten.«¹⁷⁰

Die entscheidende Phase der Auflösung des deutschen Liberalismus fällt in die Zeit des Kaiserreichs. Der Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus — ein Prozeß, der aufgrund der ökonomischen ›Verspätung‹ Deutschlands hier gleichsam in Zeitraffung verlief — raubte dem Mittelstand die ökonomische und politische Bedeutung und zog die beschriebene Schwächung des Liberalismus nach sich. Der Faschismus wurde in der Tat in dieser Zeit vorbereitet, obwohl nicht primär deshalb, weil, wie Dahrendorf und andere behaupten, die Deutschen sich hier an den autoritären ›Obrigkeitsstaat‹ gewöhnt hätten und infolgedessen nie dazu gelangt seien, eine wirklich ›liberale‹ Tradition zu kultivieren.¹⁷¹ Wenn man von einer Vorbereitung des Faschismus in der Zeit des deutschen Kaiserreichs sprechen kann, so haben die von Dahrendorf benannten Elemente der spezifisch deutschen ›political culture‹ nur sekundäre Bedeutung. Sie sind selbst Wirkung jenes Übergangs zum Monopolkapitalismus, der sich in Deutschland infolge der bereits bestehenden Konkurrenz der kapitalistischen Staaten auf dem Weltmarkt beschleunigt und (gemessen an den gleichzeitigen Konzentrationsbewegungen in England) verstärkt vollziehen mußte¹⁷² und daher eine relativ langfristige liberale Ära, wie sie in England geherrscht hatte, nicht zuließ. Und eben dieser *ökonomische* Prozeß ist letztlich entscheidend: Er griff in

¹⁷⁰ Ebd., S. 53 f.

¹⁷¹ Auf diese Frage ist zu Beginn des letzten Abschnitts zurückzukommen.

¹⁷² »Das Verhältnis der fortgeschritteneren zur zurückgebliebenen Wirtschaftsordnung kehrte sich bei diesem Übergang [...] tendenziell um. Der Modellfall England wird zum Sonderfall: Im verlangsamten, ungleichgewichtigen Wachstumsprozeß der englischen Wirtschaft von 1873–1914 zeichnen sich zwar ›Anfänge‹ eines organisierten Kapitalismus durchaus ab, doch in einer gegenüber Deutschland und den USA verschiedenen, nur wenig entwickelten, gleichsam rückständigen Form« (Hans Medick, ›Anfänge und Voraussetzungen des Organisierten Kapitalismus in Großbritannien 1873–1914‹, in: Heinrich August Winkler [Hg.], *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974, S. 59). Das »entscheidende Charakteristikum der industriewirtschaftlichen Seite des englischen Kapitalismus vor 1914« erblickt Medick darin, »daß die Vorherrschaft des Klein- und Mittelbetriebes [...] erhalten bleibt« (S. 60).

erster Linie die Schicht an, welche die liberal-demokratischen Parteien ehemals getragen hatte, und trieb sie damit zum politischen Umschwung. Von zentraler Bedeutung für die Wendung des Mittelstands von der Demokratie zur Reaktion ist hierbei zunächst seine Flucht zur Bourgeoisie unter strikt anti-proletarischen Vorzeichen, also jene ›Identifikation mit dem Angreifer‹, die sich in dieser Zeit programmatisch verfestigte; ferner seine Abkehr vom Parlamentarismus: der Glaube an die Wirksamkeit der parlamentarischen Vertretung, von Marx noch als der dem Kleinbürgertum eigentümliche ›parlamentarische Kretinismus‹ bezeichnet, mußte in dem Maße verblasen, wie der Mittelstand zu einer gesellschaftlichen Minorität wurde.

Wenn dieser Glaube mit der Begründung der Weimarer Republik wiederauflebte, so doch nur kurzfristig. Der Niedergang des Liberalismus fand hier, im unmittelbaren Vorspiel zum Faschismus, seine Fortsetzung, auch ohne daß eine autoritäre Staatsführung ihn bewußt betrieb. Der »Niedergang des deutschen Liberalismus, der [...] seit seiner Kapitulation vor der Bismarckschen Realpolitik in einen Prozeß steten Machtverlustes geraten war, (war) gerade in der Weimarer Republik, der ersten Verwirklichung der liberal-demokratischen Staatsidee, in ein entscheidendes Stadium getreten«¹⁷³. Es wiederholte sich hier, was sich bereits mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts noch vor der Zeit des Kaiserreichs zeigte: Der Liberalismus ging als politische Bewegung gerade daran zugrunde, daß seine Postulate, die parlamentarische Demokratie, die politische Struktur der Gesamtgesellschaft prägten — und dieser Widerspruch ist, Schieder zufolge, nur der Ausdruck der allgemeinen Diskrepanz zwischen der ›politischen‹ und der ›gesellschaftlichen Verfassung‹ des Liberalismus. Wenn Bracher hier aber vom ›entscheidenden Stadium‹ im Niedergang des deutschen Liberalismus spricht, so müssen in der Zeit der Weimarer Republik offenbar zusätzliche Faktoren eine Rolle spielen, die dem Liberalismus den letzten, ›entscheidenden‹ Schlag versetzten, Faktoren, die demgemäß — soll der bisherige theoretische Ansatz gültig bleiben — auch den Mittelstand in einer Weise trafen, daß er sich unmittelbar vor Beginn des Faschismus en bloc (von ideologisch bedingten Ausnahmen — etwa des Zentrums-treuen katholischen Mittelstands — abgesehen) vom Liberalismus abwandte und zur Massenbasis des Faschismus wurde.

Von außen betrachtet erscheint die Geschichte des Liberalismus in der Weimarer Republik als bloße Wiederholung des Schick-

¹⁷³ Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen ⁴1964, S. 87.

sals, das ihm bereits im Bismarck-Reich widerfuhr. Der Liberalismus weist eben dieselbe *innere Spaltung* auf, die als Konsequenz der Differenzierungsprozesse innerhalb des Bürgertums beschrieben wurde. »Vor allem aber war die Aufspaltung der bürgerlichen Wählerschaft in zwei Parteien ein folgenreicheres Ereignis der ein halbes Jahrhundert zuvor angebahnten Selbstauflösung des Liberalismus.«¹⁷⁴ Sie äußerte sich im Nebeneinander zweier liberaler Parteien, von DDP und DVP, von Links- und Rechtsliberalismus; während die eine Seite ein partielles, pragmatisch begründetes Bündnis mit der Arbeiterschaft vorsah (das ihr ebensowenig gelang wie den Freisinnigen im Bismarck-Reich), ging es der anderen gerade umgekehrt um eine strikte Abgrenzung von der Arbeiterschaft.

Es wiederholte sich jedoch nicht nur die Spaltung des Liberalismus, sondern auch der Mangel an parteimäßiger Organisation, der auf die Desintegration seiner sozialen Basis zurückweist. Ein schlechtes zahlenmäßiges Verhältnis von Mitgliederstamm und Wählerschaft ist dafür ebenso Ausdruck wie der Mangel an Parteidisziplin und klarer Programmatik. »Das traditionelle Signum der liberalen Bewegung war ihre organisatorische Schwäche. Straffes Befehlssystem und hierarchische Struktur, die zu den Voraussetzungen der modernen Massenparteien zumal sozialistischer, durch das Gewicht der Zahl geprägter Art gehören, waren ihr nicht nur im 19., sondern auch im 20. Jahrhundert fremd geblieben.«¹⁷⁵ Die ständige Abwanderung nach links und nach rechts, vor allem aber nach rechts, bedingte schließlich den Untergang des Liberalismus auf der parlamentarischen Ebene.¹⁷⁶

Daß dem parlamentarischen Niedergang des Liberalismus der Faschismus folgte, läßt sich aus der politischen Auflösung des Liberalismus selbst jedoch nicht erklären. Niedergang des Liberalismus und Übergang zum Faschismus stellen vielmehr aufeinanderfolgende Prozesse dar, die ohne die Verschiebungen im Klassengleichgewicht der kapitalistischen Gesellschaft, ohne die Wandlung in der gesellschaftlichen Position des Mittelstands, seine soziale und politische Isolierung, nicht zu erklären sind. Die Revolution von 1918, die Begründung der Republik in Deutschland hatte, generell gesprochen, zur Folge, daß sich der Kapitalismus unter der ihm adäquaten, »normalen« politischen Herrschaftsform entfalten konnte. Wenn damit »für große Teile des gewerblichen Mittelstandes [...] das

¹⁷⁴ Ebd., S. 89.

¹⁷⁵ Ebd., S. 87.

¹⁷⁶ Die Stimmanteile der beiden liberalen Parteien in den Wahlen der Weimarer Republik (1919–32) betrugen (nach Bracher, a.a.O., S. 86):
DDP: 18,6 – 8,3 – 5,7 – 6,3 – 3,8 – 3,8 – 1,0 – 1,0
DVP: 4,4 – 13,9 – 9,2 – 10,1 – 8,7 – 4,5 – 1,2 – 1,9

Ende der Monarchie und die Machtübernahme der als Todfeinde empfundenen Sozialdemokraten in der Tat gleichbedeutend mit der Infragestellung ihrer Existenzgrundlagen«¹⁷⁷ waren, so war hierfür — neben einigen kontingenten historischen Umständen¹⁷⁸ — vor allem zweierlei maßgebend: Zum einen bedeutete die Gründung der Republik die relative Verdrängung der im Kapitalismus »überhängenden« Feudalschichten aus dem Bereich der staatlichen Politik, damit aber auch aller anderen Schichten, die dem Kapitalismus anachronistisch gegenüberstanden. Das politische System des Kapitalismus hat sich seines »ungleichzeitigen Widerspruchs« weitgehend entledigt, auf den es im Kaiserreich noch maßgeblich hatte Rücksicht nehmen müssen. Die Macht des junkerlichen Konservatismus im Bismarck-Reich war gewissermaßen eine künstliche; sie basierte auf einer relativen Verselbständigung der Politik gegenüber der kapitalistischen Ökonomie. An dieser Macht hatte der Mittelstand wesentlich partizipiert, waren es doch die Konservativen, die ihn als erste ins Schlepptau nahmen — gerade weil sie von sich aus eine äußerst dürftige Minorität, die politische Repräsentation einer Kaste darstellten, gerade weil sie dem Mittelstand darin aufs engste verbunden waren, daß auch *ihre* ökonomische Position nicht anders denn auf politischem Wege zu erhalten war. Verheerend für die Situation des Mittelstands, entscheidend für seine politische und soziale Isolierung war daher »die Tatsache, daß der wichtigste Bündnispartner der protektionistisch orientierten Mittelständler im Kaiserreich, der Großgrundbesitz, durch die Revolution aus seinem Immediatverhältnis zur Staatsmacht entlassen wurde und damit an politischer Bedeutung entscheidend verlor«¹⁷⁹.

Zum anderen mußte die anti-proletarische Hetze, mit der die Verbände des Mittelstands die Bourgeoisie umworben hatten, ihr Ziel verfehlen, wenn einerseits die organisierte Arbeiterschaft sich bereits auf revisionistische Theorien und eine reformistische Praxis festgelegt hatte, d. h. von deutlichen Klassenkampfpositionen abgerückt war, die Bourgeoisie andererseits begriff, daß sie in der — wie immer konfliktreichen — Kooperation mit einer derart strukturierten Arbeiterbewegung besser fahren würde als mit einer eindeutigen Klassenherrschaft, deren einziges »Fundament« in nicht-kapitalistischen

¹⁷⁷ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 65.

¹⁷⁸ Hierzu gehören insbesondere die Folgen der Kriegswirtschaft, die Tatsache, daß der gewerbliche Mittelstand bei der Rohstoff- und Kreditzuteilung benachteiligt wurde, sodann die kurz nach Begründung der Republik einsetzende Inflation, während der »der großindustrielle Sachbesitz sein gesamtwirtschaftliches Gewicht auf Kosten aller anderen Schichten überdimensional zu vergrößern vermochte« (ebd., S. 68).

¹⁷⁹ Ebd., S. 68.

Schichten die schwankenden und in sich zersplitterten Mittelstände geblieben wären. Mit anderen Worten: das für einen funktionierenden Kapitalismus ›normale‹, in die parlamentarische Ebene sich verlängernde, in Tarifvereinbarungen und Parlamentsentscheidungen sich manifestierende und korrigierende Gleichgewicht zwischen den Hauptklassen der Gesellschaft, zwischen Bourgeoisie und Proletariat, hatte sich herausgebildet; der unmittelbar nach der Revolution geschlossene Stinnes-Legien-Pakt gab dem Ausdruck. Mit Unternehmungen wie dem ›Kartell der schaffenden Stände‹, dem die Großindustrie bereits zur Zeit seiner Entstehung nur mit halbem Herzen beitrug, war es nun endgültig vorbei: Der Mittelstand war kein ernst zu nehmender Koalitionspartner mehr, selbst in dieser Funktion war er von der politischen Bühne verdrängt worden.

Wenn er diese politische Bühne mit Beginn des Faschismus kurzfristig zurückeroberte, so doch nur — dies wird in einem späteren Kapitel zu zeigen sein —, weil in einem bestimmten historischen Augenblick das ›normale‹ Klassengleichgewicht des Kapitalismus, die Auspendelung der (artikulierten) Interessen von Bourgeoisie und Proletariat, gestört wurde. In diesem Augenblick wurde die anti-proletarische Gereiztheit des Kleinbürgertums für kapitalistische Interessen verwertbar. Seine politische Unselbständigkeit, die sich spätestens in der Zeit des Kaiserreichs in eine Anhängselfunktion gegenüber der Bourgeoisie verwandelt hatte, schien für einen Augenblick durch das Trommelfeuer der nationalsozialistischen Bewegung überdeckt. Der moderne Parlamentarismus, der — im Unterschied zum Modell des frühen Liberalismus — durch die Institutionalisierung der Parteien als Ausdruck agglomerierter sozialer Interessen und durch das Gewicht der Verbände auf die Bedingungen des fortgeschrittenen Kapitalismus Rücksicht nimmt, ist gleichwohl nicht zu jedem Zeitpunkt die adäquate politische Form der Klassenauseinandersetzung. Einem am Liberalismus irregewordenen, gegen den Parlamentarismus schlechthin aufgebrachten Kleinbürgertum können im Zustand der Ausnahme Funktionen zufallen, die tatsächlich nur außerhalb der Bannmeile parlamentarischer Regierungsformen zu verrichten sind.

Unter dem Gesichtspunkt der sozialen Basis ist der von Liberalen stets behauptete Gegensatz von Liberalismus und Faschismus keineswegs evident. Die Geschichte der Weimarer Republik, der Kollaps der liberalen Parteien der Mitte spiegeln gewissermaßen in Zeitraffung das politische Schicksal der gesellschaftlichen ›Mitte‹, ihre säkulare Wendung zu einer Politik, die sich die Zerschlagung der liberal-demokratischen Institutionen zum Ziel gesetzt hatte — Institutionen, in denen

sich das kleine und mittlere Bürgertum nach dem Wandel seiner Position innerhalb der Gesamtgesellschaft nicht mehr wiederfinden, nicht mehr repräsentiert sehen konnte. Das ökonomische und soziale Absinken dieser Schicht hinterließ seinen Stempel freilich schon längst zuvor auf der Struktur der liberal-demokratischen Parteien: Deren mangelnde Organisation und Parteidisziplin, die innere Spaltung des Liberalismus, seine Einkeilung zwischen Massenparteien, welche die im Kapitalismus tragenden ökonomischen Interessen formulieren, sind Ausdruck sowohl der *inneren* Zersplitterung des Mittelstands, der *nach* der politischen Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft seine gemeinsame Frontstellung aufgeben mußte, wie eines sozialen Differenzierungsprozesses, der den Mittelstand *insgesamt* ökonomisch und politisch an die Peripherie drängte. Mit der Organisation gesellschaftlicher Großgruppen in Form von Parteien, die bewußt nur die Ansprüche einer *bestimmten* sozialen Schicht zur Geltung brachten, mit der Ablösung von Honoratiorenparteien und -parlamenten durch Massenparteien und Parteienparlamente mußte die Institution des Liberalismus, die parlamentarische Demokratie, zugleich den Niedergang des Liberalismus als politischer Bewegung heraufbeschwören. »Der Liberalismus entbindet die gesellschaftlichen Kräfte, die in Gestalt der Parteien den Staat zu übernehmen trachten«¹⁸⁰; er selbst aber erschöpfte sich in eben dem Maße, wie die soziale Basis, auf die er sich unausgesprochen stets gestützt hatte, der Mittelstand, seine Bedeutung als tragende gesellschaftliche Kraft aufgab.

Wenn Historiker den Niedergang des deutschen Liberalismus gewöhnlich auf zwei Gründe zurückführen: auf seine Schwächung infolge der gescheiterten bürgerlichen Revolution und auf die Schläge, die ihm Bismarck 1866 — nach dem erfolgreichen Krieg gegen Österreich — und in der Folgezeit beibrachte, so sehen sie an den eigentlich sozialen Gründen dieser Entwicklung vorbei.¹⁸¹ Erst diese *sozialen* Ursachen können

¹⁸⁰ Nipperdey, a.a.O., S. 369.

¹⁸¹ »Männer machen Geschichte« — ein Beispiel für diese in der deutschen Geschichtsschreibung seit Ranke und Treitschke verbreitete Vorstellung sowie für die aus ihr sich ableitende »verstehende« Methode bietet die oben zitierte Arbeit von Bußmann: »Die Gegensätze, die die Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert so beweglich gestaltet haben, sind zunächst in den Menschen selbst zu suchen. Die konkurrierenden Ideale von Freiheit und Einheit wirkten auf dieser Frühstufe nicht etwa gruppenbildend; ihr Konflikt wurde in den Herzen der Menschen selbst ausgetragen. Der nachsinnende Historiker, der sich in die Dokumente jener Zeit vertieft, ahnt gleichsam die künftigen Auseinandersetzungen voraus« (Bußmann, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus, a.a.O., S. 86). Globale soziale Prozesse, revolutionäre Bewegungen gar, werden in dieser Weise personalisierend »gedeutet«: In einem Aufsatz, der Aufschluß über die »sozialen Ursachen« der 48er Revolution verspricht, erklärt Stadelmann diese wie folgt: »wahrscheinlich liegt hier in der seelischen Unsicherheit

den Niedergang des Liberalismus als *internationale* Erscheinung verständlich machen, indem sie den Prozeß seiner eigenen, *inneren* Unterhöhlung aufweisen.

Zu diesem Prozeß gehören freilich auch die Haupt- und Staatsaktionen Bismarcks, und keineswegs kann geleugnet werden, daß es von vornherein, trotz anfänglichen Sympathisierens mit den Liberalen, seine bewußte Absicht war, dem Liberalismus auf dem einen oder anderen Wege die Spitze zu brechen. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ist selbstverständlich nur im Zusammenhang seiner bonapartistischen Bestrebungen zu verstehen, die allemal darauf ausgingen, durch Heranziehung des Proletariats ans System den bürgerlich-liberalen Mittelstand von der politischen Bühne zu verweisen.¹⁸² Weder seine Absicht noch seine Aktionen reichen indessen als Erklärung dafür aus, daß ihm dies, und zwar innerhalb kürzester Zeit, auch gelang. Der Todesstoß, den Bismarck dem deutschen Liberalismus erteilte, richtete sich gegen einen schwachen Gegner. Hatte die Stärke des Liberalismus darauf beruht, daß sich das Bürgertum gegen die ›partikularen‹ Feudalgewalten als der ›allgemeine‹ Stand und, für eine bestimmte historische Zeitspanne, als Verkörperung der Interessen der Nation als ganzer präsentieren konnte, so wurde ihm die Diskrepanz zwischen dem Anspruch des Allgemein-Menschlichen und seiner gesellschaftlichen Basis in dem Augenblick zum Verhängnis, als das Bürgertum zum einen sich als Klasse neben anderen und gegen andere entpuppte und gegen deren organisierte Interessen nun selbst ›partikulare‹ Interessen kehrte, zum anderen, mit der Spaltung in industrielle Bourgeoisie und Kleinbürgertum, innerlich zerfiel.

Die von Schieder bezeichnete, im Prozeß der kapitalistischen Entwicklung sich realisierende Diskrepanz zwischen der politischen Verfassung des Liberalismus, die auf der Idee des ›Allgemein-Menschlichen‹, der Gleichheit, aufbaut, und der gesell-

und Gewissensqual, in der Ahnung und dem Frösteln der lebenden Generation die eigentliche Ursache der Märzereignisse« (Rudolf Stadelmann, ›Soziale Ursachen der Revolution von 1848‹, in: Wehler (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, a.a.O., S. 151).

¹⁸² Wie sehr es sich beim Niedergang des Liberalismus um einen internationalen, für ein bestimmtes Stadium der kapitalistischen Entwicklung strukturellen Vorgang handelt, wird selbst noch durch die Parallelität der Maßnahmen bewiesen, die diesen Niedergang vollenden. Bei der Einführung des allgemeinen Wahlrechts konnte Bismarck sich auf das Vorbild des dritten Napoleon besinnen, der seinen Staatsstreich geradezu mit dieser Verfügung legitimiert hatte; im selben Jahr, als Bismarck die Verankerung des allgemeinen Wahlrechts in der Verfassung des Norddeutschen Bundes betrieb, wählten die englischen Konservativen – und zwar aus den gleichen Gründen – denselben Weg: »In England hat die von Benjamin Disraeli auf der Basis des Imperialismus erneuerte konservative Partei im Jahre 1867 den städtischen Arbeitern das Wahlrecht gegeben, um sie dem Liberalismus abspenstig zu machen« (A. Rosenberg, a.a.O., S. 82).

schaftlichen Verfassung, der sozialen Ungleichheit, die durch jene politische Verfassung überhöht wird, konnte allerdings erst mit den Anfängen einer von der Nabelschnur des Bürgertums losgerissenen proletarischen Bewegung ins Bewußtsein treten. »Ihre Aufdeckung ist in erster Linie ein Werk der revolutionären sozialistischen Schriftsteller, und sie fällt in den geschichtlichen Augenblick, in dem der Liberalismus die Idee der politischen Verfassung zum Kernpunkt seines politischen Programms und seines Wirkens gemacht hatte.«¹⁸³ Noch vor Beginn der Revolution von 1848 formulierte Marx in der Auseinandersetzung mit der Hegelschen Rechtsphilosophie jenen Widerspruch zwischen der in der politischen Verfassung des Liberalismus supponierten politischen Gleichheit und der sozialen Ungleichheit. Der liberale Staat, jene »unwirkliche Allgemeinheit«, ist gerade deshalb Klassenstaat, *weil* er von den »faktischen Unterschieden« absieht, sie entpolitisiert und so die Gesellschaft, als Sphäre des Egoismus privater Individuen, sich selbst und ihrem blinden Wirken überläßt. »Der Staat hebt den Unterschied der *Geburt*, des *Standes*, der *Bildung*, der *Beschäftigung* in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für *unpolitische* Unterschiede erklärt, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum *gleichmäßigen* Teilnehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt. Nichtsdestoweniger läßt der Staat das Privateigentum, die Bildung, die Beschäftigung auf *ihre* Weise, d. h. als Privateigentum, als Bildung, als Beschäftigung *wirken* und ihr *besondres* Wesen geltend machen. Weit entfernt, die *faktischen* Unterschiede aufzuheben, existiert er vielmehr nur unter ihrer Voraussetzung«.¹⁸⁴

¹⁸³ Th. Schieder, Das Verhältnis, a.a.O., S. 51.

¹⁸⁴ Karl Marx, Zur Judenfrage, MEW 1, Berlin 1972, S. 354.

III. Zur Sozialpsychologie des Kleinbürgertums

Bereits unter ökonomisch-sozialstrukturellem Aspekt manifestiert sich die Polarisierung eher als langfristige Tendenz denn als kontinuierlicher Prozeß. Die Entwicklung der Großindustrie ist nicht nur über längere Phasen hinweg mit der Fortexistenz einer relativ breiten Schicht von mittleren und Kleinunternehmen verträglich, sondern schafft bisweilen sogar neue Grundlagen für das Aufkommen von Kleinbetrieben — so z. B., wenn Detailarbeiten, die keine größeren Kapitalanlagen voraussetzen, in zerplitterter Heimarbeit verrichtet werden können, der Kapitalist also auf diesem Wege fixes Kapital in Form von Gebäuden usw. geradezu einsparen kann. Das Fehlen von Kontinuität aber kennzeichnet mehr noch die *politische* Seite der Polarisierung. Ein Blick auf die Geschichte des Kapitalismus zeigt, daß die Polarisierung im ökonomischen Sinn über weite Strecken fortschreiten konnte, *ohne* daß sie in eindeutigen Klassenkampfsituationen kulminieren mußte, *ohne* daß also die politischen Konsequenzen aus dem ökonomischen Prozeß gezogen wurden. Das relative Verschwinden der selbständigen Mittelschichten aus der Sozialstruktur des Kapitalismus ist zwar — dies sollte im ersten Abschnitt gezeigt werden — *Voraussetzung* der politischen Zuspitzung der Gegensätze. Dennoch verläuft diese nichts synchron: Ökonomische und politische Prozesse können auseinanderfallen, und in derartigen Situationen ist »die wesentlichste Frage« nicht mehr die, »daß und wie Klassenbewußtsein beim Werktätigen vorhanden ist [...], sondern *was die Entwicklung des Klassenbewußtseins hemmt*«¹.

Daß das Bewußtsein — und auch das proletarische — hinter den objektiven Gegebenheiten zurückbleiben, daß es »hinken« kann, läßt sich aus den Axiomen der marxistischen Theorie unschwer ableiten. Doch ist damit, daß man die bloße Möglichkeit eines Auseinanderhakens von objektiven und subjektiven Prozessen konstatiert — worauf sich selbst noch der Vulgärmarxismus einläßt, wenn er sich vor allzu offensichtliche Widersprüche gestellt sieht —, die Frage nach den *Fakto-*

¹ Wilhelm Reich, Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1933, S. 35.

ren, die einen Aufschub der Polarisierung im politischen Sinn bedingen, noch keineswegs beantwortet. Eben diese Frage steht im Mittelpunkt des folgenden Abschnitts: Inwiefern erzeugt der Polarisierungsprozeß, obwohl objektive Voraussetzung einer Zuspitzung der kapitalistischen Klassengegensätze, zugleich Bedingungen, die den revolutionären Prozeß aufhalten? Inwiefern werden hier umgekehrt politische Dispositionen und Verhaltensweisen geschaffen, die den Weg zur *Konterrevolution* ebnen?

»Die *ökonomischen* Voraussetzungen der sozialen Revolution«, so schreibt Reich 1933, »trafen entsprechend der Theorie von Marx zu: Das Kapital ist in wenigen Händen konzentriert, die Entwicklung der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft steht in schärfstem Widerspruch zum Zollsystem der nationalen Staaten, die kapitalistische Wirtschaft erreicht die Produktionskapazität kaum zur Hälfte und hat ihre Anarchie restlos enthüllt, die Mehrheit der Bevölkerung der hochindustriellen Länder ist verelendet [. . .] Hunderte Millionen Schaffender fristen ein Hungerdasein. Aber die Expropriation der Expropriateure bleibt aus, und die Geschichte scheint, im Gegensatz zu den Erwartungen, sich am Scheidewege zwischen Sozialismus und Barbarei zunächst in der Richtung zur Barbarei hinzubewegen.«² Für dieses *Ausbleiben* der sozialen Revolution, die den Faschismus hätte verhindern können, sind, Reich zufolge, Faktoren verantwortlich, welche das proletarische Klassenbewußtsein in »kleinbürgerlichen« Bahnen festhielten. Die *Möglichkeit* des Faschismus jedoch gründete sich auf ein anderes Potential: auf breite Schichten deklassierter Kleinbürger selbst sowie auf Randexistenzen, die Theodor Geiger — im Anschluß an Sombart — als »proletaroid« bezeichnete. Auf dieses im Prozeß der Polarisierung erzeugte Potential richtet sich der folgende Abschnitt, der sich insbesondere auf zwei Fragen konzentriert:

(1) Welches sind die globalen *psychischen* Veränderungen und die hiervon wesentlich abhängigen *politischen* Umstrukturierungen, die sich aus dem Vorgang der sozialen Deklassierung ergeben? Hierbei richtet sich der Blick weniger auf das »Absinken« von Teilen des Mittelstands ins Proletariat als umgekehrt auf die *Reste* des alten Mittelstands, die, obwohl sie ihre formalrechtliche Selbständigkeit *noch nicht* aufgegeben haben, zu Opfern des Deklassierungsprozesses wurden. Zahlen über den Verlauf der Polarisierung in der kapitalistischen Entwicklung geben nur unvollständigen Aufschluß über das tatsächliche Ausmaß der sozialstrukturellen Umschichtungen, denn der Bedeutungsverlust des selbständigen Mittelstands im Gesamtgefüge der gesellschaftlichen Reproduktion resultiert

² Ebd., S. 21.

nicht nur aus dem (statistisch meßbaren) Ruin von Klein- und Mittelbetrieben. Es ist darüber hinaus nach dem ökonomischen Funktionswandel der *noch bestehenden* Kleinunternehmen zu fragen. Dabei liegt die Hypothese zugrunde, daß die Verschiebungen, die hier eingetreten sind, d. h. allgemein ausgedrückt, die zunehmende Verdrängung des Mittelstands aus dem unmittelbaren Produktionsprozeß, nicht ohne Bedeutung für die *politische* Haltung und Funktion dieser Gruppen geblieben sind.

(2) Bezieht sich die erste Frage auf die *allgemeinen* Folgen der Deklassierung und den aus der gewandelten ökonomischen Situation resultierenden sozialen und politischen Funktionswandel des Mittelstands, so ist schließlich — als einer gesonderten Problemstellung — den Phänomenen nachzugehen, die sich aus den ›Aufschüben‹ der Polarisierung, aus den *besonderen* Krisen-Phasen im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung ergeben. Die Verdrängung kleiner und mittlerer Betriebe wird durch die im Kapitalismus angelegten zyklischen Krisen jeweils außerordentlich beschleunigt. Die wesentlichen Ursachen hierfür sind (a) die Preisdeflation — die Preise decken vielfach nicht mehr die Kosten der Handwerker und Kleingewerbetreibenden; (b) die Abhängigkeit von der Massenkaufkraft, die in Krisenzeiten derart sinkt, daß die Aufträge für den Handwerker, die Verkaufsmöglichkeiten für den Kleinhändler unzureichend sind; (c) die Abhängigkeit der Kleinbetriebe vom Kredit, der kaum noch zu erhalten ist; (d) die lästige Konkurrenz durch eine von arbeitslos gewordenen Industriearbeitern aufgebaute ›fiktive‹ Selbständigkeit; (e) die Rationalisierungswelle im Gefolge der Krise. Wenn demnach die Krisen *langfristig* geradezu die Vollstrecker der Polarisierungstendenz sind, so halten sie sie *kurzfristig* gleichwohl auf: Sie *pauperisieren* das Kleinbürgertum, ohne es unmittelbar zu *proletarisieren*. Dazu wäre erfordert, daß die ruinierten Kleinproduzenten sofort zu Lohnarbeitern würden. Diese Möglichkeit besteht in der Krise aber gerade *nicht*, ist diese doch umgekehrt durch Massenentlassungen von Arbeitern gekennzeichnet. Diese Situation, der mit der Krise einhergehende Aufschub der Polarisierung, erzeugt daher in großem Umfang die ökonomische Existenzform des ›Proletaroiden‹. Die Relevanz, die Geiger dieser — zunächst sozialstatistisch erfaßten — Gruppe beimmaß, ergab sich aus ihrer *politischen* Funktion, ihrer Relevanz für die Entwicklung des Nationalsozialismus.

Die Bedeutung, die neben den *allgemeinen* Konsequenzen der Deklassierung der sozialen Situation des Kleinbürgertums in *Krisenzeiten* zukommt, kann erst im letzten Abschnitt dieser Arbeit durchsichtig werden, wenn das politische System des Faschismus unter klassentheoretischem Aspekt untersucht

wird.³ An dieser Stelle dagegen ist die Krise nur insofern entscheidend, als sie dem ›Material‹ der Konterrevolution, dem Kleinbürgertum, auf das der Faschismus zurückgriff, durch ökonomische und soziale Verelendung, durch intensivste Pauperisierung und Deklassierung historisch die adäquate Form verlieh. Erst die umfassendste ökonomische Krise, die bisher das kapitalistische System erschüttert hat, brachte die soziale Lage des Kleinbürgertums unter dem Kapitalismus auf einen klaren Nenner, während andererseits das Kleinbürgertum selbst sein politisches Gesicht hier erst radikal enthüllte. Nur diese aus seiner sozialen Situation resultierenden ›subjektiven‹ Bedingungen stehen in diesem Abschnitt zur Debatte, *nicht* dagegen geht es um eine Erklärung des Faschismus. Denn erstens *aktivierte und verstärkte* die Weltwirtschaftskrise nur ein politisches Potential, das lange vorher schon bereitlag. Zwar konnten die ökonomischen Effekte der Polarisierung durch den ›inneren Protektionismus‹ des Kaiserreichs politisch teilweise aufgehalten werden; jene Anfänge der Mittelstandspolitik widersprechen jedoch nicht der ökonomischen und sozialen Deklassierung des Kleinbürgertums, sondern haben diese — und zwar in dem entscheidenden Umfang, der sich aus der Geschwindigkeit der Industrialisierung in Deutschland ergab — umgekehrt zur Voraussetzung. Infolgedessen vollzog sich auch die Wendung des Kleinbürgertums zur Konterrevolution nicht erst mit dem Faschismus, sondern bahnte sich während des Übergangs zum monopolistisch strukturierten Kapitalismus an. Aus diesem Grunde ist hier von ›konterrevolutionären‹ — und nicht etwa von ›faschistischen‹ — Dispositionen die Rede; der sogenannte ›autoritäre Charakter‹, der im folgenden als psychische Grundlage politisch-konterrevolutionären Verhaltens dargestellt wird, ist ebenso keineswegs nur spezifisch faschistischen Bewegungen dienlich.⁴ Zweitens aber erklärt das Vorhandensein eines konterrevolutionären Potentials aus sich heraus noch nicht seine Benutzung. Nicht primär aus dem Verhalten des Kleinbürgertums, sondern aus den durch die ökonomische Gesamtlage induzierten Verschiebungen im Verhältnis der beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft ist der Faschismus abzuleiten. Wenn das politische Potential des Kleinbürgertums lange vor dessen Beginn bereitlag und hier erst in radikalster Form

³ Danach zählt, um dies vorwegzunehmen, eine umfassende ökonomische Krise des Kapitalismus insofern zu den Vorbedingungen des Faschismus, als sie die *soziale Gesamtsituation* — das Verhältnis der beiden ›Hauptklassen‹ zueinander — so verschärft, daß das ›normale‹ politische System (der Parlamentarismus) seine Regelungsfunktion verliert.

⁴ Nicht zufällig neigen daher mehrere Vertreter der Theorie des autoritären Charakters dazu, an die Stelle einer Faschismustheorie die Theorie vom ›autoritären Staat‹ zu setzen (vgl. hierzu den letzten Abschnitt, Fußn. 33).

aktualisiert und benutzt wurde, so zeigt sich nicht zuletzt hierin die Richtigkeit der Marxschen These, daß das Kleinbürgertum per se zu selbständiger Politik unfähig ist: Sein Handeln bleibt an die Bewegungen anderer Klassen, der Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, gebunden.

Doch gab erst die *Aktualisierung* dieses Potentials im Faschismus den Anlaß zu seiner empirischen Untersuchung. Insofern muß sich der folgende Abschnitt zwangsläufig in erster Linie auf ein Material stützen, das während dieser Zeit (und später noch) vom Institut für Sozialforschung erarbeitet wurde. Denn »die Untersuchungen des Instituts gehören zu den wenigen, die explizit auf die historische Erfahrung des Faschismus als einer Massenbewegung sich bezogen und deren Bedingungen im subjektiven Bereich nachzuzeichnen versuchten. Ihnen liegt eine Theorie zugrunde, die den westeuropäischen und insbesondere den deutschen Faschismus — sein politisches Herrschaftssystem — als Folge des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie begreift.«⁵

Es handelt sich im folgenden darum, einige der Ursachen dafür ausfindig zu machen, daß im Kleinbürgertum in besonderem Maße ein konterrevolutionäres Potential erzeugt wird, oder umgekehrt: daß konterrevolutionäre Bewegungen, ab einer bestimmten Phase der kapitalistischen Entwicklung, ihr ›Reservoir‹ vor allem im Kleinbürgertum finden. Wenn daher die Effekte der Deklassierung auf die *Sozialpsychologie* des Kleinbürgertums im Zentrum dieses Abschnitts stehen, so wird damit der klassentheoretische Ansatz, wie er aus der politischen Ökonomie hervorgeht, unterbrochen. Die Behauptung allerdings, daß Psychoanalyse als Wissenschaft eo ipso ›reaktionär‹ sei — eine Behauptung, die in den zwanziger und dreißiger Jahren vor allem von Anhängern der Komintern ausging, aber auch heute wiederum im ›Antipsychologismus‹ einzelner linker Gruppierungen auftaucht⁶ —, ist m. E. ebenso unsinnig wie die umgekehrte: daß sie per se ›revolutionäre‹ Elemente enthalte. Zwar können die von Reich u. a. unter-

⁵ Ursula Jaerisch, Zur Rezeption rechtsextremer Propaganda. Probleme der ›Autoritarismus‹-Forschung, dargestellt am Beispiel einer zur Messung politisch regressiver Einstellungen konzipierten Skala, bisher unveröffentlichte Dissertation, Frankfurt 1973, S. 173.

⁶ Den Vorbehalt der heutigen intellektuellen Linken gegenüber der Psychoanalyse charakterisiert Moser folgendermaßen: »Eine Grundangst, die zum Normalbündel von Befürchtungen hinzugekommen ist, ist die Angst vor politischer Kastration auf der Couch: da die Psychoanalyse eine bürgerliche Wissenschaft ist und manche ihrer Handwerksmeister linken Studenten eher noch als Bourgeois denn als Bürger vorkommen, liegt der Verdacht nahe, die Psychoanalyse sei so recht ein Instrument, revolutionäres Aufbegehren bei Menschen, die trotzdem therapeutische Hilfe brauchen, wieder in Bahnen serviler Anpassung zu lenken« (Tilmann Moser, ›Psychoanalyse als Horrortrip‹, im Feuilleton der *Frankfurter Rundschau*, Weihnachten 1972).

nommenen Versuche der Zwischenkriegszeit, die in Reaktion auf derartige Diffamierungen der Psychoanalyse als ›bürgerliche Verfallswissenschaft‹ etc. auf eine Integration von historischem Materialismus und Psychoanalyse zielten, in ihrer wesentlichen Intention, beide Wissenschaften methodologisch gleichzusetzen, als gescheitert angesehen werden.⁷ Doch bleiben die Fragestellungen, die über die bloße Defensivargumentation hinausgingen und eine soziologische Orientierung der Psychoanalyse herbeiführten, weiterhin relevant: Zum einen, indem sie eine Konzentration der psychologischen Forschung auf klassenspezifische Sozialisationsprozesse einleiteten, zum anderen in den Versuchen, die Fundierung ›falschen Bewußtseins‹ in der gesellschaftlich deformierten und petrifizierten Charakterstruktur aufzuweisen.

»Psychoanalyse und historischer Materialismus sind Kritik von Pseudonatur (*in* und *über* den Individuen) und Anweisung auf verändernde Praxis. Beide wollen die Opfer gesellschaftlicher und psychologischer ›Naturgesetze‹ dem Zwang dieser Gesetze entziehen, indem sie deren Randbedingung, die ›Bewußtlosigkeit der Beteiligten‹, aufheben.«⁸ ›Entfremdung‹ ist nicht nur das Thema der marxistischen Gesellschaftstheorie, sondern zugleich das der Psychoanalyse: Der ›Verselbständigung‹ gesellschaftlicher Institutionen wie des gesamtgesellschaftlichen Prozesses selbst gegenüber den handelnden Individuen entsprechen zementierte Persönlichkeitsstrukturen, die die ›Irrationalität‹ des Handelns nicht so sehr als ›Abweichung‹ von intellektueller Einsicht, sondern bereits in der *Vêrhinderung* der Einsicht in die eigenen Interessen provozieren. Anlaß jener ›Soziologisierung‹ der Psychoanalyse war für Reich und andere das Auftreten konterrevolutionärer Bewegungen als *Massenbewegungen* — ein Phänomen, das eine ›Lücke‹ in der marxistischen Theorie zu indizieren schien: Zwar hatte diese an den politischen Tendenzen derer, die sich zu jenen Massen zusammenrotteten, am prinzipiell ›reaktionären‹ Charakter des Lumpenproletariats und der dem ökonomischen Untergang zutreibenden Zwischenschichten keinen Zweifel gelassen; doch blieb die Frage nach dem *Weg*, auf dem Ideologien Macht über das Ich der Individuen erlangen und deren Handeln in die Irrationalität zerren, ungelöst.

⁷ Vor allem in der Abwehr des ›Idealismus‹-Vorwurfs konzentrierten sich Reich, Fenichel, Bernfeld und Fromm darauf, den ›materialistischen‹ (wie schließlich auch den ›historischen‹ und gar den ›dialektischen‹) Charakter der Psychoanalyse nachzuweisen. Der Versuch schlug nicht nur deshalb fehl, weil er allenfalls in formalen Analogien resultierte, sondern weil er von einem Mißverständnis des historischen Materialismus als naturalistischer Geschichtstheorie, der Psychoanalyse als Naturwissenschaft im Sinne der Bio-Chemie getragen war.

⁸ Helmut Dahmer, ›Psychoanalyse und historischer Materialismus‹, in: Psychoanalyse als Sozialwissenschaft, Frankfurt ²1971, S. 91.

Eine Antwort sollte über das psychoanalytische Instrumentarium gefunden werden. Ideologien, so vermutete man, müssen gleichsam doppelt befestigt sein, um zur ›materiellen Gewalt‹ zu werden: einmal in der Klassenlage der ihnen Unterworfenen, sodann in deren gesellschaftlich erzeugten, d. h. über den Sozialisationsprozeß vermittelten Charakterstrukturen. Um die Beschreibung und genetische Erklärung dieses in der individuellen Psyche gelegenen ›harten Kerns‹, in dem Ideologien sich verankern, ging es auch den späteren Untersuchungen zum autoritären Charakter. Damit aber sind zugleich die Grenzen all dieser Ansätze bezeichnet: Sie richten sich auf ein *Potential*, eine subjektive Bereitschaft, auf die konterrevolutionäre Bewegungen zurückgreifen; *nicht* jedoch münden sie in eine eigentliche ›Theorie des Faschismus‹, denn die objektive Funktion politischer Systeme vermögen sie von sich aus nicht zu klären. »Es ist nicht so, daß psychologische Dispositionen wirklich Faschismus verursachen, sondern ›Faschismus‹ bezeichnet eigentlich ein psychologisches Gebiet, das von Kräften, die ihn aus ganz unpsychologischen Interessengründen fördern, erfolgreich ausgenutzt werden kann.«⁹

Doch ist dieser Ansatz trotz seiner beschränkten Reichweite für die Thematik dieser Arbeit von besonderer Bedeutung. Denn *erstens* geht sie davon aus, daß die Kluft zwischen gesellschaftlichem Sein und ideologischem Überbau in keiner Klasse der kapitalistischen Gesellschaft so erheblich ist wie im Kleinbürgertum. Eine *unmittelbare* Entsprechung besteht hier gewissermaßen nur zwischen diesem Überbau und einem verfestigten ›Sozialcharakter‹, der allerdings nicht nur, wie es in den Studien zur ›Authoritarian Personality‹ erscheint, einseitig als Dispositionsbasis für die Wirksamkeit bestimmter Ideologien, sondern umgekehrt auch als *Wirkung* solcher Ideologien zu begreifen ist, insofern nämlich, als diese — in Form *bestimmter*, an der sozialen Situation des Kleinbürgertums haftender und diese Situation überhöhender Normen — im Sozialisationsprozeß Eingang ins Über-Ich finden.¹⁰

⁹ Theodor W. Adorno, ›Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda‹, in: ders., Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt 1971, S. 62.

¹⁰ Dieser Hinweis scheint mir bereits deshalb nötig, weil andernfalls der Vorwurf des ›Psychologismus‹, d. h. der Ableitung sozialen Geschehens aus psychischen Prozessen, gerechtfertigt wäre. Tatsächlich fand etwa bei Erich Fromm eine Verwechslung des gesellschaftlichen Phänomens der ›Ideologie‹ mit dem persönlichkeitsinternen Mechanismus der ›Rationalisierung‹ statt: »Die Psychoanalyse kann zeigen, daß die Ideologien die Produkte von bestimmten Wünschen, Triebregungen, Interessen, Bedürfnissen sind, die, selber zum großen Teil nicht bewußt, als ›Rationalisierung‹ in Form der Ideologie auftreten« (›Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie‹, in: H.-P. Gente [Hg.], Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol, Bd. 1, Frankfurt 1972, S. 143).

Zweitens richtet sich dieser Abschnitt auf das Potential, das dem Faschismus erst den Charakter einer *Massenbewegung* verlieh, denn »die Abschaffung der Demokratie« vollzog sich nur »durch Massenunterstützung gegen das demokratische Prinzip«¹¹. Obwohl die psychoanalytische Theorie, auf gesellschaftliche Phänomene angewandt, stets die Gefahr beinhaltet, diese zu »psychologisieren«, ist sie unentbehrlich, »so vor allem deshalb, weil sie es verbietet, Abnormes und Normalität, das heißt hier: Faschismus und bürgerliche Gesellschaft fundamental voneinander zu trennen (z. B. als »Demokratie« und »Totalitarismus«). Thema der Psychologie ist gerade die Hervorbringung des Krankhaften durch das für normal Gehaltene.«¹² Dem psychoanalytischen Ansatz kommt demnach Relevanz insbesondere deshalb zu, weil er den Schein des böartigen Zufalls, der den Faschismus umgibt, durchbricht: Die Konterrevolution ist ebenso in den Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft angelegt wie die Genese konterrevolutionärer Dispositionen im »bürgerlichen« Sozialisationsprozeß. Die Abkehr von Begriffen wie »Totalitarismus« und »Diktatur«, die Abkehr von der Interpretation des Faschismus als eines einseitig auferlegten Herrschaftssystems impliziert, *drittens* die Anerkennung der grundsätzlichen *Ambivalenz*, die dem Faschismus so lange anhaftete, wie er als Massenbewegung auftrat. Der Faschismus stützte sich in seiner Frühphase nicht auf ein unmittelbar kapitalhöriges, sondern auf ein revoltierendes Kleinbürgertum. Doch hatte diese Revolte ihre Grenzen: Sie konnte sich von vornherein nur gegen *Symptome*, gegen einzelne als »Auswucherungen« oder »Hypertrophien« begriffenen Manifestationen der kapitalistischen Ökonomie richten, nicht jedoch gegen deren *Voraussetzungen*. Sind diese Grenzen in der Klassenlage des Kleinbürgertums selbst begründet, so findet andererseits das Schema jener systematisch eingegengten Rebellion in der Auflehnung des Autoritätsgebundenen gegen die ihn unterdrückenden Instanzen seine Entsprechung. Stets mündet sie letztendlich in Unterwerfung, weil »dem Gestus der Rebellion die Bereitschaft zu blindem Parieren derart sich gesellte und immer noch gesellt, wie es die analytische Psychologie vom sado-masochistischen Typus lehrt, der gegen die Vaterfigur aufmuckt und dennoch insgeheim sie bewundert, ihr es gleichtun möchte und die verhaßte Unterordnung wiederum genießt«¹³. Ohne dieses »subjektive« Potential, in dem äußerlicher Radika-

¹¹ Adorno, Die Freudsche Theorie, a.a.O., S. 35.

¹² Wolfgang F. Haug, Vorbemerkung zu: Reinhart Westphal, »Psychologische Theorien über den Faschismus«, in: *Das Argument* 32/1965, S. 31.

¹³ Theodor W. Adorno, Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft, Frankfurt ²1969, S. 145.

lismus und zwanghafte Unterwerfung unter die gewaltsame Gleichheit des Kollektivs ineinandergreifen, bleibt der Charakter des Faschismus als Massenbewegung und damit seine Durchsetzung selbst unverständlich.

Thema des *ersten Kapitels* dieses Abschnitts ist die Erzeugung konterrevolutionärer Dispositionen an den deklassierten ›Rändern‹ der kapitalistischen Gesellschaft. Es setzt beim sogenannten Lumpenproletariat an und geht — in der Annahme eines ›Kontinuums der Deklassierung‹ — zum Kleinbürgertum über, das sich im Hinblick auf den Prozeß der materiellen Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft tendenziell ebenso am ›Rande‹ befindet. Das *zweite Kapitel* soll lediglich die allgemeinen Entstehungsbedingungen konterrevolutionärer Dispositionen beleuchten, wie sie sich nach der Freudschen Theorie sowie den darauf aufbauenden Studien zur ›Authoritarian Personality‹ darstellen, um dann die sozial spezifizierte Interpretation dieser Bedingungen und ihrer Resultate einzuleiten, die im *dritten Kapitel* vollzogen wird. Demgegenüber baut das *vierte Kapitel* auf diesen Resultaten bereits auf, um die allgemeine Situation des Kleinbürgertums im fortgeschrittenen Kapitalismus sowie die Formen seiner sozialen Wahrnehmung zu charakterisieren.

1. Deklassierung und Konterrevolution

Der Zusammenhang zwischen dem Phänomen des Faschismus und dem der Deklassierung wird beinahe in der gesamten Faschismus-Literatur aufgewiesen. Der Faschismus, die konterrevolutionäre Lösung einer sozialen Krise, läßt sich global als reaktionärer Widerpart der sozialen Revolution verstehen: Er bedient sich nicht nur, im ›braunen Diebstahl‹ (Bloch), der Symbole der Arbeiterbewegung, sondern ersetzt, indem er deren Internationalismus durch den ›nationalen Sozialismus‹ zu überwinden vorgibt, den expliziten Aufruf an die ›Proletarier aller Länder‹ durch den impliziten Appell an die ›Deklassierten aller Klassen‹.

Daß der Faschismus seine Massenbasis in den deklassierten Elementen findet, hat vor allem Thalheimer gezeigt. Ein wesentliches Kennzeichen, das den Faschismus, den italienischen wie den deutschen, mit dem Bonapartismus verbinde, sei die Aktivität paramilitärischer Stoßtrupps.¹⁴ Diese rekrutieren

¹⁴ »Paramilitärisch« sind diese Stoßtrupps nicht nur infolge der ihnen eigenen Organisationsprinzipien: im Hinblick auf die in ihnen herrschende strenge Hierarchie, den Befehlston, den autoritären Geist schlechthin, sondern vor allem in bezug auf ihre Funktion: die Zerschlagung der demokra-

sich, wie die soziale Struktur der SA bereits vor Beginn des Faschismus in Deutschland exemplarisch zeigt, aus den deklasierten Elementen der verschiedensten Klassen. »Es waren vor allem Arbeitslose aller Kategorien, die in die SA eintraten.«¹⁵ In diesen Stoßtrupps also trafen sich aus dem Produktionsprozeß herausgeschleuderte, »demoralisierte, am Marxismus irre gewordene« Arbeiter, stellunglos gewordene Offiziere des Ersten Weltkriegs, »alte Berufsrevolutionäre aus den Freikorps« wie schließlich abgesunkene und verbitterte Kleinbürger.

Zentral für den Faschismus ist weiterhin die Bedeutung der Führerrolle. Die Ironie, welche die Marxsche Analyse des bonapartistischen Regimes durchzieht, speist sich im wesentlichen aus den lächerlichen Aspekten der Figur des dritten Napoleon. Die Tatsache selbst aber, daß Personen, auf die die bürgerlichen Kategorien von Bildung und sozialer Herkunft einzig im negativen Sinne anwendbar sind¹⁶, zu einem gegebenen Zeitpunkt zu Rettern der bürgerlichen Gesellschaft emporsteigen, erklärt sich wiederum nur aus dem inneren Zusammenhang von Konterrevolution und Deklassierung: Die charismatischen Qualitäten, die ihm, als einem der »Masse« enthobenen Individuum, zuwachsen, haben seine Verbundenheit mit eben dieser Masse zur Voraussetzung.

Die Wahl des Führers ist demnach keine zufällige; zu etwas »Besonderem«, »Einzigartigem« kann er nur werden, sofern er die »Allgemeinheit« nicht nur zu vertreten vorgibt, sondern tatsächlich, und zwar in überspitzter Ausformung, qua Person vertritt. Die »Wahl« des Führers beruht daher auf einem Identifikationsmechanismus, der die Gemeinsamkeit des Sozialcharakters bereits voraussetzt.¹⁷ Hitler ist es gelungen,

tischen Institutionen, insbesondere der Arbeiterbewegung, die von der »legalen« Polizei, vom »legalen« Militär nicht unmittelbar vollzogen werden kann.

¹⁵ August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Abendroth (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, a.a.O., S. 138.

¹⁶ Dies gilt selbstverständlich für Mussolini und Hitler mehr noch als für Napoleon III. Auch wenn dieser, wie Trotzki ironisch bemerkt, »seinem Blute nach ein zweifelhafter Bonaparte war«, gründeten sich die ihm zugeschriebenen Führerqualitäten doch auf eben diese vorgebliche Abstammung.

¹⁷ Freud hat im Identifikationsmechanismus nicht nur die Grundlage erkannt, auf der es zur Wahl der Führerpersönlichkeit kommt, sondern diesen Mechanismus selbst noch erklärt: Die mangelhafte Sonderung von Ich und Ich-Ideal bei den Massenindividuen erleichtere den Rückfall in die »frühere narzißtische Selbstgefälligkeit«. Indem die Massenindividuen zum »Führer« aufblicken, schauen sie sich in Wirklichkeit nur selbst an — und zwar in der vom Ich-Ideal erheischten vergrößerten, monströsen Form. Daher die Identität des Sozialcharakters: Der Führer braucht »oft nur die typischen Eigenschaften dieser Individuen in besonders scharfer und reiner Ausprägung zu besitzen und den Eindruck größerer Kraft und reiner Freiheit zu machen, so kommt ihm das Bedürfnis nach einem starken Oberhaupt entgegen und bekleidet ihn mit der Übermacht, auf die er sonst

die Eigenschaften der ihm anhängenden ›Massenindividuen‹ in idealtypischer Form zu repräsentieren: Er war der Prototyp des deklassierten Kleinbürgers wie umgekehrt (eine Umkehrung, die in der sozio-ökonomischen Situation des Kleinbürgertums selbst begründet ist) des kleinbürgerlichen Parvenüs, dessen Hang zum ›Höheren‹ sich in Halbbildung und Phrasendrescherei manifestiert. Auf *dieser* Basis wuchs ihm sein ›Charisma‹ zu. »Während nämlich einerseits der Führer als Übermensch erscheinen muß, muß er andererseits gleichzeitig das Wunder vollbringen, auch als Durchschnittsmensch zu erscheinen, so wie Hitler als eine Verbindung von King-Kong und Vorstadtfriseur posierte.«¹⁸ Der Führer karikiert also nicht nur, der Freudschen Analyse zufolge, die typischen Eigenschaften der Geführten — er *ist* der zum Monstrum aufgeblähte ›kleine Mann‹.

Der Faschismus kam als plebejische Bewegung von Deklassierten an die Macht, und das Band zwischen Führer und Gefolgschaft¹⁹ besteht in der Deklassierung, in einem Zusammenhang, den Marx bereits am Verhältnis Louis Bonapartes zu der von ihm unter dem Titel einer ›Wohltätigkeitsgesellschaft‹ gegründeten Dezemberbande aufweisen konnte: »Neben zerütteten Roués mit zweideutigen Subsistenzmitteln und von zweideutiger Herkunft, neben verkommenen und abenteuernden Ablegern der Bourgeoisie Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse, die die Franzosen la bohème nennen; mit diesem ihm verwandten Elemente bildete Bonaparte den Stock der Gesellschaft vom 10. Dezember. ›Wohltätigkeitsgesellschaft‹ — insofern alle Mitglieder gleich Bonaparte das Bedürfnis fühlten, sich auf Kosten der arbeitenden Nation

vielleicht keinen Anspruch hätte« (Sigmund Freud, ›Massenpsychologie und Ich-Analyse‹, in: ders., Das Unbewußte. Schriften zur Psychoanalyse, Frankfurt 1960, S. 271).

¹⁸ Adorno, Die Freudsche Theorie, a.a.O., S. 49.

¹⁹ Wenn hier für den ursprünglichen Massenanhang des faschistischen Führers der Begriff ›Gefolgschaft‹ gebraucht wird, so lehnt sich diese Wortwahl an den von Max Weber konstruierten ›Idealtypus‹ der ›charismatischen Herrschaft‹ an. Diese ist, in der Art eines säkularisierten Gottesgnadentums, eine prinzipiell »irrational« Form der Herrschaft, die sich aus der »aus dem Außerordentlichen geborenen Erregung und aus der Hingabe an das Heroentum gleichviel welchen Inhalts« speist (Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß einer verstehenden Soziologie, Tübingen 1956, 2. Halbbd., S. 669). Demgemäß trägt auch das Verhältnis des ›Anhangs‹ zum ›Führer‹ einen durch und durch irrationalen Charakter: den der ›Hingabe‹.

wohlzutun. Dieser Bonaparte, der sich als *Chef des Lumpenproletariats* konstituiert, der hier allein in massenhafter Form die Interessen wiederfindet, die er persönlich verfolgt, der in diesem Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen die einzige Klasse erkennt, auf die er sich unbedingt stützen kann, er ist der wirkliche Bonaparte, der Bonaparte sans phrase.«²⁰

›Deklassierte‹ sind das stets reproduzierte Produkt einer Gesellschaft, die auf sozialer Mobilität beruht. Im Vergleich zu vorkapitalistischen Gesellschaftsformen, in denen die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Stratum mit der Geburt im wesentlichen festgelegt und ein ›Herausfallen‹ aus dieser Schicht zwar möglich war, doch mehr oder minder an Persönlichkeitsstrukturen wie mangelnde Adaptationsfähigkeit usw. gebunden und von daher ›zufällig‹ blieb, ruft die kapitalistische Gesellschaft dieses Herausfallen *systematisch* hervor. Ihr Prozeß ist der einer fortschreitenden Expropriation – die ›Deklassierung‹ ist daher ein dem Kapitalismus *immanentes* Phänomen. Wenn er ›die Masse der Menschheit als durchaus Eigentumslos erzeugt‹, so treibt er, der Marxschen Theorie zufolge, dem eigenen Untergang zu – und dennoch muß gerade in diesem Prozeß fortschreitender Expropriation und Deklassierung zugleich die Vorbedingung dafür gesucht werden, daß er sich zumal in Zeiten ökonomischer Agonie, der gesamtwirtschaftlichen Krise, zu verteidigen weiß.

Der Zusammenhang von Deklassierung und Konterrevolution, der sich in der Sozialstruktur reaktionärer Massenbewegungen und im Sozialcharakter der Führerpersönlichkeit andeutet, scheint den Schlüssel zu der dem Faschismus innewohnenden Paradoxie zu liefern: Diejenigen, die durch das herrschende kapitalistische System am empfindlichsten, mitunter gar bis zur Vernichtung ihrer ökonomischen Existenz, getroffen werden, zeigen sich bereit, dieses System fanatisch zu verteidigen; die Opfer der kapitalistischen Entwicklung werfen sich zu Hütern einer Ordnung auf, die sie niederdrückte. Die Gewaltakte der faschistischen Stoßtrupps richten sich in erster Linie gegen alles, worin entfernt auch nur ein Potential aufgespürt wird, das zur Aufhebung des Bestehenden treibt, was in irgendeinem Bereich als ›anders‹ erscheint. Die eigene ›Andersartigkeit‹, d. h. die Situation des aus der bürgerlichen Gesellschaft Hinausgeworfenen, bietet hier offenbar die Basis für die Wut, mit der alles, was dem Bestehenden politisch, intellektuell oder sexuell zuwiderläuft, verfolgt wird.²¹ Die

²⁰ Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 270.

²¹ Dies gilt natürlich vor allem für die Diskriminierung der Homosexualität als einer der vom Faschismus bekämpften ›Abartigkeiten‹. Der Mechanismus der Abwehr wird hier evident: Nicht nur kann man, Freud zufolge, allgemein davon ausgehen, »daß sich die homosexuelle Liebe mit den Mas-

geringfügigste Abweichung wird von denen als eine quasi kriminelle Abnormität deklariert, die von diesen ›Abnormitäten‹ gegebenenfalls nicht nur — und sei es als ›maquereau‹ oder ›Bordellhalter‹ — leben, sondern deren Stellung zur Gesellschaft in der Tat eine abnorme ist und deren Handeln der Kriminalität durchaus nicht immer fernsteht. Der Satz Proudhons: »La propriété, c'est le vol«, läßt sich, Marx zufolge, umkehren, »da der ›Diebstahl‹ als gewaltsame Verletzung des Eigentums *das Eigentum voraussetzt*«²². Der Dieb transzendiert nicht etwa die Institution des Eigentums (und damit die bürgerliche Gesellschaft, die auf ihr aufbaut), sondern ratifiziert durch sein Handeln diese Ordnung. Sein Ziel ist nicht die Aufhebung des Privateigentums als gesellschaftlicher Institution, sondern umgekehrt: die individuelle Teilhabe an dieser Institution, die Realisierung des Privateigentums für ihn selbst. Individuell abweichendes, kriminelles Verhalten schließt die Akteure — und sei es in der Strafanstalt — zu einer Subkultur zusammen, deren »Zugehörigkeit zum *Lumpenproletariat*«, wie Untersuchungen an Zuchthausinsassen ergaben, sich in der »ihr eigenen Betonung des ›offiziellen‹ Moralkodex« niederschlägt.²³

Bonapartismus und Faschismus stellen Herrschaftssysteme dar, in denen die bestehende kapitalistische Ordnung von ihren Rändern her verteidigt wird, wie überhaupt der Ruf nach ›Ordnung‹ nie lauter ertönt als in einem sozialen Bereich, der seiner eigenen Unordnung nur durch die eiserne Disziplin der Bande Herr wird. Am reaktionären Charakter des Lumpenproletariats, des Sammelbeckens der Deklassierten, läßt die marxistische Theorie keinen Zweifel: »Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen

senbindungen weit besser verträgt« als die heterosexuelle (Freud, *Massenpsychologie*, a.a.O., S. 283), sondern insbesondere die faschistische ›Volksgemeinschaft‹ folgt — unter psychoanalytischem Gesichtspunkt — eindeutig dem Modell der ›Urhorde‹. Die heterosexuelle Konkurrenz ist in der ›Bruderhorde‹ zugunsten einer gleichmäßigen Identifizierung mit dem Führer (Urvater) stillgelegt; damit ist zugleich die Grundlage dafür geschaffen, daß die ›Brüder‹ sich auch *untereinander* identifizieren. (Zielgehemmte) Homosexualität ist ein wesentlicher Bestandteil der Massenpsychologie des Faschismus; gleichzeitig ist sie eine verbotene Triebregung, und die Bedrohung, die sie daher für das Ich darstellt, wird infolgedessen auf andere projiziert und *dort* bekämpft. (Von diesem Mechanismus der ›Veräußerlichung‹, der den ›autoritären Charakter‹ kennzeichnet, wird später noch zu sprechen sein.)

²² Marx, Brief an Schweitzer, a.a.O., S. 364.

²³ Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik u. a., *The Authoritarian Personality* (im folgenden zitiert als ›A. P.‹), New York 1950, S. 638; hier zitiert nach: Adorno, *Studien zum autoritären Charakter* (im folgenden zitiert als ›Studien‹), Frankfurt 1973, S. 150.

Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.«²⁴ Fragt man nach den Ursachen dieser Bereitwilligkeit, so wird man sich auf die Stellung dieser ›Deklassierten‹ zum kapitalistischen Gesamtsystem beziehen müssen. Ihre Einsatzbereitschaft für jeweilige konterrevolutionären Ziele, ihr Hang zu physischer Gewaltanwendung wie vor allem ihre generelle ›Käuflichkeit‹ erklären sich auf dem Hintergrund des *besonderen Charakters ihrer ›Verelendung‹*. Die ökonomische reicht zu dieser Erklärung nicht aus, obwohl auch sie — denn ein Mindestmaß an ›Bezahlung‹, und bestehe sie nur in Kleidung (Uniform) und Essen, stellen auch die faschistischen Stoßtrupps in Aussicht — als Motiv nicht unterschätzt werden sollte. Wesentlicher aber ist die psychisch-moralische Seite dieser Verelendung, die, als ›passive Verfaulung‹, die Differenz zur Verelendung des Proletariats bezeichnet: Ergibt sie sich hier aus dem Verhältnis, in dem sich das Proletariat im Produktionsprozeß befindet, so ist das Lumpenproletariat aus diesem Produktionsprozeß umgekehrt herausgeschleudert. Dies ist die Wurzel seiner ›Passivität‹. Sofern sich bei den Mitgliedern dieser Gruppe überhaupt noch von einer ›Stellung im Produktionsprozeß‹ sprechen läßt, wird man diese dahingehend charakterisieren müssen, daß sie — zumindest im strikt ökonomischen Sinn — weder zu den Ausbeutern noch zu den Ausgebeuteten gehören. Sie stehen daher gegen beide, auch wenn sie letztendlich ›bereitwilliger‹ sind, sich gegen die Ausgebeuteten zu wenden.

Das Lumpenproletariat kennt weder eine eindeutig positive Integration in die bürgerliche Gesellschaft noch andererseits eine zielgerichtete Opposition gegen sie. Seine Mitglieder können sich die Vorteile des Systems jedenfalls nicht nach den Spielregeln des Systems verschaffen, sind dazu allemal auf ›krumme‹ Wege verwiesen, während sie umgekehrt auch nicht durch die systemimmanenten ›Nachteile‹ unmittelbar betroffen werden: Welche Tätigkeit auch immer sie ausüben mögen, es ist nur im Ausnahmefall eine ›produktive‹, mehrwerterzeugende; ihre Entfernung zum Produktionsprozeß ist so groß, daß sie ›nicht einmal‹ ausgebeutet werden. Ihrer grundsätzlichen Passivität gegenüber dem gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß entspricht ihre politische Apathie: während sie sich in Prosperitätsphasen darauf beschränken, aus den Launen der Reichen — häufig durch allerlei ›Vermittlertätigkeiten‹ — materiellen Nutzen zu ziehen, werden sie in Krisenzeiten zum einsatzbereiten Material — und nicht etwa zum klassenbewußten ›Subjekt‹ — der Konterrevolution. Ihre Iden-

²⁴ Kommunistisches Manifest, a.a.O., S. 20.

tität und Konstante ist die Käuflichkeit. Diese ist die Basis ihrer positiven Verschwisterung mit dem kapitalistischen System: Sie leben grundsätzlich, und darin besteht ihr ironischer Zusammenhang mit diesem System, vom »abgezweigten Mehrwert«, wenn sich diese »Abzweigung« auch nur selten durch Steuererklärungen verifizieren läßt.

Deklasierte sind »Leute, die als Angehörige irgendeiner bestimmten Klasse aus dem Geleise geschleudert worden sind«²⁵. Sofern sie, in Gestalt des Lumpenproletariats, eine besondere Subkultur bilden, rekrutiert diese sich im Prinzip aus *allen* Klassen der Gesellschaft, vom Adel bis zum Proletariat; sie ist der »Auswurf, Abfall, Abhub *aller* Klassen«. Zum Verständnis der Funktion dieser Deklassierten in Zeiten sozialer und politischer Krisen ist nun zweierlei wichtig: Zum einen scheint der Deklassierungsprozeß, der Verlust der Identifikation mit einer (ökonomisch) bestimmten Klasse als solcher die oben beschriebenen Eigenschaften zu erzeugen, welche die aus der Herkunftsklasse »mitgenommenen« zumindest teilweise überlagern. Deklassierte Bourgeois und deklassierte, aus dem Produktionsprozeß herausgeschleuderte Proletarier werden sich, auf der gemeinsamen Basis der Deklassierung, gewissermaßen »ähnlich«. Es entsteht ein *besonderes* Milieu, eine Quasi-Klasse; aber gerade weil ihre spezifische Mentalität auf die ökonomischen Interessen irgendeiner *bestimmten* Klasse nicht mehr reduzierbar ist, weil sie sich nicht durch eine eigentliche »Ideologie«, sondern umgekehrt durch »Gesinnungslosigkeit« auszeichnet, kann sie zum politisch verwertbaren *Material* der Konterrevolution werden.

Diese ist hingegen stets die Bewegung einer *bestimmten* Klasse, die ihre Ansprüche in einzelnen historischen Situationen nur im Rückgriff auf illegale Methoden zu verteidigen imstande ist. Da die »legalen« Institutionen — wie vor allem die staatliche Polizei — zu diesem Zwecke untauglich oder zumindest unzureichend sind, bleibt sie dabei stets auf irgendeine »Massenbasis« angewiesen. In der bonapartistischen und faschistischen Konterrevolution stellen sich die Deklassierten jedoch nicht nur als das zur Durchsetzung der Gewaltakte »technisch« erforderte »Material« dar. Sie haben darüber hinaus eine zweite Funktion zu erfüllen, die an die Struktur der Herrschaft in der kapitalistischen Gesellschaft geknüpft ist: Zumindest seit der Verfestigung der auf dem Allgemeinheitsanspruch basierenden bürgerlichen Gesellschaft kann sich eine konterrevolutionäre Bewegung kaum je *allein* mittels einseitiger Gewaltakte durchsetzen; das Werk, das zur »Rettung« der bürgerlichen Gesellschaft, der einmal etablierten und nun-

²⁵ W. I. Lenin, »Auf den Weg«, Ausgew. Werke, Bd. II, a.a.O., S. 292.

mehr anfällig gewordenen ›Ordnung‹ in Gang gesetzt wird, bleibt in irgendeiner Form an die Respektierung des Allgemeinheitsanspruchs gebunden. Die Funktion des Lumpenproletariats in Bonapartismus und Faschismus nimmt sich hier wie eine Parodie auf den Allgemeinheitsanspruch des Liberalismus aus: Hatte dieser postuliert, durch seine Institutionen Volk und Nation über alle sozio-ökonomischen Gruppen und Parteiungen hinweg zu vertreten, so können die den Liberalismus ablösenden präfaschistischen und faschistischen Bewegungen angesichts der tatsächlichen Zersplitterung der Nation in eben diese Parteiungen und angesichts des Zusammenbruchs ihrer liberalen Institutionen den Kern jenes ›Volkes‹ zunächst einmal im Lumpenproletariat aufsuchen. Gerade die Heterogenität der sozialen Herkunft seiner Elemente macht es zu dieser Parodie geeignet: Weil sie nicht als Vertreter einer besonderen Klasse auftreten, können sie als ›klassenjenseitig‹ erscheinen und damit den Anspruch reaktionärer Bewegungen auf ›Volkstümlichkeit‹, der den ›Egoismus‹ der Klassen brandmarkt, untermalen. Die »10 000 Lumpenkerls«, die Louis Bonaparte um sich versammelte, haben sich der Konterrevolution nicht nur als physische Gewalt zur Verfügung gestellt; sie haben darüber hinaus eine *ideologische* Funktion versehen, »das Volk vorstellen müssen wie Klaus Zettel den Löwen«²⁶. Die bisherigen Ausführungen bezogen sich auf den Zusammenhang von Deklassierung und Konterrevolution, und zwar im wesentlichen auf Aktivität und Funktion jener als ›lumpenproletarisch‹ zu bezeichnenden Deklassierten, die sich in den faschistischen Stoßtrupps versammelten. Bevor der Faschismus zum gesamtgesellschaftlich herrschenden politischen System werden kann, muß seine soziale Basis sich allerdings erweitert haben. Die Parzellenbauern, die den Bonapartismus mehr oder minder passiv unterstützten, sind mit der gewalttätigen, aktivistischen ›Dezemberbande‹ ebensowenig identisch wie das Kleinbürgertum, die Massenbasis des Faschismus, mit den Stoßtrupps. Läßt sich für diese noch behaupten, daß sie sich aus den ›Deklassierten aller Klassen‹ zusammensetzen, so wäre das Bild vom Faschismus als einer ›allgemeinen Volksbewegung‹ — die dieser freilich, seiner eigenen Ideologie zufolge, zu sein vorgab — gleichwohl falsch. Ein Blick auf die Wahlstatistiken zeigt, daß die soziale Basis des Faschismus durchaus spezifiziert war, daß die für die NSDAP abgegebenen Stimmen sich keineswegs »zufallsgestreut« über alle Schichten der Gesellschaft verteilten; man stößt vielmehr auf die »bekannte Tatsache, daß die NSDAP sich aus den beiden Mittelständen (dem ›alten‹ und dem ›neuen‹ — A.L.-F.)

²⁶ Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 271.

und den Tagewerkern für eigne Rechnung rekrutiert«²⁷. Die Frage, die im folgenden zu beantworten ist, bezieht sich demnach auf das Verhältnis zwischen dem ursprünglichen Anhang des Faschismus und seiner späteren Massenbasis, zwischen dem Sozialcharakter der »eigentlichen Deklassierten«, der sich paramilitärisch organisierenden »lumpenproletarischen« Existenzen, und dem des Kleinbürgertums.

Der Unterschied liegt zunächst darin, daß jene im ökonomischen, sozialen und moralischen Sinn die Integration in ihre Herkunftsklasse aufgegeben haben, ohne in eine andere Klasse einzuwandern, die sich durch ihre Stellung im Produktionsprozeß definieren ließe — an diesem nehmen sie ja, wenn überhaupt, so allenfalls in Form von »Gelegenheitsarbeiten« teil. All dies trifft für Kleinbürger und -bauern nicht zu. Auf der anderen Seite ist der Zusammenhang auch nicht einfach dadurch herzustellen, daß man in der sozialen Zusammensetzung des Lumpenproletariats ein Vorwiegen des kleinbürgerlichen Elements aufspürt. Selbst wenn sich bestätigt, daß die »eigentlichen Deklassierten« sich überwiegend aus dem Kleinbürgertum rekrutieren, aus der sozialen Schicht also, die der Anpassung an die kapitalistische Entwicklung am wenigsten gewachsen ist, so ist damit noch keineswegs erklärt, warum auch das ökonomisch noch funktionsfähige Kleinbürgertum in seiner Majorität dem Faschismus zuströmte. Unklar bliebe, warum der Faschismus eine ausgefeilte Ideologie besaß, deren innere »Logik«, trotz und in aller Konfusion, nur auf dem Hintergrund der sozialen Lage des Kleinbürgertums zu begreifen ist²⁸ — während die im eigentlichen Sinne »De-

²⁷ Geiger, Die soziale Schichtung, a.a.O., S. 112.

²⁸ Wenn Geiger die Ideologie, das »Wirtschaftsbekenntnis« des Nationalsozialismus als »höchst unbestimmt« beurteilt (ebd., S. 119), so ist dies nur unter formalem Aspekt richtig. Soziologisch betrachtet ist sie (dafür finden sich bei Geiger selbst genügend Hinweise) gerade in ihrer Unbestimmtheit höchst »bestimmt«. Die Vagheit ergibt sich nicht nur aus ihrer Überbrückungsfunktion — sollten zu Beginn des Nationalsozialismus doch noch die Interessen von Mittelstand und Proletariat, später dann, nachdem erkannt war, daß das Proletariat sich einen solchen »Ausgleich« im wesentlichen versagte, immerhin noch die (höchst unterschiedlichen) im Mittelstand selbst versöhnt werden —, sondern aus ihrer seltsamen Verbindung mit »idealistischen« Elementen, die Geiger an anderer Stelle ebenfalls konsequent auf die soziale Lage des Mittelstands zurückführt.

Eine Analyse des Faschismus als spezifisch *kleinbürgerlicher* Bewegung kann sich nicht allein auf die Träger des Faschismus beziehen, sondern sollte zugleich seine *Ideologie* erörtern. Darin besteht m. E. eine der wesentlichsten Schwächen des Lipsetschen Ansatzes: Seine These vom »Extremismus der Mitte« ist zwar auf einer stringenten Analyse der sozialen Herkunft der NSDAP-Wähler begründet, stellt eine Entsprechung zwischen der faschistischen Ideologie und dieser sozialen Basis jedoch nur insofern her, als sie jener eine »Ventilfunktion« beimißt. Dies führt nicht zuletzt zur Unterstellung einer zu glatten Kontinuität zwischen Liberalismus und Faschismus, zur Unterschätzung des Elements der Revolte gegen die liberalen Institutionen, das dem Faschismus innewohnt (s. u., S. 269).

klassierten, gerade weil sie keine aus der Organisation des Produktionsprozesses resultierenden, ökonomischen Interessen zu verteidigen haben, weil ihr Grundzug die Käuflichkeit ist, weil sie nahezu zu allem und jedem bereit und benutzbar sind, zur Ausbildung einer spezifischen, klassengebundenen Ideologie weder in der Lage sind noch ihrer zu ihrem Handeln überhaupt bedürfen, ja sich umgekehrt geradezu durch ›Ideologiefeindlichkeit‹ auszeichnen.

Ebensowenig läßt sich der Zusammenhang zwischen den ursprünglichen Trägern des Faschismus und seinem späteren Massenanhang einfach durch die Behauptung konstruieren, die eine Gruppe habe die jeweils andere als Helfershelfer eingesetzt: »Die Gruppen der unteren Mittelschicht und die militärischen Desperados betrachteten sich gegenseitig als Werkzeug. Die Angehörigen der unteren Mittelschicht sahen in den militärischen Desperados eine Waffe, die ihnen den Zugang zur Regierung erzwingen sollte; die militärischen Desperados hofften, daß die Angehörigen der unteren Mittelschicht die Massenbasis bereitstellen würden, ohne die sie keine Aussicht auf die Herrschaft hatten.«²⁹ Zwar mögen hiermit subjektive Motivationen richtig umschrieben sein, doch läßt diese These den sozialstrukturellen Aspekt, die Bezogenheit jener Gruppen auf das sie *beide* übergreifende System des Faschismus völlig außer acht. Zum einen bleibt unbeantwortet, warum die ›Hoffnungen‹ der Desperados sich ausgerechnet auf die Angehörigen der unteren Mittelschicht richteten. Zum anderen findet — bei der Beschränkung auf subjektive Motivationen — implizit eine Verschiebung statt, wo von der ›Massenbasis‹ die Rede ist: Im Hinblick auf die im Faschismus sich durchsetzenden *ökonomischen* Interessen bildete das Kleinbürgertum eine ›Massenbasis‹ nicht etwa für die Anliegen der Stoßtrupps, sondern für die des Kapitals, denen beide, die Stoßtrupps *und* das Kleinbürgertum, gleichermaßen dienstbar wurden.

Die Massenbasis des Faschismus ist durch den Begriff der ›lower middle classes‹, die, Sauer zufolge, nach heute allgemein herrschender Auffassung »eine der gewichtigsten sozialen Komponenten faschistischer Bewegungen« darstellen³⁰, noch keineswegs zureichend umschrieben. Die Tatsache, »daß die faschistischen Neigungen der Mittelschichten größer wurden, wenn ihre soziale Stellung bedroht war und sich erwies, daß ihre ›mittelständischen‹ Ansprüche auf Illusionen beruhten«³¹, bezeugt bereits, daß diese Massenbasis nicht durch

²⁹ Wolfgang Sauer, ›National Socialism: Totalitarianism or Fascism?‹, in *American Historical Review* 73/1967–68, S. 411.

³⁰ Ebd., S. 410.

³¹ Kühnl, a.a.O., S. 83.

irgendeine ›middle class‹, sondern durch ein *deklassiertes Kleinbürgertum* konstituiert wurde. Dessen Zusammenhang mit den in Stoßtrupps organisierten lumpenproletarischen Elementen läßt sich näher beleuchten, wenn man die soziale Figur untersucht, die, von Geiger mit dem Begriff der ›Proletaroiden‹ umschrieben, gewissermaßen auf einer Zwischenstufe anzusiedeln ist.

Mit dem Industrieproletarier teilt der Proletaroide »das Schicksal, daß er ›unter Angebot-Druck steht‹, d. h. von Tag zu Tag zur Reproduktion seiner Arbeitsleistung gezwungen, von der Hand in den Mund lebt«³². Auch sein Einkommen unterscheidet sich von dem eines Industriearbeiters, wenn überhaupt, so meistens negativ. Der einzige Unterschied besteht hier also darin, daß er »rechtlich und arbeitsorganisatorisch ›Herr seines Arbeitslebens‹« ist, und gerade diese Tatsache veranlaßt ihn, die Identifikation mit seiner Herkunftsklasse ideologisch aufrechtzuerhalten, auch wenn er diese im Hinblick auf seine faktische wirtschaftliche Situation, seinen Lebensunterhalt usw. längst verlassen hat. Die ökonomische Deklassierung wird ideologisch ›kompensiert‹; nicht nur wird an den Normen des alten Mittelstands festgehalten, sondern der Affekt gegen das Proletariat, der den gesamten Mittelstand, vor allem im Zeichen wirtschaftlicher Krisen, auszeichnet, steigert sich beim Proletaroiden, gerade weil er sich in bezug auf ökonomische Chancen und Lebensstandard vom Proletariat nicht unterscheidet, zu blinder Raserei. »Je heftiger das mittlere und kleine Eigentum bedroht ist [. . .], desto eifersüchtiger und fanatischer wird der Eigentumsgedanke verteidigt«³³; die soziale und politische Integration ins Proletariat ist dem Proletaroiden daher nicht nur häufig (wie in der Wirtschaftskrise) infolge ökonomischer Gegebenheiten, sondern vor allem aufgrund ideologischer und psychischer Motivationen verstellt. Die extreme Vereinzelung in der Produktionstätigkeit läßt eine wirksame Zusammenfassung auch nur seiner ökonomischen Interessen nicht zu; das Proletariat wird um dieser Möglichkeit willen nur um so mehr gehaßt. Der Proletaroide hängt damit sozial gewissermaßen ›in der Luft‹: Ökonomisch hat er die Integration in seine Herkunftsklasse aufgegeben, ohne umgekehrt durch eine andere Klasse ›aufgefangen‹ zu werden; ideologische Identifikationen mit der Herkunftsklasse stehen sinnverzerzt neben seiner faktischen ökonomischen Situation.

Die soziale Figur des ›Proletaroiden‹ repräsentiert also geradezu im idealtypischen Sinne die von Reich unter dem Begriff der ›Schere‹ gefaßte Divergenz von Sein und Bewußtsein, eine

³² Geiger, a.a.O., S. 31.

³³ Ebd., S. 107.

Divergenz, die konterrevolutionäre Bewegungen als *Massenbewegungen* erst verständlich macht: »Die Tagewerker für eigne Rechnung gehören ökonomisch-objektiv zweifellos zum Proletariat — der Mentalität nach sind sie größtenteils durch den Eigentumsgedanken wie durch einen Abgrund vom Sozialismus des Arbeiters in fremdbestimmtem Lohnverhältnis getrennt.«³⁴ Die objektive wie subjektive Unmöglichkeit der Integration ins Lohnproletariat und der Verlust der früheren sozialen Identität bedingen *zusammen* das politische Abgleiten ins konterrevolutionäre Lager: »Teilweise kaum vorstellbares Elend in Verbindung mit uralter handwerklicher und landschaftlicher Überlieferung erzeugt hier einen Typ, der in sonderbarer Weise konservativste Haltung und wildesten politischen Radikalismus vereinigt.«³⁵

Die Resignation, durch die, Geiger zufolge, der Proletaroide sich »normalerweise« auszeichnet, steht zu diesem Radikalismus nicht in Widerspruch. Es handelt sich um zwei Seiten einer einzigen Mentalität, von denen je eine die Oberfläche beherrscht. Welche von beiden ans Licht tritt, ob das Pendel nach der bloßen bornierten Passivität gegenüber den Verhältnissen oder nach der konterrevolutionären Auflehnung gegen sie ausschlägt, entscheidet sich nicht durch den Charakter des Deklassierten, sondern durch den der Verhältnisse, die Formen, die sie im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung annehmen. Sind aber die Proletaroiden »zum größten Teil [. . .] ja geradezu abgeglittener alter Mittelstand«³⁶, so bilden sie nur einen *Übergangstypus* auf dem Kontinuum der sozialen

³⁴ Ebd. — Der von Geiger mit diesem Aufweis verbundene Affront gegen die »sozialistische Prognose« (ein Affront, der ihn in die Tradition des »Anti-Materialismus« der deutschen Soziologie einreihet) trifft allerdings ins Leere. Die oben angeführten Zitate über den politischen Charakter des Lumpenproletariats könnten bereits den Beweis dafür erbringen, daß auch in der Marxschen Theorie keineswegs angenommen wurde, »das Bürgertum werde durch seine fortschreitende Auspowerung in den Gesinnungsbereich des Sozialismus geraten« (ebd.). Traten Vorstellungen von einem derartigen, an die bloße Verarmung geketteten Automatismus überhaupt je mit dem Anspruch auf Geltung auf, so zweifellos nicht im Marxismus, sondern im *Vulgärmarxismus*. Wenn demnach Äußerungen, auf die Geiger allenfalls sich berufen könnte, aus diesem Bereich stammen, so gilt für ihn nur das Sprichwort: man schlägt auf den Sack und meint den Esel.

Der Fehler, der Geiger unterläuft, wenn er behauptet, daß die Proletaroiden »ökonomisch-objektiv zweifellos zum Proletariat« gehören, dürfte vor allem darin gelegen sein, daß er (im Unterschied zur marxistischen Theorie) mit dem Begriff des Ökonomischen (oder auch des Objektiven) lediglich die Einkommenseite und die Tatsache erfaßt, daß die »Tagewerker für eigne Rechnung« vom Ertrag ihrer eigenen Arbeit leben — Gegebenheiten also, die ihm die Gleichsetzung dieser Gruppe mit einer proletarischen »Lage« gestatten —, nicht jedoch die Stellung zu den Produktionsmitteln, das Produktionsverhältnis.

³⁵ Ebd., S. 91.

³⁶ Ebd., S. 90.

Deklassierung, das sich vor allem in Zeiten ökonomischer Krisen herstellt und von dem von der Deklassierung bedrohten Kleinbürgertum zu den »eigentlichen Deklassierten«, zum Lumpenproletariat hinabreicht. Die politische Wendung der Deklassierung erzeugt das »lächerlich-entsetzliche Bild« (Bloch) pauperisierter und faschistisch dämonisierter Kleinbürger, deren gewöhnliche Verdrossenheit und Apathie in der Krise den Schein der Harmlosigkeit abwirft, deren »gestaute Wut« der Konterrevolution zufließt.

Sowenig der politische Radikalismus der Proletaroiden sich allein dem Kampf gegen wirtschaftliche Not verdankt, sowenig ist die Faschisierung des Mittelstands insgesamt simpler Reflex der Krise und des materiellen Elends. Die Wendung des Mittelstands zur Konterrevolution läßt sich weder aus der beengten ökonomischen Lage noch aus der faktischen Expropriation einzelner Kleinbürger und -bauern im Gefolge der Wirtschaftskrise zureichend erklären, seien diese einzelnen auch noch so zahlreich. Wie in den Untersuchungen über die Entstehung des Nationalsozialismus vielfach — insbesondere von Geiger — nachgewiesen wurde, handelte es sich geradezu um eine »Panik im Mittelstand«, um eine Reaktion, die über den tatsächlichen ökonomischen Anlaß weit hinausging und auch Teile des Mittelstands erfaßte, die einer Bedrohung ihrer ökonomischen Existenzgrundlage im unmittelbaren Sinn keineswegs ausgesetzt waren. »Wenn die Weltwirtschaftskrise den gewerblichen Mittelstand aber nicht so unverhältnismäßig hart getroffen hat, wie er es selbst darzustellen pflegte, dann muß die politische »Panik im Mittelstand« in einem neuen Licht erscheinen.«³⁷ Die Krise hatte hier nur katalytische Wirkung: Sie mobilisierte und aktualisierte weit über die materielle Verelendung hinaus Antizipationen des sozialen Untergangs, hinter denen die tatsächliche ökonomische Situation zurücktrat und bedrohlicher erschien, als es durch die Fakten begründet war. Wie sich in der Krise die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise verdichteten, so ballte sich hier soziale Angst; deren politische Umsetzung ließ die große Masse des Kleinbürgertums einen Weg einschlagen, der vom Lumpenproletariat vorgezeichnet war.

Daraus folgt keineswegs die — offensichtlich absurde — Behauptung, das Kleinbürgertum tendiere in seiner Gesamtheit zu dem Typus konterrevolutionärer Gaunerei, der oben anhand des politischen Verhaltens des Lumpenproletariats beschrieben wurde. Zwischen den einzelnen Stufen konterrevolutionärer Einstellung, zwischen der aktiven Mitwirkung an faschistischen Stoßtrupps, der gelegentlichen Beteiligung an

³⁷ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 35.

Saalschlachten, der aktiven Unterstützung der faschistischen Partei durch den Stimmzettel bis zur wohlwollenden oder auch gänzlich passiven Hinnahme des faschistischen Regimes liegen durchaus Differenzen. Doch spiegeln sich hier zugleich die Gradunterschiede auf dem Kontinuum der Deklassierung. Bezieht sich dieser Begriff zunächst nur auf *Individuen*, die aus gleich welcher Klasse aus gleich welchen Gründen herausgeschleudert wurden, so bedarf er einer Ausweitung, sofern der politische Prozeß, den das Kleinbürgertum mit der Entwicklung des Kapitalismus durchläuft, in Frage steht: Das Kleinbürgertum ist *als Klasse ›deklassiert‹*, noch bevor je einzelne seiner Angehörigen aus ökonomischen Gründen von diesem Schicksal faktisch betroffen werden. Nur unter dieser Annahme wird verständlich, daß die psychischen, sozialen und politischen Folgen der Deklassierung — in welcher Abstufung auch immer — auch bei denen sich zeigen, die vor dem Abgleiten im ökonomischen Sinn einstweilen geschützt sind.

Aus dieser allgemeinen, klassenmäßigen und gegen die Individuen verselbständigten Situation folgt die Prädisposition des Kleinbürgertums zu konterrevolutionärem Verhalten. Zu begründen ist dies allerdings nur, wenn zwei Fragen geklärt werden: 1. Auf welchem Weg *entsteht* diese Prädisposition? 2. Wie treffen diese allgemeinen Entstehungsbedingungen mit der Stellung des Kleinbürgertums als *›deklassierter Klasse‹* im Gefüge des Kapitalismus zusammen — einer Stellung, die dafür verantwortlich ist, daß kapitalistische Prozesse, vor allem die Krise, in *spezifisch anderer Form gesehen und erlebt werden* als von den Angehörigen der die kapitalistische Gesellschaft *›tragenden‹* Klassen?

2. Die Entstehung konterrevolutionärer Dispositionen

Der Faschismus in Deutschland zeigte, »daß die wirtschaftliche Krise, die der Erwartung nach eine Linksentwicklung der Ideologie der Massen hätte mit sich bringen müssen, zu einer extremen Rechtsentwicklung in der Ideologie der proletarisierten Schichten und derjenigen, die in tieferes Elend als bisher versanken, geführt hatte. Es ergab sich eine *Schere* zwischen der Entwicklung in der ökonomischen Basis, die nach links drängte, und der Entwicklung der Ideologie breiter Schichten, die nach rechts erfolgte.«⁹⁸ Konterrevolutionäre Bewegungen, die von Massen vertreten werden, beinhalten allgemein das Paradox, daß diese Massen auf gesellschaftliche

⁹⁸ Reich, a.a.O., S. 19.

Probleme und Krisen in einer Weise reagieren, die mit ihren ›objektiven‹, d. h. aus ihrer sozioökonomischen Situation resultierenden Interessen keineswegs unmittelbar übereinstimmt, sondern ihnen im Grenzfall direkt zuwiderläuft: Als Unterdrückte eines Systems werden sie dazu getrieben, dieses System mit aller Gewalt zu stabilisieren. Die Gewalt erwächst zwar aus der Unterdrückung, die Stabilisierung aus der Rebellion; aber »der Faschismus ist totalitär auch darin, daß er die Rebellion der unterdrückten Natur gegen die Herrschaft unmittelbar der Herrschaft nutzbar zu machen strebt«³⁹. Unterdrückung und Leiden sind zwar Voraussetzung, aber nicht mehr Gegenstand von Rebellion und Gewalt. Windschiefe Rebellion und vom Ziel abgeirrte Gewalt verdecken ihren Ursprung und erhalten ihn.

Der Rekurs auf Psychologie begründet sich in diesem Paradox. Dabei geht es um die Einsicht in Dispositionen, die — als konterrevolutionäre — bereitliegen müssen, um eine politische Massenbewegung zu ermöglichen, die sich durch jene groteske Diskrepanz zwischen den als ›revolutionär‹ vorgestellten Zielen ihrer Träger und dem tatsächlichen Effekt der Affirmierung des Bestehenden kennzeichnet. Zwar ließe sich gegen eine solche Darstellung einwenden, daß sie einen Ex-post-facto-Standpunkt einnimmt, da jene Diskrepanz sich erst im Verlaufe des Faschismus selbst herausstellte; daß, mit anderen Worten, die psychologische Argumentation überflüssig sei, da jene Massen sich über die Realisierungsmöglichkeiten ihrer Ziele eben getäuscht hätten.

Doch greift dieser Rekurs auf die ›Täuschung‹ zu kurz. Zum einen, weil sie eine strukturelle und massenhafte war, die selbst erst der Erklärung bedürfte: »Faschismus muß, um als politische Bewegung erfolgreich zu sein, eine Massenbasis haben. Er muß sich nicht nur die angstvolle Unterwerfung, sondern auch die aktive Kooperation der großen Mehrheit des Volkes sichern. Da er durch seine bloße Natur Wenige auf Kosten der Mehrheit begünstigt, kann er nicht gut verkünden, die Situation der Mehrheit ihren wirklichen Interessen entsprechend verbessern zu wollen. Er muß deshalb in erster Linie an emotionale Bedürfnisse — oft die primitivsten und irrationalsten Wünsche und Ängste — appellieren und nicht an das rationale Selbstinteresse. Das Argument, faschistische Propaganda täusche den Menschen vor, ihr Los zum Besseren wenden zu wollen, zieht die Frage nach sich: Warum lassen sie sich so leicht täuschen?«⁴⁰

Zum anderen bliebe die Frage nach dem Urheber einer solchen Verblendung ebenfalls ungelöst. Das unilaterale Aktionsmo-

³⁹ Horkheimer, Adorno, Dialektik der Aufklärung, a.a.O., S. 194.

⁴⁰ Studien, S. 13 (A. P., S. 10).

dell von Manipulator und Manipulierten gilt, wie sich bereits an der Identität des Sozialcharakters von ›Führer‹ und Geführten zeigt, im Falle der faschistischen Massenbewegungen gerade *nicht*. Zwar bediente sich die faschistische Agitation einer bestimmten ›Ideologie‹ — und doch war diese nur die komprimierte Form der Ideologie jener Massen *selbst*. Diese enthielt als solche bereits die politisch relevanten Verzerrungen und ›Verschiebungen‹; doch war die Inadäquanz ihrer Begriffe gegenüber den tatsächlichen, kapitalistischen Verhältnissen keine bloß kognitive oder theoretische, und eine theoretische Gegenargumentation hätte gegen sie nicht viel vermocht. Ihre spezifische ›Verkehrtheit‹ besitzt vielmehr ebenso wie ihre Konsequenz im Handeln — die Wut und der Haß der faschistischen Zerschlagungsaktionen — eine weiterreichende Verankerung in Charakterstrukturen und habitualisierten Reaktionsmustern, gegenüber deren fundamentaler Irrationalität die ideologische Verwirrung nur als Epiphänomen erscheint.

Das Verhalten faschistischer Massen läßt den Begriff des ›politischen Bewußtseins‹ allemal fragwürdig werden. Ebenso wie die individuelle Neurose macht es den Regreß hinter das Bewußte erforderlich, das nach Freud nur ein kleiner, an der Oberfläche gelagerter Ausschnitt des gesamten Seelenlebens ist — seine ›Rindenschicht‹. Dem Ansatz der Tiefenpsychologie, die von vornherein davon ausgeht, »daß das Bewußtsein nicht der allgemeinste Charakter der seelischen Vorgänge, sondern nur eine besondere Funktion derselben sein« kann⁴¹, bleibt es vorbehalten, das scheinbar Irrationale auf eine andere Art von ›Rationalität‹, ja ›Zweckrationalität‹ zurückzuführen und es dadurch überhaupt erst der Erklärung zugänglich zu machen. Auf diese jenseits der bewußten Oberfläche gelegenen Schichten des Seelenlebens konnte der Faschismus rekurren; das hier gestellte Problem — die Entstehung von Dispositionen, die nicht mehr nur individuell, sondern gesamtgesellschaftlich als Verhängnis wirkten — läßt sich, wenn überhaupt ›psychologisch‹, so nur auf dem Boden der Tiefenpsychologie in Angriff nehmen.⁴²

Der psychoanalytischen Theorie zufolge formiert sich die Charakterstruktur eines Individuums in ihren Grundzügen während der ersten Kindheitsjahre. Sie wird zwar durch spätere Einflüsse in der Regel modifiziert, doch erfolgen diese

⁴¹ Sigmund Freud, *Jenseits des Lustprinzips*, Gesammelte Werke XIII, Frankfurt 1972, S. 23.

⁴² Ich beziehe mich hier nur auf den *methodologischen* Aspekt, ohne damit zu behaupten, daß die Tiefenpsychologie das hier gestellte Problem der Entstehung konterrevolutionärer Dispositionen bisher grundsätzlich gelöst habe. Im folgenden sollen die Elemente einer psychoanalytischen Theorie aufgezeigt werden, die in die *Richtung* einer solchen Erklärung weisen.

Modifikationen *auf der Basis* der in früher Kindheit durch auferlegte Verdrängungen usw. erworbenen Strukturen.⁴³ Der Charakter des Individuums kennzeichnet sich daher, gemessen am Wechsel der äußeren Situationen, durch einen eigentümlichen Konservatismus. Da anzunehmen ist, daß er die ideologische und politische Orientierung des Individuums im Erwachsenenalter wesentlich mitbestimmt, läßt sich in jener Beharrungstendenz als solcher bereits eine der Wurzeln ›falschen Bewußtseins‹ (im Sinne seiner Inadäquanz gegenüber den — veränderten — objektiven Gegebenheiten) erkennen: »Die Feststellung, daß sich die Ideologie langsamer umwälzt als die ökonomische Basis, erfährt hier bestimmte Präzision. Da die psychischen Strukturen, die einer bestimmten historischen Situation entsprechen, in der frühen Kindheit in den Grundzügen formiert werden und einen weit konservativeren Charakter haben als die technischen Produktivkräfte, so ergibt sich, daß mit der Zeit die psychischen Strukturen hinter der Entwicklung der Seinsverhältnisse, denen sie entsprangen und die sich rasch weiterentwickeln, zurückbleiben und mit den späteren Lebensformen in Konflikt geraten müssen. Das ist der Grundzug des Wesens der sogenannten Tradition.«⁴⁴

Dieser ›Konservatismus‹ der psychischen Strukturen muß als invariante Gegebenheit erscheinen, wenn nicht der Zwang zur Charakterbildung selbst auf seine Abhängigkeit von einer bestimmten Gesellschaftsform untersucht wird. ›Charakter‹ als Konglomerat der in der frühen Kindheit erworbenen Narben⁴⁵ ist nur ein individuelles Schutzgebilde, eine umfassende Reaktion auf *gesellschaftliche* Anforderungen und Überforderungen; »Charakter ist höchstens ›drohendes Schicksal‹«⁴⁶. Daß objektive Prozesse und ihre subjektiven Korrelate auseinanderhaken, daß eine Kluft entsteht zwischen sozio-ökono-

⁴³ Eine eingehende Begründung dieser Annahme muß hier unterschlagen werden, da sie den Rahmen dieses Kapitels sprengen würde. Der Prozeß, der zu ihr hinführte, war die therapeutische Praxis selbst: die Notwendigkeit, zur Erklärung (und Heilung) jedwelder neurotischen Erscheinung im Erwachsenenalter auf die Geschehnisse in der frühen Kindheit zu rekurrieren. Die psychoanalytische Behandlung selbst läßt sich, Freud zufolge, »als eine fortgesetzte Erziehung zur Überwindung von Kindheitsresten beschreiben« (›Über Psychoanalyse. Fünf Vorlesungen‹, in: S. Freud, Darstellungen der Psychoanalyse, Frankfurt ²1970, S. 93).

⁴⁴ Reich, a.a.O., S. 33.

⁴⁵ »Was wir den ›Charakter‹ eines Menschen heißen, ist zum guten Teil mit dem Material sexueller Erregungen aufgebaut und setzt sich aus seit der Kindheit fixierten Trieben, aus durch Sublimierung gewonnenen und aus solchen Konstruktionen zusammen, die zur wirksamen Niederhaltung perverser, als unverwendbar erkannter Regungen bestimmt sind« (S. Freud, ›Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie‹, in: ders., Ges. Werke V, Frankfurt 1949, S. 140 f.).

⁴⁶ Alexander Mitscherlich, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie, München ¹⁰1973, S. 158.

mischen Vorgängen und den Formen, in denen sie vom Individuum wahrgenommen werden und in denen es auf sie reagiert, geht daher auf eine bestimmte Form der Gesellschaft zurück, die ›Charakter‹ als ›Panzerung‹ (Reich) erzwingt, sowie auf die Institution, in der er sich ausbildet: die *Familie*. »Die Verknüpfung der sozialökonomischen mit der sexuellen Struktur der Gesellschaft und die ideologische Reproduktion der Gesellschaft erfolgen in den ersten vier bis fünf Lebensjahren und in der Familie. [. . .] So gewinnt der Klassenstaat sein ungeheures Interesse an der Familie: Sie ist seine Struktur- und Ideologiefabrik geworden.«⁴⁷

›Affirmativ‹ ist die Familie bereits in ihrer generellen Funktion: der Anpassung des Kleinkindes an die Gesellschaft, der Mediatisierung des gesellschaftlichen Zwangs durch die väterliche Autorität. Dennoch sind die von ihr verhängten Normierungen den Systemerfordernissen des jeweiligen Gesellschaftszustands nicht einfach kongruent: Bereits die Anpassungsfunktion selbst ist in sich gebrochen, sind es doch die internalisierten Normen der *älteren* Generation, die auf das Kind übertragen werden, Normen also, die einem früheren Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen, Verzicht, die, gemessen am fortgeschrittenen Stand der Produktivkräfte, selbst zur Erhaltung des *gegebenen* Zustandes nicht einmal erforderlich wären.⁴⁸

Darüber hinaus aber existiert die Familie, qua *Institution*, in einer Art ›Disparität‹ gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft: Innerhalb einer auf der Rationalität des Tausches begründeten Gesellschaft stellt die Familie eine im Grunde unangepaßte Enklave dar. »Die Familie blieb wesentlich eine feudale Institution, gegründet auf das Prinzip des ›Blutes‹; sie war also durchaus irrational, während die industrialisierte Gesellschaft [. . .] Rationalität proklamierte: die ausschließliche Herrschaft des Prinzips der Berechenbarkeit und des freien

⁴⁷ Reich, a.a.O., S. 49 f. — Derselbe Ansatz findet sich bei Fromm: »Die Familie ist das Medium, durch das die Gesellschaft bzw. die Klasse die ihr entsprechende, für sie spezifische Struktur dem Kind und damit dem Erwachsenen aufprägt; *die Familie ist die psychologische Agentur der Gesellschaft*« (Fromm, Über Methode und Aufgabe . . ., a.a.O., S. 134).

⁴⁸ Die Kritik an ›überhängenden‹, dem Stand der *Naturbeherrschung* inadäquaten Normen findet sich nicht erst bei den Autoren, die die Psychoanalyse in den historischen Materialismus zu integrieren versuchten. Freud, dem solche Absichten fernlagen, hatte selbst bereits ein »Plädoyer für eine rein rationelle Begründung der Kulturvorschriften, also für ihre Zurückführung auf soziale Notwendigkeit«, verfaßt (›Die Zukunft einer Illusion‹, in: ders., Das Unbewußte, a.a.O., S. 324). Das ›Surplus‹ an Repression, das weder auf Naturzwänge noch auf die Notwendigkeiten des Zusammenlebens zurückzuführen ist, ergibt sich nach seiner Auffassung aus der Religion, die für »die große Masse der Ungebildeten, Unterdrückten« die Anpassung an die Kultur gewährleisten müsse.

Tausches.«⁴⁹ Gerade weil sie von den Demokratisierungsprozessen, die mit dem beginnenden Industriekapitalismus einsetzten, weitgehend unberührt blieb, weil in ihr das Prinzip der Autorität die gesamtgesellschaftlich ausschlaggebende Institution des freien Vertrags ersetzt, kann sie, als ›autoritärer Miniaturstaat‹, dem subjektiven Einschwenken auf den autoritären, ›totalen‹ Staat den Weg bereiten.⁵⁰

Die Familie transformiert das Kleinkind in ein gesellschaftliches Wesen. Dieser Prozeß der primären Adaptation an die Gesellschaft ist gleichbedeutend mit einer Modifikation der ursprünglichen, biologisch gegebenen Triebstruktur. Die Triebe fallen entweder einer einfachen Verdrängung zum Opfer oder werden in andere, sozial tolerierte oder gar nützliche Bahnen gelenkt: So werden in der normalen Entwicklung die Sexualtriebe nicht nur unter dem Primat der Genitalität zusammengefaßt, sondern ihre Energie wird teilweise ›abgelenkt‹ — Triebwünsche können, sofern sie nicht simpler Verdrängung anheimfallen, sublimiert oder ersatzhaft befriedigt werden. Dieser Prozeß der Umstrukturierung der Triebe ist allerdings keineswegs freiwilliger Natur: »Das Ich des kleinen Kindes lebt noch nach dem Lustprinzip, es dauert lange, bis es zum Ertragen von Unlust erzogen wird.«⁵¹ Der Prozeß der Anpassung an die Gesellschaft und seine Vorstufe, die Anpassung an die Familie, scheinen unwiderruflich an Autorität gebunden. Die Triebwünsche des Kindes müssen an den Verbote des Vaters *scheitern*, bevor diese Verbote in Form des Über-Ichs verinnerlicht, d. h. in die Person integriert werden. In der ödipalen Situation, in der die auf die Mutter gerichteten Triebwünsche zugunsten einer Identifizierung mit dem Vater

⁴⁹ Max Horkheimer, ›Autorität und Familie in der Gegenwart‹, in: ders., Kritische Theorie der Gesellschaft, Bd. III, o. O. (Frankfurt) 1968, S. 320. — ›Disparat‹ gegenüber der Gesamtgesellschaft ist die Familie im Hinblick auf die in ihr waltenden Beziehungen — was nicht etwa bedeutet, daß sie deshalb auch ›dysfunktional‹ sei. Gerade innerhalb einer Gesellschaft, die das ›rationale‹ Tausch- und Vertragsverhältnis zum dominanten Typus sozialer Beziehungen erhoben hat, können derartige irrationale Enklaven durchaus ›funktional‹ sein.

⁵⁰ Das Verhältnis zwischen den politischen Strukturen der Gesamtgesellschaft und der Familie erschöpft sich selbstverständlich nicht in dieser einseitigen Beziehung. Unter funktionalistischem Gesichtspunkt sind beide ›Subsysteme‹, das politische und die Familie, interdependent. So könnte etwa der Aufschub der Demokratisierung in Deutschland, die Bewahrung feudaler ›Aushängeschilder‹, der hier in kapitalistischen Unternehmen lange vorherrschende Patriarchalismus, kurz: die Konvergenz der politischen Strukturen mit denen der Familie diese in ihren ›feudalen‹ Kennzeichen geschützt, länger unberührt gehalten haben als in anderen Ländern und so auch den Sozialisationsprozeß besonders ›autoritär‹ gestaltet haben. Dies allerdings nur im Sinne einer Intensivierung, denn ›unangepaßt‹ ist die Familie grundsätzlich in allen kapitalistischen Ländern.

⁵¹ Anna Freud, Das Ich und die Abwehrmechanismen, München, 6. Aufl. (o. J.), S. 55.

aufgegeben werden, verwandelt sich zugleich der Haß gegen den Vater in Haß auf die eigene Person, sofern die väterlichen Verbote übertreten werden. Dies ist die Grundlage der *Schuldgefühle*: Die *Angst* vor der väterlichen Strafe verwandelt sich in Angst vor den eigenen Trieben.

In dieser Modifikation der Triebstruktur in der frühen Kindheit, in der Entstehung von Angst und Schuldgefühlen sieht Reich die Wurzel des Autoritarismus, die Ursache dafür, daß Unterdrückte an der Auflehnung gegen die eigene Unterdrückung verhindert werden, ja deren Bedingungen selbst noch verteidigen. Verantwortlich für dieses Paradox ist, Reich zufolge, der Widerspruch zwischen den Folgen der materiellen Repression auf der einen, der sexuellen Repression auf der anderen Seite: Während jene zur Auflehnung treibe, werde diese Auflehnung durch die zweite gebrochen oder geradezu unmöglich. Die Besonderheit der in früher Kindheit auferlegten sexuellen Unterdrückung ist also darin gelegen, daß sie zum einen — im Gegensatz zur unmittelbar physischen oder materiellen Repression — keineswegs automatisch zum Widerstand gegen ihre *eigenen* Wurzeln treibt: Außer den verbotenen Triebregungen selbst muß ja auch der aus der aufgenötigten Verdrängung resultierende Haß gegen den Vater, den Urheber dieser Unterdrückung, verdrängt werden. Zum anderen aber belegt die sexuelle Unterdrückung schließlich jeglichen Widerstand gegen *jegliche* Repression — also auch gegen die materielle — mit Tabus. Wie die sexuellen Verbote nur die Urform aller übrigen Verbote sind, wird auch die aus der Sexualhemmung resultierende Angst generalisiert: Sie wird zur Angst vor Widerstand und Übertretung schlechthin. Dürfen die zum Gegenstand einer allgemeinen Angst gewordenen tabuisierten Triebwünsche gar nicht erst zu einer Repräsentanz im Bewußtsein gelangen, so erweitert sich dieses sexuelle Denkverbot zu einer umfassenden Denkhemmung; mangelnde Intellektualität, Unfähigkeit zu begrifflicher Erkenntnis, an deren Stelle Vorurteile treten, generelle Kritiklosigkeit sind die Folge.

Darüber hinaus bietet der verdrängte Trieb ein Material, das, in Form der ›Ersatzbefriedigung‹, auf relativ einfache Weise in konterrevolutionäre Bahnen zu leiten ist: »Die Sexualverdrängung [. . .] schafft in der Struktur des bürgerlichen Menschen eine sekundäre Kraft, ein künstliches Interesse, das die herrschende Ordnung auch aktiv unterstützt. Ist nämlich die Sexualität durch den Prozeß der Sexualverdrängung aus den naturgemäß gegebenen Bahnen der Befriedigung ausgeschlossen, so beschreitet sie Wege der Ersatzbefriedigung verschiedener Art. So zum Beispiel steigert sich die natürliche Aggression zum brutalen Sadismus, der ein wesentliches Stück der

massenpsychologischen Grundlage desjenigen Krieges bildet, der von einigen wenigen aus imperialistischen Interessen inszeniert wird.«⁵²

Das Handeln des ›Autoritären‹ ist stets und grundsätzlich an Autorität gebunden⁵³, und zwar in beiden Richtungen: im Katzbuckeln nach oben und im Treten nach unten, wie schließlich in der spezifischen ›Aufmüpfigkeit‹, die der Autoritäre sich gelegentlich gestattet. »Der charakteristischste Zug dieser Einstellung ist ihre Verschiedenheit, je nachdem ein Stärkerer oder ein Schwächerer das Objekt ist.«⁵⁴ Allgemeines Kennzeichen dieses autoritären Charakters ist die *Ich-Schwäche*: Das Ich kann zwischen den gegenläufigen Ansprüchen von Es und Über-Ich kaum mehr vermitteln, es ist beiden gegenüber wehrlos. Gerade hieraus folgt die Notwendigkeit, sich ›von außen‹ leiten zu lassen, das Bedürfnis nach Autorität, nach dem ›Führer‹. Diese Personen fungieren als Ersatz für das Über-Ich, treten an seine Stelle.

Dies ist aber nur möglich, wenn das Über-Ich selbst bereits ›äußerlich‹ ist. Und gerade hierin besteht die Differenz zu der von Freud für ›normal‹ gehaltenen Entwicklung, in der das Über-Ich — durch Internalisierung der Normen, durch Wendung der äußeren Kritik zur Selbstkritik — in die Person integriert wird. Zwar sind Angst und Schuldgefühle regelmäßiges Produkt der Erziehung in der bürgerlichen Familie. Doch verursacht eine besondere Quantität und Qualität des Zwangs die spezifische Form (wie schließlich auch die Inhalte) des autoritären Über-Ichs; die vollständige Internalisierung der Normen ist dem Autoritären bereits in der frühen Kindheit verwehrt. »Da die elterlichen Normen außerhalb des Fassungsvermögens des Kindes bleiben und ihm doch rigoros aufgezwungen werden, muß ein Benehmen, das mit dem von den Eltern geforderten Verhalten — oder der Verhaltensfassade — nicht übereinstimmt, als ich-fremd behandelt und vom Rest der Person ›abgespalten‹ werden — was zu einem Integrations-

⁵² Reich, a.a.O., S. 53.

⁵³ Der Begriff des ›Autoritären‹ wird hier abkürzend gebraucht. Präziser ist der des ›autoritätsgebundenen Charakters‹, insofern er die Ambivalenz der Persönlichkeitsstruktur zum Ausdruck bringt. Die Einheit von Gegensätzen, von Sadismus und Masochismus, die Notwendigkeit ihrer Koinzidenz (obwohl im Einzelfall jeweils der eine oder der andere Zug mehr oder weniger ausgeprägt bzw. verdrängt sein mag) ergibt sich, der psychoanalytischen Theorie zufolge, daraus, daß der Haß auf den Stärkeren (wie zuvor auf den Vater) unbewußt bleiben, daß er verdrängt werden muß; er wird auf den Schwächeren abgelenkt, d. h. die unlustvolle Verdrängung wird durch den Sadismus, den Genuß der am Schwachen verübten Grausamkeit, kompensiert.

⁵⁴ Erich Fromm, ›Sozialpsychologischer Teil‹ aus: Studien über Autorität und Familie (Schriften des Instituts für Sozialforschung, 5. Bd.), Paris 1936, S. 115.

verlust führt.«⁵⁵ An die Stelle eines ›gesunden‹ Über-Ichs, das, Freud zufolge, flexibel ist, tritt eine rigide Instanz, die den wechselnden, auf das Ich einwirkenden Ansprüchen der Außenwelt hilflos gegenübersteht, sie nicht zu vermitteln weiß. ›Internalisiert‹ ist gleichsam nur der Zwang als solcher, ungeachtet seiner Inhalte. Diese Instanz ist ›ich-fremd‹ — daher die Unfähigkeit des Autoritären zur Selbstkritik, die Tendenz zur ›Abwehr der Intrazeption‹ im allgemeinen wie schließlich die Projektion der eigenen, verbotenen Triebwünsche auf andere.

Mangel an Selbstkritik und Projektion der Schuld bedingen eine allgemeine Intoleranz gegenüber der Außenwelt. Diese kann in toto substitutive Funktion übernehmen — daher die ›diffuse‹, ziellose Aggressivität des Autoritären. Die aus unterdrückter Sexualität und unterdrückter Aggression resultierenden Anstürme werden von dem auf der Basis brutalen und zudem irrationalen Zwangs formierten, ›rigiden‹ Über-Ich zum einen einfachen *blockiert*, zum anderen, eben weil ihnen der Zugang zum Bewußtsein verwehrt ist, *externalisiert*, der Außenwelt als schuldhaftes Verhalten zugeschoben. »Eingeklemmt zwischen Es und Über-Ich, durchdrungen von Schuldgefühlen (Schuldangst) und Angst, wird die Vernunft-Instanz, das Ich, machtloser, schwächer und masochistisch. Der Verzicht auf Triebbefriedigung und die Verinnerlichung der Aggression, einst Bedingungen der Selbststärkung, schlagen nun aus in Triebkräfte der Selbstzerstörung. Aus dieser Triebfigur — in der bürgerlichen Familie erzeugt — leitet sich das heftige ambivalente, sado-masochistische Verhalten der Autoritären her: die zugleich rebellischen und unterwürfig-liebenden Haltungen gegenüber mächtigen Autoritäten, ihr Haß aufs Schwache und ihr Mangel an offensiver Potenz gegen die herrschenden Mächte.«⁵⁶

Diesen ›herrschenden Mächten‹ gegenüber besteht grundsätzlich dieselbe *ambivalente* Haltung wie gegenüber dem Vater. Die Haßgefühle, die dieser durch seine Verbote erzeugte, werden abermals zugunsten einer Identifizierung mit den Mächtigeren verdrängt; dennoch bleiben sie — nicht nur in der Übertragung auf andere, sondern auch gegenüber den Herrschenden selbst — wirksam: Eben darin besteht die merkwürdige Einheit von blinder Unterwerfung und aufmüpfiger Rebellion, die den autoritären Charakter kennzeichnet. So gebrochen aber diese Identifizierung auch sein mag, sie trägt letztlich den Sieg davon: Der Autoritäre tritt allemal auf die Seite des ›Starken‹ oder dessen, der als stark zumindest erscheint; dieser kann ihm die Aufgaben abnehmen, zu deren

⁵⁵ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 385.

⁵⁶ Westphal, a.a.O., S. 34.

Erfüllung er, aufgrund seiner Ich-Schwäche, außerstande ist. Die eigene Schwäche wird durch diese Identifizierung substituiert und zudem — samt den mit dieser Identifizierung verbundenen Haßgefühlen — auf andere projiziert: Diese ›anderen‹, die out-groups, muß der Autoritäre hassen, um sich nicht selbst zu hassen; und die Gefahr, die sie für ihn repräsentieren, liegt darin beschlossen, daß sie ihm die eigene Schwäche stets vor Augen führen: Die »eigene Schwäche führt zu einer übertriebenen Verurteilung alles Schwachen; die eigene Schwäche wird daher außen — statt innen — bekämpft«⁵⁷.

Die Unterscheidung zwischen ›in‹ und ›out‹, die Figur des Feindes selbst ist für den Autoritären ebenso ›existenziell‹ notwendig, wie die Auswahl der als ›Feind‹ deklarierten Person oder Gruppe akzidentell ist. Eben wegen seiner Unentbehrlichkeit in der Struktur des autoritären Charakters ist er das grundsätzlich, d. h. durch keinerlei Diskussion und Argumentation integrierbare ›Andere‹ — man kann sich auf ihn schlechterdings nicht einlassen, denn dadurch würde die Funktion, die er innerhalb der Persönlichkeitsstruktur einnimmt, zunichte gemacht. Damit er als Objekt des Hasses erhalten bleibe, darf er sich nicht ändern; gerade deshalb ist eine Diskussion mit ihm, die ja das Potential, die Gefahr der Assimilation enthielte, unmöglich.⁵⁸

Die Über-Ich-Entwicklung wurde hier in einem Stadium aufgehalten, das Anna Freud als ›Identifizierung mit dem Angreifer‹ charakterisiert. »Es ist möglich, daß manche Individuen auf dieser Zwischenstufe der Über-Ich-Bildung stehenbleiben und die Verinnerlichung des Vorgangs nie ganz zustande bringen. Sie bleiben dann in der Selbstwahrnehmung der eigenen Schuld besonders aggressiv gegen die Außenwelt.«⁵⁹ Was innerhalb der kindlichen Entwicklung als eine durchaus normale Stufe gelten kann, hat sich beim Autoritären als habitualisierte Reaktionsform verfestigt. Eine ›Vor-

⁵⁷ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 474.

⁵⁸ »Die spezifische politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist« in der faschistischen ›Theorie‹ daher stets »die Unterscheidung von *Freund* und *Feind*. [...] Die Unterscheidung von Freund und Feind hat den Sinn, den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation zu bezeichnen [...]. Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch häßlich zu sein; er muß nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen. Er ist eben der Andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas Anderes und Fremdes ist, so daß im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind, die weder durch eine im voraus getroffene generelle Normierung, noch durch den Spruch eines ›unbeteiligten‹ und daher ›unparteiischen‹ Dritten entschieden werden können« (Schmitt, Der Begriff des Politischen, a.a.O., S. 14 f.).

⁵⁹ A. Freud, a.a.O., S. 93.

form« der Über-Ich-Ausbildung ist dieser Abwehrvorgang insofern, als das Kind hier ebenfalls die Attribute der Erzieher — ihre Normen und ihre Aggressionen — sich zu eigen macht; es setzt sich an die Stelle des Bedrohers, wendet aber die Bedrohung nicht gegen sich selbst, sondern gegen die Außenwelt. »Strafandrohung und Vergehen sind auch nach der Introjektion der Kritik noch nicht im Innern des Individuums zusammengetroffen. In demselben Augenblick, in dem die Kritik nach innen verlegt wird, verschiebt sich das Vergehen in die Außenwelt. Das heißt aber: die Identifizierung mit dem Angreifer ergänzt sich durch ein anderes Abwehrmittel, durch die Projektion der Schuld.«⁶⁰ In einzelnen Fällen mag es gelingen, die Bedrohung direkt gegen ihren Urheber zu kehren, d. h. einfach den Platz mit ihm zu vertauschen. In anderen Fällen ist dies aufgrund der Umstände unmöglich; aber auch hier bleibt der Mechanismus ungebrochen in Kraft: Das ursprüngliche Angstobjekt wird dann durch einen »Stellvertreter« substituiert.⁶¹

Das Verhalten des Autoritären erschließt sich zu großen Teilen aus der Fortexistenz dieses Mechanismus, wie sich die spezifischen Merkmale des autoritären Charakters überhaupt im weitesten Sinne auf »Regressionen« oder aber Überbleibsel früherer Entwicklungsstadien zurückführen lassen, in denen das Individuum gleichsam »festgehalten« wurde.⁶² Dies ist im

⁶⁰ Ebd., S. 92.

⁶¹ In anderem Zusammenhang hat S. Freud den Mechanismus der »Identifizierung mit dem Angreifer« — ohne ihm diesen Namen zu verleihen — am Spiel des Kleinkindes aufgedeckt: »Wenn der Doktor dem Kinde in den Hals geschaut oder eine kleine Operation an ihm ausgeführt hat, so wird dies erschreckende Erlebnis ganz gewiß zum Inhalt des nächsten Spieles werden, aber der Lustgewinn aus anderer Quelle ist dabei nicht zu übersehen. Indem das Kind aus der Passivität des Erlebens in die Aktivität des Spielens übergeht, fügt es einem Spielgefährten das Unangenehme zu, das ihm selbst widerfahren war, und rächt sich so an der Person dieses Stellvertreters« (Jenseits des Lustprinzips, a.a.O., S. 15).

⁶² Dies gilt bereits für den im letzten Kapitel beschriebenen Identifikationsmechanismus, der bei der Wahl des Führers in Kraft tritt: Er hat, Freud zufolge, eine unvollkommene Sonderung von Ich und Ich-Ideal zur Voraussetzung, wie sie für die frühe Kindheit geradezu typisch ist. Charakter und Verbreitung solcher Mechanismen haben besondere Bedeutung für das zu Beginn dieses Abschnitts angeschnittene Problem des Verhältnisses von Normalem und Abnormem. Zum einen entsteht »Abnormalität« aus der Perpetuierung dessen, was auf einer früheren Stufe durchaus »normal« war: Der Erziehungsprozeß in der bürgerlichen Familie ist hier wie dort die Grundlage. Zum anderen ist den psychoanalytischen Einsichten zufolge die Regression auf eine frühere Entwicklungsstufe — oder das Verharren in ihr — zwar nicht im klinischen, wohl aber im statistischen Sinn, angesichts ihrer Häufung also, geradezu als »normal« zu bezeichnen, ohne daß hier allerdings die Bedingungen für diese »Normalität der Regression« als soziale bestimmt wurden. Wenn die hier dargestellten Mechanismen die Konterrevolution auf der psychischen Ebene vorbereiten, so kann der massenhafte Zulauf, den sie in ihrer bisher radikalsten Form, dem Faschis-

Begriff des ›sado-masochistischen Charakters‹ selbst bereits angedeutet: Ein Übermaß an sexueller Repression und nachfolgender Verdrängung in der frühen Kindheit behindern den Weg zum ›Primat der Genitalität‹, der, Freud zufolge, in der normalen Entwicklung hergestellt werden sollte. Der Rückfall in die ›prägenitale‹, anal-sadistische Phase liegt daher stets nahe, doch hindern auch hier rigide Tabus den Trieb an einer unmittelbaren Äußerung. Das Ergebnis der erzwungenen Regression ist vielmehr die Dominanz von ›Reaktionsbildungen‹ (in Form zwanghafter Sauberkeit, pedantischer Reinlichkeit usw.) im Charakter des Autoritären.

Der autoritäre, sado-masochistische Charakter, »für den der deutsche Volksmund die Bezeichnung ›Radfahrernatur‹ fand«⁶³, wurde bisher als Produkt einer bestimmten Erziehungssituation in der bürgerlichen Familie beschrieben. Die Familie ist jedoch keineswegs nur die Agentur des Bürgertums, sondern diejenige Institution, die den Sozialisationsprozeß in *allen* Klassen der Gesellschaft leitet; sie ist eine Agentur der *Gesamtgesellschaft*. Angst und Schuldgefühle entstehen in der *normalen* Sozialisation; zu ihrer Ableitung bedurfte es lediglich des Hinweises auf die ödipale Situation, die sich, Freud zufolge, in der Kindheit eines jeden Individuums herstellt oder gar herstellen sollte.

Demnach könnte es scheinen, als sei das durch die ›Ideologiefabrik‹ der Familie erzeugte sado-masochistische Syndrom ebenfalls eine gesamtgesellschaftliche Erscheinung, ist doch die Sexualunterdrückung nicht nur die Wurzel des autoritären Charakters, sondern der Hebel der primären Sozialisation im allgemeinen. Eine derartige Schlußfolgerung könnte sich daneben auf Fakten stützen: Der autoritäre Charakter ist in der Tat nicht die Erscheinung einer einzigen Klasse, sondern zeigt eine gewisse Streuung über die Gesamtgesellschaft. Die Annahme geht sicherlich nicht fehl, daß dieser Charaktertypus sich an ihren Extremen, im Proletariat einerseits, der Bourgeoisie andererseits, ebenso auffinden läßt wie in ihren mittleren Bereichen.

Wenn es richtig ist — und auf diesen Nachweis kommt es Reich vor allem an —, daß die bürgerliche Familie per se zur Ausbildung konterrevolutionärer Dispositionen führt, so läßt sich gleichwohl in der Masse der — mehr oder minder zum Autoritarismus neigenden — Individuen der spezifisch ›autoritäre‹ Charakter aussondern. Der autoritäre Charakter ist ein *soziales* Phänomen, und dies nicht nur in dem Sinne, daß seine Wirkungen je nach der sozialen Position, den realen

mus, erhielt, nicht mehr auf bloße Täuschungsmanöver zurückgeführt, d. h. als ›Zufälligkeit‹ behandelt werden.

⁶³ Adorno, Die Freudsche Theorie, a.a.O., S. 52.

Machtchancen eines autoritären Individuums selbstredend überaus verschieden sind, sondern auch im Sinne seiner *Häufung* in bestimmten sozialen Bereichen. Mit anderen Worten: der autoritäre Charakter *kann* in allen Gesellschaftsklassen auftreten, seine Entstehung ist nicht notwendig und ausschließlich an spezifische soziale Bedingungen gebunden; und dennoch ist es das »Kleinbürgertum, das ihn am stärksten verkörpert«⁶⁴.

Fromm spricht geradezu von *dem* »kleinbürgerlich-autoritären Charakter«. Doch blieb gerade die »bekannte Hypothese«, nach der »Anfälligkeit für den Faschismus charakteristisch für den Mittelstand (ist)«⁶⁵, in den auf der »Authoritarian Personality« aufbauenden Nachfolgeuntersuchungen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung nicht unangefochten. Die Frage nach der sozialen Streuung eines zunächst vorwiegend in psychologischen Kategorien beschriebenen Phänomens rückte nun nach und nach ins Zentrum der Diskussion.⁶⁶

Bei der ursprünglichen Fassung der Skalen war offengeblieben, »ob der Ansatz der Studie — die Hypothese einer engen Verbindung von Persönlichkeitsstrukturen und potentielltem politischen Verhalten — auch für die Unterschicht gültig sei. Eine Problematik wird einzig auf der operationalen Ebene gesehen, wenn es heißt, eine Untersuchung der »unteren Klasse« bedürfe »anderer Instrumente und Verfahrensweisen.«⁶⁷ Doch scheint auch die spätere, zusammenfassende Arbeit von Freyhold⁶⁸ nicht einmal dieser Forderung nach einer Spezifizierung des Instrumentariums zu genügen. Wenn hier etwa ein 56jähriger Facharbeiter als »high« eingestuft wird, so formuliert Freyhold zwar ihren »Eindruck, daß diese Disposition eine starke soziale Verstärkung erfahren hat«⁶⁹ — einen Eindruck, dem man sich anschließen wird, wenn man in Rechnung stellt, daß derselbe Arbeiter über längere Zeit arbeitslos war und demgemäß wohl zwangsläufig die für den »Autoritären« charakteristische, affirmative Haltung zur Arbeit und Sparsamkeit teilt —, ohne jedoch die Frage zu stellen, ob das Instrument selber auf einen solchen Fall bzw. auf das Proletariat insgesamt überhaupt anwendbar sei.

Auf dieses Problem antwortet die Arbeit von Jaerisch, die

⁶⁴ Fromm, Sozialpsychologischer Teil, a.a.O., S. 121 (Fußn.).

⁶⁵ Studien, S. 47 (A. P., S. 229).

⁶⁶ Die Problematisierung der »F-scale« nach dem Kriege begann zunächst mit der Diskussion um die Rolle des Bildungsfaktors in der individuellen Reaktion auf die Items, um die sog. »Bildungsanfälligkeit« (und damit natürlich auch die soziale Anfälligkeit) der Skala.

⁶⁷ Jaerisch, a.a.O., S. 184.

⁶⁸ Michaela von Freyhold, Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen, Frankfurt 1971.

⁶⁹ Ebd., S. 195.

neueste Untersuchung zur ›Authoritarian Personality‹. »Ideologisch wird die sozialpsychologische Betrachtung, sobald sie jene aus der Konfrontation mit den Zwängen der kapitalistischen Reproduktion hervorgegangenen Verhaltensmuster und Normen, in denen sich die Arbeiterklasse von der ›gebildeten‹ Mittelschicht unterscheidet, mit der Elfe der individualistischeren Gewohnheiten und Werte dieser Mittelschicht mißt.«⁷⁰ Die Bedingungen der Ich-Stabilität seien bei Arbeitern und Mittelschichtangehörigen verschieden; die Übernahme von äußerlichen, traditionellen und rigiden Verhaltenskodices habe im Proletariat einen gänzlich anderen Stellenwert als in der Mittelschicht und folge aus dem Zwang, unversöhnliche Widersprüche zu ertragen. Die Reaktion auf die einzelnen Items lasse sich infolgedessen einzig in bezug auf die reale sozio-ökonomische Situation der jeweils getesteten Person interpretieren: »Die Zustimmung zu vielen der Sätze mag allenfalls auf Lebens- und Verhaltensweisen hinweisen, die nach wie vor von Sparsamkeit, Ordnung und Selbstdisziplin bestimmt sind und darin den Zwängen der wirtschaftlichen Lage gehorchen. Wenn Sozialpsychologie in diesen Zügen generell die des analen Zwangscharakters vermutet, zieht sie einen ähnlich falschen Schluß wie jener Psychoanalytiker, der dem Bettler, welcher von einem Millionär geträumt hatte, einreden wollte, dieser sei ein Symbol für seinen Vater.«⁷¹

Zu Recht läßt sich bezweifeln, daß gleichartige Reaktionen auf ein identisches Meßinstrument auch dann noch als ›gleichwertig‹ zu behandeln sind, wenn sie von Personen unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit ausgehen. Derartige Verbalreaktionen erfolgen nicht nur — worauf es Jaerisch hier ankommt — vor einem verschiedenen Hintergrund, sondern sind u. U. auch mit einem durchaus verschiedenen politischen Handeln verträglich. Auf der anderen Seite aber besteht m. E. kein Anlaß, von einer ideologischen Reinheit des proletarischen Klassenbewußtseins auszugehen und hier die Existenz eines autoritären Syndroms glatt zu leugnen. Angesichts des Eindringens des Faschismus in Teile der Arbeiterschaft formulierte Reich seine These von der ›ideologischen Verbürgerlichung des Proletariats‹, der Durchsetzung des proletarischen Klassenbewußtseins, »mit gegenteiligen kleinbürgerlichen Strukturbestandteilen«. »Das kleinbürgerliche Schlafzimmer, das sich der Prolet anschafft, sobald er Möglichkeiten dazu hat, auch wenn er sonst klassenbewußt ist, die dazugehörige Unterdrückung der Frau, auch wenn er Kommunist ist, die ›anständige‹ Kleidung am Sonntag, der kleinbürgerliche Tanz und tausend andere ›Kleinigkeiten‹ haben bei chronischer

⁷⁰ Jaerisch, a.a.O., S. 190.

⁷¹ Ebd., S. 210 f.

Wirkung unvergleichlich mehr konterrevolutionären Einfluß, als tausende von Versammlungsreden und Flugzetteln gutmachen können. Das kleinbürgerliche Leben wirkt unausgesetzt, dringt in jede Ritze des Alltags ein, die Fabrikarbeit und der Flugzettel wirken dagegen nur stundenweise.«⁷²

Wenn also, so kann m. E. die Schlußfolgerung nur lauten, die Tendenz zum Autoritarismus auch im Proletariat nachgewiesen werden kann, so handelt es sich hier gerade um diejenigen Komponenten des proletarischen Bewußtseins, die seine Amalgamierung mit *kleinbürgerlichen* Inhalten anzeigen. Der Unterschied besteht allerdings darin, daß (und darauf zielt der Hinweis von Reich) diese Inhalte, sofern sie der objektiven Lage des Proletariats widersprechen, als abstreifbar gelten können, während umgekehrt (das soll in den folgenden Kapiteln gezeigt werden) die Entstehungsbedingungen des autoritären Charakters in der sozialen Situation des Kleinbürgertums unmittelbar angelegt sind und sich von daher in den spezifisch kleinbürgerlichen Sozialisationsprozeß verlängern. »Die charakterliche Struktur ist erstarrter soziologischer Prozeß einer bestimmten Epoche«⁷³ und, so läßt sich im Sinne Reichs anschließen, einer bestimmten *Klasse*.

In der Tat ist der ›mittelständische‹ Bias des Instrumentariums der ›Authoritarian Personality‹ erheblich. Doch weist es gerade *darin*, indem es nämlich von der dem mittleren Unternehmer des 19. Jahrhunderts unterstellten Ich-Stärke und Autonomie ausgeht, die charakterologischen Verzerrungen auf, die sich aus der im Zuge der kapitalistischen Entwicklung fortschreitenden *Deklassierung* der Schicht ergeben, die man als ›Mittelstand‹ bezeichnet.

3. Autoritärer Charakter und Kleinbürgertum

Der Aufweis der *sozialen* Bedingungen, unter denen der autoritäre Charakter entsteht, muß fragmentarisch bleiben — den Schriften zur ›Authoritarian Personality‹ lassen sie sich kaum entnehmen. Diese machen den Versuch, die dem politischen System des Faschismus entsprechende Charakterstruktur, das so gefaßte ›faschistische Potential‹ in seinen einzelnen Komponenten empirisch zu erfassen. Dabei liegt die Hypothese zugrunde, »daß die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine ›Mentalität‹

⁷² Reich, a.a.O., S. 106.

⁷³ Ders., Charakteranalyse. Technik und Grundlagen für Studierende und praktizierende Analytiker, o. O. 1933, S. 16.

oder einen ›Geist‹ zusammengehaltenes Denkmuster bilden«, das seinerseits als »Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur« analysiert werden kann.⁷⁴ Die Grundlage der Argumentation ist daher kein klassentheoretischer, sondern ein psychoanalytischer, auf Persönlichkeitsmerkmale konzentrierter Ansatz; denn »mit dieser Betonung der Charakterstruktur (rückten) notwendigerweise mehr die psychologischen als soziologische oder geschichtliche Dimensionen in den Mittelpunkt«⁷⁵.

Gleichwohl wird dieser Charaktertypus gelegentlich einer bestimmten Klassenanlage zugeordnet, einer gesellschaftlichen Situation, die sich mit der des Kleinbürgertums im wesentlichen deckt. Zum einen nämlich im Hinblick auf die allgemeinen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen der autoritäre Charakter entsteht: Hier hielt die Frankfurter Schule stets daran fest, daß »diese psychologischen Bedingungen [...] selber das Produkt moderner Entwicklungen wie des Zerfalls des mittleren Eigentums, der wachsenden Unmöglichkeit wirtschaftlich selbständiger Existenz« sind.⁷⁶ Zum anderen bei der Analyse typischer Kategorien, in denen der ›Autoritäre‹ die ihn umgebende Gesellschaft interpretiert: Der ›usurpation-complex‹, der Antiparlamentarismus (basierend auf Ressentiments wie dem, daß die ›wahre Volksmeinung‹ durch das Repräsentativsystem verzerrt, der ›kleine Mann‹ von ihm erdrückt werde), der Inhalt des Feindbildes, der Antisemitismus usw. verweisen auf die spezifische Vorstellungswelt des Kleinbürgertums. Aus dieser Klassenlage resultieren, so darf man den vereinzelt Hinweisen entnehmen, überhaupt manche Züge im ›Gesellschaftsbild‹ der Autoritären: Ihre »›blinde(n) Flecken‹ sind zumindest teilweise auf ihren engen ›kleinbürgerlichen‹ Gesichtskreis zurückzuführen«⁷⁷. Das autoritäre Syndrom selbst schließlich, das seine Verankerung im sado-masochistischen Charakter hat, ordnet Adorno dem unteren Mittelstand zu.⁷⁸

Doch fehlt der Bezug des soziologischen Aspekts auf den psychologischen zumindest insofern, als die *Genese* des autoritären Charakters nicht auf ihre sozialstrukturelle Grundlage hinterfragt wird. »Die Entstehung von gesellschaftlich wirksamen Einstellungskomplexen wird hier auf die Mechanismen autoritärer Sozialisation zurückgeführt, wobei eine klassen-

⁷⁴ Studien, S. 1 (A. P., S. 1).

⁷⁵ Studien, S. 3 (A. P., S. 3).

⁷⁶ Institut für Sozialforschung, Soziologische Exkurse, Frankfurt 1956, S. 152.

⁷⁷ Studien, S. 318 (A. P., S. 756).

⁷⁸ »Soziologisch gesehen war dieses Syndrom in Europa gewöhnlich in hohem Maße typisch für den unteren Mittelstand« (Studien, S. 324; A. P., S. 759).

spezifische Differenzierung jedoch fehlt.«⁷⁹ Wenn hier dennoch versucht werden soll zu zeigen, daß bestimmte Elemente des spezifisch *kleinbürgerlichen* Sozialisationsprozesses die *allgemeinen* Entstehungsbedingungen des autoritären Charakters am eindeutigsten verkörpern, so werden vor allem folgende Faktoren in Rechnung zu stellen sein: 1. die Quantität der Versagungen und Verbote, ihr Verhältnis zum Spielraum, der der Wunscherfüllung des Kindes gelassen wird — denn der autoritäre Charakter entsteht durch übergroße Strenge des Vaters; 2. die Qualität der Versagungen, der Inhalt der Normen und Verbote — welche Triebziele werden vor allem unterbunden? 3. das Verhältnis dieser Versagungen zu der sozialen Situation des Erziehers einerseits, der späteren sozialen Situation sowie den sich hieraus ergebenden und zu bewältigenden Aufgaben des Kindes andererseits, d. h. ihre Adäquanz oder Inadäquanz gegenüber den realen Verhältnissen — als Kriterium für die ›Rationalität‹ oder ›Irrationalität‹ von Anforderungen und damit für das Maß, in dem diese in die Person integriert werden können bzw. ›äußerlich‹ bleiben müssen; 4. die Phase der kindlichen Entwicklung, in der Versagungen und Verbote gehäuft auftreten; die besondere Beziehung zwischen Analität und Sadismus legt die Annahme nahe, daß der autoritäre Charakter in weiten Teilen Ergebnis einer zu harten Erziehung in der Analphase (der Reinlichkeitserziehung) ist; 5. schließlich der Hintergrund der Versagungen in der Person des Erziehers selber. Nicht nur die Funktion der Kindeserziehung im allgemeinen, sondern die Tendenz, eigenes Leid, persönliche Frustration usw. auf das Kind weiterzuleiten, dürfte von einer sozialen Schicht zur anderen variieren.

Der Hintergrund der Argumentation bleibt also der *normale* Sozialisationsprozeß in der bürgerlichen Familie. Auch der spezifisch *kleinbürgerliche* Sozialisationsprozeß folgt diesem Muster, schafft jedoch — so allein kann die These lauten — durch Intensivierung wie auch Verzerrung bestimmter Momente eine über das gesamtgesellschaftlich normale Maß hinausgehende *Prädisposition* für die Ausbildung des sogenannten autoritären Syndroms.

Hatte Reich die bürgerliche Familie — als ›Struktur- und Ideologiefabrik‹ — in erster Linie für die Entstehung konterrevolutionärer Dispositionen verantwortlich gemacht, so ist hier zunächst die Frage nach dem besonderen Zusammenhang von Familie und sozialer Stellung des Kleinbürgertums zu erörtern. »Freud hat den Mechanismus der Internalisierung väterlicher Autorität entdeckt; seine Schüler haben ihn sozialpsy-

⁷⁹ Wilfried Gottschalch u. a., Sozialisationsforschung. Materialien, Probleme, Kritik, Frankfurt 1972, S. 82.

chologisch dem Typus der patriarchalischen Kleinfamilie zugeordnet.«⁸⁰ Der von Freud analysierte primäre Sozialisationsprozeß ist demnach an bestimmte historische und soziale Bedingungen geknüpft. Die bürgerliche Kleinfamilie gelangt, wie Habermas zeigt, in dem Maße zum ›Bewußtsein ihrer selbst‹ als Sphäre privater, gegenüber der Gesellschaft sich abgrenzender Autonomie, wie die Wirtschaftssubjekte sich als unabhängig in ihrer ökonomischen Tätigkeit, als frei von jeglichem staatlichen oder sonstigen Dirigismus begreifen. »Der Selbstständigkeit der Eigentümer auf dem Markte entspricht eine Selbstdarstellung der Menschen in der Familie. Deren, wie es scheint, vom gesellschaftlichen Zwang gelöste Intimität ist das Siegel auf die Wahrheit einer im Wettbewerb geübten Privatautonomie. Private Autonomie, die ihren ökonomischen Ursprung verleugnet, [...] verleiht denn auch der bürgerlichen Familie das Bewußtsein ihrer selbst.«⁸¹ Das von Freud beschriebene Sozialisationsmodell orientiert sich, insbesondere in der in ihm enthaltenen Prävalenz der väterlichen Autorität, an einer Sphäre bürgerlicher Autonomie, die, durch die Institution der Familie repräsentiert, das in seiner Größe notwendig beschränkte, vom Vater geleitete, auf den Sohn vererbte Familienunternehmen zur Grundlage hat; die väterliche Autorität hat hier ihren Ursprung.

Doch wird die bürgerliche Familie mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit dem relativen Verschwinden selbständiger Familienunternehmen, von Krisen berührt, die sich wesentlich aus dem Schwinden jener an die ökonomische Selbstständigkeit ehemals gebundenen väterlichen Autorität ergeben. Der Rückgang der Klein- und Mittelbetriebe im Prozeß der Polarisierung, die Einordnung der Erwerbstätigen in eine Hierarchie von Lohn- und Gehaltsempfängern wirkt auf die Autoritätsstruktur der bürgerlichen Familie in einem Maße zurück, daß Riesman das Aufkommen eines neuen, der ›vaterlosen Gesellschaft‹⁸² angepaßten, ›außen-geleiteten‹ Charaktertypus konstatiert, während Marcuse von den Wirkungen jener sozialstrukturellen Verschiebungen, vor allem des Übergangs von der freien zur organisierten Konkurrenz, gar auf die Inadä-

⁸⁰ Habermas, Strukturwandel, a.a.O., S. 59.

⁸¹ Ebd., S. 58 f.

⁸² Dieser Terminus ist vor allem durch Mitscherlichs Buch ›Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft‹ (1. Auflage: München 1963) in Umlauf geraten. Wesentlich früher jedoch hat Paul Federn ihn, allerdings mit gänzlich anderem Inhalt, in einem Aufsatz verwandt, der eine psychoanalytische Deutung der Ereignisse und Folgen der Novemberrevolution versucht (›Zur Psychologie der Revolution: Die vaterlose Gesellschaft‹, wiederabgedruckt in: Psychoanalyse, Marxismus und Sozialwissenschaften, s'Gravenhage 1972, S. 401 ff.).

quanz der Freudschen Theorie gegenüber den hieraus sich ergebenden psychischen Veränderungen schließt.⁸³

Empirische Untersuchungen über Sozialisationspraktiken haben deren Wandlungen im Zusammenhang einer dem — wie er häufig genannt wird — ›bürokratischen‹ Lebensstil sich zubewegenden Gesamtgesellschaft beschrieben, in welcher der frühere, an das selbständige Unternehmertum gekoppelte Wert der Eigeninitiative obsolet, wenn nicht dysfunktional wird, während umgekehrt die bürokratischen Apparaten angemessene, ›freundliche‹ Anpassung zur zentralen Verhaltensnorm wird. Dieser Prozeß ist vermittelt über Wandlungen in der Familienstruktur: Die Rollendifferenzierung und -hierarchie (Mann vs. Frau; Eltern vs. Kinder) verblaßt zunehmend, die Eltern »sind von der unnachgiebigeren und strengerer Art der Erziehung abgerückt [...] Sie haben sich Formen zugewandt, die größere Toleranz gegenüber den Regungen und Wünschen des Kindes, freiere Äußerung liebevoller Zuneigung und vermehrtes Vertrauen in ›psychologische‹ Bestrafungsmethoden beinhalten, wie vernünftiges Zureden und Appell an das Gewissen im Gegensatz zu den direkten Arten der körperlichen Strafe.«⁸⁴

⁸³ Die »Grundannahmen der Freudschen Theorie« müssen in dem Maße veralten, »wie ihr Gegenstand, nämlich das ›Individuum‹ als die Verkörperung von Es, Ich und Über-Ich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit veraltet ist« (Herbert Marcuse, ›Das Veralten der Psychoanalyse‹, in: ders., Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt 1968, S. 85). Ein detaillierter Vergleich zwischen dem ›außen-geleiteten‹ Charaktertypus und dem hier beschriebenen ›autoritären‹ Charakter kann an dieser Stelle nicht erfolgen. Es ließe sich allerdings vermuten, daß es sich um Verlagerungen im historischen Prozeß handelt, der seinerseits von Verschiebungen in der Klassenstruktur begleitet ist: So entspräche der ›autoritäre‹ Charakter dem ›alten‹, der ›außengeleitete‹ dem sog. ›neuen Mittelstand‹. Wesentlich scheint mir jedoch, daß Ursachen, die auf den ersten Blick als konträr sich darstellen, im entscheidenden Punkt ähnliche Effekte hervorbringen: Während im einen Fall der Vater als ›quantité négligeable‹ erscheint, wodurch im Grenzfall die Ausbildung eines Über-Ichs überhaupt unmöglich wird, nimmt er im anderen Fall tendenziell schrankenlose Autorität für sich in Anspruch und erzeugt damit das sog. ›rigide‹ Über-Ich beim Kind. Die Folge ist in beiden Fällen die Ich-Schwäche, die das Individuum manipulierbar und wehrlos gegenüber jeglicher Zumutung seitens der Gesellschaft macht. Der scheinbare Widerspruch löst sich dadurch, daß das beim Autoritären dominante Über-Ich in seiner Rigidität keineswegs ein starkes, funktionierendes Korrektiv darstellt, so daß auch bei ihm die Funktion, die Riesman mit dem Begriff des ›Kreiselkompasses‹ umschreibt und die dem ›Innen-Geleiteten‹ noch die Reserve gegenüber der Gesellschaft, die ›Anerkennung des Privaten‹ gewährleistet, außer Kraft gesetzt ist (vgl. David Riesman u. a., Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Reinbek b. Hbg. 81964).

⁸⁴ Urie Bronfenbrenner, ›Wandel der amerikanischen Kindererziehung‹, in: L. v. Friedeburg (Hg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin 1965, S. 321. — Nur ein verfehlter Optimismus könnte dazu verleiten, diese Hinwendung zu größerer Toleranz usw. unmittelbar als Ausdruck gewachsener subjektiver Vernunft auf seiten der Eltern zu werten. Zunächst

Diese These bezeichnet einen *allgemeinen* Trend: Die an den Zerfall der ökonomischen Selbständigkeit gebundenen globalen gesellschaftlichen und — wenn die hier zitierten Theorien zutreffen — charakterlichen Veränderungen lassen den Schluß zu, daß der autoritäre Charaktertypus *gesamtgesellschaftlich* im Schwinden begriffen ist, da sein Entstehen ja gerade an jenen sozial überholten, »vorbürokratischen« Lebensstil geknüpft ist. Die Kindheitsgeschichte der autoritären Individuen verweist generell auf einen »relativ harten und bedrohlichen Typus häuslicher Disziplin, der vom Kind als willkürlich erlebt wurde. Im Zusammenhang damit steht eine Tendenz, die in Familien vorurteilsvoller Individuen sichtbar wird: Die Beziehungen gründen sich hier auf ziemlich klar definierte Rollen von Herrschaft und Unterwerfung, im Gegensatz zu egalitären Verhaltensweisen.«⁸⁵ Auf dem Hintergrund dieses gesamtgesellschaftlichen Prozesses nimmt das Kleinbürgertum jedoch einen Sonderstatus ein: Sein Spezifikum ist ja gerade darin gelegen, daß es sich dem beschriebenen Trend bisher entzogen, sich der Hierarchie abhängig Arbeitender bisher *nicht* integriert hat. Allein in dieser Schicht fällt das soziale Geschick einer Familie noch mit dem eines vom Vater geleiteten Unternehmens unmittelbar zusammen. Betriebsvermögen und Haushaltsvermögen, Betriebseinkünfte und Haushaltsausgaben sind hier direkt aufeinander bezogen.

Wenn demnach unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen Kleinbürger und -bauern die einzige gesellschaftliche Gruppe darstellen, in der die Familie zugleich *Produktionseinheit* ist, so kann darauf geschlossen werden, daß hier die Familie in ihrer Struktur (in ihrer starren Rollenscheidung, in den überkommenen, an direkter Strafe orientierten Erziehungspraktiken) sowohl wie in ihrer Funktion (als »Ideologiefabrik«) weitestgehend sich erhalten konnte. Mit der ökonomischen und sozialen Bindung der kleinbürgerlichen Familie an ein gewerbliches oder kaufmännisches Kleinunternehmen »steht natürlich im engsten Zusammenhang, daß die Familie überhaupt als Lebensrahmen den auflockernden Einflüssen modernen Lebens im Besitzmittelstand am stärksten widerstanden hat, daß also die Familien- und Heimkultur im besten sowohl als im spießigen Sinne noch weitgehend den gesamten

spiegelt sich darin nichts anderes als die Schwächung des elterlichen Selbstbewußtseins auf dem Hintergrund der hier beschriebenen sozialen Prozesse: »Untersuchungen, die einen zunehmenden Demokratisierungsprozeß in den Ehepartnerbeziehungen und den Eltern-Kind-Beziehungen feststellen, können in Zusammenhang damit gesehen werden, daß die elterliche Autorität nicht mehr gesellschaftlich gesichert ist und die Eltern deshalb in allen Erziehungsfragen verunsichert und hilflos sind« (Gottschald u. a., a.a.O., S. 87).

⁸⁵ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 385.

Lebensduktus bestimmt«⁸⁶. Patriarchalische Strukturen zeigen sich, auch wenn sie gesamtgesellschaftlich zurücktreten, am wenigsten gebrochen in Familien, die der Berufsgruppe der ›Selbständigen‹ zuzuordnen sind. Auch dies wird von den zitierten Untersuchungen über Wandlungen in den Sozialisationspraktiken der Mittelschichten belegt: »Familien, in denen Gleichberechtigung herrschte«, fand man »häufiger in der bürokratischen Berufsgruppe, patriarchalische und — in geringerem Maße — matriarchalische Familien häufiger im unternehmerischen Milieu.«⁸⁷

Der enge Zusammenhang zwischen einer — vom Standpunkt hochentwickelter Industrie — ›archaischen‹ Produktionsweise und der ebenfalls unangepaßten, ›ungleichzeitigen‹ Institution der patriarchalischen Familie ist nicht nur wesentliches Kennzeichen der sozialen Stellung des Kleinbürgertums, sondern zugleich *ein* Moment in der Erklärung seiner Affinität zu autoritären Charakter- und Bewußtseinsstrukturen, in denen die Glorifizierung der Familie stets ihren Platz hat.⁸⁸ Dieser Zusammenhang selbst ist zunächst ein ökonomischer: Auch die noch lebensfähigen kleingewerblichen Betriebe bringen ihrem Besitzer häufig nicht wesentlich mehr ein als den normalen Arbeitslohn; doch entsteht dieser Arbeitslohn beinahe ebenso häufig nur auf der Basis der ›Mithilfe‹ von Familienangehörigen.⁸⁹ Mit anderen Worten: die dem Kapitalismus widersprechenden, ›feudalen‹ Strukturen der Familie, die sich der gesamtgesellschaftlich dominanten Rationalität des Äquivalententausches weitgehend entziehen, werden hier im direkten, ökonomischen Sinne relevant. Der Kramladen, in dem der Vater sich von seiner Frau oder seinem Sohn ablösen läßt, die Reparaturwerkstatt, in der die Frau die Buchführung übernimmt, der Sohn nach Schulschluß Hand anlegt — unter dem sozialstatistischen Terminus »mithelfende Familienangehörige« werden ja gewöhnlich nur Frauen und Kinder von Kleingewerbetreibenden und Bauern erfaßt —, werden weiterhin

⁸⁶ Geiger, Die soziale Schichtung, a.a.O., S. 85.

⁸⁷ Bronfenbrenner, a.a.O., S. 330.

⁸⁸ Entsteht der autoritäre Charakter auf der Basis oftmals brutalen Zwangs und affektiver Deprivation, so wird man die Tendenz der Autoritären, die in der frühen Kindheit erlebten Familienverhältnisse nachträglich zu glorifizieren, als eine Art ›Reaktionsbildung‹ interpretieren müssen: »Als eine Reaktion auf die zugrundeliegende Feindseligkeit tritt häufig eine starre Glorifizierung und Idealisierung der Eltern zutage. Als künstlich erweist sich diese Haltung in der Beschreibung der Eltern in übertriebenen, superlativen (und zugleich stereotypen und äußerlichen) Begriffen« (Frenkel-Brunswik, A. P., S. 386).

⁸⁹ Neben den knapp 11 % der Erwerbsbevölkerung, die das Statistische Jahrbuch von 1971 als ›Selbständige‹ ausweist, fallen etwa 7 % in die Gruppe der ›mithelfenden Familienangehörigen‹.

vom Vater gelehrt und von ihm auf den Sohn vererbt — oder sollen zumindest auf ihn vererbt werden.

Der Patriarchalismus, dem in einer Gesellschaft, die wesentlich aus Lohn- und Gehaltsempfängern besteht, die ökonomischen Grundlagen entzogen sind, kann in diesem Bereich, unangesehen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, weiterhin Wurzeln schlagen. Dies gibt zunächst einen Hinweis auf die *Quantität*, das überhöhte Ausmaß der im kleinbürgerlichen Sozialisationsprozeß ausgeübten Repression: Die ökonomische Verkettung von Familie und Betrieb erfordert ein überaus enges familiäres Zusammenleben, wie es für keine andere Gesellschaftsklasse repräsentativ ist, und eine »strenge familiäre Bindung aller Familienmitglieder aneinander [...] setzt weitgehende sexuelle Unterdrückung und Sexualverdrängung voraus«⁹⁰. Impliziert der Sozialisationsprozeß in der bürgerlichen Familie allgemein den Zwang zur Enterotisierung der intrafamilialen Beziehungen, so dürfte dieser Zwang in Verhältnissen, welche die ökonomischen und die privaten Beziehungen unmittelbar miteinander verkoppeln, über das gesamtgesellschaftlich normale Maß hinausgehen.⁹¹ Die primären sexuellen Strebungen des Kindes, die sich ja, der Freud'schen Theorie zufolge, zunächst innerhalb der Familie äußern, erfahren ein Übermaß an Unterdrückung, das nicht verarbeitet werden kann, sich in Angst transformiert und so zur Grundlage autoritärer Charakterstrukturen wird.

Der autoritäre Charakter entsteht aber nicht nur durch ein Übermaß an Repression und Verdrängung, sondern ebenso aufgrund der spezifischen *Qualität* der Normen, mit denen das Kind konfrontiert wird. Diese erklären sich in ihrer »Irrationalität« erst dann, wenn die mit der Entwicklung des Kapitalismus einhergehenden allgemeinen Umstrukturierungen mit den besonderen der kleinbürgerlichen Familie und dem in ihr normalerweise stattfindenden Sozialisationsprozeß in Beziehung gesetzt werden. Der Inhalt der intrafamilialen Autorität ist hier der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gegenüber keineswegs indifferent; vielmehr tangiert die gesellschaftliche Disparität, in der das Kleinbürgertum sich befindet, nicht nur die *Quantität*, sondern auch die *Qualität* der im Binnenraum

⁹⁰ Reich, a.a.O., S. 78.

⁹¹ Dies gilt bereits für die Beziehungen der Elternteile zueinander: Der gemeinsame Arbeitsprozeß erzwingt ohnehin eine weitgehende Enterotisierung ihrer Beziehungen. Zudem sind einer Verarbeitung von Konflikten, die im privaten Bereich entstehen, schon deshalb Grenzen gesetzt, weil die hierzu nötige — auch räumliche — Distanzierung unmöglich ist. Nachgiebigkeit gegenüber derartigen Problemen wäre häufig unmittelbar gleichbedeutend mit einer Einbuße an Arbeitszeit. Die psychische Abriegelung ist ökonomisches Erfordernis: Was am Abend zuvor geschah, muß am Morgen, wenn der gemeinsame Betrieb zu eröffnen ist, vergessen sein.

der Familie ausgeübten Repression: Der Kampf um die Erhaltung der Selbständigkeit angesichts einer Entwicklung, die den eigenen Kleinbetrieb zwar einstweilen ausgespart hat, ihn zwangsläufig jedoch — und sei es in der nächsten Generation — ebenfalls erreichen wird, leitet die väterliche Autorität zunehmend in irrationale Bahnen. Die Frage, warum das Kleinbürgertum in besonderem Ausmaß zur Ausbildung des autoritären Charakters neigt, läßt sich daher nur dann beantworten, wenn die im kleinbürgerlichen Sozialisationsprozeß vermittelten Normen in ihrem Bezug zur Gesamtgesellschaft einerseits, zur tatsächlichen gesellschaftlichen Situation des Kleinbürgertums andererseits ins Blickfeld rücken.

Die Normen von Pflicht, Ehre, Ordnungsliebe, Sparsamkeit, Sauberkeit usw., die zusammengenommen das Über-Ich des Autoritären prägen, sind, ihrer Herkunft nach, *bürgerliche* Normen. In der Starrheit, in der sie vom Kleinbürgertum vertreten (und im Sozialisationsprozeß übertragen) werden, gelten sie jedoch keineswegs innerhalb der Gesamtgesellschaft. Ihre Funktion als Regulatoren des gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs haben sie in dem Maße eingebüßt, wie die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums ihre enge Interpretation überflüssig machte. Sinn und Bezug zur tatsächlichen gesellschaftlichen Situation besaßen sie in einer früheren Phase, einer Epoche allerdings, in der das Kleinbürgertum, aufgrund des spezifischen Charakters seiner Produktionsweise, gleichsam stehengeblieben ist, in der die individuellen Restriktionen des Konsums, die Sparsamkeit auf das (von den Haushaltsausgaben noch maßgeblich abhängige) Betriebskapital und seine Akkumulation tatsächlich noch einwirkten, in der der Ordnungssinn, als allgemeiner Ausdruck der von Max Weber unterstrichenen ›Rechenhaftigkeit‹ und Buchführung im Kleinunternehmen, aufgrund der Einheit von Unternehmens- und Haushaltsvorstand zugleich eine Norm des Privatlebens wurde. Die den kleinbürgerlichen Sozialisationsprozeß dominierenden Normen entstammen, wenn nicht, wie etwa die der ›Ehre‹, der Feudalzeit, so dem Verkehr frühbürgerlicher Warenproduzenten, in dem sie — wie Weber an den Gehalten der ›protestantischen Ethik‹ nachweist — eine durchaus positive Funktion wahrnahmen. Angesichts der Entwicklung im Kapitalismus selbst geraten sie jedoch in eine Art ›Disparität‹ zur Gesamtgesellschaft; sofern sie in der ursprünglichen, engen Interpretation Eingang ins Über-Ich finden, werden sie ›irrational‹, d. h. sie können weder die Funktion der Adaptation an die Gesellschaft noch auch die eines sinnvollen Widerstands gegen sie erfüllen — sie stärken nicht das Ich, sondern schwächen es.

Die ›Ungleichzeitigkeit‹ des Kleinbürgertums, deren Ausdruck

das Festhalten an überkommenen, ›überhängenden‹ Normen ist, erhält sich jedoch nicht unverändert, sondern wird von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, vom ›Gleichzeitigen‹ zumindest ›infiziert‹. Unter den gewandelten Verhältnissen sind die Normen von Aufrichtigkeit und Ehrenhaftigkeit dysfunktional selbst im Hinblick auf die tatsächliche gesellschaftliche Situation der Schicht, die sie am heftigsten vertritt: »Die Summe dieser moralischen Haltungen, die sich um die Stellung zum Sexuellen gruppieren und gemeinhin als ›Spießertum‹ bezeichnet werden, gipfelt in den Vorstellungen — wir sagen Vorstellungen, nicht Taten — von *Ehre* und *Pflicht*. [. . .] Praktisch und wirklich zwingen ja gerade die kleinbürgerliche Daseinsweise und der kleinbürgerliche Warenverkehr vielfach das gerade gegenteilige Verhalten auf. In der privaten Warenwirtschaft gehört ein Stück Unehrenhaftigkeit sogar zur Existenz. [. . .] Die eigene Ware wird immer die beste sein, die fremde immer die schlechtere. Auftreten und Benehmen der kleinen Geschäftsleute zeugen in ihrer Überhöflichkeit und in ihrer Unterwerfung unter den Kunden von dem grausamen Zwang der wirtschaftlichen Daseinsweise, die den besten Charakter auf die Dauer verbiegen muß. Trotzdem spielt der Begriff der Ehre und Pflicht im Kleinbürgertum eine so entscheidende Rolle.«⁹² Nicht nur wird das Kind, sofern es überhaupt den Betrieb und die soziale Position des Vaters übernimmt, später zu eben denselben ›Übertretungen‹ genötigt sein und eine den ökonomischen Aktivitäten in der Tat ›äußerliche‹ Moral mit sich schleppen, sondern die mit seiner Entwicklung reifende Einsicht, daß ›Moral und Geschäft zweierlei sind‹, daß der Vater ihm die Erfüllung von Normen aufzwingt, denen er in seinem täglichen Geschäftsgebaren selbst keineswegs durchgängig nachkommt, wird den Glauben an die Werthaftigkeit dieser Normen von vornherein erschüttern, an die Stelle ihrer Verinnerlichung die bloße Dressur treten lassen. Das Katzbuckeln des Vaters vor Kunden und Auftraggebern, das der Sohn täglich beobachtet, gereicht jenem kaum zur ›Ehre‹; die Aufrichtigkeit, die der Vater ihm aufnötigt, mag von diesem selbst gelegentlich — bei der Verrechnung überhöhter Arbeitszeiten, bei der Verwendung billiger Materialien usw. — drastisch mißachtet werden. Hatte Freud postu-

⁹² Reich, a.a.O., S. 83 f. — Dies ist allerdings nicht so zu verstehen, daß jenes ›Stück Unehrenhaftigkeit‹ zur privaten Warenwirtschaft schlechthin gehöre. Es entspricht vielmehr der Situation überalterter Schichten unter dem entwickelten Kapitalismus, denen andere Abwehrmittel gegenüber der Konkurrenz der großen Warenhäuser usf. nicht mehr zur Verfügung stehen. Bereits 1872 konstatierte Engels, daß die »Prellerei des Käufers durch den Verkäufer [. . .] im Kleinhandel, namentlich in den großen Städten, jetzt eine vollständige Lebensbedingung für den Verkäufer geworden« war (Engels, Zur Wohnungsfrage, a.a.O., S. 527).

liert, daß in der kindlichen Entwicklung das Über-Ich an die Stelle des Vaters und der von ihm repräsentierten Normen treten solle, so wird angesichts dieser vom Kind erlebten ›kognitiven Dissonanzen‹, der Doppelbödigkeit der Moral, der Diskrepanz von Norm und Wirklichkeit nur ein Über-Ich sich ausbilden können, das dem handelnden Ich gegenüber ebenso ephemere, ›äußerlich‹ bleibt.

Zwischen der Irrationalisierung des Über-Ichs, der Grundlage des autoritären Charakters, und den gesamtgesellschaftlichen Umwälzungen, die sich mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit dem Verschwinden ›autonomer‹ (d. h. nur den Marktgesetzen unterworfenen) Unternehmer vollziehen, besteht, folgt man den Studien der ›Kritischen Theorie‹ zum Autoritätsproblem, ein grundsätzlicher Zusammenhang. Die vom Vater auferlegte Triebversagung, so argumentiert Fromm, hat da etwas Rationales, Durchschaubares, wo sie in ihrer Funktion für die ökonomische Position des Vaters — die vom Sohn, mittels Vererbung des väterlichen Unternehmens, übernommen werden soll — durchsichtig wird. »Wenn zum Beispiel ein Kaufmann des 18. Jahrhunderts für seinen Sohn die triebverneinenden Tendenzen verkörpert, so verkörpert er gleichzeitig die Ideale des Fleißes, der Solidität, des Aufgehens im Geschäft usw., die seinen späteren Erben und Nachfolger einst in den Stand setzen sollen, seine soziale Rolle erfolgreich durchzuführen.«⁹³ Nur solange die Chance gegeben ist, daß »die ökonomische Situation des Sohnes, wenn er erwachsen ist, sich nicht grundsätzlich von der ihm vom Vater bestimmten unterscheidet«⁹⁴, besteht also die Möglichkeit einer vom Individuum zumindest a posteriori als notwendig begriffenen Triebversagung. Wo hingegen diese Voraussetzung entfällt, wo das Erbe — in Gestalt des väterlichen Unternehmens — entweder bereits aus Schulden besteht oder einfach unrentabel geworden ist, wo darüber hinaus die vom Vater auferlegten Versagungen nicht einmal in einer durchsichtigen Beziehung zu seiner *eigenen* ökonomischen Aktivität stehen, »werden die Ideale, die der Sohn durch die Identifizierung mit dem Vater übernommen hat, statt einer fördernden eine hemmende Funktion ausüben«⁹⁵, hemmend in bezug auf die Ausbildung des Ichs.

Folgt man den Untersuchungen zum ›autoritären Charakter‹, so sind dessen Züge »wesentlich vermittelt [...] durch eine patriarchalische Familie, in der der väterlichen Autorität keine unabhängige bürgerliche Existenz mehr zugrunde liegt«⁹⁶. Konnte der Kaufmann des 18. Jahrhunderts, den Fromm zum

⁹³ Fromm, Sozialpsychologischer Teil, a.a.O., S. 109.

⁹⁴ Ebd., S. 110.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ Jaerisch, a.a.O., S. 183.

Vergleich heranzieht, sich noch als Träger des ökonomischen Fortschritts begreifen, so unterscheidet sich der Repräsentant eines kleinen Familienbetriebs spätestens seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von ihm darin, daß er auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung keinen Einfluß mehr besitzt, ja umgekehrt stets in Gefahr schwebt, von ihr — bis zur Vernichtung seiner ökonomischen Existenz — ›überrollt‹ zu werden. Es fehlt ihm die ›Zukunft‹, und dies verleiht auch der Autorität, die er seinem Kinde gegenüber ausüben wird, einen grundsätzlich anderen, ›abgeleiteten‹ Charakter: Sie ist mit seiner sozialen Position nicht mehr positiv, sondern negativ verbunden, sie wird zum *Substitut* für die soziale Autorität, den gesellschaftlichen Einfluß. Im Grenzfall ist sie überhaupt nicht mehr auf das Kind und die Erfordernisse seiner Erziehung bezogen, sondern diese Erziehung wird umgekehrt zum Ventil, das Kind selbst zum Objekt der außerhalb des familiären Bereichs entstandenen Aggressionen des Vaters. Ist er in der gesellschaftlichen Wirklichkeit selber Objekt blinder Autorität, so werden ihm die intrafamilialen Beziehungen — vor allem die zum Kind — zu dem Feld, in dem seine Aggression, in Form tyrannischer Autorität, sich äußern kann: Seine reale gesellschaftliche Ohnmacht kann sich hier kompensieren.

Die ›Verschiebung‹ des Objektes der Aggression wird dem Kleinbürger um so näherliegen, als eine Kompensation seiner gesellschaftlichen Ohnmacht nicht, wie beim Proletariat, auf ebenfalls ›gesellschaftlichem‹ Wege, durch die auf der Gemeinsamkeit der sozialen Situation basierende, direkte (gewerkschaftliche und politische) Assoziation zu erreichen ist. Dem stehen die räumliche und ökonomische Zersplitterung der kleinen Warenproduktion, die hier herrschende Konkurrenz und die inneren Interessengegensätze fast prohibitiv entgegen. Von denen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie über ihm stehen, unterscheidet ihn andererseits die Tatsache, daß seine Wünsche nach Autorität und sozialer Geltung nicht die Form sozial legitimierter Herrschaftsverfügungen annehmen können. In einer Gesellschaft, die in sich autoritär, auf Herrschaftsbeziehungen aufgebaut ist, ist ihm die Äußerung von Aggression nur in ihrer Verschiebung gestattet; als Objekt ist die Familie, ohnehin eine gesellschaftliche Enklave, dafür geradezu prädisponiert. Auch »der einfache Mann hat noch Objekte zur Verfügung, die schwächer sind als er und die zu Objekten seines Sadismus werden. Frauen, Kinder und Tiere spielen in dieser Hinsicht eine äußerst wichtige sozialpsychologische Rolle.«⁹⁷ Die Dressurmaßnahmen, die diesem Muster folgen, lassen sich als ›Erziehung‹ kaum noch interpretieren;

⁹⁷ Fromm, Sozialpsychologischer Teil, a.a.O., S. 117.

ihr Ziel ist nicht die Ich-Entwicklung des Kindes, sondern die Wiederaufrichtung der gestörten Identität des ›Erziehers‹. »Je dringlicher die ›sozialen Bedürfnisse‹ der Eltern, desto eher neigen sie dazu, das kindliche Verhalten nach ihren eigenen Bedürfnissen — statt nach denen des Kindes — zu beurteilen.«⁹⁸

Ähnliches gilt für die Normen, die den Moralkodex des Kleinbürgertums ausmachen und mit dem Über-Ich des Autoritären beinahe deckungsgleich sind. Die biedermännischen Werte der Pflicht, Ehre, Sparsamkeit, Ordnungsliebe, Sauberkeit usw. haben, darauf wurde bereits hingewiesen, ihre ehemals *positive* Funktion im bürgerlichen Warenverkehr längst aufgegeben. Wenn sie dennoch, trotz ihrer Dysfunktionalität, vom Kleinbürgertum zäh — wenngleich in verzerrter Form — verteidigt werden, so ergibt sich dies nicht nur aus der Tradition der kleinen Warenproduktion, sondern aus deren defensiver Position innerhalb des kapitalistischen Systems. Sie haben, mit anderen Worten, eine neue, primär *negative* Funktion erhalten: Sie dienen der sozialen *Abgrenzung*, und zwar vorab der nach ›unten‹, gegenüber dem Proletariat, und diese *Abgrenzung nach unten* erfolgt durch *Identifikation nach oben*. »In seinem Bestreben, sich vom Proletariat abzugrenzen, kann das städtische Kleinbürgertum, da es wirtschaftlich nicht besser gestellt ist, als das Industrieproletariat, nur auf seine familiären und sexuellen Lebensformen sich stützen, die es dann in bestimmter Weise ausbaut. Was wirtschaftlich unzulänglich ist, muß moralisch kompensiert werden. [. . .] Da man nicht so gestellt ist wie die Großbourgeoisie, gleichzeitig aber mit ihr identifiziert ist, müssen die kulturellen Ideologien wettmachen, was die wirtschaftliche Lage nimmt. Die sexuellen und die von ihnen abhängigen sonstigen kulturellen Lebensformen dienen im wesentlichen der Abgrenzung gegen unten.«⁹⁹

Die Gesetzmäßigkeiten dieses Prozesses, der ›Identifikation nach oben‹, sind von der amerikanischen Sozialpsychologie unter dem Begriff des ›overadjustment‹ erörtert worden: Orientiert sich ein Individuum in seinem Sozialverhalten an einer Schicht, in der es nicht aufgewachsen ist, sondern in die es hineinwachsen, als deren Mitglied es gelten möchte, so wird es sich dieser Schicht durch Übernahme ihrer Normen nicht nur anpassen, sondern normalerweise ›überanpassen‹, diese Normen also gewissermaßen mißverstehen; es ist ihm zunächst unmöglich, sich ihrer in der flexiblen Weise zu bedienen wie diejenigen, die in der betreffenden Schicht aufgewachsen sind. Was hier für den sekundären Sozialisationsprozeß eines Individuums beschrieben wird, ist, so darf man anneh-

⁹⁸ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 385.

⁹⁹ Reich, a.a.O., S. 82 f.

men, im Kleinbürgertum allgemein und daher auch bereits in der primären Sozialisation wirksam: Das Kleinbürgertum orientiert sich nicht nur an bürgerlichen Normen, sondern vertritt diese gleichsam distanzlos, in einer Rigidität, wie sie mit einer wirklich gefestigten bürgerlichen Sozialposition unvereinbar wäre. Bezogen auf den typisch kleinbürgerlichen Sozialisationsprozeß bedeutet dies, daß das Kleinkind bereits zum Opfer der elterlichen Statusängste wird, daß die Konfrontation mit ›unechten‹ Normen, die es nicht absorbieren kann, die Grundlage für den späteren, extremen *Konventionalismus* schafft, der — samt seinen Begleiterscheinungen, dem Denken in Stereotypen, dem Mangel an Spontaneität und Phantasie — den autoritären Charaktertypus kennzeichnet. »Die Ziele, die solche Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder verfolgen, sind gewöhnlich in hohem Maße konventionell. Die Statusangst, die man so häufig in Familien vorurteilsvoller Individuen antrifft, spiegelt sich in der Übernahme eines rigiden und äußerlichen Normenkodex: Was gesellschaftlich akzeptiert und hilfreich beim Aufstieg in der gesellschaftlichen Hierarchie ist, wird als ›gut‹ angesehen; was abweicht, was anders ist und gesellschaftlich unten steht, hält man für ›schlecht‹.«¹⁰⁰

Das Ergebnis dieser mangelhaften und zugleich überzogenen ›Anpassung‹ ist die Lächerlichkeit des Parvenüs, ein Begriff, der offenbar sehr früh bereits mit dem des Kleinbürgertums assoziiert wurde. Fast ausnahmslos ›Parvenüs‹ sind etwa die Gestalten, die bei Balzac, einem der ersten Theoretiker des Kleinbürgertums, auftreten. Die ›Kleinbürger‹ sind hier nach oben strebende, darin allerdings vorwiegend bereits korrupte Elemente aus den Unterschichten¹⁰¹, dem ›Volk‹, denen es zur Identifikation mit der herrschenden Klasse weniger an materiellem Wohlstand, wohl aber an Bildung mangelte.¹⁰²

¹⁰⁰ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 385.

¹⁰¹ Zu einigem Wohlstand gelangt (wenn auch mitunter auf recht fragwürdige Weise), gilt ihr krampfhaftes Bemühen der Imitation großbürgerlicher Verkehrsformen. Aus Minard, dem Kleinhändler, der sein Vermögen in einer ›conception perverse‹ gewittert hatte (diese bestand darin, bereits aufgebrühten Tee zu trocknen und ihn dem noch unverbrauchten beizumischen), wurde ein Grossist. Infolgedessen verbarg er seine Frau am liebsten vor den Augen der Öffentlichkeit, verriet ihr Französisch doch stets noch ihre Vergangenheit als Arbeiterin in einer Werkstatt zur Herstellung künstlicher Blumen und sah sie schließlich, trotz ihrer mit wachsendem Reichtum gewachsenen Ansprüche, immer noch aus wie ›eine von ihrem Dienstherrn geheiratete Köchin‹. Wenn er es dagegen liebte, sich ›in Gesellschaft‹ mit seinem Sohn zu präsentieren, so litt dieser junge Advokat doch ebenso unter seinem Vater und dessen dröhnenden Gemeinplätzen wie dieser unter seiner Frau.

¹⁰² Der Begriff des ›parvenu‹, der erst im 18. Jahrhundert, mit der die frühe bürgerliche Gesellschaft kennzeichnenden sozialen Mobilität, als Substantiv in die französische Sprache einging, hatte die mangelnde Adap-

Sie »waren ohne Hirn, ohne Bildung, entstammten den unteren Schichten und verkörperten die Typen und die Lächerlichkeiten des Kleinbürgertums«¹⁰³.

Die tragisch-komischen Aspekte, unter denen der Kleinbürger bereits bei Balzac erscheint, basieren ausschließlich auf seiner mißlingenden und desto ernsthafter betriebenen Identifikation »nach oben«, die bis heute zu seinen Wesensmerkmalen zählt.¹⁰⁴ Er begreift sich als *Bürger*, und dies um so zäher, als ihm das Schicksal der Proletarisierung vor Augen steht. Nach Geigers Analyse des Proletaroiden ergab als wesentliches Kennzeichen dieser sozialen Figur die Divergenz, das Auseinanderfallen von objektiver sozio-ökonomischer Lage und subjektiven Ansprüchen und Identifikationen. Der Proletaroid ist aber nur die Karikatur des Kleinbürgers unter fortgeschrittenen kapitalistischen Bedingungen. Von der Proletarisierung ist dieser stets bedroht, ob er sich in der — von Geiger einkommensmäßig bestimmten — Situation des Proletaroiden bereits befindet, oder ob ihm einstweilen noch Aufschub gewährt wird.

Die Identifikation mit dem »Höheren« also ist dem Kleinbürgertum geblieben, und zwar im doppelten Sinn: als Identifikation mit »ideellen« Gehalten, die, Geiger zufolge, nicht nur die spezifische »Wirtschaftsfremdheit« der mittelständischen Ideologie ausmachen, sondern auch ihre spezifische »Falschheit«,

tation an die Verkehrsformen und die Bildung der herrschenden Klasse von vornherein zum Inhalt. Angewandt wurde er zunächst offenbar auf die frisch nobilitierte Bourgeoisie (im Gegensatz zum »wirklichen«, dem Geburtsadel), sodann auf die von Balzac geschilderten, reich gewordenen Elemente aus dem »Volk«, die sich der »wirklichen« Bourgeoisie, die ihr Prestige nicht nur auf materiellen Wohlstand, sondern auf Bildung gründete, als »petits bourgeois« zu assimilieren suchten. Diese Bildung bestand normalerweise in einem juristischen Studium (nicht zufällig wurde daher aus dem Sohn Minards ein Advokat).

Der Begriff »Parvenü« hat sich — trotz wiederholter Versuche (zunächst im Kampf gegen die napoleonische Besatzung, später im Faschismus), ihn durch das Wort »Emporkömmling« zu substituieren — seiner Übersetzung gegenüber als resistent erwiesen. — Seinen präzisen Sinn hatte er in den mit dem Aufkommen der bürgerlichen Gesellschaft einhergehenden sozialen Verschiebungen erhalten, und diese haben sich in Frankreich früher und in klarerer Form vollzogen als in Deutschland. (Ähnliches gilt übrigens für den Begriff »Bourgeoisie«.)

¹⁰³ Balzac, Die Kleinbürger, a.a.O., S. 40 f.

¹⁰⁴ »Wie die ökonomische Beengtheit der Zuneigung zur bürgerlichen Geistes- und Lebensauffassung einen unechten und komischen Zug verleiht, so auch umgekehrt die dem Bürgertum abgeschauten Lebensanschauung, die als bürgerliche durchzuhalten, dem Kleinbürger außerordentlich schwer fällt, seiner durch seine wirtschaftliche Lage erzwungenen beengten Lebensweise oft geradezu einen Zug ins Lächerliche. Hierbei spielt allerdings die subjektive Unfähigkeit des Kleinbürgers, den »feinen Bürger« zu kopieren, eine entscheidende Rolle, einfach weil er kein Bürger ist, sondern einer völlig anderen seelisch-geistigen Struktur unterliegt« (Kofler, Das Wesen des Kleinbürgertums, a.a.O., S. 257 f.).

und als Identifikation mit den in der sozialen Hierarchie ›höher‹ stehenden Schichten. Doch hat sich der Widerspruch zwischen seinen gesellschaftlichen Aspirationen und den Möglichkeiten, ihnen durch sozialen Aufstieg nachzukommen, seit der Epoche Balzacs verschärft: Das ›Emporkommen‹ ist nicht nur nach der Seite der Bildung, sondern auch nach der ökonomischen im Regelfall ausgeschlossen, und der Abstand, der das Kleinbürgertum von der herrschenden Klasse trennt, äußert sich nicht mehr nur in der Lächerlichkeit des Parvenüs. Auf dem Hintergrund der im historischen Prozeß sich vergrößernden Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf soziale Geltung und gesellschaftlicher Wirklichkeit haben die Grimassen kleinbürgerlicher Anpassung eine neue Qualität erhalten und sich in Prädispositionen der Konterrevolution verwandelt. Die Identifikation des Kleinbürgertums mit der Bourgeoisie hat ihre Harmlosigkeit in dem Maße verloren, wie das ›Volk‹, aus dem auch Balzacs ›Kleinbürger‹ sich herauszuheben strebten, im Zuge der kapitalistischen Entwicklung die Form einer modernen Klasse, die des Proletariats, annahm. Gleichsam hinter dem Rücken des Kleinbürgertums verkehrt sich in diesem Prozeß sein ›Ordnungssinn‹ in den Sinn für die bestehende — kapitalistische — Ordnung, die Identifizierung mit dem Höheren in die Identifizierung mit dem (sozialen) Aggressor, die von diesem verursachte soziale Frustration in soziale Aggression gegen die ›unten‹ Stehenden, das Proletariat.

Die Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Anspruch und tatsächlichem sozialen Status ruft Aggression nicht nur hervor; als uneingestandene lenkt sie diese vielmehr zugleich ab. Ist man mit den Herrschenden identifiziert, so muß es Objekte der Herrschaft geben: »Der ›Autoritäre‹, der sich mit der Macht identifiziert, lehnt zu gleicher Zeit alles ab, was ›unten‹ ist.«¹⁰⁵ Objekte der Herrschaft des ›kleinen Mannes‹ sind nicht nur, wie bereits beschrieben, Familienmitglieder, sondern in sozial relevanterem Ausmaß die sogenannten ›out-groups‹. Deren Wahl ist gewissermaßen zufällig, ›zufällig‹ allerdings nur innerhalb eines bestimmten Rahmens. Denn die Grenzen der ›Wahlmöglichkeit‹ lassen sich angeben.¹⁰⁶ Wie bereits der

¹⁰⁵ Studien, S. 327 (A. P., S. 762).

¹⁰⁶ Von hier aus ließe sich auch — dies kann hier nur hypothetisch angedeutet werden — der ›Dezisionismus‹ interpretieren, der tragende Zug der faschistischen Theorie Carl Schmitts. Ist es im Grunde gleichgültig, wie der ›Feind‹ aussieht — denn wichtig ist nur, daß er in Gestalt des ›Anderen‹ und ›Fremden‹ existiert und gehaßt wird —, so ließe sich vermuten, daß jene Beliebigkeit ebenfalls ihre ›Klassenbasis‹ besitzt: Während die beiden Hauptklassen der Gesellschaft ihren jeweiligen Klassengegner klar benennen können, wird dem Kleinbürgertum im Grunde die ganze Gesellschaft, der es nur peripher angehört, zum Feind. Seine Aggressionen sind — wie die des ›Autoritären‹ — ›diffus‹. Zugleich zwingt ihn sein

an der ›Identifizierung mit dem Angreifer‹ beschriebene Mechanismus der Externalisierung der Bedrohung zeigt, unterliegt der typische Autoritäre dem Zwang, innere Ich-Gefährdungen — wie vor allem verbotene Triebregungen — in die Außenwelt zu verlegen, zu ›projizieren‹. Unter soziologischem Aspekt bedeutet dies, daß die Gefahr der Deklassierung in anderen, tatsächlich marginalen Gruppen der Gesellschaft aufgespürt wird. Die ›Wahl‹ der Juden zum Objekt der Aggression ist demnach weniger zufällig, als gelegentlich angenommen wurde: Längst vor dem Faschismus, in dem der Antisemitismus zum Bestandteil der offiziellen Ideologie wurde, symbolisierte der Jude für das Kleinbürgertum das ihm bevorstehende Schicksal der Deklassierung, und der Haß auf ihn war nur die Externalisierung der ihm selbst drohenden Gefahr der gesellschaftlichen Marginalität. Als überkommenes Symbol des Wuchers erscheint der Jude ebenso als Überbleibsel der Vergangenheit, ist er ebenso unangepaßt, ›mißratener Bourgeois‹, wie der Kleinbürger. »In gewissem Grade empfindet diese Schicht dieselben Bedrohungen ihrer wirtschaftlichen Existenz wie die Juden; die Angehörigen des Mittelstandes sind selbst in die Defensive gedrängt und kämpfen verzweifelt um die Erhaltung ihres Status. [...] Der Antisemit aus dem Mittelstand wird den Juden wahrscheinlich als den *nicht angepaßten* Bourgeois betrachten, als den Versager [...], als antiquierten, unbequemen Überrest aus der Vergangenheit.«¹⁰⁷

Hält man sich an die Untersuchungen zur Autoritären Persönlichkeit, so darf man die durch Identifikation nach oben bekämpfte und daher *uneingestandene Marginalität* geradezu als die gesellschaftliche Basis des autoritären Charakters betrachten. Mehr als die im engeren Sinn ökonomischen Verhältnisse einer Familie (die zudem von Fall zu Fall variieren) ist sie für

Konkretismus (seine Tendenz zur Personalisierung) zur Benennung bestimmter Akteure, die das Übel, das ihm angetan wird, personell verkörpern. Diese Auswahl ist dann — in einem hier zu bezeichnenden Rahmen — in der Tat ›dezisionistisch‹.

Auch wenn sich zeigen läßt, daß die Theoriegebilde Carl Schmitts in einzelnen Teilen das Gesellschaftsbild des Autoritären in geradezu klassischer Form wiedergeben (vgl. hierzu auch die Fußn. 58 dieses Abschnitts), ist damit nicht ihrer psychologistischen Interpretation das Wort geredet, die etwa Klaus Horn vollzieht, wenn er Schmitt unter die »gigantomanen Kleinbürger« einreicht, die »in infantiler Weise jegliche Verantwortung auf einen bloß in der Phantasie omnipotenten Führer abschoben« (›Zur Formierung der Innerlichkeit. Demokratie als psychologisches Problem‹, in: G. Schäfer und C. Nedelmann [Hg.], Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967, S. 185). Weder ist die faschistische Theorie Schmitts einfach die Objektivation irgendwelcher ›Infantilismen‹ noch war die ›Omnipotenz‹ Hitlers ein bloßes Phantasieprodukt.

¹⁰⁷ Studien, S. 151 (A. P., S. 638).

die in der Sozialisation des Kindes wirksamen Faktoren verantwortlich, die seine Wendung zum Autoritarismus begünstigen.¹⁰⁸ Im Kleinbürgertum überwiegt das soziale Elend das ökonomische; im ingroup-outgroup-Mechanismus wird es ›erledigt‹, auf Objekte verschoben, die mit seiner Erzeugung nichts zu tun haben, ja selbst Opfer einer Gesellschaft sind, die auch das Kleinbürgertum an den Rand drängt.

Die Verschiebung der Aggression auf Schwache kompensiert jedoch nicht nur die eigene Schwäche, sondern zugleich die Demütigung, die aus der Unterwerfung unter den Stärkeren resultiert. Die Identifizierung mit ihm vollzieht sich nicht bruchlos — weder im psychoanalytischen Sinn noch im sozialen. Zwar läßt sich im Hinblick auf die Genese individueller Charakterstrukturen zeigen, daß die besondere »Art der Abhängigkeit von den Eltern: der Wunsch nach ihrer Fürsorge, der sich mit der demselben allgemeinen Muster folgenden Furcht paart, die selbst-auslöschende Unterwerfung unter die Eltern« hervorbringt. Doch finden sich »bestimmte Hinweise, die zugleich das Vorhandensein eines untergründigen Ressentiments gegen die Eltern sowie das Gefühl indizieren, von ihnen gequält zu werden«.¹⁰⁹ Das Verhältnis des Autoritären zum Vater ist grundsätzlich ambivalent. Nur selten ist der Haß auf ihn so erfolgreich verdrängt, daß die Revolte gegen ihn ausbleibt. »Statt sich mit der väterlichen Autorität zu identifizieren, kann das Individuum dagegen ›rebellieren‹.«¹¹⁰ Die Wiederkehr des Verdrängten, des Hasses auf den Vater, der die Triebverneinung repräsentierte, äußert sich jedoch nicht nur im pubertären Aufbegehren gegen ihn selbst, sondern schafft die Grundlage für die spätere Ablehnung jeglicher Autorität, zumal der institutionalisierten. Ebenso wird die positive Gefühlsbindung an den Vater gewöhnlich auf andere Personen übertragen, und diese Personen dienen nicht nur als Vaterersatz, sondern, indem sie selbst den Kampf gegen Autorität verkörpern, zugleich als ›Gegenvater‹, der die ›Überwindung‹ des eigenen ermöglicht.¹¹¹

¹⁰⁸ So bemerkt Frenkel-Brunswik im Hinblick auf die Eltern der als »autoritär« eingestuften Individuen: »Je weniger sie fähig waren, ihre Marginalität zu akzeptieren, desto dringlicher muß der Wunsch gewesen sein, zu den privilegierten Gruppen zu gehören. Die betreffenden Gefühle von Marginalität scheinen nicht mit den groben ökonomischen Bedingungen der in Frage stehenden Familien zusammenzuhängen, sondern eher mit den subtileren Faktoren, die das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Anspruch und tatsächlichem gesellschaftlichen Status bestimmen« (A. P., S. 483).

¹⁰⁹ Ebd., S. 386.

¹¹⁰ Studien, S. 328 (A. P., S. 762).

¹¹¹ Der faschistische Führer repräsentiert, wie Erikson an Hitlers Autobiographie zeigt, diesen Typus: Hier erscheint er als »der *ungebrochene Jüngling*, der sich eine Laufbahn fern dem zivilen Glück, der merkantilen

Das partielle, planlose Aufbegehren bleibt hier in »irrationalen und blindem Haß gegen jede Autorität« stecken; »vermischt mit starken destruktiven Akzenten« bleibt der Kampf gegen Autorität schlechthin im strikten Sinn »autoritätsgebunden«. Denn unter der Fassade einer lauthals auftrumpfenden Revolte, eines radikalen Gebarens verbirgt sich die »geheime Bereitschaft zu ›kapitulieren‹ und sich mit dem ›verhaßten‹ Stärkeren zu verbünden«. ¹¹² Fanden die Untersuchungen zur ›Authoritarian Personality‹ in der Analyse des ›high-scorer‹ zumeist beides vor: »Überkonformität und untergründige Destruktivität gegenüber etablierten Autoritäten, Sitten und Institutionen« ¹¹³, so ist diese charakterliche Ambivalenz sozial kongruent mit der Position des Kleinbürgertums, seiner Stellung zwischen den Klassen. Die »merkwürdige Kombination von idealisierter Auflehnung und gehorsamer Unterwerfung« (Erikson) kennzeichnet den *kleinbürgerlichen Rebellen* und liegt, als psychische Struktur, dem politischen Phänomen der *kleinbürgerlichen Revolte* zugrunde, die auch dem Faschismus in seinen Ursprüngen den Schein einer Revolution verlieh.

Vergegenwärtigt man sich die gesellschaftliche Position des Kleinbürgertums, so hat man davon auszugehen, daß schließlich auch sein Moralkodex, der — darauf wurde bereits hingewiesen — mit den Normen, aus denen das Über-Ich des Autoritären sich zusammensetzt, im wesentlichen übereinstimmt, zwar primär, aber *nicht nur* der Abgrenzung nach unten, dem verzweifelte Kampf gegen die gesellschaftliche Identifikation mit dem Proletariat dient, sondern auch der nach oben. Mit anderen Worten: die Normen des Kleinbürgertums sind grundsätzlich doppelseitig verwendbar; insbesondere in ihren sexuellen Konnotationen sind sie einsatzfähig *auch* zur moralischen Kritik der Großbourgeoisie, ihrer (durch kleinbürger-

Geruhsamkeit, dem geistigen Frieden gewählt hatte: ein Bandenführer, der die Jungen zusammenhielt, indem er ihre Bewunderung herausforderte, Schrecken verbreitete und sie geschickt in Verbrechen verwickelte, aus denen es keinen Weg zurück gab« (Erik H. Erikson, *Kindheit und Gesellschaft*, Stuttgart 1968, S. 331).

Die Revolte der Jugend gegen das Alter, die der Faschismus proklamierte, wurde allerdings nicht von pubertierenden Jünglingen, sondern von infantilen Erwachsenen getragen. Wie weiter oben bereits angemerkt wurde (vgl. Fußn. 62 dieses Abschnitts), sind die Elemente des autoritären Syndroms überwiegend als Fixierungen an infantile Stadien bzw. als »Regressionen« zu deuten. Dies gilt insbesondere für den hier beschriebenen Typus des »Rebellen«: Von allen Individuen »sind diese die ›infantilsten‹; ihre Entwicklung ist total gescheitert, die Zivilisation hat sie nicht im geringsten zu formen vermocht. Sie sind asozial« (Studien, S. 329; A. P., S. 763).

¹¹² Studien, S. 328 (A. P., S. 762).

¹¹³ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 386.

liche Orgienphantasien allerdings wohl erst produzierten) ›Libertinage‹ etwa.

Dies läßt sich etwa an der Norm der ›Sauberkeit‹ exemplifizieren: Sie ist wesentlicher Bestandteil des autoritären Über-Ichs, um die sich alle weiteren Moralvorstellungen gruppieren, ja die Genese des sado-masochistischen Charakters selbst erklärt sich, Freud zufolge, aus »unaufgearbeiteter Analerotik«¹¹⁴. Wie etwa die beim Autoritären häufig beobachteten Ungeziefer-Visionen zeigen, gehen Schmutzphantasien regelmäßig in die Konstruktion des Feindbildes ein. Dabei bleibt gleichgültig, ob dieser ›Feind‹ als Bedrohung von ›oben‹ oder von ›unten‹ erscheint: Das ihm zugesprochene Verhalten, insbesondere das ihm unterstellte Sexualgebaren, fällt der ›moralischen‹ Kritik vor allem durch diese Kategorie zum Opfer. Ihre zentrale Bedeutung für das *Kleinbürgertum* bezieht die Norm der Sauberkeit gerade daraus, daß sie sich zur moralischen Kompensation materieller Insuffizienz hervorragend eignet. Die typischen Merkmale des autoritären Charakters — wie Pünktlichkeit, Pedanterie, Ordentlichkeit, Geiz, Ehrgeiz usw. — besitzen daher, so darf m. E. angenommen werden, ihre ›Klassenbasis‹, die sich in den kleinbürgerlichen Sozialisationsprozeß, in die radikal in ihm verankerte, rigide Reinlichkeitserziehung der anal-sadistischen Phase verlängert.

Wenn, einer Anmerkung Adornos zufolge, die Differenz zwischen dem psychischen Habitus des ›Rebellen‹ und dem wirklich unautoritären, zur Revolution treibenden sich nicht einmal mittels tiefenpsychologischer Kriterien einwandfrei erschließen läßt, so ist sie für die Akteure selber weniger noch durchschaubar. Im Faschismus, der bisher letzten, konterrevolutionären Form der kleinbürgerlichen Revolte, des kleinbürgerlichen Radikalismus, fiel das rebellische Kleinbürgertum dem mit seiner gesellschaftlichen Situation gesetzten Widerspruch zum Opfer, dessen psychisches Korrelat, die »Rebellion gegen die Autorität bei gleichzeitiger Anerkennung und Unterwerfung« (Reich), in der Struktur des autoritären Charakters aufgewiesen wurde. Wenn die bisherigen Überlegungen zutreffen, so wäre bei diesen sado-masochistischen Charakterstrukturen, die jene Einheit von Aufmüpfigkeit und Unterwerfung

¹¹⁴ »Wir sind auf eine Trias von Eigenschaften aufmerksam geworden, die ziemlich regelmäßig beisammen sind: Ordentlichkeit, Sparsamkeit und Eigensinn, und haben aus der Analyse solcher Personen erschlossen, daß diese Eigenschaften aus der Aufzehrung und andersartigen Verwendung ihrer Analerotik hervorgegangen sind. Wir sprechen also von einem *Analcharakter*, wo wir diese auffällige Vereinigung finden, und bringen den Analcharakter in einen gewissen Gegensatz zur unaufgearbeiteten Analerotik. Eine ähnliche, vielleicht noch festere Beziehung fanden wir zwischen dem Ehrgeiz und der Urethralerotik« (Sigmund Freud, Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, in: Freud-Studienausgabe, Bd. I., Frankfurt ³1971, S. 535).

implizieren, von einer *sozialen* Pathologie zu sprechen, die aus der gesellschaftlichen Lage des Kleinbürgertums, dem mit ihr gesetzten Zweifrontenkampf resultiert. Die Position des Kleinbürgertums *zwischen* den beiden Hauptklassen der Gesellschaft spiegelt sich in der *politischen Ambivalenz* der faschistischen Massenbewegungen ebenso wie in den individuellen, *zwiespältigen Charakterstrukturen*, auf die jene zurückgreifen können. Psychologisch wie sozial war der Ausgang dieser ›allumfassenden Ambivalenz‹ (Adorno) allerdings vorentschieden: Die Rebellion mündete in der Unterwerfung, der Kampf gegen das Großkapital in dessen Bestätigung.

4. Die abgefallene Produktionsweise: Deklassierung und kollektive Ich-Schwäche

Das vorausgegangene Kapitel sollte die sozialen Bedingungen aufzeigen, die einer Irrationalisierung des Über-Ichs, der Entstehung des autoritären Charakters speziell im Kleinbürgertum entgegenkommen. Da die frühkindliche Charakterbildung im Rahmen der Familie erfolgt, kam es zunächst darauf an, deren Wandlungen im Zusammenhang des sozio-ökonomischen Prozesses der Polarisierung darzustellen. Der Druck dieses gesellschaftlichen Prozesses, dessen Opfer das Kleinbürgertum ist, hat die Struktur der väterlichen Autorität transformiert: Sie ist nicht nur, angesichts der wachsenden Differenz zwischen der sozialen Position des Vaters und den von ihm vertretenen normativen Ansprüchen, unglaublich, sondern mehr und mehr zum Surrogat für eine gesellschaftlich nicht mehr einlösbare Autorität geworden. Die intrafamilial ausgeübte Autorität hat, so wurde behauptet, Ventilfunktionen übernommen; die in der äußeren, gesellschaftlichen Realität erfahrene Knechtung wird in den Binnenraum der Familie weitergeleitet.

Doch blieb einstweilen offen, *welche* gesellschaftlichen Frustrationen hier auf das Kind abgelenkt werden. Nähme man an, diese seien in einer unmittelbaren, ökonomischen Existenzgefährdung gelegen, so ließe sich die Neigung zu autoritärem Bewußtsein und Verhalten offenbar nur für diejenigen Teile des Mittelstands begründen, denen der Bankrott des Unternehmens und das Ende der rechtlichen Selbständigkeit tatsächlich bevorstehen. Die *allgemeine* Verbreitung konterrevolutionärer Tendenzen im Mittelstand bliebe ein ungelöstes Problem. Der auf dem Kleinbürgertum lastende gesellschaftliche Druck besitzt jedoch noch andere Dimensionen als unmittelbar ökonomische, von denen in der Tat stets nur einzelne

Angehörige dieser Schicht erreicht werden. Er geht von der *Gesamtgesellschaft* und ihren Transformationen aus und betrifft das Kleinbürgertum *als Klasse*.

Zwischen der heutigen Situation des Kleinbürgertums und der des Leiters eines frühbürgerlichen Familienunternehmens klafft eine Differenz, die sich nur auf dem Hintergrund des gewandelten Bezugs der Kleinproduzenten zur gesellschaftlichen Gesamtproduktion begreifen läßt. Die Autonomie des privaten Warenproduzenten — die soziale Basis der Struktur der bürgerlichen Familie — erweist sich mit der Entwicklung des Kapitalismus immer mehr als Schein; die Abhängigkeiten, die dem frühbürgerlichen Unternehmer zunächst nur in Form der ›anonymen‹ Marktgesetze entgegentraten, die über sein Schicksal entschieden, nehmen konkrete Gestalt an; die gewerbliche Produktion vollzieht sich in ihrem wesentlichen Teil nicht mehr, wie noch zu Beginn des industriellen Kapitalismus, in kleinen und mittleren Unternehmen, sondern in Großbetrieben, die jene, wenn nicht auslöschen, so doch in ihre Abhängigkeit zwingen.

Der ›Niedergang des Kleinbürgertums‹ läßt sich mithin nur sehr bedingt zahlenmäßig darstellen. Dienen Zahlen über den Anteil der Kleinproduktion denen als Beleg, die die ›Lebensfähigkeit‹ des Mittelstands für politisch erwünscht halten und »die mittelständische Wirtschaft als Pfeiler der wirtschaftlichen und politischen Ordnung zu kräftigen« bestrebt sind¹¹⁵, so zeigen allerdings gerade die Maßnahmen, die zur Erhaltung dieser ›Lebensfähigkeit‹ vorgeschlagen werden, wie es um diese ›mittelständische Wirtschaft‹ bestellt ist: »Auch könnte generell in Verträgen mit Großauftragsnehmern eine Goodwill-Klausel aufgenommen werden, die den Auftragnehmern die Vergabe von Unteraufträgen an Mittelstandsunternehmen in angemessenem Umfang nahelegt.«¹¹⁶ Gnade und Ungnade (›Goodwill‹) der Großunternehmen und des Staats entscheiden über die Lebensfähigkeit der Kleinproduktion im Rahmen einer ›Mittelstandspolitik‹, die ihren eigenen Anlaß nicht wahrhaben möchte.

Seit den Zeiten des Kathedersozialismus, der von dem Glauben beseelt war, »es gebe höhere sittliche und moralische Kräfte, es gebe Tendenzen, die es hindern, daß eine große, gesunde Nation in wenige Überreiche und zahllose Proletarier zerfalle«¹¹⁷, geht im Grunde jede konservative und zugleich

¹¹⁵ Kurt Georg Kiesinger, Geleitwort zu: H. Gewandt (Hg.), *Die Zukunft des Mittelstandes. Strukturpolitik in einer dynamischen Wirtschaft*, Düsseldorf/Wien 1969, S. 33.

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Gustav Schmoller, *Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen?*, Göttingen 1897, S. 33. — Es handelt sich hier übrigens um eine — bereits terminologisch evidente —

prokapitalistische Mittelstandspolitik¹¹⁸ von ihrem Ziel — der Lebensfähigkeit des Mittelstands — als einem Datum aus: »Der Mittelstand ist nach wie vor eine tragende Säule unserer Wirtschaft und Gesellschaft, die in ihrer Bedeutung jedoch nicht selten unterschätzt wird.«¹¹⁹ Die Frage, *warum* diese Säule Opfer permanenter Unterschätzung ist, wird nicht gestellt. Der Schluß läge allzu nahe, daß das Fundament, in das sie eingelassen wurde, brüchig geworden ist — und damit wäre allerdings zugleich der horror vacui derer berührt, die den ›Goodwill‹ zur Mittelstandspolitik aufbringen. »Wem ist schon bewußt«, fragt Kiesinger, »daß 22,2 % aller Erwerbstätigen der Bundesrepublik Selbständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger sind?«¹²⁰ Diese Vergewisserung ist notwendig, denn das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln kann sich durch das Kleineigentum nur legitimie-

Antithese zur sog. älteren historischen Schule, deren Repräsentant Roscher angesichts der zu seiner Zeit gewaltsam sich durchsetzenden Polarisierungsvorgänge vermutet hatte, daß »auf den höchsten Kulturstufen eine Spaltung des Volkes in wenige Überreiche und zahlreiche Proletarier kaum vermeidlich wäre«.

¹¹⁸ Prokapitalistisch waren bereits die mittelstandspolitischen Forderungen des (konservativen) Kathedersozialismus, die realisiert werden sollten, »ohne daß die Betriebskonzentration, der technische Fortschritt und die kaufmännische Spekulation rückgängig gemacht oder erschwert würden« (Schmoller, a.a.O., S. 32).

¹¹⁹ Heinrich Gewandt, Mittelstandspolitik ohne Dogma, Bonn 1970, S. 57.

¹²⁰ Kiesinger, a.a.O., S. 29. Diese Zahl ist für die Gegenwart bereits überholt — beide Gruppen machen zusammengenommen heute weniger als 18 % der Erwerbsbevölkerung aus. Problematisch ist aber bereits diese Zusammenfassung selbst. Verfechter der Polarisierungsthese lassen die ›mithelfenden Familienangehörigen‹ generell unberücksichtigt, da ihre jeweilige Zahl nichts gegen den Rückgang der Kleinproduktion besage, sondern umgekehrt Schlüsse auf den Grad der ›Selbstaussbeutung‹ zulasse, die in dieser Sparte herrsche: »Die absolute und selbst anteilmäßige Zunahme der mithelfenden Familienangehörigen bis zu den dreißiger Jahren bei gleichzeitiger anteilmäßiger Abnahme der Selbständigen ist Ausdruck der gewachsenen Existenzschwierigkeiten des herkömmlichen Mittelstandes, die er mittels Einsatz aller Familienmitglieder in der eigenen Unternehmung abzuwehren versucht« (Steiner, Soziale Strukturveränderungen, a.a.O., S. 20).

Dieses Argument leuchtet ein, solange sich die Diskussion ausschließlich auf die Marxschen Erwartungen über die *ökonomische* Entwicklung bezieht. Stellt man jedoch in Rechnung, daß die Marxsche Polarisierungsprognose keineswegs nur den tendenziellen Rückgang der Kleinproduktion behauptete, sondern zugleich die Grundlagen eines *politischen* Prozesses beschrieb, so liegen die Dinge weniger einfach. Die mithelfenden Angehörigen tauchen keineswegs im Proletariat unter — auch nicht im Falle der ›Selbstaussbeutung‹. Ergibt sich gegenüber der Situation des (definitionsgemäß ›fremdausgebeuteten‹) Lohnarbeiters bereits ein klarer Unterschied in bezug auf das Produktionsverhältnis, so ist diese Differenz entscheidender noch im Hinblick auf das Bewußtsein: Eine Diskrepanz ökonomischer Interessen, die der zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter entspräche, ist im Rahmen derselben Familie von vornherein ausgeschlossen. Wenn sich die Zahl der mithelfenden Angehörigen inzwischen auf zwei

ren lassen¹²¹, indem es dessen »quasi naturrechtlich begründeten Anspruch auf ökonomische Selbständigkeit« (Winkler) übernimmt, den Mittelstand also zu schützen sich anschickt, weil er nun einmal vorhanden ist.

Der überwiegende Teil dieser in der Sozialstruktur mit dem Begriff der ›Selbständigen‹ umschriebenen Gruppe hat mit dem selbständigen, autonomen Unternehmer des frühen Industriekapitalismus allerdings nur noch eins gemein: die *rechtliche* Stellung. Diese bloß formale Seite der sozialen Position wird in dem Maße zum Fetisch, wie die mit der Entwicklung des Kapitalismus eintretenden Abhängigkeiten keineswegs nur das Proletariat, als lohnabhängiges, ergreifen, sondern tendenziell die gesamte Gesellschaft und damit auch den Mittelstand selber überziehen. Die von Reich behauptete ›Schere‹ zwischen objektiver ökonomischer und subjektiver Entwicklung kann in der paradigmatischen Form, in der sie sich beim Kleinbürgertum zeigt, nur auf diesem Hintergrund

Drittel der Selbständigen beläuft, so ist dieser Anteil politisch keineswegs zu vernachlässigen: Die Durchschlagskraft der politischen Richtung des Kleinbürgertums wird hier weit über das Maß hinaus erhöht, das ihr nach dem Anteil der in der Sozialstatistik ausgewiesenen ›Selbständigen‹ zukäme. (Um Mißverständnisse zu vermeiden: Die ›Mitarbeit‹ der Ehefrau oder des Sohnes ist in den Familien Lohnabhängiger sicherlich ebenso häufig wie im Kleinbürgertum. Doch schlägt sich dort diese ›Mitarbeit‹ in der entsprechenden Kategorie — ›Arbeiter‹ oder ›Angestellte‹ — auch nieder, erhöht also die Zahl der dort erfaßten Personen, während die ›mithelfende‹ Ehefrau des Kleingewerbetreibenden einer *anderen* Kategorie zugeschlagen wird, die, sofern die Polarisierungsthese einzig am Rückgang der Selbständigen überprüft wird, irrelevant bleibt.)

¹²¹ Den vielleicht besten Einblick in derartige »Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus« (Habermas) gestatten die Wirtschaftsteile der Zeitungen. So faßt ein bekannter Vertreter der Wirtschaftswissenschaften das Problem und seine Lösung folgendermaßen zusammen: »Die Konzentration diskreditiert die Marktwirtschaft«, die andererseits »eine notwendige Bedingung für die Freiheit des Menschen in der arbeitsteiligen Gesellschaft überhaupt« sei. Dem »kritischen Beobachter« müsse sich geradezu der Eindruck aufdrängen, »als gingen manche, die sich Unternehmer nennen und die sogar die Unternehmerschaft repräsentieren wollen, mit Bedacht an das Werk, die Konzentrationsthese von Karl Marx in der wirtschaftlichen Wirklichkeit als richtig zu beweisen«, anstatt umgekehrt Initiativen für das Überleben der Kleinen zu ergreifen und damit »ein überzeugendes Zeichen dafür« zu setzen, »daß sie die Marktwirtschaft bejahen, aber nicht, weil sie sich davon Vorteile versprechen (!), sondern weil es ihnen darum geht, die Gesellschaftsordnung, die zu dieser Marktwirtschaft gehört, funktionsfähig zu erhalten, und zwar aus einem übergeordneten Interesse« (Herbert Giersch, ›Eine Ordnung ohne Willkür. Thesen zur freien Gesellschaft und Marktwirtschaft‹, im Wirtschaftsblatt der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 23. 6. 1973). — Im Klartext: Die Vertreter des Großkapitals sollen sich endlich davon überzeugen, daß die unmittelbar ökonomischen ›Vorteile‹ nur dann langfristig zu realisieren sind, wenn die dafür vorteilhafte ›Gesellschaftsordnung‹ funktionsfähig bleibt. In bezug auf das jeweils kurzfristige Ziel der Gewinnmaximierung scheint deren Erhaltung tatsächlich von ›übergeordnetem Interesse‹.

begriffen werden: Die Abhängigkeit des ›selbständigen‹ Mittelstands vom Großkapital ist *anderer* Natur als die des Lohnproletariats; ist dieses historisch und begrifflich überhaupt nur denkbar in seiner Abhängigkeit vom Kapital, so ist diese Abhängigkeit beim Mittelstand Produkt eines langwierigen historischen Prozesses, der die mit der Warenproduktion ursprünglich gesetzte Autonomie der Einzelproduzenten mehr und mehr zum Schein werden ließ. Zum gesellschaftlich notwendigen Schein allerdings, denn auch im noch so ›organisierten‹ Kapitalismus wird die objektive Grundlage seiner Legitimationsbasis, der ›individuellen Freiheit‹, nicht vollends vergessen: »Es war eines der wesentlichsten Anliegen unserer zukunftsorientierten Mittelstandspolitik in den letzten Jahren, *das Selbständigwerden als Ausdruck individueller Freiheit* des Staatsbürgers zu erleichtern.«¹²² Mittelstandspolitik ist im Kapitalismus ökonomisch widersinnig und politisch notwendig: Wie der Hinweis auf einen gehörigen Prozentsatz kleiner Unternehmen die Chance eines jeden glaubhaft machen soll, in den Vorteil ›individueller Freiheit‹ zu gelangen, unterstützt die ›strukturpolitische‹ Sanierung der Selbständigkeit den Fetisch, der die politisch verwertbare »ideologische Proletariats-Scheu« im Mittelstand (Geiger) unterhält.

Aus dem Träger des bürgerlichen Staats und seiner Institutionen ist ein Objekt staatlicher Fürsorge geworden. Die rechtliche Selbständigkeit muß im Mittelstand kompensieren, was ihm an Autonomie in der Produktionstätigkeit selbst verlorenging. Eben hierin ist die Wurzel seines sozialen Abgleitens gelegen, das eine noch so effiziente Mittelstandspolitik nicht etwa verhindern, sondern mittels Goodwill-Klauseln, die den Kleinunternehmen ›Unteraufträge‹ sichern und sie damit um so mehr dem Trend einfügen, der sie zu bloßen Zulieferern der Großbetriebe macht, nur verstärken kann. »Wir haben ja schon darauf hingewiesen, daß sehr oft im Schatten solcher Riesenunternehmungen zugehörige Klein- und Mittelunternehmungen auftreten, die kapitalmäßig selbständig sein können.«¹²³ Dieses Schattendasein der Selbständigen wird nicht zuletzt durch die Reparatur ausgefüllt, von einer Funktion, die Geiger u. a. zufolge eine geradezu epochale Wendung im Schicksal des Kleingewerbes aufleuchten ließ: »In dem Maße, wie Stromversorgung und sanitäre Installationen auch für bescheidenere Wohnungen allgemein wurden, wuchs nicht nur der Anteil des Handwerks an Neubauten, sondern es wurde auch der Reparaturarbeit ein neues weites Feld eröffnet. — Auch sonst hat das Handwerk reiche Beschäftigung mit Reparaturen gefunden, und das eben dank der industriellen Ent-

¹²² Gewandt, a.a.O., S. XI (Hervorh. A. L.-F.).

¹²³ König, Soziologie heute, a.a.O., S. 57.

wicklung. Um 1900 setzt die Mechanisierung des Alltags ein. Das Fahrrad findet allgemeine Verbreitung, bald folgt das Auto, die Haushaltungen werden mit Staubsauger und Waschmaschine versehen, mit elektrischem Kocher und Plätt-eisen, das Radio hält seinen Einzug. All das bedeutet einen gleichmäßigen Strom von Reparaturarbeiten. Mit der Mecha-nisierung der Landwirtschaft entstehen auf dem Dorf Kunden-kreise für den Reparaturhandwerker. Die Industrie selbst wird zum Kunden kleinerer Betriebe, die Einzelteile für zusammen-gesetzte Fabrikprodukte u. dgl. liefern.«¹²⁴

Zwar hat jene Verlagerung der Kleinbetriebe, ihr Rückzug aus der unmittelbaren Produktion, tatsächlich stattgefunden; doch hat dies nicht zu einem Stillstand der Polarisierung geführt, sondern ebenfalls nur zur ›Verlagerung‹ dieser Tendenz — in dem Maße nämlich, wie das Kapital auch derjenigen Bereiche sich bemächtigt, die es zunächst unberührt gelassen hatte.¹²⁵ Die sogenannten Mittelstandstheorien, welche die Überlebens-chancen der Kleinproduktion so eindrucksvoll beschreiben, be-weisen gerade in dem ihnen zugrundeliegenden Interesse, das sich gegen die Marxsche Polarisierungsthese wendet, die Rich-tigkeit dieser Theorie: Die Argumentation, in deren Zentrum die ›Reparaturthese‹ steht, zeigt konkreter, als Marx in seiner eigenen historischen Situation es hätte demonstrieren können, die durchgängige Abhängigkeit des Mittelstands von der Großindustrie.

Der Mittelstand hat seine Rolle als *Träger* der Produktion de-

¹²⁴ Geiger, Die Klassengesellschaft, a.a.O., S. 98. Diese trostreiche Dar-stellung der mittelständischen Lage soll im wesentlichen eine Position zur marxistischen Theorie belegen, die diese als adäquat für ihre eigene Epoche — in der es tatsächlich schlecht um das Handwerk bestellt gewesen sei —, als inadäquat jedoch für die mit der Jahrhundertwende einsetzende Wandlung der Verhältnisse begreift, die nämlich dem Handwerk in Ge-stalt der Reparaturarbeiten einen neuen goldenen Boden geschaffen hätten (vgl. hierzu die Einleitung, S. 15, insbesondere Fußn. 19).

Das Nachkriegswerk Geigers läßt einen wesentlichen Aspekt vermissen, der seine Arbeit über die ›soziale Schichtung des deutschen Volkes‹ zur Analyse des Verhältnisses von Mittelstand und Faschismus so geeignet macht: »Vor 50, 60 Jahren noch ausschlaggebende Macht in der damali-gen Gesellschaft, ist der Mittelstand der gewerblichen Selbständigen der Zahl nach und noch viel mehr in seiner gesellschaftsdynamischen Bedeu-tung abgefallen. Diese Geltungseinbuße scheint mir — bewußtermaßen oder im psychischen Untergrund — sehr viel mehr als die wirtschaftlichen Bedrängnisse die nervöse Gereiztheit des Besitzmittelstands zu motivie-ren« (Geiger, Die soziale Schichtung, a.a.O., S. 88 f.).

¹²⁵ So ergreift zunehmend die Industrie (wie vor allem bei technischen Geräten) auch die Reparatur der von ihr produzierten Güter, ein ausge-dehtes Filialsystem ersetzt mehr und mehr den selbständigen Kleinbe-trieb an der Straßenecke; Supermärkte und Warenhäuser fungieren als Einkaufs›zentren‹ und verdrängen den Kleinhändler. Unter dieser Per-spektive erscheinen Reparatur und Kleinhandel ebenfalls als Lücken, in die das Kleinbürgertum sich nur ›auf Widerruf‹ seitens des Großkapitals verkriechen kann.

finitiv aufgegeben; seine Arbeit ist — mit einem Ausdruck von Bloch — ›fern vom Schuß‹. Die Großindustrie wirft ihm — in Form von ›Unteraufträgen‹ — ein Gnadenbrot zu oder läßt ihn in ihren Lücken, den für sie noch nicht oder nicht mehr interessanten Stellen der Gesamtproduktion, sich einnisten. Zwar mag sie damit ›zum Kunden kleinerer Betriebe‹ werden, doch ist der rechtlich-ökonomische Sinn dieses Begriffs geradezu eine Parodie auf die tatsächlichen Abhängigkeitsverhältnisse, die vielmehr nur in moderner Form das Verlagswesen kopieren, welches die bloß ›formelle‹, dafür aber nicht weniger brutale und entwürdigende Unterwerfung der Kleinproduktion unter das Kapital bewerkstelligte. Was für den Kleinproduzenten, indem er ›Einzelteile für zusammengesetzte Fabrikprodukte‹ verfertigt, an Detailarbeit abfällt, ist jedenfalls, selbst wenn es ihn ernährt, weit davon entfernt, ihm die soziale Geltung zurückzuerobern, die er zur Zeit der frühen Industrialisierung besaß.

In besonderem Maße gilt dies, von wenigen Ausnahmen abgesehen, für das Handwerk: Es produziert nicht mehr, sondern repariert und installiert. Der Verschleiß des von der großen Industrie Fabrizierten bildet seine ökonomische Existenzgrundlage, sofern es nicht gänzlich aus der Produktion herausgeworfen und nur noch mit dem Verkauf dessen, was es ehemals produzierte, beschäftigt ist. Der Schuhmacher, der zum Flickschuster geworden ist, der Metzger, der nicht mehr schlachtet, sondern nurmehr verkauft (und selbst in dieser Funktion von den Kettenläden überrollt wird), haben mit dem zünftigen Handwerksmeister nur noch eins gemein: die auf dem — rechtlich selbständigen — Kleinbetrieb und dem Eigentum an den Produktionsmitteln gegründete, ›kleinbürgerliche‹ Produktionsweise. War es vor Beginn des Kapitalismus für den Handwerker noch eine Gewohnheit, wenn nicht gar eine — in Zunftordnungen häufig kodifizierte — Pflicht, ein Produkt als das ›eigene‹, d. h. von Anfang bis Ende herzustellen, so ist aus der arbeitsteiligen Beschränkung, die, in der Konzentration auf die Herstellung eines bestimmten Produkts, in dieser Produktionsweise stets angelegt war, für ihre heutigen Repräsentanten die bornierte Vermittlungsfunktion in einem nicht mehr überschauten Produktionsprozeß geworden. »Der Mittelstand nimmt (zum Unterschied vom Proletariat) überhaupt nicht mehr unmittelbar an der Produktion teil, sondern geht in sie nur mit Zwischentätigkeiten ein.«¹²⁶

An dieser Stelle liegt zugleich die innere Verwandtschaft zwischen dem Kleinbürgertum und den eigentlichen ›Deklassierten‹, welcher Ursprungsklasse sie auch entstammen. Das Lum-

¹²⁶ Bloch, Der Faschismus, a.a.O., S. 186.

penproletariat, das Sammelbecken der Deklassierten, bildet den Bodensatz der Gesellschaft, ihre ›passive Verfaulung‹ insofern, als es aus dem Prozeß ihrer Reproduktion ausgeschieden, herausgeschleudert ist oder aber nur in Form von Gelegenheitsarbeiten bzw. scheinlegalen Vermittlungstätigkeiten an ihm teilnimmt. Das Kleinbürgertum steht dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß freilich näher, doch ist es durch die Reduktion seiner ehemals ›produktiven‹ Tätigkeit auf bloße ›Zwischentätigkeiten‹ ebenfalls zur *Randgruppe* geworden. In dem Maße, wie der Produktionsprozeß der Gesamtgesellschaft kapitalistische Form annahm, wurde er zum Akkumulationsprozeß, und diese Akkumulation erfolgt auf der Basis einer rapiden Entwicklung der Produktivkräfte, die mit der kleinbürgerlichen Produktionsweise nicht nur unvereinbar ist, sondern sie niederschlägt. ›Produktiv‹ ist die von dieser Schicht geleistete Arbeit einzig im überhistorischen Sinn dieses Begriffs. Dem historisch eingegengten, auf kapitalistische Verhältnisse, auf die gegenwärtige Gesellschaft bezogenen Begriff von ›produktiver Arbeit‹ ist die Arbeit des Kleinbürgertums, zumindest im idealtypischen Sinn, dagegen nicht subsumierbar. Denn das Kleinbürgertum gehört — wie die eigentlichen ›De-klassierten‹ — im strikt ökonomischen Sinn weder zu den Ausbeutern noch zu den Ausgebeuteten. »Die politische und gesellschaftliche Ambivalenz der Mittelschichten ist derart ökonomisch fundiert. Obgleich die selbständigen Handwerker oder Kleinbauern Warenproduzenten sind, gehören sie weder in die Kategorie der produktiven noch der unproduktiven Arbeiter, weil sie nicht ihre Arbeitskraft verkaufen müssen: weder gegen Geld als Geld (unproduktive Arbeit) noch gegen Geld als Kapital (produktive Arbeit).«¹²⁷

Ihre Produktion ist regional, ökonomisch und gesellschaftlich *zersplittert*. Von daher erklärt sich die von Geiger beschriebene Schwammigkeit der nationalsozialistischen Ideologie, die sich gerade in der Vagheit ihres Antikapitalismus als spezifische ›Mittelstandsideologie‹ erweist: Die Aussparungen im Wirtschaftsprogramm haben die positive Funktion, Ungleichnamiges auf einen Nenner zu bringen. Da die »Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit [...] unter ihnen erzeugt«, die Kohäsion der kleinen Warenproduzenten nur negativ, in der Abwehr gegen oben und unten, gegen die Hauptkräfte der kapitalistischen Gesellschaft existiert, die inneren Gegensätze, die Konkurrenz zwischen ihnen aber unberührt läßt, »bilden sie keine Klasse«, die fähig wäre, sich selbst zu repräsentieren. »Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden.«¹²⁸ Sie können sich nicht organisieren, sondern müs-

¹²⁷ Mauke, Die Klassentheorie, a.a.O., S. 66.

¹²⁸ Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 307.

sen — ebenso wie das Lumpenproletariat — von außen organisiert werden. Das Kleinbürgertum hat seine Eigenschaft als Klasse verloren; es ist, als Klasse, »deklassiert«.

Die Passivität des Kleinbürgertums gegenüber der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung hat ihre Wurzel demnach in seiner peripheren Stellung zum gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß. Aber diese »periphere Stellung« ist nicht etwa die einer Randgruppe, die keinerlei Bezug zum Gesamtsystem aufwiese. Im Gegenteil: die ökonomische Tätigkeit des Kleinbürgers, sein wirtschaftliches Überleben gar ist von den gesamtökonomischen Prozessen durch und durch abhängig. Er ist — ebenso wie das Lumpenproletariat — in extremem Maße »konjunkturrempfindlich«. Diese »Passivität« des Kleinbürgertums ist Ursache der in der marxistischen Theorie unterstrichenen politischen Unselbstständigkeit, einer politischen Unmündigkeit, die in der beschriebenen Benutzbarkeit, Käuflichkeit der deklassierten Randgruppen nur ihren Höhepunkt findet. Wie das Kleinbürgertum unter dem Kapitalismus zum Appendix der Produktion wird, hat es auch politischen Bewegungen gegenüber stets nur die Funktion eines Anhängsels, wenn auch, unter spezifischen historischen Bedingungen, die selbst im Kapitalismus den Rückgriff aufs Archaische nahelegen, in Dimensionen, die dieser bloß abgeleiteten Funktion zu spotten scheinen.

Mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus wurde aus dem frühen Bürgertum, das ehemals den technischen und gesellschaftlichen Fortschritt verkörperte, das Kleinbürgertum. Als solches hat es sich aus dem Prozeß progressiver Naturbeherrschung zurückgezogen: Die Entwicklung der Produktivkräfte erfolgt in den Planungsabteilungen der Großunternehmen im Zusammenhang mit dem jeweils fortgeschrittensten Stand der Naturwissenschaften. Das Kleinbürgertum nimmt an diesen Prozessen keinen Anteil, sondern ist auf die »Abfälle« kapitalistischer Produktion verwiesen (in Form der erwähnten Reparaturarbeiten oder kapitalistisch weniger rentablen Produktionslücken). Hierin besteht die Deklassierung des Kleinbürgertums als Klasse, die psychische Verelendung von so globalem Ausmaß erzeugt, daß die unmittelbar ökonomische als sekundär erscheint. Die in den letzten Kapiteln beschriebenen Einschränkungen, die insbesondere im Kleinbürgertum die Erstarkung des Ichs in der individuellen Psyche verhindern und die Ich-Funktionen auf ein »ich-fremdes« Über-Ich übertragen, lassen sich nunmehr auf dem Hintergrund der Position des Kleinbürgertums im Klassengefüge der Gesamtgesellschaft reflektieren.

»Das Ich entwickelt sich aber nicht nur, indem die Außenwelt auf es wirkt, sondern auch und vor allem, indem es auf die

Außenwelt wirkt und sie verändert. [...] In dem Maße, wie der Mensch die äußere Natur planvoll und vernünftig zu beherrschen lernt, wächst sein Ich und damit die Fähigkeit, seine Triebwelt statt durch Verdrängung mit Hilfe dieses erstarkten Ichs zu leiten. *Entsprechend den verschiedenen Funktionen der Klasse im gesellschaftlichen Prozeß ist aber die Ich-Entwicklung innerhalb der Gesellschaft ungleichmäßig.* [...] Das Ich erweist sich in diesem Sinne als ein Teil des seelischen Apparates des Menschen, der sich selbst mit der Entfaltung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Lebenspraxis entwickelt und seinerseits wiederum als eine Produktivkraft in die gesellschaftliche Lebenspraxis eingeht.«¹²⁹ Die Ausbildung des Ichs ist danach an Aktivität geknüpft, an die Möglichkeiten eines Individuums, auf seine innere wie die äußere, es umgebende Realität einzuwirken, sie zu beherrschen. Diese Möglichkeiten variieren, wie Fromm behauptet, mit der Klassenzugehörigkeit. Das Kleinbürgertum aber, das am gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß immer weniger teilhat, nimmt an der Entwicklung der Produktivkräfte kaum noch Anteil und bleibt dem Wandel des gesellschaftlichen Gesamtsystems nur noch passiv, in Form des ›ungleichzeitigen Widerspruchs‹, unterworfen. Sofern die Ich-Bildung an jene Prozesse gebunden ist, sind ihre Chancen klassenmäßig bestimmt und verteilt — die Mechanismen der Ich-Bildung wären demnach im Kleinbürgertum *kollektiv* gestört.

Die wachsende Entfernung des Kleinbürgertums vom gesellschaftlichen Geschehen wäre demnach in letzter Instanz die Ursache von Persönlichkeitsstrukturen, die psychoanalytisch unter dem Begriff des ›veräußerlichten Über-Ichs‹ gefaßt wurden. Die gesellschaftlichen Normen, die, Freud zufolge, im Über-Ich verankert sein sollen, *können* nicht ins Ich integriert werden, wenn dieses selbst sich in der »Ferne zur gesellschaftlichen Kausalität« (Bloch) bewegt. Das Über-Ich kann, mit anderen Worten, im Kleinbürgertum nur ein ›äußerliches‹, ›ich-fremdes‹ sein, da die gesellschaftliche Realität, deren Ansprüche es verkörpern sollte, ihm ›äußerlich‹ ist. Das Kleinbürgertum vertritt eine ältere Produktionsweise, deren Abstand zur allgemeinen, die Hauptsektoren der gesellschaftlichen Produktion beherrschenden sich vergrößert. In diesem Abstand kann »sich immer ungestörter ein alogischer Raum bilden [...], worin Wünsche und Romantizismen, Urtriebe und Mythizismen rezent werden«¹³⁰. Nicht nur das Über-Ich, die Ich-Strukturen selbst sind ›irrational‹, unfähig, auf das gesellschaftliche Geschehen adäquat zu reagieren, es in adäquaten Kategorien auch nur zu begreifen.

¹²⁹ Fromm, Sozialpsychologischer Teil, a.a.O., S. 101 f. (Hervorh. A. L.-F.).

¹³⁰ Bloch, Der Faschismus, a.a.O.

Der Geigersche Begriff der ›wirtschaftsfremden‹ Motivation kleinbürgerlicher Mentalität indiziert diese Ferne zum gesamtgesellschaftlichen Prozeß, eine Lücke, die nicht nur generell durch Romantizismen und Mythen aufgefüllt wird, sondern die sich historisch als das Einzugsfeld der nationalsozialistischen Ideologie erwies. Kapitalisten und Proletarier, so kann man aus Geigers Analyse schließen, sind – von konträren Standpunkten aus und in Form von ›Ideologien‹, welche die Kristallisation und ›Rationalisierung‹ ihrer standortgebundenen, allemal bereits ›wirtschaftsbestimmten‹ Mentalität darstellen – in der Lage, den Wirtschaftsablauf begrifflich, d. h. in ökonomischen Kategorien zu erfassen. Weil sie Träger der Produktion sind, werden auch ihre ›Mentalitäten‹ zum Movens der Geschichte, zu ›Tendenzen von geschichtebestimmender Bedeutung‹. Anders im Kleinbürgertum. Die ›sozialgeschichtliche Verwerfung‹, in der es existiert – eine Formulierung, die an Blochs These von der ›Ungleichzeitigkeit‹ erinnert –, die Inadäquanz seiner Produktionsform gegenüber der gesamtgesellschaftlich dominanten, läßt eine ›Rationalisierung‹ seiner Klasseninteressen in ökonomischen Termini überhaupt nicht mehr zu; sein ›cultural lag‹ verbietet ihm grundsätzlich eine realitätsgerechte Interpretation der gesellschaftlichen Vorgänge, die es erleidet, ohne sie – im Gegensatz zu den Klassen, welche die Produktion tragen – auch zu erzeugen.

Passivität gegenüber gesellschaftlichen Vorgängen hat, nach der kognitiven Seite, die *Undurchschaubarkeit* eben dieser Vorgänge zur Folge; psychologisch fördert sie *Angst*. Verfolgungsangst oder neurotische Angst im allgemeinen, die, obgleich in den realen Verhältnissen fundiert, diese und die in ihnen gelegenen Gefahren verzerrt, wird erzeugt, »wenn eine Gruppe in ihrem Prestige, ihrem Einkommen oder gar in ihrer Existenz bedroht ist, das heißt absinkt, und den historischen Prozeß nicht versteht oder daran gehindert wird, ihn zu verstehen«¹³¹. Von hier aus – und gerade nicht allein aus wirtschaftlicher Not, die in anderen Schichten, bei arbeitslos gewordenen Proletariern, durchaus größer war als im Mittelstand – läßt sich die zur Faschisierung treibende ›Panik im Mittelstand‹ angesichts der Wirtschaftskrise begreifen: Die in der sozialen Position verankerte neurotische Angst ließ die Krise in Dimensionen erscheinen, die ihr tatsächliches Ausmaß weit überstiegen; die objektiv begründete Unfähigkeit, den Wirtschaftsablauf in ökonomischen Kategorien zu erfassen, machte die Krise zur Naturkatastrophe, zur Manifestation eines blinden, allgewaltigen Schicksals. Die Krise erwächst auf dem Boden einer durch und durch kapitalistischen Ökono-

¹³¹ Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/Wien 1967, S. 280.

mie, an der das Kleinbürgertum nur residualen Anteil nimmt — seine Produktionsformen könnten von sich aus eine Krise nie und nimmer verursachen. Eben weil das Kleinbürgertum in seiner Verflechtung mit der kapitalistischen Ökonomie, in seiner Abhängigkeit von der auf kapitalistischer Basis entstehenden Kaufkraft der Gesamtbevölkerung die Krise nur *erleidet*, weil »seine Krise nicht einen primär-ursächlichen, sondern einen sekundär-abgeleiteten Charakter«¹³² trägt, besitzt die ›Schere‹ zwischen dem objektiven Prozeß und seiner subjektiven Rezeption hier den größten Öffnungswinkel.

Die Kategorien, in denen diese Schicht den Wirtschaftsverlauf, die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen begreift, stammen daher aus anderen Bereichen: Die Blut- und Boden-Mystik ist nicht auf die Landwirtschaft beschränkt; vorzeitliche Götter, das ›Schicksal‹ vor allem, bestimmen schließlich noch die Konjunkturbewegung der monopolkapitalistischen Wirtschaft. Der gesamtgesellschaftliche Prozeß vollzieht sich im buchstäblichen Sinne ›über dem Kopf‹ des Kleinbürgertums: Da es von ihm überrollt wird, ist es unfähig, ihn zu begreifen. Die generelle Feindschaft gegenüber Intellektuellen, die Adorno am autoritären Charakter entdeckte, dessen Unvermögen, »zwischen Wesen und äußerem Schein zu unterscheiden«¹³³, finden sich als allgemeine anti-intellektualistische Tendenzen im Kleinbürgertum wieder: als repressive Einschränkung allen Denkens auf den »bon sens«, auf ein »besonderes Wahrnehmungsorgan — ein seltsames Organ übrigens, denn um gut zu sehen, muß es zunächst erblinden, sich weigern, den äußeren Schein zu durchbrechen«¹³⁴. »Der aufs Praktische gerichtete Hang der H (der ›high scorer‹ — A. L.-F.), ihre gefühlsmäßige Distanz zu allem, was über ihren wohl-abgegrenzten Aktionsbereich hinausgeht«¹³⁵, weisen zurück auf den Konkretismus des Kleinbürgertums: Sein ›Realismus‹, im kleinbürgerlich bornierten Geschäftsinteresse als der einzigen Form von Unmittelbarkeit und ›Realität‹ fundiert, versteht sich zugleich als die einzig legitime Definition von ›Vernunft‹ und kehrt seine Spitze regelmäßig gegen die »Sophismen und Träumereien der Akademiker und Intellektuellen, die bereits dadurch diskreditiert sind, daß sie sich außerhalb der kalkulierbaren Realität befinden«¹³⁶. Sie versündigen sich

¹³² Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 34.

¹³³ Studien, S. 180 (A. P., S. 658).

¹³⁴ Roland Barthes, *Mythologies*, Paris 1957, S. 87 (deutsch: *Mythen des Alltags*, Frankfurt 1964. — In der deutschen Übersetzung sind die hier zitierten Aufsätze, die sich auf den Poujadismus und seine Verwurzelung im Kleinbürgertum beziehen, allerdings nicht enthalten).

¹³⁵ Studien, S. 180 (A. P., S. 658).

¹³⁶ Barthes, a.a.O., S. 86. Die ›Philosophie‹, die sich diese Definition von ›Realität‹ als des Statischen, Berechenbaren zu eigen macht, ist, Barthes zufolge, die des ›bon sens‹. Es kann hier nur hypothetisch geäußert werden

darin, daß sie »weder Idealisten noch Realisten« sind¹³⁷, dem Kleinbürgertum ebenso auf den Kopf wie auf die Füße treten. Konkretismus und Sentimentalität, die Reduktion der Welt auf rechenbare Einheiten wie ihre Überhöhung durch abgesunkene Idealismen, sind die legitimen Formen kleinbürgerlichen Denkens. In ihrer gegensätzlichen Einheit sind sie Ausdruck eines kollektiven Verlustes der Realitätskontrolle — der ›Idealismus‹, der Glaube ans ›Höhere‹, mit dem kleinbürgerliche Ideologien den sie von oben und unten flankierenden ›Materialismen‹ begegnen, ist, der Geigerschen Analyse zufolge, nur dem Scheine nach ›wirtschaftsfremd‹: »nicht eine ökonomisch-materialistische Mentalität ist hier überwunden, sondern ökonomische Materialismen unterliegen bisher notdürftiger Selbstverschleierung«¹³⁸.

Die Identifikation des Kleinbürgertums mit ›ideellen‹ Gehalten dient demnach nicht nur seiner Identifikation mit der Bourgeoisie, sondern zugleich dem Eskapismus. Die merkwürdige Verbindung, die hier der ›restricted code‹, das sprachliche Äquivalent der einfachen Arithmetik kleinbürgerlichen Geschäftsgebarens¹³⁹, mit dem Bramarbasieren, der vermeintlich ›bürgerlichen‹ Phraseologie, eingeht, kennzeichnet den Identitätsverlust einer Klasse, die — im Sinne der Geigerschen Terminologie — nicht einmal mehr zu eigenständiger Ideologiebildung in der Lage ist; die abgesunkenes Kulturgut in An-

(denn ein detaillierter Nachweis müßte den Rahmen dieser Arbeit sprengen), daß bestimmte Denkstrukturen im *Positivismus* — wie insbesondere dessen unaufhörlicher Kampf gegen seinen ›ennemi capital‹, die Dialektik — der kleinbürgerlichen Klassensituation zugehören. »Im Grund genommen ist der Positivismus überhaupt das Resultat eines solchen kleinbürgerlichen Milieus und hat sich in demselben entwickelt« (I. S. Narski, Vorwort zur deutschen Ausgabe von: *Positivismus in Gegenwart und Vergangenheit*, Berlin 1967, S. 8). Was seine erste systematische Fassung durch A. Comte betrifft, so ist diese These kaum in Zweifel zu ziehen — der Positivismus fand hier seinen Ursprung geradezu im Kampf gegen die ›vaines spéculations‹ und in der expliziten Inthronisierung des ›bon sens universel‹ als der einzig legitimen Form von ›Philosophie‹, die der kleinbürgerlichen Sentimentalität — dem Glauben an ›höhere‹ Instinkte im Menschen, den Idyllen von ›famille, patrie, humanité‹ usf. — jedoch nicht etwa widersprach, sondern sie als ihr notwendiges Pendant geradezu forderte. Denn die methodisch erzwungene Einengung des Denkens auf eine ihrerseits restriktiv definierte ›Wirklichkeit‹ verlangt — offenbar als Kompensation dieses Zwangs — den Rückgriff auf Idealismen.

¹³⁷ Barthes, a.a.O., S. 183.

¹³⁸ Geiger, *Die Klassengesellschaft*, a.a.O., S. 118.

¹³⁹ In der *Gleichung* selbst sieht Barthes das Prinzip kleinbürgerlicher Moral und kleinbürgerlichen Denkens, das sich bis in die Sprache, in eine Satzkonstruktion verlängert, die dem Gesetz der Vergeltung — des Auge um Auge, Ware gegen Geld — folgt: »Jenseits des eigentlichen Satzinhalts ist es der Ausgleich der Syntax, der den Kleinbürger zufriedensstellt, ist es die Bestätigung eines Gesetzes, wonach nichts ohne entsprechende Konsequenz bleibt, alles menschliche Handeln rigoros erwidert und beglichen wird, kurz: eine komplette Gleichungsmathematik, die ihm eine Welt nach Maßgabe seines Geschäfts sichert« (Barthes, a.a.O., S. 85).

spruch nimmt, nicht nur, um durchaus ›egoistische‹ und ›materielle‹ Geschäftsinteressen zu verkleiden, sondern um sie in ihrer Hinfälligkeit im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung nicht wahrnehmen zu müssen.

Die Pole des kleinbürgerlichen Bewußtseins — die pragmatische Fixierung an eine falsche, weil beschränkte Unmittelbarkeit sowie andererseits die Tendenz, die gesellschaftliche Realität insgesamt durch abgedroschene Idealismen oder Utopismen zu überhöhen — machen die politische *Apathie* verständlich, die den autoritären Charakter ebenso wie die Mittelschichten, zumal in Deutschland, charakterisiert: »Politische Ignoranz scheint [. . .] besonders dadurch bestimmt, daß politische Kenntnisse in der Regel weder zur Realisierung individueller Ziele taugen, noch andererseits dem Individuum helfen, der Wirklichkeit auszuweichen.«¹⁴⁰ Unverwertbar in der kleinbürgerlichen Ökonomie und untauglich für den Eskapismus, bleiben die weiterreichenden gesellschaftlichen Zusammenhänge dem Denken entzogen, und eben diese Undurchsichtigkeit ihrer Wirkung wird mit Angst beantwortet. Die nicht durchschauten ökonomischen Ursachen werden — in Kategorien, die der Biologie oder schließlich der Mythologie entlehnt sind — durch außerökonomische substituiert oder einfach personalisiert: Das Übel, das man nicht erklärt, sucht man in Personen oder Gruppen, die als Handlanger eines ontologischen, in der Anthropologie verwurzelten oder schlechthin gegebenen Unheils erscheinen.

Auch dieser Mechanismus kann auf die gesellschaftliche Situation des Kleinbürgertums rückbezogen werden: Die *Personalisierung* gesellschaftlicher Verhältnisse, die übrigens nur eine Form des allgemeinen Konkretismus ist¹⁴¹, bedeutet zunächst nur die Übertragung von Interpretationsmustern, die sich historisch in den überschaubaren und tatsächlich noch weitgehend personell zurechenbaren Verhältnissen einer mehr oder minder ›geschlossenen‹ Ökonomie ausgebildet hatten, auf die komplexeren, undurchsichtigeren der kapitalistischen Gesellschaft. Die gleichsam gemütliche Seite dieses Bemühens um größtmögliche Überschaubarkeit¹⁴² ist der ›Lokalpatrio-

¹⁴⁰ Studien, S. 187 (A. P., S. 663).

¹⁴¹ Adorno definiert ›Personalisierung‹ als »die Tendenz, objektive gesellschaftliche und ökonomische Prozesse, politische Programme, innere und äußere Spannungen mittels Personen zu bezeichnen, die mit dem jeweiligen Fall identifiziert werden, anstatt sich selbst der Anstrengung der unpersönlichen geistigen Arbeit zu unterziehen, die die Abstraktheit der gesellschaftlichen Prozesse erfordert« (Studien, S. 190; A. P., S. 665).

¹⁴² Unter diesem Aspekt ist insbesondere auch die *kleinbürgerliche Ästhetik* zu interpretieren: die Ansammlung von ›Nippes‹ — in Deutschland Beethovens Büste in Kleinformat auf dem Klavier, in Frankreich die von Napoleon auf dem Büffet; Baudenkmäler, gewaltige Kathedralen in Bronze, Statuetten, die noch das kleinste Detail gotischer Ornamente akri-

tismus«, Charakteristikum bereits der Balzacschen ›Kleinbürger‹¹⁴³. Die Interpretation nationaler Ereignisse folgt demselben Muster: Revolutionen und Konterrevolutionen werden ebenso wie das normale Tagesgeschehen von Personen verursacht, die entweder so sind, ›wie du und ich‹, oder aber ›über die Stränge schlagen‹.¹⁴⁴

Läßt sich die Tendenz zur Personalisierung gesellschaftlicher und politischer Prozesse demnach bereits aus der Tradition des Kleinbürgertums selbst erklären, so hat sie historisch, mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus und dessen eigener Entwicklung, andere Qualitäten und Funktionen übernommen: Ihre Inadäquanz wächst in dem Maße, wie der Gesellschaftsprozess selbst sich den handelnden Individuen gegenüber verdichtet und verselbständigt. Der Mechanismus der Personalisierung — der erst hier zum ›Mechanismus‹ im eigentlichen Sinne wird — übernimmt damit zunächst die ›Reduktion der Komplexität‹, und die Notwendigkeit dieser Re-

bisch reproduzieren; ganze Städte und Landschaften werden in Pappmaché nachgebildet. Ihr Modell ›im Kleinen‹ bezieht seine Komik wie seine Attraktivität aus der Reduktion: Großes, Unüberschaubares wird nicht nur klein und damit überschaubar, sondern zugleich angeeignet, bewältigt.

¹⁴³ Phellion, »dieses Musterbild des Kleinbürgers«, »liebte die Stadt Paris, er interessierte sich für die Baulinien, für die Verschönerungen, er war so geschaffen, daß er vor Häusern stehenblieb, die abgebrochen wurden. Man konnte ihn dabei überraschen, daß er unerschütterlich auf seinen zwei Beinen dastand, die Nase in der Luft, und auf das Herabfallen eines Steines wartete, den ein Maurer hoch oben auf einer Mauer mit der Brechstange gelockert hatte. Er wich nicht vom Fleck, bis der Stein fiel, und wenn der Stein dann gefallen war, schritt er glücklich vondannen wie etwa ein Akademiker nach dem Durchfall eines romantischen Dramas« (Balzac, a.a.O., S. 41).

¹⁴⁴ Balzac verdeutlicht diese Tendenz zur Personalisierung, die zudem das kleinbürgerliche Mittelmaß, die ›goldene Mitte‹, als moralischen Maßstab stets involviert, an einer Salonkonversation seiner ›Kleinbürger‹: »Hätte die Revolution von 1789 vermieden werden können? Die Anleihen Ludwigs XIV. hatten sie schon angedeutet. Ludwig XV., ein Egoist, ein zeremoniöser Geist (er hat gesagt: ›Wenn ich Polizeileutnant wäre, würde ich die Kabrioletts verbieten‹), ein liederlicher König, man kennt ja seinen Hirschpark!, hat viel dazu beigetragen. [...] Die Höchstpreise haben der Revolution sehr geschadet. Von Rechts wegen hätte Ludwig XVI. nicht verurteilt werden dürfen, Geschworene hätten ihn freigesprochen. Bonaparte hat die Pariser niederschießen lassen, und diese Kühnheit hat seinen Erfolg besiegelt. Warum ist Karl X. gestürzt worden? Napoleon ist ein großer Mann, und die Einzelheiten, die sein Genie beweisen, sind zu Anekdoten geworden: Er nahm in der Minute fünf Prisen Tabak, und zwar aus ledergefüllten Taschen, die in seiner Weste eingenäht waren. Er bezahlte alle Rechnungen der Lieferanten. Er ging in die Rue Saint-Denis, um zu erkunden, was alles kostete. Er war mit Talma befreundet, der ihn seine Gesten lehrte, und dennoch hat er es stets abgelehnt, Talma eine Ordensauszeichnung zu verleihen. Der Kaiser hat für einen eingeschlafenen Soldaten Posten gestanden, um zu verhindern, daß der Mann erschossen wurde. Solcherlei Dinge dienten dazu, daß die Soldaten ihn vergötterten. Ludwig XVIII., der schließlich doch Geist hatte, ist Napoleon nicht gerecht geworden, als er ihn ›Monsieur de Buonaparte‹ nannte« usw. (Balzac, a.a.O., S. 44).

duktion, der Simplifizierung ergibt sich aus dem Abstand des Individuums zur gesellschaftlichen Realität: »Offensichtlich ist [...] das subjektive Versagen, die Realität zu erfassen, nicht in erster Linie und ausschließlich in der psychischen Dynamik des Individuums begründet, sondern zum Teil auf die Realität selbst zurückzuführen, auf die Beziehung oder die Beziehungslosigkeit zwischen Realität und Individuum.«¹⁴⁵ Die Chance, am sozialen Geschehen zu partizipieren, ist allerdings eine Größe, die mit der gesellschaftlichen Klasse und der Funktion dieser Klasse im Prozeß der materiellen Reproduktion einer Gesellschaft variiert. Ist das Kleinbürgertum im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung aus diesem Prozeß der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion mehr und mehr herausgefallen, so erzwingt seine heutige ›Ferne zur gesellschaftlichen Kausalität‹ die Personalisierung als Kompensation für die in der Klassensituation begründete – und daher tatsächlich keineswegs nur ›subjektive‹ – Unfähigkeit, den Gesellschaftsprozess in den ihm adäquaten Kategorien zu begreifen. Die Passivität des Kleinbürgertums gegenüber den gesellschaftlichen Vorgängen hat sich allerdings nicht nur verstärkt. Das Kleinbürgertum *erleidet* diese nicht mehr nur als äußerliche, an denen es keinen Anteil nimmt, sondern wird von ihnen zugleich – im unmittelbar ökonomischen Sinne – betroffen, überrollt. Die gesellschaftliche Realität selbst hat, mit anderen Worten, ihre Züge verändert, ist zur allgemeinen Bedrohung geworden. Von oben *und* unten, von den beiden Hauptklassen der Gesellschaft und daher von der kapitalistischen Gesellschaft als solcher bedroht, entfaltet das Kleinbürgertum jene ›diffuse‹ Aggressivität, die sich beim ›Autoritären‹ als allgemeines Charaktermerkmal wiederfindet. Sein ›Klassenkampf‹ richtet sich nicht mehr nur gegen eine bestimmte, andere Klasse, sondern – wie der Faschismus zeigte – gegen ›oben‹ *und* ›unten‹, gegen – wie es bereits im Kaiserreich hieß – die ›rote *und* die goldene Internationale‹, gegen die politische Verfassung der Gesellschaft im allgemeinen, gegen den Parlamentarismus, in dem seine Stimme untergeht. Damit verliert auch die Tendenz zur Personalisierung ihre Harmlosigkeit: Sie ist nicht mehr nur die einfache historische Verlängerung des kleinbürgerlichen Standpunkts, sie leistet nicht mehr nur kognitiv die Vereinfachung des Undurchschauenden, sondern erfüllt zudem die Funktion, die bedrohlichen Qualitäten der undurchschauten gesellschaftlichen Realität an Personen oder angebbaren Gruppen festzumachen. Von hier aus kann die ambivalente Funktion begriffen werden, welche jene ›outgroups‹ im psychischen Haushalt des

¹⁴⁵ Studien, S. 190 f. (A. P., S. 665).

Autoritären wahrnehmen. Einer der zahlreichen Widersprüche dieses Charakters liegt ja gerade darin, daß die Objekte des Hasses — so vor allem die Juden — als schwach, in ihrer vorgestellten Verbindung mit irgendwelchen ›Mächten‹, in der ›zionistischen Weltverschwörung‹ jedoch zugleich als überaus stark gelten. »Auch wenn Fremdgruppen wie etwa die Juden als mächtig beschrieben werden, eignen sie sich als Sündenböcke gerade deshalb, weil man weiß, daß sie im Grunde schwach sind.«¹⁴⁶ Sie erscheinen dem Autoritären — trotz und wegen ihrer faktischen Schwäche — als bedrohlich. Reduziert man diese Bedrohung auf ihren *sozialen* Inhalt, so werden die Wirksamkeit dieses Mechanismus und seine Widersprüchlichkeit aus der gesellschaftlichen Situation des Kleinbürgertums verständlich: Die soziale Bedrohung wird sowohl nach ihrer passiven wie nach ihrer aktiven Seite ›externalisiert‹: Die ›outgroups‹ befinden sich offensichtlich bereits am Rand der Gesellschaft, und ihre gesellschaftliche Marginalität ist nur das Sinnbild des Schicksals, das dem Kleinbürgertum selbst bevorsteht. Ihre — vorgestellte — Macht dagegen ist die des gesellschaftlichen Systems, einer undurchschauten Totalität, von der sich das Kleinbürgertum verfolgt sieht. Gerade *weil* diese Verursachung des sozialen Leids unbenannt bleibt, wird sie auf andere soziale Gruppen verschoben, ebenso wie — auf der individualpsychologischen Ebene — die Wahnbildungen des Paranoikers, die doch nur der ihm selbst unbekannten, *inneren* Gefährdung des Ichs entspringen, sich an irgendeiner Person, einem Verfolger, festmachen müssen. Wie hier »die Bedeutung einer bestimmten Person außerordentlich erhöht, ihre Machtvollkommenheit ins Unwahrscheinliche gesteigert (wird), um ihr desto eher die Verantwortlichkeit für alles Widrige, was dem Kranken widerfährt, aufladen zu können«¹⁴⁷, so müssen die wegen ihrer Schwäche gehaßten outgroups zugleich mit Macht ausgestattet oder als mit finsternen Mächten paktierend vorgestellt werden.¹⁴⁸

Dieser Abschnitt, der dem Zusammenhang zwischen dem ökonomischen Prozeß der Polarisierung und dem politischen der Konterrevolution nachging, nahm einen Widerspruch zum

¹⁴⁶ Frenkel-Brunswik, A. P., S. 485.

¹⁴⁷ Sigmund Freud, Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt 1956, S. 59.

¹⁴⁸ Daß diese Macht zumeist an der ›Internationalität‹ der Juden festgemacht wird (vgl. die Rede von der ›goldenen Internationale‹), wirft nicht nur Licht auf den Mechanismus des ›Innen und Außen‹, auf die Verschiebung innergesellschaftlich erzeugten Leids auf ›äußere‹ Verursacher, sondern zugleich auf die lokale Beschränktheit des Kleinbürgertums: Jenseits der Grenzen des Vaterlands ist grundsätzlich nichts mehr überschaubar.

Ausgang, der konterrevolutionären Bewegungen, zumindest denen der Neuzeit, stets anzuhaften scheint: daß sie, im Hinblick auf die in ihnen sich durchsetzenden gesellschaftlichen Interessen, Bewegungen einer Minorität sind, während sie umgekehrt der Massenbasis in irgendeiner Form bedürfen und diese, wo sie — wie im Faschismus — zum Erfolg führten, auch vorfanden. Gesellschaftliche Unterdrückung muß sich — zumindest seit dem Beginn der auf das Allgemeinheitspostulat stets noch angewiesenen bürgerlichen Gesellschaft — zu ihrer Durchsetzung auf Unterdrückte stützen. Die ›Massenpsychologie des Faschismus‹, um deren Aufhellung insbesondere Reich sich bemühte, sollte in diesen Kapiteln als die des Kleinbürgertums dechiffriert werden: Sein ›Sozialcharakter‹ weist in solch paradigmatischer Form eben jene Züge von Ambivalenz, von windschiefer Rebellion gegen Unterdrückung bei gleichzeitigem Einvernehmen mit ihr auf, daß er in eben dieser Widersprüchlichkeit als das psychische Korrelat jener politischen Bewegungen zu begreifen ist.

Die Studie zur ›Authoritarian Personality‹ war zu diesem Nachweis, mehr als dies in ihr selbst zur Sprache kommt, auf die *soziale Fundierung* der beschriebenen Komponenten hin zu befragen. Die theoretische Grundlage jener empirischen Untersuchungen bildete nicht zufällig die Psychoanalyse, die es gestattet, scheinbar irrationales Verhalten aus der ›Rationalität‹ psychischer Vorgänge zu erklären. Das Handeln der faschistischen Massen war ein ›irrationales‹, und die Frage mußte lauten: Wie gelangen Unterdrückte dazu, die Bedingungen ihrer eigenen Unterdrückung zu reproduzieren; welches ist der Charakter der Rebellion gegen Unterdrückung, die deren Voraussetzungen verfestigt? Die dargestellten Elemente und Mechanismen des autoritären Charakters — die ›Identifizierung mit dem Angreifer‹, die Autoritätsgebundenheit *in* der Rebellion usw. — sollten das Korrelat jenes politischen Verhaltens aufweisen, die psychische Fundierung seiner Widersprüche.

Sofern sich dieses Verhalten jedoch nicht mehr als individuell beschränktes, sondern *kollektiv und zugleich politisch* äußert, ist die soziologische Argumentation unerläßlich. Die Widersprüche im Verhalten, die Ambivalenz des Charakters weisen letztlich auf die Zweiseitigkeit der *sozialen Situation* des Kleinbürgertums zurück. Die ›Ich-Schwäche‹ des Autoritären ist eine *kollektive*, ein *soziales Faktum*, das von der Zugehörigkeit eines Individuums zu einer bestimmten Gesellschaftsklasse und darüber hinaus von der Stellung und Funktion dieser Klasse innerhalb der Gesamtgesellschaft entscheidend bestimmt wird. Von einer solchen *ökonomischen* Funktion ist im Falle des Kleinbürgertums kaum noch zu sprechen. Ginge

es nicht um sein ideologisches Potential, so wäre seine Stellung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eher als ›dysfunktional‹ zu beschreiben. Seine zunehmende Verdrängung aus dem Prozeß der gesellschaftlichen Bewältigung der Natur, der Entwicklung der Produktivkräfte beseitigt zugleich die sozialen Voraussetzungen der Ich-Bildung.

Die — hier verankerte — *kollektive Ich-Schwäche einer ›deklasierten Klasse‹* mag (dies kann hier nur hypothetisch angedeutet werden) schließlich noch den Schlüssel zum Verständnis derjenigen Züge des Faschismus liefern, die mit der kapitalistischen Klassenherrschaft, die er reinstitutionalisierte und verfestigte, unmittelbar nichts zu tun haben. Die Zerschlagung des Parlamentarismus und der Arbeiterbewegung, die ihm — und zwar mit Hilfe der kleinbürgerlichen Massen — gelang, war, gemessen an diesen Interessen, in einer bestimmten Situation, ›funktional‹. Nach ethnischen Kriterien vorgenommene Ausrottungsaktionen dagegen sind schwerlich direkt den Zwecken der kapitalistischen Ökonomie zuzuordnen. Dieses ›Surplus an Irrationalität‹, das den Faschismus charakterisiert, wäre viel eher als Zugeständnis an jene Massen zu interpretieren, welche jene ›funktionalen‹ Ziele durchsetzten, ohne doch in ihren eigenen befriedigt werden zu können, als Zugeständnis in Form des Rituals. Das mörderische Zeremoniell, rassistische Diskriminierungen sowie ihr Korrelat, das nationalistische Selbstgefühl, wären demnach Ausdruck des verzweiferten Kampfes einer ›deklassierten Klasse‹ um eine Identität, die sich aus der Gesamtökonomie längst nicht mehr ableiten läßt.

IV. Kleinbürgertum und Faschismus

Tituliert man die faschistische Bewegung als Bewegung des Mittelstands, so trifft man auf Widerstand — insbesondere auf den zeitgenössischer Liberaler. In ihrem Umkreis überwinden vor allem zwei ›Erklärungen‹ des Faschismus: 1. die These von der ›deutschen Sonderentwicklung‹ und 2. die sogenannte Totalitarismustheorie. *Beiden* Ansätzen — dies ist der Anlaß, sie hier kurz zu umreißen — wohnt explizit oder implizit die Intention inne, die klassentheoretische Analyse des Faschismus als überflüssig, wenn nicht als fehlgerichtet erscheinen zu lassen.

(1) So argumentiert etwa Dahrendorf gegen Lipsets These vom ›Extremismus der Mitte‹: »Die entscheidende Frage ist nur: Was erklärt diese Theorie? Sie kann den 30. Januar nämlich nicht erklären; denn einen Mittelstand gab es in allen industriellen Gesellschaften, einen 30. Januar 1933 aber nur in Deutschland. Warum sind England und die Vereinigten Staaten dem ›Extremismus der Mitte‹ nicht zum Opfer gefallen?«¹ Hatte Lipset versucht, seine These auf einem *internationalen* Vergleich zu begründen — und in der Tat lassen sich analoge Daten für einen faschistischen Umsturz auch für andere Länder angeben —, so begreifen Dahrendorf und andere den deutschen Nationalsozialismus von vornherein als *singuläres* Ereignis. In Deutschland, so lautet, zusammengefaßt, die ›historiographische‹ Argumentation, habe keine bürgerliche Revolution stattgefunden wie in den übrigen kapitalistischen Ländern, wo sie »den absolutistischen Obrigkeitsstaat zu verdrängen und [...] einer Tradition rationalen, optimistischen politischen Bewußtseins den Weg zu bereiten« vermochte.² Als sie 1848 schließlich nachgeholt werden sollte, scheiterte sie. »Mit diesem entscheidenden Fehlschlag [...] scheiterte auch der Versuch, die soziale Ordnung so zu reformieren — und ihr eine politisch adäquate Form zu geben —, daß dem Absolutismus der alten Gewalten, der Höfe, des Adels, der Bürokratie und des Militärs, der Rückhalt entzogen würde.«³

¹ Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1968, S. 424 f.

² Bracher, *Die Auflösung*, a.a.O., S. 3.

³ Ebd., S. 7.

Deutschland industrialisierte sich unter anderen politischen Bedingungen als die übrigen kapitalistischen Länder⁴; die Revolution kam ›von oben‹, unter wesentlicher Beteiligung des Militärs, der Beamtenschaft, kurz des feudal gebliebenen Staatsapparats. »In diesen Strukturen war kein Platz für eine breite, politisch selbstbewußte Bourgeoisie; daher (sic!) spielten wirtschaftliche Großgebilde von vornherein eine erhebliche Rolle.«⁵ Im Gegensatz zu den übrigen Ländern habe Deutschland daher nie eine eigentlich ›liberale‹ Phase kennengelernt — dafür aber einen »Obrigkeitsstaat«, bestimmt »durch die charakteristisch autoritäre Mischung von Strenge und Wohlwollen«⁶. Für wie relevant auch immer man Dahrendorfs sonstige Abgrenzung gegenüber Parsons halten mag — dessen Thesen von der ›feudal-militaristischen‹ Vergangenheit Deutschlands und dem religiös vermittelten ›patriarchalischen Autoritarismus‹ jedenfalls gehen ungebrochen in seine Erklärung der Katastrophe der ›verworfenen Nation‹ ein. Auch nach Parsons liegt die Gefährlichkeit dieser Tradition ja gerade darin, daß ein »wohlwollender Patriarchalismus leicht in einen strengen Autoritarismus übergehen (kann), wenn nicht gar in zynische Verfolgung der Macht, die der Wohlfahrt der Masse des Volkes zuwiderläuft«⁷.

Dieser ›Übergang‹, so darf man schließen, erfolgte dann endgültig mit dem Nationalsozialismus, und darin resümiert sich die ›historizistische‹ These⁸: Die politischen Institutionen, die im 19. Jahrhundert — vorab unter Bismarck — die deutsche Szene beherrschten, haben den ohnehin schwach ausgebildeten liberalen Geist endgültig verunstaltet und damit eine Art von deutschem ›Nationalcharakter‹ geschaffen, der den Rückfall in den autoritären Obrigkeitsstaat auch im 20. Jahrhundert nahelegte. »Tiefster Grund für diese Entwicklung (zum Nationalsozialismus — A. L.-F.) war jene doppelt unpolitische Haltung, jenes innere Unbeteiligtsein am Staat, das ein Erbe der Bismarckzeit ist: die Verkoppelung der ›beiden politischen Hauptmängel der Deutschen‹ — einer unpolitischen Staatsenthaltung mit einer unpolitischen Machtanbetung.«⁹ Daß

⁴ Dies veranlaßt Dahrendorf zu der absurden Behauptung, »die deutsche Wirtschaft sei im Kaiserreich zwar industriell, aber nicht kapitalistisch gewesen« (a.a.O., S. 62).

⁵ Ebd., S. 58.

⁶ Ebd.

⁷ Talcott Parsons, ›Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus‹, in: ders., Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied/Berlin 1964, S. 263.

⁸ Unter ›historizistisch‹ verstehe ich hier (abweichend von Popper, der diesen Begriff in Umlauf setzte) Quasi-Theorien, die ein bestimmtes historisches Ereignis nicht erklären, sondern einzig als Verlängerung irgendeiner ›Tradition‹ (heute auch ›political culture‹ genannt) begreifen.

⁹ Bracher, Die Auflösung, a.a.O., S. 47.

Deutschland auf ›obrigkeitsstaatliche‹ Strukturen festgelegt gewesen sei, gilt nicht nur Dahrendorf als Antwort auf seine eingangs gestellte Frage: ›Wie war der Nationalsozialismus möglich‹, sondern läßt auch Bracher zufolge den Schluß zu, daß damit der Weg frei war für »eine Autokratie, in die die deutsche Entwicklung immer wieder zurückfiel: unter Bismarck, unter Wilhelm II., in der Zeit der selbstherrlichen Entscheidungen Ludendorffs, mit der präsidentialen Autokratie Hindenburgs, endlich unter Hitler«¹⁰.

Die von Dahrendorf gegen Lipset gewendete Frage: ›Was erklärt diese Theorie?‹ wäre an ihn selbst zu richten — sofern man sich entschließt, den Bericht über eine politische ›Ambiance‹, die sich über Generationen hinweggeschleppt haben soll, überhaupt als Theorie (und nicht einfach als Stimmungsbild) zu bezeichnen. Ihren augenfälligsten Nachteil besitzt die historizistische These zunächst darin, daß sie — so paradox dies erscheinen mag — durchaus *ungeschichtlich* verfährt. Sie hypostasiert eine mehr oder minder kontinuierliche liberale Tradition in den Ländern, die die bürgerliche Revolution vollzogen haben, wo allenfalls von begrenzten liberalen Perioden die Rede sein kann. Die unmittelbaren ›Erben‹ der bürgerlichen Revolution bereits, die Regierungen Cromwells und Napoleons, begründeten keineswegs eine liberale Demokratie, sondern schlechterdings eine Diktatur.¹¹ Und wenn die Verfechter der historizistischen These das Merkmal der liberalen Tradition gerade in den Usancen des Parlamentarismus sehen, so blieb dieser jedenfalls in der ›klassischen Stätte des Liberalismus‹ für nahezu zweihundert Jahre nach der bürgerlichen Revolution ein Privileg des *Adels* — bis 1832 nämlich, als es dem englischen Großgrundbesitz geraten schien, wenigstens dem Besitzbürgertum das Wahlrecht zu konzedieren.

Um so weniger einleuchtend ist daher das zentrale Argument: das besondere Gewicht der Feudalschichten zur Zeit der deutschen Industrialisierung. Abgesehen davon, daß die soziale

¹⁰ Ebd., S. 5.

¹¹ »Nirgends ist die Unterordnung des Proletariats unter den kapitalistischen Produktionsprozeß, das Zerschlagen der feudalen Selbständigkeiten, die Schaffung einer mächtigen zentralistischen Staatsgewalt, die treibhausmäßige Förderung des noch in den Anfängen befindlichen Kapitalismus mit parlamentarischem Liberalismus vereinbar gewesen« (Franz Borkenau, ›Zur Soziologie des Faschismus‹, in: Nolte [Hg.], Theorien über den Faschismus, a.a.O., S. 166). Borkenau schließt hier geradezu die umgekehrte These an, daß nämlich nicht das Fehlen einer bürgerlichen Revolution, sondern das Fehlen jener der bürgerlichen Revolution überall folgenden ›revolutionären Diktatur‹ die Notwendigkeit des Faschismus in den übrigen Ländern begründet habe. Die Leistungen dieser Diktatur (in Frankreich: Zentralisierung, Reform der Bürokratie, des Rechtssystems, des Schulwesens usw.), so lautet die These, mußten hier in konterrevolutionärer Form nachgeholt werden.

Herkunft von Offizieren und Staatsbeamten über die tatsächlichen Klassenverhältnisse, die in einer Gesellschaft dominieren, zunächst überhaupt nichts besagt, ist die Amalgamierung von Adel und Bourgeoisie vielmehr ein *regelmäßiges* Produkt der kapitalistischen Entwicklung.¹² Dazu genügt ein Blick auf die außerdeutsche Geschichte: Nicht nur in England, wo der Adel bis spät ins 19. Jahrhundert im Parlament dominierte, sondern auch in Frankreich, wo er bereits unter Napoleon aus seiner Emigration geradezu zurückgebeten wurde, hielten die Feudalschichten für lange Zeit nach der *gelungenen* bürgerlichen Revolution den staatlichen Apparat in der Hand. Auf mehr als diese *politische Repräsentanz* der Feudalschichten aber kann sich die These von der deutschen Sonderentwicklung nicht berufen. Denn die Tatsache, daß der Feudaladel in erheblichem Umfang Sitz und Stimme in der Regierung des Kaiserreichs besaß, hat weder die Ausbildung kapitalistischer Produktionsverhältnisse noch die Industrialisierung entscheidend verzögert. Eher ist — auch nach der historizistischen These — vom Gegenteil auszugehen: »Das kaiserliche Deutschland hat die Industrialisierung rasch und gründlich absorbiert.«¹³

Besonders merkwürdig aber erscheint die Annahme einer deutschen Sonderentwicklung, wenn man ihrem eigenen, auf politische Traditionen gebannten Blick folgt. Der »autoritäre«, auf Massenunterstützung beruhende Staat unter *kapitalistischen* Bedingungen ist keineswegs eine genuin deutsche Erfindung. Er hatte in Frankreich unter Napoleon III. bereits bestanden, bevor Bismarck, und zwar unter explizitem Bezug auf dieses System¹⁴, ihn in Deutschland einzuführen suchte.

¹² Damit Grundeigentum und Kapital nurmehr »die zwei großen Interessen« darstellen, »worin die *Bourgeoisie* sich spaltet« (Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 250), muß der Adel allerdings in dem Sinne ökonomisch »verbürgerlichen«, daß seine Existenzgrundlage nicht mehr auf der feudalen, sondern zunehmend auf der kapitalistischen Produktionsweise beruht — daher spricht man auch zu Recht bereits für die Zeit des Bismarck-Reichs von einem »Agrarkapitalismus«. Was sich äußerlich in allen kapitalistischen Ländern Europas an der Nobilitierung bürgerlicher Unternehmer und der forcierten Einheiratung von Bürgerstöchtern in den Adel, an der Ausbildung gemeinsamer Verkehrsformen anzeigt, bezeugt diese Verschmelzung zu einer herrschenden Klasse. »Wir haben in Deutschland seit dem Aufschwung unserer wirtschaftlichen Kräfte dasselbe Schauspiel (wie zuvor in England [!] — A. L.-F.) erlebt, Herzöge und Gesandte und eine ganze adelige Gesellschaft als tägliche Gäste großer Kohlenbarone und Bankdirektoren (von oft sehr kurzem »Stammbaum«) zu sehen« (Levy, Soziologische Studien, a.a.O., S. 4).

¹³ Dahrendorf, a.a.O., S. 58.

¹⁴ »Ich habe lange genug in Frankreich gelebt, um zu wissen, daß die Anhänglichkeit der meisten Franzosen an die Regierung [...] wesentlich damit in Verbindung steht, daß die meisten Franzosen Rentenempfänger vom Staate sind in kleinen, oft sehr kleinen Beträgen [...] Und ich glaube, daß wenn Sie uns diese Wohltat von mehr als einer halben Million kleinen Rentnern im Reiche schaffen können, Sie [...] auch den gemeinen Mann das Reich als eine wohlthätige Einrichtung anzusehen lehren werden« (aus

Zwischen Bonapartismus und Bismarckismus bestehen in der Tat Gemeinsamkeiten: einmal in dem hier etablierten Klassengleichgewicht von Bourgeoisie und Adel (in Frankreich repräsentiert durch die Orleanisten und die Legitimisten), zum anderen vor allem in dem Vorhaben der »Obrigkeit«, »innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die untern Volksmassen« zu beglücken¹⁵. Was aber den Bonapartismus vom Bismarckismus scheidet, ist genau das, was ihn mit dem Faschismus verbindet: die Rolle der Sozialdemagogie, die dem Konservativen Bismarck weit ferner lag als dem »prinziplichen Lumpenproletarier« Bonaparte, und die soziale Verankerung des bonapartistischen Systems in den Deklassierten. Verglichen etwa mit den »Wohltätigkeitsgesellschaften« Bonapartes erscheint die Bismarcksche Sozialversicherungsgesetzgebung geradezu als seriös. Zwar sollten »nach seinen Absichten [...] alle Zweige der Sozialversicherung den Arbeitern als eine Veranstaltung des Staats für die Arbeiterschaft erscheinen«¹⁶, d. h. sie verfolgten ebenso das Ziel der manipulativen »Beglückung« und Bindung der »untern Volksmassen« ans Regime. Aber sie richteten sich auf die Arbeiter, und nicht auf die Deklassierten und die Parzellenbauern. Der Bismarckismus hat sich niemals auf Deklassierte gestützt, er hat jene »geräuschvolle, anrühige, plünderungslustige Bohème« ebenso vermieden wie irgendwelche, der »Dezemberbande« vergleichbare Stoßtrupps. Wenn es also auf die »Tradition« ankäme, so hätte in Frankreich der Faschismus weit bessere Chancen gehabt als in Deutschland.¹⁷

Die historizistische These argumentiert daher nicht nur unhistorisch, sondern auch *unsoziologisch*. In der Konstruktion einer »geschichtlichen« Kontinuität, die von Bismarck bis Hit-

der Reichstagsrede Bismarcks zur Alters- und Invaliditätsversicherung vom 18. 5. 1889, zitiert nach: Erich Born, »Die Motive der Bismarckschen Sozialgesetzgebung«, in: Die Arbeiterversorgung, 62. Jg., Nov. 1960, H. 2, S. 37).

¹⁵ Marx, Der achtzehnte Brumaire, a.a.O., S. 313.

¹⁶ Born, a.a.O.

¹⁷ In der Tat hatte der Faschismus in Frankreich Chancen, wenn auch nicht primär deshalb, weil ihm ein Bonapartismus voranging. Die Bezeichnung des Regimes von Vichy als »Kollaborationsregime« verdeckt die wesentliche Tatsache (an deren Verdeckung der Gaullismus durchaus interessiert war), daß es sich auf eine breite, »faschistische« Massenbewegung stützte. Es war »keineswegs einer der Quisling-Regierungen vergleichbar«, denn »die Übernahme der Verantwortung durch den Marschall Pétain fand vielmehr die beinahe einhellige Zustimmung des Landes [...] Wie anders als unter dem Druck einer übermächtigen Meinung hätte es Laval gelingen können, die überwältigende Mehrzahl aller Parlamentarier zu jener freiwilligen Selbstaufgabe zu bewegen, die dem Regime Pétain nicht nur Legalität, sondern eine neuartige Legitimität sicherte?« (Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française — Der italienische Faschismus — Der Nationalsozialismus, München 1971, S. 119 f.).

ler reiche, läßt sie die in der Zwischenzeit vollzogenen Wandlungen im Klassengefüge des Kapitalismus gänzlich außer Betracht. Während auf die soziale Grundlage des Bismarckischen Staats wenigstens noch hingewiesen wird, fehlt der Rückbezug des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auf die Klassenkonstellation. Dieses hängt sozial gewissermaßen in der Luft. Als hinter ihm stehende Interessen bleiben im Grunde nur die der Machthaber selbst übrig. Dies erlaubt einerseits die Titulierung des Faschismus als ›Diktatur‹ oder ›Autokratie‹, die seinen Charakter als Massenbewegung verdeckt, während andererseits die Manipulationsthese die Lücke schließen muß: »Erst die suggestiven, überredenden, verführenden Mächte führen Einzelinteresse und Einzelbewußtsein zusammen und statten sie mit kollektiver Stoßkraft aus. Und erst sie bewirken durch ideologische Integration und Gleichschaltung eine Politisierung der sozialen Situationen, Mentalitäten und Bewegungen.«¹⁸ Wer aber diese ›suggestiven Mächte‹ seien, in wessen Interesse sie ›überreden‹ und ›verführen‹, bleibt unklar.

(2) Zu ähnlichen Hilfskonstruktionen, basierend auf einem analogen Begriff des Nationalsozialismus als diktatorialem System, greifen die Totalitarismustheorien, die in quasi-theoretischer Form die Bestandteile des landesüblichen politischen Denkens in der Zeit des Kalten Krieges (und seiner heute noch bedeutsamen Ausläufer) fixieren¹⁹, so vor allem jene die öffentliche Diskussion nahezu beherrschende Gleichung ›rot = braun‹. Gewissermaßen am Eisernen Vorhang selbst stand dem »Idealtypus‹ eines autonom-heterogenen-pluralistischen Rechtsstaats [...] der ›Idealtypus‹ einer heteronom-homogenen-totalitären Diktatur gegenüber«²⁰. Aus dieser Charakterisierung der politischen Systeme — der liberal oder auch ›pluralistisch‹ verfaßten Demokratie einerseits²¹, des ›Totalitaris-

¹⁸ Bracher, a.a.O., S. 165 f.

¹⁹ »Diese eindeutige Konfrontation des ›Kalten Krieges‹ hatte [...] wichtige, das Bewußtsein des Westens politisch enorm stabilisierende Wirkungen gehabt. Wirkungen, die sich in der Politikwissenschaft in der großen Gegenüberstellung von westlicher Demokratie einerseits und ›Totalitarismus‹ andererseits niederschlugen. Diese Konfrontation war nicht zufällig. Sowohl gegenüber dem Nationalsozialismus wie gegenüber dem Stalinismus reagierte das politische Bewußtsein notwendigerweise negativ, und die weltpolitische Situation vermittelte die positive Alternative: Westliche Demokratie angelsächsischer Prägung« (Bernard Willms, *Marxismus — Wissenschaft — Universität*, Düsseldorf 1971, S. 25). Ebenso wenig zufällig ist die Ablösung der Totalitarismustheorien durch konvergenztheoretische Ansätze. Sie vollzog sich im Einklang mit dem Wandel der außenpolitischen Konstellation.

²⁰ Ernst Fraenkel, ›Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitsrechtsstaatlichen Demokratie‹, in: F. Nuscheler und W. Steffani (Hg.), *Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen*, München 1972, S. 182.

²¹ Wo man zuvor einfach von ›freiheitlich‹ sprach, redet man heute, angesichts der allzu offensichtlichen Macht der Interessenverbände, zumeist

mus« andererseits — folgt dann der Gegensatz von »individueller Freiheit«, repräsentiert durch die »persönlichen staatsfreien Freiheitsrechte«, und »Gleichschaltung«, ja »Auslöschung des Individuums« auf der anderen Seite.²²

Ebenso wie bei der These von der deutschen Sonderentwicklung bleibt die Analyse in der Deskription stecken, in der Deskription von Symptomen. Deren Enumeration — totale Herrschaftsverfügung einer einzigen Partei, deren Unfehlbarkeitsanspruch, pseudo-religiöse Massenverehrung, allgemeine Überwachung, Massenverfolgung, Monopolisierung der öffentlichen Meinung usf. — soll die stets vollzogene Gleichsetzung von unter soziologischem Gesichtspunkt durchaus verschiedenen Herrschaftssystemen, von Kommunismus und Nationalsozialismus, begründen, die sich umgekehrt nur begründen *läßt*, wenn vornehmlich die *Mittel* der Herrschaft, ihre *Techniken* (und nicht gesellschaftliche Interessen) Gegenstand der Untersuchung sind. In ihrer Aufzählung »typischer Merkmale, die nicht so sehr vorgegebene Zwecke und Zielvorstellungen als vielmehr tatsächliche Methoden und Praxis der Herrschaft betreffen«²³, müssen die Totalitarismustheorien die soziale Basis des Liberalismus und seiner »staatsfreien Freiheitsrechte« allerdings ebenso ignorieren, wie der Liberalismus selbst es zunächst tat. Darin erweisen sie sich ihrerseits als Ausdruck eines gleichsam verspäteten, dem von ihnen perhorreszierten »technisierten Massenzeitalter«²⁴ hilflos gegenüberstehenden Liberalismus. Wenn sie auf dem »Autonomieanspruch außerpolitischer Lebensbereiche und Kultursphären« insistieren²⁵, so reproduzieren sie darin noch die Differenz von Staat und Gesellschaft, von Politischem und Privatem, von citoyen und bourgeois, die die Stärke des Liberalismus gegenüber dem feudal-absolutistischen Staat ausmachte, zur begrifflichen Erfassung moderner politischer Systeme jedoch untauglich ist.

Denn setzt man bei der Technik an (die ja nicht Ursache, sondern nur Mittel jener propagandistisch vermittelten »Gleichschaltung des Individuums« ist), so lassen sich allenfalls ephemere Konvergenzen aufzählen: Die Praxis der Propaganda und selbst noch die der Massenverfolgung rekurren selbstverständlich in *jedem* repressiven System auf den jeweils

von »Pluralismus«. Mit beiden Begriffen ist jedoch im Prinzip dasselbe gemeint: »Der Pluralismus ist [...] an die Voraussetzung einer freien, die Vielfalt ermöglichenden Verfassung gebunden. Freiheit ist die Bedingung der Möglichkeit einer pluralistischen Gesellschaftsordnung« (Kurt Sontheimer, Art. »Pluralismus«, in: E. Fraenkel und K. D. Bracher [Hg.], Fischer-Lexikon »Staat und Politik«, Frankfurt ¹³1971, S. 256).

²² K. D. Bracher, Art. »Totalitarismus«, in: ebd., S. 329.

²³ Ebd., S. 328.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd., S. 328 f.

erreichten Stand der technischen Entwicklung, von dem neben den gesellschaftlichen Produktivkräften auch die Destruktivkräfte abhängen. Andererseits geraten die wirklichen, *sozialen* Konvergenzen, wie die von deutschem und italienischem Faschismus, aus dem Blick: So wird zwischen mindestens *drei* Formen des ›Totalitarismus‹ unterschieden, und der Begriff des ›Faschismus‹ deckt einzig den italienischen.²⁶ Die allzu simple Gegenüberstellung von ›Freiheit‹ und ›Diktatur‹ verhindert aber nicht nur die Einordnung der ›totalitären‹ Systeme nach den ihnen jeweils zugrundeliegenden Gesellschaftsverfassungen und Produktionsformen, sondern auch die ihrer sozialen Basis. Sie erscheint — im einen wie im anderen Fall — als bloßes *Objekt* von Herrschaftstechniken: Die Totalitarismustheorie wird durch die Manipulationsthese geradezu zwangsläufig komplettiert.

Die These von der manipulativ eingefädelten Verblendung aber greift zur Erklärung des massenhaften Umschwungs eines bis dahin in weiten Teilen ›liberalen‹ Mittelstands zum Faschismus zu kurz, geht es doch gerade um die *Möglichkeit* einer solchen Verblendung. Setzt man die Dichotomie von ›freiheitlicher Demokratie‹ und ›Totalitarismus‹ voraus, so wird man hier eine radikale Wendung unterstellen, wo doch — Lipset zufolge — allenfalls von einer Wendung zum Radikalismus die Rede sein kann, vom ›Extremismus der Mitte‹: »Wenn der klassische Faschismus zur Hauptsache die gleichen Elemente anspricht, die den Liberalismus stützen, dann sollten es eigentlich dessen frühere Anhänger gewesen sein, welche den Nationalsozialisten in den Sattel verhalfen. Ein Blick auf die Wahlstatistiken [...] scheint diese Annahme zu bestätigen.«²⁷ Anhand einer klaren statistischen Analyse zeigt Lipset, daß die traditionellen Parteien des Mittelstands, die bürgerlich-liberalen Parteien der Mitte, zwischen 1928 und 1932 fast 80 Prozent ihrer Wähler verloren und ihr Anteil an der Zahl aller Stimmen von 25 Prozent auf weniger als 3 Prozent fiel. Wenn der Nationalsozialismus auch auf die Angestellten erhebliche Anziehung ausübte, so waren doch die ›Selbständigen‹ mit 187 Prozent gegenüber ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in der NSDAP deutlich überrepräsentiert.

Auf den essentiell kleinbürgerlichen Charakter der faschistischen Massenbasis wird auch in der übrigen Literatur verwiesen, und in der Tat ist »die These, wonach der Faschismus

²⁶ Der Totalitarismus habe »seine bislang ausgeprägteste Gestalt im Kommunismus und Nationalsozialismus, eine etwas gemilderte Ausprägung im Faschismus und seinen Abarten gefunden« (ebd., S. 328). Danach steht am Ende der Nationalsozialismus dem Stalinismus näher als dem italienischen Faschismus!

²⁷ Lipset, *Der ›Faschismus‹*, a.a.O., S. 457.

im wesentlichen eine Bewegung der Mittelklasse sei [...], nicht sehr originell«²⁸. Die Frage ist allerdings, wie das *Verhältnis von sozialer Basis und Ideologie* auf dem Boden der Theorien zu erklären ist, die eine strikte *Kontinuität von Liberalismus und Faschismus* behaupten. Diejenigen Thesen, die vor allem von der Konstanz der *sozialen Basis* ausgehen, gelangen zwangsläufig zu der Ansicht, daß »in dem Maße, in dem die Bedeutung der Mittelklasse vergleichsweise abnahm [...], aus der ›liberalen‹ Ideologie einer revolutionären Klasse [...] die Ideologie einer reaktionären Klasse (wurde)«²⁹. Hier übernehme die ehemals »liberale« Ideologie »Ventilfunktionen« (Lipset) und werde so »auf die Mentalität bedrohter und unzufriedener Kleineigentümer zugeschnitten« (Kühnl). Nicht nur bleibt dabei unklar, *wer* diesen ›Zuschnitt‹ besorgte; schwerer wiegt vielmehr die Tatsache, daß die These von der Umfunktionierung ehemals progressiver Elemente (wie z. B. des Nationalismus) der liberalen Ideologie stets auf Psychologismen rekurrieren muß, auf irgendwelche »Gefühle« »enttäuschter« Kleinbürger, die der Faschismus sich »zunutze gemacht« habe (Kühnl).

Während hier die Ideologie gewissermaßen als ein verfügbares Arsenal erscheint, dessen einzelne Bestandteile je nach der historisch bestimmten Bedürfnislage der mittelständischen Massen revolutionär oder auch reaktionär verwendbar sind, versäumen die Ansätze, die sich vor allem auf die Kontinuität der *Ideologie* von Liberalismus und Faschismus richten, umgekehrt den Rekurs auf die *Träger* dieser Ideologie. So nimmt etwa Marcuse tendenziell eine *Selbsttransformation* der liberalen Ideologie an, die sich auf dem Hintergrund *globaler* gesellschaftlicher Prozesse (und weniger der Transformation einer *bestimmten* Klasse) ereignet habe.³⁰ Die faschistische

²⁸ Ebd., S. 452.

²⁹ Ebd., S. 453.

³⁰ Die soziologische Grundlage bildet dabei im wesentlichen die Theorie vom ›autoritären Staat‹, derzufolge »die monopolistische Phase der ökonomischen Entwicklung Deutschlands nur als eine Phase des Übergangs« in einem Prozeß zu deuten ist, der mit dem tendenziellen Schwinden der Zirkulationssphäre, des Marktes begonnen habe und im »Staatskapitalismus«, im autoritären Staat ende (vgl. Friedrich Pollock, ›Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?‹, in: Max Horkheimer [Hg.], *Autoritärer Staat*, Bd. II, o.O., o. J., S. 32 ff., hier S. 43; sowie Horkheimer, ›Autoritärer Staat‹, in: ders., *Kritische Theorie*, Bd. III, a.a.O., S. 35 ff.). Der Fehler dieser Ansätze scheint mir zunächst darin gelegen, daß der Faschismus hier als das einem bestimmten, durch äußerste Agglomeration wirtschaftlicher Macht gekennzeichneten Stadium der kapitalistischen Entwicklung *adäquate* politische Herrschaftssystem erscheint – wohingegen m. E. daran festzuhalten ist, daß zusätzliche (hier noch zu erörternde) Bedingungen in der Klassenstruktur gegeben sein müssen, die den Übergang zum Faschismus fördern, dieser also, mit anderen Worten, nicht etwa das normale politische Pendant ›spätkapitalistischer‹ Strukturen ist, sondern auf *Ausnahmesituationen* antwortet.

Ideologie stellt danach gleichsam das irrationalisierte Äquivalent der liberalen dar: Noch die »Volksgemeinschaft« zehre von der Idee einer prästabilierten Harmonie, die sich in der inzwischen eingetretenen Phase der kapitalistischen Entwicklung allerdings nicht mehr »im ungestörten Ablauf der privaten Praxis *von selbst* ergeben«, sondern angesichts »der Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze und der ökonomischen Krisen« nur durch »eine alle Machtmittel mobilisierende starke Staatsgewalt« eingeholt werden könne.³¹

Gegenüber der radikalen Dichotomie von Liberalismus und Faschismus, den die Totalitarismustheorien ebenso wie die These von der deutschen Sonderentwicklung konstruieren, bleibt die Auffassung von ihrer Kontinuität zweifellos im Recht. Der Gegensatz von »Kollektivismus« und »Individualismus«, den jene zentral in Anspruch nehmen, existiert in dieser Form nicht, wenn nämlich nachzuweisen ist, daß der Kern des faschistischen »Kollektivismus« durchaus »individualistisch« ist, daß die Verachtung der »Masse« im Liberalismus allgemein und der »charismatisch-autoritäre Führergedanke [. . .] in der liberalistischen Feier des genialen Wirtschaftsführers, des »geborenen« Chefs« präformiert sind.³² Selbst das Argument der im Faschismus fundamental verankerten antidemokratischen Ideologie scheint fragwürdig, lehnte sich hier doch nur die »wirkliche Volksmeinung« gegen die im kleinbürgerlichen Verstand allemal »korrumpierte« parlamentarische Mehrheit auf. Auch die Zerschlagung der Demokratie erfolgte demnach auf der Grundlage »demokratischer« Illusionen, von — wenn auch pervertierten — Vorstellungen über eine gewissermaßen »unmittelbare Demokratie«, die die Interessen des »kleinen Mannes« zu respektieren und notfalls gewaltsam durchzusetzen hätte.³³

Bereits dieses Spezifikum aber verweist auf eine *andere* Kontinuität als die von klassischem Liberalismus und Faschismus, die Marcuse unterstellt: Ebensowenig wie die Politik des jakobinischen Kleinbürgertums der Doktrin des konstitutionalistischen und parlamentaristischen Liberalismus einfach subsumiert werden kann, läßt sich m. E. eine direkte Kontinuität zwischen der herrschenden liberalen Tradition und dem Faschismus behaupten. Als Wiederaufleben der *kleinbürgerli-*

³¹ Herbert Marcuse, »Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung«, in: Abendroth (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, a.a.O., S. 53.

³² Ebd.

³³ So bemerkt Adorno im Hinblick auf die politischen Komponenten des autoritären Syndroms: »Sie rufen zur Verteidigung der Demokratie gegen deren »Mißbrauch« auf und möchten, indem sie die »Mißstände« anprangern, letztlich die Demokratie selbst zu Fall bringen« (Studien, S. 219; A. P., S. 686).

chen Revolte, als deren historische Urform der Jakobinismus gelten kann, ist der Faschismus im Hinblick auf seine soziale Basis wie auf seine Ideologie weit eher zu begreifen denn als gradlinige Verlängerung der ›offiziellen‹ liberalen Tradition. Das *jakobinische* Ideal der ›Brüderlichkeit‹ (von dem der klassische Liberalismus nie viel wissen wollte) wandelte sich hier zum »hämischen Egalitarismus, der Brüderlichkeit allumfassender Erniedrigung, der im von Hitler befohlenen Eintopfgericht sein Symbol fand«³⁴, während »Gleichheit durch rassistische Artgleichheit« ersetzt wurde³⁵. Die im ›idealistischen‹ Überfluß der faschistischen Ideologie emportauchenden Archaismen einer ›Volksgemeinschaft‹, in der sich alle Gegensätze und Egoismen verlieren sollten, verweisen nicht unmittelbar auf die Harmonievorstellungen der liberalen Gesellschaftsauffassung, sondern auf kleinbürgerliche Ideale älteren Datums. Ebenso wie die jakobinische Rebellion des Kleinbürgertums speist sich auch die faschistische aus der Fiktion einer Gerechtigkeit verbürgenden, ›brüderlichen‹ oder durch ›Blutbande‹ zusammengeschweißten ›Gemeinschaft‹, die jeweils ihre merkwürdige Verbindung mit wildestem Radikalismus, der mitunter grausamsten Aggression nach außen sowie gegen ausgesuchte Feinde im Innern eingeht. Und wie die wesentlichen Züge dieser Gemeinschaftsutopien von den harmonistischen Idealen einer auf dem Äquivalententausch beruhenden Gesellschaft kleiner Warenproduzenten leben³⁶, so sind

³⁴ Adorno, Die Freudsche Theorie, a.a.O., S. 56.

³⁵ Otto Kirchheimer, ›Die gesetzliche Ordnung des Nationalsozialismus‹, in: Horkheimer (Hg.), Autoritärer Staat, Bd. II, a.a.O., S. 51.

³⁶ Dieser historisch-ökonomische Hintergrund, der in den früheren kleinbürgerlichen Projekten, in Robespierres ›agrарischer Republik gleicher Besitzer‹ (wie schließlich auch in Proudhons und Bakunins ›kleinen Gemeinden‹ und ›föderierten Genossenschaften‹) noch deutlich erkennbar ist, wird von der pseudo-idealistischen Terminologie des deutschen Faschismus weitgehend überdeckt, wie hier überhaupt die ökonomischen Komponenten von Schicksalsgöttern, den Gefühlen ›nationaler Ehre‹ und ›Schande‹ usw. geradezu erschlagen werden. Doch besagt dies nichts gegen die Klassengebundenheit seiner Ideologie. Deren zunehmende Irrationalisierung ist selbst vielmehr nur Ausdruck der gesellschaftlichen Disparität, in die das Kleinbürgertum im Zuge der kapitalistischen Entwicklung gedrängt wurde und die ihrerseits »dem Nationalsozialismus ›Unzeitgemäßes‹, Ungleichzeitiges auch aus noch ›tieferer‹ Zurückgebliebenheit, nämlich aus der *Barbarei* zu(wälzte)« (Bloch, Der Faschismus, a.a.O., S. 189). Vermutlich aufgrund der relativ rückständigen Bedingungen Italiens – wo der Faschismus kapitalistische Modernisierungsprozesse im wesentlichen erst einleitete – lehnen sich die dortigen ständestaatlichen Projekte viel unmittelbarer an das Vorbild einer vorkapitalistischen Gesellschaft kleiner Warenproduzenten an. Im »korporativen System der durch die Einheit des Staates versöhnten Interessen«, so verlangte es der Duce, sollten »die Klassen zu einer einzigen wirtschaftlichen und sittlichen Realität« verschmelzen, d. h. in ›Stände‹ rückverwandelt werden (Benito Mussolini, ›Die Lehre des Faschismus‹, in: Nolte [Hg.], Theorien über den Faschismus, a.a.O., S. 208).

deren Funktionsbedingungen — die Absenz des industriellen Kapitals und damit die Herkunft eines jeden Profits aus der Zirkulation — Grundlage der ökonomischen Ideologie: Nicht nur der Jakobinismus, sondern selbst noch das ursprüngliche Programm des deutschen Faschismus verhängte die Todesstrafe ausgerechnet über den Wucherer; der Zins, als ›arbeitsloses Einkommen‹, bleibt Sinnbild des Parasitären. »Bruch der ›Zinsknechtschaft‹ wird geglaubt, als wäre die Wirtschaft um 1500, Überbauten, die längst umgewälzt schienen, wälzen sich wieder zurück und stehen als ganze mittelalterliche Stadtbilder im Heutigen still.«³⁷

»In diesem Sinne ist *der Faschismus eine reaktionäre Karikatur auf das Jakobinertum*«. ³⁸ Trotzki's Analysen des Faschismus gestatten nicht nur die Einsicht in die Rolle des Kleinbürgertums innerhalb dieses politischen Systems, sondern werfen zugleich Licht auf die Kontinuität seiner Revolte. Auf seinen Schriften baut daher das *letzte Kapitel* dieses Abschnitts auf. »Jede wirkliche Analyse der politischen Lage muß« entgegen der in »marxistischen« Faschismustheorien vorherrschenden Zweiklassentheorie »von den Beziehungen zwischen *drei* Klassen ausgehen: Bourgeoisie, Kleinbürgertum (samt Bauernschaft) und Proletariat.«³⁹ Danach ist ein »desperates und verarmtes Kleinbürgertum« als »Ausgangsbasis des Faschismus« (Trotzki) anzusehen — der *Prozeß* seiner Faschisierung soll im *ersten Kapitel* umrissen werden. Wenn daher die faschistische *Bewegung* als eine Bewegung des deklassierten Kleinbürgertums beschrieben werden kann, so wäre es andererseits absurd, in der faschistischen *Herrschaft* eine Herrschaft des Kleinbürgertums zu erblicken: Der ›Extremismus der Mitte‹ führte keineswegs zur Herrschaft der Mitte.⁴⁰ Das politische System des Faschismus regelte viel-

³⁷ Bloch, *Der Faschismus*, a.a.O., S. 185.

³⁸ Trotzki, *Schriften über Deutschland*, I, a.a.O., S. 358.

³⁹ Ebd., S. 356 (Hervorh. A. L.-F.).

⁴⁰ In *diesem* Sinne hätte Dahrendorf sogar gegen Lipset recht: Aus dem Vorhandensein eines breiten faschistischen Mittelstands selbst läßt sich weder der 30. Januar noch das auf ihn folgende System zureichend erklären. Es fehlt nicht nur der Verweis auf das Verhältnis des Mittelstands zu den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, d. h. auf die Klassenstruktur der *Gesamtgesellschaft*, sondern auch die Benennung der gesellschaftlichen Interessen, die der Faschismus politisch durchsetzte. Doch besitzt Lipsets Analyse — im Gegensatz zu Dahrendorfs Rekurs auf einen verselbständigten Überbau — zumindest den Vorteil, eine der wesentlichen *Voraussetzungen* des Faschismus zu bezeichnen. Zur weiteren Klärung dieser Voraussetzungen hätte es allerdings einer Analyse der spezifischen Struktur des Mittelstands in den Ländern bedurft, in denen der Faschismus zur Macht gelangte. England — Dahrendorfs gelobtes Land der Demokratie — besaß zwar in der Tat eine ›middle class‹, doch nur in geringem Umfang ein ›deklassiertes Kleinbürgertum‹ (vgl. hierzu die Fußn. 172 im II. Abschnitt).

mehr eine durch und durch *kapitalistische* Ökonomie, und der Gegensatz zwischen dieser Funktion und seiner Genese ist Gegenstand des *zweiten Kapitels*.

1. Die Nazifizierung des Mittelstandes⁴¹

Die These, derzufolge der Nationalsozialismus im wesentlichen die politische Konsequenz der ökonomischen Krise war, erweist sich bei der Analyse seiner Massenbasis, des Mittelstands, und der Motive seines Überlaufs zur NSDAP als unzureichend.⁴² Die ökonomische Not im Gefolge der Weltwirtschaftskrise traf den selbständigen Mittelstand, wie bereits Geigers zeitgenössische These von der ›Panik im Mittelstand‹ signalisierte, keineswegs überproportional.⁴³ Die Arbeitslosigkeit, in der häufig die entscheidende Ursache des plötzlichen Massenanhangs der NSDAP gesucht wird, war im gewerblichen und bäuerlichen Mittelstand weniger verbreitet als im Proletariat. Die Korrelation zwischen sozialem, mittelständischem Status und Unterstützung einer faschistischen Partei – eine Korrelation, welche die These vom ›Extremismus der Mitte‹ in Anspruch nimmt – gilt schließlich auch unabhängig von der jeweiligen ökonomischen Gesamtsituation: Der McCarthyismus etwa, den Lipset als seinerzeit »jüngste Aus-

⁴¹ Unter diesem Titel wurden die ersten vier Kapitel des Buchs von Arthur Schweitzer: ›Big Business in the Third Reich‹ (Bloomington 1964), in deutscher Übersetzung publiziert. Schweitzers Werk analysiert die gesamte nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, und die Isolierung der Abschnitte, die sich speziell auf die Mittelstandspolitik beziehen, bleibt fragwürdig. Dennoch kommt dem deutschen Buch, dem Vorwort Eisermanns zufolge, vor allem das Verdienst zu, Mythen zu entzaubern, wie etwa die Vorstellung Dahrendorfs, der deutsche Mittelstand »habe nur aus Furcht und Ordnungsliebe zuletzt auch für die Nationalsozialisten gestimmt« (Gottfried Eisermann, Vorwort zu: Arthur Schweitzer, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970, S. V, Fußn.).

⁴² Zwar ist die Weltwirtschaftskrise, wie später noch zu zeigen sein wird, zu den Voraussetzungen des deutschen Faschismus zu zählen. Es geht hier lediglich darum, die landläufige Auffassung als oberflächlich zurückzuweisen, derzufolge die ökonomischen Auswirkungen der Krise per se die Radikalisierung des Mittelstands heraufbeschworen und somit den Faschismus ermöglicht hätten. Die Krise war eine *kapitalistische*, d. h. sie betraf die *Gesamtgesellschaft* und veränderte in erster Linie das Verhältnis der beiden *Hauptklassen* zueinander – dergestalt allerdings, daß schließlich auch den *Zwischenschichten* neue Funktionen zufielen.

⁴³ Die Diskussionen, die um das Jahr 1931, auf dem Höhepunkt der Krise, von Geiger und anderen über die »gegenwärtige Lage der verschiedenen Gruppen des Mittelstandes« geführt wurden, gingen grundsätzlich davon aus, daß diese Situation »sowohl für das Bauerntum wie für das Handwerk [...] durchaus nicht hoffnungslos« sei (Rudolf Küstermeier, ›Die Proletarisierung des Mittelstandes und die Verwirklichung des Sozialismus‹, in: *Die Arbeit*, 8. Jg., 1931, S. 769).

drucksform des populistischen Extremismus in Amerika« analysiert⁴⁴ und dem Typus mittelständisch-nationalistischer Bewegungen zuordnet, ist keineswegs als Folge einer umfassenden Wirtschaftskrise zu deuten, so daß bereits »dieser Umstand«, Lepsius zufolge, als Hinweis dienen sollte, »sich nicht mit der These zu begnügen, der Nationalsozialismus sei lediglich das Ergebnis einer wirtschaftlichen Notlage gewesen«⁴⁵. Nimmt man schließlich die Tatsache hinzu, daß die Wendung des deutschen Mittelstands zur NSDAP nur den Abschluß eines längeren Prozesses darstellt, der, wie in diesem Kapitel u. a. gezeigt werden soll, den selbständigen Mittelstand beinahe kontinuierlich ins reaktionäre Lager trieb, eines Prozesses also, der längst *vor* Einbruch der ökonomischen Krise einsetzte, so wird die Begründung der Nazifizierung des Mittelstands durch die Einengung seiner ökonomischen Situation vollends fragwürdig.

Ohne Zweifel war die »nationale Schande«, die der Versailler Vertrag in den Augen des Kleinbürgertums konstituierte, zum wesentlichen Teil die »Rationalisierung« einer unmittelbar ökonomisch fundierten Rancune: Mit dem verlorenen Krieg waren zugleich die Kriegsanleihezeichnungen des Mittelstands »verloren«; die Reparationszahlungen, die Deutschland auferlegt wurden, nützten, sofern sie in Sachleistungen zu erbringen waren, nicht dem Mittelstand, sondern der Großindustrie; die Inflation hatte zu einer weiteren Proletarisierung von selbständigen Handwerkern und Kleinunternehmern geführt und insbesondere die Ersparnisse des Mittelstands entwertet; die Krise schließlich besiegelte diese Entwicklung, und zwar nicht nur durch die mit ihr verbundenen Krediteinengungen sowie den Rückgang von Aufträgen und Umsatz, sondern zugleich durch den mit der Depression einhergehenden Zwang zu Rationalisierungsmaßnahmen, die zwar von einigen Großbetrieben, kaum aber von mittelständischen Unternehmungen durchzuführen waren. Dadurch beschleunigte sich, der Marxschen Prognose entsprechend, die Konzentration, während sich umgekehrt die Konkurrenz infolge der »fiktiven« Selbständigkeit verschärfte, die aus der Arbeitslosigkeit von Lohnarbeitern erwuchs und sich etwa in der massenhaften Gründung von Krämerläden äußerte.⁴⁶

⁴⁴ Lipset, a.a.O., S. 47.

⁴⁵ M. Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus, Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966, S. 15 f.

⁴⁶ »Es kommt noch ein Moment hinzu, das die Krise für diese Schichten besonders drückend macht – die Konkurrenz der durch dieselbe Krise brotlos gewordenen Arbeiter. Viele aus den Fabriken entlassene Arbeiter versuchen, sich eine wenn auch dürftige Existenz aufzubauen, indem sie irgendein kleines Geschäft oder einen Handel anfangen« (Fred Oelßner, *Die Wirtschaftskrisen*, 1. Bd.: *Die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus*, S. 100).

So gewiß man davon ausgehen kann, daß derart ›handfeste‹, ökonomische Einbußen sich hinter den Klagen des Mittelstands über den Verlust der ›nationalen Ehre‹ verbergen, so zentral ist andererseits die Einsicht, daß es »sein Anspruch auf *gesellschaftliche Geltung*« ist, der sich hier »mit der Definition der Nation« verbindet, »die den Bezugsrahmen dieses Geltungsanspruchs darstellt«. ⁴⁷ Es ist demnach zu vermuten, daß die ökonomische Einengung des Lebensstandards, soweit sie tatsächlich stattgefunden hat, nur *vermittelt* über ihre Interpretation durch den Mittelstand selbst Einfluß auf die politische Radikalisierung gewann, über eine Deutung der ökonomischen Vorgänge, welche nicht primär die unmittelbar ökonomischen, sondern die — im weiteren Sinne — ›sozialen‹ Einbußen registrierte, den Verlust der gesellschaftlichen Geltung: »Die allgemeine wirtschaftliche Existenznot aller Volksschichten trifft«, so vermerkt Geiger 1932, beim Besitzmittelstand »mit dem seit langem hoffnungslos getragenen Schmerz über den Verlust seiner gesellschaftlichen Position zusammen.« ⁴⁸ Die ökonomischen Einbußen werden, mit anderen Worten, zum *Symbol* einer sehr viel allgemeineren Einbuße: der gesellschaftlichen Irrelevanz des Mittelstands innerhalb eines *politischen* Systems, das der ökonomischen Polarisierung auf die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft Rechnung trägt. Der Stachel, der zur politischen Radikalisierung des Mittelstands führte, wäre demnach nicht primär in einer absoluten Verschlechterung des Lebensstandards von Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleuten zu suchen, sondern in der Tatsache, daß selbst in Perioden relativer Prosperität die Abgrenzung vom Proletariat sich ökonomisch immer weniger darstellen ließ, ökonomische ›Selbständigkeit‹ ihre Entschädigung immer weniger materiell, durch ein vom lohnab-

lismus, Berlin 1949, S. 150). In der Tat wird die Kurve der (mehr oder minder kontinuierlichen) Abnahme des Anteils der ›Selbständigen‹ an der Erwerbsbevölkerung durch die Weltwirtschaftskrise kurzfristig unterbrochen: War dieser Anteil von 1882 bis 1925 von 25,5 % auf 15,9 % gefallen, so hatte er sich bis 1933 auf 16,4 % erhöht, um daraufhin — bis 1939 — auf 13,3 % zu fallen (nach: Steiner, *Soziale Strukturveränderungen*, a.a.O., S. 12 f). Theodor Geiger hatte auf diesen Tatbestand der »Überbesetzung der Sparte (Luftexistenzen)« im Gefolge der Krise bereits 1932 aufmerksam gemacht: »Am wenigsten stabil ist verhältnismäßig das kleinere Händlertum. Im Gegensatz zum Handwerk haben wir im Handel eine unsolide und volkswirtschaftlich zum Teil unmotivierte Zunahme der kleineren Selbständigen zu verzeichnen gehabt, was sich ja in der besonders großen Zahl proletaroider Händlerexistenzen deutlich macht. Diese Inflation der kleineren Selbständigen ist bekanntlich dadurch gefördert, daß einen Laden zu eröffnen und sich als Kaufmann zu bezeichnen, keinerlei Fachkenntnis voraussetzt. Es gibt hier eine Gruppe der Selbständigen, die durchaus den ungelernten Gelegenheitsarbeitern unter den Abhängigen vergleichbar ist« (*Die soziale Schichtung*, a.a.O., S. 85 f).

⁴⁷ Lepsius, a.a.O., S. 17 (Hervorh. A. L.-F.).

⁴⁸ Geiger, *Die soziale Schichtung*, a.a.O., S. 88.

hängigen Facharbeiter signifikant unterschiedenes Einkommen⁴⁹, sondern nur noch ideologisch erhielt.

Die Einstellung des Mittelstands zur politischen Sphäre ist durch dieses ›falsche Bewußtsein‹ vermittelt. Dennoch läßt sie sich nur auf dem Hintergrund der tatsächlichen Veränderungen begreifen, die das politische System selbst seit dem Verfassungswandel von 1919 durchlaufen hatte: der Institutionalisierung des Parlamentarismus und der Parteien als Repräsentanten sozioökonomischer Interessen sowie der (damit verbundenen) Abkehr vom Protektionismus des Kaiserreichs, die der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Wissell bereits 1919 offiziell ankündigte.⁵⁰ Sollte die Abwendung von einem im wesentlichen politisch motivierten Protektionismus gelingen und der Mittelstandspolitik — der Forderung Wissells gemäß — nur in dem Maße Raum gegeben werden, als sie den volkswirtschaftlichen Kriterien der Produktivitätssteigerung

⁴⁹ Ein Blick auf die Einkommensstatistik zeigt, daß im Jahre 1928, gegen Ende der sog. Stabilitätsperiode, in der sich auch die ökonomische Situation des Mittelstands verbesserte, 90 % aller ›Selbständigen‹ weniger als 3000 RM jährlich verdienten, davon die Hälfte weniger als 1500 RM, während das durchschnittliche Monatseinkommen eines Facharbeiters bei über 200 RM lag. »Steigendes Einkommen, Arbeitslosenversicherung und der damit verbundene Schutz vor den Wechselfällen des Arbeitsmarktes und größerer politischer Einfluß hatten den Lebensstandard der Arbeiter allmählich angehoben und dem gelernten Arbeiter eine wirtschaftliche Stellung verschafft, die besser war als die der meisten Büroangestellten, kleinen Selbständigen und armen Bauern« (Schweitzer, a.a.O., S. 15).

⁵⁰ »Die Zeiten sind vorbei, wo man auch entgegen den Forderungen der Produktivitätssteigerung die allgemeine Zugehörigkeit zum Kleingewerbe zum Anlaß von Unterstützung durch Gesetzgebung und Verwaltung gemacht hat«; sofern die handwerkliche Produktionsform »wirklich noch ihren Dienst in unserem Wirtschaftsleben zu erfüllen hat«, könne sie unterstützt werden — »und aus keinem anderen Grunde« (zitiert nach: E. Heilfron [Hg.], Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, Berlin o. J., Bd. III, S. 1960). Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die Mittelstandsdebatte in der Deutschen Nationalversammlung im einzelnen zu untersuchen. Während die Konservativen (DNVP) mit der Forderung auftraten: »gebt dem Handwerk nur seine gesunden Lebensgrundlagen wieder; es wird dafür sorgen, daß es auch in Zukunft ein wertvolles Glied in unserem Volkskörper bleibt, und es wird seiner hohen Aufgabe, als Jungbrunnen für unser gesamtes Volkstum zu wirken, auch weiterhin entsprechen«, machten schließlich auch noch die Linksliberalen (DDP), entgegen der Wissellschen Forderung nach Unterordnung der Mittelstandspolitik unter die Rationalität des Marktes, Zugeständnisse an die politische Funktion des Mittelstands: Nicht nur aus »wirtschaftlichen Gründen allein sind wir der Auffassung, daß in unserem zukünftigen Wirtschafts- und Volksleben ein selbständiger Mittelstand eine absolute Notwendigkeit ist. Wir gehen [...] davon aus, daß der selbständige Mittelstand im Handwerk und im Kaufmannsstand auch als kultureller Faktor uns erhalten bleiben muß, ebenso als Faktor sozialen Ausgleichs innerhalb unserer Wirtschaft« (Debatte am 26. 3. 1919, zitiert nach: Heilfron, Bd. IV, S. 2011 u. 1982).

nicht widersprach⁵¹, so mußte diese Einschränkung für den Mittelstand mehr als nur ökonomische Bedeutung haben: Sie war mit Einbußen in seiner *gesellschaftlichen* Stellung verbunden, die im Kaiserreich durch eine politische Kompensation der ökonomisch längst eingetretenen Einkeilung zumindest teilweise aufrechterhalten worden war. In dem Maße, wie das parlamentarische System den ökonomischen Hauptagenten der kapitalistischen Gesellschaft, den Industrieverbänden und den Gewerkschaften, Rechnung trug und die Feudalschichten von der politischen Bühne abdrängte, verlor der Mittelstand selbst noch die Möglichkeit, als quasidemokratischer Massenanhänger, als der er dem Junkertum im Kaiserreich gedient hatte, ernst genommen zu werden. Er wurde zum Anhängsel dieser oder jener bürgerlichen Partei, die sich temporär, im Hinblick auf die Erweiterung ihres Wählerpotentials, seine Forderungen zu eigen machte.⁵²

Die im Kleinbürgertum allemal vorherrschende Tendenz, ökonomische Prozesse als politisch induziert zu begreifen, wurde durch die Tatsache, daß die Veränderung seiner gesellschaftlichen Situation mit der Veränderung des politischen Systems parallel ging, nur noch verstärkt. »Politik« erschien dem kleinen Selbständigen unter den neuen Bedingungen als das »unsachliche« Resultat »egoistischer« Interessen. Gegen die Verlängerung des Klassenkampfes, an dem teilzunehmen dem Mittelstand unmöglich geworden war, in die politische Sphäre, gegen die Determination der Politik durch organisierte Klasseninteressen richtet sich demgemäß der harmonistisch untermalte Antiparlamentarismus: »Was soll die Formel vom »Kampf gegen den Klassenkampf« besagen? Sie drückt zunächst einmal den Kampf gegen die beiden Parteien im klassischen Klassenkonflikt zwischen Arbeitern und Kapitalisten aus. Doch in der Parole vom Kampf gegen den Klassenkampf steckt noch weit mehr; es steckt darin der Kampf gegen ein Prinzip gesellschaftlicher Organisation und gegen einen Typ der Austragung sozialer Konflikte. Das Ziel ist nicht nur die

⁵¹ Eine solche »Rationalisierung« der Mittelstandspolitik ist, trotz aller Abstriche am Protektionismus, in der Weimarer Republik nicht eindeutig gelungen. Die Jahre zwischen 1918 und 1930 zeigten, daß »weder eine pauschale Mittelstandsschutzpolitik im Sinne der Interessentenforderungen noch eine radikale Abkehr von den traditionellen Wegen der Klein-gewerbeförderung möglich« waren (Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 140).

⁵² »Der Mittelstand war ein großes, aber kein sicheres Wählerpotential der bürgerlichen Parteien. Diese schmerzliche Erfahrung blieb keiner politischen Gruppierung erspart. Die Wahlfluktuation mittelständischer Schichten trug wesentlich zur Instabilität des Weimarer Parteiengefüges bei. Der Verbands- und Protestwähler folgte der Partei, die ihm vor den Wahlen am meisten versprach« (Martin Schumacher, Mittelstandsfrent und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Düsseldorf 1972, S. 115).

Behauptung des Mittelstandes im Klassenkampf, sondern die Negation der wirtschaftlichen Interessengegensätze, die Verleugnung von sozialen Spannungen überhaupt. Die antikapitalistischen Affekte mündeten in eine gesellschaftspolitische Irrealität. Sie sind folglich auch antiparlamentarisch gefärbt. Gerade die Institution des Parlaments als Forum offener Konfliktaustragung impliziert ja die ausdrückliche Anerkennung von sozialen Konflikten; es muß dieser Einstellung als verderblich und gefährlich erscheinen.«⁵³

Der Haß auf den Parlamentarismus erschließt sich allerdings nur zum einen daraus, daß dieser die Austragung sozialer Konflikte, ja den sozialen Konflikt selbst legitimiert. Für die politische Orientierung des Mittelstands war wesentlicher noch die Tatsache, daß er, der sich als ›Stand des sozialen Ausgleichs‹, als die ›gesunde Mitte der Nation‹ definierte, dabei zusehen mußte, wie dieser ›Ausgleich‹ sich auf andere Weise, und zwar gänzlich ohne sein Hinzutun, konstituierte. Die Affekte des Mittelstands richteten sich demnach nicht nur gegen den Klassenkampf selber, der sich politisch artikulieren konnte, sondern ebenso umgekehrt: gegen seine Entschärfung, wie sie sich mit seiner Parlamentarisierung, mit den institutionalisierten Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, schließlich mit der dezidierten Orientierung der Sozialdemokratie am Klassenfrieden (ihrer ideologischen Festlegung auf den Revisionismus, ihrer praktisch-politischen auf einen reformistischen Kurs) einstellte. Politik erschien dem Kleinbürger demgemäß nicht nur als die von egoistischen Einzelinteressen beherrschte, anarchische Sphäre, sondern zugleich als das Gegenteil: als konspirative Vereinigung jener nur scheinbar gegensätzlichen Interessen, als *Komplot*, das u. a. auch den Mittelstand niederwürgte — ein Widerspruch, der sich tendenziell nur dadurch lösen ließ, daß man, jenseits der ohnehin unterstellten Korruptionsanfälligkeit des Regierungspersonals, Kräfte am Werk sah, die beides versöhnten: Juden in ihrer vorgestellten Doppelfunktion als Kommunisten und Bankiers. Mit ihrer Verweisung von der politischen Bühne sollte nicht nur die ›Versachlichung der Politik‹, sondern gar ihre Abschaffung zugunsten der unpolitischen Volksgemeinschaft realisierbar sein: »War auf diese Weise die Quelle allen Übels, aller Spannungen und Schwierigkeiten auf die Ebene einer Dämonologie projiziert, so mußte die Volksgemeinschaft als prinzipiell harmonisierbar, alle Strukturkonflikte als bedeutungslos, ja als bloße Machenschaften der Dämonen, konkret: als Verhetzung durch das marxistische oder liberale Judentum, erscheinen.«⁵⁴

⁵³ Lepsius, a.a.O., S. 11.

⁵⁴ Ebd., S. 12.

Dieser dem Mittelstand der Weimarer Republik eigentümlichen Begriffsverwirrung entsprach sein widersprüchliches Verhältnis zur politischen Sphäre in der Praxis: seine *Staatsfeindlichkeit bei gleichzeitiger Inanspruchnahme des Staats unter ständigem Verweis auf die eigenen »staatserhaltenden« Potenzen*. Die Bekämpfung des Staats, dessen Politik man seit dem Ende des Kaiserreichs (oder besser: seit dem Ende des feudal verankerten Mittelstandsprotektionismus) mit Klassenkampf und Unsachlichkeit identifizierte, ließ Raum für eine unablässige Belagerung des Staats unter Berufung auf das letzte Residuum jenes Protektionismus, den Artikel 164 der Weimarer Verfassung⁵⁵, wobei man an diese Berufung ebenso unablässig den Hinweis auf die »staatserhaltenden« Qualitäten knüpfte, die etwa das Handwerk — so Rudolf Vogel, sein gewählter Vertreter — »nach seiner Tradition und inneren Eigenart« besitze. Dem Staat, den man wegen überhöhter Steuern, seiner »überspannten« Sozialpolitik usf. bekämpfte, den man — durchaus in der Tradition des kleinbürgerlichen Liberalismus — an die Tugenden der Sparsamkeit und Beschränkung mahnte⁵⁶, biederte man sich in den eigenen sozialprotektionistischen Wünschen mit der düsteren Prognose an, daß ohne die geforderten »Maßregeln gesetzgeberischer und wirtschaftlicher Art« nicht nur »der Zusammenbruch des deutschen Mittelstandes« bevorstehe, sondern »damit« (!) zugleich der »des gesamten deutschen Volkes«⁵⁷ — hierin allerdings ebenso auf die Tradition des Liberalismus, die Vorstellung vom »allgemeinen Stand« pochend.

»Der Mittelstand beansprucht solchermassen die Verwirklichung der Normalmoral der Gesellschaft: Ehrlichkeit, Fleiß, Strebsamkeit, Sparsamkeit usw., aber auch, und insbesondere, nationale Zuverlässigkeit und Verantwortlichkeit. [...] Jede Bedrohung der wirtschaftlichen Lage des Mittelstandes erscheint zugleich als Bedrohung der gesellschaftlichen Moral,

⁵⁵ »Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Aufsaugung zu schützen.«

⁵⁶ In geradezu klassischer Reinheit führt die *Nordwestdeutsche Handwerkszeitung* von 1930 den kleinbürgerlichen Katalog politischer Tugenden und Untugenden vor, an dem das bestehende System gemessen wird: »Zersetzender Klassenkampf über wahrer Volksgemeinschaft, parteipolitische Selbstsucht über politischer Selbstzucht, finanzpolitische Sorglosigkeit über spartanischer Haushaltsführung, sozialpolitische Uferlosigkeit und weitestverbreitete Rentnerpsychose über arbeitsfreudiger Produktionsleitung und Selbstverantwortlichkeit, Demoralisierung und Korruption über Pflichterfüllung, Ehrlichkeit, Treu und Glauben — das sind die traurigen Meilensteine der Nachkriegszeit« (zit. nach: Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 167).

⁵⁷ Aufruf niedersächsischer »Handwerker, Gewerbetreibender, Landwirte, Kaufleute und Angehöriger sonstiger freier Berufe« an die Reichsregierung vom Juni 1926.

und jeder Klassenkonflikt, in den der Mittelstand verwickelt wird, verlängert sich für ihn in einen nationalen Notstand, in einen Angriff auf die Moral der Gesellschaft.«⁵⁸ Und diese »Neigung des Mittelstandes, seine Welt als normativen Mikrokosmos zu betrachten«⁵⁹, lag keineswegs nur seinen »übergreifenden« Gesamtkonzeption zur Reorganisation des Staats zugrunde. Selbst die höchst detaillierten, auf die partikuläre Situation von Handwerk und Kleinhandel bezogenen wirtschaftlichen Forderungen rekurrten nur allzu häufig auf die Prätentio einer »goldenen Mitte«, die nicht fehlen dürfe, da sie die »Gesundheit« des *ganzen* Volks verbürge. Derartige Selbstbildnisse des Mittelstands legitimierten sowohl die erstrebten Maßnahmen zur Konkurrenzbeschränkung — Beseitigung der Gewerbefreiheit, Zwangsmitgliedschaft in Innungen, deren Rechte auf Selbstverwaltung und auf Preisfestsetzung, Wiedereinführung des Befähigungsnachweises usf. — als auch die Projekte, die der »Unsachlichkeit« der bisherigen Politik durch die Einführung einer mit erheblichen Befugnissen ausgestatteten Zweiten Kammer, eines »unpolitischen Wirtschaftsparlaments«, zu begegnen, suchten das eine »unparteiische und sachverständige Befehlsgewalt« darstelle, »die Sachwalter des Allgemeinwohls ist.«⁶⁰ Die ökonomischen und politischen Forderungen des selbständigen Mittelstands in der Weimarer Republik sind mit der späteren Praxis des Nationalsozialismus kaum unmittelbar in Zusammenhang zu bringen. Meuschs Definition der »Gemeinwirtschaft«, in der die »schaffenden Stände und ihre Glieder« »den Interessen der Volksgemeinschaft untergeordnet werden«, verrät die nachhaltige Orientierung der Handwerksverbände an mittelalterlichen Zunftpraktiken⁶¹; ebenso sind

⁵⁸ Lepsius, a.a.O., S. 14.

⁵⁹ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 117.

⁶⁰ Diese Begründung für die Einführung eines »unpolitischen« Parlaments — das mit dem üblichen, »unsachlichen« Parlamentarismus nichts gemein habe — läßt sich etwa an den Ausführungen Hans Meuschs ablesen, des Generalsekretärs des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertags und »offiziellen Berufsstandsideologen des Handwerks«: »Wenn ein »gewisser berufsständischer Solidarismus der Wirtschaft gegenüber dem einseitigen Parlamentarismus durchgeführt werden könnte, dann [...] wäre es unmöglich, daß bei einer Krise, wie sie derzeit die deutsche Wirtschaft heimsucht, die einzelnen Wirtschaftsgruppen mit der Schärfe und Erbitterung gegeneinander Stellung nahmen, wie es tatsächlich geschieht«. Viel richtiger wäre es da doch, »wenn die einzelnen Wirtschaftsgruppen sich vereinigen würden, um gegenüber den politischen Faktoren die Interessen der Wirtschaft zunächst einmal durchzusetzen [...] Durch eine Zusammenarbeit aller Stände müßte sich eine Besserung erreichen lassen« (zitiert nach: Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 115).

⁶¹ »Ich verstehe [...] unter »Gemeinwirtschaft« im Sinne der Reichsverfassung ausschließlich eine Regelung der Erzeugung, Herstellung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung sowie der Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Interesses, die

die Vorstellungen vom »Gemeinwillen«, der »alles solidarische Menschenwerk durchdringt« (Moellendorff), von der »solidarischen Berufsgemeinschaft« usf. weit eher als Rückblenden in idealisierte vorindustrielle und ständische Gesellschaftsverfassungen zu werten denn als direkter Ausdruck nationalsozialistischen Gedankenguts. »Die Moral des Mittelstandes ist keineswegs die Moral der SS; die Sozialmoral des Mittelstandes ist ein vorindustrielles Relikt, eine Illusion, an die um so fester geglaubt wird, je mehr das positive Selbstgefühl an sie geknüpft ist.«⁶² Zwar sind (davon wird weiter unten noch zu sprechen sein) einzelne Punkte in der frühen Programmatik der Nationalsozialisten auf die Anachronismen der mittelständischen Wirtschaft unmittelbar bezogen. Doch wäre es verkürzt, nur die positive Anziehungskraft in Rechnung zu stellen, die einzelne jener »Versprechungen« für den Mittelstand besessen haben mögen, um von dort seine Nazifizierung herzuleiten. Diese war weit mehr die Endstufe einer — gemessen an der Ungleichzeitigkeit des Kleinbürgertums — zwangsläufigen, von *negativen* Erfahrungen geleiteten Bewegung nach rechts, zu einer Partei, die die Enttäuschungen *innerhalb* des Systems durch *Systemsprengung* zu beenden schien. Obwohl beide Ausdruck ein und derselben kleinbürgerlichen Mentalität sind, in der sich der herbste Konkretismus mit abgedroschenen Idealismen paart, läßt sich im kleinbürgerlichen *Programm* zunächst zwischen den konkreten wirtschaftlichen Forderungen und den allgemeineren gesellschaftspolitischen Vorstellungen unterscheiden, die sich in den Ideen der Volksgemeinschaft und des korporativen Staats verdichten. Was nun die erste Seite betrifft, die ökonomischen Interessen, die sich im wesentlichen in den Ansprüchen auf Subventionierung und eingreifende Beschränkung der Konkurrenz zusammenfassen, so verhielt sich der Mittelstand der Weimarer Republik durch und durch opportunistisch. Aufgrund innerer Zersplitterung unfähig, eine eigene Partei zu gründen, die in den parlamentarischen Interessenausgleich wirksam hätte eintreten können⁶³, schloß sich der Mittelstand — oder besser: je einzelne seiner internen Gruppierungen — jeweils der Partei an, welche die in Frage stehenden Forderungen am nachhaltigsten

unter staatlicher Aufsicht ausgeführt werden soll durch Selbstverwaltungskörper, die nach fachlichen Gesichtspunkten aufgebaut sind und alle an der Verwendung bestimmter Rohstoffe und Halbfabrikate beteiligten Erwerbszweige in sich zusammenschließen« (zitiert nach: Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 86).

⁶² Lepsius, a.a.O., S. 15.

⁶³ Durch das Auftreten und die Aktivität der Wirtschaftspartei, die — ihrem eigenen Programm zufolge — ausschließlich mittelständische Interessen vertrat, wird (wie der folgende Abschnitt dieses Kapitels zeigen soll) dieses Bild kaum modifiziert.

in ihr Programm oder die meisten Kandidaten aus den jeweiligen Verbänden des Mittelstands in ihre Listen aufnahm. Das heißt, daß die Parteaaffinitäten des Mittelstands, zumindest in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, keineswegs eindeutig festgelegt waren: »Die Vielfalt der Interessen und Ideologien fand ihre Parallele in einem Vielerlei politischer Ansichten und Parteizugehörigkeiten.«⁶⁴

Dennoch ergab sich ein Trend, der längst vor den Wahlen von 1932, die die Entscheidung brachten, einsetzte: der einer steten Verschiebung nach rechts. »So wählte der Mittelstand demokratisch 1919, rechtsliberal 1920 und deutschnational 1924. Nachdem die DNVP in der Aufwertungsfrage »gar zu sehr geschwindelt« (Quabbe) hatte, entdeckte der Mittelstand die Interessenparteien: Wirtschaftspartei, Volksrechtspartei, Landvolk. Die Wirtschaftspartei fing 1928 einen Teilstrom dieser großen Wählerbewegung auf, die in der Wirtschaftskrise in den Sog des Nationalsozialismus geriet. Nun zählte auch die Wirtschaftspartei zu den Systemparteien, deren Sündenregister die NSDAP dem Mittelstand vorhielt.«⁶⁵ Die hiermit beschriebene Fluktuation, in der die antikapitalistischen Affekte des Mittelstands bald von den antisozialistischen überholt wurden, erklärt sich aus der objektiven Unmöglichkeit einer jeden Partei, der temporär die Präferenz des Mittelstands zufloß, dessen in sich widersprüchliche ökonomische Forderungen auf einen Nenner zu bringen, zum anderen aber diese Forderungen noch mit denen des angestammten Wählerpotentials zu versöhnen: Ein allzu durchgreifender Mittelstandsprotektionismus mußte — gleichgültig, um welche Partei es sich jeweils handelte — mit den Interessen anderer sozialer Gruppen, auf die sie angewiesen war, kollidieren: »Waren es bei den Deutschnationalen großagrarische und bei der Deutschen Volkspartei großindustrielle Interessen, denen gegenüber der gewerbliche Mittelstand sich zurückgesetzt fühlte, so waren es bei den anderen bürgerlichen Parteien selbstverständliche Rücksichten auf die in ihnen vertretenen Arbeitnehmer und Verbraucher. Die Forderungen der Handwerker nach einer mittelstandsfreundlicheren Politik waren in einer Gesellschaft, die überwiegend aus Nichthandwerkern bestand, so lange unerfüllbar, als der Mehrheitswille für die politischen Organe konstitutiv war.«⁶⁶

Diese Bindung an den Mehrheitswillen wird aber durch die zweite Seite der mittelständischen Forderungen gerade in Frage gestellt, die eine umfassende Reorganisation der politischen Szenerie zugunsten einer Durchsetzung ständestaat-

⁶⁴ Schweitzer, a.a.O., S. 8.

⁶⁵ Schumacher, a.a.O., S. 115.

⁶⁶ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 132.

licher Prinzipien vorsehen. Beide Seiten sind selbstredend auf das engste miteinander verquickt: Die partikularen Wünsche von Kleinhandel und -gewerbe ließen sich im herrschenden, parlamentarischen System, wenn überhaupt, so nur in Form partieller Zugeständnisse unter Ausnützung des mittelständischen Wählerpotentials realisieren. Infolgedessen mußte jede Partei, von der das Kleinbürgertum sich enttäuscht zurückzog (wie schließlich noch die ausschließlich mittelständische Wirtschaftspartei selbst) als ›Systempartei‹, der Mehrheitswille, auf den sie Rücksicht zu nehmen hatte, als korrumpiert, das parlamentarische System als ein zur Unterdrückung des ›kleinen Mannes‹ erfundenes System erscheinen. Die Enttäuschung darüber, daß die eigenen partikularen Wünsche, die in den Augen des Mittelstands gleichwohl mit denen der ›Volksgemeinschaft‹ insgesamt identifiziert blieben, sich als unrealisierbar erwiesen, führte zum Aufbau einer Gegenrealität, die nicht mehr durch partikulare, ›egoistische‹ Interessen, sondern durch ›Sachlichkeit‹ und Idealismus regiert werde.

So unreal die gesellschaftspolitischen, auch unter entwickeltesten kapitalistischen Bedingungen stets noch an der Idee einer ›moral economy‹ orientierten Forderungen ihrem Inhalt nach erscheinen — der Staatsstreich, den sie, implizit oder explizit, voraussetzten, war es nicht. Erst mit der Rückverwandlung des modernen Staats, wie die Weimarer Republik ihn konzipierte, in ein von der parlamentarischen Basis weitgehend losgelöstes, ›autoritäres‹ Regime, erst mit der Verselbständigung der Exekutive gegenüber den parlamentarisch sich artikulierenden Klasseninteressen erhielten die mittelständischen Interessen eine weiterreichende Chance staatlicher Durchsetzung.⁶⁷ »Es bedurfte der Selbstentmachtung des Parlaments und des Übergangs zum System der Präsidialkabinette, um den Anhängern eines gesamtgesellschaftliche Interessen rigoros hintansetzenden Mittelstandsprotektionismus einen Durchbruch auf breiter Front zu ermöglichen.«⁶⁸ Die Wirtschaftspartei konnte sich an der ersten Regierung Brüning beteiligen; Brüning selbst hielt es für opportun, sich in seiner Regierungserklärung auf den Artikel 164 der Verfassung zu besinnen und seine »ernste Sorge [. . .] über die Notlage des

⁶⁷ Mit einer ›mittelstandsfreundlichen‹ Haltung der Präsidialkabinette hat dies weniger zu tun als mit ihrem Bestreben, den Mittelstand durch allerlei Sanierungsmaßnahmen usf. an einer politischen Radikalisierung zu hindern. »Immer mehr«, so bemerkt Brüning in seinen Memoiren, »kamen wir zu der Erkenntnis, daß es in Mittelstands- und Unternehmerkreisen zu viele Existenzen gab, die sich nur noch durch eine Revolution vor einer sie vernichtenden Bloßstellung retten konnten« (Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970, S. 450).

⁶⁸ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 140.

gewerblichen Mittelstandes« zu bekunden; wenige Tage später wurde die vom Kleinhandel geforderte »erste Abschlagszahlung« in Form einer Wiedereinführung der Warenhaussteuer geleistet, einer Sondersteuer, die »mit dazu beigetragen hat, jene Lawine extrem protektionistischer Forderungen auszulösen, die schließlich den Staat von Weimar unter sich begrub«⁶⁹.

Der Sonderbesteuerung von Warenhäusern folgten weitere »mittelstandsfreundliche« Maßnahmen — Beschränkungen der Gewerbefreiheit, Einrichtungssperren für Einheitspreisgeschäfte usw. Doch fühlte sich der Mittelstand von der generellen Linie der Brüning'schen Politik, die er als Schwanken zwischen Sozialismus und Kapitalismus klassifizierte, zurückgestoßen: Im 1931 eingesetzten »Wirtschaftsbeirat« war das Handwerk zwar vertreten, ohne jedoch seinen Einfluß gegen den der Großindustrie in nennenswertem Umfang durchsetzen zu können. Als empörend empfand der Mittelstand die Preissenkungspolitik der Regierung, die das Preisfestsetzungsrecht der Innungen beschchnitt, auf der anderen Seite aber nicht zu den vom Mittelstand geforderten radikalen Kürzungen der Sozialleistungen und öffentlichen Ausgaben führte und die Gestaltung der Löhne kaum berührte — die Verbindlichkeit von Tarifverträgen konnte die Regierung mit Rücksicht auf die organisierte Arbeitnehmerschaft nicht annullieren.

»Das Wechselbad von protektionistischen und belastenden Maßnahmen, dem das Kleingewerbe durch die Notverordnungen der Regierung Brüning ausgesetzt war, trug nicht dazu bei, das Vertrauen in die Reichsführung zu stärken.«⁷⁰ Dieses Vertrauen vermochten auch die nachfolgenden Regierungen Papen und Schleicher nicht zurückzugewinnen. Dem Mittelstand ging es vielmehr längst schon um eine Beseitigung des »Systems« — und dies war nur durch eine Partei zu erreichen, die dem Parteienstaat selbst ein Ende setzte.

Der Überlauf des größten Teils des selbständigen Mittelstands zur NSDAP erklärt sich demzufolge zumindest *nicht primär* aus deren konkreten, ökonomischen »Versprechungen«. Soweit ihre wirtschaftspolitische Zielsetzung vor der Machtergreifung überhaupt ernst genommen werden konnte, war es vielmehr umgekehrt die spezifische Vagheit und Unbestimmtheit ihrer Ideologie, die es — im Gegensatz etwa zu den eng definierten Forderungen mittelständischer Interessenparteien — erlaubte, die verschiedenen Gruppierungen des Mittelstands zu integrieren. Dies konnte ihr nur insofern gelingen, als sie zum einen über deren Interessengegensätze einfach hinwegging, zum anderen ihre tatsächliche »Gemeinsamkeit« im Negativen, in der

⁶⁹ Ebd., S. 141.

⁷⁰ Ebd., S. 145.

Systemfeindschaft, aufspürte und formulierte. »Die NSDAP war keine spezifische Mittelstandspartei in dem Sinne, daß sie primär die wirtschaftliche und soziale Besserstellung bestimmter Berufsgruppen gefordert hätte, wie es etwa vor ihr die Wirtschaftspartei versucht hatte. Es fehlte ihr auch jedes konkrete Programm für eine neue Wirtschaftsordnung, sie versprach nur die Solidarisierung aller Berufsgruppen im Namen der Volksgemeinschaft. Sie traf sich mit dem Mittelstand nicht im Kampf um spezifische Wirtschaftsprogramme, sondern auf einem *viel intimeren* *Neenner*: im Kampf gegen den Klassenkampf, im Kampf um eine vage, aber um so vielversprechendere neue Gesellschaftsordnung.«⁷¹ Als Partei, die das Ende der Parteien ankündigte, schien sie den Abschied von den ökonomischen und politischen Verhältnissen zu gewährleisten, die ihrerseits das Kleinbürgertum verabschiedet hatten.

a) Im Vorfeld des Nationalsozialismus: Die Wirtschaftspartei

»Im übrigen beweist das unverantwortliche Verhalten der Wirtschaftspartei wiederum, daß die eigentliche Gefahr der politischen Lage nicht bei den Radikalen rechts und links, sondern bei der Verblendung, der Selbstsucht und der Urteilslosigkeit sogenannter »bürgerlicher« Parteien zu suchen ist.«

(Ernst Feder
im *Berliner Tageblatt* vom 26. 11. 1930)

Der Zusammenbruch der Weimarer Republik erscheint in zeitgeschichtlichen Darstellungen häufig als Folge einer Überlastung des politischen Systems durch die Menge kleiner bis kleinster Splitter- und Interessenparteien. Die daraus sich ergebende und im Zuge der Entwicklung sich verschärfende Handlungsunfähigkeit der jeweiligen Regierungen kann jedoch nicht als solche schon als Ursache für den Einbruch des Nationalsozialismus gelten: Die Akzentuierung der staatsrechtlichen Problematik, der Schwächen der Weimarer Verfassung, des Wahlrechts usf.⁷² läßt die soziale Struktur in den Hintergrund treten, die beides, das Auftreten jener Splitterparteien wie die Funktionsunfähigkeit des parlamentarischen Systems, erst erklären kann. Nicht *daß* der Mittelstand, seit der konstitutionellen Einführung eines konsequenten Parlamentarismus, seine Interessen in Form von Parteibildungen

⁷¹ Lepsius, a.a.O., S. 11 (Hervorh. A. L.-F.).

⁷² »Die Weimarer Republik ist an der Zwiespältigkeit ihrer Verfassung gescheitert. Es galt das parlamentarische Regierungssystem. Die Wahlen ergaben aber keine tragfähigen Mehrheiten« (Friedrich Schäfer, »Zur Frage des Wahlrechts in der Weimarer Republik«, in: F. A. Hermens und Th. Schieder [Hg.], Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für H. Brüning, Berlin 1967, S. 138).

zu artikulieren versuchte, steht in Frage — denn damit fügte er sich ja nur den allgemeinen, durch das parlamentarische System legitimierten Spielregeln. Entscheidend ist vielmehr, *wie* diese Interessen unter den herrschenden, gesamtgesellschaftlichen Bedingungen beschaffen waren, denn erst von hier aus läßt sich begründen, daß sie 1. nur in Form von Splitterparteien parlamentarische Gestalt annehmen *konnten* und 2. in dieser parlamentarischen Gestalt die Aufhebung des Parlamentarismus tendenziell beinhalten.

In geradezu paradigmatischer Form äußerte sich das politische Verhalten des Kleinbürgertums vor dem Zusammenbruch der Weimarer Republik (oder besser: seine Unfähigkeit, ›Politik‹ im eigentlichen Sinne zu treiben) in der Wirtschaftspartei, deren Struktur daher kurz umrissen werden soll. Die Nazifizierung des Mittelstands erfolgte *über* Splitter- und Interessenparteien vom Typus der Wirtschaftspartei: Die ›Reichspartei des deutschen Mittelstandes‹, wie sie sich ab 1925 nannte, brauchte nicht darauf zu warten, vom Nationalsozialismus liquidiert zu werden, sondern liquidierte sich selbst, indem sie die Masse ihrer Wähler in den letzten freien Wahlen an die NSDAP abgab.⁷³

Dazu war freilich eine gewisse Umorientierung der Wähler vonnöten: Mit ihrem Überlauf zur NSDAP verließen sie den engen Rahmen einer mittelständischen Interessenpartei, als die die Wirtschaftspartei zunächst auftrat, was bereits an ihrer engen Bindung an die Verbände des Mittelstands, an der häufigen Personalunion von Verbandsvertretern und Parteipolitikern sichtbar wurde. Als bloße Verlängerung von Interessenverbänden — zunächst vor allem der des Hausbesitzes — entbehrte die Partei in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre überhaupt eines offiziellen Parteiprogramms. »Das Bündnis mit Interessengruppen ersetzte vorübergehend eine eigene Parteiorganisation.«⁷⁴

Dieses Bündnis mit Interessentenvereinigungen der mittelständischen Privatwirtschaft blieb auch in der Folgezeit wesentlich enger als bei den übrigen bürgerlichen Parteien.⁷⁵ Wenn aber behauptet werden kann, daß die Wirtschaftspartei, ihrer Selbstdefinition zufolge die »Front des ›gesunden‹ Mittelstandes, [. . .] zur Etappe auf dem Weg in den Extremismus

⁷³ Der Anteil der für sie abgegebenen Stimmen an der Gesamtzahl der Stimmen fiel von 3,9 % im Jahre 1930 (1928: 4,5 %) auf 0,4 und 0,3 % im Jahre 1932. Von allen bürgerlichen Parteien, die vor dem Nationalsozialismus kapitulierten, hatte — nach den von Lipset (a.a.O., S. 457) durchgeführten Berechnungen — die Wirtschaftspartei die weitaus größten Verluste hinzunehmen.

⁷⁴ Schumacher, a.a.O., S. 48.

⁷⁵ Die ›Interessenbindung‹ der Wirtschaftspartei wird auch noch für die Wahlperiode von 1928/30 mit 87,5 % angegeben, im Vergleich zu 34,4 % bei den großen bürgerlichen Reichstagsfraktionen.

der Mitte« wurde⁷⁶, so war ihr dieser Weg weniger von den einzelnen Verbänden und den durch sie vertretenen Interessen vorgezeichnet. Als Durchgangslager zur NSDAP fungierte die Wirtschaftspartei weit eher infolge einer *ideologischen Überformung*, die sie seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre verstärkt betrieb. Mit den ökonomischen Forderungen, auf die die Bemühungen der Partei sich zunächst konzentrierten, hatte die neu entstehende Ideologie zunächst nur insofern etwas zu tun, als ihre Phraseologie es gestattete, Interessendivergenzen, die zwischen den einzelnen Gruppen der ›Selbständigen‹ notwendig bestanden, zu übertünchen und damit über die Fraktion der Hausbesitzer hinaus, die ursprünglich die Majorität in der Partei innehatten, weitere Kreise des alten Mittelstands aufzufangen. Erst die *Abkehr* von der einseitigen Artikulierung bestimmter wirtschaftlicher Interessen konnte der Partei jene *integrative* Funktion verleihen, deren Ausfüllung wenige Jahre später der NSDAP wirksamer und in erheblich erweitertem Rahmen gelang.⁷⁷

Diese Entwicklung kündigt sich bereits im Wechsel des Parteititels (1925) an, nimmt ihren eigentlichen Ausgang jedoch mit der Revision der ›ursprünglichen Marschrichtung‹ auf dem Görlitzer Parteitag von 1926. Hatte sich das Parteiprogramm (sofern sich hiervon überhaupt sprechen läßt) bis dahin auf die wirtschaftlichen Forderungen mittelständischer Gruppen beschränkt, so trat jetzt »an die Parteiführung die Aufgabe heran, den mittelständlerischen Schutz- und Erhaltungskatalog in eine Weltanschauung einzubringen, die Forderungen der Interessenten in eine umfassende *Ideologie des Mittelstandes* einzubetten«⁷⁸. Erst von diesem Augenblick an kann die Wirtschaftspartei als paradigmatische Kleinbürgerpartei gelten. Dies läßt sich zunächst an der nun entstehenden, für das Kleinbürgertum allgemein charakteristischen Zweischneidigkeit verifizieren: an der Fixierung auf minuziös umgrenzte Wirtschaftsinteressen einerseits, auf eine diese Interessen ›überhöhende‹, kaschierende Weltanschauung andererseits, sodann am Inhalt dieser Ideologie und deren Effekt: dem Zustrom der Kerngruppen des Kleinbürgertums.

In der Tat konnte es gelingen, den ›Stamm‹ der Hausbesitzer

⁷⁶ Schumacher, a.a.O., S. 206.

⁷⁷ Obwohl die Wirtschaftspartei im Laufe der Entwicklung auch kleinbäuerliche Wähler auf sich zog, wurde sie in dieser Hinsicht von der NSDAP bei weitem übertroffen. Wesentlicher jedoch ist die Differenz in bezug auf den sog. ›neuen Mittelstand‹: Während die NSDAP auch in den Schichten der Angestellten und kleinen Beamten Erfolg hatte, war dies im Falle der Wirtschaftspartei, die sich von vornherein auf den selbständigen Mittelstand konzentrierte und sich infolgedessen der Arbeitnehmerpolitik gänzlich enthielt, ja ihr entgegenwirkte, ausgeschlossen (s. u., Fußn. 91).

⁷⁸ Schumacher, a.a.O., S. 49.

um Handwerk und Gewerbe sowie den Einzelhandel zu bereichern. »Die Hauptgruppe der wirtschaftlichen Abgeordneten kam aus dem Handwerk. Der Durchschnittstyp des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten war der selbständige Handwerksmeister (Einzelhändler) mit Eigenhausbesitz und Volks- und Berufsschulbildung.«⁷⁹ Dieser nunmehr erweiterten sozialen Zusammensetzung entsprach die Ideologie: Am Modell einer in sich ruhenden, statischen Ständeverfassung orientiert, konnte sie die Attacken nach oben und unten, gegen »Kapitalismus« und »Bolschewismus«, gegen die Großindustrie und die Arbeiterbewegung ebenso beherbergen wie den Anspruch, als Ausgleichsinstanz und »Bollwerk« zwischen diesen Fronten ernst genommen zu werden.⁸⁰ »Die Partei suggerierte dem Mittelstand das Bild einer schicksalhaft verbundenen *Mittelstandsfront* zwischen Kapitalismus und Sozialismus.«⁸¹ Politisch richteten sich die Zielvorstellungen selbstredend auf die Einrichtung einer Zweiten, berufsständischen Kammer, die die Reichs- und Länderparlamente zwar nicht gänzlich ersetzen, ihnen gegenüber jedoch als maßgebliches »Korrektiv« dienen sollte. Die ökonomischen Forderungen im engeren Sinne spiegeln auch — und gerade — im Falle der Wirtschaftspartei die beschriebene Doppelbödigkeit: Zunächst formulierte man einen Klagekatalog gegen »Zwangswirtschaft«⁸², überhöhte Steuern, öffentliche Ausgaben, die Sozialpolitik im allgemeinen, Klagen, die ebenso zum Arsenal der Partei gehörten wie der stete Aufruf nach Intervention des Staats zugunsten der mittelständischen Wirtschaft.⁸³

Der Harmonismus, den das ständische Modell einer »gerechten« Handwerkerkommunität der durch Klassenkämpfe — in kleinbürgerlicher Terminologie: durch »Egoismen« — zerrisse-

⁷⁹ Ebd., S. 70.

⁸⁰ Das von Drewitz, dem Parteivorsitzenden, verlegte Organ *Die neue Front* definierte sich entsprechend dem von der Wirtschaftspartei ständig artikulierten Zweifrontenkampf des Kleinbürgertums als »Kampforgan für bürgerliche Wirtschaftsordnung, gegen Sozialismus und Großkapitalismus, für wirtschaftliche Freiheit des deutschen Menschen«.

⁸¹ Schumacher, a.a.O., S. 205.

⁸² Diese Beschwerden bezogen sich vorwiegend auf staatliche und kommunale Kontrollen der Grundstücksverteilung sowie auf Interventionen im Wohnungssektor, die Regulierung der Mieten usw., dürften also vorwiegend von der Fraktion der Hausbesitzer innerhalb der Partei ausgegangen sein.

⁸³ Insgesamt erscheint der negative Katalog imposanter als die positiven Forderungen. Insbesondere mit ihrem Kampf gegen die »Sonderbesteuerung« von Handwerk, Handel und Hausbesitz (gemeint war die Erhöhung der Realsteuer durch Länder und Kommunen) gelang der Wirtschaftspartei »der Einbruch in das mittelständische Wählerreservoir der bürgerlichen Parteien. Denn das Verlangen nach äußerster Sparsamkeit und »rücksichtslosen Abstrichen« in der Reichshaushaltspolitik (»Defizitwirtschaft«) entsprach sowohl der *wirtschaftlichen* Mentalität des Mittelstandes als auch seiner Furcht vor weiteren Steuererhöhungen« (Schumacher, a.a.O., S. 128).

nen Gesellschaft vorhält, ist der eines rebellierenden, gegen das ›System‹ aufgebrachten Kleinbürgertums. Spätestens seit der ideologischen Überformung der Parteiprogrammatik, seit dem Einzug des »Bodensatzes kleinbürgerlicher ›Protestwähler‹« (Schumacher) war die Wirtschaftspartei nicht mehr nur das Organ mittelständischer Verbandsinteressen, sondern zugleich der kleinbürgerlichen Ressentiments. »Wer 1924 bis 1930 einmal oder wiederholt der Mittelstandspartei seine Stimme gab, wählte aus Protest, ein Protest, der aus vielen wirtschaftlichen und ideologischen Kanälen gespeist wurde. Die bürgerlichen Parteien lehnte dieser Wähler als ›agrarisch‹ (DNVP), ›großkapitalistisch‹ (DVP) oder ›demokratisch‹ (DDP) ab. So wurde die Wirtschaftspartei zu einem Sammelbecken mittelständischer Verbandswähler aus Handwerk, Hausbesitz und Gewerbe, das immer neue kleinbürgerliche, aber auch bäuerliche Protestwähler anzog. Aufstieg und Niedergang der Mittelstandspartei gründeten in der Fluktuation dieser Wähler. Das Bündnis der Verbands- und Protestwähler, die heterogene und brüchige Mittelstandsfront, zerbrach 1930/32 an der Anfälligkeit beider Wählergruppen für den Nationalsozialismus, der aus der Marginalexistenz einer Sekte zur stärksten ›bürgerlichen‹ Fraktion des Reichstages answoll: Die nationalsozialistische Massenpartei trat das Erbe der Splitterpartei des Mittelstandes an.«⁸⁴

Der Zusammenbruch der Mittelstandsfront aus sozialer Enttäuschung ist freilich nicht allein die Konsequenz des Auftretens einer faschistischen Massenpartei, die, indem sie auf ein allzu enges Bündnis mit bestimmten mittelständischen Interessenverbänden von vornherein verzichtete, die Ressentiments des Kleinbürgertums um so besser zu lenken wußte. Er war in der inneren Logik einer Partei bereits angelegt, welche die jeweiligen Verbandsinteressen des Mittelstands nicht nur zu vertreten, sondern, um überhaupt parlamentarische Relevanz zu erlangen, auch untereinander zu versöhnen hatte. Das Zwischenspiel, das die Wirtschaftspartei im Brüning'schen Kabinett aufführte⁸⁵, könnte von sich aus die Unfähigkeit einer an die »mikroskopischen Einzelinteressen« des Mittelstands engstens gebundenen Partei belegen, überhaupt »Politik« zu machen — so kündigte Bredt, um ein Beispiel zu nennen, in einer Ministerbesprechung an, daß seine Fraktion die Absicht habe, ihn »für den Fall, daß die Schanksteuer (!) durch Verordnung eingeführt werde, aus dem Kabinett zurückzuziehen«.

⁸⁴ Ebd., S. 112.

⁸⁵ Brüning erinnert sich, daß er dem Vertreter der Wirtschaftspartei, Bredt, das Justizministerium nur »unter der Bedingung« angeboten habe,

Gleichzeitig wurde die Partei fast ununterbrochen von inneren Querelen erschüttert: Die Interessen der Hausbesitzer waren mit denen der Schankwirte usf. keineswegs unmittelbar identisch, und am wenigsten waren es die der Geld- und Sachwertbesitzer.⁸⁶ »Die Hausbesitzer, eine der am besten organisierten Gruppen des Mittelstandes, die im übrigen natürlich über alle nur denkbaren Berufe verteilt ist, fordern die Aufhebung des Mieterschutzes. Alle übrigen Angehörigen des Mittelstandes, insbesondere auch Kleingewerbetreibende und Kleinhändler, die ihre Läden und Werkstätten gemietet haben, sind an der Beibehaltung des Mieterschutzes interessiert.«⁸⁷ Das »theatralische Kampfpfathos«, mit dem die Partei das Bild einer geeinten Mittelstandsfront vorführte, stand »in einem lächerlichen Kontrast zur politischen Geschlossenheit der Partei«.⁸⁸ Der wirkliche und einzige Nenner waren die Ressentiments der Deklassierung, die sich nicht in herben Verbandsmaterialismen, sondern nur im volksgemeinschaftlichen »Idealismus« formulieren konnten.

b) Der Mittelstandssozialismus der NSDAP

Die eigentümlich »sozialistischen« Anklage des frühen Programms der NSDAP (vom 24. 2. 1920) sowie der Name der Partei selbst scheinen die These zu belegen, daß es den »Nationalsozialisten in der Frühphase der »Bewegung« vor allem um die Gewinnung des Proletariats ging, während sie »bürgerliche Schichten noch nicht als ihre primären Zielgruppen ansahen«⁸⁹.

Bezogen auf die subjektiven Intentionen der Parteiführer besitzt diese These Plausibilität: »Das Reservoir«, so Adolf Hitler, »aus dem die junge Bewegung ihre Anhänger schöpfen soll, wird also in erster Linie die Masse unserer Arbeitnehmer sein. Diese gilt es dem internationalen Wahne zu entreißen [...] und als geschlossenen, wertvollen, national fühlenden und national sein wollenden Faktor in die Volksgemeinschaft überzuführen.«⁹⁰ Doch auch wenn man davon ausgeht, die Partei habe sich ursprünglich einen Einbruch in die »marxistisch verseuchte« Arbeiterschaft erhofft, bleibt die Diskre-

»daß er sich nicht an Beschlüsse seiner Partei gebunden fühle und nur als Einzelpersonlichkeit in das Kabinett eintrete« (Brüning, a.a.O., S. 167).

⁸⁶ So kriselte es in der Partei, als sie 1925 zur geplanten Hypothekenaufwertung Stellung nehmen mußte. Am Ende entschloß man sich, den Gesetzentwurf, obwohl er vorwiegend zu Lasten der Hausbesitzer (der Schuldner) ging, zu unterstützen, weil schließlich »auch die Gläubiger in der Hauptsache in den Mittelstandskreisen zu suchen« seien.

⁸⁷ Küstermeier, a.a.O., S. 768.

⁸⁸ Schumacher, a.a.O., S. 205.

⁸⁹ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 160.

⁹⁰ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1937, S. 374.

panz zwischen dieser Zielsetzung und den gewählten Mitteln schlagend. Aus der ›Masse unserer Arbeitnehmer‹ besaß allenfalls die Masse der *Angestellten* die Chance einer Identifizierung mit dem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programm.⁹¹ Darüber hinaus jedoch wird man Geiger darin zustimmen müssen, daß »die Beschränkung des nationalen Antikapitalismus auf das mobile Kapital [...] auf die Mentalität des persönlichen Klein-Unternehmertums berechnet und für die Arbeiterschaft ohne vitales Interesse« war.⁹²

Dies betrifft nicht nur das globale Bekenntnis zur »Schaffung eines gesunden Mittelstandes« und seiner Erhaltung mittels »schärfster Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden«, mittels »Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihrer Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende« (Punkt 16 des Parteiprogramms) sowie die geforderte »Bildung von Stände- und Berufskammern« (Punkt 25). Über diese Postulate hinaus, die dem Krämergeist unmittelbar wirtschaftspolitisch Rechnung tragen, finden sich Forderungen wie die nach »Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens« (Punkt 11), »Brechung der Zinsknechtschaft« (Punkt 12) sowie nach Todesstrafe für »gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber« (Punkt 18), die zwar nicht die sozialprotektionistischen Wünsche des Kleinbürgertums, um so mehr jedoch die seiner gesamten, wie auch seiner wirtschaftlichen ›Mentalität‹ entsprechenden Ressentiments befriedigen.⁹³

⁹¹ Für sie galten im wesentlichen dieselben Motive wie für den selbständigen Mittelstand: über die mit der Krise verbundene ökonomische Not hinaus vor allem die tatsächliche oder befürchtete einkommensmäßige Angleichung an den Lohnarbeiterstatus. Diese *soziale* Empörung wußten die Nationalsozialisten aufzugreifen, indem sie u. a. an die ständische Ideologie der Angestelltenverbände anknüpften: »Sie erklärten den Angestellten: früher sei es ihnen besser gegangen, früher hätten sie ein höheres Einkommen gehabt als die Arbeiter und eine Existenzsicherung durch die Arbeit. Alles sei ihnen durch den ›marxistischen‹ Staat genommen worden. Und weiter: die Sozialisten, die Marxisten wollen alle gleich machen. Sie wollen die Unterschiede zwischen den Angestellten und den Arbeitern ganz verwischen. Sie aber, die Nazis, sie wollten einen Ständestaat schaffen. Sie wollten den Angestellten so wieder den Stolz auf ihren besonderen Stand geben. Und Hunderttausende von Angestellten sahen so in der nationalsozialistischen Bewegung die Erfüllung ihrer Wunschträume« (Fritz Sternberg, *Der Faschismus an der Macht*, Amsterdam 1935, S. 31).

⁹² Geiger, *Die soziale Schichtung*, a.a.O., S. 119.

⁹³ Die Divergenz zwischen der ursprünglich *auch* auf die Arbeiterschaft gerichteten Zielsetzung der Partei und der exakt auf die Wirtschaftsmentalität des Kleinbürgers zugeschnittenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmatik wird von Winkler lediglich umgangen, wenn er behauptet, daß die zuerst erwähnten Punkte (16 und 25) zwar »den gewerblichen Mittelstand spezifisch ansprachen«, im übrigen »jedoch nicht im Zentrum des Programms (standen), sondern [...] in ein wirres Gemisch nationalistischer, antisemitischer und pseudo-sozialistischer wirtschafts-

Es versteht sich von selbst, daß das Proletariat von einer Verpachtung der Großwarenhäuser an Kleingewerbetreibende außer einer Erhöhung der Warenpreise nichts zu erwarten hatte. Ebenso war die ›Brechung der Zinsknechtschaft‹ eine eindeutig auf die Bedürfnisse der unter Kreditverknappung, Schuldenrückzahlung oder gar Zwangsvollstreckung leidenden Kleinwarenproduzenten berechnete Forderung: Das industrielle Kapital, dem das Proletariat gegenüberstand, blieb (so weit es sich nicht um ›anonyme‹ Kapitalgesellschaften handelte) dadurch nicht nur unangefochten, sondern erhielt — als ›schaffendes‹, ›persönliches‹, ›immobiles‹ Kapital, im Gegensatz zum ›raffenden‹, ›anonymen‹, ›mobilen‹ ›Leih- und Wucherkapital‹ — gar eine Pauschalgarantie.⁹⁴ Der im Programm avisierte ›Sozialismus‹ schließlich definierte sich selbst durch die Formel »Gemeinnutz vor Eigennutz« (Punkt 24), wobei das Prinzip des ›Gemeinnutzes‹ — darin bestand zwischen Hitler, Feder und Drexler bei der Abfassung des Programms Einigkeit — das Finanzwesen zu regeln habe, während Güterproduktion, -verteilung und -transport in Privathand bleiben sollten.⁹⁵ Die Definition des ›Sozialismus‹ war insofern mit der Forderung nach ›Brechung der Zinsknechtschaft‹ aufs engste verbunden; er trug dem ›Antikapitalismus‹ des Mittelstands Rechnung, der sich gegen die Großbanken richtete, von einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel jedoch nichts wissen wollte. »Nicht die Vergesellschaftung der Produk-

litischer Forderungen« eingebettet waren (Mittelstand, a.a.O., S. 160). Denn gerade das ideologische Gewirr war am wenigsten geeignet, der von Winkler als ursprünglich vermuteten Zielsetzung nachzukommen, d. h. das Proletariat anzusprechen, sondern war selbst wiederum der klarste Ausdruck der ›nationalistischen, antisemitischen und pseudo-sozialistischen‹ Mentalität des Kleinbürgertums.

⁹⁴ »Als ich«, so berichtet Hitler, »den ersten Vortrag Gottfried Feders über die ›Brechung der Zinsknechtschaft‹ anhörte, wußte ich sofort, daß es sich hier um eine theoretische Wahrheit handelt, die von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes werden mußte. Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen« (Mein Kampf, a.a.O., S. 232 f.).

⁹⁵ Von hier aus ist kaum verständlich, warum, Winkler zufolge, »das Gros der standesbewußten Kleingewerbetreibenden und Bauern« seine Vorbehalte gegenüber der NSDAP erst abgebaut haben sollte, als diese »Ende (!) der zwanziger Jahre ihren ›Sozialismus‹ als einen anderen Ausdruck für die unverbindliche Programmformel ›Gemeinnutz vor Eigennutz‹ deklarierte« (Mittelstand, a.a.O., S. 165). Auch bei gewissenhaftester Lektüre des ersten Programms läßt sich kein Punkt finden, an dem der ›Sozialismus‹ den nationalistischen Antikapitalismus des Kleinbürgertums überschreitet. Der Grund für dessen ursprüngliche Vorbehalte lag sicherlich nicht in irgendwelchen ›sozialistischen‹ Programmparolen, sondern in der tatsächlichen Umwerbung des Proletariats, die die Partei in ihrer Frühzeit noch betrieb.

tionsmittel wird gefordert, was das kapitalistische System selbst in Frage gestellt hätte, sondern eine ständige Gesellschaft von Kleineigentümern wird als die eigentliche Alternative betrachtet: ein Zurückgreifen auf Strukturen der vor- und frühkapitalistischen Zeit, die mit einem hochindustrialisierten Wirtschaftssystem in keiner Weise zu vereinbaren waren.«⁹⁶

Die ›Sozialethik‹ des sogenannten Handwerkersozialismus – eine tendenziell zünftlerische Verteidigung der ökonomischen Selbständigkeit unter antikapitalistischen Vorzeichen bei pseudodemokratischer Insistenz auf organisatorischer Selbstverwaltung – wurde im ursprünglichen Programm der NSDAP weitestgehend respektiert. »Die Handwerkswirtschaft‹ wurde ein Schlagwort sowohl der erzkonservativen Parteien wie auch der Nazis. Es erweckte Assoziationen von stabiler Wirtschaftsordnung, von Sicherheit für alle gelernten Handwerker, von wirksamem Schutz vor Krisen wie vor technologischem Fortschritt; sie würde dem Vordringen der großen Konzerne ein Ende setzen.«⁹⁷ Um jedoch über das Handwerk als soziale Basis hinauszugelangen, um sämtliche Gruppen des Mittelstands (den städtischen wie den ländlichen und selbst noch die als ›mittelständisch‹ sich verstehenden Angestellten) zu erfassen, durften die wirtschaftspolitischen Forderungen wiederum nicht allzu konkrete Gestalt annehmen. Dominant war daher ein allgemein gehaltenes, ideologisches Gewirr, das, ohne an allzu präzise definierte Interessen anzuknüpfen, die Identifikation seitens der verschiedensten Gruppierungen des Mittelstands erlaubte. Nur auf diesem Wege konnte sich »zum erstenmal seit vielen Jahrzehnten [...] eine von allen Gruppen geteilte, gemeinsame Ideologie (bilden) – die Ideologie des ›Mittelstandssozialismus‹. Es herrschte nun Einigkeit im politischen Glauben und Handeln. Die traditionellen Mittelstandsparteien waren fast ganz von der Szene verschwunden. Die NSDAP war zur Partei des Mittelstandes geworden. Mit der strukturellen Vielfalt und den heterogenen Wirtschaftsinteressen war es nun vorbei.«⁹⁸

Die Methoden, mittels derer die NSDAP die ›Nazifizierung des Mittelstandes‹ betrieb, bestanden, Schweitzer zufolge, in Aufgriff und Lenkung seiner »antidemokratischen Ressentiments« sowie seiner berufsständischen Ideologie mitsamt ihren »romantischen Idealen«, sodann in der »Besetzung der Führungspositionen der mittelständischen Organisationen mit Nationalsozialisten«. Zu Beginn der dreißiger Jahre konnte die Partei in den offiziellen Handwerkerverbänden entschei-

⁹⁶ Anneliese K. Schuon-Wiehl, Faschismus und Gesellschaftsstruktur. Am Beispiel des Aufstiegs des Nationalsozialismus, Frankfurt 1970, S. 63.

⁹⁷ Schweitzer, a.a.O., S. 30.

⁹⁸ Ebd., S. 25.

dend an Boden gewinnen, nachdem es bereits um 1927 gelungen war, die Masse der Kleinhändler mittels ›Aufklärungsfeldzügen‹ gegen Warenhäuser usf. auf den nationalsozialistischen Kurs zu bringen.⁹⁹ Vollzog sich die Infiltration der lokalen und überregionalen Verbände des Handwerks zunächst durch einen Austausch des Führungspersonals, das bis dahin zumeist von Vertretern der Wirtschaftspartei gestellt wurde, so ist dabei bedeutsam, daß diese Auswechslung wie schließlich die gesamte politische Entwicklung der Handwerkerbünde »ein Resultat massiven Drucks von unten«¹⁰⁰ war. Die an bestimmte ökonomische Forderungen wie vor allem an die Idee der Selbstverwaltung gebundenen Spitzenvertreter sahen die Interessen der Verbände durch den ›Führerabsolutismus des Nationalsozialismus‹ gefährdet und verhielten sich dementsprechend zurückhaltend; vor der Radikalisierung der Mitglieder aber hatten sie schließlich zu kapitulieren, sei es, daß sie ihre Posten zur Verfügung stellten, sei es, daß sie den Weg der Anpassung vorzogen.¹⁰¹

Eine Einigung mit der Parteispitze über das konkrete Programm des Antikapitalismus, über Ziele und Methoden der Vernichtung oder Umformung kapitalistischer Institutionen ist den nazistischen Mittelstandsgruppen bezeichnenderweise jedoch niemals gelungen. »In den ersten achtzehn Monaten gingen ihre Führer daher recht planlos vor. In vielen Orten griffen sie, von ihren Anhängern unterstützt, spontan zur ›Selbsthilfe‹: sie schlossen die Läden der Konsumgenossenschaften, vertrieben jüdische Kaufleute aus ihren Geschäften, setzten Gesellschaften unter Druck, ihre Kettenläden zu verkaufen, zwangen Warenhäuser, bestimmte Warengattungen, deren Verkauf ausschließlich dem Einzelhandel vorbehalten bleiben sollte, nicht mehr zu führen, und setzten in Fabriken oder Firmen Sonderkommissare ein.«¹⁰² Die *Methoden* waren ihnen hierbei durch das Vorgehen der Arbeitsfront gegen die Gewerkschaften vorgezeichnet; die *Angriffsziele* jedoch waren andere – und, wie sich zeigen sollte, dysfunktionale, gemessen an der neuerlichen Strategie der Parteiführung. Der

⁹⁹ »Am leichtesten hatte es die NSDAP mit den Kleinhändlern. In dieser Schicht waren antisemitische Ressentiments besonders verbreitet; ihr Haß auf die großkapitalistischen Warenhäuser bot einen willkommenen Resonanzboden für die Parolen der Nationalsozialisten« (Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 165).

¹⁰⁰ Ebd., S. 168.

¹⁰¹ So begründete Meusch denn auch seine direkten Verhandlungen mit der NSDAP mit der Faktizität der Nazifizierung der Basis: »Heute die Massen zurückbringen vom Nationalsozialismus, indem man sagt, Ihr zerschlagt Euch Euren letzten Halt, ist aussichtslos. Die Leute lassen sich heute nicht mehr überzeugen« (zitiert nach: Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 170).

¹⁰² Schweitzer, a.a.O., S. 32.

Mittelstand, dessen Nazifizierung wesentlich antikapitalistischen Ressentiments gefolgt war, hatte nämlich übersehen, daß ab dem Zeitpunkt (1927/28), als er sich den Nationalsozialisten als soziale Massenbasis zur Verfügung stellte, das Proletariat zwar als Adressat der Bewegung definitiv aufgegeben werden konnte, die Bemühungen der Parteispitze sich jedoch um so intensiver auf eine Verständigung mit der Großindustrie konzentrierten.

Sollte diese Verständigung gelingen, so mußten die selbständigen, gewaltsamen Einzelaktionen des Mittelstands gestoppt werden. Bis zur Säuberungswelle, die Hitler im Sommer 1934 einleitete, ging es darum, das rebellische Kleinbürgertum unter Kontrolle zu bringen, das, da es sich geprellt fühlte, bereits zur ›zweiten Revolution‹ aufrief. Die absolute Vorherrschaft der Partei war demnach das Ziel der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die der Pazifizierung des Mittelstands dienen sollten: Juden wurden aus der Leitung von Warenhäusern und Kettenläden vertrieben, doch »die ›arisieren‹ Einheitspreisgeschäfte und Warenhäuser (existierten) unangetastet weiter«¹⁰³. Ähnlich erging es den Konsumgenossenschaften, den bevorzugten Opfern von SA-Aktionen: Nach Entlassung oder Deportation ihrer Leiter gerieten sie unter die Kontrolle der Partei und überlebten so »den Ansturm der nazifizierten Mittelstandsgruppen«. »Infolgedessen scheiterten die nazifizierten Mittelstandsgruppen in ihrem Bemühen, Konsumgenossenschaften, Warenhäuser und Kettenläden zu beseitigen. Zwar wurden Geschäftsvolumen und Betriebsleistung der Warenhauskonzerne unter den Nazis reduziert, aber die Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine blieben als spezielle Form des Einzelhandels während des ganzen Regimes bestehen. Auf diesem wie auch auf anderem Gebiet scheiterte der Antikapitalismus.«¹⁰⁴

Der von Hitler und seinem neuen Wirtschaftsminister Schmitt ausgearbeitete, von den Vertretern der Großindustrie begrüßte ›Kompromiß‹ schließlich besiegelte diese Entwicklung. Er enthielt u. a. die Zusicherung des Polizei- und Rechtsschutzes gegen Übergriffe der Nazis auf das kapitalistische Eigentum, der Auflösung der ›Kampforganisationen‹ des Mittelstands und der Ausschaltung jener ›unverantwortlichen Elemente‹. Der ›ständische Aufbau‹ endlich, den der Mittelstand als Organisationsprinzip der Gesamtgesellschaft vorgesehen hatte, wurde in die einzelnen Betriebe zurückverlegt, mit der Konsequenz, daß sich fortan der Unternehmer als ›Führer der Betriebsgemeinschaft‹, die Arbeiter als seine ›Gefolgschaft‹ zu verstehen hatten.

¹⁰³ Ebd., S. 35.

¹⁰⁴ Ebd., S. 36.

Die Pazifizierung des Mittelstands ist dem NS-Regime gelungen. Im Hinblick auf die Verständigung mit der Großindustrie, der »einmal der Besitz der Produktionsmittel, zum anderen ihr Bündnis mit den Führern der Reichswehr«¹⁰⁵ Macht auch *gegenüber* der ursprünglichen NS-Führung verschaffte, war sie notwendig. Dennoch folgte der Zusammenbruch des Mittelstandssozialismus nicht äußeren Einflüssen, sondern war in seiner eigenen Struktur vorbereitet. »In der Wertschätzung des Eigentums traf sich der kleine Selbständige mit dem großen, traf sich das deklassierte Kleinbürgertum mit dem Kapital. Die Ideologie vom Privateigentum ermöglichte schließlich eine gemeinsame Front aller derer, die sich zu den Eigentümern zählten — ob ihr Eigentum nun in einem kleinen Laden oder einem mächtigen Konzern, einem Stückchen Land oder einem Milliardenvermögen bestand.«¹⁰⁶ Die Konzentration des Antikapitalismus auf das »Leih- und Wucherkapital« erwies sich unter den Bedingungen einer hochgradigen Verflechtung von Bank- und Industriekapital ebenso als Verblendung wie der Kampf gegen die Monopole, die Zurückschraubung der Akkumulation auf ein dem Kleinbürgertum genehmes Maß mittels eines Systems, das im Zuge der Kriegspolitik auf die äußerste Anspannung der ökonomischen Ressourcen des Kapitalismus angewiesen war.

2. Diktatur des Großkapitals oder kleinbürgerliche Massenbewegung?

Im Gegensatz etwa zur Totalitarismustheorie, die sich auf den politischen Überbau sowie auf die Herrschaftsmethoden diktatorialer Systeme konzentriert, ist der Ansatz der marxistischen Theorie allgemein, wie auch bei der Erfassung des Phänomens »Faschismus«, ein *klassentheoretischer*. Innerhalb dieses Ansatzes aber ist der von der Totalitarismustheorie behauptete *absolute* Gegensatz von Demokratie und »totalitären« Systemen unhaltbar. Denn weder findet der Faschismus seine einzige — oder auch nur seine wesentliche — Bestimmung in seiner diktatorialen Struktur (bereits aus diesem Grunde ist umgekehrt auch keineswegs jedes autoritäre Regime zugleich ein faschistisches), noch läßt sich, im Hinblick auf die jeweils herrschende Klasse, überhaupt ein »Gegensatz« zwischen parlamentarischer Demokratie und Faschismus konstruieren. Dies würde bedeuten, daß der Faschismus das für den Kapitalismus konstitutive Produktionsverhältnis ver-

¹⁰⁵ Ebd., S. 37.

¹⁰⁶ Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, a.a.O., S. 90.

drängte oder aufhobe — das Gegenteil aber ist der Fall. »Die innenpolitische Funktion faschistischer Regime lag offensichtlich primär in einer Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.«¹⁰⁷ Beide, parlamentarische Demokratie und Faschismus, sind infolgedessen, daran hält jede marxistische Analyse fest, ›Formen‹ oder ›Varianten‹ bürgerlicher Herrschaft.

Dies hat vielfach dazu geführt, daß — unter dem Anspruch einer ›marxistischen‹ Theoriebildung — der Unterschied zwischen den beiden Formen auf pure Oberflächenphänomene reduziert bzw. gänzlich geleugnet wurde. Der kleinbürgerliche Charakter des Faschismus gerät, sofern er nicht von vornherein unterschlagen wird, zum Epiphänomen: Er sei die Maske, die das Großkapital in bestimmten historischen Augenblicken anlege, um sich mit dem Schein der Volkstümlichkeit zu umgeben. In diesem Sinne etwa argumentiert Rosenberg: »Die Dilettanten der Soziologie fanden meistens, daß die Kleinbürger jene geheimnisvolle Klasse wären, mit deren Hilfe Hitler und Mussolini ihre Siege erfochten haben. Der Gemüsehändler Fritz Schulze wuchs empor zu dämonischer Größe. Mit der einen Hand hält er das Proletariat nieder und mit der anderen den Kapitalismus. [. . .] Daß die Kleinbürger, als Klasse, Deutschland, Italien, Polen, Österreich und ein halbes Dutzend anderer Länder erobert haben sollen, und daß die übrige Welt gleichfalls in der Gefahr schwebt, ›kleinbürgerlich‹ zu werden, ist etwas wunderlich.«¹⁰⁸

Gegen solchen ›Dilettantismus‹ kehrt Rosenberg die These von der eindeutigen Determination der faschistischen Bewegung durch die Interessen des Großkapitals, denen schließlich auch die Gewalttätigkeiten der faschistischen Banden subsumiert blieben: »Trotz aller taktischen Differenzen bleiben die faschistischen Stoßtrupps Fleisch vom Fleisch der regierenden Kapitalisten oder Feudalherren. [. . .] Es ist der gemeingefährliche Unfug der Theorie vom ›kleinbürgerlichen‹ Faschismus, daß er diese einfache Tatsache vor den Augen der Arbeiterschaft verschleiert.«¹⁰⁹ Die ›regierenden Kapitalisten und Feudalherren‹ bedürfen jedoch gelegentlich verstärkt der volkstümlichen Maskierung: Eben dies sei die Funktion des plebejischen Gehabes der Faschisten. »Wenn man die künstlichen Nebel, die der Faschismus in allen Ländern aufsteigen läßt, wegbläst, so erblickt man dahinter einen guten alten Bekannten. Er ist gar nicht wunderbar und gar nicht geheimnisvoll, er bringt keine neue Religion und kein neues goldenes Zeitalter. Er kommt weder aus der Jugend, noch aus dem

¹⁰⁷ Winkler, Mittelstand, a.a.O., S. 161.

¹⁰⁸ A. Rosenberg, Der Faschismus, a.a.O., S. 75 f.

¹⁰⁹ Ebd., S. 90.

Kleinbürgertum, wenn er es auch manchmal versteht, beide gründlich hereinzulegen: er ist der gegenrevolutionäre Kapitalist, der geborene Feind der klassenbewußten Arbeiterschaft. Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümliche maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution.«¹¹⁰

Die These von den ›künstlichen Nebeln‹, mit denen das Großkapital sich umgibt, um seine Interessen zu verkleiden, scheint jedoch zur Erklärung der Rolle des Kleinbürgertums im Faschismus kaum auszureichen. Die Oberflächlichkeit ist nicht etwa darin gelegen, daß der Zusammenhang von kapitalistischen Interessen und Faschismus als primär bezeichnet wird, sondern daß — unter einem falsch verstandenen marxistischen Ansatz — die Klassensituation nicht in ihrer *Totalität* durchleuchtet, zu eindeutig auf das Gegenüber von Bourgeoisie und Proletariat reduziert wird, als daß die — relative — Selbständigkeit der Zwischenschichten in bestimmten historischen Augenblicken noch wahrgenommen werden könnte. Aus diesem Grund muß Rosenberg, zumindest der Tendenz nach, eine Annahme machen, die vom marxistischen Standpunkt aus untragbar ist: die Bourgeoisie nämlich als eine in sich beinahe homogene, sich ihres gemeinsamen Interesses bewußte Klasse zu unterstellen, was nicht nur der Konkurrenz der Einzelkapitale, sondern auch den vor Beginn des Faschismus sowie nach seiner Durchsetzung sich entladenden Rivalitäten ganzer Oligopolgruppen — so vor allem zwischen Elektro- und chemischer Industrie auf der einen, montaner Schwerindustrie auf der anderen Seite — widerspricht. Freilich karikiert man Rosenbergs These, wenn man ihm vorwirft, er begreife die Bourgeoisie geradezu als eine ›Clique‹, die ihr gemeinsames Interesse eines Tages, wenn es nämlich gefährdet ist, mit Hilfe der Diktatur durchzusetzen beschließt. Doch läßt bereits die sprachliche Wendung erkennen, daß er in eine solche Richtung zumindest *tendiert*: »Sich in solchen Zeiten (der Wirtschaftskrise — A. L.-F.) den Methoden der Demokratie anzuvertrauen, war für die Kapitalistenklasse zu gefährlich. Kurz entschlossen griff man zur Diktatur.«¹¹¹ Die herrschende Klasse wird — zumindest im Grundsätzlichen — als eine Einheit gesehen, die sich je nach der historischen Situation auf die ihr zur Verfügung stehenden Methoden zu besinnen hat; diese Methoden sind die parlamentarische Demokratie einerseits, die Diktatur andererseits, und die Diktatur wird bevorzugt, wenn die Demokratie zu ›gefährlich‹ wird. »Erst wenn eine revolutionäre Krise ein Land völlig erschüttert, und wenn die regierenden Schichten nicht mehr hoffen können, mit Gesetz und Polizei

¹¹⁰ Ebd., S. 78.

¹¹¹ Ebd., S. 133.

allein sich zu behaupten, sehen sie sich nach anderen Mitteln um.«¹¹²

Rosenberg gerät damit in unfreiwillige Nähe zum Verschwörungs- und Manipulationsargument, das durchaus zum Instrumentarium der Totalitarismustheorien gehört, mit dem marxistischen Ansatz jedoch unvereinbar ist. »Um die Macht im Staat zu gewinnen, müssen die antiliberalen Kapitalisten Bundesgenossen in den übrigen Volksschichten anwerben. Die geschicktesten Führer des neuen Imperialismus bringen es fertig, die Liberalen und die bürgerlichen Demokraten an Volkstümlichkeit noch zu übertrumpfen. [...] Der moderne Faschismus [...] hat die nationale Propagandistik, die zu dieser Sorte von Politik gehört, mit virtuosenhafter Meisterschaft entwickelt.«¹¹³ Die Schwäche von Rosenbergs Ansatz zeigt sich allerdings spätestens da, wo er sich selbst widerspricht. In Übereinstimmung mit dem faktischen Verlauf der Faschisierung konstatiert er: »Als jedoch Hitler plötzlich an der Spitze von 6 Millionen Wählern stand, erneuerten sich die Beziehungen zwischen Hakenkreuz und Großkapital, wie sie bis 1923 bestanden hatten. Führende Großindustrielle und Bankiers finanzierten den wachsenden Geldbedarf der Braunen Häuser.«¹¹⁴ Das Einvernehmen zwischen Kapitalinteressen und Faschismus vollzog sich also *a posteriori*, *nachdem* der Faschismus, als Massenbewegung, bereits existierte. Die Existenz dieser — durch und durch *kleinbürgerlichen* — Massenbewegung ist also die (von Rosenberg nicht erklärte) *Voraussetzung* für den Übergang der Großbourgeoisie von demokratischen zu diktatorischen Formen der Herrschaftsausübung. Diese Massenbewegung besaß eine relative Autonomie, *bevor* das Großkapital auf sie einschwenkte, sie finanzierte und schließlich auf seinen Kurs zwang. Und diese relative Autonomie der Bewegung ist nur der Ausdruck der relativen Selbständigkeit des Kleinbürgertums in einem historischen Augenblick, die Rosenberg leugnet.

Eine im Ansatz ähnliche, wenn auch stupidere Simplifizierung unter scheinheiliger Berufung auf die Marxsche Theorie findet sich im Faschismus-Begriff der Stalin-Ära und seinen grotes-

¹¹² Ebd., S. 89. Der darin gelegene Irrtum der Erklärung des Faschismus aus einer ›revolutionären Krise‹ ist von Marxisten wiederholt korrigiert worden. Der Faschismus »ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden, weitergeführt und weitergetrieben hat« (Clara Zetkin, ›Der Kampf gegen den Faschismus‹, in: Nolte [Hg.], Theorien über den Faschismus, a.a.O., S. 88; vgl. unten, Fußn. 121).

¹¹³ Rosenberg, Der Faschismus, a.a.O., S. 82.

¹¹⁴ Ebd., S. 136.

ken Verzerrungen. In dem Maße, wie die Komintern unter den Einfluß der Stalinschen Politik geriet, schmolzen die Auseinandersetzungen über die Klassenbasis des Faschismus zusammen: An die Stelle differenzierter Erörterungen traten knappe Definitionen, die kaum mehr besagten, als daß der Faschismus ein Arrangement zugunsten bestimmter Teile des Großkapitals darstelle. Diese — bereits 1923 einsetzende — Tendenz gipfelt schließlich in der bekannten Definition des 13. Plenums des EKKI (1933), wonach der Faschismus »die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« sei, eine Definition, die den Faschismustheorien der DDR bis heute zugrundeliegt.¹¹⁵

Daß hier mit dem begrifflichen Instrumentarium der marxistischen Theorie Schindluder getrieben wird, ist weniger bedeutsam als die politische Konsequenz: Wenn der Faschismus allemal nichts Neues bringt, wenn er nur die quasi akzidentelle politische Herrschaftsform des Monopolkapitalismus darstellt, dann verlaufen die Fronten an den bisherigen Linien; die Klassenkampfpolitik der Kommunistischen Partei hat sich dann auch weiterhin zunächst dem Gegner im reformistischen Lager, der Sozialdemokratie, in den Weg zu stellen. Da diese ohnehin nichts anderes sei als ein Bestandteil des kapitalistischen und nachgerade auch des faschistischen Systems — die These vom »Sozialfaschismus« wurde eigens für diese Politik erfunden¹¹⁶ —, sei auch eine Einheitsfront aller proletarischen Organisationen gegenüber dem Faschismus undenkbar. Damit war allerdings jegliche Front aufgelöst.

Hatte man hier einem bestimmten Entwicklungsstadium des Kapitalismus den Faschismus und diesem wiederum obendrein die Sozialdemokratie mehr oder minder direkt zugeordnet, so ging es der Stalin-Opposition nicht etwa umgekehrt darum, den kapitalistischen Charakter des Faschismus oder die Bei-

¹¹⁵ Vgl. hierzu Bernhard Blanke u. a., »Die Faschismus-Theorie der DDR«, in: *Das Argument* 33/1965, S. 35 ff.: »Der kürzeste Begriff für diese Theorie lautet: Der Faschismus ist die Agentur des Monopolkapitals« (S. 35).

¹¹⁶ Die These von Thälmann und anderen, daß die Sozialdemokratie sich vom Reformismus zum Sozialfaschismus entwickle, konnte sich endgültig mit dem 6. Weltkongreß der Komintern (1928) durchsetzen. Damit wurde nicht mehr nur die Massenbasis des Faschismus grob unterschätzt, sondern auch die der Sozialdemokratie: Im Hintergrund stand stets das Leninsche Argument der »Arbeiterbürokratie«, die für die sozialdemokratischen Verblendungen und »Illusionen« verantwortlich sei. Eine deutliche Abkehr von der Sozialfaschismus-These und der »ultralinken« Politik wurde erst auf dem 7. Kongreß (1935) deutlich, als insbesondere Dimitroff die Volksfront-Strategie gegenüber dem Faschismus propagierte, eine Politik, die sich allerdings keineswegs gezielt auf das Proletariat stützen sollte, sondern auf sämtliche »antifaschistischen« Kräfte bis hin zur liberalen Bourgeoisie.

träger der Sozialdemokratie zu seiner Entstehung in Abrede zu stellen. Es ging ihr um die Erkenntnis, daß der Faschismus sich auf eine *andere Klassenkonstellation* stützt als die parlamentarische Demokratie, auf eine Klassenkonstellation, die ihm die radikale Niederwerfung sämtlicher Arbeiterorganisationen gestattet, und zwar einschließlich der Sozialdemokratie, die ihm offenbar keineswegs so sympathisch war, wie die These vom Sozialfaschismus es behauptete. Indem der Faschismus bloß als Akzidens des Monopolkapitalismus begriffen wird, wird er verharmlost.¹¹⁷

Der begriffliche Unfug, den die Komintern mit der marxistischen Theorie trieb, läßt allerdings auch die Schwierigkeiten erkennen, vor die eine marxistische Analyse des Faschismus gestellt ist.¹¹⁸ Diese muß daran festhalten, daß, wie der politische Überbau im allgemeinen, so auch der Faschismus nur aus seiner ökonomischen Grundstruktur, aus dem Kapitalismus und dem für ihn konstitutiven Antagonismus von Bourgeoisie und Proletariat abzuleiten ist. Der Faschismus kann nur da als ›Revolution‹, als jäher Umsturz erscheinen, wo der Blick auf die politischen und rechtlichen Strukturen gebannt bleibt — vom rein ökonomischen Standpunkt aus dagegen hätte er kaum den Titel einer Konterrevolution verdient: Was die Verfügung über die Produktionsmittel und damit die ökonomisch herrschenden Klassen betrifft, so läßt er alles beim alten. Mehr noch: das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt nicht nur erhalten, sondern es werden darüber hinaus noch Reprivatisierungsmaßnahmen eingeleitet. Das *»Kapitaleigentum als Basis der traditionellen Klassenschichtung bleibt erhalten, die Zusammensetzung der wirtschaft-*

¹¹⁷ Einige der Verirrungen stalinistischer Theoretiker führten schließlich dazu, daß man dem Faschismus gar noch eine positive Funktion im revolutionären Prozeß zuschrieb: Da er die Widersprüche des kapitalistischen Endstadiums zur Schau trage, öffne er endgültig dem Proletariat die Augen und entziehe es den sozialdemokratischen Illusionen.

¹¹⁸ Unter einer ›marxistischen Analyse des Faschismus‹ ist selbstverständlich nur eine bestimmten *methodischen* Grundsätzen folgende Theorie zu verstehen. Denn es kann nicht angehen, Marx selber eine ausgebildete ›Faschismus-Theorie‹ zu unterstellen, wie es tendenziell bei Thalheimer geschieht, wenn er die Analogien zwischen Bonapartismus und Faschismus so durchgängig behauptet, daß die historischen Veränderungen in der Klassenkonstellation nur noch als einfache Modifikationen erscheinen. Hier allerdings ist der zumeist in reaktionärem Kontext geäußerte Satz richtig, daß Marx die Verhältnisse des 19., und nicht die des 20. Jahrhunderts analysierte. Gründete sich, Marx zufolge, die Möglichkeit des Bonapartismus darauf, daß die Bourgeoisie nicht mehr, das Proletariat dagegen noch nicht zu politischer Herrschaft fähig war, so war zumindest diese entscheidende Voraussetzung in der Klassenkonstellation zum Zeitpunkt des Entstehens des deutschen Faschismus *nicht* gegeben. Indem Thalheimer dennoch eine einfache Übertragung jener Bedingungen auf die fortgeschrittenen Verhältnisse des 20. Jahrhunderts vornimmt, muß er von *ökonomischen* Begründungen allemal absehen (s. u., S. 307).

lichen Oligarchie im ganzen wird nicht angetastet — sie wird nur durch Aufstiegselemente aus der faschistischen Partei selbst ergänzt. Der Nationalsozialismus hat nicht nur keinen einzigen privaten Industriezweig verstaatlicht, er hat gleichzeitig mit der Durchführung seiner Planungsmaßnahmen die Aktienmehrheiten entscheidender Kapitalgruppen, die während der Wirtschaftskrise in Staatsbesitz gekommen waren, reprivatisiert.«¹¹⁹

Der Übergang von der parlamentarischen Demokratie zum Faschismus hat keinerlei grundsätzlichen Wechsel in den gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion herbeigeführt — schon daraus ergibt sich, daß der Faschismus nur von einer Theorie der kapitalistischen Entwicklung her analysiert werden kann. Das wirtschaftliche Geschehen ist nach wie vor durch die Entscheidungen von Kapitalisten bestimmt, deren Verfügungsgewalt der Faschismus nicht antastet. Und der These vom kapitalistischen Charakter der faschistischen Herrschaft ist auch nicht durch den Hinweis auf die zahlreichen Friktionen zwischen ökonomischer und politischer Elite beizukommen, durch den Hinweis darauf also, daß — wie die Thesen vom ›Primat der Politik‹ gegenüber der Ökonomie im Faschismus nachweisen (Tim Mason u. a.) — die einzelnen Repräsentanten des Großkapitals keineswegs immer geschlossen den Faschismus unterstützten. »Es ist unwesentlich, zu bestimmen, ob Krupp oder Thyssen Hitler mit Begeisterung, mit Zurückhaltung oder mit Widerwillen an diesem oder jenem Punkt seiner Herrschaft begegneten. Es ist dagegen wesentlich, festzustellen, ob die Hitlerdiktatur die gesellschaftlichen Institutionen des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Unterordnung der zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungenen Werktätigen unter die Herrschaft des Kapitals aufrechterhalten oder zerstört, konsolidiert oder unterminiert hat. Die historische Bilanz scheint uns in dieser Beziehung eindeutig.«¹²⁰

Daß die ökonomisch herrschende Klasse durch den Faschismus im wesentlichen nicht angefochten wurde, ist nur die eine Seite. Es bleibt zu fragen, wie, d. h. mit welchen politischen Methoden, sie ihre ökonomische Herrschaft im Faschismus durchzusetzen oder gar zu intensivieren vermochte. Dazu mögen einige Andeutungen über die tatsächlichen ökonomischen Effekte des Faschismus genügen.

Seine Entwicklung zur Massenbewegung fällt in die Zeit der

¹¹⁹ Paul Sering (Richard Löwenthal), ›Der Faschismus als Revolte gegen Europa‹ (aus: ders., Jenseits des Kapitalismus, Lauf bei Nürnberg 1946), in: Nolte [Hg.], Theorien über den Faschismus, a.a.O., S. 410.

¹²⁰ Ernest Mandel, ›Trotzkis Faschismustheorie‹, Einleitung zu: Trotzki, Schriften über Deutschland, Bd. I, a.a.O., S. 14 f.

ausklingenden Wirtschaftskrise, die die ökonomische Position der Bourgeoisie entscheidend geschwächt hatte. Diese dem Faschismus vorangehende ökonomische Krise, eine der notwendigen Bedingungen für sein Entstehen, war eine *Weltwirtschaftskrise*; prima facie also erscheint die ökonomische Herausforderung als eine allgemeine, in allen Ländern identische. Daß die ökonomische Krise weltweites Ausmaß annahm, ergibt sich aus der internationalen Kapitalverflechtung; dem widerspricht jedoch nicht die besondere ökonomische Struktur eines Landes. Mit anderen Worten: die ökonomische Position der Bourgeoisie war durch die Krise überall geschwächt; die besondere Ausweglosigkeit der deutschen Bourgeoisie ergibt sich jedoch aus ihrer besonderen Stellung auf dem Weltmarkt. Während der Ausgang des Ersten Weltkriegs den Kolonialbesitz der übrigen Länder gefestigt, wenn nicht erweitert hatte, war Deutschland als Verlierer dieses Krieges von Kolonien und damit von den imperialistischen Methoden der Regelung ökonomischer und sozialer Konflikte nicht nur ausgeschlossen, sondern umgekehrt durch den Versailler Vertrag mit Reparationszahlungen belastet. Die Wiederherstellung der Verwertungsbedingungen des Kapitals war in Deutschland also nur durch die Expansionspolitik sowie andererseits binnenwirtschaftlich, durch radikale Niederhaltung der Löhne, realisierbar.

Auf beide Erfordernisse des *Kapitals* antwortete der Faschismus: Die Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte, der Rechtsstaatlichkeit im allgemeinen, die er praktizierte, ist nur von diesen ökonomischen Voraussetzungen her zureichend erklärbar. Hing die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt vor allem davon ab, daß dem Steigen der Löhne ein Ende gesetzt wurde, so stand dem in Deutschland umgekehrt eine traditionell starke, hoch organisierte Arbeiterbewegung im Wege. Diese *reformistische* Arbeiterbewegung, der es in der Tat gelang, die Löhne auch während der Krise weitgehend aufrechtzuerhalten, galt es zu zerschlagen — und nicht etwa, wie Thalheimer und andere ›kommunistische‹ Interpreten des Faschismus glaubten, ein ›revolutionäres‹ Proletariat.¹²¹

¹²¹ Thalheimer zufolge tritt die »offene kapitalistische Diktatur«, der Faschismus, dann ein, »wenn die bürgerliche Gesellschaft, eben am Rande des Grabes angelangt, tödlich bedroht war von der proletarischen Revolution« (»Über den Faschismus«, a.a.O., S. 28). Die »bürgerliche Gesellschaft« war jedoch spätestens seit 1919 von keiner »proletarischen Revolution« mehr akut oder gar »tödlich« bedroht. Die Masse des Proletariats folgte vielmehr umgekehrt dem Reformismus. Und gerade darin lag die »Stärke« der Arbeiterbewegung, ihre Gefahr für das kapitalistische System in einem geschichtlichen Augenblick. »Aber in Wirklichkeit hat der Faschismus nicht in einem Augenblick gesiegt, in dem die Bourgeoisie von der proletarischen Revolution bedroht gewesen wäre. Er hat gesiegt, als das Proletariat

Der Faschismus verhängte den Lohnstopp. Zur Beurteilung dieses Effekts genügt ein Blick auf die Lohnquote: Trotz des (durch die Zwangsarbeit erheblich geförderten) Zuwachses der unselbständig Beschäftigten ist sie unter der nationalsozialistischen Herrschaft gegenüber dem Beginn sowohl wie dem Ende der Weltwirtschaftskrise beständig gesunken. Betrug sie 1929 noch 56,7 Prozent, 1932 gar 56,9 Prozent, so war sie 1937 und 1938 auf 53,6 Prozent gefallen. Dies läßt, Neumann zufolge, nur einen Schluß zu: »Mit einem Wort: die Ausbeutung der Arbeiter hat sich meßbar intensiviert.«¹²² Doch wäre die Realisierung dieses *ökonomischen* Erfordernisses ohne die Zerstörung der *politischen*, parlamentarischen Institutionen, mittels deren die Arbeiterschaft eine Senkung des Reallohns verhindern konnte, unmöglich gewesen. Die Arbeiterbewegung hatte sich über die Gewerkschaften und ihre Vertreter im Reichstag gerade während der Weimarer Republik eine Position erobert, die direkte ökonomische Schritte seitens der Repräsentanten des Großkapitals, eine Lohnsenkung per Dekret, ausschloß. So schreibt Theodor Geiger noch 1931: Es ist »nicht zu leugnen, daß die proletarische Bewegung im Bereich des Staatslebens Erfolge erzielt hat, die — man mag sie so hoch oder so niedrig einschätzen wie nur immer — jedenfalls stärker in die Augen fallen und auch objektiv nachhaltiger sind als die bisherigen Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Bannbereich der Politik steht das Proletariat auf gleich und gleich mit den bürgerlichen Mächten, durch seine zahlenmäßige Stärke spielt es sogar eine sehr erhebliche Rolle; auch von rein bürgerlichen Regierungen muß mit den proletarischen Parteien als nicht übersehbaren Größen und Kräften gerechnet werden.«¹²³

Die Funktion des Faschismus, der am grundlegenden Produktionsverhältnis des Kapitalismus, am Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, nicht das geringste änderte, bestand demnach zunächst darin, die politischen Manifestationen dieses Gegensatzes niederzuschlagen und ihn ökonomisch zugunsten der Kapitalisten zu »lösen«. Eine Theorie, die den Faschismus *nur* als kleinbürgerliche Bewegung begriffe und seinen kapitalisti-

schon längst geschwächt und in die Defensive gedrängt, die revolutionäre Flut schon abgeebbt war. Die Kapitalistenklasse und der Großgrundbesitz haben die Staatsmacht den faschistischen Gewalthaufen nicht deshalb überantwortet, um sich vor einer drohenden proletarischen Revolution zu schützen, sondern zu dem Zweck, um die Löhne zu drücken, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse zu zertrümmern; nicht also, um einen revolutionären Sozialismus zu unterdrücken, sondern um die Errungenschaften des reformistischen Sozialismus zu zerschlagen« (Otto Bauer, »Der Faschismus«, in: Abendroth [Hg.], a.a.O., S. 153 f.).

¹²² Franz Neumann, *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism*, New York u. Evanstone 1966, S. 434.

¹²³ Theodor Geiger, »Zur Kritik der Verbürgerlichung«, in: *Die Arbeit*, 8. Jg., 1931, S. 552 f.

schen Charakter unterschläge, hätte bereits aus diesem Grunde unrecht. Eben hier liegt die Verfälschung, die in Lipsets These vom ›Extremismus der Mitte‹ angelegt ist: Der Faschismus hat nicht die Mittelschichten an die Herrschaft gebracht — was unter kapitalistischen Verhältnissen ohnehin eine Absurdität wäre —, und in der Tat konnte hier weder Fritz Schulze noch irgendein anderer Gemüsehändler zu ›dämonischer Größe‹ emporwachsen. Vielmehr hat er die Hilfestellung, die derartige Existenzen ihm leisteten, mit einer eindeutig auf kapitalistische Interessen bezogenen zwangswirtschaftlichen Politik belohnt, die den Untergang des Kleineigentums beschleunigte und u. a. durch Rüstungs- und Kriegswirtschaft die Konzentration und Zentralisation des Kapitals förderte, die den Mittelstand seit Jahrzehnten in eine beengte Lage gebracht hatten.¹²⁴

Jahr	Gesamtkapital der deutschen Aktiengesellschaften (in Milliarden RM)	Zahl der Aktien- gesellschaften
1933	20,6	9148
1938	18,75	5518
1942	29	4504

¹²⁴ Schon von hier aus verbietet es sich, die ›Nazifizierung des Mittelstandes‹ aus einer simplen Interessenpsychologie abzuleiten, wie es stellenweise u. a. bei Bracher geschieht: »Ständig nahm das Gewicht des alten Mittelstands innerhalb der expandierenden Bevölkerung ab, und seine nervöse, für radikale Parolen anfällige Gereiztheit rührte nicht weniger von jener Geltungseinbuße als von wirtschaftlichen Bedrängnissen her. Es war ein allgemeines Sekuritätsbedürfnis, das nach dem Katastrophenerlebnis der Inflation auf die neue Krise betont politisch reagierte [...] Und es suchte darum — die ›neue‹ Partei« (Die Auflösung, a.a.O., S. 168 f.). Selbst wenn man davon ausgeht, daß die Illusion, die faschistische Diktatur stelle den Retter in der Not des kleinbürgerlichen Ruins dar, das entscheidende Motiv für die Faschisierung des Mittelstands gewesen sei, so bliebe zumindest zu erklären, wie es zu diesem Aberglauben kommen konnte. Die vulgärpsychologische Argumentation setzt hingegen — durch einen Akt unmittelbaren ›Verstehens‹ — das falsche Bewußtsein des Mittelstands einfach voraus, das, wie in früheren Kapiteln gezeigt werden sollte, unfähig ist, ein adäquates Bild vom kapitalistischen Gesamtprozeß zu entfalten und auf *dieser* Basis dann auch Widersprüche zwischen Parteiprogramm und faktischer Wirtschaftspolitik usw. übersieht und schließlich gar sein »allgemeines Sekuritätsbedürfnis« mit dem von Anfang an sichtbaren Hang der faschistischen Partei zur imperialistischen Expansion und Kriegspolitik in Einklang bringt. Die von Reich konstatierte ›Schere‹ zwischen objektiven Interessen und ihrer falschen subjektiven Artikulation ist gerade nicht interessenpsychologisch, sondern allenfalls tiefenpsychologisch abzuleiten. Die interessenpsychologische Argumentation dagegen fordert — als ihr unmittelbares Korrelat — die ebenso simple Manipulationsthese: daß der Mittelstand auf die ›Versprechungen‹ der Nazis eben ›hereingefallen‹ sei. Es würde allerdings »einen Widerspruch zur marxistischen Theorie des Klassenbewußtseins bedeuten, wenn man die Massen [...] derart einschätzen würde, daß sie einer bloßen Vernebelung zugänglich seien« (Reich, Massenpsychologie, a.a.O., S. 39).

Über die quantitative Entwicklung der Zentralisation im Verlauf des Faschismus mag die Tabelle auf dieser Seite Aufschluß geben.¹²⁵

Der Faschismus hat die Wirkung der Gesetze kapitalistischer Akkumulation nicht unterbrochen, sondern mit politischen Mitteln beschleunigt; fragt man nach seinen ökonomischen Effekten sowie nach den Trägern der ökonomischen Machtpositionen, so ist die These vom Faschismus als einer *kapitalistischen* Herrschaftsform evident. Gleichwohl handelt es sich hier um eine »Entwicklung, die nicht nur dem demagogischen Programm der Nazis, sondern auch ihrem »politischen Sonderinteresse« (der Konservierung einer breiten Massenbasis in Mittelstand, Kleinbürgertum und Kleinbetrieb) direkt widersprach«¹²⁶. Mehr vielleicht als bei jedem anderen politischen System trifft man bei der Analyse des Faschismus auf eine Diskrepanz: die zwischen *Funktion und Genese*.

Dies schließt keineswegs aus, daß die Bourgeoisie — und zwar über die finanzielle Subventionierung der NSDAP hinaus — ebenso am Entstehen des Faschismus beteiligt war: Im kurz nach der Machtergreifung gebildeten »Generalrat der Wirtschaft« nahmen offenbar von vornherein »jene Großindustriellen die Majorität ein, die sich entweder bereits vor 1932 entschlossen hatten, die NSDAP zu unterstützen, [...] oder die sich 1932 im Keppler-Kreis zur Manipulierung der direkten nationalsozialistischen Machtergreifung zusammenfanden«¹²⁷. Der Machtergreifung selber ging eine Verständigung der bedeutendsten Oligopolgruppen voraus, welche die Arbeitsbeschaffungs-, die Rüstungs- sowie die direkte Kriegspolitik vorsah. Insofern läßt sich behaupten, »daß Hitler am 30. 1. 1933 die Macht nicht aus einem strukturellen Vakuum heraus ergriffen hat«¹²⁸.

Doch ist zu bestreiten, daß dieses »Vakuum« nur durch die Großindustrie ausgefüllt wurde. In der Titulierung des Faschismus als »Diktatur« liegt eine Verkennung, in der sich seltsamerweise Teile der Linken nur allzu häufig mit dem bürgerlichen Lager unfreiwillig versöhnen: Auf beiden Seiten fällt es offenbar schwer, die *Massenbewegung*, die der Faschismus in seinen Ursprüngen darstellte, in seine Definition aufzunehmen. Durch Braunbücher, die immerhin den Vorzug haben, die Beteiligung kapitalistischer Interessen an der Entstehung des Faschismus personell dingfest zu machen, ist jene

¹²⁵ Nach Zahlenangaben von Mandel. Zu einer genaueren Übersicht über die Konzentrations- und Zentralisationseffekte des Faschismus s. Neumann, a.a.O., Appendix, Kap. III, »Concentration of Capital«, S. 607 ff.

¹²⁶ Mandel, a.a.O., S. 40.

¹²⁷ Eberhard Czichon, »Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht«, in: *Das Argument* 47/1968, S. 174.

¹²⁸ Ebd., S. 172.

Massenbasis nicht zu erfassen. Der Faschismus ist vielmehr nur dann — gerade auch als *kapitalistische* Herrschaftsform — richtig einzuordnen, wenn man sich seiner ursprünglichen *Ambivalenz* bewußt bleibt, der Verbindung, die er mit *nicht-kapitalistischen*, ja *antikapitalistischen* Elementen einging. Einzig diese Zwitterstruktur erlaubte es ihm, altes als radikal neu, die Reaktion als Revolution erscheinen zu lassen. Der »einzige *gleichzeitige* Inhalt des Hitlertums ist Herrschaft des Großkapitals durch verschärften Druck und romantische Illusionen. Aber die *Verführbarkeit* eben durch diese Illusionen, das *Material* dieser Verführbarkeit liegt noch in anderer Gegend; hier sind Klasseninhalte ungleichzeitiger Verelendung im bloßen Dienst und überwiegenden Mißbrauch durchs Großkapital.«¹²⁹

Der *Aufbau* des Faschismus vollzog sich auf der sozialen und ideologischen Basis nicht etwa des Großkapitals, sondern des Kleinbürgertums. Der Fehler der Komintern-Theorien lag gerade darin, daß sie seine Verwurzelung in breiten Volksschichten leugneten: Der eindeutige, unumwundene Bezug der faschistischen Herrschaft auf die Interessen des Großkapitals verkennt den wahren Charakter des Faschismus, der nur als *Massenbewegung* — und eben nicht als einseitige Diktatur — adäquat zu begreifen ist. Diese Fehlinterpretation des Faschismus, die aus der Reduktion der Klassenkonstellation auf das pure Gegenüber von Kapital und Arbeit resultiert, hat die Unwirksamkeit der proletarischen Front, wenn nicht gar begründet, so doch legitimiert. Marxistischen Analysen, die auf den Massencharakter des Faschismus, auf den zentralen Anteil des Kleinbürgertums bei seiner Entstehung verwiesen hatten, war unter der stalinistischen Hegemonie das Gehör versagt.

So hatte bereits Clara Zetkin auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive von 1923 davor gewarnt, den Faschismus nach dem Modell einer klassischen Diktatur zu begreifen. »Und der Träger des Faszismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite, soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen«, sich vorwiegend jedoch aus den »von der Proletarisierung bedrohten klein- und mittelbürgerlichen Schichten« rekrutieren.¹³⁰ Die Erkenntnis von der Breite seiner sozialen Basis sei Vorbedingung eines wirksamen Kampfes gegen den Faschismus. Die reformistische Sozialdemokratie, die zuvor begrenzten Eingang in die kleinbürgerlichen Schichten gefunden hatte, habe sich als unfähig erwiesen, deren ohnehin schwach fundierte, geteilte Sympathie zu

¹²⁹ Bloch, *Der Faschismus*, a.a.O., S. 203.

¹³⁰ Zetkin, a.a.O., S. 88 f. u. S. 91.

erhalten; das scheinrevolutionäre Programm, das die Faschisten präsentierten und »das außerordentlich geschickt an die Stimmungen, Interessen und Forderungen breitester sozialer Massen anknüpft«¹³¹, habe seine Wirkung auf die Adressaten nicht verfehlt. Eine proletarische Bewegung, die die Macht ergreifung des Faschismus verhindern will, müsse sich infolgedessen vor allem diesen Schichten zuwenden: »Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, bleibt Mohammed nichts anderes übrig, als zum Berge zu gehen.«¹³²

Wenn Zetkin an der Möglichkeit festhält — und diese Hoffnung steht im Zentrum ihres Vortrags —, daß die Zwischenschichten, in einer eigens für sie geprägten Sprache, für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen seien, so hätte dies nur mittels eingehender Überlegungen zu der spezifischen gesellschaftlichen Verfassung dieser Schichten und vor allem zum Charakter ihrer »antikapitalistischen« Attitüden begründet werden können. Gerade dies aber findet nicht statt. Die illusionäre Hoffnung auf eine revolutionäre Wendung der Zwischenschichten stützt sich nicht auf eine Analyse der zeitgenössischen sozio-ökonomischen Situation des Kleinbürgertums, sondern auf die wenigen Aussagen, die Marx in einer früheren Epoche über sein *politisches* Verhalten gemacht hatte. Nur wenn weiterhin anzunehmen war, daß die kleinbürgerlichen Schichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat grundsätzlich schwanken¹³³, konnte man ihr faktisches faschistisches Engagement auf einen Fehler in der Strategie der proletarischen Organisationen oder umgekehrt: auf das besondere Geschick zurückführen, das die Bourgeoisie in ihrer Umwerbung aufbrachte. Das deklassierte Kleinbürgertum gerät daher zur einsatzbereiten Mannschaft, die sich gegenwärtig den Kapitalisten verschrieben habe. Denn der Faschismus bleibt in Zetkins Augen »der stärkste, der konzentrierteste [...] Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie«¹³⁴, die zum Zwecke diese Offensive die kleinbürgerlichen und deklassierten Elemente nur ins Schlepptau nimmt. »Die Bourgeoisie begrüßt selbstverständlich die neuen Bundesgenossen mit Freude. Sie erblickt in ihnen einen starken Machtzuwachs, einen in ihrem Dienste zu allem entschlossenen Gewalthaufen.«¹³⁵

¹³¹ Ebd., S. 94.

¹³² Ebd., S. 109.

¹³³ »Die kleinbürgerlichen und mittleren Schichten der Gesellschaft schwanken zuerst zwischen den gewaltigen historischen Heerlagern des Proletariats und der Bourgeoisie unschlüssig hin und her« (ebd., S. 93). Dieselbe — m. E. verfehlt — Marx-Orthodoxie findet sich bei Trotzki (vgl. die Einleitung, S. 28 ff.).

¹³⁴ Zetkin, a.a.O., S. 88.

¹³⁵ Ebd., S. 93.

Obwohl Zetkin den Faschismus keineswegs als einseitige Erfindung der Bourgeoisie begreift, sondern auf die Breite und relative Eigenständigkeit dieser Bewegung *gegenüber* den ökonomisch herrschenden Klassen verweist, sieht sie in den kleinbürgerlichen Massen in letzter Instanz doch gleichsam nur ein um die eigenen Interessen geprelltes Söldnerheer im Dienste des Kapitals. Und diese Optik entsprach einer verbreiteten Auffassung während der frühen Komintern-Periode: »Bereits innerhalb der Diskussion auf dem EKKI-Plenum vom Juni 1923 wurde das besondere Verhältnis zwischen Faschismus und Kleinbürgertum betont; allerdings wurde dabei das Kleinbürgertum als bloßer ›Anhang‹ im Schlepptau des Großkapitals betrachtet. Das Plenum übernahm eine in der Roten Fahne vom 18. V. 1923 publizierte Resolution der KPD, nach der der Faschismus in zwei unterschiedliche Flügel zu unterteilen sei; der eine sei unmittelbar vom Großkapital gekauft, der andere bestehe aus nationalistischen Kleinbürgern, die von dem ersten Flügel betrogen würden. In die gleiche Richtung gingen damals die Analysen von Radek und Clara Zetkin.«¹³⁶

Eine noch unmittelbarere Übertragung bloß *politischer* Bestimmungen nahm der 1928 aus der KPD ausgeschlossene August Thalheimer vor.¹³⁷ Aber gerade indem er eine überaus enge Analogie zwischen Bonapartismus und Faschismus herzustellen sucht, trägt seine Interpretation der Rolle des Kleinbürgertums im Faschismus am stärksten Rechnung. Bonapartismus und Faschismus lassen sich, Thalheimer zufolge, vor allem im Hinblick auf zwei Grundmerkmale miteinander vergleichen: 1. in bezug auf die Verselbständigung der staatlichen Exekutive gegenüber der Ökonomie, den partikularen Interessen gesellschaftlicher Klassen; 2. in der Fundierung beider Systeme in den deklassierten und kleinbürgerlichen (oder auch kleinbäuerlichen) Elementen. Beide Merkmale sind insofern aufeinander bezogen, als bereits die ›Spitze‹ jener Exekutive, die Führerpersönlichkeit, eine auffällige Nähe zu den Deklassierten aufweist, die ihrerseits den angeschwollenen staatlichen Apparat — Bürokratie, Polizei, Militär — nicht nur

¹³⁶ Nicos Poulantzas, *Faschismus und Diktatur. Die kommunistische Internationale und der Faschismus*, München 1973, S. 261 f. (Fußn.).

¹³⁷ Vgl. oben Fußn. 118 u. 121. Thalheimer »hypostasiert den gesellschaftlich gesetzten Zusammenhang der *politischen* Kategorien, mit denen Marx hier (in der Analyse des Bonapartismus — A. L.-F.) arbeitet, und überträgt ihn, durch Analogieschlüsse vermittelt, auf die Faschisierungsprozesse der spätbürgerlichen Gesellschaft; ein Verfahren, das dem Marx-schen gesellschaftstheoretischen Ansatz durchaus zuwiderläuft« (Rüdiger Gripenburg und K. H. Tjaden, »Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers«, in: *Das Argument* 41/1966, S. 472; Hervorh. A. L.-F.).

durchsetzen, sondern durch eigene, ›paramilitärische‹ Organisationen auch ergänzen.

Was das erste Argument betrifft — die Erweiterung und Verselbständigung der Exekutive —, so reicht es zur Charakterisierung spezifisch faschistischer Systeme jedenfalls nicht aus, da es eine Unterscheidung zwischen präfaschistischen (oder auch ›autoritären‹) und faschistischen Praktiken, zwischen Kabinettsregierungen und faschistischen Herrschaftsmethoden, am Ende auch zwischen Brüning und Hitler nicht zuläßt. Problematischer noch ist das zweite Argument: Zwar ist nicht zu bestreiten, daß der Faschismus ebenso wie der Bonapartismus von Deklassierten gestützt wurde, doch ist zu fragen, ob die enge Analogie zwischen den Parzellenbauern unter Louis Napoléon und dem Kleinbürgertum, das — achtzig Jahre später und in einer entscheidend veränderten Klassenstruktur — dem deutschen Faschismus zur Machtverhelf, aufrechtzuerhalten ist.

In derartigen in sich fragwürdigen und unhistorischen Analogien, die letztendlich zu einer außerordentlichen Verharmlosung des Faschismus führen, bleibt Thalheimers These stecken. Auf ihrer Grundlage aber ist vor allem eins unmöglich: die Einsicht in die kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus mit der These von seinem kapitalistischen Charakter zu vermitteln. Beides klappt vielmehr auseinander: Auf der einen Seite steht das Bemühen um den Aufweis der breiten sozialen Verankerung des Faschismus, der dann sogleich wieder, im Gegensatz offenbar zum »bürgerlich demokratischen Schein«, als »die offene Diktatur des Kapitals« definiert wird¹³⁸ — als ob der ›Schein‹, der kapitalistische Interessen in der bürgerlichen Demokratie umgibt, im Faschismus fehle!¹³⁹

Erfaßt man den Faschismus vorab unter den Begriffen einer ›Generaloffensive‹ oder ›offenen Diktatur‹ des Großkapitals, so muß daß Verhältnis von Bourgeoisie und Kleinbürgertum tendenziell stets als Zweck-Mittel-Relation erscheinen. Um derartigen Simplifizierungen zu entgehen, wird man vor allem folgendes zu berücksichtigen haben:

(1) Die *historischen Voraussetzungen* des Faschismus, der in Form einer breiten und kapitalistischen Interessen gegenüber weithin selbständigen, ja gegen sie revoltierenden, originär

¹³⁸ Thalheimer, a.a.O., S. 28.

¹³⁹ »Auch unter der faschistischen Diktatur bleibt der Gang der Volkswirtschaft abhängig von der Profitrate und kann sich daher jedes Interesse des Profits als Interesse der Volksgemeinschaft verkleiden. Auch unter der faschistischen Diktatur bleiben Staat und Volkswirtschaft abhängig vom Kredit und maskiert sich daher jedes Interesse der Hochfinanz als Interesse des Staates und der Volkswirtschaft. Auch unter der faschistischen Diktatur können die Großwürendenträger des Eigentums ihre Interessen als Interessen der Masse der kleinen Eigentümer durchsetzen« (Bauer, a.a.O., S. 157).

kleinbürgerlichen Strömung längst *vor* seiner Etablierung als politisches Herrschaftssystem bestand.

(2) Die spezifische *Form*, in der mittels des Faschismus kapitalistische Interessen durchgesetzt wurden. Mit dem Aufweis, daß er ihnen nutzte, ist offenbar wenig getan; schon gar nicht läßt sich auf dieser Grundlage eine Differenz zur parlamentarischen Demokratie angeben. Selbst wenn der Faschismus, im Hinblick auf seine ökonomischen Effekte, nichts anderes darstellt als die politische Herrschaftsform eines durch Wirtschaftskrisen erschütterten Kapitalismus, war seine Durchsetzung nur unter *antikapitalistischen* Vorzeichen möglich. Dem entspricht

(3) ein gegenüber der parlamentarischen Demokratie *verändertes Klassengleichgewicht* der Gesamtgesellschaft, das *nicht* mehr auf die Auspendelung kapitalistischer und proletarischer Interessen unter Einbeziehung und aktiver Mitwirkung der reformistischen Arbeiterbewegung angewiesen ist. Hatte dieses Zusammenspiel die nichtkapitalistischen Zwischenschichten zunehmend eingekeilt, so nahm das neue Klassengleichgewicht, auf das der Faschismus sich in seinen Anfängen stützte, umgekehrt ein deklassiertes Kleinbürgertum in sich auf, das sich in seiner zentralen Funktion: der Niederschlagung der Arbeiterbewegung, ungewollt als Werkzeug des Großkapitals entfaltete. Anstatt daß, wie es in der Stalin-Ära geschah, in starren Definitionen ausschließlich am Gegenüber von Bourgeoisie und Proletariat festgehalten wird, gilt es, diese temporären *Verlagerungen* der Klassegegensätze unter dem Kapitalismus zu erfassen. Nur dann wird begreiflich, »daß der Mittelstand wenn auch nicht *auf die Dauer*, so doch für *geschichtlich kurz begrenzte Zeit* ›Geschichte machen‹ kann und macht«¹⁴⁰.

(4) Doch war dieses Einvernehmen des Kleinbürgertums mit kapitalistischen Interessen — entgegen der Annahme einer unmittelbaren Funktionalität, die selbst noch in denjenigen kommunistischen Faschismustheorien durchleuchtet, die seine Beteiligung überhaupt konstatieren — keineswegs ungebrochen. Die Haltung der NSDAP war ursprünglich, und selbst noch *nach* der Machtergreifung, *ambivalent* — und gerade darin der ökonomischen Stellung des *Kleinbürgertums* (und nicht etwa der Bourgeoisie) adäquat. Diese Zweischneidigkeit, die anfängliche *Diskrepanz zwischen kapitalistischen Interessen und denen der Faschisten* ist auch dann nicht zu leugnen, wenn man sich, wie Guérin, die Aufgabe setzt, den Zusammenhang von Faschismus und Großkapital nachzuweisen: »Der Nationalsozialismus ereifert sich nicht nur über die Organisationen

¹⁴⁰ Reich, Massenpsychologie, a.a.O., S. 69.

der Arbeiterschaft und die proletarischen Parteien, sondern ebenso über die bürgerlichen Parteien, über die ehemaligen Repräsentanten der Bourgeoisie.«¹⁴¹ Umgekehrt hat die Bourgeoisie die Faschisten keineswegs, wie Zetkin behauptet, »selbstverständlich mit Freude begrüßt«, noch empfand sie — wie Thalheimer unterstellt — radikale Kleinbürger oder gar Lumpenproletarier unmittelbar als »Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine des Privateigentums, der bürgerlichen Gesellschaft«¹⁴².

(5) Kann die stalinistische Version der Faschismustheorie den Übergang vom Parlamentarismus zum Faschismus von vornherein nicht erklären (infolgedessen hält man ihn hier auch für sekundär, die Unterscheidung selbst für eine »liberale Verwirrung«), so können die Ansätze, welche die Rolle des Kleinbürgertums zwar für wesentlich halten, in ihm jedoch mehr oder weniger nur ein Anhängsel des Großkapitals erblicken, den *Transformationsprozeß* kaum deuten, *den der Faschismus selber durchläuft*. Der Prozeß der fortschreitenden *Verengung der Klassenbasis*, der nicht zuletzt an der faschistischen Wirtschaftspolitik, ihren zunehmend prokapitalistischen Tendenzen, sichtbar wird, muß nämlich uneinsichtig bleiben, sofern nicht der ursprünglichen *Differenz* von Faschismus und Kapitalismus gedacht wird, einer Differenz, die sich aus den divergierenden Interessenlagen von Kleinbürgertum und Bourgeoisie ergibt. Die Kapitalisten haben die Organisationen des Faschismus finanziert; die Quelle seiner Macht liegt jedoch in anderen Bereichen: in den antikapitalistischen Volksmassen. Auf diese Rücksicht zu nehmen, bleibt für die faschistischen Führer so lange ein Erfordernis, bis sich der Faschismus einer Militär- und Polizeidiktatur nahezu klassischen Stils angleichen kann. Guérin beschreibt diese Entwicklung, in der der Faschismus sich immer weniger auf die Volksmassen und statt dessen zunehmend auf die traditionellen Repressionsgewalten stützt, als den Prozeß, in dem der Eroberung des Staats durch die faschistische Partei, bevor sie noch vollendet war, der Rückschlag folgt: die Unterordnung der Partei unter den kapitalistischen Interessen dienstbaren Staat.¹⁴³ Die Entwicklung

¹⁴¹ Daniel Guérin, *Sur le fascisme II: Fascisme et grand capital*, Paris 1971, S. 135.

¹⁴² Thalheimer, a.a.O., S. 23.

¹⁴³ Dieser Prozeß ist selbstredend von einem Wandel in der Struktur der Partei selber begleitet. Ihre ursprüngliche Zusammensetzung war »mit den Qualitätsanforderungen unvereinbar, die die Beherrschung eines allseitig in die Wirtschaft eingreifenden Staates stellt«. Daher suchte sie »Elemente des Großbürgertums, der Fachbürokratie und der Produktionsintelligenz zu assimilieren und lumpenproletarische Elemente abzustoßen« (Richard Löwenthal [Paul Sering], *Kapitalismus führt zum Faschismus* . . . [Nachdruck aus der *Zeitschrift für Sozialismus*, Karlsbad 1935/36], Bamberg o. J., S. 52). Obwohl diese Wandlung, Sering zufolge, ihre Schranke in blei-

des Faschismus zeigt die progressive Funktionalisierung im Sinne großkapitalistischer Interessen und mithin den Abbau, die zunehmende Ausschaltung plebejisch-kleinbürgerlicher Elemente. Diese widersprachen, solange der Faschismus auf seine Massenbasis angewiesen blieb, entschieden den Bedürfnissen der kapitalistischen Interessengruppen: »Diese Sprache mißfällt dem Großkapital sehr. Es hat das politische Personal nicht ausgetauscht, um die Verteidigung seiner Interessen Agitatoren und Demagogen anzuvertrauen. Verfolgt vom Gespenst der ›zweiten Revolution‹, fordert es die Eliminierung der turbulentesten Plebejer.«¹⁴⁴

Gegen eine einfache Kongruenz der verselbständigten Exekutive des Faschismus mit den Interessen des Großkapitals sprechen die hier beschriebenen Konflikte, die sich virulent zur Zeit der Machtergreifung äußerten, jedoch bis zum Ende des Faschismus wirksam blieben (denn wie wären, so argumentiert Guérin, die Existenz einer ›konservativen Opposition‹, das Attentat vom 20. Juli usw. anders zu erklären?). Richtig ist, daß der Faschismus das Kleinbürgertum weder ökonomisch vor dem Ruin gerettet hat, noch seine Unterstützung bis zum Ende sichern konnte. Ökonomisch und sozial begründete Ängste und Aggressionen wurden allenfalls psychologisch ›befriedigt‹, durch Ableitung auf äußere und innere Feinde, in dem aus der Antike überkommenen Verfahren der Verfolgungen, Hetzjagden und Morde. Dies besagt jedoch nichts gegen die These, daß dem Kleinbürgertum bei seiner Entstehung außerordentliche Bedeutung zukommt — eine These, die sich allerdings nicht auf eine Analyse des Mittelstands und seiner Transformationen allein, sondern nur auf die der Klassen insgesamt und der Verschiebungen ihres Verhältnisses zueinander stützen kann.

3. Der letzte Schritt: Rekurs auf die dritte Klasse

Wo Liberale unüberbrückbare Gegensätze — die zwischen ›demokratischen‹ und ›totalitären‹ bzw. ›diktatorischen‹ Systemen — aufzuweisen meinen, sieht der Vulgärmarxismus einzig Gemeinsamkeiten: Laut Beschluß des Exekutiv-Komitees der Komintern sei gerade jenen Auffassungen ein Riegel vorzu-

benden Bindungen an die Irrationalismen des Programms und ideologisch bedingten Auswahlprinzipien (Rasstheorie usf.) fand, führte sie zur endgültigen Niederlage der plebejisch-kleinbürgerlichen Anhängerschaft, die »in eine ›radikale‹ Opposition der Programmtreuen gedrängt« wurde (S. 61).

¹⁴⁴ Guérin, a.a.O., S. 138.

schieben, die sich der »liberale(n) Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, wie auch zwischen den parlamentarischen Formen der bürgerlichen Diktatur und den offen faschistischen Formen« bedienen. Denn unter dem Gesichtspunkt der ökonomisch herrschenden Klasse fallen parlamentarische Demokratie wie Faschismus prinzipiell unter denselben Begriff der kapitalistischen Klassenherrschaft, und ob diese durch ein Parlament oder aber durch eine diesem gegenüber verselbständigte Exekutive durchgesetzt wird, sei dabei von sekundärer Bedeutung. Die Leichtsinnigkeit, mit der hier die Effekte des Faschismus insbesondere im Hinblick auf die eigenen Überlebenschancen verharmlost wurden — denn Opfer des Faschismus waren ja keineswegs nur die als »sozialfaschistisch« verfemte Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, sondern ebenso die Kommunistischen Parteien —, entsprach der theoretischen Verwirrung: »Der Faschismus an der Macht kann, wie der Bonapartismus, nur die Regierung des Finanzkapitals sein. Seiner gesellschaftlichen Funktion nach ist er weder vom Bonapartismus noch auch von der parlamentarischen Demokratie zu unterscheiden. Diese Entdeckung machen die Stalinisten jedes Mal wieder ganz von neuem und vergessen darüber, daß gesellschaftliche Probleme in der *politischen* Sphäre gelöst werden.«¹⁴⁵

Eine Analyse des Faschismus kann sich in der Tat nicht darin erschöpfen, den Unterschied in den *politischen* Formen der Herrschaft zu konstatieren. Die Gegnerschaft gegenüber dem bürgerlichen Parlamentarismus ist zwar Merkmal des Faschismus, aber durchaus kein Spezifikum, das ihn *zureichend* definiert. Weder die Deskription der politischen Verfassung noch auch die der historischen Rahmenbedingungen, die den Faschismus provozierten, reichen zu seiner Erklärung aus. Die besonderen historischen Gegebenheiten — wie etwa die Folgen eines verlorenen Krieges, die ökonomische Krisensituation usw. — zählen vielmehr nur insofern, als sie die Beziehungen der Klassen untereinander, das *Klassengefüge* der Gesamtgesellschaft, tangieren und *auf diesem Wege* auf die politische Erscheinungsweise Einfluß nehmen, welche die kapitalistische Gesellschaft in einem gegebenen Augenblick trägt.

Doch sind es selbst unter der konstanten Voraussetzung einer kapitalistischen Gesellschaft die Beziehungen zwischen *drei* Klassen, die mit dem Wandel in der Situation der Gesamtökonomie variieren. Damit ist zugleich der entscheidende Fehler des vulgärmarxistischen Ansatzes — wie schließlich auch der Horkheimer-Neumannschen These vom »autoritären Staat« — angedeutet: Die kapitalistische Gesellschaft kennt

¹⁴⁵ Trotzki, a.a.O., Bd. II, S. 680 f.

zwar nur zwei ›Hauptklassen‹, die Bourgeoisie und das Proletariat. Dies führte nun häufig zu der Annahme, man könne sich bei einer Analyse der Gesamtgesellschaft auf die Analyse dieser beiden Klassen beschränken. Die kapitalistische Gesellschaft besteht hingegen nicht nur aus ›Hauptklassen‹. Sie enthält ›Zwischenschichten‹, die keiner von beiden subsumierbar sind, die jedoch deren Beziehungen zueinander entscheidend färben.

Der Faschismus entsteht — so lautet die hier vertretene, auf Trotzki's Ansatz begründete These — aus einer *Wandlung im Verhältnis der drei Klassen* zueinander, von Bourgeoisie, Proletariat und Kleinbürgertum (unter das Trotzki übrigens ohne Umschweife auch den sogenannten ›neuen Mittelstand‹ subsumiert). »Diese beiden Systeme, das parlamentarisch-demokratische und das faschistische, stützen sich auf verschiedene Kombinationen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und geraten unvermeidlich in schroffe Zusammenstöße miteinander.«¹⁴⁶ Während die parlamentarische Demokratie zu ihrem eigenen Funktionieren auf eine wie immer konfliktreiche, in Parlamentsentscheidungen und Tarifverhandlungen jedoch ›geregelter‹ Auseinandersetzung zwischen den beiden Hauptklassen der Gesellschaft angewiesen bleibt, werden diese Formen des ›organisierten‹ Klassenkampfes im Faschismus unterbrochen und zerschlagen. Was ihn andererseits, zumindest in der Phase seiner Durchsetzung, von einer Diktatur klassischen Stils unterscheidet, ist die Tatsache, daß er sich ebenfalls auf Massen stützt: allerdings nicht, wie die parlamentarische Demokratie, auf das in einer reformistischen Arbeiterbewegung vereinigte Proletariat, nicht auf seine ›linke‹, sondern auf seine ›rechte Schulter‹, das Kleinbürgertum. »Im ›demokratischen‹ Regime der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft stützt sich die Bourgeoisie vor allem auf die von den Reformisten im Zaume gehaltene Arbeiterklasse. [. . .] Im faschistischen Regime stützt sich das Kapital, zumindest im ersten Stadium, auf das Kleinbürgertum, das die Organisationen des Proletariats vernichtet.«¹⁴⁷

Während also in der parlamentarischen Demokratie die Kapitalistenklasse ihre ökonomische Herrschaft dadurch gewährleistet, daß sie das Proletariat in Gestalt einer auf den Reformismus und damit auf die Spielregeln des Systems eingeschworenen Arbeiterbewegung an der politischen Herrschaft beteiligt und hiermit zugleich die Explosivität der Klassenantagonismen reduziert, ist der Faschismus das Ergebnis von Umständen, in denen diese an das parlamentarische System notwendig geknüpfte Respektierung der Institutionen des Proletariats

¹⁴⁶ Trotzki, a.a.O., Band I, S. 193.

¹⁴⁷ Ebd., S. 197.

die ökonomische Herrschaft der Kapitalistenklasse angreifen und gefährden müßte; der Parlamentarismus selber muß daher zerschlagen werden. »In der bürgerlichen Demokratie herrscht die Kapitalistenklasse, aber sie herrscht unter dem ständigen Druck der Arbeiterklasse. Sie muß der Arbeiterklasse immer wieder, immer weitere Zugeständnisse machen. Der ständige Kampf des reformistischen Sozialismus und der Gewerkschaften um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Verwaltung erschüttert freilich in der Zeit der aufsteigenden kapitalistischen Entwicklung den Kapitalismus nicht; er hebt ihn vielmehr auf ein höheres technisches, soziales und kulturelles Niveau. Aber in den schweren Wirtschaftskrisen, die dem Weltkrieg gefolgt sind, erscheinen die Errungenschaften des reformistischen Sozialismus der Kapitalistenklasse als Hindernisse des ›normalen‹, durch die Bewegungen der Profitrate bestimmten Produktions- und Zirkulationsprozesses. Sie ist entschlossen, alle weiteren Zugeständnisse zu verweigern, die der Arbeiterklasse schon gemachten Zugeständnisse zu widerrufen. Die demokratischen Institutionen hindern sie daran; also wendet sie sich gegen die demokratischen Institutionen.«¹⁴⁸

Der Faschismus ist demzufolge keineswegs — wie die Theorien, die ihn unter dem Begriff des ›autoritären Staats‹ fassen, vermuten lassen — das automatische Produkt oder die adäquate politische Form eines bestimmten Stadiums der kapitalistischen Entwicklung, das sich durch äußerste Zusammenballung der wirtschaftlichen Macht usw. auszeichnet. Diese hat zwar normalerweise eine Stärkung der Staatsmacht zur Folge, doch ist der Faschismus weder allein durch die ›Verselbstständigung der Exekutive‹ gekennzeichnet noch ist er selbst Konsequenz dieses ›normalen‹ ökonomischen Ablaufs. Er ist vielmehr umgekehrt das Resultat von globalen *Störungen* im normalen Ablauf, von Krisen, welche die Verwertungsbedingungen entscheidend verändern und herabsetzen. Und selbst unter solchen Bedingungen ist er nur eine *mögliche*, keineswegs jedoch eine notwendige Konsequenz. Es würde nur eine Wiederholung des stalinistischen Mißverständnisses der Funktion des Faschismus bedeuten, wollte man annehmen, zwischen ihm und den Interessen der herrschenden, in ihrer ökonomischen Position jedoch geschwächten Klasse bestehe eine prästabilisierte Harmonie. Im Gegenteil: »Die Großbourgeoisie liebt den Faschismus ebensowenig wie ein Mensch mit kranken Kiefern das Zahnziehen.«¹⁴⁹

Die Gegensätze liegen auf der Hand — sie sind in letzter In-

¹⁴⁸ Bauer, a.a.O., S. 154 f.

¹⁴⁹ Trotzki, a.a.O., Bd. I, S. 359.

stanz reduzierbar auf die zwischen kapitalistischen und kleinbürgerlichen Interessen. Der Rekurs auf die ›dritte Klasse‹ impliziert nicht nur die temporäre Selbstentmachtung der Bourgeoisie zugunsten einer Klasse, die durch die kapitalistische Entwicklung, mit der Akkumulation des Kapitals längst zum ökonomischen Bodensatz der Gesellschaft geworden war. Er impliziert nicht nur die Gefahr einer Überflutung des *politischen* Status der Bourgeoisie, sondern selbst ihre *ökonomische* Position muß durch den Radikalismus der faschistischen Banden bedroht erscheinen. Solange diese die an die ökonomische Stellung des Kleinbürgertums notwendig geknüpfte *politische Ambivalenz* verkörpern, richtet sich ihre Gewaltsamkeit ja nicht nur gegen die institutionalisierte Arbeiterbewegung, sondern zugleich gegen das zentralisierte Kapital; ihre Stoßrichtung ist daher nicht nur (kurzfristig) funktional, sondern auch *dysfunktional*. Die kleinbürgerlichen Eigentumskategorien und -sehnsüchte vergöttern das *Kleineigentum*, nicht jedoch das kapitalistische, das jenes tendenziell zerschlägt. Das Großkapital ist daher in diesem Sinn kein ›Eigentum‹, sondern umgekehrt: ein ›Moloch‹, der es zu verschlingen droht. Enteignungspläne sind mithin dem rebellischen Kleinbürgertum keineswegs fremd, sondern geradezu Bestandteil der frühen Programmatik der faschistischen Bewegung. Das radikale Kleinbürgertum selber ist daher in der Spätphase des Kapitalismus für die Machtposition der Bourgeoisie ebenso gefährlich wie in der Frühphase, in konterrevolutionärer, faschistischer Gestalt ebenso wie in revolutionärem, jakobinischem Gewande. Dies erklärt zugleich das Zögern der Bourgeoisie. Die parlamentarische Demokratie wird nicht unmittelbar durch den Faschismus ersetzt, sondern es folgt eine Übergangsphase, die Trotzki mit dem Begriff des ›bonapartistischen‹ Systems belegt¹⁵⁰, im Fall Deutschlands die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher. Ein ›bonapartistisches‹ Regime, charakterisiert durch Präsidialkabinette und deren beschleunigten Wechsel sowie durch die Praxis der Notverordnungen, tritt gewöhnlich dann auf den Plan, wenn die Spannungen zwischen den beiden Hauptklassen ihren Gipfel erreicht haben, ohne daß eine von beiden in der Lage wäre, die gesellschaftliche Füh-

¹⁵⁰ Seit Marxens Schrift ›Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte‹ wird der Begriff ›Bonapartismus‹ hauptsächlich – wie auch in dieser Arbeit – für Systeme verwandt, die dem des *dritten* Napoleon ähneln. Trotzki's Begriff des ›Bonapartismus‹ stimmt hiermit – trotz seiner Berufung auf Marx – nicht völlig überein: Er erfaßt vorwiegend die Züge, die den Bonapartismus Napoleons III. mit dem Napoleon I. und zudem mit dem Bismarckismus verbinden, in erster Linie also die relative Verselbstständigung des politischen Apparats gegenüber der Gesellschaft. Damit tritt in den Hintergrund, was zumeist als durchaus wesentlicher Zug des ›Bonapartismus‹ betrachtet wird: die Rückendeckung, die das System durch Deklassierte, Parzellenbauern usw. erhält.

rung zu übernehmen bzw. aufrechtzuerhalten. Die parlamentarische Demokratie kann angesichts der wachsenden sozialen Antagonismen die Regelungsfunktion nicht mehr ausüben; der Faschismus andererseits übt sie noch nicht aus, da die Bourgeoisie zwischen der parlamentarischen und der faschistischen ›Lösung‹ noch schwankt, in einen defensiven und einen aggressiven Flügel gespalten ist. Die wesentliche Funktion der ›bonapartistischen‹ Regierung besteht demgemäß darin, »den Bürgerkrieg durch freundschaftliche Disziplinierung der Nationalsozialisten und Fesselung des Proletariats mit Polizeiketten zu umgehen«¹⁵¹. Die scheinbare Stärke dieser Systeme ist Resultat eben dieser Funktion: der Neutralisierung beider Lager, des proletarischen und des faschistischen, die ein überdimensionales Anwachsen des Staatsapparats, der Polizei, des Militärs, der Bürokratie, erforderlich macht. Darin liegt jedoch zugleich ihre Schwäche und die Wurzel ihrer Unbeständigkeit: Das politische System hängt sozial gewissermaßen in der Luft; die Regierung ist einzig und ausschließlich die Regierung der herrschenden Klasse, einer Minorität, und selbst hier »sitzt der Kommissar dem Herrn auf dem Buckel, reibt ihm den Nacken wund und steht nicht an, seinem Herrn gegebenenfalls mit dem Stiefel über das Gesicht zu fahren«¹⁵². Die Massenbasis hingegen, die — wenn auch verschiedener sozialer Herkunft — den Faschismus ebenso absichert wie die parlamentarische Demokratie und beiden eine gewisse Stabilität verleiht, fehlt hier vollkommen.

Wie das bonapartistische Regime auf der einen Seite das radikalisierte Kleinbürgertum, die plebejische Massenbewegung zügelt, sie an der Machtübernahme hindert, so ist es andererseits auf die zumindest formale Respektierung der systemkonformen Institutionen des Proletariats, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, verwiesen. Hat das Proletariat sich in seiner großen Masse den geltenden Spielregeln des Parlamentarismus unterworfen, so sind zu seiner Niederwerfung wiederum Massen erfordert: Durch Militär und Polizei allein kann weder ein hochgradig organisiertes Proletariat zerschlagen noch die globale Systemveränderung herbeigeführt werden, die der Abbruch auch noch der letzten Reste von Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit mit sich bringt. Mit der Ermächtigung Hitlers wurde dieser letzte Schritt schließlich vollzogen.

An die Stelle des ›gleichzeitigen Widerspruchs‹ zum Kapital, an die Stelle des Proletariats, das auf dem Wege des Parlamentarismus in das politische System des Kapitalismus einbezogen worden war, tritt im Zuge der Faschisierung der ›ungleichzeitige‹: Massen werden mobilisiert, die, durch die kapitalistische

¹⁵¹ Trotzki, a.a.O., Bd. I, S. 423.

¹⁵² Ebd., S. 351.

Entwicklung an den Rand gedrängt, gegen dieses Schicksal sich erheben, die, von links und rechts eingekeilt, nach oben und unten — vor allem aber nach ›unten‹, gegen die Institutionen der Arbeiterbewegung — losschlagen. »Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummtten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklasierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat.«¹⁵³

Diese in sich ambivalente Massenbewegung ist für die ökonomisch herrschende Klasse alles andere als vertrauenerweckend. Ihre Mobilisierung, die temporäre Inthronisierung des lumpenproletarisch verelendeten und radikalisierten Kleinbürgertums kann stets nur ein letzter Schritt sein. Es müssen, mit anderen Worten, besondere Bedingungen erfüllt sein, wenn eine solche Maßnahme als das geringere Übel erscheint, Bedingungen, die zugleich erklären, warum der Faschismus sich vorab in Deutschland als das die Gesamtgesellschaft beherrschende politische System durchsetzte. In der Tat handelt es sich hier um »historische« Bedingungen, durch die Deutschland sich von anderen kapitalistischen Nationen unterschied, in denen der Faschismus auf vereinzelte Bewegungen beschränkt blieb. Doch treten diese historischen Bedingungen nur insoweit in die Erklärung ein, als sie die Klassensituation der Gesamtgesellschaft veränderten und derart verschärften, daß der ›letzte Schritt‹, der Rekurs auf die ›dritte Klasse‹ möglich und geraten schien. Diese besonderen ökonomischen Bedingungen, die sich für Deutschland im Gefolge des verlorenen Krieges und der Weltwirtschaftskrise ergaben, sind bereits beschrieben worden. Danach mußte die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik nicht deshalb zerschlagen werden, weil — wie die ›historizistischen‹ Thesen behaupten — ein aus der Bismarckzeit überkommener ›Untertanengeist‹ usw. stets noch lebendig gewesen wäre, nicht deshalb also, weil ihr der Sprung in die Moderne nicht gelungen wäre, sondern weil sie zu ›modern‹ war, ein durch das parlamentarische System vermitteltes, ›modernes‹ Klassengleichgewicht etabliert hatte, das die Beteiligung des Proletariats an der politischen Herrschaft vorsah und somit wesentlich auf der Auspendelung der Interessen der beiden *Hauptklassen* der Gesellschaft beruhte. Diese Entwicklung, als deren erster Ausdruck die Gründung der ›Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands‹, der im Anschluß an die Novemberrevolution geschlossene Stinnes-Legien-Pakt, gelten mag¹⁵⁴, bedeutete nicht etwa eine Perpetu-

¹⁵³ Ebd., S. 194.

¹⁵⁴ Vgl. hierzu Kapitel 3 des II. Abschnitts.

ierung des aus der Bismarckzeit überlieferten Untertanengeistes, sondern umgekehrt die Durchbrechung seiner gesellschaftlichen Grundlagen, die Verdrängung der sozialen Gruppen aus der politischen Sphäre, die jene Anachronismen am eindeutigsten vertreten hatten: der Junker und des Mittelstands.

Dessen ökonomische Einkeilung hatte mit der Etablierung der modernen Demokratie politische Gestalt erhalten. Seine Wendung gegen den Parteienstaat, gegen den Parlamentarismus schlechthin war insofern konsequent. Die in der gesellschaftlichen Situation des Kleinbürgertums verankerte allgemeine Unfähigkeit, das ökonomische Geschehen intellektuell zu erfassen und damit die Wurzeln der eigenen Deklassierung als *ökonomische* zu begreifen — eine Unfähigkeit, die stets die Tendenz zur Verschiebung allen Übels auf die als »ungerecht« und »korrupt« erachtete *politische* Sphäre nach sich zieht¹⁵⁵ —, paarte sich hier mit der realen Hilflosigkeit gegenüber einer Politik, in die es kaum noch einzutreten vermochte, zu der ihm aufgrund innerer Gegensätze und Aufsplitterungen, des Mangels an Organisation und Parteibildung und des Fehlens legaler Kampfmittel — wie vor allem des Streiks — der Weg versperrt war. Sein aus sozialer Frustration resultierender Haß richtete sich daher nicht nur gegen den eigentlichen Widersacher, das »anonyme«, d. h. individuell nicht mehr zurechenbare Großkapital, sondern mehr noch gegen jene, die ihm zwar gleichfalls unterworfen sind, ihren Gegner jedoch — eben aufgrund ihrer Fähigkeit zur Organisation — konfrontieren können: gegen die institutionalisierte Arbeiterbewegung. Diese Fähigkeit hatten die Institutionen der Arbeiterschaft ja nicht nur in der eigentlichen Wirtschaftskrise, sondern bereits während der Inflation bewiesen. Während hier die Ersparnisse und das Betriebskapital des Kleinbürgertums zusammenschrumpften, führte eben dieselbe Geldentwertung »zu immer größeren, immer leidenschaftlicher geführten Lohnkämpfen, die immer wieder Verkehrsmittel und öffentliche Betriebe stilllegten. Der Kleinbürger, der sich selbst gegen die Geldentwertung nicht zu wehren vermochte, war erbittert darüber, daß die Lohnkämpfe zwischen Kapital und Arbeit

¹⁵⁵ Die Verschiebung auf die politische Sphäre, in der die Wurzel allen Übels gesehen wird, charakterisiert das Kleinbürgertum nicht nur in seiner konterrevolutionären Spätphase. Diese Tendenz läßt sich in *allen* spezifisch »kleinbürgerlichen« Bewegungen nachweisen: in der Phase der plebejisch-revolutionären Politik ebenso wie in der Frühphase der Arbeiterbewegung (die wesentlich noch eine »kleinbürgerliche« Bewegung darstellte) wie schließlich im »kleinbürgerlichen Sozialismus«. Nimmt man die Spätform, die faschistische Revolte, hinzu, so läßt sich behaupten, daß der »Antikapitalismus« des Kleinbürgertums grundsätzlich, und zwar weil es Überbleibsel einer vergangenen Produktionsweise ist, »antifeudale« Züge trägt, d. h. ökonomische Verhältnisse nach dem Muster politischer Herrschaftsverhältnisse interpretiert.

immer wieder seine Ruhe störten. Er hielt die von der Arbeiterklasse erzwungenen Lohnerhöhungen, Folgen der Geldentwertung, für ihre Ursache. Er war empört, daß sich Teile der Arbeiterschaft immer wieder Lohnerhöhungen zu erkämpfen vermochten, die sie für die Entwertung des Geldes entschädigten, während er sein Einkommen nicht in dem Maße der Geldentwertung zu erhöhen vermochte. Er sah erbittert seine Lebenshaltung unter die mancher Schichten der Arbeiterschaft sinken, die Verteilung des Nationaleinkommens zu seinen Ungunsten verschoben. Haßte er die Inflationsschieber, so haßte er noch viel mehr die rebellische Arbeiterschaft.«¹⁵⁶

Geht man davon aus, daß die Beschreitung des faschistischen Weges für die Bourgeoisie nur eine »vermittelte Funktionalität« besitzen kann, so ist eine besondere Ausweglosigkeit aufgrund ökonomischer Krisen und der Blockierung ihrer anderweitigen Lösungsmöglichkeiten eine der Grundvoraussetzungen dafür, daß dieser Weg schließlich doch als das geringere Übel erscheint. Die politische »Regelung« der ökonomisch prekären Situation, die der Faschismus darstellt, ist aber nur dann ein gangbarer Weg, wenn weitere, keineswegs immer gegebene Bedingungen im Klassengefüge der Gesamtgesellschaft bestehen. Dies betrifft zunächst selbstverständlich die »revolutionäre Schwäche« des Proletariats, seine Unfähigkeit, trotz hohen Organisationsgrads, trotz seiner »reformistischen Stärke« also, die politischen Konsequenzen aus den in der Krise sich entladenden ökonomischen Widersprüchen zu ziehen. Es betrifft aber zugleich — und dies ist hier entscheidend — die Möglichkeit, die Massen aufzufinden, die zur Zerschlagung des bisherigen politischen Systems erfordert sind: Der Rekurs auf die »dritte Klasse« setzt nicht nur voraus, daß diese überhaupt zahlreich vorhanden ist, sondern daß sie zudem eine bestimmte, nämlich »deklassierte« Gestalt trägt.¹⁵⁷ Eben diese Gestalt ist Vorbedin-

¹⁵⁶ Bauer, a.a.O., S. 148.

¹⁵⁷ Diese Bedingung ist keineswegs zu jedem gegebenen Zeitpunkt der kapitalistischen Entwicklung erfüllt. Der Mittelstand trägt je nach seiner ökonomischen Struktur und dem Raum, der seiner ökonomischen Entfaltung verbleibt, selbst unter dem Kapitalismus nicht nur von Epoche zu Epoche, sondern auch von Land zu Land verschiedene politische Gestalt. Hierin scheint mir eins der wesentlichen Kriterien gelegen, die zur Beantwortung der — in dieser Arbeit nicht gestellten — Frage heranzuziehen wären: warum der Faschismus nicht *alle* kapitalistischen Länder ergriff. Wenn etwa nachgewiesen werden kann, daß die englische »middle class« einen grundsätzlich anderen Charakter trug als das deutsche — in seiner großen Masse deklassierte — Kleinbürgertum, so tritt die (etwa von der »historizistischen« These verfolgte) auf die Wirksamkeit einer liberalen Tradition abzielende Erklärung der Resistenz Englands gegenüber dem Faschismus in den Hintergrund. An die Stelle der Erklärung aus den Traditionen des politischen Überbaus tritt damit — ohne diese gänzlich auszuschließen — die klassentheoretische Erklärung. Auch sie ist auf »historische« Daten angewiesen: Sie wird etwa auf die »Effizienz« der ursprüng-

gung dafür, daß die grundsätzliche Ambivalenz des Kleinbürgertums sich mehr und mehr in eine ›Identifikation mit dem Aggressor‹ verwandelt, daß seine Unterdrückung in der Spitze gegen Unterdrückte resultiert, daß der ›ungleichzeitige Widerspruch‹ sich gegen den ›gleichzeitigen‹ wendet.

Die ökonomische und soziale Verelendung des Kleinbürgertums, in der gewöhnlich die Wurzel seines Verhaltens zum Faschismus gesucht wird, kann das *Ausmaß* seiner Erbitterung und Radikalisierung sicherlich erklären. Die Inflation, die das kleine Eigentum härter traf als das große, der Bankrott von Kleinunternehmen in der Krise, die Massenarbeitslosigkeit, die einerseits mit der Kaufkraft der Gesamtgesellschaft auch die Zahl der Kunden von Kleinhandel und -gewerbe reduzierte, während sie auf der anderen Seite dem Kleinbürgertum selbst noch die Proletarisierung, die Integration in eine andere Klasse, verwehrte, haben für das Entstehen jener konterrevolutionären Massenbewegung, der die Zerschlagung nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern des etablierten politischen Systems oblag, ohne Zweifel erhebliche Bedeutung. »Der Verfall der Mittelschichten konnte nicht ihre Proletarisierung bedeuten, da ja im Proletariat selbst ein riesiges Heer chronisch Arbeitsloser entstand. Die Pauperisierung der Mittelschichten — mit Mühe durch Halstuch und Strümpfe aus Kunstseide verhüllt — fraß allen offiziellen Glauben und vor allem die Lehren vom demokratischen Parlamentarismus.«¹⁵⁸

lichen Akkumulation sowie der ersten industriellen Revolution in England rekurrieren, durch die das ökonomische Überleben zunächst einer breiten Schicht von Kleinbauern, sodann von Handwerkern verhindert wurde. Der ›übrigbleibende‹ Mittelstand trug in England gänzlich andere, dem Kapitalismus sehr viel adäquatere Strukturen als in Deutschland; diese wiederum ergeben sich aus der besonderen Stellung Englands auf dem Weltmarkt, der Pionierrolle des englischen Kapitalismus. Sie gestatten es dem dortigen Mittelstand, an der Industrialisierung teilzunehmen, anstatt von ihr bloß niedergewürgt zu werden. So konstatiert Levy 1920: »Da haben wir einmal die in Deutschland noch wirksamen Momente traditionalistischer Art. Das Bestreben weiter Erwerbskreise, sich als Handwerkerstand und Kleinhändlerum im Rahmen einer früher gebundenen, zumindest nicht freikapitalistischen Gesellschaftsorganisation festzuhalten, im Kampfe um das ›standesgemäße‹ Auskommen der Entwicklung des großkapitalistischen Wettbewerbs, seiner Technik in Produktion und Absatz und auch seinen sozialen und gesellschaftlichen Folgen sich entgegenzustemmen, fehlt in England. [...] Der Repräsentant des heutigen englischen Kleinbetriebes ist nicht mehr jener Handwerkertypus alten Schlages, wie er die Mehrzahl unserer Mittelstandspolitiker ausmacht, sondern eine durchaus moderne Persönlichkeit« (Levy, a.a.O., S. 6). Während also in England die Reste der einfachen Warenproduktion nachhaltiger beseitigt wurden als in Deutschland, konnte sich dort andererseits — und zwar bis ins 20. Jahrhundert — eine relativ breite Schicht kleiner und mittlerer Unternehmer erhalten, die vor allem an die spezialisierte Produktion (im Gegensatz zur Massenproduktion) gebunden ist (vgl. die Fußn. 172 des II. Abschnitts).

¹⁵⁸ Trotzki, a.a.O., Bd. II, S. 572.

Gleichwohl sind die sozialpsychologischen Konsequenzen der sich verschärfenden Einklemmung und Verelendung ihrerseits nur die Zuspitzung und Amplifikation bereits *vorhandener* Strukturen: Das Elend erfindet hier »nichts oder nicht alles, sondern plaudert nur aus, nämlich Ungleichzeitigkeit, die lange latent oder höchstens eine von gestern schien, nun aber über das Gestern hinaus in fast rätselhaftem Veitstanz sich erfrischt«¹⁵⁹.

Sofern der Faschismus überhaupt eine »neue« Form von Herrschaft darstellt, ergibt sich dieses »Neue« nicht etwa daraus, daß sich in seiner sozialen Basis, im Kleinbürgertum, eine »radikale Wendung« vollzogen hätte. Der Faschismus ist »neu« nur insofern, als er Altes, »Überbleibsel einer vergangnen Produktionsweise«, revoziert, ihren Haß und ihre Auflehnung gegen die eigene Überalterung dienstbar macht bis zur Regression schlechthin, bis zum Prähistorischen, Archaischen, zur Barbarei selbst als der Verlängerung des einmal beschrittenen Pfades. Das Kleinbürgertum hat sich dabei nicht radikal geändert, sondern seinen »ungleichzeitigen Widerspruch«, in dem es sich immer schon zum Kapitalismus befand, nur radikalisiert. In dieser Form hat er den »gleichzeitigen« nicht mehr bloß überlagert, sondern seine Manifestationen gewaltsam unterbrochen. Im Faschismus gelang es einer an den Rand der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängten, sie ökonomisch längst nicht mehr bestimmenden Klasse, den »normalen« Gang dieser Entwicklung, wenn auch nur für kurze Zeit, zu sistieren. Denn »der Faschismus entdeckte den Bodensatz der Gesellschaft für die Politik. Nicht nur in den Bauernhäusern, sondern auch in den Wolkenkratzern der Städte lebt neben dem zwanzigsten Jahrhundert heute noch das zehnte oder dreizehnte. [...] Was für unerschöpfliche Vorräte an Finsternis, Unwissenheit, Wildheit! Die Verzweiflung hat sie auf die Beine gebracht, der Faschismus wies ihnen die Richtung. All das, was bei ungehinderter Entwicklung der Gesellschaft vom nationalen Organismus als Kulturexkrement ausgeschieden werden müßte, kommt jetzt durch den Schlund hoch; die kapitalistische Zivilisation erbricht die unverdaute Barbarei. Das ist die Physiologie des Nationalsozialismus.«¹⁶⁰

Doch stellt sich auch der Zusammenhang von Kleinbürgertum und Faschismus nur auf dem Boden des *Kapitalismus* her, dessen Bewegungsgesetze vom Kleinbürgertum zwar erlitten, nicht jedoch erzeugt werden. Von diesen kapitalistischen Prozessen hängt sowohl die politische *Gestalt* des Kleinbürgertums ab: die aus ökonomischer Passivität resultierende konterrevolutionäre Mentalität, wie andererseits die politische *Funk-*

¹⁵⁹ Bloch, *Der Faschismus*, a.a.O., S. 185.

¹⁶⁰ Trotzki, a.a.O., Bd. II, S. 578.

tion, die ihm in einem bestimmten historischen Augenblick zufallen kann. Wie die Schärfe der kapitalistischen Krise das Kleinbürgertum aktivierte und seinen borniert-reaktionären Kampf um die ökonomische Selbsterhaltung in die politische Bereitschaft zur Konterrevolution überführte, sind es die aus der kapitalistischen Wirklichkeit selber resultierenden Antagonismen, die über die ›politische Verwertung‹ jenes ungleichenzeitigen Widerspruchs entscheiden. »Niemals aber wäre der subjektiv ungleichenzeitige Widerspruch so scharf, der objektiv ungleichenzeitige so sichtbar, bestünde kein objektiv *gleichenzeitiger*, nämlich der in und mit dem *heutigen Kapitalismus* selbst gesetzte und wachsende. Die anachronistische Verwilderung wie Erinnerung wird erst durch die Krise freigesetzt und antwortet auf deren objektiv revolutionären Widerspruch mit einem subjektiv wie objektiv reaktionären, nämlich eben ungleichenzeitig.«¹⁶¹

Daher erklären weder die Existenz eines deklassierten Kleinbürgertums noch seine aus ökonomischer Krise und sozialem Druck resultierende Radikalisierung als solche den Faschismus; sie sind notwendige, jedoch keine hinreichenden Bedingungen seiner Durchsetzung. Eine Analyse des Verhältnisses der *drei* Klassen, der Zusammenhänge und Antagonismen ihrer Interessen, ist die Voraussetzung für eine Theorie des Faschismus, welche die Banalitäten und Fehlschlüsse des vulgärmarxistischen Ansatzes auf der einen, die Insuffizienzen der ›bürgerlichen‹ Faschismustheorien auf der anderen Seite vermeidet.

Hatte der vulgärmarxistische Ansatz den Faschismus einzig als ›Agentur‹ des Großkapitals begriffen, so mußte er von dessen Charakter als plebejische Konterrevolution entweder gänzlich absehen oder aber ein Einverständnis zwischen den deklassierten Massen und der Bourgeoisie unterstellen, das faktisch nicht gegeben war und theoretisch unerklärbar bleiben mußte. Unter dem Hinweis auf die Identität der ökonomisch herrschenden Klasse wurde die Differenz übersehen, die zwischen einem parlamentarischen und einem faschistischen System besteht; das Nichtidentische — und damit das Spezifikum des Faschismus — trat in den Hintergrund, der Gegenstand wurde schlechterdings verfehlt.

Weniger ökonomisch als politisch bestimmt ist die Minorität, deren Herrschaft umgekehrt auch in einzelnen ›bürgerlichen‹ Theorien als der vornehmliche Inhalt faschistischer Systeme erscheint. Wird hier der Faschismus den Kategorien von ›Diktatur‹, ›Autokratie‹ usf. subsumiert, so werden ebenfalls die zu seiner Durchsetzung erfordernden Massenbewegungen tenden-

¹⁶¹ Bloch, Der Faschismus, a.a.O., S. 191.

ziell oder vollkommen unterschlagen. Doch sind hiervor ebenso wenig die Interpretationen geschützt, die den Begriff des ›autoritären Staats‹ zur Charakterisierung des Faschismus verwenden und ihn eindeutig als Ausdruck der Klassenherrschaft begreifen: Die angenommene Eindimensionalität des politischen Prozesses sowie die unterstellte Parallelität von ökonomischer und politischer Machtballung blenden die Verankerung des politischen Systems im gesellschaftlichen, seine Fundierung in breiten sozialen Schichten aus. Nicht durch die gestärkte und verselbständigte Exekutive allein läßt sich der Faschismus definieren; jenseits dieses deskriptiven Merkmals, das er mit anderen Staatsformen teilt, ist seine Funktion in Rechnung zu stellen: die gewaltsame Zerschlagung aller proletarischen Organisationen. Diese Funktion aber *kann* der Faschismus nur dann erfüllen, wenn ihm — jenseits des staatlichen Apparats, den jene Theorien in den Mittelpunkt rücken, jenseits von Militär und Polizei — eine soziale Basis und damit die Unterstützung durch Massen zur Verfügung steht: »Trotz der Unterdrückung des Wahlrechts können die Politiker im faschistischen Regime — ebenso wie im ›demokratischen‹ — ihren Einfluß nur in dem Maße erlangen und erhalten, ihr Prestige nur solange untermauern, wie es ihnen gelingt, sich auf eine möglichst breite ›soziale Basis‹ zu stützen.«¹⁶²

Wo hingegen die sogenannte bürgerliche Sozialwissenschaft auf die soziale Basis des Faschismus im Mittelstand eingeht (dies gilt insbesondere für Lipsets Ansatz), beschränkt sie sich im wesentlichen auf den Aufweis der elektoralen Partizipation. Dabei bleibt die Frage nach der Funktion des Faschismus im Kapitalismus, die Frage also nach dem Verhältnis des politischen zum sozialen System, allerdings offen. Wenn Lipset etwa den Faschismus als ›Extremismus der Mitte‹ definiert, so stützt sich diese These auf die soziale Herkunft der Wähler. Bedeutet aber der Faschismus an der Macht, der Faschismus als gesamtgesellschaftlich herrschendes politisches System etwa die ökonomische Herrschaft der Mittelklasse? Eine solche Schlußfolgerung liegt sicherlich nicht im Sinne der Lipsetschen Argumentation; und dennoch weist diese keine Alternative zur Erklärung der gesellschaftlichen Funktion des Faschismus auf, einer Funktion, die mit den Interessen seiner originären gesellschaftlichen Basis, mit den Interessen der ›Mitte‹ keineswegs zusammenfällt.

Zu einer Verzerrung der gesamtgesellschaftlichen Relevanz des Faschismus führt dieser Ansatz schließlich dort, wo den Beziehungen zwischen Großindustrie und Faschismus nachgegangen wird. Wenn Lipset etwa behauptet, daß die Finan-

¹⁶² Guérin, a.a.O., S. 137.

zierung der Nationalsozialisten durch die Großindustrie erst zu dem Augenblick ein bedeutsames Ausmaß erhielt, »in dem die Partei den Status einer großen Partei erlangt hatte«, und dies wiederum »größenteils auf die Gewohnheit vieler Betriebe« zurückführt, »allen größeren Parteien mit Ausnahme der Kommunisten Geld zu geben, um auf alle Fälle mit allen gut zu stehen«¹⁶³, so bescheidet sich seine Analyse bei der — durchaus sachgerechten — Konstatierung der reservierten Haltung der Bourgeoisie gegenüber dem Nationalsozialismus. Daß aber die Funktion des Faschismus, und zwar trotz seiner unliebsamen Eigenschaften, in der Wiederherstellung der ökonomischen Machtposition eben jener vor der Pöbelherrschaft zurückschreckenden Bourgeoisie bestand, daß die Subventionierung der NSDAP mithin keineswegs nur irgendwelchen »Gewohnheiten« folgte, sondern in eindeutigem Zusammenhang mit kapitalistischen Interessen stand, gerät dabei gänzlich außer Sicht.

Von zentraler Bedeutung ist der Rekurs auf die Klassenkonstellation, der sowohl dem Charakter des Faschismus als *kapitalistisches* Herrschaftssystem als auch seinem Zusammenhang mit dem deklassierten *Kleinbürgertum* Rechnung trägt, für das Verständnis des *Prozesses*, der Etappen der Faschisierung und der späteren Entwicklung des Faschismus selbst.¹⁶⁴

(1) Die Entstehung des Faschismus als plebejisch-konterrevolutionäre Bewegung ist zunächst Reflex einer ökonomischen und sozialen Krise, die in erster Linie das Lumpenproletariat und die desperatesten Elemente des Kleinbürgertums mobilisierte. »Wird nun die soziale Krise unerträglich, so tritt eine besondere Partei auf, deren direktes Ziel es ist, das Kleinbürgertum bis zur Weißglut zu bringen und seinen Haß und seine Verzweiflung gegen das Proletariat zu richten. Diese historische Funktion erfüllt in Deutschland der Nationalsozialismus, eine breite Strömung, deren Ideologie sich aus allen Verwesungsgerüchen der verfallenden bürgerlichen Gesellschaft zusammensetzt.«¹⁶⁵ So eindeutig demnach die Zusammenrot-

¹⁶³ Lipset, a.a.O., S. 462 f.

¹⁶⁴ Es versteht sich von selbst, daß weder die Theorien, die die großkapitalistische Determination des Faschismus betonen, noch die Analysen, die den Zusammenhang von Faschismus und Mittelstand isoliert untersuchen, diesen Phasenablauf erfassen. So bezieht sich auch Lipsets Darstellung nur auf einen sehr kurzen Zeitraum, auf die Periode nämlich, in der, wenige Jahre vor der Machtergreifung, das Kleinbürgertum in der Tat in seiner großen Masse auf den Faschismus einschwenkte. Die Phase der einzelnen Stoßtrupp-Aktivitäten (in den frühen zwanziger Jahren) entfällt dagegen ebenso wie die spätere, in der das Kleinbürgertum, im Verlaufe der Entwicklung des Faschismus selbst, sich zu großen Teilen resigniert zurückzog.

¹⁶⁵ Trotzki, a.a.O., Bd. I, S. 360.

tung der Deklassierten Reflex der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus ist, so unabhängig vom Kapital sind auf der anderen Seite in dieser Frühphase die Bewegung selbst wie schließlich auch noch die Partei.¹⁶⁶ »Im Fall des Verhältnisses zwischen den faschistischen Parteien und dem Kleinbürgertum [...] muß zwischen den Etappen des Faschisierungsprozesses und der Herrschaft des Faschismus differenziert werden. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die faschistischen Parteien in der Tat Repräsentanten des Kleinbürgertums [...] darstellten. Sie waren stark durchgegliederte Parteien, deren Massenbasis — Mitglieder, Militante und Wähler — wesentlich innerhalb des Kleinbürgertums lag. Auch die Klassenherkunft ihrer mittleren und selbst ihrer höheren Ränge war kleinbürgerlich, und sie hatten mit dem Kleinbürgertum infolgedessen organisatorische Verbindungen, was sie von den ›bürgerlichen‹ Parteien, die ansonsten traditionellerweise auch das Kleinbürgertum repräsentierten, deutlich unterschied. Zugleich waren die faschistischen Parteien vom Standpunkt ihrer Ideologie aus typisch ›kleinbürgerliche‹ Parteien, was sie ebenfalls von den anderen bürgerlichen Parteien unterschied, die traditionellerweise auch Repräsentanten des Kleinbürgertums waren.«¹⁶⁷

Die lumpenproletarisch-kleinbürgerliche Reaktion ist in ihren Anfängen alles andere als eine Erfindung der Bourgeoisie. Sie ist, im Gegenteil, eine autonome Bewegung von Deklassierten mit *antikapitalistischer* Stoßrichtung. So gebrochen dieser gegen Monopole und ›Zinsknechtschaft‹ sich aufbäumende Antikapitalismus sich auch darstellt, er gestattet es der Bewegung, »ihren Kampf gegen die Demokratie vor den Volksmassen als einen Kampf gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie« auszugeben, während sie sich umgekehrt mit den anti-proletarischen Vorzeichen dieses Antikapitalismus, mit ihrer Spitze gegen die organisierte, ›internationalistische‹ Arbeiterschaft »den Kapitalisten als [...] Kampf gegen die Pöbelherrschaft des Proletariats« präsentiert.¹⁶⁸ Diese Einheit von Antikapitalismus und Antikommunismus ist konsequentester Ausdruck der ökonomischen und sozialen Lage des Kleinbürgertums, das sich gegen beide Hauptklassen der Gesellschaft auflehnt, während seine faktische Position zwischen den Klassen sich zu der Vorstellung verdichtet, über allen Klassen, ›über Bourgeoisie und Proletarier‹ zu schweben, den Nationa-

¹⁶⁶ Sieht man von der ersten Verbindung von Hakenkreuz und Großkapital in der Inflationszeit ab, die jedoch die hier vertretene Auffassung, daß die ökonomische Situation für die Bourgeoisie fast unerträglich geworden sein muß, ehe sie auf plebejische Bewegungen zurückgreift, nur bestätigt.

¹⁶⁷ Poulantzas, a.a.O., S. 266.

¹⁶⁸ Bauer, a.a.O., S. 145.

lismus des Bürgertums mit dem Sozialismus des Proletariats auf einen Nenner zu bringen.

(2) Die ursprüngliche Konzeption der faschistischen Bewegung war demnach die einer sämtliche Klassenantagonismen hinter sich lassenden *Volksbewegung*. Doch konnte die vorgesehene Integration des Proletariats in einen »nationalen Sozialismus« im erstrebten Ausmaß nicht gelingen. Der Mißerfolg dieser Konzeption warf die NSDAP daher einerseits auf den Mittelstand als Massenbasis zurück, die sich nun andererseits auch um diejenigen seiner Gruppierungen erweiterte, die, ökonomisch besser gestellt, von der Ineffizienz der bürgerlichen wie der Interessenparteien abgestoßen waren und ihre letzten Vorbehalte gegenüber der faschistischen Partei in dem Maße fallenließen, wie diese selber die anfänglichen Umwerbungen des Proletariats aufgab.

Dieser Prozeß der Herstellung der endgültigen Massenbasis führte zu Verschiebungen in der Bewegung: Von den Enteignungsplänen der frühen zwanziger Jahre war immer weniger die Rede; der zweite Bestandteil des Wortes »Nationalsozialismus« wurde nachgerade peinlich; der »linke« Flügel der Partei (Strasser u. a.) mußte eliminiert werden; die Beziehungen zwischen Hitler und dem ökonomischen Chefideologen der Frühzeit, G. Feder, dessen Schriften jener ehemals zum »Katechismus der Bewegung« ernannt hatte, kühlten sich ab. Wenn auch diese internen Verschiebungen der Programmatik ebenso wie direkte Verhandlungen mit den Vertretern der Großindustrie die NSDAP den Interessen der Bourgeoisie adäquater werden ließen, so kann andererseits von einer einfachen Kongruenz kapitalistischer Interessen mit der faschistischen Politik auch für die Zeit kurz vor und nach der Machtergreifung noch keine Rede sein. »Während die Bourgeoisie sich des Faschismus bedient, fürchtet sie ihn.«¹⁶⁹

Die abwartende, zögernde Haltung der Bourgeoisie, die Trotzki für die dem Faschismus vorangehende Serie »bonapartistischer« Regierungen verantwortlich macht, ist dafür Indiz. Aber auch nach der Machtergreifung mußte sich die Bourgeoisie die Zerschlagung ihrer traditionellen Organisationen und Parteien gefallen lassen: Nicht nur das Zentrum verschwand von der Bühne, sondern auch für die bisherige Partei der Großindustrie, für die von Hugenberg geführten Konservativen, erwies sich eine Kooperation mit den Nationalsozialisten als undurchführbar. Für einen Augenblick der Geschichte schien der »Kampf zwischen Kapital und Arbeit, in dessen Verlauf sich die Bourgeoisie der faschistischen Gewalthaufen bedient hatte, [...] damit zu enden, daß diese Gewalthaufen,

¹⁶⁹ Trotzki, a.a.O., Bd. I, S. 357.

nachdem sie das Proletariat niedergeworfen hatten, nun auch die Repräsentanten der Bourgeoisie aus dem Parlament und der Regierung davonjagen, auch die Bourgeois-Parteien auflösen, über alle Klassen des Volks ihre Gewaltherrschaft aufrichten konnten«¹⁷⁰.

Die neuen politischen Machthaber blieben, wie weit immer sie selbst dem plebejischen Antikapitalismus der ursprünglichen Bewegung bereits entfremdet waren, für einige Zeit noch darauf angewiesen, die Massen, die ihnen zur Macht verholffen hatten, zu respektieren: »Die Plebejer müssen den Ansprüchen der Volksmassen Rechnung tragen, die sie auf die Beine gebracht haben. Diesen Massen gegenüber haben sie, um sie zu erobern, eine ›antikapitalistische‹ Sprache gesprochen. Diese Sprache haben die Massen ernst genommen. Und jetzt, wo sie an der Macht sind, fordern sie, daß sie ihr Wort halten. Der Faschismus mag noch so sehr die Abschaffung des Klassenkampfes proklamieren — die Kleinbürger und Proletarier, die das schwarze oder das braune Hemd angezogen haben, gehorchen weiterhin einem relativen Klasseninstinkt; ihre Interessen widerstreiten nach wie vor denen der kapitalistischen Magnaten.«¹⁷¹

(3) Umgekehrt hatten, gemessen an kapitalistischen Interessen, die Massen von deklassierten Kleinbürgern und Lumpenproletariern mit der Niederwerfung der organisierten Arbeiterschaft ihre Funktion erfüllt. Ihnen weiter zu folgen, mit den ökonomischen Zielvorstellungen des Kleinbürgertums gar Ernst zu machen, kam aber auch der Parteispitze, die sich von den Verkündern des ›Mittelstandssozialismus‹ bereits weitgehend befreit hatte, nicht in den Sinn. Das radikale, reaktionär-utopische Programm des Kleinbürgertums konnte daher nur in den ersten Phasen der Bewegung die Struktur der Partei prägen: »Zwar waren die faschistischen Parteien in dem Maße, in dem man von kurzfristigen politischen Klasseninteressen des Kleinbürgertums sprechen kann, während der ersten Etappe des Faschisierungsprozesses tatsächlicher Repräsentant des Kleinbürgertums. Die ersten Programme der faschistischen Parteien sind im Grunde nichts anderes als ein ›Katalog der Ressentiments‹ des Kleinbürgertums, und sie versuchten in dieser Zeit aktiv, die Forderungen des Kleinbürgertums durchzusetzen. Am ›point of no-return‹ ist allerdings hier bereits ein Umschwung vollzogen: Die faschistischen Parteien vertraten von diesem Punkt an ganz massiv die wirklichen Interessen der Bourgeoisie. Wenn sie die Interessen des Kleinbürgertums noch eine Weile weiterhin in einem gewissen Maße berücksichtigten, so ist das mit dem Aufstieg des Fa-

¹⁷⁰ Bauer, a.a.O., S. 151.

¹⁷¹ Guérin, a.a.O., S. 137.

schismus zur Macht und endgültig in der Stabilisierungs-
etappe des Faschismus zu Ende.«¹⁷²

Die extremen Formen plebejisch-kleinbürgerlicher Demagogie mußten ebenso wie ihre Repräsentanten entfernt werden, sollten die Militarisierung, der Aufbau der Wehrmacht und vor allem ihre Finanzierung gelingen. Sicherlich handelt es sich hierbei nicht einfach um eine Angewiesenheit der politischen Machthaber auf die ökonomisch Herrschenden — dies würde den Beitrag unterschätzen, den diese — die Vertreter kapitalistischer Industrieunternehmen ebenso wie der Banken — zur aggressiven Außenpolitik des NS-Regimes leisteten. Wie immer aber diese Interdependenz sich in den Jahren nach 1935 (am 16. 3. 1935 erließ Hitler das Gesetz ›Über den Aufbau der Wehrmacht‹) im einzelnen gestaltete: Sie gab der Rückeroberung der Macht durch die Bourgeoisie — oder zumindest durch diejenige Fraktion, die mit der Rüstungsindustrie unmittelbar oder mittelbar verknüpft war — jedenfalls Raum.

»In der Periode seines Kampfes um die Macht hat sich der Faschismus allerdings gerade auf kleinbürgerliche und bäuerliche Massen, auf Massen, die durch die Wirtschaftskrise verelendet, revolutioniert, mit antikapitalistischen Stimmungen erfüllt worden waren, gestützt. Aber einmal zur Macht gekommen, gerät er unvermeidlich unter den bestimmenden Einfluß der kapitalistischen Gesellschaftsmächte und muß daher den utopischen kleinbürgerlichen Radikalismus seiner eigenen Gefolgschaft niederringen.«¹⁷³ Hatte die ökonomisch herrschende Klasse sich für einen kurzen Augenblick der faschistischen Partei unterwerfen und damit ihrer eigenen politischen Entmachtung beiwohnen müssen, so tritt nun der umgekehrte Prozeß in Gang: »Wir hatten gesehen, wie der Staat von der Partei aufgesogen wurde. Jetzt erleben wir die Domestizierung der Partei durch den diktatorischen Staat. Zweifellos werden auch weiterhin alle staatlichen Stellen von Faschisten besetzt; doch unter den Faschisten vollzieht sich eine Selektion. Es bleiben diejenigen auf ihren Posten, die bereitwillig schweigen und nur [...] die folgsamen Diener des Führers sowie der Finanzpotentaten sind, die unter dem von ihm ausgebreiteten Deckmantel regieren. Die anderen, die Demagogen, müssen entweder öffentliche Abbitte leisten, ihrer Demagogie einen Dämpfer aufsetzen, oder aber verschwinden.« Dieser Prozeß einer tendenziellen Rückkehr zu den ›normalen‹ Formen unmittelbarer Klassenherrschaft manifestiert sich u. a. darin, daß diese sich verstärkt der gewohnten — statt der eigentlich ›faschistischen‹, paramilitärischen — Repressionsinstanzen bedient: »Die Diktatur stützt sich immer weniger auf

¹⁷² Poulantzas, a.a.O.

¹⁷³ Bauer, a.a.O., S. 158.

die Volksmassen und mehr und mehr auf die traditionellen repressiven Gewalten, auf Armee und Polizei.«¹⁷⁴

Die Massen, die dem Faschismus zur Macht verholfen haben, ziehen sich nun von ihm zurück. Damit tritt der Prozeß ein, den Trotzki bereits 1932 vorausgesagt hatte: die Rückverwandlung des Faschismus in eine auf Militär und Polizei gestützte Diktatur beinahe klassischen Gepräges, das Stadium also, für das die vulgärmarxistischen Theorien insofern recht haben, als nunmehr das politische System tatsächlich mehr und mehr zum ›geschäftsführenden Ausschuß der Bourgeoisie‹ wird, die ›bürgerlichen‹ Theorien dagegen insofern, als der Faschismus sich hier de facto den bekannten Formen der Diktatur nähert. Die Entwicklung des Faschismus selber hat die in ihm angelegten Widersprüche, den zwischen seiner Klassenbasis und seinem Klassencharakter, den zwischen seiner Genese und seiner Funktion, freigesetzt.

Als bleibende Zugeständnisse des Faschismus an die sozialen Gruppen, die ihn siegen ließen, überdauerten nur die Symbolik, zu Riten verkümmerte plebejische Forderungen, die in dieser Form weit davon entfernt waren, den ökonomischen Prozeß zu stören oder auch nur zu beeinflussen: »Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird [...] nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflicht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertags ›zugunsten des Volkes‹. Die Beibehaltung der gotischen Schrift im Gegensatz zur lateinischen ist eine symbolische Vergeltung für das Joch des Weltmarkts. Die Abhängigkeit von den internationalen — darunter auch jüdischen — Bankiers ist nicht um ein Jota gemildert, dafür ist es verboten, Tiere nach dem Talmudritual zu schlachten. Ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert, so sind die Straßen des Dritten Reiches mit Symbolen ausgelegt.«¹⁷⁵

Vom Kapital an den Rand gedrängt, ohne Rolle für die politische Szene und statt dessen mit Symbolen abgespeist, war das Kleinbürgertum schließlich auch im Faschismus in die Sackgasse geraten. Und keine Rede war mehr von der Erfüllung seiner Forderungen, die während der Faschisierung auf offene Ohren gestoßen waren und nun in der beschleunigten Konzentration des Kapitals untergingen. Als deklassierte Klasse besaß es zwar anachronistische Sehnsüchte, doch kein einlösbares, ›objektives‹ Interesse, um das es hätte geprellt werden können. Die Position des Kleinbürgertums war abgebaut, ohne daß es betrogen worden wäre.

¹⁷⁵ Trotzki, a.a.O., Bd. II, S. 579.

¹⁷⁴ Guérin, a.a.O., S. 138.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang (Hg.), Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt/Wien ³1968.
- Adorno, Theodor W., Einleitungsvortrag zum 16. deutschen Soziologentag, in: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. deutschen Soziologentags, Stuttgart 1969, S. 12 ff.
- , ›Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistischen Propaganda‹, in: ders., Kleine Schriften zur Gesellschaft, Frankfurt 1971, S. 34 ff.
- , Prismen. Kulturkritik und Gesellschaft, Frankfurt ²1969.
- , Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt 1973.
- , s. Horkheimer und Adorno, Dialektik der Aufklärung.
- Adorno, Theodor W., Else Frenkel-Brunswik u. a., The Authoritarian Personality, New York 1950.
- Albert, Hans, Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive, Neuwied/Berlin 1967.
- Bakunin, Michael, ›Die Commune von Paris und der Staatsbegriff‹, in: ders., Gott und der Staat und andere Schriften, Reinbek b. Hbg. 1969, S. 191 ff.
- , Staatlichkeit und Anarchie, Berlin 1972.
- Balzac, Honoré de, Die Kleinbürger, München o. J.
- Barthes, Roland, Mythologies, Paris 1957 (deutsch: Mythen des Alltags, Frankfurt 1964).
- Bartsch, Günther, Anarchismus in Deutschland, Bd. I, Hannover 1972.
- Bauer, Otto, ›Der Faschismus‹, in: Abendroth, W. (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, S. 143 ff.
- Bendix, Reinhard, Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt 1960.
- Bergmann, Jürgen, ›Das „Alte Handwerk“ im Übergang. Zum Wandel von Struktur und Funktion des Handwerks im Berliner Wirtschaftsraum in vor- und frühindustrieller Zeit‹, in: Büsch, O. (Hg.), Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung, S. 224 ff.
- Bernstein, Eduard, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbek b. Hbg. 1969.
- Blanke, Bernhard, u. a., ›Die Faschismus-Theorie der DDR‹, in: *Das Argument* 33, 7. Jg. (1965), H. 2, S. 35 ff.
- Bloch, Ernst, ›Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit‹ (aus: ders., Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt 1964), in: Nolte, E. (Hg.), Theorien über den Faschismus, S. 182 ff.
- , Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt 1961.

- Böhme, H. (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit 1848—1879, Köln/Berlin 1968.
- Boldt, Werner, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution von 1848, Paderborn 1971.
- Borkenau, Franz, ›Zur Soziologie des Faschismus‹, in: Nolte, E. (Hg.), Theorien über den Faschismus, S. 156 ff.
- Born, Erich, ›Die Motive der Bismarckschen Sozialgesetzgebung‹, in: *Die Arbeiterversorgung*, 62. Jg. (Nov. 1960), H. 2.
- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1964.
- , Art. ›Totalitarismus‹, in: Fraenkel, E. u. K. D. Bracher (Hg.), Fischer-Lexikon ›Staat und Politik‹, S. 324 ff.
- Braun, Siegfried, u. Jochen Fuhrmann, Angestelltenmentalität. Berufliche Position und gesellschaftliches Denken der Industriearbeitenden, Neuwied/Berlin 1970.
- Bronfenbrenner, Urie, ›Wandel der amerikanischen Kindererziehung‹, in: Friedeburg, L. v. (Hg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, S. 321 ff.
- Brüning, Heinrich, Memoiren 1918—1934, Stuttgart 1970.
- Büsch, O. (Hg.), Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg, Berlin 1971.
- Bußmann, Walter, ›Treitschke als Politiker‹, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 177 (1954), H. 2, S. 249 ff.
- , ›Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert‹, in: Böhme, H. (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit, S. 85 ff.
- Claessens, Dieter, u. a., Angestellte und Arbeiter in der Betriebspyramide. Eine empirisch-soziologische Studie über die Verteilung der Arbeitsplätze von Angestellten und Arbeitern, ihre Personaldaten und Arbeitsverdienste in Betrieben der gewerblichen Wirtschaft, hg. v. O. Stammer, Berlin 1959.
- Colletti, Lucio, Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale, Frankfurt 1971.
- , From Rousseau to Lenin. Studies in Ideology and Society, London 1972.
- Czichon, Eberhard, ›Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht‹, in: *Das Argument* 47, 10. Jg. (1968), H. 3, S. 168 ff.
- Daheim, Hansjürgen, ›Die Vorstellungen vom Mittelstand‹, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 12. Jg. (1960), H. 2, S. 237 ff.
- Dahmer, Helmut, ›Psychoanalyse und historischer Materialismus‹, in: Psychoanalyse als Sozialwissenschaft, Frankfurt 1971, S. 60 ff.
- Dahrendorf, Ralf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968.
- Dedering, Heinz, u. a., Die Mobilität der Arbeitnehmer bei Betriebsstillegungen. Teil A: Theoretische Grundlagen (RKW-Projekt A 56), Frankfurt 1970.
- Dobb, Maurice, Entwicklung des Kapitalismus. Vom Spätfeudalismus bis zur Gegenwart, Köln/Berlin 1970.

- Dunker, H., u. a. (Hg.), Marxistische Arbeiterschulung. Kursus: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin/Wien 1930 (Reprint 1970).
- Duverger, Maurice, Les partis politiques, Paris ⁴1961 (deutsch: Die politischen Parteien, Tübingen 1959).
- Eisermann, Gottfried, Vorwort zu: Schweitzer, A., Die Nazifizierung des Mittelstandes.
- Engels, Friedrich, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, MEW 22, Berlin 1970, S. 483 ff.
- , Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften II, S. 80 ff.
- , Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (»Anti-Dühring«), Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 3, Berlin 1960.
- , Über den Antisemitismus, MEW 22, Berlin 1970, S. 49 ff.
- , Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften II, S. 310 ff.
- , Zur Wohnungsfrage, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 516 ff.
- , Vorwort zu: Marx, K., Das Elend der Philosophie.
- , s. Marx und Engels, Ausgew. Schriften in zwei Bänden, Berlin 1966.
- , s. Marx und Engels, Die deutsche Ideologie.
- , s. Marx und Engels, Manifest der Kommunistischen Partei.
- Ennen, Reinald, Zünfte und Wettbewerb. Möglichkeiten und Grenzen zünftlerischer Wettbewerbsbeschränkungen im städtischen Handel und Gewerbe des Spätmittelalters, Köln/Wien 1971.
- Erikson, Erik H., Kindheit und Gesellschaft, Stuttgart ³1968.
- Federn, Paul, »Zur Psychologie der Revolution: Die vaterlose Gesellschaft«, wieder abgedruckt in: Psychoanalyse, Marxismus und Sozialwissenschaften, s'Gravenhage ²1972, S. 401 ff.
- Fischer, Wolfram, s. Stadelmann und Fischer, Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers.
- Fraenkel, Ernst, »Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie«, in: Nuscheler, F., u. W. Stefani (Hg.), Pluralismus, S. 158 ff.
- , u. K. D. Bracher (Hg.), Fischer-Lexikon »Staat und Politik«, Frankfurt ¹³1971.
- Frenkel-Brunswik, Else, s. Adorno, Frenkel-Brunswik u. a., The Authoritarian Personality.
- Freud, Anna, Das Ich und die Abwehrmechanismen, München 6. Aufl. o. J.
- Freud, Sigmund, »Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie«, in: ders., Gesammelte Werke V, Frankfurt 1949, S. 27 ff.
- , »Jenseits des Lustprinzips«, in: ders., Gesammelte Werke XIII, Frankfurt ⁷1972, S. 3 ff.
- , »Massenpsychologie und Ich-Analyse«, in: ders., Das Unbewußte. Schriften zur Psychoanalyse, Frankfurt 1960, S. 215 ff.
- , »Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse«, in: Freud-Studienausgabe, Bd. I, Frankfurt ³1971, S. 448 ff.
- , »Über Psychoanalyse. Fünf Vorlesungen«, in: ders., Darstellungen der Psychoanalyse, Frankfurt ²1970, S. 50 ff.

- , Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt 1956.
- , Die Zukunft einer Illusion, in: ders., Das Unbewußte, Frankfurt 1960, S. 287 ff.
- Freyhold, Michaela v., Autoritarismus und politische Apathie. Analyse einer Skala zur Ermittlung autoritätsgebundener Verhaltensweisen, Frankfurt 1971.
- Friedeburg, L. v. (Hg.), Jugend in der modernen Gesellschaft, Köln/Berlin 1965.
- Fromm, Erich, ›Sozialpsychologischer Teil‹ aus: Horkheimer, M. (Hg.), Studien über Autorität und Familie, S. 77 ff.
- , ›Über Methode und Aufgabe einer analytischen Sozialpsychologie‹, in: Gente, H. P. (Hg.), Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol, S. 129 ff.
- Fürstenberg, Friedrich, Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein soziologischer Überblick, Köln/Opladen 1967.
- Fuhrmann, Jochen, s. Braun und Fuhrmann, Angestelltenmentalität.
- Funken, Klaus, s. Steffen und Funken, ›Die einfache Kaderproduktion . . .‹.
- Geiger, Theodor, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln/Hagen 1949.
- , ›Die Mittelschichten und die Sozialdemokratie‹, in: *Die Arbeit*, 8. Jg. (1931), S. 619 ff.
- , Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Darmstadt 1967.
- , ›Zur Kritik der Verbürgerlichung‹, in: *Die Arbeit*, 8. Jg. (1931).
- Gente, H. P. (Hg.), Marxismus, Psychoanalyse, Sexpol, Bd. 1, Frankfurt ²1972.
- Gewandt, Heinrich, Mittelstandspolitik ohne Dogma, Bonn 1970.
- (Hg.), Die Zukunft des Mittelstandes. Strukturpolitik in einer dynamischen Wirtschaft, Düsseldorf/Wien 1969.
- Gide, Charles, u. Charles Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Jena 1923.
- Giersch, Herbert, ›Eine Ordnung ohne Willkür. Thesen zur freien Gesellschaft und Marktwirtschaft‹, in: Wirtschaftsblatt der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 23. 6. 1973.
- Gorz, André, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt 1968.
- Gottschalch, Wilfried, u. a., Sozialisationsforschung. Materialien, Probleme, Kritik, Frankfurt ⁵1972.
- Gripenburg, Rüdiger, u. K. H. Tjaden, ›Faschismus und Bonapartismus. Zur Kritik der Faschismustheorie August Thalheimers‹, in: *Das Argument* 41, 8. Jg. (1966), H. 6, S. 461 ff.
- Griewank, Karl, ›Ursachen und Folgen des Scheiterns der deutschen Revolution von 1848‹, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 170 (1950), S. 495 ff.
- Grossmann, Henryk, ›Anarchismus‹, in: ders. u. Carl Grünberg, Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus (Neuaufgabe von Aufsätzen aus dem ›Wörterbuch der Volkswirtschaft‹, 1931–33), Frankfurt 1971, S. 13 ff.
- , ›Die gesellschaftlichen Grundlagen der mechanistischen Philosophie und die Manufaktur‹, in: *Zeitschrift für Sozialforschung*, 4. Jg. (1935), H. 2, S. 161 ff.

Grünberg, Emil, *Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft.*

Eine ökonomische und soziologische Untersuchung, Leipzig 1932.

Guérin, Daniel, *Anarchismus. Begriff und Praxis*, Frankfurt ³1969.

—, *Bourgeois et bras nus. 1793—1795*, Paris 1973.

—, *La Révolution française et nous*, Brüssel 1968.

—, *Sur le fascisme II: Fascisme et grand capital*, Paris 1971.

Habermas, Jürgen, Nachwort zu: Nietzsche, F., *Erkenntnistheoretische Schriften*, Frankfurt 1928, S. 237 ff.

—, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied/Berlin ⁴1969.

—, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt 1968.

—, ›Über den Begriff der politischen Beteiligung‹, in: ders., *Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt. Aufsätze 1954—1970*, Amsterdam 1970, S. 258 ff.

Haug, Wolfgang F., Vorbemerkung zu: Westphal, R., ›Psychologische Theorien über den Faschismus‹.

Hausherr, Hans, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit vom Ende des 14. bis zur Höhe des 19. Jahrhunderts*, Weimar ²1955.

Heilfron, E. (Hg.), *Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates*, Berlin o. J.

Hermens, F. A., u. Th. Schieder (Hg.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für H. Brüning*, Berlin 1967.

Herrmann, A. (Hg.), *Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von L. Bergstraesser*, Düsseldorf 1954.

Hilferding, Rudolf, *Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus*, Frankfurt/Wien 1968.

Hitler, Adolf, *Mein Kampf*, München 1937.

Horkheimer, Max, ›Autoritärer Staat‹, in: ders., *Kritische Theorie der Gesellschaft*, Bd. III, o.O. 1968, S. 35 ff.

—, ›Autorität und Familie in der Gegenwart‹, in: ders., *Kritische Theorie III*, S. 320 ff.

—, (Hg.), *Autoritärer Staat*, Bd. II, o.O.o.J.

—, (Hg.) *Studien über Autorität und Familie (Schriften des Instituts für Sozialforschung, 5. Band)*, Paris 1936.

—, u. Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt 1969.

Horn, Klaus, ›Zur Formierung der Innerlichkeit. Demokratie als psychologisches Problem‹, in: Schäfer, G., u. C. Nedelmann (Hg.), *Der CDU-Staat*, S. 100 ff.

Institut für Sozialforschung, *Soziologische Exkurse*, Frankfurt 1956.

Jaerisch, Ursula, *Zur Rezeption rechtsextremer Propaganda. Probleme der ›Autoritarismus‹-Forschung am Beispiel einer zur Messung politisch regressiver Einstellungen konzipierten Skala, bisher unveröff. Diss.*, Frankfurt 1973.

Kautsky, Karl, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart 1899.

—, *Die Klassengegensätze im Zeitalter der Französischen Revolution*, Stuttgart 1908.

Kiesinger, Kurt Georg, Geleitwort zu: Gewandt, H. (Hg.), *Die Zukunft des Mittelstandes*, S. 7 ff.

Kirchheimer, Otto, ›Die gesetzliche Ordnung des Nationalsozialismus‹, in: Horkheimer, M. (Hg.), *Autoritärer Staat*, Bd. II, S. 51 ff.

- Kodak, Jürgen, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847—1914, Stuttgart 1969.
- König, René, Soziologie heute, Zürich 1949.
- Kofler, Leo, ›Das Wesen des Kleinbürgertums‹, in: ders., Marxistische Staatstheorie, Frankfurt 1970, S. 256 ff.
- , Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit, Neuwied/Berlin 1966.
- Kool, F., u. W. Krause (Hg.), Die frühen Sozialisten, Freiburg 1967.
- Kriwogus, I. M., u. S. M. Stezkewitsch, Abriß der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960.
- Kropotkin, Peter, Die Französische Revolution, Neuabdruck Frankfurt 1970.
- Krovoza, Alfred, u. Thomas Leithäuser, Vorwort zu: Vester, M., Die Entstehung des Proletariats, S. 12 ff.
- Kühnl, Reinhard, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus, Reinbek b. Hbg. 1971.
- Küstermeier, Rudolf, ›Die Proletarisierung des Mittelstandes und die Verwirklichung des Sozialismus‹, in: *Die Arbeit*, 8. Jg. (1931), S. 761 ff.
- Kulischer, Josef, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Bd. II: Die Neuzeit, Darmstadt 1971.
- Leithäuser, Thomas, s. Krovoza und Leithäuser, Vorwort zu: Vester, M.
- Lenin, W. I., Ausgew. Werke, Bd. II, Frankfurt 1970, daraus: ›Auf den Weg‹, S. 282 ff; ›Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung‹, S. 305 ff; ›Marxismus und Revisionismus‹, S. 261 ff; ›Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale‹, S. 628 ff.
- , Ausgew. Werke, Bd. IV, Berlin 1971, daraus: ›Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit‹, S. 381 ff; ›Wertvolle Eingestände Pitirim Sorokins‹, S. 506 ff.
- , Bericht über die Arbeit auf dem Lande (auf dem VIII. Parteitag der KPR(B)), in: ders., Ausgew. Werke, Bd. V, Frankfurt 1971, S. 43 ff.
- Lenk, Kurt, Theorien der Revolution, München 1973.
- Lepsius, M. Rainer, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1966.
- Levy, Hermann, Soziologische Studien über das englische Volk, Jena 1920.
- Lipset, Seymour Martin, ›Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte‹, in: Nolte, E. (Hg.), Theorien über den Faschismus, S. 449 ff.
- Luxemburg, Rosa, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, Berlin 1923.
- , ›Sozialreform oder Revolution?‹, in: dies., Politische Schriften I, Frankfurt/Wien 1970, S. 47 ff.
- Macpherson, C. B., Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, Frankfurt 1967.
- Mandel, Ernest, ›Trotzkis Faschismustheorie‹, Einleitung zu: Trotzki, Schriften über Deutschland, Bd. I, S. 9 ff.
- Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideo-

- logie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied/Berlin 1967.
- , ›Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung‹, in: Abendroth, W. (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, S. 39 ff.
 - , Konterrevolution und Revolte, Frankfurt 1973.
 - , ›Das Veralten der Psychoanalyse‹, in: ders., Kultur und Gesellschaft 2, Frankfurt 1968, S. 85 ff.
 - , Versuch über die Befreiung, Frankfurt 1969.
 - Marx, Karl, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 222 ff.
 - , ›Die Bourgeoisie und die Konterrevolution‹ (*Neue Rheinische Zeitung* vom 15. 12. 1848), in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 58 ff.
 - , Brief an Annenkow vom 28. 12. 1846, in: ders., Das Elend der Philosophie, S. 5 ff.
 - , Brief an F. Bolte vom 23. 11. 1871, MEW 33, Berlin 1966, S. 327 ff.
 - , Brief an F. A. Sorge vom 19. 10. 1877, MEW 33, Berlin 1966, S. 302 ff.
 - , Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: ders., Zur Kritik der Politischen Ökonomie (Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 15), Berlin 1958, S. 235 ff.
 - , Das Elend der Philosophie (Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 2), Berlin 1960.
 - , Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1953.
 - , Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 349 ff.
 - , Zur Judenfrage, MEW 1, Berlin 1972, S. 347 ff.
 - , Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. I, MEW 23, Berlin 1962; Bd. II, MEW 24, Berlin 1969; Bd. III, MEW 25, Berlin 1968.
 - , Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 109 ff.
 - , Texte zu Methode und Praxis II. Pariser Manuskripte 1944, Reinbek b. Hbg. 1966.
 - , Theorien über den Mehrwert, Bd. I, MEW 26.1, Berlin 1965; Bd. II, MEW 26.2, Berlin 1967.
 - , ›Über P.-J. Proudhon‹ (Brief an J.-B. v. Schweitzer vom 24. 1. 1865), in: Marx/Engels, Ausgew. Schriften I, S. 362 ff.
 - , Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW 1, Berlin 1972, S. 201 ff.
 - , u. Friedrich Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Berlin 1966.
 - , u. Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie (Bücherei des Marxismus-Leninismus; Bd. 29), Berlin 1960.
 - , u. Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 1), Berlin 1959.
 - Mauke, Michael, Die Klassentheorie von Marx und Engels, Frankfurt 1970.
 - Mayer, F. (Hg.), Staat und Gesellschaft, Festschrift für G. Küchenhoff, Göttingen 1967.

- Mayntz, Renate, Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen, Stuttgart 1958.
- Medick, Hans, Naturzustand und Naturgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Die Ursprünge der bürgerlichen Sozialtheorie als Geschichtsphilosophie und Sozialwissenschaft bei Samuel Pufendorf, John Locke und Adam Smith, Göttingen 1973.
- , »Anfänge und Voraussetzungen des Organisierten Kapitalismus in Großbritannien 1873—1914«, in: Winkler, H. A. (Hg.), Organisierte Kapitalismus, S. 58 ff.
- Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Erster Teil, Berlin 1960.
- , Zur deutschen Geschichte von der Revolution 1848/49 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts (Gesammelte Schriften, Bd. 7), Berlin 1965.
- Mészáros, I. (Hg.), Aspekte von Geschichte und Klassenbewußtsein, München 1972.
- Michel, Ernst, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche, Frankfurt ³1953.
- Michelet, Jules, Geschichte der Französischen Revolution, Band I: Die Ursachen der Revolution und die Ereignisse des Jahres 1789, Wien/Hamburg/Zürich o. J.
- Michels, Robert, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, Stuttgart 1925.
- Miliband, Ralph, »Barnave — ein Fall bürgerlichen Klassenbewußtseins«, in: Mészáros, I. (Hg.), Aspekte von Geschichte und Klassenbewußtsein, S. 38 ff.
- Mitscherlich, Alexander, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft. Ideen zur Sozialpsychologie, München ¹⁰1973.
- Moser, Tilmann, »Psychoanalyse als Horrortrip«, im Feuilleton der *Frankfurter Rundschau*, Weihnachten 1972.
- Mussolini, Benito, »Die Lehre des Faschismus«, in: Nolte, E. (Hg.), Theorien über den Faschismus, S. 205 ff.
- Narski, I. S., Vorwort zur deutschen Ausgabe von: Positivismus in Gegenwart und Vergangenheit, Berlin 1967.
- Naujoks, Eberhard, Die Französische Revolution und Europa 1789—1799, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969.
- Nedelmann, Carl, s. Schäfer und Nedelmann (Hg.), Der CDU-Staat.
- Neumann, Franz, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York/Evanstone ⁴1966.
- , Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt/Wien 1967.
- Nipperdey, Thomas, »Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg«, in: Wehler, H.-U. (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, S. 369 ff.
- Noé, Claus, Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1970.
- Nolte, Ernst, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française — Der italienische Faschismus — Der Nationalsozialismus, München ⁴1971.
- (Hg.), Theorien über den Faschismus, Köln/Berlin 1967.
- Nuscheler, F., u. W. Steffani (Hg.), Pluralismus. Konzeptionen und Kontroversen, München 1972.

- Obermann, Karl, Deutschland von 1815 bis 1849, Berlin ³1967.
- Oelßner, Fred, Die Wirtschaftskrisen, 1. Bd.: Die Krisen im vor-monopolistischen Kapitalismus, Berlin 1949.
- Parsons, Talcott, ›Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus‹, in: ders., Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied/Berlin 1964, S. 256 ff.
- Pollock, Friedrich, ›Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?‹, in: Horkheimer, M. (Hg.), Autoritärer Staat, Bd. II, S. 32 ff.
- Popitz, Heinrich, u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957.
- Poulantzas, Nicos, Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973.
- Proudhon, Pierre Joseph, Was ist das Eigentum? Graz 1971, Nachdruck der Ausgabe Berlin 1896.
- Reich, Wilhelm, Charakteranalyse. Technik und Grundlagen für Studierende und praktizierende Analytiker, o. O. 1933.
- , Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1933.
- Reiche, Reimut, ›Ist der Ödipuskomplex universell?‹, in: *Kursbuch* 29 (September 1972), S. 159 ff.
- Riedel, Manfred, Art. ›Bürger, Staatsbürger, Bürgertum‹, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland I, Stuttgart 1973, S. 672 ff.
- Riesman, David, u. a., Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Reinbek b. Hbg. ⁸1964.
- Rist, Charles, s. Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen.
- Röpke, Wilhelm, Die Lehre von der Wirtschaft, Stuttgart ⁹1961.
- Rohrscheidt, Kurt v., Vom Zunftzwange zur Gewerbefreiheit. Eine Studie nach den Quellen, Berlin 1898.
- Rosenberg, Arthur, ›Der Faschismus als Massenbewegung‹, in: Abendroth, W. (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, S. 75 ff.
- Rosenberg, Hans, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967.
- Samuelson, Paul, Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung, Köln ⁵1972.
- Sauer, Wolfgang, ›National Socialism: Totalitarianism or Fascism?‹, in: *American Historical Review*, Nr. 73 (1967/68), S. 404 ff.
- Sauermann, Heinz, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, Wiesbaden 1964.
- Schäfer, Friedrich, ›Zur Frage des Wahlrechts in der Weimarer Republik‹, in: Hermens, F. A., u. Th. Schieder, Staat, Wirtschaft und Politik, S. 119 ff.
- Schäfer, G., u. C. Nedelmann (Hg.), Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik, München 1967.
- Schelsky, Helmut, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme, Stuttgart ⁴1960.
- Scheuch, Erwin K., unter Mitarbeit von H. Daheim, ›Sozialprestige und soziale Schichtung‹, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 5: Soziale Schichtung und soziale Mobilität, Köln/Opladen 1961, S. 65 ff.
- Schieder, Theodor, ›Das Verhältnis von politischer und gesellschaft-

- licher Verfassung und die Krise des bürgerlichen Liberalismus«, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 177 (1954), S. 49 ff.
- , »Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus«, in: Herrmann, A. (Hg.), *Aus Geschichte und Politik*, S. 183 ff.
- , s. Hermens und Schieder (Hg.), *Staat, Wirtschaft und Politik*.
- Schieder, Wolfgang, *Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830*, Stuttgart 1963.
- , Art. »Brüderlichkeit«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, I, Stuttgart 1973, S. 552 ff.
- Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen*, München/Leipzig 1932.
- Schmoller, Gustav, *Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen?* Göttingen 1897.
- , *Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert*, Halle 1870.
- Schumacher, Martin, *Mittelstandsfront und Republik. Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919—1933*, Düsseldorf 1972.
- Schumpeter, Joseph A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern ²1950.
- , *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin 1964.
- Schuon-Wiehl, Anneliese K., *Faschismus und Gesellschaftsstruktur. Am Beispiel des Aufstiegs des Nationalsozialismus*, Frankfurt 1970.
- Schweitzer, Arthur, *Die Nazifizierung des Mittelstandes*, Stuttgart 1970 (Übers. aus: ders., *Big Business in the Third Reich*, Bloomington 1964).
- Sering, Paul (Richard Löwenthal), »Der Faschismus als Revolte gegen Europa« (aus: ders., *Jenseits des Kapitalismus*, Lauf b. Nbg. 1946), in: Nolte, E. (Hg.), *Theorien über den Faschismus*, S. 40 ff.
- , *Kapitalismus führt zum Faschismus . . .* (Nachdruck aus der *Zeitschrift für Sozialismus*, Karlsbad 1935/36), Bamberg o. J.
- Smith, Adam, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, London 1961 (deutsch: *Natur und Ursachen des Volkswohlstandes*, Leipzig o. J.)
- , *Theorie der ethischen Gefühle*, Leipzig 1926.
- Soboul, Albert, *Die Große Französische Revolution. Ein Abriß ihrer Geschichte (1789—1799)*, Frankfurt 1973.
- , *Les Sans-culottes parisiens en l'an II. Mouvement populaire et gouvernement révolutionnaire (1793—1794)*, Paris 1968.
- Sohn-Rethel, Alfred, *Geistige und körperliche Arbeit. Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis*, Frankfurt 1970.
- Sonthheimer, Kurt, Art. »Pluralismus«, in: Fraenkel, E., u. K. D. Bracher (Hg.), *Fischer-Lexikon »Staat und Politik«*, S. 254 ff.
- Stadelmann, Rudolf, »Soziale Ursachen der Revolution von 1848«, in: Wehler, H.-U. (Hg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, S. 137 ff.
- u. Wolfram Fischer, *Die Bildungswelt des deutschen Handwerkers um 1800. Studien zur Soziologie des Kleinbürgertums im Zeitalter Goethes*, Berlin 1955.
- Steffani, W., s. Nuscheler und Steffani (Hg.), *Pluralismus*.
- Steffen, Monika, u. Klaus Funken, »Die einfache Kaderproduktion.

- Thesen zur Studentenbewegung als kleinbürgerlicher Massenbewegung, in: *Kursbuch* 25 (Oktober 1971), S. 123 ff.
- Steiner, Helmut, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus. Zur Klassenanalyse der Angestellten in Westdeutschland, Berlin 1967.
- Sternberg, Fritz, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935.
- Stezkewitsch, S. M., s. Kriwogus und Stezkewitsch, Abriß der Geschichte.
- Thal, Peter, ›Adam Smith‹. Einleitung zu: Smith, A., Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Berlin 1963, S. IX ff.
- Thalheimer, August, ›Über den Faschismus‹, in: Abendroth, W. (Hg.), Faschismus und Kapitalismus, S. 19 ff.
- Thompson, Edward P., The Making of the English Working Class, Marmondsworth/Middlesex ³1970.
- , ›The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century‹, in: *Past and Present*, Nr. 50 (Februar 1971), S. 76 ff.
- Tjaden, K. H., s. Griepenburg und Tjaden, ›Faschismus und Bonapartismus . . .‹.
- Trotzki, Leo, Schriften über Deutschland in zwei Bänden, Gesammelte Werke I, Frankfurt 1971.
- Trusen, Winfried, ›Äquivalenzprinzip und gerechter Preis im Spätmittelalter‹, in: Mayer, F. (Hg.), Staat und Gesellschaft, S. 247 ff.
- Vester, Michael, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792—1848, Frankfurt 1970.
- Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen ³1968.
- , ›Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus‹, in: ders., Die protestantische Ethik. Eine Aufsatzsammlung, München/Hamburg 1965, S. 27 ff.
- , Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß einer verstehenden Soziologie (in zwei Bänden), Tübingen ⁴1956.
- Weber, Rolf, ›Das kleinbürgerlich-demokratische Element in der deutschen Nationalbewegung von 1866‹, in: Böhme, H. (Hg.), Probleme der Reichsgründungszeit, S. 72 ff.
- Wehler, H.-U. (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln/Berlin ²1968.
- Westphal, Reinhart, ›Psychologische Theorien über den Faschismus‹, in: *Das Argument* 32, 7. Jg. (1965), H. 1, S. 30 ff.
- Wiegand, Ronald, ›„Herrschaft“ und „Entfremdung“. Zwei Begriffe für eine Theorie über den Faschismus‹, in: *Das Argument* 30, 6. Jg. (1964), H. 3, S. 138 ff.
- Williams, Gwyn A., Artisans and Sans-Culottes. Popular Movements in France and Britain during the French Revolution, New York 1969.
- Willms, Bernard, Marxismus — Wissenschaft — Universität, Düsseldorf 1971.
- Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.
- (Hg.), Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974.

- Wittfogel, Karl August, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft.
Von ihren Anfängen bis zu Schwelle der Großen Revolution,
o.O.o.J.
- Zetkin, Clara, »Der Kampf gegen den Faschismus«, in: Nolte, E. (Hg.)
Theorien über den Faschismus, S. 88 ff.
- Zimmermann, L. J., Geschichte der theoretischen Volkswirtschafts-
lehre, Köln ²1961.
- Zippelius, Reinhold, Allgemeine Staatslehre, München ³1971.

Personenverzeichnis

- Abendroth, W. 167, 194, 268, 302
 Adorno, Th. W. 11, 26, 191, 192,
 195, 197, 207, 217, 240, 251, 253,
 268, 269
 Albert, H. 114, 117
 Annenkow, P. W. 90, 90

 Babeuf, F. 158
 Bakunin, M. 43, 88, 89, 92, 92, 93,
 93, 94, 94, 96, 100, 269
 Balzac, H. de 160, 160, 233, 234,
 235, 253, 254
 Barnave, A.-P. 138, 138
 Barthes, R. 251, 252
 Bartsch, G. 88
 Bauer, O. 302, 308, 314, 319, 325,
 327, 328
 Bendix, R. 60
 Bergmann, J. 121, 125, 127, 128
 Bergstraesser, L. 140
 Bernfeld, S. 190
 Bernstein, E. 16, 16, 17, 17, 40, 86,
 88, 88
 Bismarck, O. von 48, 167, 167, 168,
 173, 177, 178, 179, 181, 182, 182,
 260, 261, 262, 262, 263, 263, 266,
 315, 317, 318
 Blanc, L. 74, 137
 Blanke, B. 298
 Bloch, E. 10, 50, 53, 53, 126, 131,
 136, 153, 158, 193, 205, 246, 246,
 249, 249, 250, 269, 270, 305, 321,
 322
 Böhme, H. 156, 163
 Boldt, W. 140, 144, 145, 148, 153,
 157
 Bolte, F. 89
 Bonaparte, L. (Napoleon III.) 30,
 182, 182, 193, 194, 194, 195, 196,
 199, 200, 262, 263, 263, 299, 307,
 307, 308, 312, 315, 315, 316
 Borkenau, F. 13, 261

 Born, E. 263
 Born, St. 73, 74, 75
 Bracher, K. D. 177, 177, 178, 259,
 260, 261, 265, 303
 Braun, S. 20
 Bredt, J. V. 287, 287
 Bronfenbrenner, U. 224, 226
 Brüning, H. 281, 281, 282, 283,
 287, 287, 308
 Büsch, O. 121
 Bussmann, W. 156, 161, 168, 181

 Claessens, D. 19
 Colletti, L. 88, 106, 106
 Comte, A. 252
 Cromwell, O. 263
 Czichon, E. 304

 Daheim, H. 12, 23, 24, 25, 26
 Dahmer, H. 190
 Dahrendorf, R. 176, 259, 259, 260,
 261, 262, 270, 271
 Danton, G. 159
 Dederling, H. 70
 Dimitroff, G. 298
 Disraeli, B. 182
 Dobb, M. 119
 Drewitz, H. 286
 Drexler, A. 290
 Dühring, E. 97
 Duncker, H. 138
 Duverger, M. 165

 Eisermann, G. 271
 Engels, F. 12, 15, 15, 16, 18, 28, 29,
 30, 35, 36, 40, 41, 42, 44, 46, 48,
 49, 74, 75, 76, 76, 78, 80, 80, 89,
 92, 94, 95, 97, 98, 100, 229
 Ennen, R. 13, 128
 Erikson, E. H. 238, 238

 Feder, E. 283
 Feder, G. 290, 290, 326

- Federn, P. 223
 Fenichel, O. 190
 Fischer, W. 72, 72, 73
 Fourier, C. 78, 79, 85
 Fraenkel, E. 264, 265
 France, A. 132
 Frenkel-Brunswik, E. 197, 214, 215,
 225, 226, 232, 233, 237, 238, 256
 Freud, A. 211, 215, 215
 Freud, S. 123, 191, 192, 193, 194,
 195, 195, 196, 208, 208, 209, 210,
 213, 214, 216, 217, 217, 222, 223,
 224, 227, 229, 239, 239, 249, 256,
 269
 Freyhold, M. von 218, 218
 Friedeburg, L. von 224
 Fromm, E. 192, 210, 213, 218, 218,
 230, 230, 231, 249, 249
 Fürstenberg, F. 25
 Fuhrmann, J. 20
 Funken, K. 131
- Gagern, H. von 161
 Gaulle, C. de 263
 Geiger, Th. 22, 33, 33, 34, 34, 169,
 169, 170, 174, 186, 187, 201, 203,
 203, 204, 204, 205, 226, 234, 244,
 245, 250, 252, 252, 271, 271, 273,
 273, 289, 289, 302, 302
 Gente, H.-P. 191
 Gewandt, H. 241, 244
 Gide, C. 110
 Giersch, H. 243
 Godwin, W. 84, 85, 94
 Goethe, J. W. 72
 Gorz, A. 71
 Gottschald, W. 222, 225
 Griepenburg, R. 307
 Griewank, K. 154, 156, 160
 Grossmann, H. 13, 14, 15, 91, 94,
 95
 Grünberg, C. 91
 Grünberg, E. 18, 18, 20, 32
 Guérin, D. 88, 93, 96, 146, 150,
 159, 309, 310, 310, 311, 311, 323,
 327, 329
- Habermas, J. 40, 118, 118, 129, 139,
 140, 143, 143, 144, 223, 223, 243
 Halske, J. G. 68
 Haug, W. F. 192
 Hausherr, H. 14
- Hébert, J.-R. 158, 159
 Hegel, G. W. F. 45, 183
 Heilfron, E. 274
 Hermens, F. A. 283
 Herrmann, A. 140
 Hilferding, R. 31, 32
 Hindenburg, P. von 261
 Hitler, A. 194, 194, 195, 236, 237,
 261, 263, 288, 288, 290, 290, 293,
 295, 297, 300, 304, 305, 308, 316,
 326, 328
 Hobbes, Th. 116, 116
 Horkheimer, M. 11, 207, 211, 267,
 269, 312
 Horn, K. 236
 Hugenberg, A. 326
- Jaerisch, U. 189, 218, 219, 219, 230
- Kautsky, K. 17, 19, 40, 136, 137,
 139
 Keppler, W. 304
 Kiesinger, K. G. 241, 242, 242
 Kirchheimer, O. 269
 Kleining, G. 25
 Kocka, J. 68
 König, R. 8, 19, 23, 244
 Kofler, L. 13, 21, 125, 234
 Kool, F. 146
 Krause, W. 146
 Kriwogus, I. M. 92
 Kropotkin, P. 149
 Krovoza, A. 55
 Krupp 60, 68, 300
 Küchenhoff, G. 12
 Kühnl, R. 141, 165, 202, 267, 294
 Küstermeier, R. 271, 288
 Kulischer, J. 138
- Landshut, S. 166
 Lassalle, F. 162, 163
 Laval, P. 263
 Legien, C. 180, 317
 Leithäuser, Th. 55
 Lenin, W. I. 12, 15, 28, 39, 39, 44,
 44, 86, 86, 87, 97, 106, 199, 298
 Lenk, K. 93, 99, 102
 Lepsius, R. M. 272, 272, 273, 276,
 278, 279, 283
 Levy, H. 174, 174, 262, 320
 Lipset, S. M. 27, 27, 201, 259, 261,
 266, 266, 267, 270, 271, 272, 284,
 303, 323, 324

- Locke, J. 109, 116
 Ludendorff, E. 261
 Luxemburg, R. 16, 16, 17, 29, 86, 86

 Macpherson, C. B. 116
 Mandel, E. 300, 304
 Marcuse, H. 40, 44, 49, 51, 52, 79,
 80, 223, 224, 267, 268, 268
 Marx, K. 8, 9, 12, 14, 15, 15, 16, 16,
 17, 18, 19, 20, 21, 22, 22, 23, 28,
 28, 29, 30, 30, 33, 35, 35, 36, 36,
 39, 41, 44, 45, 46, 47, 48, 48, 49,
 49, 52, 53, 55, 57, 58, 59, 61, 63,
 63, 64, 67, 69, 73, 73, 74, 75, 78,
 86, 86, 87, 88, 89, 89, 90, 90, 91,
 92, 92, 93, 97, 97, 98, 99, 99, 100,
 103, 111, 124, 130, 134, 138, 151,
 153, 164, 177, 183, 183, 185, 186,
 189, 190, 191, 194, 195, 196, 196,
 197, 197, 200, 204, 242, 243, 245,
 245, 247, 248, 262, 263, 264, 272,
 276, 289, 294, 295, 296, 297, 298,
 299, 299, 303, 305, 306, 306, 307,
 311, 312, 315, 322, 329
 Mason, T. 300
 McCarthy, J. 271
 Mauke, M. 28, 44, 56, 59, 66, 70,
 247
 Mayer, F. 12
 Mayntz, R. 22, 23, 24
 Medick, H. 109, 111, 176
 Mehring, F. 136, 154, 159, 168
 Mészáros, I. 138
 Meusch, H. 278, 278, 292
 Michel, E. 14
 Michelet, J. 135, 136
 Michels, R. 142, 166
 Miliband, R. 138
 Mirabeau, H. de 135, 136
 Mitscherlich, A. 209, 223
 Moellendorff, W. von 279
 Moore, H. 25
 Moser, T. 189
 Mussolini, B. 194, 269, 295

 Napoleon I. 234, 254, 261, 262, 315
 Narski, I. S. 252
 Naujoks, E. 126
 Naumann, F. 166
 Nedelmann, C. 236
 Neumann, F. 250, 302, 302, 304, 312
 Nietzsche, F. 144

 Nipperdey, Th. 172, 181
 Noé, C. 69
 Nolte, E. 27, 261, 263, 269, 297, 300
 Nuscheler, F. 264

 Obermann, K. 159
 Oelßner, F. 272
 Owen, R. 78, 84, 85, 98

 Paine, Th. 82
 Papen, F. von 282
 Parsons, T. 260, 260
 Pétain, H. 263
 Pollock, F. 267
 Popitz, H. 24
 Popper, K. R. 260
 Poujade, P. 251
 Poulantzas, N. 307, 325, 328
 Proudhon, P.-J. 30, 43, 74, 85, 88,
 89, 89, 90, 90, 91, 92, 92, 94, 95,
 95, 96, 97, 97, 98, 99, 99, 100,
 100, 101, 102, 102, 103, 197, 269
 Pufendorf, S. 109

 Radek, K. 307
 Ranke, L. von 181
 Reich, W. 185, 186, 189, 190, 190,
 203, 206, 209, 210, 210, 212, 213,
 217, 219, 220, 220, 222, 227, 229,
 232, 239, 257, 303, 309
 Reiche, R. 123
 Riedel, M. 135
 Riesman, D. 223, 224
 Rist, C. 110
 Robespierre, M. de 150, 151, 157,
 158, 159, 269
 Röpke, W. 115, 117
 Rohrscheidt, K. von 128
 Roland, J. M. 122
 Roscher, W. 242
 Rosenberg, A. 167, 168, 182, 295,
 295, 296, 297, 297
 Rosenberg, H. 173
 Rousseau, J.-J. 106, 145
 Roux, J. 158

 Saint-Just, A. de 151
 Saint-Simon, H. de 77, 78, 78, 100
 Samuelson, P. A. 114, 115, 117
 Sauer, W. 202, 202
 Sauermann, H. 116
 Schäfer, F. 283

- Schäfer, G. 236
 Schelsky, H. 24, 24
 Scheuch, E. K. 23, 26
 Schieder, Th. 134, 140, 141, 142,
 161, 166, 167, 168, 169, 169, 177,
 182, 183, 283
 Schieder, W. 72, 121, 122
 Schleicher, K. von 282
 Schmitt, C. 157, 215, 235
 Schmitt, K. 293
 Schmoller, G. 12, 13, 241
 Schulze-Delitzsch, H. 163
 Schumacher, M. 275, 280, 284, 285,
 286, 287, 288
 Schumpeter, J. A. 65, 66, 66
 Schuon-Wiehl, A. K. 291
 Schweitzer, A. 271, 274, 280, 291,
 291, 292
 Schweitzer, J. B. von 30, 90, 99,
 100, 197
 Sering, P. (Löwenthal, R.) 300, 310
 Siemens, W. 68
 Sieyès, E.-J. 78, 79, 135, 135, 136,
 137
 Sismondi, S. de 90
 Smith, A. 105, 105, 106, 106, 108,
 108, 109, 109, 110, 111, 111, 112,
 120, 120, 121, 129, 130
 Soboul, A. 138, 145, 146, 147, 148,
 149, 150, 151
 Sombart, W. 11, 186
 Sohn-Rethel, A. 120
 Sontheimer, K. 265
 Sorge, F. A. 98
 Sorokin, P. 86
 Stadelmann, R. 72, 72, 73, 181, 182
 Stalin, J. 264, 266, 297, 298, 299,
 305, 309, 310, 312, 314
 Steffani, W. 264
 Steffen, M. 131
 Steiner, H. 18, 242, 273
 Sternberg, F. 289
 Stezkewitsch, S. M. 92
 Stinnes, H. 180, 317
 Strasser, G. 326
 Stumm, K. von 68
 Thälmann, E. 298
 Thal, P. 130
 Thalheimer, A. 193, 194, 299, 301,
 301, 307, 307, 308, 308, 310, 310
 Thompson, E. P. 43, 61, 80, 81, 82
 Thyssen, F. 300
 Tjaden, K. H. 307
 Treitschke, H. von 168, 168, 181
 Trotzki, L. 27, 28, 32, 37, 37, 194,
 270, 270, 300, 306, 312, 313, 313
 314, 315, 315, 316, 320, 321, 324,
 326, 326, 329, 329
 Trusen, W. 12, 82
 Turgot, A. R. de 126
 Vester, M. 61, 62, 73, 81, 82, 83
 Vogel, R. 277
 Weber, M. 13, 22, 29, 60, 60, 195,
 228
 Weber, R. 163
 Wehler, H.-U. 172, 182
 Westphal, R. 192, 214
 Wiegand, R. 119
 Wilhelm II. 261
 Williams, G. A. 145, 145
 Willms, B. 264
 Winkler, H. A. 58, 155, 170, 173,
 175, 176, 179, 207, 243, 251, 275,
 277, 278, 279, 280, 281, 288, 289,
 290, 292, 295
 Wissell, R. 274, 274
 Wittfogel, K. A. 125
 Zetkin, C. 297, 305, 305, 306, 306,
 307, 310
 Zimmerman, L. J. 112
 Zippelius, R. 132



Literatur der Arbeitswelt

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt

Helmut Greutz
Gehen oder kaputtgehen
Band 1367

Liebe Kollegin
Band 1379

Stories für uns
Band 1393

Schichtarbeit
Band 1413

Herbert Somplatzki
Muskelschrott
Band 1429

Der rote Großvater erzählt
Band 1445

Geht dir da nicht ein Auge auf
Band 1478

Josef Ippers
Am Kanthaken
Band 1489

Heiner Dorroch
Wer die Gewalt sät
Band 1510

**Walter Fähnders/
Martin Rector**
**Literatur im
Klassenkampf**
Zur proletarisch-
revolutionären
Literaturtheorie 1919-1923
Eine Dokumentation
Band 1439

Arbeitersongbuch
Band 1403

2 große sozialistische Utopien

Edward Bellamy
**Ein Rückblick
aus dem Jahre 2000**
»Fischer Orbit«, Band 30

Werner Illing
Utopolis
»Fischer Orbit«, Band 37

FISCHER
TASCHENBÜCHER





Politik und Sozialisation

Urs Jaeggli
Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik
 Elemente einer gesamtgesellschaftlichen Analyse
 Bd. 6510

Tilman Moser
Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur
 Zum Verhältnis von soziologischen, psychologischen und psychoanalytischen Theorien des Verbrechens
 Bd. 6158

Petra Milhoffer
Familie und Klasse
 Ein Beitrag zu den politischen Konsequenzen familialer Sozialisation
 Bd. 6515

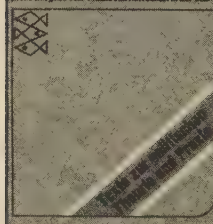
Wilfried Gottschalch
Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation
 Aufsätze
 Bd. 1311

Irma Gleiss/Rainer Seidel/Harald Abholz
Soziale Psychiatrie
 Zur Ungleichheit in der psychiatrischen Versorgung
 Bd. 6511

Wilfried Gottschalch/Marina Neumann-Schönwetter/Gunther Soukup
Sozialisationsforschung
 Materialien, Problematik, Kritik
 Bd. 6503

Urs Jaeggli
Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik

(Neue Ausgabe von "Macht und Herrschaft in der BRD")

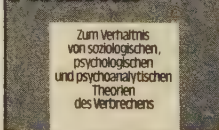


Bücher des Wissens

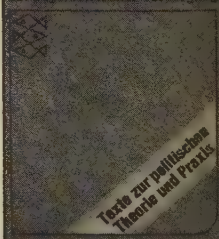


Tilman Moser
Jugendkriminalität + Gesellschaftsstruktur

Zum Verhältnis von soziologischen, psychologischen und psychoanalytischen Theorien des Verbrechens



Irma Gleiss/Rainer Seidel/Harald Abholz
Soziale Psychiatrie
 Zur Ungleichheit in der psychiatrischen Versorgung



Texte zur politischen Theorie und Praxis

Die Reihe bringt ausschließlich
Original- und Erstausgaben
Bisher erschienen: 24 Titel
Gesamtauflage: 800 000
Stand: Herbst '74

Gleiss/Seidel/Abholz
Soziale Psychiatrie
Zur Ungleichheit in der
psychiatrischen Versorgung
Band 6511

**Gottschalch/Neumann-
Schönewetter/Soukup**
**Sozialisations-
forschung**
Materialien, Probleme, Kritik
Band 6503

Frigga Haug
Kritik der Rollentheorie
Band 6508

Petra Milhoffer
Familie und Klasse
Ein Beitrag zu den politischen
Konsequenzen familialer
Sozialisation
Band 6515

Hollstein/Meinhold (Hg.)
**Sozialarbeit unter
kapitalistischen
Produktionsbedin-
gungen**
Band 6512

Klaus Holzkamp
Kritische Psychologie
Band 6505

Autorenkollektiv Frankfurt
**Probleme sozia-
listischer Kulturpolitik
am Beispiel DDR**
Band 6524

Grohs/Tibi (Hg.)
**Zur Soziologie der
Dekolonisation in Afrika**
Band 6516

Peter W. Schulze (Hg.)
**Übergangsgesellschaft:
Herrschaftsform und
Praxis am Beispiel
der Sowjetunion**
Band 6522

FISCHER
TASCHENBÜCHER



Texte zur politischen Theorie und Praxis

Herausgegeben von:
Elmar Altvater · Hans-Eckehard
Bahr · Wilfried Gottschalch · Klaus
Holzkamp · Urs Jaeggi · Rudolf
Wiethölter
Redaktion: Klaus Kamberger
Analysen aus: Soziologie · Poli-
tologie · Psychologie · Erzie-
hungswissenschaft · Rechts-
wissenschaft · Ökonomie

Elmar Altvater
**Monopol und Staat
im hochentwickelten
Kapitalismus**

Band 6525 (Herbst '74)

**Brauns/Jaeggi/Kisker/
Neumann/Zerdick**
**Die SPD im Kapita-
lismus der BRD**

Band 6518 (Herbst '74)

Urs Jaeggi
**Kapital und Arbeit
in der Bundesrepublik**

Band 6510

Sven Papcke
Progressive Gewalt
**Studien zum sozialen
Widerstandsrecht**

Band 6501

Rolf-Peter Calliess
**Theorie der Strafe
im demokratischen und
sozialen Rechtsstaat**

Band 6513

Umberto Cerroni
**Marx und das moderne
Recht**

Band 6520

Hubert Rottleuthner
**Rechtswissenschaft
als Sozialwissenschaft**

Band 6514

FISCHER
TASCHENBÜCHER



Texte zur politischen Theorie und Praxis

Die Reihe sammelt Beiträge zur Bildung politischer Theorie und Reflexion politischer Praxis.

Autoren und Herausgeber gehen davon aus, daß Wissenschaft von der Gesellschaft neuer, selbstkritischer und differenzierter Entwürfe bedarf, wenn sie ihren emanzipatorischen Anspruch erfüllen soll.

Dirk Axmacher
**Erwachsenenbildung
im Kapitalismus**

Band 6519

Thomas Blanke
**Funktionswandel
des Streiks
im Spätkapitalismus**

Band 6509

Reimer Gronemeyer
**Integration durch
Partizipation?**
Arbeitsplatz/Wohnbereich:
Fallstudien

Band 6517

Annette Leppert-Fögen
Die deklassierte Klasse
**Studien zur Geschichte
und Ideologie
des Kleinbürgertums**

Band 6523

Heidi Rosenbaum (Hg.)
**Familie und
Gesellschaftsstruktur**
**Materialien zu den sozio-
ökonomischen Bedingungen
von Familienformen**

Band 6521

Karl Heinz Hörning (Hg.)
Der »neue« Arbeiter
**Zum Wandel sozialer
Schichtstrukturen**

Band 6502

Peter Kühne
**Arbeiterklasse und
Literatur**

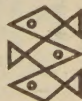
Gruppe 61
**Werkkreis Literatur
der Arbeitswelt**

Band 6506

Jutta Menschik
**Gleichberechtigung
oder Emanzipation?**
**Die Frau im Erwerbsleben
der BRD**

Band 6507

FISCHER
TASCHENBÜCHER



Arbeiterbewegung Theorie und Geschichte

**Arbeiterbewegung
Theorie und Geschichte**

Jahrbuch 1

**Über
Karl Korsch**

Außerdem:
Anarchismus-
Bibliographie
Stichwort
>Stamokap<
Rezensionen
Hinweise

Jahrbuch 1: Über Karl Korsch

Hg.: Claudio Pozzoli
Bd. 6600

Das Jahrbuch bringt Beiträge zur aktuellen Diskussion über Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Bibliographien, Rezensionen, Hinweise. Zentrales Thema des 1. Bandes: Karl Korsch und seine Bedeutung für die gegenwärtige Marx-Rezeption.

„'Marxismus als Realität', so stellt sich nicht nur das Leben von Korsch dar, sondern auch die Arbeit an diesem Jahrbuch. Den Prämissen entsprechend ist sie den Autoren vorzüglich gelungen.“

Münchener Merkur

Leo Trotzki

Geschichte der russischen Revolution

**Die Februarrevolution
Die Oktoberrevolution (1)
Die Oktoberrevolution (2)**

Bd. 6603 Bd. 6604/1
Bd. 6604/2

Leo Trotzki ist für die russische Revolution ein Kronzeuge von einzigartigem geschichtlichen, politischen und literarischen Rang – Hauptakteur und Chronist zugleich. Dieses Werk, 1931 zum erstenmal bei S. Fischer erschienen, liegt nun nach 40 Jahren wieder ungekürzt vor.

Paul Mattick

Kritik der Neomarxisten

Bd. 6601

Paul Matticks über Jahrzehnte geführte kritische Auseinandersetzung mit Baran, Gillman, Hook, Mandel, Sweezy gehört zu den wichtigsten Beiträgen zur Weiterführung der Marxschen Theorie und Methode im 20. Jahrhundert.

In Vorbereitung:

Jeremy Brecher

Streiks und Arbeiterrevolten Amerikanische Arbeiterbewegung 1877-1970

Bd. 6605

»Das Standardwerk über die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften« (Professor Staughton Lynd): die plastisch geschriebene Darstellung einer Arbeiterbewegung, die zwar die härtesten Lohnkämpfe der Welt führt, aber nie eine politische Organisationsform finden konnte.

FISCHER
TASCHENBÜCHER



Texte zur politischen Theorie und Praxis

**Herausgeber: Elmar Altvater, Hans-Eckehard
Bahr, Wilfried Gottschalch, Klaus Holzkamp,
Urs Jaeggi, Rudolf Wiethölter
Redaktion: Klaus Kamberger**

Zum Inhalt dieses Bandes:

Kleinbürgerliche Relikte im Kapitalismus

Kleinbürgertum und Liberalismus

Zur Sozialpsychologie des Kleinbürgertums

Kleinbürgertum und Faschismus

Die Geschichte des Kleinbürgertums als dritter Klasse, als Zwischenschicht, die gegen Kapital und Proletariat zugleich agiert, ist bisher nur in Ansätzen aufgearbeitet worden. Diese Studie ist daher der Versuch, die Stationen des politischen Prozesses jener Übergangsklasse nachzuzeichnen, der im Zuge einer umfassenden Deklassierung von der Revolution zur Konterrevolution, vom Jakobinismus zum Faschismus führt.